

Sonderforschungsbereich 186: Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf: institutionelle Steuerung und individuelle Handlungsstrategien: Arbeits- und Ergebnisbericht 1994-1996

Veröffentlichungsversion / Published Version
Tätigkeitsbericht, Jahresbericht / annual report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Universität Bremen, SFB 186 Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf. (1996). *Sonderforschungsbereich 186: Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf: institutionelle Steuerung und individuelle Handlungsstrategien: Arbeits- und Ergebnisbericht 1994-1996*. Bremen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-21038>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Sonderforschungsbereich 186

Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf

**Institutionelle Steuerung
und individuelle
Handlungsstrategien**

**Arbeits- und Ergebnisbericht
1994 - 1996**

Bremen, Juli 1996



Inhaltsverzeichnis

1.	Allgemeine Angaben	3
2.	Arbeits- und Ergebnisberichte der einzelnen Teilprojekte	
	Teilprojekt A1	
	Aufbruch in die Konvention? (Statuspassagen in die Erwerbstätigkeit III)	19
	Teilprojekt A3	
	Selektionsprozesse bei der Berufseinmündung von Haupt- und SonderschülerInnen und abweichendes Verhalten	49
	Teilprojekt A4	
	Berufliche Verläufe im Transformationsprozeß	79
	Teilprojekt B1	
	Statuspassagengestaltung und intergeneracionales Erbe. Zum Wandel der Sequenzmuster zwischen Erwerbsarbeit und Familie im Generationstransfer	109
	Teilprojekt B6	
	Haushaltsdynamik und soziale Ungleichheit im internatio- nalen Vergleich	137
	Teilprojekt C1	
	Prävention, Rehabilitation und Kassenpolitik - Institutionelle Regulierung im Wandel?	163
	Teilprojekt C4	
	Abstiegskarrieren und Auffangpositionen III: Status- passagen im Erwerbsleben bei begrenzter Tätigkeitsdauer	193
	Teilprojekt C5	
	Übergang vom Erwerbsleben in die Nacherwerbsphase: Reaktionen auf die Einführung neuer sozialrechtlicher Regelungen (I): Teilrente	217
	Teilprojekt D1	
	Risikobiographie im historischen Wandel des Sozialversicherungssystems	243

Teilprojekt D3		
Sozialhilfekarrieren III:		
Sozialhilfedynamik im gesellschaftlichen Strukturwandel	269	
Teilprojekt YE1		
Ländliche Familie und Jugend in den neuen Bundesländern		
- ihr sozialer Umbruch im historischen und interkulturellen		
Vergleich	303	
Teilprojekt YE2		
"Sozialhilfedynamik in den neuen Bundesländern"		
	341	
Teilprojekt Z		
Zentrale Geschäftsstelle und Bereich Methoden und EDV		
	363	
3. Anhang:		
Zwischenberichte der Teilprojekte B3, B5 und D2		
	389	
Teilprojekt B3		
Unvollendete Statuspassagen im Übergang zwischen		
Studium und Beruf: Auf dem Weg zu neuartigen Arbeits-		
verhältnissen in sozialen Berufen?		
	391	
Teilprojekt B5		
Späte Heirat - Ergebnis biographisch unterschiedlicher		
Erfahrungen mit 'cash' und 'care'		
	423	
Teilprojekt D2		
Altersbilder und Konzepte der Sozialpolitik für das Alter		
	427	
4. Literaturverzeichnis		
	429	

1. Allgemeine Angaben

1. Allgemeine Angaben zum Sonderforschungsbereich

Der am 1. Juli 1988 an der Universität Bremen eingerichtete Sonderforschungsbereich 186 "Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf" begann seine dritte Förderungsperiode am 1. Januar 1994 mit 14 Teilprojekten, von denen für eines (B5 "Späte Heirat") allerdings nur noch eine Auslauffinanzierung bis zum 30.06.1995 vorgesehen war.

Zwei dieser Teilprojekte wurden an Universitäten der neuen Bundesländer in enger Kooperation mit Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen aus Bremen durchgeführt. Teilprojekt YE1 (Kooperationsprojekt mit der Humboldt-Universität, Berlin) erforschte "Ländliche Familie und Jugend in den neuen Bundesländern" als Vergleichsstudie zu einer großen US-amerikanischen Untersuchung. Teilprojekt YE2 (Kooperationsprojekt mit der Universität Halle) mit dem Thema "Sozialhilfedynamik in den neuen Bundesländern" war als direkte Vergleichsstudie zum Teilprojekt D3 konzipiert.

In der dritten Forschungsphase haben im Sonderforschungsbereich Wissenschaftler(innen) aus fünf Fachbereichen der Universität Bremen zusammengearbeitet: Rechtswissenschaft, Sozialwissenschaften, Human- und Gesundheitswissenschaften, Ökonomie sowie Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften.

Der Sonderforschungsbereich 186 ist in vier Projektbereiche gegliedert, die sich auf Lebensabschnitte und die jeweils relevanten sozialen Institutionen beziehen:

- A Übergänge vom Ausbildungs- in das Erwerbssystem
- B Statuspassagen zwischen Reproduktions- und Erwerbsarbeit
- C Statuspassagen innerhalb der Erwerbsarbeit
- D Übergänge zwischen Erwerbssystem und sozialer Sicherung

Es wurde darauf Wert gelegt, daß die Gliederung weder die Fachzugehörigkeit noch einen spezifischen forschungsmethodischen Zugang reproduziert. Dies hat es ermöglicht, daß in jedem Projektbereich aufeinander bezogene Forschungsfragen untersucht werden, die von unterschiedlichen fachwissenschaftlichen Blickrichtungen, aber mittels aufeinander bezogener Methodiken verfolgt werden.

1.1 Die wissenschaftliche Entwicklung des Sonderforschungsbereichs

Dem Sfb 186 geht es um Aufklärung des Zusammenhangs von gesellschaftlich formierten Lebenslaufregimes und subjektiven Biographiekonstruktionen vor dem Hintergrund der weiterwirkenden Strukturen sozialer Ungleichheit auch innerhalb sozialer Institutionen und Lebensbereiche. Die übergreifende Prämissen der For-

schungsansätze des Sfb 186 ist das Verständnis des Lebenslaufs als Schnittpunkt von Lebenslaufpolitiken und individueller Biographiegestaltung. Die staatliche, insbesondere sozialpolitische Gestaltung stützt sich auf die drei "Kernbereiche Bildung, Alterssicherung und soziale Risikobearbeitung" (Leibfried u.a. 1995, S.25), mit denen die Abteilungen des Sfb im wesentlichen korrespondieren.

In der Gegenwartsgesellschaft ist die Modernisierung von Lebensläufen zum einen in wachsender Dynamisierung von Lebensphasen, zum anderen als Zunahme von Selbstreflexion und Beteiligung der Akteure bei der Verbindung institutionell verwalteter Lebensbereiche mit subjektiven Lebensentwürfen zu verstehen. Diese Erkenntnis verlangt Forschungsansätze, bei denen insbesondere durch selbst erhobene bzw. vorrätige Längsschnittdaten der Verlaufsaspekt differenziert werden kann. Die Art und Weise, wie biographische Akteure ihre Statuspassagen gestalten, wird deshalb in den Untersuchungspopulationen der im Sfb durchgeführten Projekte vielfach durch retrospektische und/oder prospektive Untersuchungsdesigns untersucht. Es zeigte sich, daß zwischen den institutionalisierten Periodisierungen des Lebenslaufs und den faktischen Handlungsweisen an Übergängen zwischen Lebensabschnitten und Institutionen ein wachsendes Spannungsverhältnis besteht, das den Subjekten in stärkerem Masse reflexive Handlungslösungen abverlangt, um eigene biographische Erfahrungen mit den sozialen Gelegenheitsstrukturen und den sich wandelnden institutionellen Handlungsimperativen und Normalitätsstandards zu verknüpfen. Diese Forschungsthematik hat Markierungspunkte für eine modernisierte, dynamische Ungleichheitsforschung aufgegriffen, nämlich:

- die Differenzierung von Lebenslaufrisiken nach materieller Lebenslage, Geschlecht, Alter und Region,
- die Verzeitlichung von Risikolagen im Lebensverlauf,
- die Sequenzialität und Überlagerung von Statuskonfigurationen und
- die Selbstreferentialität von Biographen.

Die Übersetzung dieser Themen in empirische Untersuchungsstrategien geschah unter Verwendung von standardisierten Verfahren der Längsschnittforschung, unter Heranziehung existenter Längsschnittdatensätze, unter Rekurs auf Methoden der Biographieforschung und mit unterschiedlichen Strategien der Datentriangulation. Dies geschah mit dem Ziel, die Makrodaten zur Verlaufs- und Strukturanalyse mit Daten auf der Institutionen- und der Akteursebene zu verbinden. Als besonders wesentlich - angesichts der Kontinuitätschancen eines Sonderforschungsbe-

reichs - erwies sich die Möglichkeit, über einen längeren Zeitraum hinweg Längsschnittuntersuchungen durchführen zu können.

Betrachtet man die zurückliegende Förderungsphase, so fallen bei der konkreten Umsetzung dieser Forschungsprogrammatik mehrere Entwicklungen auf. Zunächst wurde der Aspekt der Verzeitlichung von sozialen Risiken durch die grundlegende Studie "Zeit der Armut" (Leibfried u.a. 1995) und ihre Diskussion in der Fachwissenschaft, Politik und Öffentlichkeit in ihrer paradigmatischen Relevanz für Lebenslaufpolitik und biographische Handlungskompetenz erkannt. Das Spannungsverhältnis zwischen den institutionellen Zumutungen und den individuellen Gestaltungsoptionen ist darüberhinaus besonders sichtbar geworden durch den Einbezug einer, die westdeutsche mit der ostdeutschen Lebenslage vergleichenden Perspektive. Die durch die beiden Kooperationsprojekte und das auf Kohorten der neuen Bundesländer ausgerichtete Projekt A4 gegebene Vergleichsperspektive hinsichtlich der Konturen des Wandels in Ost- und Westdeutschland erwies sich, gerade mit Blick auf das Verständnis der Dynamisierung von Risiken, als sehr fruchtbar. Es hat sich gezeigt, daß eine systematische Analyse der institutionellen Lenkung von Lebensläufen unter dem Grundgedanken der Lebenslaufpolitik leistbar ist; dies Unterfangen wird die vierte Förderungsphase des Sfb charakterisieren.

Neben den Fortschritten der Theoriearbeit ist die gewachsene Bedeutung des Arbeitsbereichs "Methoden und EDV" hervorzuheben, der - in der zweiten Förderungsphase eingerichtet - im Berichtszeitraum Wesentliches zur Unterstützung der Forschungsarbeit in den Teilprojekten und zur Entwicklung methodologisch gesicherter Erhebungs- und Analysewege von qualitativen und quantitativen Daten und ihrer Inbeziehungsetzung beigetragen hat. Insbesondere die beiden internationalen workshops (The Qualitative Research Process and Computing; Winter 1993; Empirically Based Theory Construction, Winter 1994) haben die methodischen Analysestrategien, die am Sfb 186 entwickelt wurden, in der internationalen scientific community der kritischen Diskussion gestellt und sich dabei gut bewährt. Die nunmehr akkumulierte Kompetenz des Arbeitsbereichs "Methoden und EDV" wurde durch eine wachsende Nachfrage nach Beratung durch innerhalb und außerhalb Bremens tätige Wissenschaftler(innen) anerkannt.

Zur Entwicklung einer internationalen Vergleichsperspektive, die das deutsche Lebenslaufsregime anderen europäischen und nicht-europäischen Lebenslaufpolitiken gegenüberstellt, was schwerpunktmäßig die 5. Förderungsphase prägen soll, haben einerseits die konzeptionellen Erfahrungen in einigen Teilprojekten (etwa dem rein komparativ arbeitenden Teilprojekt B6 über "Haushaldsdynamiken" und

dem Teilprojekt A3 "Berufliche Selektion und Delinquenz", das einen konkreten Vergleich von amerikanischen und deutschen Längsschnittsdaten vornimmt), andererseits insbesondere die Gastwissenschaftler beigetragen, die sich in den Jahren 1994-1996 für jeweils zwei Wochen im Sonderforschungsbereich aufgehalten haben. Sie haben durch ihre Vorträge, vor allem aber durch mehrtägige aktive Beschäftigung mit den Fragestellungen der Teilprojekte, wichtige Hinweise auf Spezifika des deutschen Lebenslaufsregimes, aber auch zum Beispiel auf die Anschlußfähigkeit von Projektergebnissen an international geführte Debatten gegeben (s.1.3,e).

1.2 Die interne Kooperation im Sfb 186

Die Zusammenarbeit zwischen den Teilprojekten hat sich gegenüber den vorausgegangenen Förderungsphasen dahingehend geändert, daß die institutionalisierte Kooperation in Werkstatt-Veranstaltungen und Arbeitsgruppen mehr und mehr zugunsten der konkreten Zusammenarbeit mehrerer Teilprojekte durch den regelmäßigen Austausch der Ergebnisse und methodischen Vorgehensweisen bei der Auswertungs- und Interpretationsarbeit zurücktrat. Diese Kooperation verstärkte sich insbesondere in den jeweiligen Abteilungen und vermittelte projektübergreifendes Wissen über die Probleme und Fortschritte bei der theoretischen und methodischen Forschungsarbeit. Solche Zusammenarbeit zeigte sich in der gemeinsamen Abklärung zentraler Theoreme (z.B. der für die Teilprojekte A3 und D3 wichtigen "underclass"-Diskussion), in der Klärung von Vergleichsebenen (A1 und A4) oder der Entwicklung einer gemeinsamen Konzeption bei Betriebsfallstudien (A4, C4 und C5). Insbesondere bei der inhaltlichen Abstimmung der Forschungsfragen für den Finanzierungsantrag der nächsten Förderungsphase und die weitere Planung der Arbeitsschwerpunkte der abschließenden fünften Förderungsphase hat sich diese direkte Kooperation zwischen den Projekten (wie sie z.B. seit jeher zwischen C1 und C4 bestand) als außerordentlich hilfreich erwiesen.

a) Sfb - Werkstatt

Die "Sfb-Werkstatt" spielte allerdings weiterhin eine wichtige Rolle für den gegenseitigen Austausch, insbesondere unter thematisch weniger verzahnten Teilprojekten. Dabei stand die Bewertung von Zwischenergebnissen, die Weiterentwicklung des Rahmenkonzeptes im Vordergrund. Natürlich bot die Werkstatt auch ein wesentliches Forum zur Diskussion mit auswärtigen Referenten. Aus der laufenden Forschungsarbeit der Projekte wurden folgende Vorträge zur Diskussion gestellt:

- Dr. Reinhold Sackmann/Dr. Matthias Wingens (A4):" Berufliche Verläufe im Transformationsprozeß"

- Dr. Ulrich Mergner (C1): "Autonomie oder Selbstzwang. Neue institutionelle Regelungskonzepte in der GKV und ihre Implikationen in modernisierungs- und lebenslauftheoretischer Hinsicht"
- Dr. Ingo Mönnich (A1): "Methodologische und forschungspraktische Aspekte der Analyse von Übergangsmustern"
- Susann Kluge/Dr. Udo Kelle (Z): "Heuristiken zur Typenbildung im qualitativen Auswertungsprozeß"
- Dr. Sonja Drobnić/Immo Wittig/Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld/Götz Rohwer (B6): "Teilzeitarbeit und Familienzyklus im Vergleich Deutschland - USA"
- Prof. Dr. Helga Krüger (B1): "Laßt uns mal über Lebenslaufforschung sprechen" - Erfahrungen eines Forschungsaufenthaltes in Kanada
- Monika Sniegs/Lars Kaschke/Dr. Dietrich Milles (D1): "Was macht das Sozialversicherungssystem so lange so erfolgreich?"
- Monika Sniegs/Lars Kaschke/Dr. Dietrich Milles (D1): "Die historische Stabilität des Sozialversicherungssystems (Teil II) - Versicherte in der Falle?"
- Peter Kupka/Cerstin Raabe (B5): "Späte Heirat - Probleme der Typenbildung"
- Matthias Rasztar/Dr. Reinhold Sackmann/Dr. Olaf Struck-Möbbeck (A4): "Beruf und Familie im Transformationsprozeß"
- Dr. Gudrun Braemer/Christian Erzberger (B1): "Auswahlstrategien und Ergebnisse: Optimal-Matching-Technik und Familientransfer"
- Andreas Timm (B6): "Homogamie - Eine Untersuchung zum Heiratsverhalten von Männern und Frauen"
- Dr. Volker Mariak/Dr. Eduard Matt/Dr. Lydia Seus (A3): "Arbeitsweltliche Konformität und Freizeitdevianz - die 'Doppelleben'-These auf dem Prüfstand"

b) Zusammenarbeit von Zentraler Geschäftsstelle und den Teilprojekten
 Die Zusammenarbeit zwischen der Zentralen Geschäftsstelle und den Teilprojekten bezüglich der Koordination von wissenschaftlichen Aktivitäten des Sfb 186 wie z.B. Sfb-Publikationen und Konferenzen wird vom Sprecher in Zusammenarbeit mit dem Geschäftsführer geleistet.

Die verwaltungsbezogenen Vorgänge werden von der Verwaltungsleiterin und vom Geschäftsführer durchgeführt.

Die zentrale Geschäftsstelle koordiniert und betreut in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Sozialpolitik ein EDV-Netzwerk, an das alle Sfb-Projekte angeschlos-

sen sind. Auf den zentralen Servern werden relevante Datensätze (wie z. B. SOEP, PSID, NSFH) zur Verfügung gehalten.

Im Sommer 1996 wird der Sfb mit einer Homepage im Internet vertreten sein.

1.3. Austausch mit der fachwissenschaftlichen Öffentlichkeit

a) Kooperationsverträge

Kathleen Dennehy hielt sich im Rahmen des Kooperationsvertrags des Sfb mit dem Life Course Center der University of Minnesota, Minneapolis, der seit 1993 besteht, eineinhalb Jahre im Sfb auf, um empirische Forschung in den neuen Bundesländern zu betreiben. Ihre Dissertation wird von Jeylan T. Motimer (Minneapolis) und Helga Krüger (Bremen) betreut und steht kurz vor dem Abschluß. Für 1997 ist geplant, einen Bremer Wissenschaftler nach Minneapolis zu entsenden.

Ein weiterer Kooperationsvertrag mit dem Ziel des wissenschaftlichen Austausches und der gegenseitigen Unterstützung wurde 1995 mit der University of Alberta, Edmonton geschlossen.

b) 4. Sfb-Symposium "Lebenslaufpolitik - Institutionen und Statusmanagement"

Das 4. Symposium "Lebenslaufpolitik - Institutionen und Statusmanagement" fand im September 1995 statt und bereitete diese beiden Schwerpunktsetzungen der jetzt anstehenden 4. Phase des Sonderforschungsbereichs 186 vor. Das Symposium zog eine Bilanz der bisherigen Arbeiten des Sfb unter dem Gesichtspunkt, daß politische Ideen, Programme und Interventionen gleichzeitig Ressource und Restriktion von Lebensläufen und ihrer kulturell-biographischen Verarbeitung sind. So stellen Erziehungs- und Bildungspolitik, Familienpolitik, Sozialpolitik, Arbeits- und Beschäftigungspolitik grundlegende rechtliche, wirtschaftliche, institutionelle Arrangements für den individuellen Lebenslauf dar. Lebenslaufpolitik ermöglicht und beschränkt zugleich die freie Wahl von Lebenslaufzielen in diesen Feldern. Diese Janusköpfigkeit von Lebenslaufpolitik als Ressource und Restriktion wird besonders in Analysen der Transformationen von Lebenslaufregimes im historischen Wandel und im internationalen Vergleich sichtbar, die beide Licht auf das Eigenartige der zur einer bestimmten Zeit und in einem bestimmten Politikfeld jeweils gegebenen und gewohnten lebenslaufpolitischen Verhältnisse werfen.

Das 4. Symposium präsentierte die Arbeiten des Sonderforschungsbereichs zum Thema Lebenslaufpolitik innerhalb von Arbeitsgruppen, die die Abteilungsstruktur des Sfb vielfach durchbrachen und für sich genommen eine wichtige Koopera-

tionsform schufen. Die Forschungsergebnisse wurden in Verbindung mit externen Kommentaren und Gastvorträgen diskutiert. Kommentare und Gastvorträge gaben interessante Anregungen für die Fortentwicklung des Forschungsprogramms des Sfb 186, die jetzt im Finanzierungsantrag für die vierte Förderungsphase berücksichtigt sind.

c) Projektübergreifende Workshops und Konferenzen

Die Konferenz "Occupational Health Policy, Practice and Evaluation", 17.-19.11.1994, wurde vom Projekt C4 durchgeführt und unterstützt vom Projekt C1.

Die Konferenz diente dazu, den dynamischen sozialwissenschaftlichen, an der empirischen Evaluation von "outcomes" orientierten Ansatz der beiden Projekte in Arbeitsmedizin und Gesundheitsförderung zu diskutieren. 38 führende wissenschaftliche Vertreter dieses Ansatzes aus den USA, Finnland, Norwegen, Schweden, den Niederlanden, Frankreich, Deutschland, der Schweiz und Indien hielten, neben fünf Beiträgen aus dem Sfb, die Vorträge. Von Seiten der Politik und Regierung erörterte ein Vertreter des Bundesarbeitsministeriums den Ansatz mit Bezug auf die EU-Harmonisierung; der Vorsitzende des Verbandes deutscher Betriebs- und Werksärzte stellte Umsetzungsschritte vor. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) war durch den fachlich zuständigen Direktor, einige europäische Länder waren durch weitere Regierungsbeamte vertreten. Die Beiträge der, durch die International Commission on Occupational Health und das Zentrum für Sozialpolitik infrastrukturell und inhaltlich entscheidend geförderten Tagung, wurden in der dritten Phase des Sfb überarbeitet und durch das Projekt C4 für den Druck vorbereitet. Herausgegeben von Johann Behrens und Peter Westerholm erscheinen sie im September 1996 in der Schriftenreihe der WHO, Kopenhagen/Genf.

Die Konferenz "Social and Welfare Dynamics", 5.-7.10.1995 wurde federführend vom Teilprojekt D3 durchgeführt und unterstützt vom Bereich Methoden und EDV.

Das Teilprojekt D3 hat die dynamische, auf Verlaufsdaten basierende Armutsforschung in Deutschland eingeführt und dadurch die Sicht von Armut wesentlich verändert. Die Konferenz diente dazu, zum ersten Mal in Deutschland eine Zwischenbilanz dieser Forschungsrichtung zu ziehen. Führende Vertreter des dynamischen Ansatzes aus Deutschland, England, USA und Schweden behandelten die Dynamik von Armut und Einkommenslagen generell, von Sozialhilfebezug und von Haushaltsformen in nationaler und international-vergleichender Perspekti-

ve. Hinzu traten allgemeine Beiträge zum Nutzen und zur politischen Relevanz von Längsschnittanalysen. Insgesamt zeigte sich, daß die für den Sfb zentrale lebenslauftheoretische Perspektive der Erforschung von Riskolagen gerade auch für klassische sozialpolitische Risikolagen wie Armut zu neuen und politikrelevanten Einsichten führt.

Die Tagung wurde von PD Dr. Lutz Leisering (Teilprojekt D3) zusammen mit Prof. Robert Walker (England) organisiert und von der Anglo-German Foundation for the Study of Industrial Society sowie der Hans-Böckler-Stiftung gefördert. Prof. Walker hat die dynamische Forschung in England eingeführt. Auch Prof. David Ellwood (Harvard), auf dessen grundlegenden Arbeiten der 80er Jahre der Ansatz von D3 beruht, konnte als Referent gewonnen werden. Der Sfb war mit mehreren Referenten vertreten (D3, Z). Zu den Gästen gehörten auch Vertreter der deutschen und englischen Sozialverwaltung. Die Tagungsbeiträge werden in wesentlich überarbeiteter und integrierter Form voraussichtlich bei Macmillan (London) für ein breiteres Publikum veröffentlicht werden (L. Leisering/R. Walker, eds., *The Dynamics of Modern Society, Public Policy, Poverty and Welfare*, 1996 oder 1997).

Vom 05. bis 07. Juli 1995 richteten die Sfb-Teilprojekte A1 und A3 (federführend) einen internationalen Workshop zum Thema "**Longitudinal Research on the Transition from Adolescence to Adulthood**" aus. Es erfolgte ein sehr umfassender Erfahrungsaustausch u.a. mit ProjektleiterInnen amerikanischer bzw. kanadischer Parallelstudien, die ebenfalls Passage-Risiken Jugendlicher beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in den Beruf untersuchen. Diskussionsschwerpunkte waren zum einen Fragen der Jugenddelinquenz, zum anderen die Problematik der Berufsausbildung im Ländervergleich. Zu den internationalen Referenten des gut besuchten zweitägigen Workshops zählten Delbert C. Elliott und David H. Huizinga (beide Boulder, Co.), Harvey Krahn (Edmonton), Jeylan Mortimer (Minneapolis, Mn.) und Terence P. Thornberry (Albany, N.Y.). Die deutschen Gast-Referenten waren Günther Albrecht (Bielefeld) und Karen Schober (Nürnberg). Für Forschungskontakte mit den amerikanischen Parallelprojekten eröffnete dieser Workshop wichtige Chancen: Während das Teilprojekt A1 die Kooperation mit Mortimer und Krahn intensiviert, findet zur Zeit bereits eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Teilprojekt A3 und dem Team der Universität Boulder statt.

Der Workshop "**Empirically Based Theory Construction and Qualitative Life Course Research**" wurde im November 1994 vom Bereich Methoden und EDV organisiert. Hier diskutierten Mitarbeiter des Sfb mit namhaften Referentinnen und

Referenten aus dem In- und Ausland Probleme der empirisch begründeten Typenbildung im Bereich der qualitativen Lebenslaufforschung sowie Ansätze zur Integration qualitativer und quantitativer Verfahren. Als Referentinnen bzw. Referenten waren eingeladen: Uta Gerhard (Heidelberg), Juliet Corbin (San Jose), Michael Huberman (Andover), Edeltraut Roller (Berlin), Ralf Krämer (Heidelberg), Monika Wohlrab-Sahr (Berlin); weitere Teilnehmer(innen) waren: Sdenek Konopasek (Prag), Olga Smidowa (Prag), Kirsten Larsen (Aarhus), Anders Siig Andersen (Aarhus) und Jürgen Hoffmeyer-Slotnik (Mannheim). Ein Tagungsband ist in Vorbereitung.

d) Beteiligung des Sfb am Kongreß für Soziologie

Wie schon bei den vorhergehenden Soziologentagen, war der Sfb 186 auf dem Kongreß für Soziologie in Halle in mehreren Sektionen durch Beiträge vertreten. Gemeinsam mit dem Sfb 333 "Perspektiven von Arbeit" (München) wurde ein Büchertisch eingerichtet und betreut. Mehrere Mitglieder des Sfb hielten Vorträge auf dem World Congress of Sociology in Bielefeld.

e) Gastwissenschaftler(innen)

Jeweils für etwa 14 Tage hielten sich folgende Wissenschaftler(innen) im Sfb auf:

- Prof. Graham Lowe (Edmonton, Kanada) diskutierte insbesondere mit den auf Veränderungen des Arbeitsmarkts befaßten Projekten und mit dem Bereich Methoden und EDV (Mai 1994).
- Prof. Jon Eivind Kolberg (Research Director am Institute for Applied Social Research INES, Univ. of Oslo) war vom 17. bis 28. Oktober 1994 in Bremen zu Gast und arbeitete mit den Projekten D3, YE2, A1, A4, C1, D1 und dem Bereich Methodenentwicklung an Problemen der Sozialpolitikforschung.
- Prof. Kathleen Gerson (New York University) diskutierte im Juni 1994 mit den Projekten B1, A1, B1, B6 und dem Bereich Methodenentwicklung über geschlechtsbezogene Forschungsfragen.
- Prof. Randall Collins (Univ. of California, Riverside) diskutierte im Juni 1995 mit vielen Projekten über Theorieentwicklungskonzepte im Sfb.
- Prof. Delbert Elliott (University of Boulder, Colorado) diskutierte mit vielen Projekten theoretische und methodische Fragen der Lebenslaufforschung (Juni/Juli 1995)
- Prof. Robert Walker (Direktor des Centre for Research in Social Policy, Loughborough University of Technology) war im Oktober 1995 als Co-Leiter der Konferenz "Social and Welfare Dynamics" und diskutierte vor allem mit den Teilprojekten D3, A1, A3, B6 und dem Bereich Methodenentwick-

lung über Probleme und Methoden der dynamischen Armutsforschung, der Einkommensanalyse und der Sozialpolitikforschung.

- Prof. Michael Wiseman (Direktor des Robert M. La Folette Institute for Public Affairs, Madison, Wisconsin, USA) hielt sich im November 1995 im Sfb auf. Er diskutierte Fragen der Sozialpolitikforschung mit den Projekten D3, C1, C4 , C5, B6 und dem Bereich Methodenentwicklung.
- Prof. Gunhild Hagestad (Oslo University und Northwestern University, Evanston) diskutierte im Februar/März 1996 mit allen Projekten Fragen der Theoriekonzeption des Sfb.
- Prof. Pat Armstrong und Prof. Victor Marshall (beide Univ. of Toronto) werden im November bzw. Dezember 1996 als Gastwissenschaftlerin bzw. Gastwissenschaftler am Sfb tätig sein.

f) **Gastvorträge**

Im Rahmen der Sfb-Werkstatt hielten folgende Wissenschaftler(innen) Vorträge:

- Prof. Graham S. Lowe (University of Edmonton, Kanada): Educating a Post-Industrial Society: Changing School-Work Transitions in Canada
- Prof. Benjamin Schlesinger (University of Toronto): One-Parent Families in Cross-Cultural Perspective
- Prof. Rachel Aber-Schlesinger (University of Toronto): Current Concerns of Women in North-America
- Prof. Jeylan T. Mortimer (University of Minneapolis): "The Social Psychology of Achievement through the Life Course"
- Prof. Jeffrey Broadbent (University of Minneapolis): "Recent Developments in Comparative Macro-social Analysis"
- Prof. Jon Eivind Kolberg (University of Oslo): "The Gender Dimension of the Welfare State"
- Prof. Valerie K. Oppenheimer (University of California, Los Angeles): "Evolving Strategies for Maintaining Living Levels Over the Developmental Cycle of the Family: Implications for the Gains to Marriage"
- Prof. Anne Lise Ellingsæter (University of Oslo): "Work Committed Men and Family Committed Women? Gender and the Subjective Experience of Employment"
- Prof. Susan Yeandle (University of Sheffield): "Work and Care in the Life Course: Understanding the Context for Family Arrangements"

- Dr. Sikandar Siddiqui (Universität Konstanz): "Die Anreizwirkungen des Rentensystems auf die Erwerbsbeteiligung in Westdeutschland - ein diskretes Hazard-Raten Modell geschätzt mit Daten des Sozio-ökonomischen Panels"
 - Prof. Kathleen Gerson (University of New York): "No Man's Land - Gender and Modernization"
 - Prof. Randall Collins (University of California, Riverside): "The Theoretical Integration of Emotions and Rationality"
 - Prof. Delbert Elliott (University of Colorado at Boulder): "Being On or Off-Track: Early Adolescent Markers of a Successful Life Course Trajectory into Adult Roles"
 - Prof. Johanna Wyn (University of Melbourne): "Youth Research and Youth Transitions in Australia and Canada"
 - Prof. Gunhild Hagestad (Universität Oslo): "Age Norms and the Life Course"
 - Prof. Margit Eichler (University of Toronto, Canada): "Looking with Two Eyes: Non-sexist Research"
- g) Gemeinsame Vortragsreihe des Instituts für empirische und angewandte Soziologie EMPAS und des Sonderforschungsbereichs 186**
- Dr. Wolfgang Bonß (Hamburg) "Ungewißheit als soziologische Herausforderung" 13. Januar 1993
 - Prof. Dr. Hans Joas (FU Berlin) "Die Kreativität des Handelns. Eine pragmatische Kritik an den Modellen rationalen Handelns" 24. November 1993
 - Prof. Dr. Hartmut Esser (Universität Mannheim) "Die Definition der Situation. Anmerkungen zum Thomas-Theorem" 23. Juni 1994
 - Prof. Dr. Ulrich Beck (Ludwig-Maximilians-Universität, München) "Der hässliche Bürger. Politische Freiheitsrechte und die Radikalisierung sozialer Ungleichheit" 11. Mai 1995
 - Prof. Randall Collins (University of California) "A long-term perspective on Germany as a modernizing society" 28. Juni 1995

h) Bücher

In der Sfb-Reihe "Status Passages and the Life Course" erschienen bzw. erscheinen folgende Bände:

Kelle, Udo 1995: Empirisch begründete Theoriebildung - Zur Logik und Methodologie interpretativer Sozialforschung (Vol. VI). Deutscher Studien Verlag. Weinheim

Warsewa, Günter; Osterland Martin; Wahsner, Roderich 1996: Zwischen Sparzwang und sozialer Verantwortung - Normalarbeit und abweichende

- Beschäftigung in der kommunalen Personalpolitik der 80er Jahre (Vol. VII). Deutscher Studien Verlag. Weinheim
- Schumann, Karl F.; Dietz, Gerhard-Uhland; Gehrman, Manfred; Kaspras, Heidi; Struck-Möbbeck, Olaf** 1996: Private Wege der Wiedervereinigung. Die deutsche Ost-West-Migration vor der Wende (Vol. VIII). Deutscher Studien Verlag. Weinheim (im Erscheinen)
- Weymann, Ansgar; Heinz, Walter R.** (eds.) 1996: Biography and Society. Interrelationships between Social Structur, Institutions and the Life Course (Vol.IX). Deutscher Studien Verlag. Weinheim (im Erscheinen)
- Geissler, Birgit; Oechsle, Mechtilde** 1996: Die Lebensplanung junger Frauen. Zur widersprüchlichen Modernisierung weiblicher Lebensläufe (Vol.X). Deutscher Studien Verlag. Weinheim (im Erscheinen)

Auswahl weiterer Bücher, die aus der Sfb-Arbeit erschienen sind bzw 1996 erscheinen:

- Behrens, Johann; Voges, Wolfgang** (Hrsg.) 1996: Kritische Übergänge. Statuspassagen und sozialpolitische Institutionalisierung. Campus Verlag. Frankfurt a.M./New York
- Behrens, Johann; Westerholm, Peter** (eds.) 1996: Occupational Health Policy, Practice and Evaluation, WHO. Kopenhagen/Genf (im Erscheinen)
- Behrens, Johann; Braun, Bernhard; Morone, James; Stone, Deborah** (Hrsg.) 1996: Markt und Wettbewerb im Gesundheitswesen - auf dem Prüfstand des amerikanisch-deutschen Vergleichs. Nomos. Baden-Baden (im Erscheinen)
- Born, Claudia; Krüger, Helga; Lorenz-Meyer, Dagmar** 1996: Der unentdeckte Wandel. Annäherung an das Verhältnis von Struktur und Norm im weiblichen Lebenslauf. Edition Sigma. Berlin
- Blossfeld, Hans-Peter** (ed.) 1995: The New Role of Women. Family Formation in Modern Societies. Westview Press. Boulder
- Blossfeld, Hans-Peter; Hakim, Catherine** (eds.) 1996: Between Equalization and Marginalization. Part-time Working Women in Europe and the United States of America. Oxford University Press. Oxford (im Erscheinen)
- Blossfeld, Hans-Peter; Rohwer, Götz** 1995: Techniques of Event History Modeling. New Approaches to Causal Analysis. Erlbaum. Hillsdale (N.Y.)
- Buhr, Petra** 1995: Dynamik von Armut. Dauer und biographische Bedeutung von Sozialhilfebezug. Westdeutscher Verlag. Opladen
- Heinz, Walter R.** 1995: Arbeit, Beruf und Lebenslauf. Eine Einführung in die berufliche Sozialisation. Juventa. Weinheim/München
- Kelle, Udo** (ed.) with **Prein, G.; Bird, Katherine** 1995: Computer-Aided Qualitative Data Analysis. Sage. London/Thousand Oaks/New Dehli

- Leibfried, Stephan; Leisering, Lutz; Buhr, Petra; Ludwig, Monika; Mädje, Eva; Olk, Thomas; Voges, Wolfgang; Zwick, Michael** 1995: Zeit der Armut, Lebensläufe im Sozialstaat. Suhrkamp. Frankfurt a.M.
- Ludwig, Monika** 1996: Armutskarrieren. Zwischen Abstieg und Aufstieg im Sozialstaat. Westdeutscher Verlag. Opladen
- Sackmann, Reinholt; Weymann, Ansgar** 1994: Die Technisierung des Alltags. Generationen und technische Innovationen. Campus. Frankfurt a.M./New York
- Voges, Wolfgang** 1995: Mißbrauch des Rentensystems? Invalidität als Mittel der Frühverrentung. Campus. Frankfurt a.M./New York

i) **Arbeitspapiere 1994-1996**

- Nr. 26 Mayerhofer, Sybille; Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (1994): Sozialhilfe im Kontext. Ein Vergleich von Haushalts- und Individualdaten anhand der "Bremer Längsschnitt-Stichprobe von Sozialhilfeakten - LSA - (Antragskohorte 1993)"
- Nr. 27 Sackmann, Reinholt; Wingens, Matthias (1994): Berufsverläufe ostdeutscher Hochschulabsolventen. Teil I
- Nr. 28 Sackmann, Reinholt; Wingens, Matthias (1994): Berufsverläufe ostdeutscher Hochschulabsolventen. Teil II
- Nr. 29 Braemer, Gudrun (1994): Wandel im Selbstbild des Familiennählers? Reflexionen über vierzig Jahre Ehe-, Erwerbs- und Familienleben
- Nr. 30 Schmähl, Winfried; George, Rainer; Oswald, Christiane (1996): Gradual Retirement in Germany
- Nr. 31 Buhr, Petra; Weber, Andreas (1996): The Impact of Social Change on Social Assistance. Two Cohorts of German Welfare Recipients Compared
- Nr. 32 Drobnić, Sonja; Blossfeld, Hans-Peter; Rohwer, Götz; Wittig, Immo (1996): Woman's Part-time Work: Reconciliation between Family and Employment. A Comparision between Germany and the USA
- Nr. 33 Blossfeld, Hans-Peter; Drobnić, Sonja; Rohwer, Götz (1996): Employment Patterns: A Crossroad Between Class and Gender. A Long-term Longitudinal Study of Spouses' Careers in West Germany
- Nr. 34 Sackmann, Reinholt; Rasztar, Matthias; Struck-Möbbeck, Olaf; Weymann, Ansgar; Wingens, Matthias (1996): Die Dynamik von Erwerbslosigkeit und Geburtenrückgang bei jungen Erwachsenen im Transformationsprozeß
- Nr. 35 Blossfeld, Hans-Peter (1996): Macrosociology, Rational Choice Theory and Time. A Theoretical Perspektive on the Empirical Analysis of Social Processes
- Nr. 36 Blossfeld, Hans-Peter; Rohwer, Götz (1996): Causal Interference, Time and Observation. Plans in the Social Sciences

Nr. 37 Oswald, Christiane; Siddiqui, Sikandar (1996): Earnings and Employment Situation of East German Men, 1990-93: An Empirical Investigation Using Panel Data

Nr. 38 Struck-Möbbek, Olaf; Rasztar, Matthias; Sackmann, Reinhold; Weymann, Ansgar; Wingens, Matthias (1996): Gestaltung berufsbiographischer Diskontinuität

k) Sfb-Report

Um Ergebnisse der bisherigen Forschungsarbeit auch einem Leserkreis zugänglich zu machen, der über das wissenschaftliche Arbeitsfeld des Sfb hinausgeht, erscheint seit September 1993 der Sfb-Report, von dem bisher fünf Ausgaben vorliegen (Auflage 1.300).

l) Literaturdokumentation

Es wurde eine Literaturdokumentation aller Veröffentlichungen des Sfb 186 von 1988 bis April 1996 erstellt, die jährlich fortgeschrieben werden soll.

1.4 Stellung des Sfb innerhalb der Hochschule und Förderung des Lehre

Die Stellung des Sfb innerhalb der Hochschule und die Förderung der Lehre wird im Finanzierungsantrag für die 4. Forschungsphase 1997-99 unter Punkt 1.3 (Seite 46-48) ausführlich erläutert.

1.5. Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

1.5.1 Berufungen, Habilitationen, Promotionen

Wie die folgende Auflistung zeigt, haben sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Statusgruppen des Sfb in zunehmendem Maße akademisch erfolgreich profiliert.

a) Berufungen

Ablehnungen:

Prof. Dr. Ansgar Weymann (A4) (Universität Bamberg)

Prof. Dr. Stephan Leibfried (D3) (u.a Humboldt-Universität zu Berlin; University of Bath)

Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld (B6) (IAB-Nürnberg)

Angenommene Berufungen:

Prof. Dr. Ursula Rabe-Kleberg (B3), Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 1992

Prof. Dr. Birgit Geissler (B2), Fachhochschule Hamburg, 1992

- Prof. Dr. Ilona Ostner (B5), Universität Göttingen, 1994
 Prof. Dr. Mechtilde Oechsle (B2), Universität Bielefeld, 1994
 Prof. Dr. Johann Behrens (C4), Fachhochschule Fulda, 1994
 Prof. Dr. Ulrich Mergner (C1), Fachhochschule Köln, 1995
 Prof. Dr. Götz Rohwer (B6), Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin, 1996
 Dr. Jairo Arrow (C4), University of the North, Pietersburg (South Africa), Senior Lecturer für Mathematik und Statistik, 1994

Gastprofessuren, Akademiejahre u.ä.:

- Prof. Dr. Walter R. Heinz (A1)(WS 1995/96 und im SS 1996: University of Toronto)
 Prof. Dr. Helga Krüger (B1) (fall term 1995: University of Toronto)
 Prof. Dr. Stephan Leibfried (WS 93/94 - SS 94: Volkswagen-Stiftung; WS 96/97 und SS 97: Stanford University)
 Prof. Dr. Karl F. Schumann (WS 1996/97 - SS 97: Volkswagen-Stiftung)

Vertretungsprofessuren:

- PD Dr. Wolfgang Voges (D3)(WS 93/94 - SS 94): Universität Bremen
 Dr. Gerd Göckenjan (D2)(WS 1994/95): Universität Kassel, Gesamthochschule, (SS 1994 und im WS 1994/95): Humboldt-Universität zu Berlin
 Dr. Ulrike Nagel (YE1/Z)(SS 1995, WS 1995/96): Universität Kassel, Gesamthochschule
 PD Dr. Lutz Leisering (D3)(SS 1996: FU Berlin)

Habilitationen

Habiliert haben:

- Prof. Dr. Johann Behrens (C4) Thema: "Anvertraute Unversehrtheit. 'Public health' als Beruf", 1995
 Prof. Dr. Ursula Rabe-Kleberg (B3) Thema: "Vom Dienen zur Dienstleistung. Ein Beitrag zum Verhältnis von Geschlecht und Beruf", 1993
 PD Dr. Lutz Leisering "Sozialstaat und demographischer Wandel. Wechselwirkungen, Generationenverhältnisse, politisch-institutionelle Steuerung", 1992
 Dr. Götz Rohwer (B6) Thema: "Akteure und ihre Sozialstruktur als Gegenstand der empirischen Sozialforschung", 1994
 PD Dr. Ulrike Nagel (Z) mit der Schrift "Engagierte Rollendifferenz. Rekonstruktive Theoriebildung am Beispiel der Statuspassagen in den sozialen Beruf", 1996
 Prof. Dr. Birgit Geissler (Fachhochschule Hamburg, früher B2); Thema: "Die Arbeitsmarktintegration der Frauen als reflexive Modernisierung: Institutio-

nelle Lebenslaufmodelle und die individuelle Lebensplanung junger Frauen", 1993

PD Dr. Dietrich Milles (D1); Thema: "Industrielle Modernisierung und arbeitsbedingte Gesundheitsgefährdung", 1994

PD Dr. Wolfgang Voges (D3); Thema: "Arbeitsunfähigkeit und Frühverrentung - Analysen im Zeitraum der Implementation des BSG-Urteils zur 'konkreten Betrachtungsweise'", 1993

Eingereicht wurde die Habilitation von Dr. Gerd Göckenjan (D2); Thema: "Alter als Diskurs", 1996

Im Rahmen der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung hat sich zugleich die Kooperation innerhalb der Professorengruppe verdichtet.

Promotionen

Promoviert haben:

Dr. Ulrich Dorenborg (C4), Dr. Lydia Seus (A3), Dr. Peter Kupka (B5), Dr. Udo Kelle (Z), Dr. Monika Ludwig (D3), Dr. Vera Helling (A1), Dr. Olaf Struck-Möbbeck (A4), Dr. Ingo Mönnich (A1) und Dr. Petra Buhr (D3).

Dr. Petra Buhr (D3) erhielt für ihre Dissertation "Sozialhilfe und Lebenslauf - Empirische Analysen kurzfristigen und langfristigen Sozialhilfebezugs auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Daten" den mit DM 2.500,- dotierten Forschungspreis der Joseph-Popper-Nährpflicht-Stiftung, Ffm.

Dr. Udo Kelle (Bereich Methodenentwicklung) wurde für seine Dissertation "Empirisch begründete Theoriebildung - Ein Beitrag zur Logik und Methodologie interpretativer Sozialforschung" mit dem Bremer Studienpreis 1994 ausgezeichnet.

b) Abschluß des Graduiertenkollegs "Lebenslauf und Sozialpolitik"

Das Graduiertenkolleg "Lebenslauf und Sozialpolitik" wurde im Jahre 1994 abgeschlossen. Es wurde gemeinsam vom Zentrum für Sozialpolitik und vom Sfb 186 getragen. Von den 14 Stipendiaten haben elf ihre Promotion abgeschlossen, die restlichen drei Kollegiaten wurden später in das Kolleg aufgenommen und stehen kurz vor dem Abschluß ihrer Promotion. Ein Arbeitsbericht des Kollegs liegt vor.

**2. Arbeits- und Ergebnis-
berichte der einzelnen
Teilprojekte**

Projektbereich A

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts A1

Thema: Aufbruch in die Konvention? (Statuspassagen in die Erwerbstätigkeit III)

Beteiligte Wissenschaftler/innen

Prof. Dr. Walter R. Heinz	(GA)	(Projektleiter)
Dr. Andreas Witzel	(GA)	
Dr. Udo Kelle	(GA)	(seit 9/1995)
Dr. Ingo Mönnich	(EA)	(bis 8/1995)
Dr. Vera Helling	(EA)	(bis 4/1995)
Dipl.-Päd. Johanna Mierendorff	(EA)	(seit 8/1995)
Dipl. Soz. Jens Zinn	(EA)	(seit 10/1995)

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Stand der Forschung bei Antragsstellung und Ausgangsfragestellungen
 - 2.1 Berufsverlaufsmuster und berufliche Handlungsorientierungen
 - 2.2 Partnerschafts- und Familienorientierungen
3. Methodische Vorgehensweise
 - 3.1 Quantitative Analyse erwerbsbiographischer Muster
 - 3.2 Qualitative Analysen des biographischen Mikropanels
4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit
 - 4.1 Verlaufsmuster in den ersten Jahren des Erwerbslebens
 - 4.2 Gestaltungsmodi der Berufsbiographie
 - 4.3 Berufsverlauf, familiale und partnerschaftliche Orientierungen
5. Außenaktivitäten
 - 5.1 Vorträge
 - 5.2 Beitrag zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit
6. Publikationen
 - 6.1 Veröffentlichungen in der laufenden Berichtsperiode
 - 6.2 Arbeitspapiere
 - 6.3 Dissertationen

1. Zusammenfassung

Fünf Jahre nach Beendigung der Berufsausbildung zeigen Analysen der Erwerbsverläufe in den von uns untersuchten sechs Berufen deutliche Unterschiede. Sie betreffen die Kontinuität und Diskontinuität der Verläufe, die Nähe der ausgeübten Tätigkeit zur beruflichen Qualifikation, die Realisation von weiteren Stufen der Bildungskarriere und die Häufigkeit von Arbeitslosigkeitsepisoden. Diese empirischen Unterschiede folgen aus berufsspezifischen Arbeitsmarktstrukturen, die wir mit unseren Kontextanalysen untersuchen. Nur in günstigen Arbeitsmarktsegmenten können "konventionelle" berufliche Karrierepfade verfolgt werden. Während den *Bankkaufleuten* die Einmündung in vorgezeichnete Karrierepfade offenstand, waren *Maschinenschlosser* auf berufliche Positionen verwiesen, die mit Dequalifizierung verbunden sind, oder gezwungen, umständliche Umwege zur Weiterqualifikation auf sich zu nehmen, um berufliche Aspirationen zu verwirklichen. *Kfz-Mechaniker* und *Friseurinnen* mündeten aufgrund des eingegrenzten Arbeitsmarkts und fehlender schulischer Ressourcen relativ häufig in den *Jedermanns-*arbeitsmarkt ein. *Bürokaufleuten* stand aufgrund ihrer branchenübergreifenden Qualifikation ein breites Arbeitsmarktsegment offen, das ihnen allerdings kaum Aufstiegsmöglichkeiten eröffnet. Auch *Einzelhandelskaufleute* fanden in einem sich verengenden Arbeitsmarkt noch genügend Beschäftigungsmöglichkeiten; institutionalisierte Aufstiegspfade blieben dabei aber fast ausschließlich Männern vorbehalten.

Das Design unserer Untersuchung erlaubt es uns, die Prozesse der intergenerationalen Reproduktion sozialer Ungleichheit zu identifizieren, welche die erwerbsbiographischen Verläufe beeinflussen. Die soziale Herkunft beeinflußt die Verteilung von Chancen und Risiken für den Übergang von der Schule in die Berufsausbildung an der ersten Schwelle, die eine Statuspassage mit lebenslaufstrukturierender "Fernwirkung" darstellt. Dennoch lassen diese sozialstrukturellen Rahmenbedingungen den Akteuren Handlungsspielräume bei der Verwirklichung beruflicher Aspirationen: vorhandene Ressourcen müssen genutzt werden, um Vorteile zu sichern; mangelnde Ressourcen können unter bestimmten Umständen durch weitere Bildungsbemühungen ergänzt werden. In welchem Ausmaß die Akteure vorhandene Handlungsspielräume nutzen, hängt von ihren beruflichen Orientierungen und Umgangsweisen ab, die wir mit einer Typologie "berufsbiographischer Gestaltungsmodi" (BGM) systematisierend beschrieben haben. Die unterschiedlichen Risiko- oder Chancenstrukturen der einzelnen Berufe legen den Akteuren spezifische biographiegestaltende Umgangsweisen nahe und beeinflussen damit die Herausbildung der BGM. Beispielsweise entwickeln *Maschinenschlosser* auf der Basis von enttäuschten beruflichen Aspirationen häufig das

BGM Chancenoptimierung, das bei den Angehörigen dieses Berufs (im Unterschied zu anderen BGM) häufig zu verstärkten Weiterbildungsbemühungen führt.

Entgegen häufig geäußerter Thesen in der Individualisierungsdebatte zeigen unsere qualitativen Analysen des Zusammenhangs von Partnerschaft, Familiengründung und Erwerbsverlauf, daß in den Lebensentwürfen unserer Befragten Ehe und Familie nicht an Bedeutung verloren haben. Aber auch bei der Gestaltung der Familienbiographie zeigt sich die lebenslaufstrukturierende Rolle des Berufs: Überlegungen zur Familiengründung konkretisieren sich in der Regel in Lebensphasen, in denen berufliche Konsolidierungs- und Stagnationsprozesse eingesetzt haben. Die Familiengründung wird zeitlich hinausgeschoben, wenn berufliche Aspirationen noch nicht erreicht sind. Allerdings verdeutlichen unsere qualitativen Interviews auch, daß die Auseinandersetzung mit der Familiengründung nicht nur vom Berufsverlauf abhängig ist. Der geplante Karriereweg und die Familienorientierung des Partners sowie das unmittelbare soziale Umfeld haben einen hohen Stellenwert für familiale Orientierungen. Die Lebensentwürfe, in denen die Bereiche Familie und Beruf für die Zeit nach der Geburt integriert werden, sind stark geschlechtsspezifisch geprägt. Die meisten der befragten Frauen verfügen über einen *doppelten Lebensentwurf*, in dem die Familie den gleichen Stellenwert wie die Berufstätigkeit einnimmt. Für die befragten Männer hat nach wie vor der *berufsorientierte Lebensentwurf* Priorität, auch wenn neben dem Beruf genügend Zeit für die Kinder bleiben soll. Das Zusammenwirken von beruflichen Entwicklungen und familialen Orientierungen führt damit zu einer jetzt schon absehbaren Kumulation geschlechtspezifischer sozialer Ungleichheit im Erwerbsleben.

2. Stand der Forschung bei Antragsstellung und Ausgangsfragestellungen

2.1 Berufsverlaufsmuster und berufliche Handlungsorientierungen

Zu Beginn der laufenden Förderungsphase lagen nur wenige Befunde zur Struktur von beruflichen Verlaufsmustern in der Übergangsperiode zwischen Berufsausbildungssystem und Arbeitsmarkt vor: Ergebnisse der Jugend- und Berufsforschung machten dabei deutlich, daß trotz Startschwierigkeiten konventionelle Wege durch die Jugendbiographie dominieren (Friebel 1990; Fuchs-Heinritz 1991; Krüger 1991), wobei auch von berufsspezifischen Einmündungsproblemen berichtet wurde (vgl. Stegmann/Kraft 1988; Bolder 1991).

Anknüpfungspunkte für unsere Fragestellung bot auch die Ungleichheitsforschung, in der eine längsschnittorientierte Perspektive zunehmend an Bedeutung

gewann (Mayer/Blossfeld 1990; Blossfeld 1993; Berger/Hradil 1990; Berger/Sopp 1992). Bereits seit längerer Zeit war hier die Relevanz der Kategorie Beruf, und dabei insbesondere die Bedeutung von segmentierten Arbeitsmärkten und beruflichen Erstplazierungen, erkannt worden (Berger/Hradil 1990: 6). Die methodische Umsetzung dieser Einsicht stieß jedoch auf Schwierigkeiten. Dies betraf den Beruf erstens als abhängige Variable, denn es blieb einerseits weitgehend ungeklärt, wie berufliche Ungleichheit zu messen sei und andererseits, in welcher Weise erwerbsbiographische Verlaufsmuster identifiziert werden könnten. Zweitens konnte Beruf auch als unabhängige Variable oft allein deswegen nicht einbezogen werden, weil in den gängigen Lebenslaufstudien Zellenbesetzungen hinsichtlich einzelner Berufe viel zu klein waren, um den Einfluß etwa des Ausbildungsberufs auf den Lebenslauf adäquat modellieren zu können. Selbst in den methodisch elaboriertesten Untersuchungen wurden deswegen meist nur (wie bei Berger und Sopp 1992) Grobkategorien des Erwerbsstatus (wie Vollerwerbstätigkeit, Teilzeitbeschäftigung, Arbeitslosigkeit, Hausfrauendasein) betrachtet, die Unterschiede in der beruflichen Stellung nur ungenügend erfassen. Oder es wurden (wie bei Mayer/Blossfeld 1990) gängige Berufssprestigescores (Treimann 1979; Wegener 1985) verwendet, die ebenfalls unbeobachtete Heterogenität erzeugen können, weil Berufe mit denselben Prestigescores sich in ihren institutionalisierten Berufsverlaufsmustern erheblich unterscheiden.

Um die Bedeutung von Beruf als zentraler Lebenslaufinstitution angemessen zu erfassen, war unsere prospektive Längsschnittstudie einer Kohorte von Schulabgängern von Anfang an als Vergleich von sechs verschiedenen Berufen angelegt worden. Um dabei auch die Strukturkategorie Geschlecht als Faktor der Reproduktion sozialer Ungleichheit (Krüger 1995) zu berücksichtigen, wurden zwei typische Frauenberufe (*Friseurinnen, Bürokaufleute*), zwei typische Männerberufe (*Kfz-Mechaniker, Maschinenschlosser*) und zwei Mischberufe (*Bankkaufleute, Einzelhandelskaufleute*) in die Untersuchung einbezogen. Auch die Bedeutung regionaler Disparitäten für die Reproduktion sozialer Ungleichheit ist in zahlreichen Untersuchungen (Bertram, Dannenbeck 1990; Bertram u.a. 1993; Raab 1996) nachgewiesen worden. Wir haben deshalb Region als zusätzliche Vergleichsdimension einbezogen, indem wir jeweils ein Sample in einer strukturschwachen Region (*Bremen*) und in einer strukturstarken Region (*München*) gezogen haben

Entgegen gängiger Thesen zur Pluralisierung von Lebensläufen zeigten unsere Ergebnisse zu Beginn der laufenden Phase keine Auflösung von Normalbiographien, sondern verdeutlichten die Bedeutung beruflicher Kontinuität für die Lebensläufe junger Fachkräfte. Die Übergangsmuster an der Schwelle zwischen Berufsausbildung und Arbeitsmarkt variierten dabei deutlich regions-, -berufs- und geschlechtspezifisch (Mönnich, Witzel 1994). Mit Hilfe von Kontextanalysen (Bogun 1993) konnten wir jene berufsspezifischen Gelegenheitsstrukturen identifizieren, die für diese Variationen verantwortlich waren und sich auf die Entwicklung kontinuierlicher oder diskontinuierlicher Berufsverläufe auswirken (Witzel, Helling, Mönnich 1996).

Ein besonderer Fokus unserer Längsschnittstudie lag auf dem Zusammenspiel dieser sozialstrukturellen Handlungsbedingungen mit den subjektiven Handlungsorientierungen der Akteure. In der sozialstrukturanalytisch ausgerichteten Ungleichheitsforschung bleibt die Akteursperspektive oftmals methodisch unberücksichtigt. Auch in der sozialpsychologisch akzentuierten Biographieforschung liegen keine für unsere Fragestellung nutzbaren theoretischen Konzepte berufsbezogener Handlungsorientierungen vor. Den von Sozialpsychologen entwickelten kompetenztheoretischen Ansätzen, wie dem Konstrukt der *Selbstwirksamkeitserwartung* (Bandura 1986), fehlt nämlich der Bezug zu sozialen Anforderungsstrukturen. Im Unterschied zu den eher kompetenz- bzw. entwicklungstheoretisch formulierten Konzepten *generalisierter Kontrollüberzeugungen* (vgl. Hohner 1987; Hoff 1992) und *moralischer Urteilsfähigkeit* (vgl. Lempert 1993) fokussieren wir auf berufsbiographisch relevante, typische Umgangsweisen mit Anforderungen und Gelegenheitsstrukturen des Arbeitsmarkts, des Berufskontextes und der Bildungsinstitutionen. Daher hatten wir in den ersten beiden Förderungsphasen eine Typologie beruflicher Umgangsweisen auf der Basis unseres qualitativen Mikropanels mit Hilfe von Methoden empirisch begründeter Theoriebildung (Kelle 1994a) erarbeitet. Zu Beginn der letzten Forschungsphase lag das theoretische Konzept der "*berufsbiographischen Gestaltungsmodi*" (BGM) vor, mit dessen Hilfe moderierende Einflüsse zwischen sozialstrukturellen Gegebenheiten und individuelle Handlungen beschrieben werden (Heinz, Witzel 1995).

In der laufenden Phase sollte erstens die berufs-, geschlechts- und regionsspezifische Auffächerung von erwerbsbiographischen Verläufen bis zu fünf Jahren nach

Beendigung der Berufsausbildung quantitativ untersucht werden. Um in unseren Untersuchungen von Berufsverläufen die subjektiven Umgangsweisen der Akteure mit sozialstrukturellen Bedingungen nicht zu vernachlässigen, mußte zweitens das Konzept der BGM anhand des qualitativen Materials weiterentwickelt werden. Es sollte sich nicht nur, wie bislang, auf die retrospektiv bilanzierten Statuspassagen an der ersten Schwelle (in die Ausbildung) und der zweiten Schwelle (in die Erwerbstätigkeit) beziehen, sondern es sollte ermöglichen, individuelle Aspirationen, Realisierungsbemühungen und Bilanzierungsprozesse über eine längere biographische Etappe beruflicher Erfahrung zu verfolgen. Das Konzept sollte dabei insbesondere zur Klärung der Frage beitragen, wie die im Fortschreiten der Berufsbiographie verarbeiteten Erfahrungen mit Anforderungen und Selektionspraktiken von Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsinstitutionen typische Umgangsweisen fördern, verstärken oder modifizieren.

2.2 Partnerschafts- und Familienorientierungen

Ausgehend von Theorien zur doppelten Sozialisation (Heinz 1990; Krüger 1990) erwarteten wir für die Erhebungswelle der laufenden Phase einen starken Einfluß familienbiographischer Entscheidungen auf erwerbsbiographische Entwicklungen. Regionaler Arbeitsmarkt und berufsspezifische Biographien würden, so unsere Annahme, einen deutlich meßbaren Einfluß auf den Zeitpunkt, die Abfolge und die Dauer von geplanten und realisierten Partnerschaftspassagen haben, wobei die Akteure jeweils verschiedene Verknüpfungsmodi zwischen Karriereplänen und Partnerschaftsverläufen finden würden. Einen wichtigen Bezugspunkt bildete dabei die weit verbreitete These von der fortschreitenden milieuspezifischen "Individualisierung" und "Pluralisierung" von Partnerschaftsbeziehungen (Beck 1986), deren Vertreter auf zwei empirisch gut belegte Trends verweisen konnten: einerseits die zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz und Durchsetzung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft (Kaufmann 1990; Tölke 1991; Fischer/Zinnecker 1992) und andererseits der von Kohorte zu Kohorte wachsende zeitliche Abstand zwischen dem Einstieg in das Erwerbssystem und der Familiengründung (Mayer 1991). Die sich ausdehnende Jugendphase und das veränderte Familiengründungsverhalten waren in der Literatur häufig als Indiz für den Zerfall von Ehe und Familie gewertet worden (Hoffmann-Nowotny 1991; Peuckert 1991; Schulze u.a. 1987), zumindest

aber als Ausdruck von deren Bedeutungswandel (Nave-Herz 1987; Kaufmann 1990).

Gegenüber den Annahmen weitreichender Individualisierungstrends zeigten die Ergebnisse der qualitativen Analysen der ersten und zweiten Befragungswelle zumindest in beruflicher Hinsicht die Dominanz von eher konventionellen Orientierungen bei den von uns untersuchten jungen Fachkräften. Angesichts der angenommenen Wechselwirkungen zwischen Erwerbsbiographien und familialen Entwicklungen stellte sich somit die Frage, ob Individualisierungstendenzen im privaten Bereich zu Verwerfungen und Brüchen in der Berufsbiographie führten, oder ob auch in der Partnerschaft, ähnlich wie im Berufsverlauf, eher konventionelle Muster vorherrschen.

3. Methodische Vorgehensweise

3.1 Quantitative Analysen erwerbsbiographischer Muster

In der laufenden Projektphase wurde eine dritte Befragungswelle des quantitativen Makropanels durchgeführt: Die postalische Befragung hierzu fand im Sommer 1994, also im Durchschnitt 5 Jahre nach Beendigung der Berufsausbildung statt. Die Panelmortalität war dabei verglichen mit anderen Panelstudien niedrig. Mit 1040 Personen betrug die Rücklaufquote bezogen auf die erste Welle 47% gegenüber 59% zum zweiten Befragungszeitpunkt. Im Fragebogen wurden mit Hilfe mehrerer Kalendarien monatsgenau Ereignisse der Erwerbs-, Weiterbildungs- und Partnerschaftsbiographie sowie zusätzliche soziodemographische Informationen erhoben.

Bei der Datenanalyse stand die Suche nach erwerbsbiographischen Verlaufsmustern und ihre Abhängigkeit von berufs-, geschlechts- und regionsspezifischen Gelegenheitsstrukturen im Vordergrund. In einem ersten Schritt wurde der Merkmalsraum beruflicher Zustände auf wesentliche Kernkategorien reduziert, um die Angaben der Befragten über ihren beruflichen und partnerschaftsbezogenen Status in den einzelnen Episoden auf eine überschaubare Anzahl von Ausprägungen zu reduzieren. Dabei mußte berücksichtigt werden, daß der Abschluß eines bestimmten Ausbildungsberufs nicht nur für eine bestimmte Tätigkeit qualifiziert. Vielmehr eröffnet eine Berufsausbildung oft den Zugang zu verschiedenen beruflichen Tätigkeiten und Positionen (vgl. von Henninges 1994). Um Berufstätigkeiten in

relativ ausbildungsnahen Berufspositionen nicht als ausbildungsfremd und damit als Dequalifizierung zu erfassen, haben wir "*fachnahe*" berufliche Beschäftigungsverhältnisse (in denen in hohem Maße auf die Ausbildungsqualifikationen zurückgegriffen werden kann) von "*fachfernen*" Tätigkeiten unterschieden, in denen die Ausbildungsqualifikationen keinen (direkten) Bezug zur beruflichen Tätigkeit haben.

Nach den standardmäßig durchgeföhrten deskriptiven uni- und bivariaten Auswertungen wurden die erwerbsbiographischen Verläufe und die Partnerschaftsverläufe in einem ersten Schritt mit non-parametrischen Verfahren der Event-History Analyse (Survivalanalysen mit Produkt-Limit-Schätzern) untersucht, um geschlechts-, regions- und berufsspezifische Unterschiede zu analysieren. Unsere besondere Aufmerksamkeit galt dabei der "Fernwirkung" der ersten Schwelle (mit ihrem Zusammenspiel von schicht- und bildungsspezifischen Einflüssen auf die Berufswahl) auf die Erwerbsbiographie. Hierzu wurde der Einfluß von sozialer Herkunft, Geschlecht, Region, Bildungsabschluß, Ausbildungsberuf auf die Art der Tätigkeit (*fachferne* oder *fachnahe* Tätigkeit bzw. Fortsetzung der *Bildungskarriere*) fünf Jahre nach Beendigung der Ausbildung mit Hilfe multinomialer Logitmodelle geschätzt. Hieran anknüpfend arbeitet das Projekt gegenwärtig gemeinsam mit dem Bereich Methoden an der Konstruktion komplexer Event-History-Modelle, die den Einfluß von verschiedenen zeitveränderlichen Kovariaten im Beobachtungsfenster einerseits und die Prozeßgeschichte andererseits adäquat berücksichtigen, und an der Entwicklung von Verfahren zur Klassifikation von Verlaufsstrukturen ("optimal-matching-Verfahren").

3.2 Qualitative Analysen des biographischen Mikropanel

Auch das biographische Mikropanel wurde im Laufe des Jahres 1994 mit einer dritten Befragungswelle in Bremen und München fortgesetzt. Dabei wurden 94 Männer und Frauen der ersten und zweiten Welle durch problemzentrierte Interviews (Witzel 1989) befragt. Themen der Interviews waren einerseits die berufliche Etablierung unter biographischen Gesichtspunkten, andererseits die sich konkretisierenden familialen und partnerschaftlichen Orientierungen.

Anhand der Auswertung einer erweiterten Teilstichprobe (n=52) des qualitativen Samples wurde die Typologie der *berufsbiographischen Gestaltungsmodi* weiter-

entwickelt (zur Entwicklung der Typologie vgl. Witzel 1996). Hierbei konnte das in den letzten beiden Phasen formulierte sozialisationstheoretische Modell der Aufgabenbearbeitung (vgl. Hellings 1994; Hellings 1996) in das Konzept der BGM integriert werden. Durch eine berufsbiographische Differenzierung (Heinz, Witzel 1995) konnte die Typologie auf sechs Modi reduziert werden (zur Reduktion der Typologie vgl. Barton, Lazarsfeld 1984). Hierbei wurde das bislang angewandte Verfahren empirisch begründeter Typenbildung weiter systematisiert und von einer fallorientierten zu einer themenvergleichenden Auswertung übergegangen (vgl. Witzel 1996; vgl. auch den Arbeits- und Ergebnisbericht des Methodenbereichs). Die neue Typologie bildet die Grundlage für die Zuordnung sämtlicher Fälle ($n=94$) über alle drei Erhebungswellen zu den nunmehr sechs Typen von Gestaltungsmodi. Die Reduktion der Typologie ist darüber hinaus die Voraussetzung für die Konstruktion einer Itembatterie in der standardisierten Befragung der vierten Welle (siehe Fortsetzungsantrag).

Weiterhin wurde die dritte Welle des biographischen Mikropanels bezogen auf die partnerschaftlichen und familialen Orientierungen und Lebensentwürfe, die sich in Abhängigkeit von beruflichen Erfahrungen herausbilden, analysiert. Hierbei konzentrierte sich unsere Untersuchung vor allem auf die Analyse familialer Orientierungen sowie auf die (unerwartet konkreten) familialen Lebensentwürfe der jungen Erwachsenen. Auf die ursprünglich vorgesehene Übertragung des Konzepts der BGM auf familienbiographische Gestaltungsmodi wurde vorerst verzichtet, da nur ein relativ kleiner Teil des Samples bis zum Erhebungszeitpunkt eine Familie gegründet hatte. Stattdessen wurde aus dem empirischen Material ein verlaufsbezogenes Modell des Übergangs in die Familie entwickelt.

Um angesichts der hohen Fallzahl eine methodisch kontrollierte Auswertung sicherzustellen, wurde auf computergestützte Analyseverfahren für unstrukturierte Textdaten zurückgegriffen (Kelle, Prein, Bird 1995; Kelle 1996b). Die Interviews wurden zuerst anhand eines Kategorienschemas kodiert, das theoriegeleitet am empirischen Material entwickelt worden war. Als "heuristisch-analytischer Rahmen" für dieses Kategorienschema (vgl. Kelle 1995, 1996a) diente das auch für die Entwicklung der berufsbiographischen Gestaltungsmodi grundlegende Handlungsmodell mit den Schritten Aspiration, Realisation und Bilanzierung (vgl. Witzel 1996a). Bei der themenvergleichenden und typenbildenden Analyse des Datenma-

terials (zur Methode vergleiche den Arbeits- und Ergebnisbericht des Methodenbereichs) wurden die in der ersten und zweiten Forschungsphase entwickelten "Biographischen Chronologien" (vgl. Witzel 1996a) integriert. Die qualitative Analyse mündete in ein Modell des Übergangs in die Familie in Abhängigkeit vom Beruf.

4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit

4.1. Verlaufsmuster in den ersten Jahren des Erwerbslebens

Bereits die Ergebnisse der ersten beiden Phasen gaben Hinweise darauf, daß den Angehörigen der kaufmännischen Berufe die Einmündung in den Arbeitsmarkt wesentlich besser gelingt als Fachkräften aus dem handwerklichen und gewerblich-technischen Bereich (Mönnich, Witzel 1994). Wie die Analysen der Daten zu den Tätigkeiten nach Ausbildungsabschluß zeigen, hat die unerwartete Kontinuität der Berufsverläufe, die noch bis zu einem Jahr nach Ausbildungsende zu finden war (Mönnich 1994), bis zu vier Jahren später stark abgenommen zugunsten berufsspezifischer Verlaufsmuster (Witzel, Helling, Mönnich 1996): *Bankkaufleute* arbeiten vorwiegend im gelernten Beruf oder qualifizieren sich durch ein Universitätsstudium fort, *Bürokaufleute* qualifizieren sich relativ selten fort, sondern bleiben in der Mehrzahl im gelernten Beruf oder wechseln in andere Berufsfelder, *Einzelhandelskaufleute*, *Friseurinnen* und *Kfz-Mechaniker* sind relativ häufig in ausbildungsfremden Berufsfeldern tätig, *Maschinenschlosser* qualifizieren sich vergleichsweise häufig durch Schulbesuch und anschließendes Hochschulstudium fort (s.Tabelle 1).

	im gelernten Beruf	ausbildungsfremd	Schulbesuch	FH/Universität
Bankkaufleute (229)	53,7% (123)	9,6% (22)	0,4% (1)	31,9% (73)
Bürokaufleute (319)	60,2% (192)	22,6% (72)	0,3% (1)	6,9% (22)
Maschinenschl. (177)	40,7% (72)	23,2% (41)	10,2% (18)	14,1% (25)
Kfz-Mechaniker (103)	37,9% (39)	37,9% (39)	1% (1)	5,8% (6)
Friseurinnen (80)	42,5% (34)	33,8% (27)	2,5% (2)	1,3% (1)
Einzelhandelskfl. (130)	43,8% (57)	36,2% (47)	0	5,4% (7)
	49,8% (517)	23,9% (248)	2,2% (23)	12,9% (134)

Tabelle 1: Tätigkeit fünf Jahre nach Abschluß der Berufsausbildung

Zur Erhöhung der Übersichtlichkeit wurde die Residualkategorie (*Arbeitslosigkeit, Krankheit, Schwangerschaft, Erziehungsurlaub, Haftstrafen, Auslandsaufenthalt, Wehr- oder Zivildienst, Umschulung, Weiter- und Fortbildung* umfassend) weggelassen. Die Zeilenprozente addieren sich deswegen nicht auf 100%.

Verlaufsorientierte Analysen lassen diese berufsspezifischen Unterschiede noch deutlicher hervortreten. *Maschinenschlosser*, *Kfz-Mechaniker* und *Friseurinnen* haben deutlich diskontinuierlichere Berufsverläufe als die anderen Berufe und weisen entsprechend eine wesentlich höhere Anzahl beruflicher Zustandswechsel auf als der Rest der Stichprobe (*Maschinenschlosser* 3,8 Episoden; *Kfz-Mechaniker* 3,6 Episoden, *Friseurinnen* 3,5 Episoden gegenüber 3,1 Episoden bei den *Einzelhandelskaufleuten*, 2,9 Episoden bei den *Bürokaufleuten* und 2,8 Episoden bei den *Bankkaufleuten*). Auch der Anteil von relativ kurzen Episoden (<1 Jahr) an deren Gesamtzahl ist bei den *Maschinenschlossern* und den *Kfz-Mechanikern* mit jeweils 62% deutlich höher als bei den anderen Berufen (wo er bei durchschnittlich 50% liegt). Erwerbsbiographische Diskontinuität korreliert hierbei deutlich mit beruflicher Unzufriedenheit. Befragte mit einer hohen Anzahl beruflicher Episoden

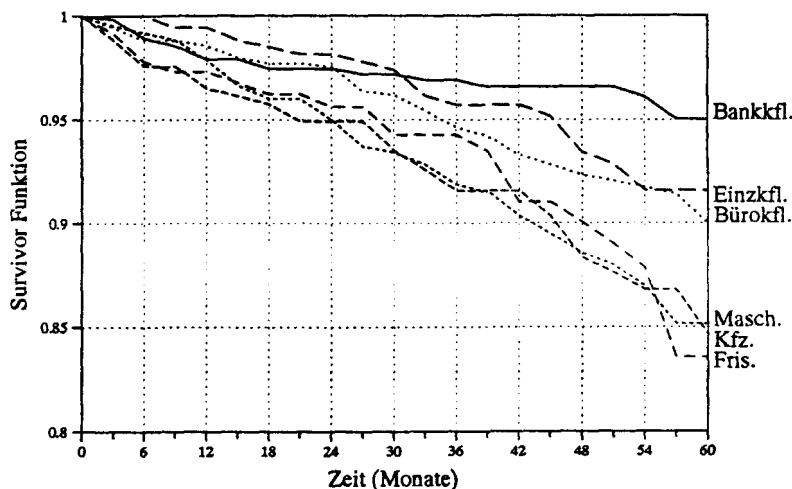
geben häufiger an, daß sich ihre berufliche Situation nicht verbessert hat, als Befragte mit relativ wenigen beruflichen Episoden (37% gegenüber 22%).

Bei den *Kfz-Mechanikern* korreliert berufliche Diskontinuität mit einer niedrigen Quote an Übernahmeangeboten nach der Ausbildung. Unsere Kontextanalysen weisen dabei auf die Bedeutung branchenspezifischer Betriebsstrukturen hin (vgl. hierzu auch Stegmann/Kraft 1987: 144). Ein nennenswerter Anteil kleiner Kfz-Werkstätten versucht, durch den Einsatz von Auszubildenden Personalkosten niedrig zu halten, und ist nicht in der Lage, Ausbildungsabsolventen dauerhaft zu beschäftigen. Der berufsspezifische Arbeitsmarkt kann diese Absolventen nicht aufnehmen, weil größere Kfz-Werkstätten ihren Nachwuchs eher bei den eigenen Absolventen rekrutieren. So führt bei den jungen *Kfz-Mechanikern* die Sucharbeitslosigkeit nach der Berufsausbildung nicht selten zu einer dauerhaften beruflichen Umorientierung.

Maschinenschlosser erhalten nach der Ausbildung relativ häufig Übernahmeangebote durch ihren Betrieb. Die Quote der Betriebsverbleiber unter den *Maschinenschlossern* ist mit 45% relativ hoch (*Bürokaufleute* 38%, *Einzelhandelskaufleute* 32%, *Kfz-Mechaniker* 24%, *Friseurinnen* 10%) und wird nur von den *Bankkaufleuten* (67%) übertroffen. Die Kontextanalysen und die Analyse der qualitativen Interviews zeigen jedoch, daß diese Übernahmeangebote relativ häufig mit einer fachlichen Dequalifikation verbunden sind. Da Erwartungen hinsichtlich Berufsstatus und qualifizierter Tätigkeit enttäuscht werden, ist der Anteil derjenigen, die in der standardisierten Befragung angeben, ihre berufliche Situation habe sich nicht verbessert oder sogar verschlechtert, mit 53% wesentlich höher als in den anderen Berufen (25%). Im Vergleich zu Angehörigen der anderen Berufe scheint sich für *Maschinenschlosser* der Verbleib im Ausbildungsberuf kaum auszuzahlen. Während bei den Angehörigen der anderen Berufe zwischen 76% und 82% derjenigen, die in ihrem Ausbildungsberuf verblieben sind, ihre berufliche Situation gegenüber der Zeit nach ihrer Ausbildung als verbessert einschätzen, sind es bei den *Maschinenschlossern* nur 42%.

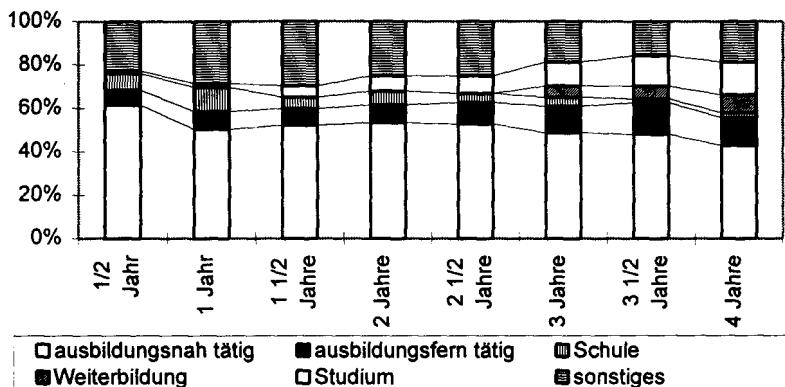
Die berufsspezifische Ungleichheit erwerbsbiographischer Verläufe zeigen auch Survivalanalysen des Übergangs in Arbeitslosigkeitsepisoden. Auch hier sind es überdurchschnittlich häufig die handwerklichen und die gewerblich-technischen Berufe, die von Arbeitslosigkeitsepisoden betroffen sind (s. Grafik 1).

Deutliche berufsspezifische Unterschiede zeigen sich auch hinsichtlich der Weiterbildungsbeteiligung: *Bankkaufleute* und *Maschinenschlosser* entwickeln, verglichen mit den anderen untersuchten Berufen, wesentlich häufiger die Strategie, formale Bildungsabschlüsse (bis hin zu einem (Fach-) Hochschulstudium nachzuholen (s. auch Tabelle 1)



Grafik 1: Survivorkurven: Arbeitslosigkeit nach Abschluß der Ausbildung

Wie die Betrachtung von Zeitreihen (s. Grafik 2) allerdings zeigt, müssen *Maschinenschlosser* im Unterschied zu *Bankkaufleuten* überdurchschnittlich oft formale Bildungsabschlüsse nachholen. Im Laufe des Untersuchungszeitraums erhöht sich deshalb zuerst der Anteil derjenigen, die einen Schulabschluß (i.d.R. fachgebundene oder allgemeine Hochschulreife) nachholen, und sinkt dann wieder. Etwa 2,5 Jahre nach Beginn des Beobachtungszeitraums steigt kontinuierlich der Anteil der *Maschinenschlosser*, die ein Studium aufnehmen.



Grafik 2: Tätigkeiten der Maschinenschlosser bis zu 5 Jahren nach Abschluß der Ausbildung

Unsere qualitativen Analysen machen die unterschiedliche Bedeutung der Weiterbildungsaktivitäten deutlich. Bei den *Bankkaufleuten* ist die hohe Studienneigung i.d.R. die Folge einer längerfristigen Karriereplanung (bei der die Berufsausbildung eine Vorstufe zu einem Studium darstellt). Bei den *Maschinenschlossern* stellt eine solche längerfristige Karriereplanung, bei der zur Erreichung des Berufsziels des Maschinenbauingenieurs eine Ausbildung im dualen System vorgeschaltet wird (vgl. Westhoff 1991: 60), die Ausnahme dar. Vielmehr sind die erhöhten Weiterbildungsspirationen der *Maschinenschlosser* eine Folge der Unzufriedenheit mit einem niedrigen beruflichen Anforderungsniveau und Prestige, das sich oft kaum von dem einer an- und ungelernten Tätigkeit unterscheidet.

Hierbei zeigt sich die Bedeutung von Bildungsressourcen: Obwohl *Kfz-Mechaniker* und *Friseurinnen* während der Einmündung in den Arbeitsmarkt ebenfalls mit besonderen Schwierigkeiten wie fehlenden Übernahmangeboten oder ungünstigen Arbeitsbedingungen konfrontiert sind, zeigen die Angehörigen dieser Berufe eine sehr viel geringere Neigung, Bildungskarrieren fortzuführen. Der Grund hierfür ist in dem relativ niedrigen formalen Bildungsniveau der Angehörigen dieser Berufe zu suchen - 57% der *Kfz-Mechaniker* und 60% der *Friseurinnen* (im Vergleich zu 28% der gesamten Stichprobe) besitzen nur Hauptschulabschluß. Die Möglichkeit, berufliche Chancen durch das Aufholen von Bildungsdefiziten zu

verbessern, ist nur für die Befragten, die bereits ein bestimmtes Bildungsniveau erreicht haben, eine realistische Option (zur sozialen Ungleichheit bei Weiterbildungsbeteiligung vgl. auch BIBB/IAB 1987; Bolder 1986). So sind es besonders Hauptschüler, die auf Beschäftigungsangebote in engen Arbeitsmarktsegmenten angewiesen bleiben (vgl. Schöngen u.a. 1994: 25).

Befragte mit hohem formalen Bildungsniveau sind dabei in verschiedener Hinsicht bevorzugt: auch dann, wenn sie keine Bildungskarrieren fortführen, haben sie größere Chancen, eine ausbildungsnah Beschäftigung auszuüben. Von den Abiturienten, die im Beobachtungszeitraum ohne Studienabschluß auf dem Arbeitsmarkt verbleiben, sind 76% ausbildungsnah tätig, von den Realschülern 74%, von den Hauptschülern jedoch nur 46%. Befragte mit höheren Schulabschlüssen sind überproportional in den Berufen mit guten Arbeitsmarktchancen vertreten - von den *Bankkaufleuten* etwa sind 54% Abiturienten und 2% Hauptschüler, von den *Kfz-Mechanikern* 57% Hauptschüler und 2% Abiturienten. Frauen in den untersuchten Berufsgruppen führen allerdings ihre Bildungskarriere signifikant seltener durch ein Studium fort als Männer, auch wenn entsprechende schulische Ressourcen vorhanden sind. Im Vergleich zwischen männlichen und weiblichen Erwerbsbiographien in den "Mischberufen" (Einzelhandel und Bank) zeigt sich, daß Frauen häufiger im erlernten Beruf und seltener berufsfremd tätig sind, wohingegen Männer deutlich öfter eine Universität oder Fachhochschule besuchen. Unsere qualitativen Interviews geben in diesem Zusammenhang Hinweise darauf, daß diese Unterschiede in der Bildungsbeteiligung zusammenhängen mit familialen Orientierungen, die den Akteuren weitere Investitionen in die Berufskarriere als nicht sinnvoll erscheinen lassen (vgl. 4.3). Hinsichtlich der Bildungsbeteiligung finden sich auch deutliche regionsspezifische Einflüsse. Während die Analysen in den zwei vorausgegangenen Phasen gezeigt haben, daß in der strukturstarken Arbeitsmarktregion (*München*) Einmündungsprobleme an der zweiten Schwelle wesentlich seltener sind als in Bremen, gelingt es vier bis fünf Jahre nach Ausbildungsabschluß den jungen Fachkräften aus *Bremen* (trotz ihrer durchschnittlich höheren formalen Schulabschlüsse) seltener, in ausbildungsnah Beschäftigungen einzumünden. Die Bremer Absolventen sind aufgrund restriktiver Arbeitsmarktbedingungen also eher auf Bildungskarrieren verwiesen und besitzen auch (wegen

des größeren Anteils formal höherer Bildungsabschlüsse in Bremen) die besseren Ressourcen hierzu.

Um zu untersuchen, wie der intrafamiliale und *intergenerationale Transfer sozialer Chancen und Risiken* den Lebenslauf als endogenen Kausalzusammenhang konstituiert und zur Reproduktion sozialer Ungleichheit führt, wurden multivariate Verfahren zur Analyse kategorialer Daten (multinomiale Logitmodelle) eingesetzt. Erwartungsgemäß bestehen signifikante Zusammenhänge zwischen sozialer Herkunft (operationalisiert als beruflicher Status des Vaters) und Schulabschluß einerseits und zwischen Schulausbildung und Art der Berufsausbildung andererseits, wie die Tabelle 2 exemplarisch für *Bankkaufleute* und *Maschinenschlosser* zeigt: Durch die soziale Herkunft werden unterschiedliche Chancen für den Bildungsabschluß, und durch den Bildungsabschluß Chancen und Risiken für die Berufswahl verteilt. Die Statuspassage an der ersten Schwelle stellt dabei die zentrale Selektionspforte dar, an der sich die Wirkungen zweier entscheidender Strukturgeber des Lebenslaufs verkoppeln.

Kategorie	erklärende Variablen	Koeff	p (T-test)
Bankkaufleute <i>(Referenzkategorie: alle übrigen)</i>	Konstante <i>berufl. Status des Vaters</i> <i>(Referenzkat.: alle übrigen)</i>	-1,58	<0,0001
	Facharbeiter	-0,64	0,07
	Itd. Angest./Beamte.	0,50	0,007
	Schulbildung <i>(Referenzkat.: Mittl. Reife)</i>		
	Hauptschule	-2,26	<0,0001
	(Fach-)Abitur	1,34	<0,0001
Maschinenschlosser <i>(Referenzkat.: wie oben)</i>	Konstante <i>berufl. Status des Vaters</i>	-1,62	<0,0001
	Facharbeiter	0,74	0,003
	Itd. Angest./Beamte.	0,45	0,03
	Schulbildung		
	Hauptschule	0,57	0,002
	(Fach-)Abitur	-2,11	<0,0001

Tabelle 2: Multinomiale Logitmodelle für den Einfluß von Elternhaus und Schule auf die Berufswahl (aus Platzgründen nur exemplarisch für zwei Berufsgruppen). Wegen des Fehlerrisikos zweiter Art (Kelle/Prein 1994, 1995; Prein/Kelle 1994; Prein/Kluge/Kelle 1994) sollte auch der Effekt mit $p > 0,05$ als bedeutsam interpretiert werden!

Schulabschluß und die Art des Ausbildungsberufs entfalten dabei eine erst nach einem Beobachtungszeitraum von bis zu fünf Jahren sichtbar werdende Langzeitwirkung: Die Art der Tätigkeit bis zu fünf Jahren nach Beendigung der Berufsausbildung (sind Befragte fachnah oder fachfremd tätig, oder holen sie Stationen einer Bildungskarriere nach?) erweist sich in den errechneten Modellen als maßgeblich abhängig vom Schulabschluß und dem gelernten Erstberuf (vgl. Tabelle 3). Bezogen auf den Status "fachnah beschäftigt" hat vor allem der Ausbildungsberuf einen starken Einfluß, wobei insbesondere *Bankkaufleute* und *Maschinenschlosser* ein geringeres Risiko fachfremder Beschäftigung aufweisen. Für die Fortführung der Bildungskarriere ist dagegen die Variable "Schulabschluß" die entscheidende erklärende Variable: Befragte mit einer (fachgebundenen) Hochschulreife zeigen eine wesentlich höhere Weiterbildungsneigung als ehemalige Hauptschüler oder Realschüler. Verglichen mit den anderen Berufen ist bei den *Maschinenschlossern* die Weiterbildungsneigung unabhängig vom Schulabschluß am größten (während die sich in bivariaten Analysen zeigende hohe Bildungsbeteiligung der *Bankkaufleute* (vgl. auch Tabelle 1) vor allem auf die hohe Anzahl von Abiturienten in diesem Beruf zurückgeführt werden kann.)

Teilprojekt A1
Heinz u.a.

Kategorie	erklärende Variablen	Koeff.	p. (T-test)
fachnahe Tätigkeit <i>(Referenzkat: alle übrigen)</i>	Konstante berufl. Status des Vaters <i>(Referenzkat: Angest.)</i>	0,07	0,23
	Facharbeiter	0,51	0,03
	Arbeiter	0,33	0,11
	ltd. Angest./Beamte.	-0,20	0,30
	selbst.	0,10	0,62
	Schulbildung <i>(Referenzkat.: alle übrigen)</i>		
	(Fach-)Abitur	-0,31	0,07
	Ausbildungsberuf <i>(Referenzkat: Einzelhandels.kfl.)</i>		
	Bankkfm.	-0,35	0,14
	Büro kfm.	0,65	0,003
	Maschinenschl.	-1,09	>0,0001
	Kfz-Mechaniker	-0,94	0,001
	Friseur/in	-0,93	0,004
(Fach)hochschulstudium <i>(Referenzkat.: wie oben)</i>	Konstante berufl. Status des Vaters	-1,91	<0,0001
	Facharbeiter	-0,25	0,48
	Arbeiter	-0,32	0,39
	ltd. Angest./Beamte.	0,10	0,67
	selbst.	0,06	0,83
	Schulbildung (Fach-)Abitur	1,17	>0,0001
	Ausbildungsberuf		
	Bankkfm.	0,44	0,16
	Büro kfm.	-0,33	0,30
	Maschinenschl.	0,79	0,02
	Kfz-Mechaniker	0,45	0,28
	Friseur/in	-0,50	0,40

Tabelle 3: Multinomiales Logitmodell für den Einfluß von Beruf, sozialer Herkunft und Schule auf die Tätigkeit 5 Jahre nach Ausbildungsabschluß.

Fünf Jahre nach Beendigung der Berufsausbildung beginnt also die Schere zwischen Befragten mit günstigen und mit ungünstigen Ausbildungsberufen auseinanderzuklaffen: während die einen eine innerbetrieblich vorgezeichnete Karriere antizipieren bzw. planen können, münden die anderen in prekäre Erwerbsbiographien auf dem Jedermannsarbeitsmarkt oder müssen umständliche Umwege zur Weiterqualifikation auf sich nehmen, um berufliche Aspirationen zu verwirklichen. Institutionen wirken dabei als *gatekeeper* (Heinz 1992) entscheidend mit. In

dem Maße, wie Bildungszertifikate als entscheidende Kriterien zur Verteilung von Ausbildungsplätzen und Arbeitsplätzen dienen, wird der beschriebene Prozeß der Kumulation sozialer Ungleichheit im Lebenslauf noch verstärkt. Ein an Zertifikaten orientiertes Bildungssystem wirkt also nicht nur in Richtung auf Chancengleichheit, sondern verstärkt auch soziale Ungleichheit.

Die Bruttoeffekte der sozialen Herkunft schwächen sich allerdings im weiteren Verlauf der Erwerbsbiographie ab, wie statistische Analysen des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und den von uns gemessenen Indikatoren der Erwerbsbiographie (welche sowohl bildungs- als auch berufsabhängig sind) zeigen (vgl. auch Tabelle 2 und 3). Zwar besitzt soziale Herkunft unabhängig von der Schulbildung noch einen Effekt auf die Art der Berufsausbildung, zwischen Herkunftsvariablen und der Art der Tätigkeit fünf Jahre nach der Berufsausbildung besteht allerdings ein wesentlich schwächerer Zusammenhang.

Der Lebenslauf kann also als eine Folge von Statuspassagen aufgefaßt werden, bei der das Niveau jedes erreichten Status das Niveau des nächsten Status beeinflußt, nicht aber determiniert. Hierdurch kann sich der Einfluß relativ "früher" Statuspassagen im Lebenslauf auf spätere Phasen sukzessive abschwächen. Dies hängt damit zusammen, daß die sozialstrukturellen Rahmenbedingungen den Akteuren Handlungsspielräume bei der Verwirklichung beruflicher Aspirationen lassen: vorhandene Optionen müssen in einem bestimmten Zeitraum genutzt werden, um nicht verlorenzugehen, mangelnde Ressourcen können unter bestimmten Umständen durch weitere Bildungsbemühungen ergänzt werden. Mit anderen Worten: Elternhaus, Bildungsabschluß und Berufsausbildung stellen eine Sequenz von lebenslaufstrukturierenden Einflüssen dar, zwischen denen ein "*loose coupling*" (Elder/O'Rand 1995) besteht.

4.2 Gestaltungsmodi der Berufsbiographie

Ein großer Teil der Varianz beruflicher Verläufe läßt sich also durch die unterschiedliche Nutzung jener Handlungsspielräume erklären, die (in freilich unterschiedlichem Ausmaß) durch soziale Herkunft, schulische Ressourcen und berufliche Kontextbedingungen konstituiert werden. Aus der Individualisierungsdebatte (Beck 1986) und den Theorien zum "*loose coupling*" (s.o.) läßt sich die Bedeutsamkeit berufsbiographischer Orientierungen und Umgangsweisen für die Nutzung

dieser Handlungsspielräume ableiten. Biographische Orientierungen und Umgangsweisen erfassen wir mit der Konzeption der "berufsbiographischen Gestaltungsmodi" (BGM) (Mönnich, Witzel 1994; Heinz, Witzel 1995). Mit den BGM stand zu Beginn der laufenden Phase eine aus dem qualitativen Interviewmaterial entwickelte Typologie zur Verfügung, die sich vorerst nur auf berufliche Orientierungen an der ersten Schwelle (von der Schule in die Ausbildung) und zweiten Schwelle (von der Ausbildung in den Beruf) bezog. Durch die Erweiterung des Beobachtungsfensters konnte diese Typologie auf sechs BGM (vorher: elf) verdichtet werden: *Persönlichkeitsgestaltung*, *Chancenoptimierung*, *Laufbahnhabitus*, *Lohnarbeiterhabitus*, *Selbständigenhabitus* und *Betriebshabitus*. Diese aus dem erweiterten Datenmaterial entwickelten Typen unterscheiden sich in ihrer biographiestrukturierenden Funktion in Modi mit eher berufsbiographischer Offenheit und Modi mit eher berufsbiographischer Geschlossenheit. Die BGM *Persönlichkeitsgestaltung* und *Chancenoptimierung* halten die Zukunft offen und zielen auf eine Veränderung bzw. Verbesserung beruflicher Positionen, neue Ausbildungsinhalte und -wege sowie auf eine flexible Balance zwischen individuellen Ansprüchen und Handlungsbedingungen. Dagegen verkörpern der *Selbständigenhabitus* und der *Betriebshabitus* eher einen berufsbiographischen Endpunkt mit Etablierungsbemühungen im erreichten beruflichen Status. Zwischen diesen beiden Polen liegen die BGM *Laufbahnhabitus* und *Lohnarbeiterhabitus*.

Die BGM erwiesen sich als unerwartet stabil über die zweite Schwelle hinaus. Nur bei zwei von insgesamt n=52 Fällen hat in dem untersuchten Beobachtungszeitraum einen Wechsel des BGM stattgefunden. Diese Konstanz ist jedoch nicht dahingehend zu interpretieren, daß es sich bei den BGM um Persönlichkeitsmerkmale handelt. Die BGM bilden sich erst auf der Grundlage von beruflichen Erfahrungsprozessen in Ausbildung und Arbeit heraus (vgl. Witzel 1996b). Unsere Ergebnisse zeigen, daß der enge Zusammenhang zwischen beruflichen Kontextbedingungen und der Verteilung der BGM Resultat von berufsspezifischen Selbstsozialisationsprozessen ist (Heinz 1988; Heinz/Witzel 1995):

Wir finden bei *Bankkaufleuten* mit vergleichsweise günstigen Beschäftigungschancen und Laufbahnstrukturen vor allem die BGM *Chancenoptimierung* und *Laufbahnhabitus*. Insbesondere *Bankkaufleute* mit Abitur praktizieren ein "*institutional handling*" ihrer beruflichen Kompetenzentfaltung und Karriere, wobei spätere

Optionen (z.B. Studium) prinzipiell offen gehalten werden (*Chancenoptimierung*). Der BGM *Laufbahnhabitus* unterscheidet sich hinsichtlich des Bezugs auf Institutionen vom BGM *Chancenoptimierung*: Akteure mit einem ausgeprägten *Laufbahnhabitus* klinken sich nahtlos in die vorgezeichneten Karrierepläne, d.h. in den betriebsinternen Arbeitsmarkt der Bank ein.

Auch die *Bürokaufleute* haben vergleichsweise günstige Beschäftigungschancen. Der bei ihnen vorherrschende BGM *Chancenoptimierung* entsteht aufgrund der Erfahrung mit einer branchenübergreifenden kaufmännischen Grundqualifikation über breit gestreute berufliche Einsatzfelder zu verfügen. Aus der Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen im Betrieb und dem niedrigen sozialen Status unternehmen *Bürokaufleute* verstärkt Bemühungen, den Betrieb zu wechseln. Gerade das breite Arbeitsmarktsegment befördert die berufsbiographische Offenheit der Akteure (vgl. Witzel, Helling, Mönnich 1996).

Die BGM der *Maschinenschlosser* teilen sich auf in *Chancenoptimierung* und *Lohnarbeiterhabitus*. Beim *Lohnarbeiterhabitus* stehen Verbesserungen von materiellen Bedingungen im gegenwärtigen Betrieb und auf dem Arbeitsstellenmarkt im Mittelpunkt. Auch bei den *Maschinenschlossern* zeigt sich die Bedeutung von schulischen Ressourcen und beruflichen Gelegenheitsstrukturen. Die Auszubildenden und Facharbeiter bilanzieren ihre betrieblichen Erfahrungen und beruflichen Perspektiven negativ (vgl. auch Hoff, Lempert, Lappe 1991). Einen *Lohnarbeiterhabitus* entwickeln diejenigen, die niedrig qualifiziert als Produktionsfacharbeiter arbeiten (insbesondere dann, wenn sie den Betrieb wechseln). Zu den "*Chancenoptimierern*" zählen diejenigen, die auf der Basis ihrer schulischen Ressourcen die Berufsaufbau-, Fachoberschule oder (Fach-)hochschule besuchen und auf diese Weise neue biographische Wege erproben (vgl. dazu ausführlich Witzel; Helling; Mönnich 1996).

Bei den *Friseurinnen* überwiegt der BGM *Betriebshabitus*, bei dem es um die Identifikation mit dem (Klein-)betrieb geht. Sie erwarten, daß der Betrieb ein gutes soziales Klima sicherstellt, das die Identifikation mit ihm ermöglicht. Diese Erwartungen der *Friseurinnen* erfüllen sich angesichts ungünstiger Arbeitsbedingungen und geringer Entlohnung im Friseurhandwerk nur teilweise und unter großen Anstrengungen. Da sie auf ein relativ enges Arbeitsmarktsegment verwiesen sind, bleibt ihnen oft nur der Ausstieg in Ungelerntentätigkeiten (BGM *Betriebshabitus*)

oder die (allerdings seltene) Möglichkeit, im Betrieb der Eltern als "Juniorchefin" ökonomische Sicherheit zu finden (BGM: *Selbständigenhabitus*).

Kfz-Mechaniker entwickeln unterschiedliche Strategien der beruflichen Etablierung in einem restriktiven Arbeitsmarkt. Bei denjenigen, die einen qualifikationsadäquaten Arbeitsplatz bekommen haben, findet man den *Lohnarbeiterhabitus*, den *Laufbahnhabitus* und (insbesondere in den Kleinbetrieben) den *Betriebshabitus* vor. Suchen *Kfz-Mechaniker* nach beruflichen Alternativen, häuft sich das BGM *Chancenoptimierung*.

Einzelhandelskaufleute treffen auf einen engen bzw. sich wandelnden Arbeitsmarkt. Gelingt es *Einzelhandelskaufleuten*, in größeren Betrieben mit Aufstiegschancen Fuß zu fassen, entwickeln sie die BGM *Chancenoptimierung* und *Laufbahnhabitus*. In kleineren Betrieben (z.B. Filialen im Lebensmittelgewerbe), die durch Teilzeitarbeit und Verträge mit geringfügiger Beschäftigung Identifikationsmöglichkeiten mit dem Betrieb erschweren, findet man den BGM *Lohnarbeiterhabitus*.

Den BGM *Persönlichkeitsgestaltung* konnten wir - entgegen einer emphatischen Interpretation der Individualisierungsthese - nur bei wenigen Befragten beobachten, denen es darum geht, in Beruf und Privatsphäre ihre Persönlichkeit zu formen, weiterzuentwickeln und zu verändern. Sie formulieren moralische Ansprüche an die Arbeit und halten kritische Distanz zu den Institutionen.

4.3 Berufsverlauf, familiale und partnerschaftliche Orientierungen

Ein weiterer Schwerpunkt der Untersuchung in der laufenden Phase war der Zusammenhang von beruflichen und familialen Sozialisationsprozessen, wobei an Theorien zur doppelten Sozialisation junger Erwachsener (Heinz 1990; Hoff 1990) angeknüpft wurde. Die Statuspassage in die Familie stellt für Männer und Frauen die beruflichen Weichen unterschiedlich und führt so zu einer ungleichen Verteilung von Chancen und Risiken im weiteren Erwerbsleben (Krüger 1995).

Unsere These vom "Aufbruch in die Konvention" wurde in den Analysen der quantitativen Daten bislang bestätigt. Die Befragten wählen nur selten "nichtkonventionelle" Lebens- und Partnerschaftsformen. Fünf Jahre nach Beendigung der Berufsausbildung wohnen noch 31% bei den Eltern, 25% alleine und 41% mit

einem Partner zusammen. Die verlaufsorientierte Analyse zeigt, daß Partnerschaften sehr stabil sind. Serielle Monogamie ist nicht die absolute Ausnahme, aber auch nicht sehr häufig. (Nur 4,6% der Befragten haben bislang mit mehr als einem Partner, 0,6% mit mehr als zwei Partnern zusammengelebt). Das Zusammenleben in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft ist für die Befragten offensichtlich eine Selbstverständlichkeit. Doch wird in den qualitativen Interviews deutlich, daß die meisten dieser Partnerschaften auf Dauer angelegt sind und eine Eheschließung angestrebt wird. Man könnte hier also von einer (modernen) Konvention sprechen: der Heirat geht eine längere Phase der Kohabitation voraus. Wohngemeinschaften werden von einer kleinen Minderheit des Samples während einer Ausbildungsphase (v.a. während eines Studiums) als Wohnform gewählt. Dies hat allerdings in der Regel pragmatische Gründe und entspringt keineswegs der Suche nach einer alternativen Lebensform.

Das qualitative Interviewmaterial legt den Schluß nahe, daß in den Orientierungen und Lebensentwürfen unserer Befragten, entgegen häufig geäußerter Annahmen in der Individualisierungsdebatte, die Ehe und insbesondere die Familiengründung nicht an Bedeutung verloren haben. Bis auf wenige Ausnahmen haben alle der von uns interviewten Frauen und Männer fünf Jahre nach Abschluß der Ausbildung den Wunsch geäußert, eine Familie zu gründen bzw. diese Statuspassage bereits vollzogen. Diese Orientierungen stellten sich unabhängig von Familienstand, Lebensform und dem bisher erreichten beruflichen Status ausgesprochen homogen dar. Die Ehe wurde in der Regel als kulturell gewachsene oder als den Familienalltag entlastende Voraussetzung für das Zusammenleben mit Kindern gesehen.

Aufgrund der Altersstruktur der von uns untersuchten Kohorte ist der Wunsch nach Kindern überwiegend noch nicht realisiert bzw. bewußt zeitlich hinausgeschoben. Auch wenn die Familie als Wert nicht an Bedeutung verloren hat, ist deren Gründung keinesfalls selbstverständlich, sondern Aushandlungsprozessen innerhalb der Partnerschaft unterworfen und nach außen begründungsbedürftig. Gewandelt haben sich weniger die Orientierungen als vielmehr jene Begründungsmuster, die sich auf das "timing" der Familiengründung im Lebenslauf und die antizipierte Verknüpfung von Beruf und Familie beziehen. Die Begründungs- und Übergangsmuster für eine in naher Zukunft angestrebte oder zeitlich aufgeschoßene Familiengründung unterscheiden sich deutlich abhängig von den beruflichen

Teilprojekt A1
Heinz u.a.

Erfahrungen und den antizipierten Berufsverläufen. Anhand des empirischen Materials wurde ein Übergangsmodell der vollzogenen oder antizipierten Statuspassage in die Familie in Abhängigkeit vom Berufsverlauf entwickelt (vgl. Tabelle 4):

Berufliche Entwicklung	Bedeutung von Familie im Lebensentwurf
Stagnation beruflicher Ziele	Familie als Alternative zum Beruf
Beruf eröffnet dauerhafte Zukunfts-perspektive, ggf. Weiterbildungs- oder Aufstiegsaspiration	Familie nimmt den gleichen Stellenwert wie der Beruf ein und familiäre Ereignisse müssen in den Berufsverlauf zeitlich eingepaßt werden
Der berufliche Verlauf wird von unvorhergesehener Elternschaft beeinflußt	Ein Arrangement zwischen Beruf und Familie muß hergestellt werden

Tabelle 4: Modell für die Passage in die Familiengründung

Überlegungen zur Familiengründung konkretisieren sich in der Regel in Lebensphasen, in denen berufliche Konsolidierungs- oder Stagnationsprozesse eingesetzt haben (vgl. Fischer, Zinnecker 1992; Tölke 1991). Die Familiengründung wird sowohl von Frauen als auch von Männern hinausgeschoben, wenn berufliche Perspektiven oder Veränderungen sowie Weiterbildungsambitionen, die große zeitliche Investitionen erfordern, bestehen. Konsolidierungsphasen finden z.B. bei den *Friseurinnen*, deren Weiterbildungs- und Karrierechancen strukturell relativ begrenzt sind, früher statt als bei den *Bankkaufleuten* des Samples, denen zumindest potentiell berufliche Karrierepfade zur Verfügung stehen. Der Zeitpunkt der Familiengründung ist nicht nur für die Karriereplanung von Frauen relevant, sondern auch für diejenigen Männer, die sich mit ihren Partnerinnen schon vor der Geburt eines Kindes auf eine traditionelle Arbeitsteilung verständigt haben. Trotz dieser Entlastung von familiären Verpflichtungen kann es zu einem Aufschub der Familiengründung kommen, wenn der Anspruch, Zeit für die Kinder zu haben, durch Aufstiegs- oder Karrierewünsche konterkariert wird.

In den Interviews hat sich gezeigt, daß die Auseinandersetzung mit dem Thema Kind und Heirat bzw. die konkrete zeitliche Planung der Geburt eines Kindes nicht nur vom Berufsverlauf, sondern auch von Orientierungen des Partners und vom weiteren sozialen Umfeld abhängig sind.:

- a) Der Beruf und der *geplante Karriereweg/Berufsverlauf* des Partners spielen hierbei eine wichtige Rolle. In der Regel gehen beide Partner davon aus, daß zeitliche Planungen hinsichtlich Partnerschaft und Familie grundsätzlich nur in Abstimmung mit dem Partner zu realisieren sind. Dies gilt für Männer und Frauen gleichermaßen.
- b) Weiterhin ist die *Familienorientierung* des Partners, d.h. inwieweit sich der Partner auch mit Fragen von Familiengründung und Partnerschaft auseinandersetzt, von Bedeutung. Die Stabilität von Partnerschaften ist im wesentlichen davon abhängig, ob ähnliche Deutungsmuster bzw. Orientierungen hinsichtlich der Familiengründung bestehen und ob die Partner einen Konsens in diesen Fragen herstellen können.
- c) Schließlich hat das *soziale Umfeld* einen bedeutsamen Einfluß. Die Befragten orientieren sich bei ihrer Familiengründung stark an Bekannten, Verwandten und Freunden. Insbesondere solche Mitglieder des sozialen Netzwerks, die sich in ähnlichen Lebensphasen befinden, beeinflussen den Zeitpunkt der Eheschließung und der Familiengründung.

Diese Ergebnisse bestätigen die grundlegenden Annahmen des Konzeptes der doppelten Sozialisation, wonach nicht allein die beruflichen Sozialisationserfahrungen und -bedingungen für die Entwicklung der Persönlichkeit und der biographischen Gestaltungsmodi relevant sind, sondern das gesamte Lebensumfeld (vgl. Heinz 1990).

Wesentliche Differenzen zwischen Männern und Frauen zeigen sich hinsichtlich des antizipierten Erwerbsverlaufs nach der Geburt eines Kindes. Von der überwiegenden Zahl der Befragten (Männer wie Frauen) wird die Bedeutung beider Elternteile für die Erziehung der Kinder hervorgehoben. So bestätigen sich hier die Thesen eines Einstellungswandels bei jungen Männern (Metz-Göckel, Müller 1987). In den konkreten Lebensentwürfen scheint jedoch das traditionelle Familienmodell unabhängig vom Beruf und erreichten Status der Frau für die ersten

drei Jahre nach der Geburt eines Kindes aufrechterhalten zu werden. Die Befragten antizipieren relativ früh Zielkonflikte, Probleme und Handlungsbegrenzungen, die einer in der Vorstellung bestehenden gleichberechtigten Sorge um das Kind entgegenstehen. Um die gewünschte Elternschaft nicht an strukturellen Hindernissen scheitern zu lassen, legen sich viele von ihnen bereits lange vor der Geburt des ersten Kindes auf einen typischen *Lebensentwurf* fest, mit dem das Verhältnis von Familie und Beruf geklärt wird. Anhand unseres Materials haben wir die von Geissler und Oechsle (1994) entwickelte Typologie von Lebensentwürfen auf den männlichen Lebenslauf übertragen und konnten neben vier Typen weiblicher Lebensläufe (*familienzentrierter*, *doppelter*, *berufsorientierter* und *individualisierter* Lebensentwurf) drei Typen männlicher Lebensentwürfe unterscheiden (*berufsorientierter*, *doppelter* und *individualisierter* Lebensentwurf). Der überwiegende Teil der befragten Frauen verfolgt, auch wenn ein hohes berufliches Niveau erreicht ist, einen *doppelten Lebensentwurf*, in dem die Familie den gleichen Stellenwert wie die Berufstätigkeit einnimmt. Die strukturellen Hürden, die bei dem Versuch genommen werden müssen, Familie und Beruf zu vereinbaren, versuchen diese Frauen durch eine zeitliche Aufeinanderfolge von Berufs- und Familienphasen zu bewältigen. Generell wird eine Rückkehr in das Erwerbsleben nach einer Kinderpause angestrebt. Für die befragten Männer hat nach wie vor der *berufsorientierte Lebensentwurf* Priorität, wobei neben dem Beruf ausreichend Zeit für Kinder vorhanden sein soll. Durch die zeitliche Verschiebung der Geburt des ersten Kindes wird dabei versucht, die Realisierung dieser verschiedenen Präferenzen aufeinander abzustimmen.

Auch die qualitativen Analysen der Familienorientierungen der jungen Fachkräfte geben deutliche Hinweise darauf, daß subjektive Handlungsorientierungen neben sozialstrukturellen Einflüssen einen erheblichen Teil der Varianz von familienbiographischen Verläufen aufklären können. Das Zusammenspiel von beruflichen Erfahrungen und geschlechtsspezifischen familialen Orientierungen führt zu einer jetzt schon absehbaren Kumulation der berufs- und geschlechtsspezifischen sozialen Ungleichheitsfaktoren im Erwerbsleben.

5. Außenaktivitäten

5.1 Vorträge

- Heinz, Walter R.: Berufliche Bildung zwischen Wertewandel und betrieblicher Modernisierung; Tagung des IAB "Die Zukunft der Berufsausbildung", Nürnberg, 21. und 22. April 1994
- Heinz, Walter R.: Transition from school to work in a cross-cultural perspective; Tagung der European Science Foundation, Transition Network, in Selisberg, Schweiz, September 1994
- Heinz, Walter R.: Soziale Benachteiligung und Berufsausbildung in Europa; Tagung des DJI in München, Dezember 1994
- Heinz, Walter R.: Youth transitions in cross-cultural perspective: School-to-work in Germany; National Welfare Grants research and policy symposium "Youth in Transition", in Kananaskis, Alberta, Canada, vom 24. bis 30. April 1995
- Heinz, Walter R.: The transition from education to employment; a comparison between Canada, USA, Great Britain and Germany; public CIS-lecture, Trinity College, University of Toronto, 28. November 1995
- Heinz, Walter R.: The life course and the welfare state in international perspective; public CIS-lecture, Trinity College, University of Toronto, 31. Januar 1996
- Heinz, Walter R.: Theorizing the macro-micro link in life course research; Department of Sociology, York University, Toronto, 10. April 1996
- Heinz, Walter R.: Social institutions and the modern life course; Department of Sociology, University of Minnesota, Minneapolis, 23. April 1996
- Heinz, Walter R.: Restructuring in the public and private sector as a challenge for education and training institutions; Hubert Humphrey Center for Policy Studies, University of Minnesota, Minneapolis, 25. April 1996
- Heinz, Walter R.: What do young skilled workers do after their apprenticeship? Results of a longitudinal study in Germany; Center for Human Development, University of North Carolina, Chapel Hill, 7. Mai 1996
- Heinz, Walter R.: Work and family in the transition to adulthood; Annual Meeting of the Population Association of America; New Orleans, 9. bis 11. Mai 1996
- Heinz, Walter R.; Witzel, Andreas: Gestaltungsmuster der Berufsbiographie bei jungen Fachkräften. 39. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Psychologie, Schwerpunktthema "Persönlichkeit und Verhalten", vom 25. bis 29. September 1994 in Hamburg
- Helling, Vera; Mönnich, Ingo; Witzel, Andreas: Die Statuspassage in den Beruf als Sozialisationsprozeß. 27. Soziologenkongreß April 1995 in Halle/Saale, Sektion Bildung und Erziehung
- Mierendorff, Johanna; Zinn, Jens: Hauptsache eine Berufsausbildung - In wieweit ist mit einem erfolgreichen Ausbildungsabschluß ein sicherer Übergang in den

Teilprojekt A1
Heinz u.a.

Beruf erwartbar? Über die Bedeutung von erfahrungsunabhängigen Bewältigungsstrategien und strukturellen Bedingungen im Prozeß der Berufseinstellung. Workshop: Sommeruniversität Bremen, am 28. Juni 1996

Witzel, Andreas: The Typification of Occupational Biographies of Young Adults. Workshop: "Empirically Based Theory Construction and Qualitative Life Course Research", Sonderforschungsbereich 186 "Statuspassagen und Risikolagen im Lebenslauf" an der Universität Bremen, vom 17. bis 19. November 1995

Witzel, Andreas: Auswertung problemzentrierter Interviews. Grundlagen und Erfahrungen. "Paraphrasieren, Kodieren, Interpretieren". Workshop zur Auswertung qualitativer Interviews, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. Hannover, am 29. und 30. Juni 1995

Witzel, Andreas: The Impact of Local Labour Markets on Occupational Paths of Young Adults. Workshop on Longitudinal Research on the Transition from Adolescence to Adulthood am Sonderforschungsbereich 186 "Statuspassagen und Risikolagen im Lebenslauf" an der Universität Bremen, vom 5. bis 7. Juli 1995

Witzel, Andreas: Berufswahl - ein Vermittlungsprozeß zwischen Biographie und Chancenstruktur. Workshop: "Berufswahl: Sozialisations- und Selektionsprozesse an der ersten Schwelle" am 13. und 14. Juli 1995 im IAB in Nürnberg

Witzel, Andreas: Zum Verhältnis von Prozeßstrukturen und Handlungsstrategien am Beispiel von Berufsverläufen und biographischen Gestaltungsmustern. 4. Symposium Lebenslaufpolitik - Institution und Statusmanagement am Sonderforschungsbereich 186 "Statuspassagen und Risikolagen im Lebenslauf" an der Universität Bremen, am 21. und 22. September 1995

5.2 Beiträge zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit

Heinz, Walter R.: Seit 1991 Mitglied der Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern (KSPW) und zwar im Fördersektor IV: "Individuelle Entwicklung, Sozialisation und Ausbildung im Transformationsprozeß"

Heinz, Walter R.: Distinguished Visiting Professor, Department of Sociology, Political Science, Psychology, and German; University of Alberta, Edmonton, Canada, 27. Februar bis 27. März 1995

Heinz, Walter R.: Organisator des KSPW-Workshops "Berufsverläufe im Transformationsprozeß", Berlin, 30. Juni 1995

Heinz, Walter R.: Visiting Chair for German and European Studies, Centre for International Studies, University of Toronto, September 1995 bis Juni 1996

Heinz, Walter R.: Organisator der Tagung "New Passages between Education and Employment in North America and Europe", University of Toronto, 19. bis 21. April 1996

6. Publikationen

6.1 Veröffentlichungen in der laufenden Berichtsperiode

- Heinz, Walter R.; Evans, Karen (eds.) 1994: *Becoming Adult in England and Germany*. London: Anglo-German Foundation
- Heinz, Walter R. (1994): Berufliche Bildung zwischen Wertewandel und betrieblicher Modernisierung. In: Liesering, S. u.a. (Hrsg.): *Die Zukunft der Dualen Berufsausbildung*. (BeitrAB 186), Nürnberg, 110-123
- Heinz, Walter R. (1994): Social structure and psychosocial dimensions of youth unemployment. In: Petersen, A.; Mortimer, J.T. (eds.): *Youth Unemployment and Society*. Cambridge: University Press, 295-311
- Heinz, Walter R., Nagel, Ulrike (1995): Changement social et modernisation des transitions école-travail. In: Jobert, A. et al. (eds.): *Education et travail en Grande-Bretagne, Allemagne et Italie*. Paris: Collin, 84-100
- Heinz, Walter R. (1995): *Arbeit, Beruf und Lebenslauf. Eine Einführung in die berufliche Sozialisation*. Weinheim: Juventa Verlag
- Heinz, Walter R. (1996): Berufswahl. In: Luczak, H.; Volpert, W. (Hrsg.): *Handbuch Arbeitswissenschaft*. Stuttgart: Poeschel
- Heinz, Walter R. (1996): *Transitions in youth in cross-cultural perspective: School-to-work in Germany*: In: Galaway, B.; Hudson, J. (eds.): *Youth in Transition to Adulthood: Research and Policy Implications*. Toronto: Thompson Educational Publishing
- Heinz, Walter R.; Witzel, Andreas (1995): Das Verantwortungsproblem in der beruflichen Sozialisation. In: Hoff, E.-H.; Lappe, L. (Hrsg.): *Verantwortung im Arbeitsleben*. Weinheim: Asanger Verlag, 99-113
- Helling, Vera (1996): Bausteine berufsbiographischer Sozialisation. Erscheint in: BIOS 9 (2)
- Mönnich, Ingo; Witzel, Andreas (1994): Arbeitsmarkt und Berufsverläufe junger Erwachsener. Ein Zwischenergebnis. Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 14 (3), 263-278
- Wahler, Peter; Witzel, Andreas (1996): Berufswahl - ein Vermittlungsprozeß zwischen Biographie und Chancenstruktur. Erscheint in: Gaworik, M.; Schober, K. (Hrsg.): *Sozialisations- und Selektionsprozesse an der ersten Schwelle*. (BeitrAB), Nürnberg

Witzel, Andreas; Mönnich, Ingo (1995): Die Bewältigung des Übergangs in das Erwerbssystem. In: Westhoff, G. (Hrsg.): Übergänge von der Ausbildung in den Beruf. Die Situation an der zweiten Schwelle in der Mitte der neunziger Jahre. Bielefeld: Bertelsmann, 129-146.

Witzel, Andreas; Helling, Vera; Mönnich, Ingo (1996): Die Statuspassage in den Beruf als Prozeß der Reproduktion sozialer Ungleichheit. In: Bolder, A.; Heinz, W. R.; Rodax, K. (Hrsg.): Die Wiederentdeckung der Ungleichheit. Tendenzen in Bildung für Arbeit. Opladen: Leske und Budrich, 170-187

Witzel, Andreas (1996a): Auswertung problemzentrierter Interviews. Grundlagen und Erfahrungen. In: Strobl, R.; Böttger, A. (Hrsg.): Wahre Geschichten? Zur Theorie und Praxis qualitativer Interviews. Baden-Baden: Nomos Verlag, 49-76

6.2 Arbeitspapiere

Witzel, Andreas (1996b): Berufsbiographische Gestaltungsmodi. Erscheint in: Arbeitspapiere des Sfb 186

6.3 Dissertationen

Helling, Vera (1994): Aufgaben der Statuspassage in den Beruf. Dissertation. Bremen

Mierendorff, Johanna (1996): Zusammenleben mit Kindern - Auswirkungen auf die Planung elterlicher Lebensläufe. Unveröff. Dissertation: Bremen

Mönnich, Ingo (1994): Verlaufsmuster von der Schule in den Beruf. Dissertation: Bremen

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts A3

Thema: Selektionsprozesse bei der Berufseinmündung von Haupt- und Sonder SchülerInnen und abweichendes Verhalten

Beteiligte Wissenschaftler/in:

Prof. Dr. Karl F. Schumann	(GA) (Projektleiter)
Dr. Volker Mariak	(GA)
Dr. Lydia Seus	(EA)
Dr. Eduard Matt	(EA)
Dipl. Soz. Gerhard-U. Dietz, M.A.	(EA)

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragstellung
3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen
 - 3.1 Forschungsablauf im Makro-Panel
 - 3.2 Forschungsablauf im Mikro-Panel
 - 3.3 Bundeszentralregister(BZR)-Anfrage/Strafaktenerhebung
4. Ergebnisse
 - 4.1 Makro-Panel
 - 4.2 Mikro-Panel
 - 4.3 AusbilderInnenbefragung
 - 4.4 Strafaktenerhebung
 - 4.5 International-komparative Analysen
5. Außenaktivitäten
 - 5.1 Vorträge u.a.
 - 5.2 Beiträge zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit
6. Publikationen (laufende Berichtsperiode)

1. Zusammenfassung

Die Studie "Selektionsprozesse bei der Berufseinmündung von Haupt- und SonderschülerInnen und abweichendes Verhalten" untersucht im Längsschnittdesign den Verlauf des beruflichen Qualifizierungsprozesses, den Berufsstart und die Bemühungen um eine dauerhafte bzw. akzeptable berufliche Plazierung als Hintergrund für Rückgang, Fortdauer bzw. Zunahme von kriminalisierbarem Verhalten. Zugleich werden die gesellschaftlichen Definitionsprozesse abweichenden Verhaltens hinsichtlich ihrer Bedeutung für soziale Integration und Ausgrenzung in ihrer geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Relevanz untersucht.

Während der zurückliegenden Förderungsphase wurde die Bremer Haupt- und Sonderschul-AbgängerInnenkohorte des Jahres 1989 bei den Bemühungen um erfolgreichen Abschluß der Berufsausbildung und die Sicherung von Berufpositionen, die der erworbenen Qualifikation entsprechen, beobachtet. Knapp 30% der Kohorte hat die Übernahme in den Ausbildungsbetrieb geschafft oder arbeitet zumindest im Ausbildungsberuf. Jede/r Achte ist arbeitslos. 15% arbeiten un- oder angelernt. Zwischen Delinquenz und dem Verlauf der Qualifikationsphase besteht nur ein schwacher Zusammenhang.

Verläufe im Mikro-Panel deuten an, daß Zugehörigkeit zu Cliques zu einem "Doppelleben" der erfolgreichen Männer beitragen kann, bei dem Konformität in Ausbildung/Beruf mit einem hohen Maß an Delinquenz in der Freizeit einhergeht. Die Kategorie Geschlecht hat sich als die bedeutende Strukturvariable erwiesen. Mechanismen des segregierten Ausbildungsmarktes einerseits, eine unterschiedliche Funktion der Darstellungen der eigenen Männlichkeit und Weiblichkeit andererseits erfordern, daß die Zusammenhänge zwischen Mißlingen beruflicher Qualifikation und Delinquenz bei Männern und Frauen als völlig verschieden gedacht werden. Weisen Frauen den traditionellen Entwurf der Frauenrolle zurück, geraten sie in Marginalität. Bei Männern dagegen ist trotz starker Relevanz der Cliques, die Szenarios der Männlichkeitsdarstellung zugänglich machen, eine berufsbezogene Normalbiographie nicht ausgeschlossen.

Bei der Analyse des Makropanels hat sich die Relevanz einzelner Aspekte des Qualifikationsverlaufs zur Erklärung von Delinquenz erwiesen. In den Tobit-Modellen zeigte sich insbesondere bei der Eigentumsdelinquenz ein Einfluß von Variablen, die Arbeitstugenden und Erwartungen an Arbeitsverhältnisse messen.

2. Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragstellung

Dem Zusammenhang zwischen Einmündung in eine stabile berufliche Existenz (Normalarbeitsverhältnis), dem partiellen oder völligen Mißlingen dieser beruflichen Integration und der Entwicklung kriminalisierbaren Verhaltens gilt das Hauptaugenmerk dieses Teilprojekts.

Die berufliche Integration der AbgängerInnen aus Haupt- und Sonderschulen stellte sich zu Beginn der 3. Förderungsphase differenziert dar; es ließen sich vier Gruppen unterscheiden: (a) an der 1. Schwelle gescheitert, (b) Dropout aus der beruflichen Qualifizierung, (c) erfolgreicher Ausbildungsabschluß, aber Probleme an der 2. Schwelle sowie (d) Gesellen ohne Weiterbeschäftigungssproblem.

Inwieweit diese gestaffelten Risikolagen zu kriminalisierbarem Verhalten führen, hatte sich insbesondere in der Bielefelder Rechtsextremismusstudie gezeigt: Akzeptanz von rechtsextremen Überzeugungen und Gewalt sowie Verbleib in dieser Szene waren umso eher gegeben, wenn die beruflichen Optionen verloren gegangen und die sozialen Bindungen von der Familie abgelöst und auf die Clique übertragen worden waren (Heitmeyer u.a. 1992, S. 511, 551, 580). Fanden negative Selektionen in der beruflichen Sphäre oder ein Verlust familialer Unterstützungsnetzwerke statt, so waren nach Heitmeyer u.a. ebenso wie nach Fuchs-Heinritz/Krüger (1991, S. 219) Kontextbedingungen gegeben, die der Beckschen Individualisierungsthese für die Lebensläufe dieser Jugendlichen jegliche Bedeutung nahmen. Die Lebensplanung stellte kein Gegengewicht gegen Kurzschlußreaktionen und episodenhafte Abgleiten mehr dar.

Aufgrund eigener Analysen war allerdings dieser Forschungsstand zu differenzieren. Auf Basis des Mikro-Panels ergaben sich, teilweise verschoben gegenüber den Verlaufsformen beruflicher Qualifikation vier verschiedene Typen der Beziehung zwischen Devianz und Berufsbildungsverlauf. Bemerkenswert war dabei Typus 1, der sich durch den Begriff "Doppelleben" charakterisieren ließ. Einem erfolgreichen Berufsverlauf stand eine überdauernde hohe Delinquenzbelastung und eine offizielle Erfassung durch Kontrollinstanzen gegenüber (vgl. Matt 1995). Beim Typus 2 ("Episodenhäufigkeit") wurden kriminalisierbare Aktivitäten nach Stabilisierung der Ausbildung eingestellt. Zufriedenheit mit dem Übergang an der 1. Schwelle bzw. dem zunehmenden Erfolg scheint sich konformitätsfördernd

ausgewirkt zu haben, die Delinquenz ging zurück. Bei den Jugendlichen, deren Qualifizierung mißlungen ist, gab es ebenfalls zwei Typen: "Rückläufigkeit" (3) und "Marginalisierung" (4). Bei beiden waren bisher eine hohe Belastung mit Delinquenz und Kontakte zu sozialen Kontrollinstanzen gegeben.

Für die Erklärung dieser verschiedenen Verläufe konnte auf fremde Forschungen nicht zurückgegriffen werden. Abgesehen von den Wirkungen der Arbeitslosigkeit auf Delinquenz ist die Relevanz der beruflichen Integration für Delinquenz praktisch unerforscht (vgl. Walter 1995, S.65ff.). Die Fortsetzung der Studie diente daher zur Gewinnung von Grundlagenwissen. Sie diente ferner dazu, Bezugsdaten zu schaffen, um die Geltung der in den USA derzeit mit großem Aufwand durch mehrere Längsschnittstudien entwickelten Modelle der Delinquenzerklärung kritisch auf Grenzen der Übertragbarkeit zu prüfen. Dabei stand insbesondere im Zentrum, daß der Übergang von der Schule in den Beruf in beiden Ländern institutionell völlig unterschiedlich geregelt ist. Für das Duale System gibt es in den USA nichts Entsprechendes (Münch 1989). On-the-job-training in wechselnden Arbeitsstellen nach Beendigung der High School lassen daher die Statuspassage in den Beruf unkontrollierter, weniger institutionalisiert ablaufen als in Deutschland, was vielfach beklagt wird (Hamilton 1990). Die Problematik der Berufseinführung sollte daher auf Befunde der US-amerikanischen Projekte bezogen werden. Dazu wurde ein gemeinsamer workshop für die 3. Förderungsphase des Projekts A3 vorgesehen.

3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen

Das Forschungsdesign sieht Erhebung und Analyse von qualitativen und quantitativen Daten auf individueller (Mikro-/Makro-Panell) und institutioneller Ebene (Auswertung der AusbilderInnenbefragung; Erhebung/Auswertung von Bundeszentralregister (BZR)-Daten und Strafakten) vor (für Details des Ablaufs s. Materialienbände 10a/b, 11).

3.1 Forschungsablauf im Makro-Panel

3.1.1 Erhebungsinstrumente

Es wurden wieder zwei weitgehend standardisierte Fragebögen eingesetzt. Wichtige Themenkomplexe des Hauptfragebogens mit 99 Fragen waren: Ausbildungs-/Berufsverlauf, Lebensereignisse, Freizeit/peergroup, Drogen-/Alkoholkonsum, Partnerschaft, Instanzenkontakte, berufliche Bilanzierung, Lebensplanung. Zudem wurde v.a. der Übergang an der "2. Schwelle" thematisiert. Aspekte der Situation von Erwerbslosen, noch Auszubildenden, Ungelernten oder FacharbeiterInnen wurden jeweils gesondert erfaßt. Induziert durch Hinweise in den Daten der 4. Welle des Mikro-Panels wurden Auswirkungen von Instanzenkontakten auf die berufliche/private Situation sowie auf das Selbstbild und die Einstellung zur Delinquenz als weitere Themen aufgenommen. Der Ergänzungsfragebogen enthielt 33 Fragen zu kriminalisierbaren Handlungen in 1993 und 1994, zu Polizei-/Gerichtskontakten sowie zur Einbindung in delinquente peer-groups.

3.1.2 Erhebungsdurchführung und Ausschöpfung

Bei dieser 3. Erhebung im Makro-Panel konnten n=376 Personen erneut befragt werden, von denen 372 auch den Delinquenzfragebogen ausfüllten. Dieses gute Ergebnis läßt auch für weitere Erhebungen keinen nennenswerten Schwund erwarten.

Die 3. Panel-Befragung erfolgte zwischen Mitte März und Ende September 1995. Die Dauer der Erhebung beruhte u.a. darauf, daß die Befragten oft nur an Wochenenden Zeit hatten, Termine nicht einhielten und z.T. nur nach vielen Bemühungen interviewbereit waren. Zudem mußten - in größerer Zahl und aufwendiger als bei der 2. Welle - Adressen über das Einwohnermeldeamt (EMA) aktualisiert werden; einige Personen blieben - selbst nach weiteren Recherchen - unauffindbar. Schwer erreichbare bzw. nicht mehr in Bremen wohnhafte Personen mußten (oft mehrfach) angeschrieben werden; bis sie beide Fragebögen zurückschickten, verging viel Zeit.

Gegenüber dem 1992 befragten Panel (n=426) beträgt der Ausschöpfungsgrad bei Makro III 88.3%. In 28 Fällen wurde ein Interview explizit abgelehnt, für die

restlichen 22 Personen gilt, daß die EMA-Recherche erfolglos war oder die zugesandten Fragebögen nicht retourniert wurden. Zur Überprüfung von Stichprobenverzerrungen durch die 50 Ausfälle wurden Signifikanztests (Chi-Quadrat, t-Test) durchgeführt. Die Gruppe der n=376 bei der 3. Welle Befragten wurde mit den seit Makro I (n=732 AbgängerInnen) aus dem Panel Ausgeschiedenen bezüglich ihrer BZR-Registrierungen verglichen. Es ergaben sich keine signifikanten Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen. Was die jeweiligen Verteilungen weiterer wichtiger Variablen - wie etwa Alter, Schulbildung, Nationalität, geplanter Bildungsweg, Berufsbildungseinstieg und -verlauf sowie Kontrollerfahrungen - anging, so zeigten Kreuztabellierungen (Chi-Quadrat-Tests) auch hier, daß die Repräsentativität der Stichprobe durch die Ausfälle nicht beeinträchtigt wurde.

3.2 Forschungsablauf im Mikro-Panel

Im Frühjahr 1994 (T4) wurde die 4. qualitative Erhebung durchgeführt. Es wurden n=57 Personen (32 m; 25 w) interviewt. Dabei konnten von den 48 an der 3. Welle Beteiligten 44 befragt werden. Eine zuletzt bei T2 Interviewte wurde für das Panel zurückgewonnen. Ohne NachrückerInnen (s.u.) wurden also 45 Personen befragt. Gegenüber dem bei T3 eingetretenen Schwund von 20% (bezogen auf T2) lag die diesmalige Schwundrate von 8,3% (4 Fälle) um die Hälfte niedriger als jene 15%-Marge, die bei Panelstudien pro Welle als "üblich" gilt (Wolf 1986, S. 257; Heinz u.a. 1985, S. 56ff. berichten von einem 50%igen Ausfall über drei Jahre). Dank der guten Ausschöpfung blieb die grundlegende Zusammensetzung dieser "Stammgruppe" des Mikro-Samples erhalten.

Zusätzlich zu der o.g. Gruppe von 45 Personen wurden 12 NachrückerInnen (9 m; 3 w) interviewt, das Panel damit auf n=57 aufgestockt. Als NachrückerInnen wurden jene ausgewählt, die bei der Makro II beträchtliche Delinquenz berichtet hatten und z.T. im Bundeszentralregister (BZR) registriert waren. Von den Interviews mit den NachrückerInnen versprachen wir uns v.a. eine vertiefte Einsicht in Delinquenzverläufe sowie in mögliche Auswirkungen von Instanzenkontakten auf Selbstbild und Berufs-/Qualifizierungsverläufe.

Mit den Befragten wurden auf Kassetten mitgeschnittene Leitfadeninterviews zu ihrem Werdegang seit der 3. Erhebung geführt. Es wurden zwei Versionen des Leitfadens eingesetzt - für Befragte in Arbeit/Ausbildung und für Erwerbslose. Bei den NachrückerInnen wurden Informationen über Schulzeit und weiteren Verlauf nacherhoben, um Vergleichbarkeit innerhalb des Mikro-Panels zu gewährleisten. Alle Befragten wurden zudem um Angaben zu den von ihnen in 1993 und 1994 begangenen Delikten gebeten.

Die Leitfäden waren modifizierte Fassungen der in den früheren Wellen verwendeten Instrumente. Ein zusätzlicher thematischer Schwerpunkt war diesmal der Übergang an der "2. Schwelle", und erstmals gezielt wurden Auswirkungen von Instanzenkontakten auf die berufliche/private Situation sowie v.a. Änderungen der Einstellung zur Delinquenz bzw. Stigmatisierungseffekte angesprochen. Generell ging es darum, die individuellen Deutungen zur biographischen Relevanz bestimmter Ereignisse zu erfassen.

Die Auswertung geschah in derselben Weise wie in den bisherigen Wellen: Für jeden Fall wurde die Rekonstruktion eines Grundmusters (Verlauf, Kontext) fortgesetzt. Ziel war die Identifizierung überindividueller Muster (Typen) von Zusammenhängen zwischen Berufs-(Qualifizierungs-)Verläufen und Prozessen der Selektion/Kriminalisierung. Zur Absicherung der Intersubjektivität der Interpretationen waren für jede Fallstudie zwei MitarbeiterInnen zuständig. Der jeweils zweiten Person oblag primär die Prüfung der Sorgfalt und Stichhaltigkeit der gezogenen Schlußfolgerungen.

Die Fallanalysen für den Zeitraum T1 bis T3, Teile des zu T4 erhobenen Materials sowie die Angaben zur selbstberichteten Delinquenz im Gesamtzeitraum (T1-T4) wurden in Rekonstruktionen der individuellen Verläufe integriert. Das so gewonnene Verständnis für die Besonderheit eines jeden Verlaufs resultierte in einem Fazit, in dem ein Fall bzgl. seiner relevanten Merkmale unter Herstellung theoretischer Bezüge charakterisiert wurde. Auf dieser Basis erfolgte eine vergleichende Durchsicht aller in den Fallanalysen herausgearbeiteten (individuellen) Grundmuster von Kontext und Verlauf unter den zentralen Projektfragestellungen. Erste vorläufige Typenbildungen bzw. empirisch begründete theoretische Verallgemeinerungen waren dabei Ergebnis von Diskussionen im Team.

3.3 Bundeszentralregister (BZR) -Anfrage/Strafaktenerhebung

Die Anfrage beim BZR (Berlin) erfolgte im Frühjahr 1994. Aufgrund von Meldeausfällen (keine aktuelle Adresse beim EMA registriert) sowie fehlenden Namensangaben im Fragebogen Makro I konnten dabei von den im Jahr 1989 bei der 1. Makro-Erhebung befragten potentiellen SchulabgängerInnen (n=1.668) nur für 1.295 Personen die gewünschten Auskünfte eingeholt werden. Von diesen waren für 337 Personen (26.2%) Strafverfahren dokumentiert. In der 2. und 3. Welle ist der Anteil der Registrierten mit 27.7 bzw. 25.3% weitgehend konstant geblieben. Die BZR-Daten wurden nach einem Codeplan umgearbeitet und mit den sonstigen Paneldaten zusammengeführt. Erfasst wurden: Zahl der Einträge, Art und Datum der Taten, Sanktionen/Verfahrenseinstellungen u.a. Mit den offiziellen Daten bietet sich dem Projekt die ansonsten seltene Möglichkeit, für einen bestimmten Personenkreis vorliegende Registrierungen mit der von ihnen selbstberichteten Delinquenz - und damit Hell- und Dunkelfeld - zu vergleichen.

Die Erhebung bei der Staatsanwaltschaft Bremen erfolgte von Dezember 1994 bis Februar 1995. Sie basierte auf den schriftlichen Einwilligungen zur Akteneinsicht von n=280 Befragten aus der Makro II (1992). Für n=126 davon war jemals ein Strafverfahren anhängig gewesen. Nachdem - bezogen auf diese Personen - geklärt war, welche Akten aus 1988 oder früheren Jahren bereits vernichtet waren, sowie nach der Entscheidung, Verfahren, die wegen mangelnden Tatverdachts (§ 170 StPO) eingestellt wurden, nicht zu berücksichtigen, begann die eigentliche Erhebung. Dabei gab es Verzögerungen: Eine Reihe der interessierenden Akten befand sich im Geschäftsgang, war schwer zugänglich. Die Mehrzahl dieser Akten konnte uns letztlich aber zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt wurden für n=86 Personen 272 Akten, auf die sich 309 Taten verteilten, herangezogen. Die Datenerfassung geschah in zwei parallelen Schritten. (1) Aus jeder Akte wurden - tatbezogen - standardisiert wichtige Eckdaten (von Anzeige über polizeiliche Vernehmung bis Sanktion/Einstellung) so erfasst, daß sie später mit den Daten des Makro-Panels verknüpft werden können. (2) Bei der qualitativen Erhebung wurden aus den Akten v.a. Vokabulare/Deutungsmuster von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht exzerpiert, wie sie sich etwa in Erörterungen einer Tat oder des sozialen Hintergrundes eines Angeklagten niederschlagen.

4. Ergebnisse

4.1 Makro-Panel

Schwerpunkte der Auswertungen bezogen sich auf zwei Analysestränge, die zu integrieren waren. Erstens interessierten der berufliche Verbleib der Angehörigen des Samples sowie ihre beruflichen Qualifizierungsprozesse bis zur Befragung Ende 1994. Zweitens waren Ausmaß und Grad von Jugenddelinquenz festzustellen. Grundsätzlich stellte sich die Aufgabe abzuprüfen, ob die für das Projekt zentrale Beziehung zwischen Berufsbildungsdefiziten und Delinquenz statistisch nachweisbar ist, welchen Einfluß Instanzen strafrechtlicher Kontrolle nehmen und in welchem Maße mit dem Abschluß der Statuspassage in den Beruf eine signifikante Verringerung oder Verlagerung von Delinquenz erfolgt. Wesentliche Resultate der Befragung Makro II (1992) zum Thema Berufsverlauf und Delinquenz wurden u.a. in Schumann/Mariak (1995) vorgestellt, so daß es nun sinnvoll erscheint, auf ausgewählte Ergebnisse der Befragung Makro III (1995) und deren Verknüpfung mit Informationen aus Befragung II zu fokussieren.

4.1.1 Berufsverlauf

Blickt man zunächst auf den **beruflichen Verbleib** der befragten jungen Erwachsenen, so ergibt sich für die Erhebung 1995 folgendes Bild: Es befinden sich zum Befragungszeitpunkt knapp 30% im erlernten Beruf; rund 8% sind in einem anderen qualifizierten Beruf als dem zunächst erlernten tätig. 14.8% gehen ungelerner Arbeit nach. Zusammengenommen stehen fünf Jahre nach Schulabgang nur 52.8% im Arbeitsleben. Noch in einer Berufsausbildung (11%) bzw. wieder in der Schule (4.8%) ist fast ein Sechstel. Von ihnen weiß man noch nicht, wie die Qualifikationsphase enden wird; ähnlich offen ist die Situation der Wehrdienstleistenden (15.5% der Männer). Der Rest ist erwerbslos, d.h. arbeitslos oder in der Familienphase. Die weitgehend negative Bilanz erklärt sich aus den Problemen an der 2. Schwelle:

Tabelle 1:

Beruflicher Verbleib von LehrabsolventInnen 1995			
Verbleib/Tätigkeit	Panel gesamt	Männer	Frauen
1. Im erlernten Beruf tätig	45.0%	40.3%	52.4%
2. In anderem Beruf tätig	11.0%	10.4%	11.9%
3. An- bzw. ungelernt tätig	9.7%	7.5%	13.1%
4. In Arbeitslosigkeit	9.2%	9.0%	9.5%
5. In Fortbildung/Umschulung*	7.4%	11.1%	1.1%
6. In schulischer Ausbildung*	0.9%	1.4%	-
7. Im Wehr- bzw. Zivildienst	9.6%	15.7%	-
8. Sonstige Tätigkeit	7.4%	4.5%	11.9%
Sample (gerundet)	100.0%	100.0%	100.0%
Sample-Größe	n=218	n1=134	n2=84

* Zusammengefaßt: Fortbildung/Umschulung, Besuch von Fachoberschule/Techniker-schule, 2. Lehre

** Zusammengefaßt: Fachhochschulbesuch und Universitätsstudium

Betrachtet man die Zahlen der Tabelle 1, so zeigt sich, daß nicht einmal die Hälfte der erfolgreich Qualifizierten eine Tätigkeit ausübt, die ihrer Ausbildung entspricht. Jeder/jede Neunte mußte in einen anderen Beruf wechseln. Vergleicht man die in Tabelle 1 genannten Prozentwerte von Frauen und Männern des Bremen-Panels, so zeigt sich zwar eine höhere Quote der im erlernten oder in anderem Beruf tätigen Frauen. Doch sind dies typische "Frauenberufe": 30.9% (n=21) der weiblichen Fachkräfte sind als Verkäuferinnen tätig und 20.6% (n=14) arbeiten als Friseurinnen. Dagegen üben nur zwei männliche Fachkräfte den Beruf des Verkäufers aus, und nicht ein einziger Mann findet sich im Friseurberuf. Der geschlechtsspezifischen Segmentierung entspricht ebenfalls die in Relation zu den Männern fast doppelt so hohe Quote der an-/ungelernt tätigen weiblichen Fachkräfte.

Trotz negativer beruflicher Erfahrungen gilt für das Gros der Befragten und damit auch für an der 2. Schwelle Gescheiterte: "Ich kann viel erreichen, wenn ich nur genügend Leistung bringe." So vertraten 1995 (Befragung III) noch 88.9% der Befragten (n=369) diese Ansicht - ein Ergebnis, welches auf erfolgreiches cooling out schließen läßt.

Sind die Resultate zum beruflichen Verbleib qualifizierter junger Erwachsener nur typisch für das Bremer Sample und den dortigen regionalen Arbeitsmarkt? Ein

Vergleich mit der 1993 durchgeföhrten Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (Schöngen 1995) ergibt: Trotz unterschiedlich strukturierter Stichproben zeigt sich sowohl für die Gesamtheit im erlernten als auch in anderem Beruf eine Gleichverteilung. In beiden Studien sind rund 55% der qualifizierten Fachkräfte nicht in ihrem Lehrberuf eingesetzt (a.a.O., S. 158). Im übrigen resultieren divergierende Effekte bei der Schulbildung: Während Schöngen (a.a.O., S. 151) für die BIBB-Studie von einer "Unterrepräsentanz junger Menschen mit ungünstigen Bildungsvoraussetzungen und Ausbildungsbedingungen" ausgeht, die zu günstigeren Ergebnissen föhre als in der Realität, ist das Bremen-Panel gerade durch bildungsdefizitäre junge Erwachsene gekennzeichnet, insbesondere angelernt/ungelernt Tätige und Arbeitslose. Beispielsweise liegt der Prozentwert für in schulischer Ausbildung Befindliche um fast zwanzig Prozent niedriger als im BIBB-Sample. Wie lassen sich beruflische Mißerfolge/Risikosituationen der von uns befragten jungen Erwachsenen erklären? Fragt man nach den Bedingungen für Erfolg/Mißerfolg, so ergeben sich die in Tabelle 2 abgebildeten Resultate, wobei die abhängige Variable BERUFLICHER STATUS definiert ist als Statushierarchie; sie reicht von der durch Gesellen-/Gehilfenbrief ausgewiesenen Fachkraft über noch in Ausbildung Stehende und un-/angelernt Tätige bis hin zu jungen Erwachsenen in Arbeitslosigkeit.

Tabelle 2:

Erfolge/Mißerfolge in Ausbildung und Beruf: Multiple Regressionen zur Bestimmung von Variableneffekten aus 1992 auf den beruflichen Status in 1993. Hier: Standardisierte Regressions-Koeffizienten (Beta) signifikanter Prädiktoren (Signifikanzniveau = .05)(n=376)	
Prädiktoren	Beruflicher Status
Wunsch2 (Jemals im Wunschberuf tätig?)	-.190
T288 (Nebenverdienst durch Schwarzarbeit?)	-.160
T484 (Zukunft: Mit PartnerIn zusammenleben?)	-.153
Lösung1 (Frust im Betrieb: Alkohol & Drogen?)	-.148
T409 (Frust im Betrieb: Krankschreiben?)	.147
T451 (Gewerkschaftsmitglied?)	-.146
T4 (Schulabschluß Abgangsklasse 1989?)	-.138
T9 (Familienstand?)	.134
R2:	.244

Interessanterweise spielt es eine bedeutende Rolle, ob es möglich war, im Wunschberuf tätig zu sein, und sei es nur für gewisse Zeit. Anders gesagt: das

Motto "Hauptsache eine Lehrstelle" garantiert nicht schon Qualifikationserfolg; hinzukommen muß die Chance, beruflichen Wünschen zu entsprechen. Weitere Variablen betreffen Coping-Strategien bei Ärger am Arbeitsplatz: Krankschreibenlassen und Alkoholkonsum sind nachteilig. Andererseits ist ein Engagement in Gewerkschaften durchaus Indiz für gelungene berufliche Integration und fördert mittelfristig den Erfolg. Die Lebensplanung (mit PartnerIn zusammenleben wollen) wirkt gleichfalls positiv. Demgegenüber scheiden bereits verheiratete Personen durch die Frühzeitigkeit der Familiengründung tendenziell vorzeitig aus dem Qualifizierungssystem aus.

Daß Qualifikationserfolg stark mit dem Schulabschluß zusammenhängt, überrascht nicht. Schwerer erklärlich ist schon, daß der Berufswahlfaktor "Sind Nebenverdienste möglich?" sich positiv auswirkt. Es könnte sein, daß ökonomische Verwertbarkeit der Lehre schon während des Qualifikationsprozesses die Motivation zum Erfolg erhöht. Dies wäre aber noch durch weitere Analysen zu überprüfen.

4.1.2 Zusammenhänge zwischen Berufsverlauf und Delinquenz

Um Zusammenhänge von Ausbildungsdefizit und Delinquenz im Vergleich der Befragungen abzuklären, wurden dem beruflichen Status Befragter für Makro II und III entsprechende Indexwerte selbstberichteter Delinquenz gegenübergestellt. Der verwendete Index enthält logarithmierte absolute Deliktzahlen und nennt Mittelwerte der Delinquenzbelastung. Für die aktuellen Erhebungsdaten hat sich das früher gezeigte Bild der Belastung nicht allzu sehr verändert: Delinquent sind Erfolgreiche ebenso wie alle anderen Gruppen; sie unterscheiden sich in ihrer Delinquenz nicht signifikant von anderen. Das "Doppelleben" - die Akzeptanz der Rolle des verantwortlich handelnden Erwachsenen im Arbeitsalltag und ihre Suspendierung in der "action"-geprägten und von peers dominierten Freizeit - wird fortgesetzt. Nur die Arbeitslosen weisen signifikant höhere Delinquenz auf; hier schlagen sich Probleme an der 2. Schwelle nieder. Für selbstberichtete Delinquenz wurden zeitraumspezifische Teilmodelle multipler Regression gerechnet, die u.a. den Effekt von mehr oder weniger erfolgreicher Berufsausbildung auf Deliktbelastung aufzeigen sollten. Um Verzerrung durch linkszensierte Delinquenzdaten auszuschließen (Konformität bzw. keine Deliktbelastung erhält den Wert Null, Delikte hingegen zählen ab Eins mit einer Abfolge intervallskalierter Werte),

wurde von herkömmlicher Regression abgesehen und die Möglichkeit der Berechnung von TOBIT-Modellen genutzt. Tabelle 3 zeigt Resultate dieser multiplen Regressionen für Gesamtdelinquenz (ALLES) und spezielle Deliktgruppen (GEWALT, EIGENTUM, DROGEN) auf. Wegen zu erwartender Dominanz von Delinquenzbelastungen aus früheren Jahren wurden alle Modelle zweifach durchgerechnet: Zum einen mit Vordelinquenz-Variablen (VD), zum anderen ohne sie (ohne). Alle Prädiktoren stammen aus dem Vorzeitraum 1992 (hier C genannt) und in wenigen Fällen aus 1990/91 (B). Abhängige Delinquenz-Variablen beziehen sich stets auf den Zeitraum 1993 (D), so daß Kausalitätsaussagen der Form BC ---> D möglich sind.

Aus der Vielzahl der mit Delinquenz bivariat korrelierenden Variablen wurden in die TOBIT-Modelle zunächst Statusvariablen (1) aufgenommen. Männer sind signifikant höher delinquenzbelastet als Frauen (GENDER), außer im Drogenbereich. Interessant ist der Zusammenhang von Eigentumsdelikten mit GEBURTSJAHR: Je jünger die Befragten sind, desto höher ist die Delinquenzbelastung. Für Schulbildung gilt: HauptschülerInnen mit sind belasteter als die ohne Abschluß.

Die Beziehungen zu den Eltern (2) sind vor allem wichtig im Zusammenhang mit Drogendelikten: Diejenigen sind geringer delinquenzbelastet, deren Vertrauensverhältnis (ELTERN1) intakt ist, aber auch jene, bei denen Eltern monieren, daß sie zu spät nach Haus kommen, zu auffallend gekleidet sind, "falsche" Freunde haben (ELTERN2). Der Faktor ELTERN3 bei Gewaltdelinquenz benennt primär Elternkonflikte wegen Alkohol und illegaler Drogen: Wer diese Konflikte hat, ist delinquenter als andere.

Tabelle 3:

Ausbildungsdefizite und spätere Delinquenz: TOBIT-Modelle zur Bestimmung von Variablen-Effekten aus Phase C (1992) auf Delinquenz-Belastungen der Phase D (1993). Hier: Standardisierte Regressions-Koeffizienten signifikanter Prädiktoren (Signifikanzniveau = .05)

Deliktbereich Prädiktoren		GEWALT		EIGENTUM		DROGEN		ALLES	
		VD n=255	ohne n=272	VD n=255	ohne n=272	VD n=255	ohne n=272	VD n=255	ohne n=272
1	GEBURT (zt4)	-		.30		-		.34	.44
	GENDER (zt5)	-.37	-.54	-.37	-.66	-	-	-	-
	SCHULE (zt14)	-	-	-	.45	-	-	-	-
2	ELTERN1 (zt387R)	-	-	-	-	-	.39	-	-
	ELTERN2 (zÄrger2)	-	-	-	-	-	.44	-	-
	ELTERN3 (zÄrger3)	-	.59	-	-	-	-	-	-
3	KÖRPERV.	-.65	-	-	-	-	-.64	-.77	-
	DROGEN (zdrogenc)	-	-	-	-	-	-	-	-
	PEERD. (zperdeli)	-	-	.41	.59	-	-	.38	.45
	BANDE (zbandebe)	.82	.64	-	-	-	-	-	-
4	SCHWÄNZEN (zt268)	-	.81	-	-	-	-	.17	-
	FREIZEIT+ (zt334)	-	-	.32	.31	.42	-	.20	-
	LEISTUNG (zt475)	-	-	-	-	-	-	-	.18
	ARBEITS. (zugend)	-	-	-	.38	-	-	-	-
	ARBEIT1 (zahal)	-	-	-.36	.39	-	-	-	-
	ARB.-NÄHE (zu306)	-	-	-.33	-	-	-	-	-
	HAUSHALT (zt439)	-	-	-	.41	-	-	-	-
	NEBENJOB (zt440)	-	-	.27	-	-	-	.20	.26
	FINANZEN (zt331)	-	-	-	-	-	-	-	-
5	JOB/DISCO (zt401)	.90	.53	-	-	-	-	.16	.20
	JOB/MUSIK (zt400)	-	-	-	-	-	.56	-	-
	JOB/ALKOH. (zt405)	-	.70	-	-	-	-	-	-
	JOB/DROG. (zt406)	-	.67	-	-	-	-	-	-
	JOB/PEERS (zt408)	-	.68	-	-	-	-	-	-
6	INSTANZ (ztinkobe)	-	-	-	-	.50	.49	-	-
	BELAST. (zbelbst)	-	-	-	-	.60	-	-	-
7	DELIKT1 (zeigenc)	-	-	.49	-	-	-	-	-
	DELIKT2 (zdrogenc)	-	-	-	-	.62	-	-	-
	DELIKT3 (zallesc)	-	-	-	-	-	.46	-	-
(Pseudo)-R ²		.14	.19	.12	.11	.16	.15	.19	.16
Log.Likelihood		-161.88	-168.64	-254.34	-273.71	-195.17	-210.48	-290.24	-319.40

Der Variablenbereich (3) umfaßt den Einfluß der Peers und Peer-Delinquenz. Ins Auge fällt zunächst der relativ hohe Koeffizientenwert für Bandenmitgliedschaft (BANDE) im ersten Gewaltmodell und der auch recht beträchtliche Wert im zweiten. Zudem ist diese Variable in keinem anderen Deliktbereich vertreten und zeigt somit hier ihre besondere Relevanz: Gewalt geschieht typischerweise aus der Gruppe heraus. Dazu paßt der delinquenzfördernde Einfluß gewaltbejahender Freunde (Meinung der Peers zu Körperverletzung: KÖRPERV.).

Im Bereich (4) angesprochen sind Variablen zur Arbeitshaltung in Berufsschule-/Lehrbetrieb sowie zu Arbeitssituation und finanzieller Lage. Interessant ist ferner die Häufung signifikanter Koeffizienten im Bereich Eigentumsdelikte. So geht erhöhte Eigentumsdelinquenz einher mit Freizeitbetonung und Hintanstellung beruflicher Relevanz (FREIZEIT+). Ebenfalls bemerkenswert sind Koeffizienten des Faktors ARBEIT1, der beinhaltet, daß Arbeit Spaß machen muß, abwechslungsreich zu sein hat und in einem guten Betriebsklima stattfinden sollte. Wer diese Ansprüche vertritt, ist weniger delinquent als andere. Gleichermaßen gilt, wenn der Leistungsgedanke bejaht sowie Arbeitstugenden (Pünktlichkeit, Ordnung am Arbeitsplatz halten, usw.) eingehalten werden. Aus den übrigen arbeitsbezogenen Variablen sei noch die der FINANZEN erwähnt. Der Kodierung entsprechend wird deutlich: Eine unbefriedigende finanzielle Situation trägt tendenziell zu erhöhtem delinquenten Verhalten bei.

Variablenbereich (5) verweist auf Reaktionen bzw. Coping-Strategien bei "Ärger" in Berufsschule oder (Lehr-)Betrieb. Ohne auf einzelne Koeffizienten näher einzugehen, sei angemerkt, daß diese Reaktionen/Strategien zur Erklärung von Gewalt besonders relevant sind. Das Herumziehen mit der Clique (JOB/PEERS), der Besuch von Kneipen/Diskotheken (JOB/DISKO) und Alkoholkonsum sind verknüpft mit Gewaltdelikten.

Zu Variablenbereich (6): Theoretisch relevant für Zusammenhänge zwischen Kriminalisierung und nachfolgender Delinquenz ist die Folgewirkung von Polizei- und Gerichtskontakten in Phasen B und C (INSTANZ). Interessant ist, daß diese Variable sich nur im Drogenbereich als signifikant erweist. Die zweite Variable

des Bereichs (6) stellt ab auf belastende Lebensereignisse (Festnahme, Entziehungskur, längere Krankheit, usw.). Sie zeigt delinquenzfördernden Effekt nur im Drogenbereich.

Im Variablenbereich (7) ist die Vordelinquenz in Phase C erfaßt. Sie beeinflußt die Delikthäufigkeit bei Eigentums- und Drogendelikten in Phase D (DELIKT1, DELIKT2). Das gilt jedoch nicht für den Gewaltbereich: Dort bleibt Vordelinquenz ohne signifikanten Effekt. Es ist allerdings möglich, daß der Effekt in anderen Variablen wie Bandenmitgliedschaft teilweise mit enthalten ist.

Als Fazit sind drei Hauptergebnisse herauszustellen: Erstens der zuletzt angesprochene nichtsignifikante Effekt von Vordelinquenz im Gewaltbereich. Dieses Resultat fand seine Bestätigung in einem weiteren, nur für die Männer des Samples ($n=153$) durchgerechneten Modell.

Zum zweiten zeigt sich in den Regressionen deutlich die Relevanz von Variablen, welche mittelbar oder unmittelbar mit der Ausbildungs-/Arbeitssituation verknüpft sind: Allein neun Variablen (Bereich 4) betreffen Arbeitsverhalten, den Umfang von Nebentätigkeit, Einstellungen zu Arbeit und Leistungsprinzip sowie finanzielle Aspekte, während fünf Variablen (Bereich 5) auf Coping-Strategien bei Ärger am Arbeitsplatz rekurrieren. Das berufliche Feld hat auf Delinquenz durchaus Einfluß.

Drittens ist die unveränderte Bedeutung der Peers (Bereich 3) für die Erklärung von Delinquenzbelastung hervorzuheben, v.a. bei Männern: Bandenmitgliedschaft und Peerdelinquenz spielten für Gesamtdelinquenz, speziell Gewalt- und Drogendelikte, eine signifikante Rolle. Auch nach Schulabgang nehmen Cliques noch einen hohen Stellenwert ein. Junge Erwachsene agieren, selbst wenn sie im Berufsleben stehen, in der Freizeit gemäß den Normen ihrer männlich dominierten Peergroups (Dietz u.a. 1996). Bemerkenswert ist, daß Nationalität bei jugendtypischer Delinquenz keine Rolle spielt: Diese Variable wies in keiner Regressionsrechnung signifikante Effekte auf.

4.2 Mikro-Panel

Über das Mikro-Panel wurde in mehreren Beiträgen berichtet: zur Berufsfindung bei den Männern (Dietz, Matt 1994), zur Selektion am Übergang Schule/Ausbildung (Schumann 1994), zu informeller sozialer Kontrolle bei den Frauen (Seus 1995), zu Berufsverlauf und Delinquenz (Matt 1995, Schumann, Seus 1997) sowie gewendet in kriminalpolitische Überlegungen (Matt 1996, Schumann 1995a, 1996). Zusätzlich erfolgte eine umfassende Darstellung in der zweiten Monographie dieses Projekts: Dietz, Matt, Schumann, Seus (1996). Diese behandelt den Zeitraum Schulzeit/Berufsqualifikation, so daß die Interviews der 4. Welle nur z.T. verwertet wurden. Ergebnisse aus Welle 4 seien daher noch im folgenden präsentiert.

4.2.1 Berufliche Bilanzierung

Für beide Geschlechter fällt die berufliche Bilanzierung fünf Jahre nach Schulabgang weitgehend negativ aus.

Tabelle 4:

	Frauen (n=25)	T4	Männer (n=32)	T4
in Lehre	2		3 (1N)	
Gesellenprüfung bestanden	11 (2N)		16 (4N)	
davon:				
als Geselle/in tätig	3		5	
ungelernt tätig	4 (1N)		1	
arbeitslos	3		8 (3N)	
Schule	1		1 (N)	
Bundeswehr	-		1	
Gesellenprüfung gescheitert	1		3 (1N)	
davon:				
jetzt: arbeitslos	1		2 (1N)	
jetzt: ungelernt tätig	-		1	
keine Qualifizierung	11 (1N)		10 (3N)	
davon:				
ungelernt tätig	-		4 (1N)	
arbeitslos	8 (1N)		5 (2N)	
Maßnahme	3		-	
Bundeswehr	-		1	

N = Nachrücker/in

Nicht einmal die Hälfte der 57 Befragten des Mikro-Panels hatten zum Zeitpunkt der 4. Erhebung (T4) einen Beruf erlernt; von diesen war aber nur ca. ein Drittel auch als GesellInnen/GehilfInnen tätig. Nicht in ihren Ausbildungsberufen (ungelernt) arbeiteten von den Qualifizierten überwiegend Frauen, während Arbeitslosigkeit hier v.a. bei Männern bestand. Bei den an der Gesellenprüfung Gescheiterten und den früh aus der Berufsbildung Ausgeschiedenen fällt die Bilanz noch schlechter aus. Für fünf zu T4 in Ausbildung Befindliche schließlich war der Ausgang noch offen.

Bei den Qualifikationsverläufen gab es deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Die Verläufe der Frauen entsprachen meist den für Hauptschülerinnen vorgezeichneten Wegen. Wer in Maßnahmen (z.B. Hauswirtschaft) startete, erhielt statt qualifizierter Ausbildung Fertigkeiten vermittelt, die auf familiäre Aufgaben vorbereitet waren. Bei Wahl eines sog. Frauenberufes im dualen System waren nach der Ausbildung schlechte Bezahlung und geringe Aufstiegschancen die Regel. Stolpersteine waren das begrenzte Spektrum zugänglicher Berufe sowie Spielräume einengende Rollenklischees. Wurde ein "Männerberuf" angestrebt, trat die Diskrepanz von Aspirationen und Möglichkeiten besonders zutage. Nicht alle Frauen akzeptierten, daß Geschlechtsgleichheit z. T. ausschlaggebender war als schulische Leistungen, Fähigkeiten etc. Etliche brachen die Ausbildung nach konfliktbedingtem Auszug aus dem Elternhaus ab. Reaktionen auf die begrenzten Möglichkeiten variierten zwischen Rückzug ins Private und Leben in der Subkultur. Beide (Extrem-)Wege erschwerten die Rückkehr in Ausbildung. Bei Enttäuschungen über den Verlauf kam es zu Änderungen früherer Pläne: Frauen, die im 1. Interview dem Beruf Priorität gaben, dachten beim 3. und 4. an Familiengründung. Ein Einstieg in die Familienkarriere war auch Mutterschaft während der Ausbildung; die resultierenden Anforderungen führten zum Qualifikationsabbruch.

Den Männern des Panels bot der Ausbildungsmarkt vergleichsweise bessere Möglichkeiten für qualifizierte Ausbildung im gewünschten Bereich. Günstig war für die Männer auch, daß sie meist noch zu Hause wohnten, von den Eltern unterstützt wurden. Wer früh scheiterte (Maßnahme, Lehre), hatte Lernschwierigkeiten, Schulunlust, z. T. Gesundheitsprobleme. Für die Mehrheit ergab sich zunächst die Perspektive der sog. männlichen Normalbiographie: eine Lehre abzuschließen. Der Gesellenbrief wurde von ihnen als Ausdruck ihrer Arbeitstugenden

angesehen und versprach Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt. Aus Angst, nach gescheiterter Qualifikation arbeitslos zu sein, verhielten sich die meisten in der Ausbildung sehr angepaßt. Etliche schieden jedoch schon vor Erreichen der Prüfung aus oder bestanden sie nicht. Für die übrigen zeigte sich, daß auch der Gesellenbrief den Einstieg in das Erwerbsleben nicht garantierte. Während bei Frauen die 1. Schwelle Weichen in Richtung Benachteiligung, Dequalifikation stellt, hat bei Männern die 2. Schwelle diese gate-closer-Funktion.

4.2.2 Berufsverlauf und Delinquenz

Tabelle 5:

Delinquenztyp	Qualifikation bzw. Berufseinstieg	
	erfolgreich	nicht erfolgreich
DD = durchgängig hoch mit Delinquenz belastet	Ferdinand, Fliege, Frank, Fleming, Judo, Punk, Rick Luzia	Fasold, Jakob, Johann, Josef, Paul, Peter, Puma, Tom Abby, Kerstin, Libby
EPISODE = Delinquenz, aus der ein Ausstieg erfolgte	Jack, Philipp	Bobby, Bodo, Elmar, Francis, Felix, Jan, Pogo, Rudi, Tiger Agnes, Kari, Kaba, Pamela, Sarah, Senta
BAGATELLE = Delikte ausschließlich im Bagatellbereich	Fjordi Adele, Afra, Kunifrede, Scylla, Siggy	Byron, Bonzo, Fabian, Robby Kyra, Lea, Lyra, Petra, Sibylle, Syria
KONFORM		Alice, Babs

Im Mikro-Panel finden sich zu T4 19 Personen, die überdauernde hohe Delinquenz aufweisen (15 Männer, 4 Frauen); acht von ihnen (7m, 1w) sind beruflich etabliert bzw. in Aus- und Weiterbildung, elf (8m, 3w) arbeitslos oder ungelernt tätig. Die erste Gruppe, die wir als Typus "Doppelleben" (Matt 1995, Dietz u.a. 1996) bezeichnen - beruflichem Erfolg stehen hohe Delinquenz und Erfassung durch soziale Kontrollinstanzen gegenüber -, ist im Vergleich zur 3. Erhebung (Zeitpunkt T3) kleiner geworden und besteht weiterhin fast nur aus Männern. Stark vergrößert hat sich die Gruppe, die ebenfalls hoch delinquenzbelastet ist, aber durch fehlende Qualifikation, Arbeitslosigkeit oder ungelernte Tätigkeit gekennzeichnet ist (Dietz

u.a. 1996, Kap. 7); sie unterliegt stark dem Risiko, daß sich der Status "delinquent" zum master-status entwickelt.

Daß Zugehörigkeit zu delinquenteren Cliques entgegen verbreiteter Ansicht nicht nur Männern vorbehalten ist, belegen die Beispiele aus unserer Untersuchung (a.a.O.). Die Mitgliedschaft von Frauen in solchen Cliques über die Schulzeit hinaus förderte genau wie bei Männern das Weiterbestehen delinquenter Handelns, wobei Frauen im öffentlichen Raum erhöhte polizeiliche Kontrolle ausgesetzt sind. Gewaltdelinquenz war bei Frauen kaum zu finden. Bei ihnen war Gebrauch weicher Drogen, der als "normal" empfunden wurde, verbreiteter.

Eine Gruppe, die hier kurz näher betrachtet werden soll, sind diejenigen, die ihr abweichendes Verhalten drastisch reduziert bzw. abgebrochen haben (Episode). Bei den männlichen "Episodikern" war es Angst vor beruflichen Nachteilen, die zu Reduzierung oder Verzicht auf kriminalisierbare Aktivitäten führte. In Ausbildung bzw. Beruf zeigten sie ein hohes Maß an Anpassung, z. B. Umsicht bei Konflikten sowie Einhaltung von Arbeitstugenden. Entscheidend für Reduzierung von bzw. Ausstieg aus Delinquenz war auch die nachlassende Bedeutung, die sie den Cliques beimaßen, denen sie nach Ende der Schulzeit noch angehörten. Einige verließen sie zugunsten einer Partnerin. Die delinquenznahe Kultur der Clique verlor dann an Einfluß. Im Unterschied zu den Männern des Typus "Doppelleben" brauchten die "Episodiker" offenbar keine Delinquenz, um ihre Männlichkeit zu demonstrieren. Sie zeigten auch kein Bedürfnis, sich vom Erwachsenenstatus abzugrenzen.

Für Frauen hing der Rückzug aus Delinquenz mit dem Ausstieg aus dem Ausbildungs- und Erwerbssystem und dem Rückzug ins Privatleben zusammen. Nach dem Scheitern der beruflichen Aspirationen richteten sie ihre Bemühungen auf die (Mit-)Versorgung durch einen männlichen Ernährer. Die Ausrichtung auf den Partner ging mit verstärkter informeller Kontrolle einher und bewirkte, daß die Frauen in der Freizeit nun konformes, gesellschaftlich akzeptiertes Verhalten zeigten. So führt die traditionelle gender-Definition bei Frauen zum Rückzug aus der Delinquenz, während sie bei Männern eher gegenteilig wirkt.

Im Fazit ergibt sich aus den Analysen des Makro- und des Mikro-Panels, daß der Zusammenhang zwischen Mißlingen und Gelingen der beruflichen Qualifikation

und dem Fortdauern von Delinquenz komplexer ist, als zunächst vermutet. Auch erfolgreiche Lehrlinge sind bis zur Gesellenprüfung (und darüberhinaus) delinquent. Und bei Erfolglosen sind gleichwohl häufig die Episoden von Delinquenz längst zu Ende gegangen. Die Dimension Qualifikation und Berufstätigkeit spielt offenbar eine wesentliche, aber keine ausschlaggebende Rolle für den Delinquenzverlauf (Dietz u.a. 1996, Schumann/Mariak 1995). Hinzu tritt die Entwicklung einer genderspezifischen Identität aufgrund sozialer Beziehungen zu peers und Partnern bzw. Partnerinnen. Es scheint, daß die Einflüsse der Partner, insbesondere auf Frauen, eine zusätzliche Kontrolle in bezug auf abweichendes Verhalten darstellen, und daß sie bei Scheitern der Qualifikation einen Abkühlungsmechanismus schaffen: die Hinlenkung zu traditionellen Vorstellungen von Weiblichkeit (vgl. Seus 1993, 1995). Parallel dazu prägen bei jungen Männern die peers Vorstellungen von Männlichkeit, für die durch action und kollektives abweichendes Verhalten Testsituationen geschaffen werden.

Als bisheriges Ergebnis lässt sich festhalten: Wiederauftreten oder Unterbleiben delinquenter Phasen hängen von drei *institutionellen* Einflußgrößen ab: (a) dem Verlauf beruflicher Qualifikation und des Berufseintritts, (b) der Übernahme von Männlichkeits- und Weiblichkeitsvorstellungen durch Vergesellschaftungsprozesse in Partnerschaft und mit Peers sowie (c) Stigmatisierungseffekten, die aus Kriminalisierung/Strafverfolgung abweichenden Verhaltens resultieren.

4.3 AusbilderInnenbefragung

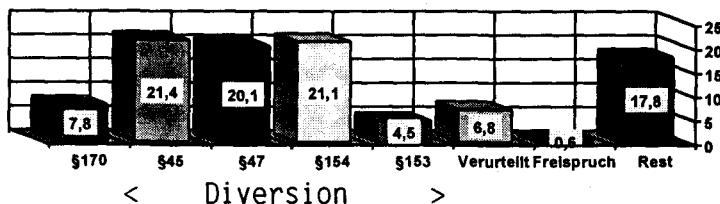
Die Auswertung dieser Befragung wurde in Kooperation mit der Methodengruppe des Sfb 186 abgeschlossen (s. Mariak, Kluge 1997). Es wurden 39 leitfadengestützte Interviews mit berufsschulischen und betrieblichen BerufserzieherInnen ausgewertet. Zentrale Ergebnisse seien kurz vorgestellt. Die Interviews ergaben ein breites Aussagespektrum zu Erfahrungen, Standpunkten und Handlungsmustern im Ausbildungsalltag. Ins Auge fällt dabei zunächst die Diskrepanz der Ausbildungsinteressen der Institutionen (Berufsschule, Maßnahme, Lehrbetrieb), die trotz übergreifender gemeinsamer Zielsetzung nicht ohne Fiktion zusammenarbeiten. Alle drei Institutionen sind aber orientiert an marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten, was sich etwa an der Betonung von Schlüsselqualifikation/Arbeitstugend zeigt: Auch in der Berufsschule haben arbeitsmoralische Konzepte Priorität,

obgleich berufspädagogische Ziele und staatlicher Erziehungsauftrag nicht mit lehrbetrieblicher Pragmatik im Einklang stehen. Ebenso passen sich Maßnahmen-Betriebe den Vorgaben privatwirtschaftlicher, marktorientierter Unternehmen an, selbst wenn sie offiziell starkes sozialpädagogisches Interesse aufweisen. In Anlehnung an Jungkunz (1995, S. 58) ist zu schließen, daß mit primär ökonomisch - nach betrieblichen Gesichtspunkten verwertbarer Arbeitskraft - orientierter Anpassung Beschränkungen auf das Konzept "berufliche Tüchtigkeit" erfolgen. Die Hinführung zu "beruflicher Mündigkeit" wird sekundär. Es findet Berufsausbildung statt, selten jedoch Berufsbildung.

4.4 Die Aktenerhebung bei der Staatsanwaltschaft

Bei der 1995 erfolgten Aktenerhebung konnte für die Makro-Analyse weiteres Material gesammelt werden. Das qualitative Material soll im Vergleich mit der Ausbilder-Untersuchung genutzt werden, um dominierende Deutungsmuster der Justiz bezüglich der Bedeutung der beruflichen Situation für die Strafzumessung zu analysieren. Ein weitere Aufgabe ist ein Vergleich der Darstellungen der Delinquenz in den Akten mit der in den Interviews der Mikro-Erhebung.

Die Taten verteilten sich wie folgt: 35 Personen haben jeweils eine Tat begangen, 19 zwei und 9 drei. So bestanden bei etwa ¼ der Fälle maximal drei Eintragungen. Bei den übrigen hatten 6 Personen vier, 3 fünf und die weiteren 14 mehr als fünf Eintragungen. Es handelt sich um die ganze Bandbreite von Delikten. Die häufigsten waren: einfacher Diebstahl (22.7%), schwerer Diebstahl (8.1%), Sachbeschädigung (6.5%), gefährliche Körperverletzung (6.5%), einfache Körperverletzung (5.2%). Die Verfahren hatten folgenden Ausgang:



Die Tabelle zeigt, daß die meisten Fälle ohne ein Urteil ausgehen, es dominiert die Divisionspraxis (§§ 45, 47 JGG) resp. die Einstellung wegen mangelnden Verfolgungsinteresses (§ 153 StPO) und mangelndem Tatverdacht (§ 170 StPO). Der Anteil der Einstellungen als unbedeutende Nebenstrafat (§ 154 StPO) (d.h. der Betroffene hat in einem anderen Verfahren eine höhere Strafe zu erwarten als im anstehenden) ist mit 21,1% sehr hoch. Weitere Einstellungsgründe sind: Verweis auf Privatklage, fehlende Adresse, fehlender Strafantrag u.a. Da die Einstellungen nicht textlich begründet werden, stehen uns in diesen Fällen für die Analyse nur die Polizeiprotokolle zur Verfügung. Diese wiederum beschränken sich stark auf den Tathergang, enthalten kaum Bewertungen und Beschreibungen der Situation der Beschuldigten. Nur bei den Einstellungen nach § 47 JGG steht weiteres Datenmaterial zur Verfügung (Anklageschrift, Protokoll der Hauptverhandlung).

Eine umfassende Auswertung des Materials erfolgte noch nicht, da hierzu auf die Ergebnisse der (1996 abgeschlossenen) Ausbilderbefragung gewartet wird und 1997 weiteres Material erhoben werden soll. Der Berufsstatus wird zwar, so es zu einer polizeilichen Vernehmung kommt, dort systematisch erhoben, er findet Erwähnung in der Anklageschrift, doch eine Bewertung erfolgt erst in Urteilsbegründungen. Sie lagen nur in 15 Fällen vor. In neun davon waren die Begründungen abgekürzt (§ 267 StPO). In den 15 Fällen gab es folgende Sanktionen: richterliche Ermahnung (1x), Arbeitsauflagen (2x), sozialer Trainingskurs (1x), Geldstrafen (4x), Jugendarrest (1x), Bewährung ohne Jugendstrafe (1x), Jugendstrafe auf Bewährung (4x) und Jugendstrafe ohne Bewährung (1x). In weiteren sechs Fällen kam es zu Strafbefehlen, die ohne explizite Begründungen erfolgen.

Von den fünf Fällen mit Jugendstrafe war eine Person im Mikro-Panel. Für die nächste Welle ist geplant, die weiteren vier dieser Personen, die an der Makro-Befragung weiterhin teilnahmen, ins Mikro-Panel aufzunehmen. Insofern wird ein kleiner hochwertiger Datenkorpus in der nächsten Phase zur vergleichenden Analyse der Darstellungen der Delinquenz in den Akten mit den Selbstbeschreibungen (Interviews) zur Verfügung stehen.

Für einen Vortrag (Matt, Boston 1995) wurde eine erste Datenanalyse durchgeführt; sie zeigte, daß in den meisten Fällen sowohl die Jugendlichen/jungen Erwachsenen selbst als auch die Polizei und Staatsanwälte bzw. Richter die Taten

derart konstruieren, daß sie als 'Jugendsünden' anzusehen sind. Gerade letztere rekurrieren hierbei auf Vorstellungen eines wohlgeordneten Lebens. Stigmatisierung soll vermieden werden.

4.5 International-komparative Analysen

Die Arbeiten hatten zwei Schwerpunkte:

1. Durchführung eines internationalen workshops über "Transition from adolescence to adulthood";
2. Vorbereitung eines gemeinsamen Projekts von David Huizinga (Boulder) und Karl F. Schumann (Bremen) über "Training for the Labour-Market and Juvenile Delinquency".

(Zu 1:) Im Rahmen des workshops "Longitudinal research on the transition from adolescence to adulthood" wurden im 1. Teil, der dem Zusammenhang dieses Übergangs mit Delinquenz gewidmet war, drei US- und zwei deutsche Längsschnittstudien vergleichend diskutiert.

Mit Blick auf Übereinstimmungen und Divergenzen der Ergebnisse wurde diskutiert, inwieweit sich jeweils strukturelle bzw. kulturelle Unterschiede niederschlagen, seien es strafrechtsbezogene (Strafmündigkeitsalter, Ermittlungsdruck, Sanktionsintensitäten), bildungsrelevante (Zeitpunkte der Selektion, Organisation des Übergangs in das Arbeitsleben, Nebenarbeit), soziale Absicherung betreffende (Transferzahlungen) und kulturell-historische (Individualitätsideale, Diskriminierungsmuster). Als Fazit wurde festgehalten, daß es möglicherweise produktiver für Theorieentwicklung und den Gesellschaftsvergleich ist, Unterschieden nachzugehen, als Übereinstimmungen zu betonen.

Als konkrete Kooperation wurde vereinbart, alle Erhebungsinstrumente (in englischer Fassung) auszutauschen und einzelne items der Bremer Studie in den USA (und vice versa) zu verwenden. Die US-Forscher würdigten den Einsatz qualitativer Analysen im Bremer Projekt und wünschten darüber mehr Informationen.

(Zu 2:) Eine enge Zusammenarbeit zwischen den Longitudinalstudien Bremen und Boulder wurde begründet. So soll ein deutsches Projektmitglied für mindestens ein

halbes Jahr in Boulder (bei D. Huizinga) arbeiten. Dazu wurde die Planung einer Sekundärstudie beschlossen, bei der die Daten der Bremer Makroerhebungen aus den Wellen 2 und 3 mit den Erhebungen der Wellen 5 bis 7 des Denver Youth Surveys parallel zueinander mit gleichen Modellen ausgewertet werden sollen. Ferner sollen durch vergleichbare Messungen die Folgen des unterschiedlich strukturierter Erwerbs beruflicher Qualifikation für Delinquenzverläufe vergleichend überprüft werden. Zur Vorbereitung wurde mit den Bremer Daten ein Erklärungsmodell nachgerechnet, daß Thornberry, Huizinga und Loeber als erkläzungskräftig für "street delinquency" ausgewiesen hatten (1995, S. 227). Die konsistenten Ergebnisse deuten auf Ähnlichkeiten der Verfassung gesellschaftlicher Institutionen (Familie, Schule, Peers) hin (Schumann 1995a). Dies ist künftig zu überprüfen.

Im November 1995 arbeiteten beide Projektleiter die Pilotstudie eines sekundär-analytischen Projekts aus, das die Wirkungen einer durch ein spezifisches Berufsbildungssystem strukturierten Transition von der Schule in den Beruf auf delinquentes Verhalten überprüfen soll. Mehr als 70 Variablen (Alter, Familienstand, verschiedene Maße der Elternbeziehung und Schulsituation, Partnerschaft, Verhalten der peers, Lebensereignisse wie Krankheit, Trennung, Einkommen, Nebenjobs usw.) sind in beiden Ländern relativ gleich erhoben worden. Die Delinquenzmaße wurden aneinander angepaßt. Ein mehrjähriger Arbeitsplan wurde für die nächste Förderungsphase vereinbart. Als Pilotstudie wurde ein kurzer Forschungsantrag, der den Teilschritt betrifft, der mit den zwei schon auf Parallelität überprüften Datensätzen gerechnet werden kann, beim Deutsch-amerikanischen Akademischen Konzil (GAAK) eingereicht und inzwischen genehmigt.

5. Außenaktivitäten

5.1 Vorträge u.a.

Im Verlauf der aktuellen Projektphase wurden Forschungskonzept und Ergebnisse auf unterschiedlichen Fachtagungen vorgetragen und zur Diskussion gestellt:

Dietz, G.-U. (1996): Occupational achievement, delinquency, social control, and criminalization. Paper presented at the 1996 Annual Meeting of the Academy of Criminal Justice Sciences in Las Vegas, March 12-16, 1996

- Mariak, V. (1994): Selektionsprozesse im Berufsbildungssystem und abweichendes Verhalten. Referat, NKG, 27./28. 5. 1994 in Betzendorf
- Mariak, V.; L. Seus (1994): "Thank God, It's Friday": Deviance and Work in the Transition to Adulthood. Paper presented at the XIII. World Congress of Sociology, Bielefeld, July 18-23, 1994
- Mariak, V.; L. Seus (1995a): Vom Übergang von der Schule in den Beruf: Unterschiedliche Verlaufsformen. Vortrag am Bremer Institut für Kriminalpolitik, 28.6.95
- Mariak; V.; L. Seus (1995b): Transition from School to Work: The impact of different Pathways on Delinquency. Vortrag auf dem 'Workshop on longitudinal research on the transition from adolescence to adulthood', Bremen, 5.-7.7.1995
- Matt, E. (1995): The construction of youth delinquency. Paper presented at the Annual Meeting of The American Society of Criminology. Boston, 18.11.1995
- Matt, E. (1996a): Die Liberalismus-Kommunitarismus Debatte: Mit Bezügen zum (Jugend-)Strafrecht. Vortrag am Bremer Institut für Kriminalpolitik, 31.1.1996
- Matt, E. (1996b): Grounding justice in particular life-worlds: The case of youth delinquency. Paper presented at the Law and Society Annual Meeting: Globalization and the Quest for Justice. Glasgow, 10.7.1996
- Schumann, K.F. (1994): The use of micro-macro links in the understanding of longitudinal data. Paper presented at the Workshop 'Empirically based theory construction and qualitative life course research'; Bremen, 17.-19.11.1994
- Schumann, K.F. (1995a): How valid are American findings on the explanation of crime in the European context. Paper presented at the Annual Meeting of The American Society of Criminology. Boston, 18.11.1995
- Schumann, K.F. (1995b): Erklärungsansätze von Gewalt, ein Thema für kritische Kriminologie. Vortrag auf der Tagung "Moralisieren und Sanktionieren in der Kritischen Kriminologie" des Arbeitskreises Junger Kriminologen. Gelnhausen, 8.-10.12.1995
- Seus, L. (1994a): "Hürdenlauf": Diskrete Diskriminierung von jüngeren Frauen an der ersten und zweiten Schwelle. Vortrag beim Arbeitskreis Mädchenberufshilfe, Bremen, 11.3.1994

Seus, L. (1994b): "Frauen auf Abwegen". Die Konstruktion von "Abweichung" und "Weiblichkeit" bei Hauptschülerinnen in der Ausbildung. Vortrag am FB Devianzpädagogik der Universität Lüneburg, 30.6.1994

Seus, L. (1995): Die Kriminologie, das Geschlechterverhältnis und andere binäre Klassifikationen. Vortrag auf der Tagung "Moralisieren und Sanktionieren in der Kritischen Kriminologie" des Arbeitskreises Junger Kriminologen. Gelnhausen, 8.-10.12.1995

5.2 Beiträge zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit

a) Organisation von Tagungen:

- Norddeutscher Kriminologischer Gesprächskreis (Mai 1995);
- Internationaler workshop "Longitudinal research on the transition from adolescence to adulthood" (Juli 1995);
- Joint Conference of the Scandinavian Research Council for Criminology and GIWK (September 1996);

b) (L. Seus):

- Redakteurin der Fachzeitschrift "Kriminologisches Journal" (ab 1996);
- Mitglied der Arbeitsgruppe "Berufliche Erstausbildung" der ZGF Bremen;
- Sprecherin, Sektion Feministische Kriminologie der Gesellschaft für interdisziplinäre wissenschaftliche Kriminologie (GIWK) (ab 1995);
(K.F. Schumann):
- Mitglied des Wissenschaftlichen Fachbeirates des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen;

c) Kooperationsprojekte mit

- T. Hartnagel (Edmonton, Alberta);
- D. Huizinga (Boulder, Col.);
- Mike Prestee;

Teilprojekt A3
Schumann u.a.

- d) Veröffentlichungen aus dem Teilprojekt A3 wurden in folgenden Zeitschriften besprochen:
1. Neue Kriminalpolitik 2, 1995 (Seus, L.: Soziale Kontrolle von Arbeitertöchtern. Eine kriminologische Studie über Frauen im Berufsbildungssystem. Pfaffenweiler 1993);
 2. Psychologie heute 6, 1996 (Matt 1995).

6. Publikationen (laufende Berichtsperiode)

a) erschienen:

- Dietz, G.-U.; Matt, E. (1994): Begrenzte Handlungsspielräume bei der Berufsförderung. Der Übergang von Haupt- und Sonderschülern in das Berufsbildungssystem. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik 90, S. 510-524
- Matt, E. (1995): Episode und "Doppel-Leben": Zur Delinquenz Jugendlicher. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 78, S. 153-164
- Schumann, K.F. (1994): Lebensperspektiven nach dem Ende der Schulpflicht. In: H. Peisert/W. Zapf (Hrsg.): Festschrift für Ralf Dahrendorf. Stuttgart, S. 135-154
- Schumann, K.F. (1995): The Deviant Apprentice. The Impact of the German Dual System of Vocational Training on Juvenile Delinquency. In: Hagan, J. (ed.): Delinquency and Disrepute in the Life Course. Greenwich, Connecticut: JAI Press Inc., S. 91-105
- Schumann, K.F. (1995a): Zur Thematisierung und Analyse von Gewalt in aktuellen kriminologischen Expertisen. In: E. Mochmann, U. Gerhardt (Hrsg.): Gewalt in Deutschland. München, S. 107-124
- Schumann, K.F.; Mariak, V. (1995): Benachteiligung Jugendlicher im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt als Weichenstellung für eine kriminelle Karriere - ein Mythos? In: Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): Das Jugendkriminalrecht als Erfüllungsgehilfe gesellschaftlicher Erwartungen? Bonn, S. 178-189
- Seus, L. (1995): Anpassen oder Aufbegehren? "Training Women to Know Their Place". In: 5. Beiheft des Kriminologischen Journals: Geschlechterverhältnis und Kriminologie, hrsg. von Althoff, M./Kappel, S. Weinheim, S. 95-108

Seus, L. (1996): "Thank God, It's Friday": Berufsbildungsverlauf und Delinquenz.
In: DVJJ Mitglieder Rundbrief, Bremer Regionalgruppe, 2, Nr. 4

b) im Druck:

Dietz, G.-U.; Matt, E.; Schumann, K.F.; Seus, L. (1996): Lehre tut viel, das Leben mehr. Berufsbildung, Lebensplanung und Delinquenz bei Arbeiterjugendlichen. Münster: Votum-Verlag

Mariak, V.; Kluge, S. (1997): Arbeitsmoral und Normalität im Alltag beruflicher Ausbildung: Standpunkte und Handlungsmuster von BerufserzieherInnen. Buch-Ms

Matt, E. (1996): Strafe, Erziehung, Wiedergutmachung. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens

Matt, E; Seus, L.; Schumann, K.F. (1996): Health risks and deviance in the transition from school to work. In: J. Schulenberg; J. L. Maggs und K. Hurrelmann (Hrsg.): Health Risks and Developmental Transitions During Adolescence. N.Y.: Cambridge U. Press

Schumann, K.F. (1996): Visionen zum Umgang mit Jugendkriminalität. In: DVJJ (Hrsg.): Verhandlungen des 23. Dt. Jugendgerichtstages, Potsdam. Bad Godesberg: Forum

Schumann, K.F.; L. Seus (1997): Berufsbildungsverlauf und Delinquenz. In: A. Weymann (Hrsg.): Lebenslaufpolitik - Institutionen und Statusmanagement. Weinheim: Deutscher Studien Verlag

c)"Graue Literatur"

Materialien-Band 10a: Erhebungsinstrumente Mikro-Panel Befragung 4

Materialien-Band 10b: Erhebungsinstrumente Makro-Panel, Befragung 3;
Strafakten-Erhebung

Materialien-Band 11: Zum Ablauf der 3. Befragung im Makro-Panel.

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojektes A4

Thema: Berufliche Verläufe im Transformationsprozeß

Beteiligte Wissenschaftler:

Prof. Dr. Ansgar Weymann (GA) (Projektleiter)
Dr. Matthias Wingens (GA) (Projektleiter)
Dr. Reinhold Sackmann (GA)
Dipl. Soz. Matthias Rasztar (EA)
Dr. Olaf Struck-Möbbeck (EA) ab 01.06.95
Dr. Günther Tempel (EA) bis 31.03.95

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragstellung
3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen
 - 3.1 Mikropanel
 - 3.2 Makropanel
4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit
 - 4.1 De- und Restabilisierung von Erwerbsverläufen im Zeitverlauf
 - 4.2 Differenzierung von Erwerbschancen
 - 4.3 Berufwechsel und Schließungsprozesse
 - 4.4 Bewältigungsverhalten
5. Außenaktivitäten
 - 5.1 Vorträge u.a.
 - 5.2 Beitrag zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit
6. Publikationen
 - 6.1 Veröffentlichungen (laufende Berichtsperiode)
 - 6.2 Arbeitspapiere

1. Zusammenfassung

Das Teilprojekt untersucht Berufs- und Lebensverläufe von jungen Kohorten im Transformationsprozeß. Die Längsschnittstudie im Kohortendesign verfolgte in dieser Förderungsphase drei Fragestellungen: a) Kommt es nach einer Destabilisierungsphase zu einer Restabilisierung beruflicher Verläufe im Transformationsprozeß? b) Nehmen Prozesse der sozialstrukturellen Differenzierung im Transformationsprozeß zu? c) Wie wird berufsbiographische (Dis-)Kontinuität individuell bewältigt?

Die Ergebnisse der quantitativen Ereignisdatenanalyse lassen sich in drei Thesen zusammenfassen:

- 1.) Eine Restabilisierung von Berufsverläufen im Sinne einer steigenden Arbeitsplatzsicherheit setzt ab 1992 durch einen Rückgang des Entlassungsrisikos ein. Allerdings nimmt bis 1994 die Verweildauer in Arbeitslosigkeit zu, so daß Restabilisierungstendenzen mit einer verstärkten Ungleichheit zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen verbunden sind.
- 2.) Die Differenzierung von sozialen Gruppen in Bezug auf ihre Erwerbschancen nimmt zu, insbesondere nach Bildungsniveau und Geschlecht. Lehrabsolventen sind dreimal so häufig arbeitslos wie Akademiker. Abnehmende Wiederbeschäftigungschancen von Frauen, insbesondere mit Kindern, bewirken eine überproportionale Arbeitslosigkeitsrate von Frauen. Die sinkende Vereinbarkeit von Beruf und Familie trägt zu einem starken Geburtenrückgang bei.
- 3.) Die Zahl der Berufswechsel hat im Transformationsprozeß im Vergleich zur späten DDR-Zeit zugenommen. Die Zahl der Personen mit mehrfachen Berufswechseln hat sich verdoppelt. Die Unterschiede zwischen Berufsgruppen (bezogen auf die Zahl von Berufswechseln und ihrer Prestigerelevanz) sind insbesondere in den Professionsarbeitsmärkten groß: stabile Professionen wie Ärzte und Lehrer mit einer geringen Anzahl von Berufswechseln stehen neben instabilen Professionen wie z.B. Sozialwissenschaftlern, Agrarwissenschaftlern und Naturwissenschaftlern.

Die Ergebnisse der Auswertung des qualitativen Mikro-Panels lassen sich in zwei Thesen zusammenfassen:

- 1.) Individuelles Bewältigungsverhalten ist das Produkt des Zusammenspiels von Frames, Ressourcen und Kontrollkompetenz. Der wichtigste Frame im Transfor-

mationsprozeß war "Beschäftigungssicherheit", die wichtigste Ressource "Berufsausbildung".

2.) Bewältigungsverhalten ist im Transformationsprozeß keine Konstante, sondern eine dynamische Relation zwischen Frames und Ressourcen, bei der zwischen 1990 und 1993 Kontrollverluste auftraten. Aufgrund der schnellen Veränderung von Gelegenheitsstrukturen kam dem Timing bei berufsbiographischen Entscheidungen eine zentrale Weichenstellungsfunktion für berufliche Verläufe zu.

2. Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragstellung

Die Fragestellung des Projektes zielt auf die Rekonstruktion des Transformationsprozesses der neuen Bundesländer anhand der Berufseinstiege und Berufsverläufe von in den Arbeitsmarkt neueintretenden Kohorten. Bei der Antragstellung war bekannt, daß die Transformation der Planwirtschaft der DDR zu einer Marktwirtschaft zu massenhaften Entlassungen geführt hatte. Gleichzeitig bedingte der schnelle berufsstrukturelle Wandel der Transformationsökonomie massive Qualifikationsentwertungen.

Ziel des Projektes war es, den weiteren Transformationsprozeß mit drei miteinander verknüpften Analyseschritten genauer zu untersuchen: 1.) Kommt es nach der erfolgten Destabilisierung beruflicher Verläufe zu einer Restabilisierung des Transformationsprozesses? 2.) Welche Muster der Differenzierung der Sozialstruktur begleiten den Transformationsprozeß? 3.) Wie gestalten Individuen berufsbiographische Diskontinuität?

Restabilisierung kann in Richtung auf eine zunehmende Stabilität von Betrieben und auf eine Verlangsamung berufsstrukturellen Wandels hin operationalisiert werden. Es wurde vermutet, daß es nach dem Transformationsschock der Wirtschafts- und Währungsunion zu einer Beruhigung der primären Transformationsdynamik kommen würde, da die Umstrukturierung von vorhandenen Betrieben und die Welle von Unternehmensneugründungen bereits weit fortgeschritten war. Die Stabilisierung der Betriebsstruktur könnte deshalb mit einer Verlängerung der Beschäftigungsdauer in Betrieben einhergehen.

Aus den Projektvorstudien war bekannt, daß es in der unmittelbaren Wendezeit zu vielen Berufswechseln gekommen war. Unklar war, wie aufgrund der starken Verberuflichung des bundesdeutschen (und ostdeutschen) Systems berufliche Schließungen zugleich aufgebrochen und rekonstituiert würden. Die Annahmen darüber, wie der Status der Zielberufe nach Berufswechseln einzuschätzen sei, variierten ebenfalls stark in der Literatur. Die eigenen qualitativen Vorstudien konnten diesbezüglich nur festhalten, daß die Zahl der Berufswechsel zugenommen habe, nicht aber, welche Wertigkeit Ausgangs- und Zielberufe hatten.

Allgemein wurde in der Transformationsforschung angenommen, daß die relativ egalitäre Verteilung von Erwerbschancen und Einkommensverteilungen im Transformationsprozeß stärker differenziert würde. Für das Projekt waren zwei Differenzierungslinien von Interesse: a) Differenzierungen nach dem Niveau des berufsqualifizierenden Abschlusses; b) Differenzierungen nach Geschlecht. Es war bekannt, daß in der DDR die Zahl von Universitätsabsolventen seit den 70er Jahren auf einem niedrigen Niveau gehalten wurde, während Facharbeiter und Fachangestellte mit einem beruflichen Lehrabschluß im Vergleich zu Westdeutschland überproportional vorhanden waren. Es wurde davon ausgegangen, daß die Einkommensdifferenzen zwischen diesen beiden Erwerbsgruppen zunehmen würden. Es war nicht sicher, ob es ebenfalls im Bereich der Erwerbschancen zu Differenzierungsprozessen zwischen den beiden Gruppen kommen würde.

Die Erwerbsquote von Frauen war in der DDR im Vergleich zu anderen Ländern sehr hoch. Dennoch war nicht eindeutig, ob es zu einer Angleichung von Geschlechtsdifferenzierungen an westdeutsche Verhältnisse kommen würde, da die hohe Erwerbsneigung von Frauen in den neuen Bundesländern in den ersten Jahren nach der Wende dazu führte, daß die Zahl der "Nur-Hausfrauen" quantitativ unbedeutend war. Es war unklar, welchen Einfluß in dieser Situation Interaktionen zwischen dem Familienverhalten und dem Erwerbsverhalten auf die Differenzierung von geschlechtsspezifischen Erwerbschancen ausüben.

In den qualitativen Vorstudien des Projektes ergab sich, daß strukturelle Veränderungen nicht einseitig individuelle Veränderungen bewirken. Individuelles Bewältigungsverhalten konnte entweder zu einem Beharren auf in der DDR eingetübten Erwartungen und Bewältigungsmustern führen oder zu einer flexiblen Readaption

an die neuen Nach-Wende-Bedingungen. Ziel dieser Projektphase war es, ein theoretisches Modell für das Zusammenspiel verschiedener Dimensionen des Bewältigungsverhaltens für gesellschaftliche Situationen zu entwickeln, in denen individuelle Diskontinuitäten des Berufsverlaufs sehr häufig auftraten.

3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen

Das Projekt A4 hat in der zweiten Förderungsphase eine qualitative Panelbefragung (Mikropanel) mit einer umfangreichen quantitativen Längsschnittstudie (Makropanel) zu den beruflichen Verläufen von Akademikern und Absolventen einer beruflichen Lehre verbunden.

3.1 Mikropanel

In dieser Projektphase wurde eine 2. Erhebungswelle qualitativer Interviews durchgeführt. Es handelte sich dabei um eine Wiederholungsbefragung von Hochschulabsolventen (Sackmann/Wingens 1994) und Absolventen einer beruflichen Lehre (Minx u.a. 1995) der Abschlußjahrgänge 1985 und 1990.

Die 1993 erstmals befragten Personen wurden im Herbst 1995 in leitfadenunterstützten, themenzentrierten Tiefeninterviews erneut interviewt. Das Paneldesign diente der Fortschreibung der Untersuchung von Entscheidungsstrukturen beruflicher Verläufe und der Erhebung zeitveränderlicher Einstellungen, Wünsche und Ziele von Akteuren. Die Auswahl der Untersuchungsgruppe entsprach dem Makropanel in der Konzentration auf die Kohorten 1985 und 1990, sowie den Bildungsstrata Akademiker und Facharbeiter/Fachangestellte. Im Unterschied zum Makropanel wurden im Mikropanel nur zwei Berufsgruppen (Landwirtschaft und Chemie) erhoben, um exemplarisch zwei kontrastierende Berufsdynamiken im Transformationsprozeß verfolgen zu können.

Bei der Interviewführung wurde ein standardisierter Leitfaden verwendet. Die durchschnittliche Interviewdauer betrug 100 Minuten. Tab. 1 zeigt die Sample-zusammensetzung der Personen, die in den *beiden* Wellen des Mikro-Panels befragt wurden.

Tab. 1: Sample Mikropanel (2. Befragung)

	Akademiker		Facharbeiter		
	Landwirt-schaft	Chemie	Landwirt-schaft	Chemie	
Kohorte	7	8	4	6	25
	3	9	5	5	22
	10	17	9	11	47
	27		20		

Ziel der Datenauswertung war es, Aussagen zum berufsbiographischen Bewältigungshandeln systematisch miteinander zu vergleichen und zu gruppieren. In seiner Auswertungsstrategie orientiert sich das Projekt an abduktiven Interpretationsverfahren (Strauss 1991; Kelle 1994) und an Verfahren der Idealtypenbildung (Gerhardt 1991). Zunächst wurde von den Projektmitgliedern anhand von Einzelfallinterpretationen ein Interpretationsrahmen entwickelt, der es ermöglichte, zu interviewnahen Auswertungskategorien zu kommen. Diese wurden mit Hilfe des Computerprogramms WinMax (Kuckartz 1995) den Interviewtexten zugeordnet. Diese vorstrukturierten Textteile dienten der Prüfung erster theoretischer Vorüberlegungen, die dann in weiteren rekursiven Auswertungsschritten als materialgesättigte Hypothesen reformuliert wurden. Im Ergebnis erhielten wir ein allgemeines und zeitabhängiges berufliches Bewältigungsmodell (Struck-Möbbeck u.a. 1996).

Von besonderer Bedeutung für die methodische Konzeption sind dabei die Vorteile einer Wiederholungsbefragung im Paneldesign. Im Unterschied zu einmaligen qualitativen Retrospektivbefragungen bestand die Möglichkeit, Konstanz und Diskontinuität von Elementen des Bewältigungshandelns anhand der Aussagen zweier Meßzeitpunkte systematisch miteinander zu vergleichen. Dies ermöglichte

erste Modelle zur zeitlichen Abfolge und Kausalität bei verschiedenen Dimensionen des Bewältigungshandelns.

3.2 Makropanel

Das Kernstück der zweiten Förderungsphase bildet die postalische Retrospektivbefragung von Hochschulabsolventen und Absolventen einer beruflichen Lehre, die in den Jahren 1985 und 1990 in den Städten Rostock und Leipzig ihren berufsqualifizierenden Abschluß gemacht hatten. Die damit definierten sechs theoretisch interessanten Untersuchungsgruppen (Ausbildung, Kohorte und Region) erlauben 1. den Vergleich unterschiedlicher Eintrittskohorten hinsichtlich ihrer gesellschaftsstrukturellen Einstiegsvoraussetzungen, 2. die Analyse bildungs- und arbeitsmarktsoziologischer Kausalbeziehungen und 3. die Überprüfung regionaler Disparitäten hinsichtlich Ausbildung, Beruf und Arbeitsmarktchancen. Die Zielsetzung war eine für die Grundgesamtheit repräsentative quantitative Erhebung, die alle Fachrichtungen von zwei Qualifikationsniveaus erfaßt. Zur Grundgesamtheit der Studie gehörten demnach alle Absolventen der beiden Abschlußjahrgänge, der beiden Ausbildungsniveaus und der beiden Städte. Im Falle der Hochschulabsolventen wurde bei den Universitätsabsolventen der Stadt Rostock eine Totalerhebung realisiert. Bei den Absolventen der Universität Leipzig und bei den Lehrberufen wurde aufgrund der hohen Absolvrentenzahlen eine proportional geschichtete Zufallsauswahl (Böltken 1976; Kreienbrock 1989) vorgenommen. Neben der Repräsentativität sollte die Stichprobe eine weitere Bedingung erfüllen: Alle sechs theoretisch interessanten Untersuchungsgruppen (Hochschule/Lehre; Abgangsjahr 1985/1990; Rostock/Leipzig) sollten in etwa in gleichem Umfang in die Stichprobe aufgenommen werden.

Die postalische Befragung stellt sowohl für das Projekt A4 als auch für vergleichbare Hochschulverblebsstudien in der Regel das Verfahren der Wahl dar (z.B. Teichler/Winkler 1990; Minks/Bathke 1992). Umfangreiche methodische Untersuchungen haben in den letzten Jahrzehnten wesentlich zur Verbesserung des Verfahrens der postalischen Befragung (Dillmann 1983; Hippler 1988) beigetragen. Entsprechend der von Dillman vorgeschlagenen "total design method" wurden die in der Methodenliteratur vorgeschlagenen Methoden der Optimierung postalischer

Befragungen berücksichtigt (Format, graphische Gestaltung, Übersichtlichkeit etc.). Bei der Fragebogengestaltung lag das besondere Augenmerk auf der Erhebung der beruflichen Verläufe in ihrer zeitlichen Struktur. Der Fragebogen enthält die Erhebung aller für die Verlaufsdatenanalyse relevanten Ereignisse (Bildung, Beruf, Arbeit und Familie) mit ihren genauen Anfangs- und Endzeitpunkten auf Monatsbasis.

Der Versand der Fragebögen erfolgte in drei Wellen von September bis November 1994. Nach Abschluß der Aktion lagen 2130 verwertbare Fragebögen vor, was einer Gesamtrücklauf率 von 38,4 Prozent entspricht. Die Responserate liegt im mittleren Bereich postalischer Befragungen. Bei der Einschätzung der Rücklauf率 ist zu beachten, daß es sich um eine postalische Befragung mit einem relativ umfangreichen Fragebogen (30 Seiten) und einem relativ anspruchsvollen Gegenstand (detaillierte zeitliche Darstellung eines Erwerbsverlaufs über 5 bzw. 10 Jahre) handelte.

Ein ausführlicher Vergleich des Rücklaufes mit den Verteilungen der Grundgesamtheit hat ergeben, daß das realisierte Sample die Grundgesamtheit aller Absolventen aus Rostock und Leipzig der Jahre 1985 und 1990 repräsentativ abbildet. Bei den Hochschulabsolventen zeigen sich nur sehr geringe Differenzen zwischen der Fachgruppenverteilung des Samples und der Grundgesamtheit (durchschnittliche Abweichung 2%). Bei den Absolventen einer beruflichen Ausbildung sind Fertigungsberufe im Vergleich zu Dienstleistungsberufen leicht unterrepräsentiert.

Mit der Samplegröße von 2130 Fragebögen wurde insgesamt eine auch in Untergruppen hohe Fallzahl erreicht, die eine präzise Modellierung einzelner Subpopulationen zuläßt. So ist nicht nur ein Kohortenvergleich der Hochschul- und Lehrabsolventen 1985 und 1990 methodisch möglich, sondern auch eine Feindifferenzierung nach einzelnen Fächer- und Berufsgruppen.

Die Daten des Makropanels wurden bisher vorwiegend mit den Methoden der Ereignisdatenanalyse (Blossfeld/Rohwer 1995) ausgewertet. Im Vordergrund standen dabei Analysen zu Erwerbsverläufen und zu Familienverläufen. Der Vorteil von Retrospektivdaten gegenüber den immer noch häufig verwendeten Quer-

schnittsbefragungen und reinen Panelbefragungen besteht darin, daß der Zusammenhang zwischen Ereignissen zeitlich genau modelliert werden kann, so daß kausale Hypothesen über die bloße Feststellung von "signifikanten Zusammenhängen" zwischen Variablen hinaus überprüft werden können (Blossfeld/Rohwer 1996).

Tab. 2: Sample Makropanel

	1985		1990		gesamt	
	n	%	n	%	n	%
Abschlußart						
Lehre	408	19.1	505	23.7	913	42.9
Studium	551	25.9	666	31.3	1217	57.1
Spalte gesamt	959	45.0	1171	55.0	2130	100
Ausbildungsort						
Rostock	472	22.1	533	25.0	1005	47.2
Leipzig	428	20.1	576	27.1	1004	47.1
nicht zuordbar	59	2.8	62	2.9	121	5.7
Spalte gesamt	959	45.0	1171	55.0	2130	100

Bei der Modellierung beruflicher Mobilität und seiner Bewertung wurden bisher in der Ereignisdatenanalyse Verfahren verwendet, bei denen einzelne Ereignisse wie etwa Berufs- oder Betriebswechsel mit Prestigemessungen bewertet wurden (Blossfeld 1989). Im Projekt wurde dagegen der Mobilitätsverlauf eines Individuums in seiner Gesamtheit modelliert. Referenzpunkt hierfür war das Berufsprestige des Bildungsabschlusses. Damit wurde in diesem Bereich der Grundstein für eine kausale Modellierung des Einflusses verschiedener zeitveränderlicher Kovariaten (Weiterbildung, Arbeitslosigkeit etc.) auf Mobilitätsverläufe gelegt.

4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit

4.1 De- und Restabilisierung von Erwerbsverläufen im Zeitverlauf

Die Ausgangshypothese des Projektes war, daß im Transformationsprozeß nach einer Destabilisierungsphase beruflicher Verläufe mit hohen Entlassungszahlen eine Phase der Restabilisierung einsetzen würde, die zu einer Verlängerung von Beschäftigungsphasen führen würde. In der Operationalisierung dieser Fragestellung gehen wir davon aus, daß Erwerbslosigkeit als "transitorisches Merkmal"

(Mutz u.a. 1995: 24) angesehen werden kann. In einer dynamischen Perspektive kann Erwerbslosigkeit in zwei unterscheidbare Prozesse zerlegt werden (Berger u.a. 1995), den Zugang in Nicht-Beschäftigung ("Entlassungsrisiko") und die Verweildauer in Nicht-Beschäftigung ("Wiederbeschäftigungschancen").

Mit Hilfe eines "piecewise constant" Exponentialmodells lassen sich Unterschiede von Übergangsraten in verschiedenen Zeitperioden modellieren. Tab. 3 zeigt die Übergangsraten für den Übergang von Beschäftigung in Nicht-Beschäftigung in den Jahren 1990 - 1994. Danach war bereits 1991 das höchste Entlassungsrisiko gegeben, die Rate sank in den folgenden Jahren deutlich ab. Während 1991 noch 14% der Referenzgruppe ihre Beschäftigung verloren, waren es 1993 nur mehr 8%. Die Arbeitsplatzsicherheit stieg schon ab 1992 deutlich an.

Tab. 3: Risiko, zwischen Juli 1990 und 1995 eine Beschäftigung zu verlieren und anschließend arbeitslos, in Vollzeit-Weiterbildung oder Hausfrau zu sein

Übergangsrate

6/1990 - 12/1990	0,0077**
1/1991 - 12/1991	0,0114**
1/1992 - 12/1992	0,0085**
1/1993 - 12/1993	0,0065**
1/1994 - 12/1994	0,0064**

Erklärende Variablen

Männer	- 29%**
Kohorte 1985	- 18%**
Bildungsabschluß: Lehre	135%**
Log-likelihood	-8176,84
Anzahl der Episoden	3547
Anzahl der zensierten Episoden	2632
Anzahl der Personen	2112

** = signifikant auf 1%-Niveau

Der Zeitverlauf der Wiederbeschäftigungschancen weicht von der Zeitstruktur des Entlassungsrisikos ab. Die Übergangsraten des Modells 1 in Tab. 4 zeigen, daß 1993 die längste Verweildauer in Erwerbslosigkeit gegeben war mit durchschnittlich 7,5 Monaten (für die Referenzgruppe). Demgegenüber konnte in den Jahren

1990 und 1991 noch nach durchschnittlich 5,8 Monaten eine Stelle nach Erwerbslosigkeit erlangt werden. Erste Tendenzen einer Restabilisierung der Erwerbschancen durch eine Verbesserung der Wiederbeschäftigungschancen zeigen sich erst 1994, als die durchschnittliche Verweildauer in Erwerbslosigkeit auf 7,1 Monate zurückging.

Ergebnis 1: Die These einer Restabilisierungsphase im Anschluß an massenhafte Destabilisierungen von beruflichen Verläufen im Transformationsprozeß kann bestätigt werden: Ab 1992 steigt die Arbeitsplatzsicherheit an. Die Restabilisierungsthese muß aber dahingehend ergänzt werden, daß die Chancendifferenzierung zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Beschäftigungslosen, die in den Wiederbeschäftigungschancen zum Ausdruck kommt, bis 1994 ansteigt (Diewald/Solga 1996).

Tab. 4: Wiederbeschäftigungschancen zwischen Juli 1990 und 1995

Übergangsrate	Modell 1	Modell 2
6/1990 - 12/1990	0,1726**	0,1798**
1/1991 - 12/1991	0,1736**	0,1781**
1/1992 - 12/1992	0,1417**	0,1498**
1/1993 - 12/1993	0,1336**	0,1432**
1/1994 - 12/1994	0,1409**	0,1512**
Erklärende Variablen		
Frauen	- 40%**	- 28%**
mit Kind (unter 3 Jahren)		52%**
Frauen mit Kind (unter 3 J.)		- 47%**
verheiratet		- 24%**
Kohorte 1985	- 35%**	- 28%**
Bildungsabschluß: Lehre	- 22%**	- 32%**
Log-likelihood	-9299,07	-9283,16
Anzahl der Episoden	1443	1490
Anzahl der zensierten Episoden	540	587
Anzahl der Personen	833	833

** = signifikant auf 1%-Niveau

4.2 Differenzierung von Erwerbschancen

Nach der Wende zeigte sich sehr schnell, daß die neuen Risiken (offener) Arbeitslosigkeit und Beschäftigungslosigkeit sehr ungleich verteilt waren und zu neuen Differenzierungen von Risikolagen führten. Ein Vergleich der Arbeitslosenraten und der Nicht-Beschäftigungsquoten bei den von uns untersuchten Kohorten ergab, daß Absolventen einer beruflichen Lehre dreimal so häufig arbeitslos waren wie Hochschulabsolventen. Die durchschnittliche Arbeitslosenrate bei Facharbeitern betrug zwischen 1990 und 1995 11,3%, während die durchschnittliche Arbeitslosenrate von Akademikern bei 3,9% lag. Geschlechtsspezifische Unterschiede bei den Arbeitslosenraten und Nicht-Beschäftigtenraten waren demgegenüber nicht so ausgeprägt. Mit einer Arbeitslosenrate von durchschnittlich 8,2% lag die Zahl der erwerbslosen Frauen eineinhalb mal über der Arbeitslosenrate von Männern (4,9%).

Die Arbeitslosenraten und Nicht-Beschäftigungsquoten der Abschlußkohorten 1985 und 1990 unterschieden sich nicht signifikant. Interessant ist, daß die starken Unterschiede der Arbeitslosigkeitsraten der zwei Bildungsgruppen primär die Folge eines unterschiedlichen Entlassungsrisikos waren. In Tab. 3 sieht man, daß das Entlassungsrisiko von Lehrabsolventen um 135% über dem entsprechenden Risiko von Hochschulabsolventen lag. Eine genauere Aufgliederung nach beruflichen Untergruppen zeigt, daß bei den Lehrabsolventen insbesondere Produktionsberufe der Konsumgüterherstellung und sonstige Dienstleistungsberufe von einem überproportionalen Entlassungsrisiko betroffen waren. Bei den Hochschulabsolventen waren nur Agrarwissenschaftler signifikant häufiger von Entlassungen mit anschließender Arbeitslosigkeit betroffen, während insbesondere Ärzte und Lehrer über eine hohe Beschäftigungsstabilität verfügten.

Die Differenzierung von Erwerbschancen zwischen den Geschlechtern tritt sehr viel häufiger bei den Wiederbeschäftigungschancen auf. Tab. 4 zeigt, daß Frauen 40% geringere Wiederbeschäftigungschancen hatten als Männer. Offen war, wie die auch in anderen Untersuchungen berichtete überproportionale Arbeitslosigkeitsrate von jüngeren Frauen (Schenk 1995; Diewald/Solga 1996) zu erklären sei. Handelt es sich dabei um eine Folge der Zunahme struktureller Benachteiligung in Form von statistischer Diskriminierung und steigender Segregation (Nickel/-

Schenk 1994), oder war dies das Resultat einer gestiegenen innerfamilialen Arbeitsteilung? Für letztere These sprach, daß eine diesbezügliche Untersuchung von SOEP-Daten (Licht/Steiner 1994) ergeben hatte, daß bei einer Kontrolle nach verschiedenen Familienvariablen Geschlechtsunterschiede beim Erwerbslosigkeitsrisiko verschwanden. Unsere Ergebnisse (Tab. 4, Modell 2) bestätigen beide Thesen: Auch nach einer Kontrolle der wichtigsten Familienvariablen (Heirat, Kinder) blieb ein signifikanter "Diskriminierungsterm", wonach auch unverheiratete Frauen ohne Kinder um 28% geringere Wiederbeschäftigungschancen aufweisen als Männer. Gleichzeitig zeigt sich, daß die Wiederbeschäftigungschancen stark durch eine verstärkte innerfamiliale Arbeitsteilung beeinflußt werden. Die Wiederbeschäftigungschancen von Frauen mit kleinen Kindern reduzieren sich um 47%, während sich bei Männern mit Kindern die Chancen um 52% verbessern.

Eine genauere Analyse der indirekten Folgen einer steigenden Nicht-Vereinbarkeit von Familie und Beruf ergab, daß der auch in unserer Untersuchung feststellbare radikale Geburtenrückgang im Transformationsprozeß vorwiegend auf einen Rückgang der Erstgeburten bei der Absolventenkohorte 1990 zurückzuführen war (Sackmann u.a. 1996). Um dem Dilemma einer nichtintendierten Entscheidung zwischen Beruf und Familie zu entgehen, wählen diese Angehörigen junger Kohorten überwiegend den Weg, Familiengründungen so weit wie möglich hinauszögern.

Ergebnis 2: Im Transformationsprozeß nahm die Differenzierung der Erwerbschancen sowohl zwischen den Bildungsniveaus als auch zwischen den Geschlechtern zu. Die Ausgangsthese ist zu ergänzen durch den Sachverhalt, daß Differenzierungsprozesse nach dem Bildungsniveau primär eine Folge divergenter Entlassungsrisiken sind, während Geschlechtsdifferenzen vorwiegend durch unterschiedliche Wiederbeschäftigungschancen bedingt sind. Bei der Differenzierung von geschlechtsspezifischen Erwerbschancen handelt es sich um ein komplexes Zusammenspiel von strukturellen Faktoren und Veränderungen der innerfamilialen Arbeitsteilung, die Rückwirkungen auf Prozesse der Familienbildung haben.

4.3 Berufswechsel und Schließungsprozesse

In der Vorstudie wurde eine Zunahme von Berufswechseln im Transformationsprozeß festgestellt (Sackmann/Wingens 1994, 1996). Die Leitfragestellung in dieser Projektphase lautete, welche Bedeutung Berufswechsel und Berufskonstanz für De- und Restabilisierungsprozesse zukommen. Bei der Operationalisierung dieser Fragestellung wurden bisher drei Bereiche genauer analysiert: 1. Wird die bei deutschen Arbeitsmarktstrukturen traditionell enge Kopplung zwischen Bildungsqualifikation und Erstberuf im Transformationsprozeß aufgebrochen? 2. Nahm die Zahl von Berufswechseln und Mehrfachberufswechseln im Transformationsprozeß im Vergleich mit derartigen Mobilitätsprozessen in der späten DDR zu? 3. Gibt es einzelne Berufe, die entweder durch eine große Konstanz oder durch überproportionale Betroffenheit von Berufswechseln eine besondere Relevanz für neue sozialstrukturelle Differenzierungsprozesse aufweisen?

Kopplung zwischen Bildungsabschluß und Erstberuf: Wir gehen davon aus, daß "Berufe" primär eine Schließungsfunktion von Arbeitsmarktteilbereichen erfüllen, bei denen Zertifikaten eine zentrale Regulierungsfunktion zukommt (Sackmann/Wingens 1995; allgemein Weber 1980). Der Zugang zu Professions-, Facharbeiter- und Fachangestelltenmärkten ist im deutschen System ausdrücklich an den Besitz oder Nichtbesitz von Berufszertifikaten gekoppelt. Die zertifizierten Berufe wirken dabei in zwei Richtungen monopolisierend: Sie schließen einerseits vertikal den Zugang zu einem Berufssegment ab, d.h. der Aufstieg vom Ungelerntenarbeitsmarkt zum Professionsarbeitsmarkt ist i.d.R. ohne den Erwerb eines Zertifikates nicht möglich, andererseits fungieren Berufe auch als Schließungskriterien auf einem horizontalen Niveau gegenüber Berufen desselben Segmentes. Der Zusammenhang zwischen Bildungszertifikat und Berufsmärkten ist dabei nicht in jedem Einzelmarkt gleich eng. Tab. 5 zeigt den Verbleib im Berufsfeld von Personen im Übergang vom Bildungszertifikat zur ersten Stelle.

Es zeigt sich, daß insbesondere bei kleineren Ausbildungsgruppen der Professionsarbeitsmärkte (Berufsgruppen 9999 und 8800 der Akademiker, z.B. Lateinamerikawissenschaften) sowohl in DDR-Zeiten als auch in der Wendezeit nur ein sehr loser Zusammenhang zwischen Bildungszertifikat und Erstanstellung bestand.

Tab. 5: Berufsverbleib: Übergang vom Bildungsabschluß zur Erstanstellung

%	Beruf Akademiker	Beruf Lehrabsolventen
90-100	8400 Ärzte, n = 247 8200 Publiz., Übersetzungs-, Bibliotheks- und verwandte Berufe, n = 35	6400 Techn. Zeichner u. verwandte Berufe, n = 23 2800 Fahrzeugbau- u. -wartung, n = 62 6600 Verkaufspersonal, n = 12 9100 Hotel- und Gaststättenberufe, n = 33
80-90	8130 Juristen, n = 27	7741 Datenverarbeitungsfachleute, n = 54 2600 Installation- und Blechkonstruktion, n = 20 3900 Back- u. Konditorwarenherstellung, n = 34 1700 Druck- und Druckweiterverarbeitung, n = 21 4110 Köche, n = 28 5100 Maler, Lakierer u. verwandte Berufe, n = 8
70-80	8700 Lehrer, n = 324	2700 Maschinenbau- und -wartungsberufe, n = 28 3100 Elektroberufe, n = 85 2200 Spanende Metallverformung, n = 7 4000 Fleischer, n = 11
60-70	6100 Chemiker, Physiker, Matematiker, n = 79 6000 Ingenieure , n = 193 9999 Sonstige akademische Berufe, n = 14	3700 Fell- und Lederverarbeitung, n = 18 7800 Büroberufe, Kaufmänn. Angestellte, n = 190 9999 Sonstige Lehrberufe, n = 41* 3500 Berufe in der Textilverarbeitung, n = 21 4800 Ausbauberufe, n = 13 7400 Lagerverwalter, Lager-, Transportarbeiter, n = 32
40-50	0300 Verwalter i.d. Land- und Tierwirtschaft, n = 163 8800 Geistes- und Naturwissenschaften, a.n.g.**, n = 96	7232 Schiffsmechaniker im Decksdienst, n = 22
30-40		2500 Metall- und Anlagenbauberufe, n = 42
ges.	n = 1178	n = 831

*Zuordnung zur Gruppe der 'sonstigen Lehrberufe'/sonstigen akademischen Berufe' aufgrund zu geringer Fallzahlen; ** Abkürzung 'a.n.g.': anderweitig nicht genannte Berufe.

Demgegenüber gilt in den klassischen Professionen der Mediziner, Juristen und Lehrer eine sehr enge Kopplung zwischen Bildungszertifikat und Erstanstellung, die durch eher starre Curricula und mehrstufige Examina (z.B. Staatsexamina,

Referendariate und Approbationen) institutionalisiert ist. Damit einher geht ein hoher Konkurrenzschutz vor nichtzertifizierten Arbeitsmarktkonkurrenten. Generell zeigt ein Vergleich der Verbleibsquoten zwischen Lehrabsolventen (74%) und Hochschulabsolventen (73%), daß die strukturelle Kopplung zwischen Bildungszertifikat und Erstberuf in Deutschland sowohl für Professions- als auch für Facharbeiter- und Fachangestelltenarbeitsmärkte gilt. Bei einigen Berufen hat der durch den Transformationsprozeß induzierte Wandel der Berufsstruktur den Zusammenhang zwischen Bildungszertifikat und Erstberuf aufgebrochen: Bei den Professionsarbeitsmärkten sind hiervon insbesondere Verwalter in der Landwirtschaft betroffen gewesen, bei den Facharbeitsmärkten Berufe der Leder- und Textilverarbeitung.

Vergleich von Berufswechseln in der späten DDR und im unmittelbaren Transformationsprozeß: Während die vorausgegangenen Ausführungen sich auf den unmittelbaren Übergang in die erste Erwerbstätigkeit bezogen, werden nun alle Berufswechsel in den ersten vier Berufsjahren nach berufsqualifizierendem Abschluß untersucht. Das hier vorgestellte Berufswechselmodell zur Berechnung beruflicher Wechselprozesse basiert auf der von Bernd Wegener (1985, 1988) konstruierten Berufsprestigeskala. Der MPS-Score dient nur zur Indizierung von Berufswechseln mit beruflichen Prestigeverlusten und -gewinnen, damit stehen Berufswechselprozesse und damit verbunden die Frage des Statuserhalts im Vordergrund und nicht Fragen der sozialen Mobilität im allgemeinen Sinn. Es geht um durch Berufswechsel induzierte Positionsverluste ($< -5\% \text{ MPS}$) und Gewinne ($> +5\% \text{ MPS}$), die als Differenz vom Abschlußscore zu allen im Zeitraum von vier Jahren nach Bildungsabschluß anfallenden weiteren beruflichen Positionen gemessen werden. Der Ausbildungsabschluß ist die Ausgangsbasis des Modells. Die Beibehaltung des Prestigescores über den Episodenverlauf hinweg bedeutet Konstanz, Positionsverluste und -gewinne weisen auf Berufswechselprozesse hin. Das Modell erlaubt die Modellierung mehrfacher Berufswechsel. Abb. 1 zeigt in einem Fließdiagramm die Anzahl der ersten zwei Berufswechsel der beiden Kohorten.

Abb. 1 zeigt generell eine Abnahme von Berufskonstanz im Transformationsprozeß. Während bei der Abschlußkohorte 1985 vier Jahre nach dem Bildungsabschluß noch 61% der Befragten in ihrem Ausbildungsbereich arbeiteten, waren es bei

der Kohorte 1990 nur 51% der Befragten. Die Zunahme von prestigerelevanten Berufswechseln im Transformationsprozeß war besonders ausgeprägt bei der Anzahl mehrmaliger Berufswechsel: Während in den späten DDR-Zeiten über 70% der einmaligen Berufswechsler in ihrem neuen Beruf verblieben (72% nach einem Aufstieg, 78% nach einem Abstieg), waren es bei den Berufswechslern der Kohorte 1990 nur mehr 63% nach einem Aufstieg und 57% nach einem Abstieg. Insgesamt hat also jeder fünfte Absolvent des Abschlußjahres 1990 innerhalb von nur vier Jahren mindestens zweimal markant den Beruf gewechselt, während es bei der Abschlußkohorte 1985 nur jeder zehnte war.

Abb. 1: Berufswechsel mit Prestigegegewinn oder Prestigeverlust in den ersten vier Berufsjahren

Basis	1. Wechsel	2. Wechsel	Basis	1. Wechsel	2. Wechsel
Kohorte 1985			Kohorte 1990		
	11 [5,8%]			11 [12,5%]	
1 [18,8%]	1 [71,7%]		1 [22,1%]	1 [63,0%]	
	13 [22,5%]			13 [24,5%]	
2 [920]	2 [60,8%]		2 [1089]	2 [50,9%]	
	31 [18,0%]			31 [33,0%]	
3 [20,4%]	3 [77,7%]		3 [27,0%]	3 [57,5%]	
	33 [4,3%]			33 [9,5%]	

Erläuterung: 1 = Prestigegegewinn, 2 = Berufskonstanz, 3 = Prestigeverlust, 11 = zweimaliger Prestigegegewinn, 13 = Prestigeverlust nach Prestigegegewinn, 31 = Prestigegegewinn nach Prestigeverlust, 33 = zweimaliger Prestigeverlust

Ergebnis 3: Die Zahl der Personen, die einen prestigerelevanten Berufswechsel vorgenommen haben, ist im Transformationsprozeß deutlich angestiegen. Die Zahl mehrfacher Berufswechsel innerhalb der ersten Berufsjahre hat sich verdoppelt. Diese Daten zeigen, daß ein nicht unerheblicher Teil berufsstrukturellen Wandels während des Transformationsprozesses in der Form intragenerationaler Mobilität vorgenommen wurde.

Multivariate Analysen zu prestigerelevanten Berufswechseln: Welche Determinanten befinden nun darüber, ob Berufswechselprozesse mit Prestigegegewinnen oder Verlusten einhergehen? Zur Klärung dieser Frage werden mit Hilfe eines "piecewise constant" Exponentialmodells sowohl die Unterschiede von Übergangsraten in den verschiedenen Zeitperioden als auch der Einfluß spezifischer Einflußgrößen wie z.B. Kohortenzugehörigkeit, Ausbildungsabschluß, Geschlecht, Verbleibsquoten und Fächer- und Berufsgruppen modelliert.

Tab. 6 und 7 zeigen die Ergebnisse einer entsprechenden Ereignisanalyse für das Ereignis eines ersten Berufswechsels mit Prestigeverlust bzw. Prestigegegewinn. Die allen Modellen zugrunde liegende Annahme der Zeitabhängigkeit wird durch die signifikant sinkenden Übergangsraten für Ab- und Aufstiege bestätigt. Demnach waren die Wahrscheinlichkeiten für Berufswechsel mit Prestigeverlusten bzw. -gewinnen innerhalb der ersten 13 Monate am höchsten und sanken von der zweiten bis vierten Zeitperiode merklich ab.

Berufliche Wechselprozesse in Verbindung mit Prestigeverschiebungen konzentrieren sich demnach auf die ersten Monate und Jahre nach Erwerbseintritt. Die signifikanten Effekte der Kohortenzugehörigkeit in allen Modellen belegen den Anstieg von Berufswechseln im Transformationsprozeß. Berufswechsel in den ersten vier Berufsjahren, die mit Prestigeverlusten verbunden waren, waren in der späten DDR (Kohorte 1985) um ca. ein Drittel unwahrscheinlicher als im unmittelbaren Transformationsprozeß (Kohorte 1990, Referenzgruppe). Entsprechende Berufswechsel mit Prestigegegewinnen waren bei der Kohorte 1985 um 20% unwahrscheinlicher. Insgesamt bestätigen die Ergebnisse die These einer größeren Sicherheit (vor Abstiegen) in der späten DDR, einhergehend mit einem geringeren Mobilitätsspielraum nach oben und unten durch Berufswechselprozesse.

Tab. 6: Berufswechsel mit Prestigeverlusten während der ersten vier Berufsjahre

	Modell 1	Modell 2
Übergangsrate 0-13 Monate nach Abschluß	0.027**	0.188**
Übergangsrate 13-26 Monate nach Abschluß	0.004**	0.030**
Übergangsrate 26-39 Monate nach Abschluß	0.003**	0.023**
Übergangsrate 39-48 Monate nach Abschluß	0.002**	0.012**
Kohorte (1985)	-29%**	-35%**
Geschlecht (Mann)	n.s.	-23%*
Bildungsabschluß (Lehre)	n.s.	
Schließungsgrad des Berufs (in %)		-3%**
Fachgruppe: Sozialwissenschaften		+264%**
Fachgruppe: Geisteswissenschaften		n.s.
Fachgruppe: Naturwissenschaften		+59%**
Fachgruppe: Agrarwissenschaften		n.s.
Fachgruppe: Mediziner		Referenzgruppe
Berufsgruppe: Konsumgüterherstellung		n.s.
Berufsgruppe: Maschinenbau		n.s.
Berufsgruppe: Verwaltung		n.s.
Berufsgruppe: Sonst. Dienstleistungen		n.s.
Log-likelihood final estimates	-4718.13	-4423.04
Anzahl der Episoden/Personen	2009	2009
davon Übergänge in Abstiegspositionen	482	482

**= signifikant auf 1%-Niveau * = signifikant auf 5%-Niveau n.s.= nicht signifikant

Männer wechseln seltener als Frauen ihren Beruf. Tab. 6, Modell 2, verdeutlicht, daß Frauen auch bei einer Kontrolle nach Berufsgruppenzugehörigkeit häufiger einen Berufswechsel mit Prestigeverlust hinnehmen müssen. Damit wird die faktische Problematik für das weibliche Erwerbspotential auf dem Ost-Arbeitsmarkt unterstrichen.

Die höhere Wahrscheinlichkeit eines Berufswechsels mit Prestigegegewinn von Frauen ist demgegenüber, wie man in Tab. 7, Modell 2 sieht, weitgehend eine Folge der höheren Aufstiegswahrscheinlichkeit in Fachangestelltenberufen des Verwaltungsbereiches, die überproportional von Frauen besetzt sind. Inwieweit hierin auch eine Begünstigung durch einen Bedeutungszuwachs des Dienstleistungssek-

tors im Transformationsprozeß zum Tragen kommt, wird noch genauer zu untersuchen sein.

Tab. 7: Berufswechsel mit Prestigegewinnen während der ersten vier Berufsjahre

	Modell 1	Modell 2
Übergangsrate 0-13 Monate nach Abschluß	0.010**	1.228
Übergangsrate 13-26 Monate nach Abschluß	0.002**	0.243**
Übergangsrate 26-39 Monate nach Abschluß	0.002**	0.227**
Übergangsrate 39-48 Monate nach Abschluß	0.001**	0.182**
Kohorte (1985)	-20%*	-25%**
Geschlecht (Mann)	-35%**	n.s.
Bildungsabschluß (Lehre)	+339%**	
Schließungsgrad des Berufs (in %)		-2%**
Fachgruppe: Sozialwissenschaften		+210%**
Fachgruppe: Geisteswissenschaften		n.s.
Fachgruppe: Naturwissenschaften		n.s.
Fachgruppe: Agrarwissenschaften		+80%**
Fachgruppe: Mediziner		n.s.
Berufsgruppe: Konsumgüterherstellung		Referenzgruppe
Berufsgruppe: Maschinenbau		-32%*
Berufsgruppe: Verwaltung		+337%**
Berufsgruppe: Sonst. Dienstleistungen		n.s.
Log-likelihood final estimates	-4718.13	-4423.04
Anzahl der Episoden/Personen	2009	2009
davon Übergänge in Aufstiegspositionen	414	414

**= signifikant auf 1%-Niveau * = signifikant auf 5%-Niveau n.s.= nicht signifikant

Bei den Berufswechseln mit Prestigeverlusten läßt sich ein Zusammenhang zwischen Abstiegsrisiko und Qualifikationsniveau nicht nachweisen (Modell 1). Bei den Berufswechseln mit Prestigegegewinnen weist der hochsignifikante Effekt bei den Lehrabsolventen (um +339%) in dem Modell 1 auf eine wesentlich höhere Aufstiegswahrscheinlichkeit hin. Bei diesem Effekt handelt es sich allerdings z.T. um ein Artefakt, das auf die in der Regel niedrigeren Prestigeausgangspositionen von Lehrabsolventen gegenüber Hochschulabsolventen ('Pyramidenimperativ') zurückzuführen ist. Zusätzlich kommen hier die Prestigegegewinne von Lehrabsol-

venten zum Ausdruck, die an ihre Lehre ein Studium angeschlossen haben. Dieser Zusammenhang ist noch genauer in seiner Selektionswirkung zu untersuchen.

Die multivariaten Analysen zu Berufswechseln belegen Unterschiede zwischen einzelnen Berufsgruppen in Bezug auf ihre Berufskonstanz. Mediziner und Geisteswissenschaftler (überwiegend Lehrer) zeichnen sich durch eine hohe Berufskonstanz aus. Berufswechsel mit Prestigeverlusten betreffen überproportional häufig Sozialwissenschaftler (+264%) und Naturwissenschaftler (+59%). Berufswechsel mit Prestigegegewinnen sind im Facharbeiter- und Fachangestelltensegment insbesondere bei Verwaltungsberufen zu finden.

Dabei ist noch genauer zu überprüfen, ob es sich hier um innerbetriebliche Aufstiege handelt, die eine Folge der relativ guten Situation des Dienstleistungssektors sind, oder ob in diesem Berufssegment besonders bildungsinteressierte Gruppen vertreten sind, die überproportional häufig über ein Studium nach der Lehre einen Berufswechsel mit Prestigegegewinn vornehmen. Bei den Professionsarbeitsmärkten sind Sozialwissenschaftler (+210%) und Agrarwissenschaftler (+80%) die beiden Berufsgruppen, die häufiger Berufswechsel mit Prestigegegewinnen vornehmen. Sozialwissenschaftler zeichnen sich, wie die ebenfalls hohen Raten von Berufswechseln mit Prestigeverlust zeigen, durch eine geringe Berufskonstanz aus, die ein Ergebnis einer sehr losen Kopplung von Bildungsabschluß und Berufsfeld ist. Agrarwissenschaftler gehören zu den am stärksten vom Strukturwandel des Transformationsprozesses betroffenen Berufsgruppen. Trotz der höchsten Akademikerarbeitslosigkeitsraten in dieser Gruppe zeigen die Daten zur Bewertung stattgefunder Berufswechsel, daß zumindestens bei der jüngeren Kohorte 1990 der Strukturwandel auch Aufstiegschancen für diese Berufsgruppe bot. Berufswechsler gehören also nicht in allen Berufssegmenten zu den "Verlierern" der Wende.

Ergebnis 4: Die Zunahme der Zahl der Berufswechsler im Transformationsprozeß führt zu neuen Differenzierungen zwischen Berufsgruppen. Es lassen sich konstante Berufsgruppen (Ärzte, Lehrer) von Berufsgruppen mit hohen Wechselraten unterscheiden. Professionsarbeitsmärkte zeichnen sich durch eine bezüglich der Richtung der Berufswechsel hohe Heterogenität aus: Einige Berufsgruppen sind nach beiden Richtungen wenig abgeschlossen (Sozialwissen-

schaftler), andere abstiegsbedroht (Naturwissenschaftler), andere scheinen überproportionale Aufstiegschancen (Agrarwissenschaftler) durch Berufswechsel zu haben.

4.4 Bewältigungsverhalten

Korrelat der Destabilisierung beruflicher Verläufe ist auf der subjektiven Seite eine berufsbiographische Diskontinuität. Ihre Verarbeitung und ebenso der "Rückgewinn" berufsbiographischer Kontinuität bedarf der Entwicklung von Bewältigungsstrategien. Die im folgenden zugrunde gelegten qualitativen Daten, im Paneldesign erhoben, ermöglichen uns, Zukunftserwartungen und Zielvorstellungen zusammen mit erlebten Ereignissen zu analysieren und so dem zeitabhängigen Wechselprozeß individueller und struktureller Ursachen von Verläufen nachzugehen.

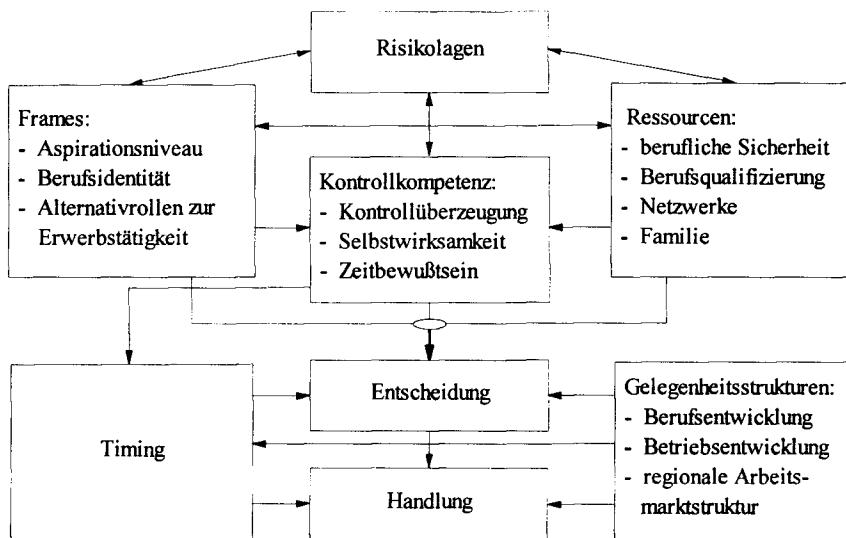
Die Gestaltung berufsbiographischer Kontinuität erfolgt auf Seiten der Akteure auf der Basis von Deutungen und Kenntnissen über die Arbeitsmarktlage. Der Rückgang von Arbeitsplätzen, massenhafte Qualifikationsentwertung und zunehmende Geschlechterdiskriminierung verdeutlichen gegenwärtige Risikolagen, die den beruflichen Handlungsräum von Individuen beeinflussen. Es sind jedoch die Akteure selbst, die vor dem Hintergrund ihrer a) Frames und b) Ressourcen den beruflichen Handlungsräum ausdeuten und c) Kontrollkompetenzen erhalten oder modifizieren.

Ausgehend von diesen allgemeinen Überlegungen verdeutlicht das folgende Modell die Dimensionen des Bewältigungsverhaltens der Befragten (Abb. 2). In seinen spezifischen Ausprägungen ist es das Ergebnis rekursiver Auswertungsschritte am qualitativen Material.

Frames sind Ausdruck der Wahrnehmung und Konzipierung individueller Handlungsspielräume bei der Bewältigung von Risikolagen. Sie definieren die "Relevanzstruktur" einer jeweiligen Situation, indem Alternativziele zu Gunsten einer Festlegung auf einen bestimmten Handlungsspielraum ausgeblendet werden. Damit sind sie "Vereinfachungen in der vom Akteur zu berücksichtigenden Zielstruktur" (Esser 1991: 238; Esser 1990: 259, Lindenberg 1989: 195) oder in

Goffmans Verständnis: Interpretationsmuster zur Organisation und Planung von Handlungen (Goffman 1974: 21).

Abb. 2: Berufsbiographisches Bewältigungsmodell



Im Transformationsprozeß stabilisiert der *Frame* einer starken Erwerbsorientierung das Bewältigungshandeln nicht nur bei jenen, die - wie Diplomchemiker - vergleichsweise bruchlos an ihren Qualifikations- und Berufsverlauf anknüpfen konnten, sondern auch bei jenen, die stärkere Friktionen zu bewältigen hatten. Alle Interviewten richten ihre Bewältigungstechniken in erster Linie auf die Herstellung von beruflicher Sicherheit und Stabilität aus. Dieses Ziel gilt als Garant für eine sichere Lebensperspektive. Dabei besteht bei der Mehrzahl der Befragten auch fünf Jahre nach der Wende Verunsicherung über die eigene berufliche Zukunft. Dies hat Folgen für die Ausbildung von Planungshorizonten in allen Lebensbereichen. Bis auf Diplomchemiker, die ungebrochen und zum Teil ohne Arbeitgeberwechsel einen beruflichen Anschluß fanden, thematisieren die Befragten kurzfristige konkrete Zielstellungen. Es ist die Sicherung der aktuellen Existenz, die wiederum mit Ausnahme der genannten Akademiker für die Befragten im Vordergrund

steht, und so wird mit der ausgeübten neuen Tätigkeit (noch) keine berufliche Identität, sondern eine "Job-Mentalität" verknüpft. Darüber hinaus weicht das vor der "Wende" bestehende Parallelmodell Familie *und* Berufseinstieg (Sackmann u.a. 1996) einem - aus dem Westen bekannten - zeitlichen Abfolgemodell Familie *nach* Berufseinstieg. Erst in wenigen Fällen, in denen in der Zeit nach 1991 zweite und dritte Kinder geboren wurden, finden sich bei Frauen Andeutungen eines Alternativrollenmodells einer Hausfrauen- und Familienrolle (Offe/Hinrichs 1977). Eine als leidvoll empfundene Chancenlosigkeit eines Wiedereintritts in Erwerbstätigkeit wird bei dieser kleinen Gruppe von Frauen durch Orientierung auf die Familie kompensiert. Doch auch in dieser Gruppe wird weiterhin versucht, eine Tätigkeit aufzunehmen.

Frames stehen in einem Spannungsverhältnis zu berufsbiographischen Ressourcen. *Ressourcen* definieren wir in Anlehnung an Bourdieu (1983) und Coleman (1989) als individuell verfügbare Kapitalien. Unser Blick richtete sich auf ökonomische, soziale und kulturelle Merkmale der Befragten, die von jenen im Laufe des Lebens angeeignet und zur Entscheidungsumsetzung aktiviert wurden.

Im Transformationsprozeß sichert vorrangig die Ressource Beruf einen Zugang zu schutz- und stabilitätsgenerierenden Beschäftigungssegmenten. Nur im Fall der Profession Chemie erweist sich der Beruf als unmittelbar anschlußfähiges Leitsegment zwischen dem Ausbildungs- und Berufssystem der DDR und dem der Bundesrepublik. In den anderen Fällen bietet der erlernte Beruf diese Option nicht. Nach der "Entry-job-These" (Müller 1978; Blossfeld 1989, 1990) wäre nun zu erwarten gewesen, daß der berufliche Verlauf der Personen, die ihren Berufseintritt 1985 unter günstigen Bedingungen vollzogen hatten, gesicherter und problemloser sein würde, als bei der Kohorte 1990, die in Umbruchzeiten in den Arbeitsmarkt eintritt. Auch nach fünf Jahren deutsch-deutscher Vereinigung ist eine verlaufs-prägende Wirkung des Entry-jobs noch nicht festzustellen. Der Transformationsprozeß führte zunächst zu einer nachhaltigen und kohortenübergreifenden Destabilisierung beruflicher Verläufe. Für die qualitativ befragte und analysierte Teilpopulation gilt daher, daß beinahe ausschließlich über den Weg einer neuen berufsfachlichen Ausbildung Zugang zu vergleichsweise schutz- und stabilitätsgenerierenden Beschäftigungssegmenten erlangt werden kann.

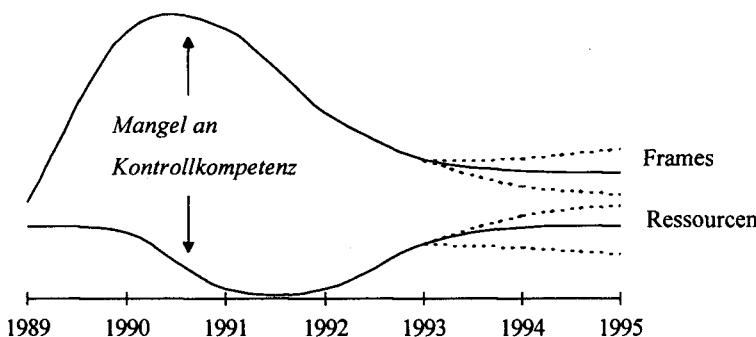
Die meisten Facharbeiter und Agrarwissenschaftler unseres Samples waren nach der Wende gezwungen, einen beruflichen Neuanfang zu suchen. Sehr aktiv, und unter Einbezug von (Informations-)Netzwerken, die im Verlauf des Transformationsprozesses zunehmend gezielter eingesetzt werden, versucht diese Gruppe, einen schnellen beruflichen Neuanschluß zu finden. Diejenigen, die frühzeitig eine berufsfachliche Neuqualifizierung eingingen, konnten sich in einem berufsfachlichen Arbeitsmarkt plazieren. Alle anderen Lehrabsolventen sowie Agrarwissenschaftler weisen in ihren beruflichen Verläufen kurzfristige Wechsel zwischen Arbeitslosigkeit, Fortbildung und Erwerbstätigkeit in einem "Jedermannarbeitsmarkt" auf.

Kontrollkompetenzen stellen als Verstärkerquelle ein Verbindungsselement zwischen Frames und Ressourcen dar (zur beruflichen Dimensionen von Kontrollkompetenz: Blaschke 1987; Hohner 1987; Hohner/Hoff 1992). Kontrollkompetenzen kennzeichnen dabei charakteristische Vorstellungen, die Personen zu Autonomie und Heteronomie im eigenen Leben und generell mit Blick auf eigenes Handeln entwickelt haben und weiterentwickeln werden (Hohner/Hoff 1992; Hoff/Lempert/Lappe 1991). Drei Dimensionen von Kontrollkompetenz haben wir voneinander unterschieden: 1. Kontrollüberzeugung (Krampen 1979, 1982) als Streben nach Kontrolle über die Umwelt, 2. Selbstwirksamkeit (Jerusalem/Schwarzer 1986; Bandura 1977, 1982), als Erfahrung von Effizienz in dem Bemühen nach Kontrolle und 3. Zeitbewußtsein (Jugend 1981) als Erfahrungshorizont des eigenen Handels.

Die meisten Befragten zeigten eine weitgehend ungebrochene interne Kontrollüberzeugung. Nur in der ereignisreichen Umbruchzeit kurz nach der Wende stellten sie externe Momente ihrer Kontrollüberzeugung (wie Glück und Zufall) in den Vordergrund. Bei den Personen, die bis zur Gegenwart eine instabile berufliche Karriere aufweisen, fanden wir dauerhaft kein internales Kontrollbewußtsein sowie Indikatoren einer mangelnden Selbstwirksamkeit und eines besonders deutlich an der Gegenwart orientierten Zeitverständnisses. Bei den meisten anderen bietet die erworbene Ausbildung eine Grundlage für Selbstwirksamkeit. So betonen die erfolgreichen Diplomchemiker ihre gute fachliche Ausbildung und die Umschüler verweisen, wenn sie nach der Qualifizierung einen erfolgreichen Anschluß fanden, auf ihr eingebrachtes und neu erworbenes Wissen.

Ergebnis 5: Frames, Ressourcen und Kontrollkompetenzen variieren in ihren Ausprägungen und gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnissen im Verlauf des Transformationsprozesses.

Abb. 3: Frames, Ressourcen und Kontrollkompetenz im zeitlichen Verlauf



Wie in Abb. 3 typisierend dargestellt, gelingt es im Verlauf des Transformationsprozesses den meisten Befragten, über die Mobilisierung von Kontrollkompetenzen im Zusammenhang mit einer Stabilisierung des Erwerbsverlaufes und einer Beschränkung von Frames auf berufliche Sicherung ihre Berufsbiographie kontrolliert zu bewältigen. Nach der "Wende" im Herbst 1989 steigt zunächst vor allem das Aspirationsniveau, während für eine Veränderung des beruflichen Selbstbildes kein Anlaß besteht. Mit der Währungsunion und der Vereinigung 1990 sinkt für viele die Verwertbarkeit der eigenen Ressourcen, die zunächst hochfliegenden Lebenspläne werden nach unten hin revidiert. Mit der Zeit konnten die Ressourcen den neuen Anforderungen in Beruf und Leben angepaßt werden bzw. erhöhten sich einzelne Ressourcen wie etwa Löhne und berufliche Sicherheit, und es kommt zu einer kontrollierteren und realistischeren Abstimmung zwischen Wünschen, Vorstellungen und Selbstbildern auf der einen und Ressourcen auf der anderen Seite.

Ergebnis 6: Insbesondere das Timing von Entscheidungen, also die frühzeitige, kontrollierte und realistische Abstimmung zwischen Frames und Ressourcen lenkt den weiteren Lebensverlauf. Den Befragten gelang es, eine realistische Startposition zur Wiedererlangung oder Fortsetzung beruflicher Kontinuität einzunehmen, wenn sie berufsbiographische Weichenstellungen frühzeitig und konsequent einleiteten (Diewald/Solga 1996). Ein "richtiges" Timing ist abhängig von dem Gehalt der Informationen über Gelegenheitsstrukturen wie auch von der Fähigkeit, eine realistische Vorstellung des Verhältnisses von Frames und Ressourcen entwickelt zu haben. Im Transformationsprozeß öffneten sich früh und kurzfristig „Fenster der Gelegenheit“ auf die schnell reagiert werden mußte. Personen, denen ein rechtzeitiges Timing beruflicher Entscheidungen nicht gelang, hatten große Schwierigkeiten, berufliche Diskontinuitäten zu bewältigen. Timing stellt also eine zentrale Dimension von berufsbiographischem Bewältigungshandeln im Transformationsprozeß dar.

5. Außenaktivitäten

5.1 Vorträge u.a.

"Individuelle und gesellschaftliche Strukturierung beruflicher Diskontinuität" bei der Jahrestagung der Sektion Biographieforschung der DGS. Mainz, September 1993 (Sackmann)

"Competing Generations in the Labour Market" beim Weltkongreß für Soziologie. Bielefeld, Juli 1994 (Sackmann)

"Berufsverläufe im Transformationsprozeß" bei der Jahrestagung der Sektion Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse der DGS. Berlin, September 1994 (Sackmann)

"Alter" - vormoderne Gesellschaftstrukturierung oder Element der Rationalisierung auf dem Weg zur Moderne?" bei den 3. Freiburger Arbeitstagen für Soziologie, Oktober 1994 (Sackmann)

"Bildungsforschung. Soziologische, ökonomische und politische Perspektiven" beim 27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Halle, April 1995 (Weymann)

"Konkurrierende Generationen auf dem Arbeitsmarkt" beim 27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Halle, April 1995 (Sackmann)

"Berufsverläufe im Transformationsprozeß. Zeitliche Dynamik, individuelle Reaktionen und Restrukturierungen sozialer Ungleichheit" beim 4. Symposium des Sfb 186. Bremen, September 1995 (Sackmann)

"From GDR to FRG: Transformation Processes and Social Differentiation in the East-German Labour Market" bei der "Cambridge Social Stratification Conference". Cambridge, September 1995 (Wingens)

"From Education to Employment. Vocational Careers in the Transition Process of East Germany" bei der Tagung "Passages between Education and Employment in a Comparative Perspective". Toronto, April 1996 (Weymann)

"Beruf und Familie im Transformationsprozeß" beim Kolloquium des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung. Berlin, Juni 1996 (Weymann u.a.)

5.2 Beitrag zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit

Organisation der internationalen Tagung "Biography and Society" im April 1993 in Bremen, die gemeinsam von den Sektionen "Soziologische Theorie" und "Biographieforschung" der DGS und dem Sfb 186 veranstaltet wurde (Weymann/Heinz).

Es wurden Kontakte zu WissenschaftlerInnen aufgebaut, die ähnlichen Fragestellungen nachgehen. Kontinuierliche Fachkontakte bestehen

- zum ISOR, Utrecht (H.A. Becker)
- zum Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin (K.U. Mayer u.a.)
- zum Wissenschaftlichen Zentrum für Berufs- und Hochschulforschung, Kassel (U. Teichler)
- zur Außenstelle des DJI, Leipzig (Th. Gericke)

6. Publikationen

6.1 Veröffentlichungen (laufende Berichtsperiode)

- Sackmann, R.; Wingens, M. (1994): Berufsverläufe von DDR-Hochschulabsolventen nach der "Wende". Zur Verbleibsforschung im Transformationsprozeß. In: Das Hochschulwesen, 42: 23-31
- Sackmann, R.; Wingens, M. (1995): Individuelle und gesellschaftliche Strukturierung beruflicher Kontinuität. In: Hoerning, E.M.; Corsten, M. (Hrsg.): Institution und Biographie. Die Ordnung des Lebens. Pfaffenweiler. 113-130.
- Sackmann, R.; Wingens, M. (1996): Berufsverläufe im Transformationsprozeß. In: Diewald, M.; Mayer, K.U. (Hrsg.): Zwischenbilanz der Wiedervereinigung. Opladen. 11-32.
- Weymann, A. (1994): Altersgruppensoziologie. Altersgruppen, Kohorten und Generationen. In: Kerber, H.; Schmieder, A. (Hrsg.): Spezielle Soziologien. Reinbek. 344-362.
- Weymann, A. (1995): Bildungsforschung - Soziologische, ökonomische und sozialpolitische Perspektiven. In: Sahner, H.; Schwendtner, S. (Hrsg.): Gesellschaften im Umbruch. Bd. II. Opladen. 22-25.
- Weymann, A. (1995): Modernisierung, Generationsverhältnisse und die Ökonomie der Lebenszeit. In: Soziale Welt, 46: 369-384.
- Weymann, A. (1996): Interrelating Society and Biography: Discourse, Market and the Welfare State's Live Course Policy. In: Heinz, W.; Weyman, A. (eds.) (1996): Society and Biography. Weinheim.
- Weymann, A. (1996): Interaktion und Sozialstruktur. In: Joas, H. (Hrsg.): Soziologie. Ein Textbuch. Frankfurt/M.
- Weymann, A. (1996): Interpretative Soziologie. In: Weiß, J. (Hrsg.): Soziologische Theorien. Weinheim.
- Weymann, A. (1996): Modernization, Generational Relations and the Economy of Life Time. In: International Journal of Sociology and Social Policy, 16: 37-57.
- Weymann, A.; Rasztar, M.; Sackmann, R. (1997): From Education to Employment. Vocational Careers in the Transition Process in East Germany. Erscheint in: Journal of International Comparative Sociology.

6.2 Arbeitspapiere

- Rasztar, M.; Sackmann, R.; Tempel, G. (1995): Feldbericht. Ms. Bremen
- Sackmann, R.; Wingens, M. (1994): Berufsverläufe ostdeutscher Hochschulabsolventen. Teil I. Arbeitspapiere 27 des Sfb 186. Bremen
- Sackmann, R.; Wingens, M. (1994): Berufsverläufe ostdeutscher Hochschulabsolventen. Teil II. Arbeitspapiere 28 des Sfb 186. Bremen
- Sackmann, R. u.a. (1996): Die Dynamik von Erwerbslosigkeit und Geburtenrückgang bei jungen Erwachsenen im Transformationsprozeß. Arbeitspapier Nr. 34 des Sfb 186. Bremen
- Struck-Möbbeck, O. u.a. (1996): Gestaltung berufsbiographischer Diskontinuität. Arbeitspapier Nr. 38 des Sfb 186. Bremen

Projektbereich B

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts B1

Thema: "Statuspassagengestaltung und intergenerationales Erbe. Zum Wandel der Sequenzmuster zwischen Erwerbsarbeit und Familie im Generationentransfer"

Beteiligte Wissenschaftler/innen:

Prof. Dr. Helga Krüger	(GA) Projektleiterin
Dr. Claudia Born	(GA)
Dr. Gudrun Braemer	(EA)
Dipl. Soz. Christian Erzberger	(EA)

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Kenntnisstand zu Beginn des Projektes und Ausgangsfragestellung
3. Anlage der Untersuchung und methodisches Vorgehen
 - 3.1 Teilerhebung A (quantitative Ebene)
 - 3.2 Teilerhebung B (qualitative Ebene)
 - 3.3 Forschungsdesign und Auswertungsebenen im Überblick
4. Darstellung und Diskussion der Ergebnisse
 - 4.1 Die Analyse quantitativer Daten
Lebensformen von Eltern- und Kindergeneration
 - 4.2 Auswertung qualitativer Daten
 - 4.2.1 Der Blick der Kinder
 - 4.2.2 Lebensführungen der Geschlechter im Generationenabstand
 - 4.2.3 Resümee: Lebensform und Lebensführung; bei aller Ähnlichkeit, doch ganz anders - oder bei allen Unterschieden, doch ähnlich
 5. Publikationen und Fachkontakte
 - 5.1 Veröffentlichungen im Berichtszeitraum
 - 5.2 Außenaktivitäten und Fachkontakte

1. Zusammenfassung

Im Mittelpunkt des dritten B1- Projektes stand das Verhältnis von Generation und Familientradition in Prozessen des Wandels der Lebensführungen der Geschlechter. Empirische Basis war die Verknüpfung von quantitativ und qualitativ erhobenen Daten aus den beiden Vorläuferprojekten zum Lebensverlauf von im Verrentungsalter stehenden Paaren mit denen zur Lebensführung ihrer zum Befragungszeitpunkt zwischen 30- bis 40jährigen Söhne/Töchter. Mit der Analyse von familiinternen und -externen Effekten im generationalen Wandel wurde eine für die Familien-, Generationen- und Geschlechterforschung unübliche Perspektive gewählt: Es ging um das Ausmaß an und die Verarbeitung von Ähnlichkeit/Differenz in der Gestaltung von Familie und Erwerbsarbeit zwischen beiden Generationen/Geschlechtern auf dem Hintergrund gemeinsamer innerfamilialer Erfahrung.

Die Ergebnisse bestätigen intergenerational die aufgrund der Forschungslage zum institutionalen Wandel vermutete hohe Differenz in der Lebenslaufgestaltung beider Geschlechter zu der ihrer Eltern. Jedoch zeigen die Daten für die Einschätzung des sozialen Wandels vier weitreichende Ergebnisse:

- a) Einerseits: Standardisiert erhobene Lebensverlaufsdaten signalisieren sehr viel mehr Differenz zwischen Generation und Geschlecht als nach genauerer Betrachtung aufrechtzuerhalten ist. Die bisher zugrundegelegten Vergleichszeitspannen verdecken die - wenn auch viel später einsetzende und (fast) ausschließlich durch ein Ereignis (die Geburt von Kindern) ausgelöste - Traditionalisierung/Angleichung der Lebensläufe an die der Eltern.
- b) Andererseits: Der größte Veränderungsprozeß hat sich (in Lebensverlaufsdaten nicht sichtbar) auf der Linie Väter - Söhne, nicht der Mütter - Töchter vollzogen. Die jungen Männer haben im Vergleich zum ausschließlich Ernährerrollenverlauf ihrer Väter einen erheblichen Modernisierungsrückstand aufgeholt, während die Töchter den bereits von den Müttern eingeleiteten Modernisierungsprozeß fortsetzen.
- c) Wahrnehmung und Problematisierung der elterlichen Lebensführungen differieren zwischen Söhnen und Töchtern nicht: Mütterliche Erwerbstätigkeit hat für beide Geschlechter Ermutigungscharakter für die eigene Gestaltung familialer Beziehungen; die Begrenzung auf die männliche Erwerbskarriere der Vätergeneration erscheint Töchtern wie Söhnen als unzureichend. Die Annahme, daß klassisch normalfamiliale Familiensführungen die Bereitschaft zur Eheschließung bei den Jüngeren fördere, ist zurückzuweisen.

d) Nicht die Bildungsexpansion (als v.a. für Frauen relevante institutionale Ebene), sondern die Bewertung der elterlichen Lebensgestaltung führt zur Innovation im Geschlechterverhältnis. Daß sich nun aus Sicht **beider** Geschlechter neue familiale Gestaltungsversuche an den Grenzen von geschlechtsspezifischer Arbeitsmarktstruktur und öffentlicher Kinderversorgung brechen, ändert zugleich die Muster der 'Schulduweisung' bei Nichtrealisierbarkeit geplanter Lebensführung: nicht so sehr der Partner wird, wie in der Elterngeneration, als 'innovationsresistent' ausgemacht, sondern die Traditionalisierungseffekte von Institutionenpolitiken für das Familienleben. Die intragenerational wirkenden externen Institutioneneffekte verstärken die Labilisierung von Familie für die Jüngeren, wiewohl diese die in der älteren Generation wirkenden Spannungen in neue Modelle der Geschlechterbeziehung umgesetzt haben.

2. Kenntnisstand zu Beginn des Projektes und Ausgangsfragestellung

Während sich in den USA familiengesellschaftliche Fragestellungen sehr rasch auf die Betrachtung innerfamilialer Beziehungen zwischen drei Generationen ausgeweitet haben (Rossi/Rossi 1990), mehren sich seit Antragstellung für dieses Projekt in Deutschland Studien zum innerfamilialen Transfer zwischen erwachsenen Kindern und ihren älter werdenden Eltern. Der in diesem Projekt gewählte Fokus ist ein gänzlich anderer. 'Familie' stand weder hinsichtlich (früh-)kindlicher Sozialisationsprozesse, noch intergenerationaler Versorgungsleistungen (Familientransfer) im Mittelpunkt, sondern im Kontext seiner Bedeutung für die Integration der Geschlechter in Familie und Arbeitsmarkt im aktiven Erwachsenenalter. Inhaltlich eingebettet in den Zyklus der B1-Projekte, deren Forschungsarbeiten dem Wandel familialer Lebensführungen gilt, ging es darum, das Verhältnis von externem Wandel in den lebenslaufgestaltenden Institutionen und der Verarbeitung von Erfahrungen mit der elterlichen Lebensführung genauer zu sondieren, bei wiederum zentraler Berücksichtigung der Kategorie Geschlecht.

Es bedeutete dies auch, die über kontinuierlich angelegte Forschungsprojekte gegebenen Chancen des Zugangs zu jenen im Erwachsenenalter stehenden Kindern zu nutzen, deren Eltern in den Vorläuferprojekten untersucht worden waren. Diese Eltern sind und verstehen sich selbst als Nachkriegsgeneration mit sich reetablierender normalfamilialer Geschlechterbeziehung unter arbeitsmarktkonjunkturell günstigsten Bedingungen.

Unter dem generationalen Aspekt galt es zunächst zu klären, ob sich die im mittleren Erwachsenenalter stehenden Söhne/Töchter ebenfalls als 'Kinder ihrer Zeit' verstehen, hier also der seltene Fall vorliegt, daß sich die innerfamiliale Generationenfolge mit durch sozialen Wandel bedingter Generationenformation deckt. Basis für diese Annahme war das Fakt, daß diese 'Kinder' als Angehörige jener Generation der Bildungsexpansion zu betrachten sind, die als Auslöser für das sich verschiebende Heiratsalter, zurückgehende Geburtenziffern und zunehmende weibliche Erwerbsarbeit gilt. Das Ausmaß familialer Wandlungsprozesse in diesem Generationenabstand wurde - obwohl keine Studien zum hier interessierenden Generationenabstand vorlagen - als maximal different vermutet aufgrund der Zusammenschau des Forschungsstandes (vgl. Finanzierungsantrag). Dieser belegte den Zeitraum der 70er Jahre als Verdichtung der Umstrukturierungen, so daß zu vermuten war, daß das für die Elterngeneration noch alternativlos gültige Lebenslaufmodell - Hradil spricht vom 'goldenen Zeitalter der Normalfamilie' (1992) - unter massiven Druck geraten ist, und zwar sowohl durch veränderte institutionelle Kontexte (erhöhte Bildungschancen, Verbindbarkeitserleichterungen von Familie und Erwerbsarbeit etc.) als auch durch die Pluralisierung der Lebensformen. Der Vergleich der Lebensverlaufsdaten zwischen beiden Generationen sollte Auskunft über die faktisch vorliegende Differenz in der Gestaltung von Familien- und Erwerbsarbeit geben.

Mit der vermuteten Überlagerung familieninterner und -externer Effekte ist der durch die Sample-Zusammensetzung ermöglichte Zugang nicht nur aus Sicht der Familien- sondern auch der Generationenforschung unüblich, konzentriert diese sich doch ausschließlich auf jene gesellschaftlichen Konstitutionsprozesse, die Personen einer Alterslagerung als eigene Generation auszeichnen. Veränderungen im Selbstkonzept stellen unter dieser Fragerichtung den Wandel der Kontextbedingungen der Lebensführungen in den Mittelpunkt. Damit jedoch ist das innerfamiliale Erbe ausgehebelt bzw. in den Hintergrund gerückt. Wir hingegen vermuteten, daß bei raschem Wandel des institutionalen Kontextes die Gestaltung familialer Lebensführungen nicht jenseits von innerfamilialen Erfahrungen mit der Lebensorganisation der Eltern geschieht. Durch die bestehenden familialen Beziehungen zwischen bereits Untersuchten (Eltern bzw. Mütter und Väter) und zu Untersuchenden (Kindern bzw. Töchter und Söhne) war es möglich, diese Effekte auf Neuerungen und Bewahrungstendenzen hin zu analysieren. Zwei Vermutungen lagen dieser Sondierung zugrunde:

- a) Einerseits wurde davon ausgegangen, daß sich die Lebensgestaltung der erwachsenen Kinder (unter Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Differenzierungen) in Abhängigkeit davon erweist, ob die Lebensführung der Eltern eher einem traditionellen Muster (gekennzeichnet durch eine im Lebensverlauf überwiegend haustätige Mutter) oder eher einem modernen (mit im Lebensverlauf überwiegend erwerbstätiger Mutter) folgte. Die Familienform am Verhaltensmuster der Mütter zu definieren, war Ergebnis des im zweiten B1-Projekt ermittelten Sachverhalts, daß sich Unterschiede im ehemännlichen Verhalten nicht fanden. Die Männer haben durchgängig ihre Familienrolle über ihre Ernährerfunktion und -leistung definiert. Zu klären also galt, ob zwischen Lebensführung der Eltern und der ihrer Kinder Zusammenhänge bestehen, und wenn ja, welche der beiden elterlichen Formen bei den Jüngeren eher zu neuen Kombinationen von Erwerbs- und Familienarbeit geführt haben, oder ob neue Modelle, unbeeinflußt vom herkunfts-familialen Lebensmodell, auf den sozialen Wandel im Generationenabstand zurückzuführen sind.
- b) Um zu eruieren, ob die aktuelle Lebensführung der Kinder unter Bezugnahme auf die der Eltern geschieht, d.h. den Eltern quasi eine Vorbildfunktion zugesprochen werden muß/kann, galt es, der Dimension der Wahrnehmung der elterlichen bzw. mütterlichen wie väterlichen Lebensführung zentrale Aufmerksamkeit zu widmen. Vermutet wurde nicht nur ein in Abhängigkeit von der Geschlechtszugehörigkeit zu erklärender Wahrnehmungsbias, sondern auch ein unterschiedlicher referentieller Bezug zu elterlichem Handeln mit Folgen für (vermutete) geschlechtsspezifische Differenzen in der Ausgestaltung der eigenen und partnerschaftlichen Lebensorganisation.

Beide Annahmen (a, b) galten als Basis für die Analyse von Ungleichzeitigkeit in der Modernisierung zwischen den Geschlechtern, die wir als relevant für familiale Instabilität vermuteten. In der älteren Generation hatten wir erhebliche Asynchronien festgestellt bezüglich der faktischen/intendierten Aufgabenerweiterung im Verhältnis von Erwerbs- und Familienarbeitsbeteiligung. Während der männliche Part innovationsresistent blieb (es ließen sich keine Rollenerweiterung erkennen), zeigte sich bei den Frauen - bei Beibehaltung der Alleinverantwortlichkeit für den familialen Bereich - eine durchgängig gewünschte, in vielen Fällen durchgesetzte Erwerbsarbeit. Daraus resultierten nicht unerhebliche Spannungen im Geschlech-

terverhältnis der älteren Generation, obwohl diese normativ verdeckt blieben. Spielten sie eine Rolle für die Verarbeitungsmuster der Töchter/Söhne? Die Vermutung war, daß Ungleichzeitigkeiten in der Modernisierung der Lebensführungen in bezug auf die Stabilisierung bzw. Labilisierung familialen Zusammenlebens auch bei der jüngeren Generation bedeutsam sein werden. Zu klären galt, ob sich zwischen den Lebensführungen von Frauen und Männern der jüngeren Generation in der Geschlechterbeziehung Angleichungen beobachten lassen, und wenn ja, wieweit diese durch Familienerfahrungen zu qualifizieren sind.

Die intendierte Verknüpfung von Generationszugehörigkeit und Familienerbe, von geschlechtsspezifischer Wahrnehmung und Modernisierungsprozessen zwischen den Geschlechtern beider Generationen ermöglichte eine nicht unbedeutende Erweiterung bestehender Forschungsansätze auch für die Rolle des Geschlechterverhältnisses im Wandel. Die in der Forschung fast durchgängig konstatierte Ungleichzeitigkeit geschlechtsspezifischer Modernisierungsprozesse verdeckt, so unsere Annahme, aufgrund der dort eingenommenen Perspektive des Vergleichs Prozesse der Veränderung eher, als daß sie sie klären hilft. So wird aus Sicht der Frauensforschung der männliche Part der Gesellschaft bezüglich seiner (zögerlichen) Übernahme familialer Arbeiten durchgängig als rückständig definiert, während es aus Sicht der Modernisierungsdebatte der weibliche ist, der beruflich als nachholbedürftig deklariert wird. Um die in der Vergleichsdimension 'Gegengeschlecht' angelegte relationale Statik zu überwinden und Veränderungen im Generationenabstand zwischen gleichgeschlechtlichen Mitgliedern zu erfassen, schloß das Projekt die Analyse des möglichen Wandels in der Lebensführung zwischen Vätern und Söhnen bzw. Müttern und Töchtern mit ein.

3. Anlage der Untersuchung und methodisches Vorgehen

Die Frage nach dem intergenerationalen Wandel und intrafamilialen Erbe bezieht notwendigerweise die vorangegangenen Projekte der Förderphasen I und II mit ein. In ihnen wurden die faktische Lebensgestaltung der Eltern(generation) und deren Interpretation erhoben und analysiert. Durch eine zu den Vorläuferprojekten analoge Anlage des hier dargestellten Projektes lassen sich die Daten der vorangegangenen Projekte in ein systematisches Verhältnis zu den jetzt erhobenen setzen. Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen wiederum die faktisch realisierten Lebens-

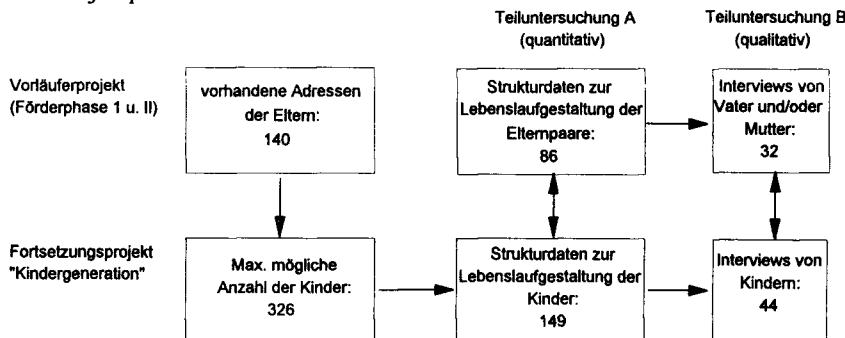
formen und deren Verarbeitungsmuster, die die Wahrnehmung der elterlichen Lebensführung einschließen. Dieses erforderte zum einen eine standardisierte quantitative Befragung der Lebensformen und zum anderen ein qualitatives Instrument zur Analyse der Lebensführung. Zur Aufdeckung der zwischen Lebensformen und Lebensführung bestehenden Zusammenhänge war die Anschlußfähigkeit der beiden Teilerhebungen über Verknüpfungsstrategien zu sichern.

3.1 Teilerhebung A (quantitative Ebene)

Diese Teilerhebung galt der Analyse der realisierten Statuspassagengestaltung im Lebenslauf der Kinder(generation). Erhoben wurden retrospektiv im Längsschnitt Daten zu den Bereichen Ausbildung, Erwerbssystem und Familie. Die Untersuchungseinheit bildeten alle über die in den Vorläuferprojekten befragten Elternadressen zugänglichen Kinder. Hinter diesen 140 Elternadressen verbargen sich maximal 326 Kinder. 149 Personen (= Kinder aus 86 unterschiedlichen Herkunfts-familien) nahmen an der Untersuchung teil. Für diese stehen auf der quantitativen Ebene Strukturdaten zur Lebenslaufgestaltung (und entsprechende Daten der Eltern) zur Verfügung.

Das qualitative Sample wurde dann nach einem theoretisch begründeten Auswahlverfahren (s.u.) aus der Gruppe der Kinder gezogen, die eine Bereiterklärung zum Interview beigelegt hatten.

Der Projektplan im Überblick



3.2 Teilerhebung B (qualitative Ebene)

Samplekonstruktion: Die Auswahl des qualitativen Samples sollte nicht nur die Heterogenität der quantitativ ermittelten Lebenslaufgestaltungen der Kinder, sondern auch deren Beziehung zu den Lebensformen der Eltern berücksichtigen. Dazu wurden Auswahlkriterien erster und zweiter Ordnung aufgestellt.

Kriterien 1. Ordnung:

- a) Auswahl nach Nähe/Distanz zur Lebensgestaltung der Eltern,
- b) Auswahl nach Traditionalität/Modernität der elterlichen Lebensführung,
- c) Auswahl nach Geschlecht.

Kriterien 2. Ordnung:

- d) Auswahl nach gegengeschlechtlichen Geschwisterkindern,
- e) Auswahl nach beruflicher Bildung,
- f) Auswahl nach Erwerbsarbeitsjahren der Mutter in der aktiven Familienphase.

zu a): Grundlage der Ermittlung von Nähe und Distanz zur elterlichen Lebensgestaltung waren die quantitativen Daten aller drei Projektphasen (Mütter, Väter, Kinder). Die Dimensionen des Vergleichs zwischen den Kindern und ihren Eltern umfaßten Wohnformen, Beziehungsformen, Anzahl der Kinder, berufliche Bildung und Erwerbsarbeit. Diesen Dimensionen wurden jeweils Variablenwerte (als numerische Werte) zugewiesen und entsprechend der Variablenausprägung zu denen der Mütter und/oder Väter in Beziehung gesetzt. Über alle Dimensionen bzw. Variablen hinweg wurde dann ein Distanzindex gebildet, der die Ähnlichkeit/Unähnlichkeit der Lebensgestaltung zwischen Eltern und Kindern numerisch qualifiziert. Der Index ist so konstruiert, daß der Wert 0 maximale Ähnlichkeit anzeigt und der Wert 1 maximale Unähnlichkeit. Die Indexwerte wurden dichotomisiert, d.h. Kombinationen mit Werten <0,5 wurden als nahe definiert, solche mit Werten >0,5 wurden als große Distanz angesehen. Dieses Vorgehen hat den Vorteil, daß Distanzwerte >0,5 als ein Indikator dafür angesehen werden können, daß die Lebensformen zwischen Kindern und Eltern sich auf mehreren Dimensionen gleichzeitig unterscheiden. Im Sample sind 31 Kinder mit geringen Distanzwerten zu ihren Eltern und 13 mit hohen Werten vertreten.

zu b): Das Kriterium Nähe/Distanz drückt lediglich den Abweichungsgrad der unterschiedlichen Lebensgestaltungen aus. Durch zusätzliche Berücksichtigung der Länge der mütterlichen Erwerbsarbeit wurde die Lebensgestaltung der Eltern der gestalt qualifiziert, daß Erwerbsarbeitslängen <18,5 Jahre als Indikator für eher traditionale, Längen >18,5 Jahre als eher moderne Lebensgestaltung definiert wurden. Kinder von viel und wenig erwerbstätigen Müttern sind im Sample in identischer Anzahl zu finden (je 22).

zu c): Der Kategorie Geschlecht kommt gerade bei der Ermittlung der Lebensführungen, der Reflexion der elterlichen Lebensgestaltung und der Interpretation des eigenen Lebens eine zentrale Rolle zu. Das Sample umfaßte hinsichtlich dieses Kriteriums 23 Frauen und 21 Männer.

zu d): Gegengeschlechtliche Geschwisterkinder eröffnen die Möglichkeit, die Lebensform und -führung der(selben) Eltern unter dem Blickwinkel möglicher geschlechtsdifferenter Interpretationen zu betrachten. Um diese ermitteln zu können, wurden 11 gegengeschlechtliche Geschwisterpaare (22 Personen) in das Sample aufgenommen.

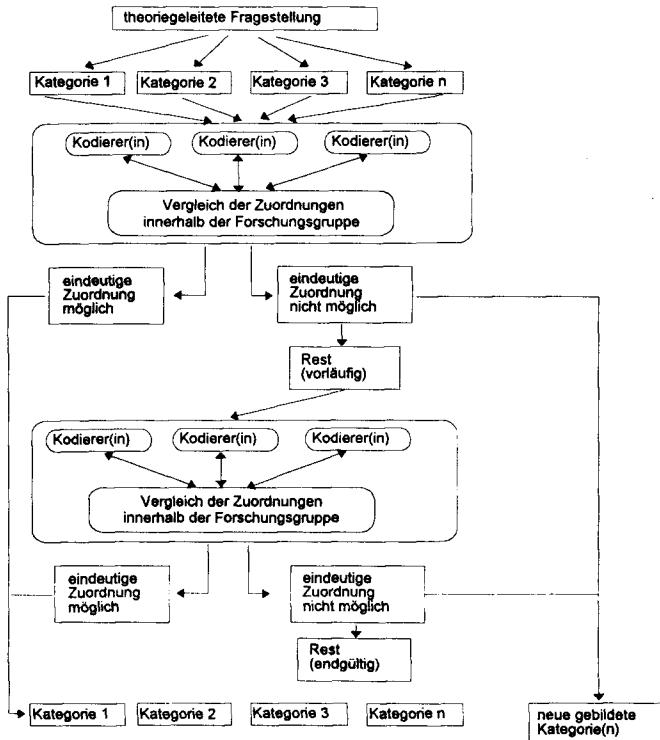
zu e): Um dem Merkmal 'beruflicher Status' Rechnung zu tragen, sollten in dem Sample gleichermaßen Akademiker und Nichtakademiker vertreten sein. Aufgenommen wurden 23 Personen mit akademischem Abschluß und 20 Personen mit einer anderen Berufsausbildung (eine Person hat keine Ausbildung abgeschlossen).

zu f): Neben der im Lebenslauf der Mutter kumulierten Erwerbsarbeitzeit (sie floß in den Distanzindex ein), interessierte zusätzlich die von den zu Hause lebenden Kindern miterlebte Erwerbsarbeitszeit der Mutter. Von den 22 Müttern mit langen Erwerbstätigkeitsphasen haben 20 in der aktiven Familienphase mindestens vier Jahre gearbeitet.

Nach Glaser/Strauss und eigenen Erfahrungen wurde von einer ausreichenden Gruppengröße von 10-12 Interviews ausgegangen, wobei das gesamte Sample dann 44 Personen umfaßt. Diese 44 qualitativ zu befragenden Personen gliedern sich nach den in den Punkten a) bis f) festgelegten Kriterien entsprechend den angegebenen Häufigkeiten auf. Darüber hinaus liegen für 32 der interviewten Kinder Interviews von mindestens einem Elternteil vor.

Durchführung der Befragung: Die qualitative Befragung folgte den - bereits in den Vorläuferprojekten erprobten - Regeln des problemzentrierten Interviews (Witzel 1985). Zur Erleichterung der Konzentration auf die definierten Themenbereiche wurden - wie in den Vorläuferprojekten - als Gesprächsgrundlage Lebenslaufgrafiken der Mütter/Väter sowie aufgrund des quantitativen Materials erstellte Grafiken des Lebens der Kinder herangezogen. Damit wurde zum einen die Anschlußfähigkeit an die quantitativen Strukturdaten gesichert und zum anderen ein hohes Maß an Synchronisation zwischen den verschiedenen Interviews erreicht. Die Interviews wurden transkribiert und in das Programm "The Ethnograph" eingelesen. Hier erfolgte dann die Codierung des Textmaterials.

Auswertung des Materials: Zur Erhöhung der Intercoder-Reliabilität wurde ein Verfahren angewendet, das wir als disjunktive Gruppentechnik bezeichnen. Zuordnungen von Textpassagen zu Kategorien werden in einem gemeinsamen Vergleichsprozeß überprüft und als eindeutig zuordenbar angesehen, wenn ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen den von unterschiedlichen Forscherinnen getrennt kategorisierten Textsegmenten bestand, das die Bildung neuer, zuvor nicht definierter Kategorien einschloß. Dieser Prozeß war als Schleife konzipiert, so daß zunächst nicht zuordenbare Textsegmente mehrfach überprüft wurden. Die Grafik veranschaulicht dieses Vorgehen:

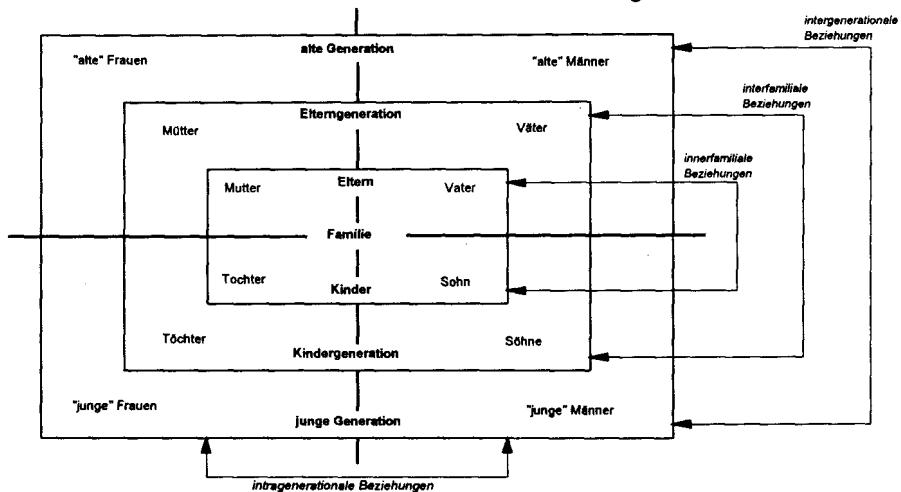


3.3 Forschungsdesign und Auswertungsebenen im Überblick

Das Untersuchungsdesign läßt Aussagen und Analysen auf unterschiedlichen Ebenen zu. Da es sich bei den befragten Personen um die Kinder der zuvor untersuchten Eltern handelte, können hier innerfamiliale Beziehungen betrachtet werden. Dabei rücken die Eltern als Paar ebenso in den Blickwinkel der Reflexion der Kinder, wie die Rollen von Vater und Mutter getrennt nach den Wahrnehmungen von Töchtern und Söhnen, so daß die Analysen unter dem Blickwinkel der Geschlechtsspezifität vorgenommen werden können.

Gleichzeitig gehören Kinder und Eltern verschiedenen Generationen an. Unabhängig vom Familienverband können deren Aussagen getrennt voneinander ausgewertet werden. Auf dieser Ebene lassen sich Aussagen über intergenerationale, wiederum nach Geschlecht differenzierte Beziehungen treffen. Darüber hinaus sind Auswertungen innerhalb der Generationen möglich. Auf diese Weise können intragenerationale Beziehungen im Generationenabstand verglichen werden. Erst diese Analyse gestattet Aussagen zum Wandel im Geschlechterverhältnis.

Die Grafik veranschaulicht die unterschiedlichen Auswertungsebenen.



4. Darstellung und Diskussion der Ergebnisse

4.1 Die Analyse quantitativer Daten

Lebensformen von Eltern- und Kindergeneration

Intergenerational: Die auf der Ebene der Lebensformen in der Forschungsliteratur konstatierten markanten Veränderungen (Rückgang der Eheschließungen, Zunahme des Scheidungsverhaltens, das Auftauchen alleinerziehender Väter und Mütter, längere Bildungspartizipation der Frauen, steigendes Heiratsalter und sinkende Kinderzahlen, sprunghafte Zunahme von Teilzeitarbeit, höhere Erwerbsbeteiligung von Müttern mit kleinen Kindern) bestätigen sich bei der von uns befragten Kindergeneration (Geburtsjahrgänge 1953-64) im quantitativen Material.

Die Töchter sind insgesamt wesentlich mehr erwerbstätig als ihre Mütter, 18 Prozent aller verheirateten Personen lassen sich scheiden, wobei von diesen etwa die Hälfte ein zweites Mal heiratet, die Heirat selbst findet im Durchschnitt später statt als in der Generation der Eltern. Alleinerziehende und langjährige Partnerschaften ohne Trauschein sind keine Seltenheit. Die jungen Männer sind - im Gegensatz zu ihren Vätern - mit Arbeitslosigkeit konfrontiert, und auch sie arbeiten phasenweise unter Teilzeitbedingungen. Das aus der Literaturrecherche (vgl. Finanzierungsantrag) gezogene Fazit der maximalen Differenz zwischen der Kinder- und Elterngeneration findet auf der Ebene des Vergleichs der Lebensformen zunächst seine Bestätigung.

Die Differenz in den Lebensgestaltungen im intergenerationalen Vergleich relativiert sich jedoch bei genauerer Analyse. Sie zeigt sich in der enormen Ausprägung lediglich für die kinderlosen Lebensabschnitte und wandelt sich mit der Geburt von Kindern in eine geradewegs minimale. An die Stelle der Unterschiedlichkeit tritt die Ähnlichkeit. Jetzt wird geheiratet, es sind die Frauen, die den Erziehungsurlaub wahrnehmen, sie bleiben zu Hause oder reduzieren ihre Erwerbstätigkeit, während die Männer sich auf den Erwerbsbereich konzentrieren und sich im Arbeitsmarkt etablieren. Es tritt auf der quantitativen Ebene und hinsichtlich des Geschlechterarrangements eine Traditionalisierung der Lebensverläufe ein.

Beziehen wir also nur diejenigen Kinder in den Vergleich ein, die als gemeinsames Kriterium die Familiengründung (=Kindgeburt) aufweisen, so unterscheiden sich die Generationen im Hinblick auf die betrachtete Zeitspanne nach diesem Ereignis nur noch geringfügig voneinander. Diese Angleichung hat zum Befragungszeitpunkt für einen großen Teil der von uns befragten Kindergeneration stattgefunden. Bis zum Alter von 35 Jahren haben 74% Erfahrungen mit der Ehe. In demselben Lebensjahr sind mehr als 60% verheiratet, ca. 20% leben mit dem Partner unverheiratet zusammen, und lediglich weitere 20% sind (noch) Singles. Von allen befragten Personen haben in diesem Alter 59% eigene Kinder.¹

¹ Die Ereignisse Heirat und Kindsgeburten treten in der Regel gemeinschaftlich auf. Lediglich bei etwa einem Viertel lagen die Ereignisse mehr als zwei Jahre auseinander. Alle zunächst unehelich geborenen Kinder wurden später durch Heirat 'legalisiert'.

Differenzen zwischen den Generationen bestehen nur solange, wie in der Kinder-generation noch keine eigenen Kinder geboren worden sind. Dieses gilt gleicher-maßen unter der geschlechtsspezifischen Perspektive: Söhne leben anders als ihre Väter, Töchter anders als ihre Mütter. Mit der Geburt von Kindern wird die Diffe-renz weitgehend eingeebnet, und zwar eindeutig in Richtung einer zunehmenden, dem traditionellen Modell entsprechenden Komplementarität der Geschlechterrol-len.²

Intragenerational: Verglichen wurden auf dieser Ebene der Analyse die Lebens- und Erwerbsverläufe von Männern und Frauen der Kindergeneration. Zur Bestim-mung von Lebenslaufmustern wurde dazu ein "Optimal-Matching-Verfahren" ein-gesetzt, das komplexe Verläufe über die Länge und Abfolge von chronologisch ab-gebildeten Ereignissen im Lebensverlauf zu ordnen in der Lage ist und diese ge-ordneten Verläufe anschließend zu Gruppen mit identischen Mustern zusammen-fassen kann (vgl. dazu Abbot/Hrycak 1990; Kruskal 1983; Erzberger/Prein 1996).

Im Gegensatz zu den Ergebnissen auf intergenerationaler Ebene stellen wir nun große Ähnlichkeiten in den Lebensverläufen zwischen Männern und Frauen dann fest, wenn diese familial nicht gebunden sind. Unabhängig vom Geschlecht finden sich Lebensverläufe, deren Muster stark durch Erfordernisse und Unwägbarkeiten des Arbeitsmarktes gekennzeichnet sind. Differenzen treten erst mit der Geburt von Kindern auf. Während das Muster der weiblichen Lebensverläufe nun ge-kennzeichnet ist durch lange Zeiten von Haus- und Familienarbeit sowie durch den Versuch, die Bereiche Familie und Erwerbstätigkeit miteinander zu kombinieren, zeigen die männlichen Muster eine deutliche Hinwendung zur alleinigen Erwerbs-arbeit. Langjährige Partnerschaften und das Ereignis Heirat allein vermögen diese Spaltung nicht hervorzubringen (vgl. dazu Lauterbach 1994; Schulze Buschoff 1995; Erzberger/Prein 1996).

Zusammenfassend kann auf der Basis der quantitativ ermittelten Lebensverläufe konstatiert werden, daß die Geburt von Kindern die Formen des Lebensverlaufs

² Dieses verwundert umso mehr, da der Vergleich unserer Befragtengruppe mit Daten aus dem ALLBUS und dem Sozioökonomischen Panel zeigte, daß unser Sample im Gegen-satz zu den entsprechenden repräsentativen Daten einen Akademikerüberhang aufweist.

traditionalisiert, auf der intergenerationalen Vergleichsebene für weitgehende Ähnlichkeit der Lebensverläufe sorgt und gleichzeitig auf der intragenerationalen Vergleichsebene der jüngeren Generation zwischen den Geschlechtern erneut erhebliche Differenzen entstehen läßt.

4.2. Auswertung qualitativer Daten

4.2.1. Der Blick der Kinder

• *Wahrnehmung und Einschätzung der elterlicher Lebensführung*

Zur Klärung der Frage, ob sich die Kinder bei der Gestaltung ihres eigenen Erwachsenenlebens auf die elterliche Lebensführung beziehen, war es unerlässlich, zunächst zu prüfen, a) wie die Kinder die Lebensgestaltung ihrer Eltern wahrgenommen haben und b) ob Söhne und Töchter die Hausfrauenrolle/Erwerbsarbeit ihrer Mütter unterschiedlich perzipieren. Dies geschah vor dem Hintergrund, daß wir in der Befragung der Eheleute/Eltern(generation) diesbezüglich durchaus auf geschlechtsspezifische Differenzen gestoßen sind. Unter dem Kontext der damaligen Zeit versuchten die Frauen, ihr Interesse an Erwerbsarbeit hinter ökonomischen Gründen zu verstecken und sie innerfamilial möglichst nicht sichtbar werden zu lassen. Und die Ehemänner erinnern sich (so zeigten die mit ihnen geführten Interviews, vgl. Projektphase 2) insgesamt höchst undeutlich an die Erwerbsarbeit(swünsche) ihrer Ehefrauen, mit dem Ergebnis, daß sie aus dem weiblichen Verhalten resultierende Innovationsimpulse zur Veränderung der Lebensgestaltung weitgehend ignorieren. Dies galt auch bezüglich ihrer eigenen familialen Rolle, die sie ausschließlich über ihre Ernährerfunktion definiert sehen.

Im Unterschied zu den Vätern ist den Kindern die Bedeutung der Erwerbsarbeit für die Mütter nicht verdeckt geblieben, und dies gilt gleichermaßen für gegengeschlechtliche Geschwisterkinder, d.h. Söhne und Töchter aus identischen Herkunftsfamilien. Söhne und Töchter erinnern die Arrangements bezüglich der Erwerbsarbeit ihrer Mütter und beschreiben - auch bei Nichtrealisierung deren Interesse daran - die ganze Bandbreite der von ihnen als für die Mütter bedeutsam wahrgenommenen materiellen und ideellen Erwerbsarbeitsmotive. Geschlechtspezifische Wahrnehmungsdifferenzen bezüglich der Ausfüllung familialer Rollen in der Elterngeneration finden sich bei den Kindern nicht, im Gegenteil, es besteht zwischen Söhnen und Töchtern ein hoher Grad an Übereinstimmung. Dies gilt

auch bezüglich der Einschätzung der daraus für die Mütter resultierenden Belastungen, die als hoch bezeichnet werden, weil ihre Mütter ohne wesentliche Unterstützungsleistung durch die Ehemänner/Väter die Vereinbarkeit von Erwerbs- und weiterhin alleinverantwortlicher Übernahme der Familienarbeit individuell herstellen mußten. Ihre Väter haben sie durchgängig und übereinstimmend als 'viel' erwerbstätig und wenig familientätig, als insgesamt zu Hause zu wenig präsent erlebt.

Einig sind sich die befragten Söhne und Töchter auch in der positiven Bewertung des hohen Stellenwertes der Erwerbsarbeit für die Mütter. Sie - Söhne wie Töchter - haben Verständnis für die Erwerbsarbeitswünsche der Mütter, beurteilen deren Leben, wenn sie sie realisieren konnten, als für sie ausgefüllter und zufriedenstellender.

- *Die eigene Lebensgestaltung: Angleichung der Geschlechter?*

Ähnlichkeit zwischen den Geschlechtern zeigt sich nicht nur bezüglich der Wahrnehmung und Einschätzung der elterlichen Lebensführung, sondern ist gleichermaßen zu konstatieren hinsichtlich wesentlicher Bereiche der eigenen Lebensgestaltung. Die Pluralität der Lebensformen und -führungen vor der Familiengründung (vgl. Kap. 4.1.) ist ihnen völlig selbstverständlich, gesellschaftlich-normative Zwänge zur Realisierung eines bestimmten Lebensmodells - z.B. der Heirat - sehen sie nicht, sondern betonen eher deren Nichtexistenz. Unterschiede in Relation zu den Lebensgestaltungsmöglichkeiten der Eltern(generation) thematisieren sie ausschließlich auf Nachfrage und bezeichnen sie dann als maximal different. Ganz eindeutig sind sie hier Kinder ihrer Zeit.

Als maximal angeglichen können auch die Prioritätensetzungen bezüglich der privaten wie beruflichen Lebensgestaltung betrachtet werden (zumindest in der vorfamilialen Phase). Der Wunsch nach Individualität, Selbständigkeit und Autonomie steht bei Frauen wie Männern an erster Stelle. Dem Beruf, inklusive der darüber zu erlangenden materiellen Existenzsicherung, wird große Bedeutung zugeschenen, ebenso wie der Gewährleistung von Gleichberechtigung und Gleichbehandlung in Partnerbeziehungen, zu deren Realisierung die egalitäre Aufgabenteilung (volle Erwerbsarbeit bei Teilung der haushalterischen Arbeiten) für beide Geschlechter nahezu selbstverständlich gehört. Kennzeichen dieser Angleichung

und Ähnlichkeit der Lebensgestaltung beider Geschlechter ist (wenn sie nicht von Arbeitslosigkeit betroffen sind oder noch in der Ausbildung stehen) die vollständige Integration in den Arbeitsmarkt, Frauen wie Männer realisieren die arbeitsgesellschaftliche Normalbiographie.

Die Familiengründung, die - obwohl als nicht mehr gesellschaftlich diktiert deklariert - mehrheitlich angestrebt und von dem Großteil der Befragten zum Untersuchungszeitpunkt realisiert ist, heißt für Frauen dann aber die verantwortliche Übernahme dieser neuen Aufgaben und die aktive Herstellung neuer Arrangements, während Männer ihren Status quo kaum verändern. Diejenigen, die über entsprechende zeitliche Ressourcen (als Studierende, Arbeitslose oder unfreiwillig Teilzeitbeschäftigte) verfügen, beteiligen sich in dieser Lebensphase mit hohem Zeitkontingent an der Kinderbetreuung. Diejenigen, die zu diesem biographischen Zeitpunkt vollzeitig in den Arbeitsmarkt integriert sind, geben diese Position (bis auf eine Ausnahme) nicht auf und erhalten/übernehmen damit die Funktion und Rolle des Haupternährers. Die Realisierung ihres weiterhin vorhandenen Bemühens um größtmögliche Beteiligung an familialen (Arbeits-) Aufgaben konzentriert sich auf die ihnen außerhalb der Erwerbsarbeit verbleibende Zeit.

- *Die Vorbildfunktion der Eltern*

Die Bezugnahme auf die elterliche Lebensführung, die vor allem im Zusammenhang mit Familiengründungen thematisiert wird, ist positiv oder negativ, in Abhängigkeit von deren Ausgestaltung und vor dem Hintergrund der den Befragten gemeinsamen Ablehnung des auf komplementärer Arbeitsteilung basierenden Geschlechterverhältnisses. Erwerbsarbeit wird als geschlechtsunspezifisch bedeutsam betrachtet. Söhne streben eine lebenslange Vollzeitkarriere an (durchaus den Bezug zum Vater herstellend und wohl reflektierend, daß dieses nicht allein von ihren Wünschen, sondern arbeitsmarktstrukturellen Gegebenheiten abhängt). Erwerbstätigkeit von Frauen ist für die männliche Hälfte der Kindergeneration eine (anzustrebende) Selbstverständlichkeit. Der in diesem Zusammenhang hergestellte Bezug zur Mutter ist positiv bei deren Erwerbsarbeit, negativ bei haustätiger Mutter.

Ein identischer Prozeß findet sich bei den Töchtern. Sie alle benennen die eigene Berufsausbildung als selbstverständlichen Bestandteil ihres Lebens und beziehen sich in

diesem Zusammenhang nicht selten auf ihre Mütter. Jene mit erwerbstätigen Müttern erwähnen deren Vorbildcharakter für ihr eigenes Leben. Weniger die faktische Handhabung im elterlichen Haushalt als vielmehr die Erfahrung der prinzipiellen Mach- und Lebbarkeit dieses Modells wird als positiv hervorgehoben. Töchter mit haustätigen Müttern hingegen versuchen, sich von dem Lebensmodell ihrer Mütter abzugrenzen. Aber es fehlt ihnen nicht nur das positive Vorbild, sondern sie formulieren als Befürchtung, daß mit der Eheschließung hinter ihrem Rücken Mechanismen wirksam werden könnten, die ihr Leben traditionalisieren: Das Aufschieben der Familiengründung unter Berufung darauf, Beruf und Kinderbetreuung nicht vereinbaren zu können, stehen hiermit im Zusammenhang. Verheiratete Töchter finden sich in dieser Gruppe weniger.

Eindeutig und gleichermaßen negativ beziehen sich Töchter und Söhne auf die mangelnde familiale Verfügbarkeit der Väter. Explizit wird die Reduktion der Väter auf ihre Ernährerrolle abgelehnt. Söhne betonen ihren veränderten Umgang mit Hausarbeit und Aufgaben der Kinderbetreuung, Töchter verweisen darauf, schon die Wahl ihrer männlichen Partner an deren signalisierter Partizipationsbereitschaft im familialen Bereich gemessen zu haben. Gleichzeitig sind ihnen ihre Mütter in diesem Zusammenhang warnende Vorbilder. Sie selbst haben aus deren Verhalten gelernt, die Einbindung ihrer Partner aktiv einzufordern. Kritisch merken sie jedoch häufig an, daß die angestrebte Gleichverteilung der häuslichen Arbeiten nicht realisiert ist. Hier finden sich durchaus Ähnlichkeit/Übereinstimmung mit der Beurteilung der Männer. Auch sie reflektieren selbstkritisch, den an sich selbst (und von den Partnerinnen an sie) gestellten Ansprüchen nicht zu genügen.

- *Nicht Geschlechterrollen, sondern Institutionenstruktur*

Ähnlichkeiten zwischen den Geschlechtern in der jungen Generation finden sich auch bezüglich der Erklärungsmodelle für diese im Grunde abgelehnte geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Keineswegs begründen sie sie - wie in der Elterngeneration - mit geschlechtsdifferenten, biologisch oder kulturell überformten Rollen. Eindeutig und einheitlich führen sie sie auf institutionelle Restriktionen und Fesselungen zurück, denen sie im Falle eines Zusammenlebens mit Kindern nicht entkommen zu können glauben. Einig sind sie sich darin, daß nicht einmal der faktisch und normativ mögliche Verzicht auf eine Heirat sie dieser als solcher

geschilderten 'Falle' entgehen ließe. Der Umgang mit dem Ereignis Heirat erscheint damit nachvollziehbar und überraschend zugleich. Ihm wird - trotz der Freiwilligkeit - keine besondere Bedeutung beigemessen, und er erscheint - ohnehin erwünscht von den Eltern - gegenüber Generationsgleichen im Zusammenhang mit der Geburt des Kindes nicht rechtfertigungspflichtig. Es sind die institutionellen Bedingungen (des Arbeitsmarktes, mangelnder Kinderbetreuungsmöglichkeiten, der fehlenden eigenständigen Existenzsicherung der dadurch nicht vollerwerbstätigen Partnerin), die in der Wahrnehmung der Söhne und Töchter qualitativ 'andere', neue Lebensmodelle vereiteln. Der Wunsch eines Lebens mit Kindern zwingt förmlich in die Lebensform der quasi-traditionellen Familie.

- *Anders als die Eltern*

Bei aller auch konstatierten Ähnlichkeit zum Leben der Eltern ab der Geburt von Kindern betonen die Töchter und Söhne der Kindergeneration die Differenz. Die Möglichkeit, der aus der Herkunfts-familie bekannten und abgelehnten Lebensführung zu entgehen, sehen sie in der Ausgestaltung der Partnerschaft, die als bewußte Gegengestaltung thematisiert wird. Partnerschaft heißt nicht - wie bei den Eltern - vorrangig Teil eines Paars zu sein, individuelle Bedürfnisse ausschließlich im Kontext von Gemeinsamkeit zu denken und zu formulieren. Allein daraus resultierende Anpassungsprozesse, die (in der Regel zu Lasten der formal und materiell vom Mann abhängigen Frau) die Hierarchisierung der Beziehung bedeutete, wird explizit abgelehnt. Partnerschaft wird in der jungen Generation ausbuchstabiert als Resultat eines stets wieder neu herzustellenden Konsenses, unter steter Aufrechthaltung und Anerkennung eines individuellen Bereiches. Autonomie gilt als wesentlich und findet ihren sichtbaren Ausdruck in der Durchführung eigenständiger Unternehmungen. Eigene, nicht nur gemeinsame Freunde, Reisen ohne Ehepartner, die Entscheidung jedes Partners individuell darüber, ob z.B. ein pflegebedürftiger Angehöriger im Haus betreut wird, sind hier so wichtig wie bei den Eltern undenkbar. Aus der Struktur der Lebensform resultierende Ungleichheitsverhältnisse (durch geschlechtsspezifisch unterschiedliche Verfügung über eigenes Geld) werden als Hebel ungleicher Machtverteilung, und zwar von beiden Geschlechtern, abgelehnt. Unabhängig von der faktischen Arbeitsteilung: die Ausgestaltung der ehepartnerlichen Beziehung wird als egalitär-partnerschaftliche hervorgehoben und betont.

4.2.2 Lebensführungen der Geschlechter im Generationenabstand

Auf der Suche nach Differenz und Ähnlichkeit in den Lebensführungen zwischen den Geschlechtern und Generationen zur Charakterisierung sozialen Wandels wenden wir unsere Aufmerksamkeit - bevor wir die Dimensionen in ihren Verknüpfungen betrachten - zunächst der Ebene des gleichgeschlechtlichen Vergleichs zu (Mütter/Töchter; Väter/Söhne). Es ist dies die Frage nach dem Ausmaß der stattgefundenen Modernisierungsschritte, die jedes Geschlecht im Generationenabstand vollzogen hat.

- *Mütter/Töchter*

1. Im Umgang mit der Erwerbsarbeit stehen sich in der Müttergeneration normativ geforderte Traditionalität und faktisch hohe Arbeitsmarktbeteiligung gegenüber. In der Töchtergeneration hat sich diese Diskrepanz aufgelöst: Erwerbsarbeit ist normativ wie faktisch als bedeutsamer Bestandteil des weiblichen Lebenszusammenhangs selbstverständlich geworden. Im Unterschied zur Müttergeneration müssen Töchter auf Entfaltung der eigenen Persönlichkeit orientierte Motive für Erwerbsarbeit nicht mehr verheimlichen und hinter finanziellen Begründungen verstecken.

2. Differenz und Ähnlichkeit zwischen Töchter- und Müttergeneration zeigen sich hinsichtlich der Beteiligung der Männer an der Familienarbeit. Differenz bezüglich des Anspruches zur Mithilfe, den erst die jungen Frauen (selbstverständlich) formulieren und Ähnlichkeit bezüglich deren (nicht gelingender) Umsetzung. Die faktische Einbindung der Partner in Haus- und Familienarbeit gelingt nur in Lebensphasen ohne Kinder relativ mühelos.

3. Ebenso lassen sich in der Gestaltbarkeit/Gestaltung von Heirat und Familiengründung Unterschiede konstatieren. In der Töchtergeneration werden Heiratszeitpunkt und Geburt der Kinder - unter selbstverständlicher Nutzung gesellschaftlicher Spielräume - zur Erweiterung individueller Handlungsmöglichkeiten ganz überwiegend partnerschaftlich geplant und ausgehandelt, mit dem Ergebnis einer im Vergleich längeren vorfamilialen Erwerbsarbeit - nicht nur bei Akademiikerinnen.

- *Väter/Söhne*

1. Differenz zwischen Väter- und Söhngeneration stellen wir vor allem fest für die Anerkenntnis/Bewertung faktischer Erwerbsbeteiligung der Partnerin. War sie

in der alten Generation gesellschaftlich und individuell normativ tabuisiert und entsprechend von den alten Männern abgelehnt, gilt sie in der Söhngeneration nicht nur als selbstverständlich, sondern sie wird erwartet und gewünscht.

2. Differenzen zeigen sich trotz der angestrebten Vollerwerbskarriere in der Selbstbewertung der Ernährerrolle. Im Unterschied zur alten Männergeneration ist sie nicht mehr mit der des Familieneroberhauptes oder -vorstandes gleichgesetzt. Insgesamt zeichnet sich auf Seiten der Männer bezüglich ihrer Familienrolle ein erheblicher Bedeutungswandel ab. Nicht nur ist in der jüngeren Generation die Teilhabe an Hausarbeit selbstverständlich geworden, sondern vor allem hat sich die Auffassung/Ausgestaltung der Vaterrolle gewandelt. Den jungen Vätern ist die aktive Herstellung einer emotionalen Nähe zu den Kindern ein wesentliches Anliegen.

Vergleicht man die Lebensführung zwischen den Generationen und Geschlechtern, so zeigt sich bei der jungen Generation eine Angleichung zwischen Frauen und Männern. Vor dem Hintergrund der bezüglich Verhalten und Einstellung als außerordentlich traditionell zu bezeichnenden Vätergeneration hat sich, im Vergleich zum Modernisierungsschub zwischen Mütter- und Töchtergeneration, die größte Veränderungsleistung auf Seiten der jungen männlichen Generation vollzogen. Was sich z.B. auf Seiten der Väter maximal als partielle Modernisierung beschreiben lässt, die individuelle Akzeptanz der Erwerbsarbeit ihrer eigenen Ehefrau (allein als finanzielle Bereicherung des Familienbudgets), hat sich bei den Söhnen generalisiert zum Anerkenntnis der Erwerbsarbeit von Frauen als ein wesentlicher Bestandteil weiblichen Lebens. Obgleich sich auch die Töchter modernisieren, fällt der Modernisierungsschub durch die geringere Distanz zur Müttergeneration, die schon die geschlechtsspezifisch komplementäre Arbeitsteilung durch ihre Erwerbsarbeit partiell aufgekündigt hatte, geringer aus.

4.2.3 Resümee: Lebensform und Lebensführung; bei aller Ähnlichkeit, doch ganz anders - oder bei allen Unterschieden, doch ähnlich

Läßt man die in unserer Untersuchung gefundenen Ergebnisse Revue passieren, so läßt sich zunächst festhalten, daß sich sowohl die Verschiebungen des Eintretens der Ereignisse auf der Altersachse als auch die Traditionalisierung der Lebensführungen ab Geburt von Kindern und auch die Problematisierungs- und Verarbei-

tungsmuster innerhalb der jungen Generation nicht auf das unterschiedliche Bildungsniveau zurückführen lassen. Hinsichtlich der Differenzen und Ähnlichkeiten der Lebensführungen zwischen beiden Generationen gilt es jedoch zu differenzieren: In den - mit quantitativen Daten ermittelten - Lebensformen überwiegen, wenn auch biographisch verschoben, die Ähnlichkeiten. Heirat und Familiengründung bei Vollerwerbsarbeit des Mannes und Teilzeitarbeit der Frau ist in beiden Generationen das dominante Muster. Aber gleichzeitig fällt für die Kindergeneration - durch die Analyse der qualitativen Befragung - eine offensichtliche Differenz auf. Diese bezieht sich auf die - mit Bezug auf das elterliche Leben - auffällige inhaltliche Gegengestaltung des eigenen Familienlebens.

Die Institution Ehe/Familie wird von der jungen Generation - teils gewünscht, teils mangels adäquater Alternative - übernommen. Erstaunlich rational und emotionslos wird von Angehörigen beider Geschlechter deren Sinngebung beschrieben: Männern soll für den Fall eventueller späterer Trennung das väterliche Sorge- und Umgangsrecht für die Kinder gesichert werden; 'erwerbsarbeitsunterbrechende' Frauen, die als Mütter ihre Kinder zu Hause versorgen, wollen/sollen sich (vorübergehend) finanziell über den Ehemann absichern/versorgen lassen; 'gemeinsam erwirtschaftetes Eigentum' soll dem Partner/der Partnerin auf diesem Wege gesichert werden. Gleichzeitig befindet sich die ursprünglich über die Institution Ehe/Familie legitimierte streng geschlechtsspezifisch komplementäre Arbeitsteilung zwischen erwerbstätigem familiennährenden Ehemann und haustätiger kindererziehender Ehefrau, die für die Elterngeneration Gültigkeit besaß, in deutlichem Auflösungsprozeß. Partner- und Familienbeziehungen werden innerhalb der weiter bestehenden Familienform von beiden Geschlechtern, gleichsam von 'innen her', modernisiert. Modernere, den neuen Entwicklungen im familialen Zusammenleben angemessene externe institutionelle Rahmungen, die nicht Abhängigkeitsverhältnisse zwischen den Geschlechtern als sich hierarchisierende Beziehung reproduzieren, sind aus Sicht der Jüngeren (noch) nicht erkennbar: Es gibt - wie es ein Interviewter prägnant ausdrückt - heute "keine vernünftige Logistik", die ein partnerliches Zusammenleben mit Kindern abzusichern und zu regeln in der Lage wäre. Was fehlende institutionelle Anpassungen an ein verändertes familiales Zusammenleben anbetrifft, so haben wir es hier in gesellschaftlicher Perspektive mit einem 'institutional lag' zu tun.

Prognosen für familiale Wandlungsprozesse lassen sich daraus kaum ableiten: Der Fall, daß die Traditionalität der Lebensform in lebenslaufbiographischer Perspektive längerfristig auch die Beziehungsgestaltung zwischen den Partnern verändert, traditionalisiert oder brüchig werden läßt, ist denkbar bis wahrscheinlich.

5. Publikationen und Fachkontakte

5.1 Veröffentlichungen im Berichtszeitraum

- Born, Claudia (1994a): Beruf und weiblicher Lebenslauf. Plädoyer für einen Perspektivenwechsel in der Betrachtung der Frauenerwerbsarbeit. In: Beckmann, Petra; Engelbrech, Gerhard (Hrsg.): Arbeitsmarkt für Frauen 2000 - Ein Schritt vor oder ein Schritt zurück? Nürnberg, BeitrAB 179: 209-228
- Born, Claudia (1994b): Lebensführung und Arbeitszeit. In: Arbeitszeitpolitik '94. Dokumentation der Fachtagung am 11. Mai 1994 in Bochum. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Köln, 170-174
- Born, Claudia (1994c): Chance und Erfahrungen mit beruflicher Erstausbildung im Lebenslauf von Frauen. In: Geschichtsrundbrief, Neue Folge 5, Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf/Recklinghausen, 38-46
- Born, Claudia (1995): Frauenleben und Lebenszeit. In: Karsten, Maria Eleonora (Hrsg.): Zeit im Leben - Zeit erleben. 49. Lüneburger Universitätswoche. Lüneburg, 40-61
- Born, Claudia; Krüger, Helga (1994): Institutions and the gendered modernisation of the life course. Zusammenfassung in: sociological abstracts, XIIIth World Congress of Sociology. Bielefeld, July 1994, 38
- Born, Claudia; Krüger, Helga; Lorenz-Meyer, Dagmar (1996): Der unentdeckte Wandel. Annäherung an das Verhältnis von Struktur und Norm im weiblichen Lebenslauf. Berlin (im Druck)
- Braemer, Gudrun (1994): Wandel im Selbstbild des Familiennählers? Reflexionen über vierzig Jahre Ehe-, Erwerbs- und Familienleben. Sfb-Arbeitspapier Nr. 29. Bremen
- Braemer, Gudrun (1996): Frauenleben im Spannungsfeld zwischen Beruf und Familie. Dokumentation der ZGF, Bremen
- Erzberger, Christian (1995): Die Kombination von qualitativen und quantitativen Daten. Methodologie und Forschungspraxis von Verknüpfungsstrategien. In: ZUMA-Nachrichten 36, Jg. 19: 35-60
- Erzberger, Christian; Prein Gerald (1996a): Optimal-Matching-Technik: Ein Analyseverfahren zur Vergleichbarkeit und Ordnung individuell differenter Lebensverläufe (vorgesehen in Zeitschrift für Soziologie)

- Erzberger, Christian; Prein, Gerald (1996b): Triangulation: Validity and Empirically-Based Hypotheses Construction. In: Quality & Quantity (im Erscheinen)
- Krüger, Helga (1995a): Prozessuale Ungleichheit. Geschlecht und Institutionenverknüpfung im Lebenslauf. In: Berger, Peter A.; Sopp, Peter (Hrsg.): Lebenslauf und Sozialstruktur. Sozialstrukturanalyse 5. Opladen, 133-153
- Krüger, Helga (1995b): Geschlechtsspezifische Modernisierung im ehepartnerlichen Lebenslauf. In: Nauck, Bernhard; Onnen-Isemann, Corinna (Hrsg.): Familie im Brennpunkt von Wissenschaft und Forschung. Neuwied/Kriftel/Berlin, 437-455
- Krüger, Helga (1995c): Dominanzen im Geschlechterverhältnis: Zur Institutionalisierung von Lebensläufen. In: Becker-Schmidt, Regina; Knapp, Gudrun-Axeli (Hrsg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt a.M./New York, 195-219
- Krüger, Helga (1996): Die andere Bildungssegmentation: Berufssysteme und soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. In: Bolder, Axel; Heid, Helmut; Heinz, Walter R.; Kutscha, Günter; Krüger, Helga; Meier, Artur; Rodax, Klaus (Hrsg.): Die Wiederentdeckung der Ungleichheit. Aktuelle Tendenzen in Bildung für Arbeit. Jahrbuch '96 Bildung und Arbeit. Opladen, 252-274
- Krüger, Helga (1996): Normative Interpretations of Biographical Sequences. Forthcoming in: Weymann, Ansgar (ed.): Society and Biography. Interrelationships between Social Structure, Institutions and the Life Course. Weinheim (im Erscheinen)

5.2 Außenaktivitäten und Fachkontakte

Konferenzen/Vorträge

- Claudia Born: Berufsorientierung von Frauen: Ein neues Phänomen? Tagung des Institutskolloquiums der Universität Berlin. 17.02.1994, Berlin
- dies.: Chancen und Erfahrungen mit beruflicher Erstausbildung im Lebenslauf von Frauen. Tagung des Forschungsinstituts der Arbeiterbildung/Hans-Böckler-Stiftung/DGB-Bildungswerk: 'Geschichte von unten'. 06.04.1994, Hattingen
- dies.: Fachtagung "Arbeitszeitpolitik '94" des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW: AG 4 'Lebensführung und Arbeitszeit'. 11.05.1994, Bochum
- dies., zus. m. Helga Krüger: Institutions and the Gendered Modernisation of the Life Course. XIIIth World Congress of Sociology, Research Committee 11, Sociology of Ageing, Session 4: Aging, Work and the Life Course. 19.07.1994, Bielefeld
- dies.: Frauenleben und Lebenszeit. 49. Lüneburger Universitätswocde, Universität Lüneburg. 08.11.1994, Lüneburg

- dies.: Mütter als Arbeitnehmerinnen - Arbeitnehmerinnen als Mütter. Fachtagung DRK-Landesverband Schleswig-Holstein e.V.: "Mütter und Beruf-ung?" - Frauen suchen ihren Weg. 08.03.1995, Kiel
- dies.: Risks in the life course in a crossnational comparison (introduction). Conference Sheffield Hallam University: "Social Exclusion in Europe: Urban and Labour Market Dimensions". 17.06.1995, Sheffield
- dies.: Der Mythos von der Familie und der Bedeutung des Berufs im Leben von Frauen. Angestelltenkammer Bremen: bremer gespräche, forum für frauen in führungspositionen. 26.06.1995, Bremen
- dies.: Modernisierungsgap - Angleichung im Wandel geschlechtsspezifischer Lebensführungen? 4. Symposium des Sfb 186 "Lebenslaufpolitik - Institutionen und Statusmanagement". 21./22.09.1995, Bremen (erscheint in der Reihe "Status Passages and the Life Course" des Sfb 186, Weinheim: Deutscher Studien Verlag)
- dies.: Frauenalterssicherung. Seminar der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschland (Referentin). 01.06.1996, Paderborn
- dies.: Die Bedeutung des Berufs im Lebenslauf westdeutscher Frauen nach 1945. Tagung "Frauenerwerbstätigkeit nach 1945 in vergleichender Perspektive" der Arbeitsstelle für vergleichende Gesellschaftsgeschichte, FU Berlin. 14.06.1996, Berlin
- dies.: "...Im Grunde hat sich nichts verändert." Ausbildungswege von Frauen im Generationenvergleich. Vortrag im Institut für angewandte Biographie- und Lebensweltforschung (IBL), Universität Bremen. 26.06.1996, Bremen
- dies.: Individualisierungs- und Chancengleichheitsmythos. Sektion Bildung und Erziehung: "Bildung und soziale Ungleichheit - Aktuelle Studien zu Differenz und Gleichheit". Kongreß für Soziologie, 08.10.1996, Dresden
- Gudrun Braemer: Berufsorientierung und Berufstätigkeit junger Frauen. Fachtagung 'Berufsorientierung und Lebensplanung junger Frauen als Thema in der Jugendarbeit'. Evangelische Akademie Nordelbien e.V., 12.-14.10.1994, Bad Segeberg
- dies.: Frauenleben im Spannungsfeld zwischen Beruf und Familie. Fachtagung 'Berufsorientierung und Lebensplanung von Mädchen und jungen Frauen. ZGF u.a., 30.11.1995, Bremen
- dies.: Erwerbstätige Frau und haustätiger Mann - die Geschlechter auf dem Weg einer Angleichung der Lebensführungen? Sommer-Universität Bremen '96. Universität Bremen, 27./28.06.1996, Bremen
- Christian Erzberger zus. m. Gerald Prein: Triangulation: Validity and Empirically-based Hypotheses Construction. Workshop "Empirically Based Theory Construction and Qualitative Life Course Research" der Universität Bremen, Sfb 186. 17.-19.11.1994, Bremen

- ders. zus. m. Udo Kelle: Die Verknüpfung quantitativer und qualitativer Daten: Theoretische und empirische Voraussetzungen. 4. Symposium des Sfb 186 "Lebenslaufpolitik - Institutionen und Statusmanagement". 21./22.09.1995, Bremen (erscheint in der Reihe "Status Passages and the Life Course" des Sfb 186, Weinheim: Deutscher Studien Verlag)
- ders.: Von der Schwierigkeit, weibliche Lebensverläufe zu ordnen: Prozesse geschlechtshierarchischer Segregation aus mikrosoziologischer Perspektive. Interdisziplinäres Colloquium 'Geschlechterhierarchie und Arbeitsteilung in der aktuellen Forschung' an der Technischen Universität Berlin. 31.05.-01.06.1996, Berlin
- Helga Krüger: Institutions, Gender, Social Change: The Life Course in Modern Society. Veranstaltung des Life Course Center, Dept. of Sociology, University of Minnesota. 13.10.1994, Minneapolis/USA
- dies.: Gender, Biography and Institutions: Results from the German Life Course Research. Faculty-Student Seminar Series 1994-1995, Dept. of Sociology, University of Toronto. 19.10.1994, Toronto/Canada
- dies.: Institutions and the Gendered Modernization of the Life Course: New German Contributions to Life Course Research. Im Rahmen des Dept. of Sociology, University of Alberta. 27.10.1994, Alberta/Canada
- dies.: Life Course Research. Vortragsreihe des Massey College in the University of Toronto. 08.11.1994, Toronto/Canada
- dies.: Statuspassages and Risks in Female and Male Life Courses. Gender Comparison in Life Course Research. New York University, Dept. of Sociology. 18.11.1994, New York/USA
- dies.: The Life Course in Discussion. Centre for Studies of Aging, University of Toronto. 28.11.1994, Toronto/Canada
- dies.: The Life Course in Modern Society: Social Construction and Individual Organization. University of North Carolina at Chapel Hill. 02.12.1994, Chapel Hill/USA
- dies.: Analysing the Life Course: an Invitation to Sociology. University of Toronto, Dept. of Sociology. 05.12.1994, Toronto/Canada
- dies.: Institutions and the Gendered Structuration of the Life Course. Faculté des Sciences Sociales et Politiques. Institut d'Anthropologie et de Sociologie, Université de Lausanne. 19.01.1995, Lausanne/Schweiz
- dies.: Life Course Research and the Conceptualisation of Marginalisation. Conference Sheffield Hallam University "Social Exclusion in Europe: Urban and Labour Market Dimensions". 15.-17.06.1995, Sheffield
- dies.: Statusmanagement und Institutionenregimes. Die Kategorie Geschlecht zwischen Leistung und Zuschreibung. 4. Symposium des Sfb 186 "Lebenslaufpolitik - Institutionen und Statusmanagement". 21./22.09.1995, Bremen (erscheint in

der Reihe "Status Passages and the Life Course" des Sfb 186, Weinheim: Deutscher Studien Verlag)

-dies.: Familie und Generationen. Der Gender Gap in den Paarbeziehungen. Gemeinsame Jahrestagung der Sektionen/Arbeitsgruppen Familien- und Jugendsoziologie, Biographieforschung, Soziologie der Kinderheit der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. 27.-29.09.1995, Bielefeld (erscheint in: Mansel, Jürgen; Rosenthal, Gabriele; Tölke, Angelika (Hrsg.): "Generationen - Beziehungen, Austausch und Tradierung", Opladen: Westdeutscher Verlag)

-dies.: Berufsbildung von Mädchen als Statuspassage im Spiegel weiblicher Selbstkonzepte. 5. Berufspädagogisch-historischer Kongreß, Arbeitsgruppe 5: Die Entwicklung der Frauenarbeit als Indikator für sozialen Wandel. 4.-6.10.1995, Bochum (erscheint in: Stratmann, Wilhelm: Berufsausbildung und sozialer Wandel. Reihe des Bundesinstituts für Berufliche Bildung, Berlin)

-dies.: Aufgaben und Aufgabenteilung in familiennahen Berufen. Impulsreferat auf der Tagung des Fachausschusses Haushalt und Bildung der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V. (dgh). 2./3.02.1996, Köln

-dies.: Les Sexes 'Mixtes' et la Structure des Institutions. 3ème Biennale de l'Education et de Formation, La Sorbonne/Le CNANM. 18.-21.04.1996, Paris (erscheint in: 3ème Biennale de l'Education et de Formation (Hrsg.): L'Égalité des Sexes et de Formation, Paris)

-dies.: Die Neuordnung der Ausbildung vor dem Hintergrund der Anforderungen neuer pflegerischer Handlungsfelder. Vortrag im Rahmen der 6. Bundestagung des Bundesausschusses der Länderarbeitsgemeinschaften der Lehrerinnen und Lehrer für Pflegeberufe. 22.-24.05.1996, Fürth (erscheint im Sonderheft "Deutsche Krankenpflege-Zeitschrift", Verlag Kohlhammer)

-dies.: Lebenslauf als Kaleidoskop - Innovation durch Wissen. Sommer-Universität Bremen '96, Universität Bremen, 26.06.1996, Bremen

-dies.: Das Unpäßliche an der Familie. Zum Counterpart einer Institution in Bildungs- und Berufskarrieren. Plenarvortrag der Sektionen Bildungssozioologie und Biographieforschung: Anerkennungsprozesse und individuelle Modernisierung. Kongreß für Soziologie. 08.10.1996, Dresden (erscheint im Tagungsband des 28. Kongresses für Soziologie, Frankfurt/New York: Campus)

-dies.: Frauenberufe und das 'Mehr' an Bildung. Professionalisierungsdilemmata in der Pflege. Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung an der Johannes-Gutenberg-Universität. 06.11.1996, Mainz

-dies.: Gendersensible Chancenforschung. Vortrag auf der Tagung "Soziale Chancen in der wettbewerbsfähigen Gesellschaft", 25-Jahr-Feier des ISO Institut zur Erforschung sozialer Chancen. 25.11.1996, Köln

Teilprojekt B1
Krüger/Born u.a.

Fachkontakte

zum Ausbau der internationalen Kooperation

Prof. Kathleen Gerson, New York University

Prof. Jeylan Mortimer, University of Minnesota

Prof. Gunhild Hagestad, Universität Oslo/North Western University

Prof. Margrit Eichler, University of Toronto

Prof. Victor Marshall, University of Toronto

Prof. Pat Armstrong, Carlton University, Montreal

Prof. Susan Yeandle, Sheffield University

Prof. Helena Helve, University of Helsinki

Dr. Hettie Buttler, Universiteit van Amsterdam

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts B6

Thema: Haushaltsdynamik und soziale Ungleichheit im internationalen Vergleich

Beteiligte Wissenschaftler/innen:

Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld	(GA) Projektleiter
PD Dr. Götz Rohwer	(GA)
Dipl.-Soz.-Wiss. Immo Wittig	(GA)
Dr. Sonja Drobnić	(EA) bis 6/95, (GA) ab 6/95
Dipl.-Soz.-Wiss. Andreas Timm	(EA) ab 3/94
Dipl. Inf. Beate Ernicke	(EA) ab 6/95
Dipl. Soz. Rolf Müller	(EA) ab 2/96

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Kenntnisstand bei der Antragstellung
3. Angewandte Methoden
4. Ergebnisse und ihre Bedeutung
 - 4.1. Verbesserte Bildungs- und Berufschancen von Frauen und der Prozeß der Familienbildung
 - 4.2. Strukturelle Trends in modernen Gesellschaften und ihre Effekte auf die Heiratshomogamie
 - 4.3. Teilzeitarbeit von Frauen und Familienzyklus im Wandel
 - 4.4. Erwerbsmuster von Frauen, parallele Karrieren und soziale Klassen
5. Außenaktivitäten und Fachkontakte
 - 5.1. Vorträge, Konferenzbeiträge und Leitung von Workshops
 - 5.2. Fachkontakte und -kooperation
6. Veröffentlichungen

1. Zusammenfassung

Hier handelt es sich um ein Projekt, das erst in der letzten Antragsphase in den Sonderforschungsbereich 186 aufgenommen worden ist. Mit ihm wurde ein größeres international vergleichendes Forschungsvorhaben fortgeführt, das vom Projektleiter vor seinem Wechsel an die Universität Bremen bereits am European University Institute in Florenz begonnen wurde. In der zurückliegenden Forschungsphase haben sich die Arbeiten vor allem auf die empirische Untersuchung der folgenden zwei Fragen konzentriert: (1) In welcher Weise hat sich in modernen Gesellschaften die Reproduktion sozialer Ungleichheit von der Herkunftsfamilie über die Bildungs- und Berufsverläufe der Lebenspartner bis hin zur Gründung einer neuen Familie verändert? Und (2), wie sind in modernen Gesellschaften die Erwerbs- und Berufskarrieren von Partnern mit der sozialen Lage ihrer Haushalte und deren Dynamik (Dauer der Ehen, Zeitpunkte der Kindergeburt, Phasen des Familienzyklus etc.) verbunden?

Das Projekt hat sich in der letzten Antragsphase darüber hinaus auch um eine bessere theoretische Vermittlung von Rational-Choice-Theorien mit Ansätzen aus der Lebensverlaufsforschung bemüht und statistische Verfahren sowie die dafür erforderliche spezielle Software zur Analyse von Längsschnittdaten weiterentwickelt. Die Ergebnisse der Projektarbeiten lassen sich kurz wie folgt zusammenfassen:

(1) In inhaltlicher Hinsicht sind folgende Resultate der empirischen Analysen hervorzuheben:

- a) Die verbesserten Bildungs- und Berufschancen von Frauen haben in Westdeutschland, Schweden, den Niederlanden, Frankreich, Großbritannien, den USA, Italien, Spanien und Ungarn vor allem eine zeitliche Strukturverschiebung der Familienbildungsphase im Lebenslauf bewirkt. Eine zunehmend größere Zahl höher gebildeter Frauen verweilt länger im Bildungssystem und holt die Familienbildungsprozesse (Heirat und die Geburt eines Kindes) dann vielfach einfach nur später nach. Nichteheliche Lebensgemeinschaften setzen sich in diesem Prozeß als neue Form des Zusammenlebens in einer Lebenspassage durch, die zunehmend durch hohe Statusunsicherheit gekennzeichnet ist. Vom höheren Bildungsniveau der Frauen an sich und damit von deren verbesserten Berufschancen, läßt sich dagegen in der Regel kein bedeutsamer Effekt auf die Familie als Institution und nur ein schwacher Einfluß auf die Kinderlosigkeit feststellen. Es gibt allerdings auch Unterschiede, die sich in Europa an einer Nord-Süd-Achse festmachen lassen. So wirkt sich die Bildungsexpansion in traditionellen Familiensystemen, wie etwa in Italien und Spanien, stärker auf die Familienbildung aus, als in Westdeutschland, Frankreich oder Großbritannien, und dort wiederum intensiver als in den weit egalitäreren familiären

Strukturen skandinavischer Länder, wie etwa in Schweden.

- b) Entgegen der These, daß moderne Gesellschaften durch eine wachsende Individualisierung und in der Folge intergenerational durch eine zunehmende Destrafifizierung gekennzeichnet seien, zeigen die Analysen des Projekts, daß es dort ein hohes Niveau und einen langfristigen Trend zu mehr Bildungs- und Statushomogamie der Partner gibt. Insbesondere ergibt sich, daß Personen, mit steigendem Bildungsniveau eine zunehmende Tendenz zu bildungshomogenen Ehen haben, weil höhere Schulen und die Hochschulen die Kontakt- und Heiratsmärkte stark homogenisieren. Die Bildungsexpansion, von der in modernen Gesellschaften insbesondere die Frauen und Männer aus der Mittelschicht profitiert haben, bewirkt deswegen auch eine tendenzielle Schließung des Heiratsprozesses nach Bildungsniveau über die Kohorten hinweg und nicht deren Öffnung. Darüber hinaus scheint es "kompensatorische, die soziale Ungleichheit intergenerational stabilisierende Heiratsmechanismen" derart zu geben, daß die Frauen nach unten (oben) heiraten, wenn ihr Bildungsniveau höher (niedriger) als das ihrer Väter ist.
- c) Wie bei der Familienbildung, so läßt sich in Westeuropa auch in der Art und im Umfang der Erwerbsbeteiligung von Frauen eine deutliche Nord-Süd-Spaltung feststellen. Teilzeitarbeit von Frauen ist in Südeuropa nur schwach ausgeprägt und die Erwerbsbeteiligung ist geringer. Bis in die späten 80er Jahre hinein hat sich dagegen in Nordeuropa die wachsende Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen im Grunde völlig über eine Expansion der Teilzeitarbeit vollzogen. Sie wurde von den meisten nordeuropäischen Ländern als probates Mittel benutzt, verheiratete Frauen in der Phase der ökonomischen Hochkonjunktur in den Arbeitsmarkt zu integrieren – ohne deren traditionelle Familienrolle grundsätzlich in Frage zu stellen. Die Rolle der Frau als Hausfrau und Zusatzverdienerin hat sich dadurch also weniger drastisch gewandelt als häufig vermutet. Teilzeitarbeitende Frauen sind zwar ökonomisch nicht mehr vollständig von ihren Ehemännern abhängig, aber sie stellen ihre eigenen langfristigen Berufschancen während der Familienphase noch immer zur Disposition. Bei Männern kommt Teilzeitarbeit kaum vor. Sie ist bei ihnen eng an frühe Phasen der Bildungs- und Berufskarriere geknüpft oder mit dem Übergang in den Ruhestand verbunden.
- d) Obwohl die Ehepartner sich hinsichtlich ihrer Bildungsniveaus, Karrierechancen und Arbeitseinkommen bei der Eheschließung häufig sehr ähnlich sind, gibt es auch einen größeren Anteil von Paaren mit sehr unterschiedlichen individuellen Einkommens- und Karrierechancen – und zwar überraschenderweise in beide Richtungen. Relativ gleich häufig sind Paare, in denen die Männer einen höheren beruflichen Status haben als ihre Ehefrauen und Ehen, in denen

die Frauen ihre Ehemänner bezüglich ihrer Karrieremöglichkeiten zu Beginn der Ehe deutlich überflügeln. Aufgrund der ökonomischen Theorie der Familie war deswegen zu erwarten, daß – unabhängig vom Geschlecht – derjenige Partner, der die besseren Karriere- und Einkommenschancen hat, sich im Verlauf der weiteren Ehe auf die Erwerbsarbeit spezialisiert, während der andere sich stärker der Hausarbeit und der Kindererziehung zuwendet. Die empirischen Ergebnisse des Projekts sprechen allerdings deutlich gegen diese These. Übergänge von Ehemännern in Teilzeitarbeit und Erwerbsunterbrechungen von (auch jüngeren) Ehemännern sind kaum zu beobachten. Das heißt, obwohl viele Männer zu Beginn der Ehe ein weit geringeres Einkommenspotential besitzen als ihre Ehefrauen, sind es fast ausschließlich nur Frauen, die auf die Veränderungen im Familienzyklus mit Erwerbsunterbrechungen und Teilzeitarbeit reagieren. Die traditionellsten Familienstrukturen, die durch die Spezialisierung des Ehemannes auf die Erwerbsarbeit und der Ehefrau auf die Hausarbeit gekennzeichnet sind, finden sich vor allem bei den Paaren, in denen der Mann aus einer einfacheren Schicht stammt, Karriere gemacht und eine Frau mit geringeren beruflichen Möglichkeiten geheiratet hat.

- (2) In statistisch-methodischer Hinsicht hat das Projekt vor allem bei drei Problemen Fortschritte erzielt. Es hat (a) eine effiziente Technik zur Analyse "links abgeschnittener Daten" bei der Schätzung von Übergangsraten- und Survivorfunktionen entwickelt; (b) einen theoretisch-systematischen Zugang zur Modellierung der Zeitpfade bei zeitabhängigen Kovariablen vorgeschlagen; und (c) einen neuen statistischen Lösungsansatz zur Modellierung interdependent Prozesse begründet und in empirischen Analysen angewandt.
- (3) In programmtechnischer Hinsicht ist das im Projekt fortentwickelte Computerprogramm TDA (Transition Data Analysis) von Götz Rohwer, das eine Vielzahl spezieller Verfahren zur Analyse von Panel- und Ereignisdaten zur Verfügung stellt, laufend ergänzt und erweitert worden. Dadurch konnten die im Projekt gestellten methodisch-statistischen Probleme bei der empirischen Analyse effizient bewältigt werden. In diesem Zusammenhang ist vor allem darauf hinzuweisen, daß dieses Programmpaket national und international eine sehr große Zahl von Nutzern gefunden hat.
- (4) Mit Blick auf die Datengrundlage ist es dem Projekt in der letzten Antragsphase gelungen, eine Reihe neuerer nationaler und internationaler Längsschnittdatensätze in den Datenbestand zu integrieren, zu dokumentieren und für empirische Analysen nutzbar zu machen. Längsschnittdatensätze sind jetzt insbesondere für Deutschland, USA, Dänemark, die Niederlande, Polen, Slowenien und Großbritannien verfügbar.

2. Kenntnisstand bei der Antragstellung

Allgemein betrachtet, liegt das Teilprojekt im Schnittpunkt von Mobilitäts-, Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsforschung. Sieht man einmal von verschiedenen Kohortenstudien und der Lebensverlaufsforschung ab, dann dominiert in all diesen Forschungsgebieten noch immer eine starke Zeitpunktbezogenheit bei der Erhebung von Daten (Surveys, Mikrozensus- und Volkszählungserhebungen), eine Querschnittsorientierung bei der Darstellung von Ergebnissen und eine komparativ-statische Strategie bei der Analyse von Veränderungen.

Solche Forschungen haben zwar ihre Berechtigung, weil sie relativ rasch und meist auch kostengünstig Informationen bereitstellen können, sie sind aber auch stets mit einer besonderen Gefahr von inhaltlichen Fehlinterpretationen verbunden. Diese ist um so größer, je rascher sich sozialer Wandel vollzieht (Blossfeld/Rohwer 1995). Das Bildungs- und Beschäftigungssystem sowie der Bereich der privaten Lebensformen gehören nun aber gerade zu denjenigen Bereichen moderner Gesellschaften, in denen sich der soziale Wandel in den letzten Jahrzehnten besonders rasant vollzogen hat. Das Projekt wollte deswegen in Anknüpfung an die neuere Lebensverlauf- und Biographieforschung zum einen die traditionelle *Trennung zwischen den gerade angesprochenen Bindestrich-Soziologien überwinden* und die vorherrschende komparativ-statische Untersuchungsperspektive durch einen *Längsschnitt- und Kohortenansatz ersetzen*. Im Unterschied zur bisher etablierten Lebenslaufforschung setzt das Projekt jedoch nicht am Verlauf einzelner isolierter Individuen an, sondern versucht die Statuspassagen der Individuen vor allem in *Verbindung mit Familienzusammenhängen und Haushaltsgemeinschaften zu verstehen*.

Auf der Grundlage dieser Projektperspektive haben sich die inhaltlichen Arbeiten in der vergangenen Forschungsphase vor allem auf die empirische Untersuchung der folgenden zwei inhaltlichen Teilfragen konzentriert: (1) In welcher Weise hat sich in modernen Gesellschaften die Reproduktion sozialer Ungleichheit von der Herkunftsfamilie über die Bildungs- und Berufsverläufe der Lebenspartner bis hin zur Gründung einer neuen Familie verändert? (2) Wie sind in modernen Gesellschaften die Erwerbs- und Berufskarrieren von Partnern mit der sozialen Lage von Haushalten und ihrer Dynamik (Dauer der Ehen, Zeitpunkte der Kindergeburten, Familienzyklus etc.) verbunden?

Veränderung des Heirats- und Homogamieprozesses: Betrachtet man den Forschungsstand zum herkunftsspezifischen Heiratsverhalten am Beginn des Projekts, dann war zunächst auffallend, daß die meisten Endogamie- und Homogamiestudien eher älteren Datums waren und sich in der Regel nur auf die Feststellung der Heiratsmuster zu einem bestimmten Zeitpunkt bezogen. Die Zahl der Studien mit aktueller Information und einer Darstellung der Veränderungen in den Heiratsbeziehungen über die Geburtskohorten hinweg waren gering. Viele der vorliegenden empirischen Studien waren darüber hinaus an einem traditionellen Familienbild orientiert und wendeten sich einseitig der Heiratsmobilität von Ehefrauen zu. Dabei wurde bei der Frau auf die Bildung und den Beruf des Vaters als Indikatoren der sozialen Herkunft zurückgegriffen, während beim Mann die erworbene Bildung und der erreichte Berufsstatus zum Interviewzeitpunkt verwendet wurde. Das Ziel dieser Untersuchungen war ein Vergleich der intergenerationalen Mobilität durch Heirat bei den Frauen mit der intergenerationalen Berufsmobilität der Männer. Die theoretische Rechtfertigung dieser Vorgehensweise war das traditionelle Modell der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, bei dem die Hausarbeit den Ehefrauen und die Erwerbsarbeit den Ehemännern zugeordnet wurde, so daß sich der Status der Frau entweder über die Familie des Vaters oder des Ehemannes bestimmt. Der methodische Grund für diese Studien war darüber hinaus häufig die hohe Quote der familiären Erwerbsunterbrechungen von Ehefrauen, die in Querschnittserhebungen dazu führt, daß (Haus-)Frauen wegen ihrer fehlenden Berufsangaben nicht kodierbar sind.

Das Grundproblem der meisten Heiratsstudien bestand also zum einen in ihrer komparativ-statistischen Betrachtungsweise. Es wurde nicht nur die soziale Herkunft zeitpunktbezogen gemessen (z. B. zum Zeitpunkt, in dem der oder die Befragte 15 oder 16 Jahre alt war), sondern es gingen in der Regel nur das höchste Bildungsniveau und der Beruf zu einem bestimmten Beobachtungszeitpunkt (Eintrittsberuf, Beruf zum Zeitpunkt der Eheschließung, Beruf zum Zeitpunkt des Interviews etc.) in die Analyse ein. Dieses Vorgehen wäre nicht problematisch, wenn die Bildungs- und Berufsverläufe keine Dynamik zeigten, alle Personen zum gleichen Zeitpunkt heirateten und Erwerbsunterbrechungen bei den Frauen eher eine Ausnahme wären. Wir wissen aber, daß all dies nicht der Fall ist. Die komparativ-statistischen Vergleiche, ob sie nun auf der Grundlage von Tabelleninterpretationen, Regressions- und Pfadanalysen oder mit den heute eher üblichen log-linearen Mo-

dellen durchgeführt wurden, bezogen sich somit nur auf Momentaufnahmen der Prozesse, deren Interpretation wegen der Zeitabhängigkeit mehr als unsicher ist. Das Projekt hat sich aus diesem Grunde von vornherein auf die Wirkung der Bildungs- und Berufsverläufe von Männern und Frauen auf den Heiratsprozeß konzentriert.

Die meisten vorliegenden Homogamiestudien waren zum anderen aber auch unter inhaltlich-theoretischen Gesichtspunkten nicht sehr befriedigend. Neuere strukturelle Entwicklungen, die eng mit der Heirat in Beziehung stehen, wurden in diesen Untersuchungen, falls überhaupt, nur am Rande angesprochen. So hat sich durch die Bildungsexpansion nicht nur das Bildungsniveau der Partner, sondern auch die Ausbildungsdauer über die Kohorten erhöht. Die Berufsstruktur hat sich über die Geburtskohorten hinweg tertiarisiert und die Arbeitsmarktprobleme der Berufsanfänger sind größer geworden. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen ist über die Kohorten gestiegen und die Fertilität hat sich verringert. Das beantragte Projekt wollte deswegen aus einer international vergleichenden und längsschnittorientierten Perspektive vor allem einen Beitrag zur Untersuchung der *Wirkungen dieser strukturellen Veränderungen auf die intergenerationale Reproduktion sozialer Ungleichheit durch das Heiratsverhalten* liefern.

Erwerbs- und Berufskarrieren von Ehepartnern: Neben der Untersuchung der Karrieren von Frauen und Männern bis zum Heiratszeitpunkt hat sich ein zweiter inhaltlicher Arbeitsschwerpunkt mit den Erwerbs- und Berufskarrieren von zusammenlebenden Partnern befaßt. Die Erforschung des Erwerbsverhaltens der Frau und die Beziehung zwischen den Ehepartnern im Haushaltkontext ist vor allem im Rahmen der ökonomischen Theorie der Familie vorangetrieben worden. Hier wurden in jüngster Zeit zunehmend auch Längsschnittanalysen durchgeführt. Aus der Perspektive des internationalen Vergleichs standen diese Forschungen zu Beginn des Projekts aber noch weitgehend am Anfang. In der Regel konzentrierten sich solche Studien auf die phasenspezifische Erwerbsbeteiligung von Frauen und ließen die Verläufe der Ehemänner meist ganz außer Betracht.

Für die empirische Erforschung von Partnerverläufen in Haushalten und dort insbesondere für die Erwerbsbeteiligung von Frauen, hat das Konzept des Familienzyklus eine große Rolle gespielt. Es betonte sieben Schlüsselereignisse im Familienzyklus: (1) die erste Heirat; (2) die Geburt des ersten Kindes; (3) die Geburt des

letzten Kindes; (4) die Heirat des ersten Kindes; (5) die Heirat des letzten Kindes; (6) den Tod eines Ehepartners und (7) schließlich den Tod des verbleibenden Ehepartners. Diese klassische Vorstellung des Familienverlaufs ist in den letzten Jahren zu recht mehrfach kritisiert worden. Für unseren Projektzusammenhang war vor allem wichtig, daß die Annahme einer Entwicklung durch eine fest vorgegebene Anzahl von Familienstufen problematisch ist, weil sie empirisch nur selten zutrifft. Die Gründe für ein Abweichen können vielfältig sein, wie in den vorliegenden Analysen des Teilprojekts gezeigt wurde: (1) die Chronologie der zeitlichen Ordnung stimmt nicht mit dem Modell überein (z. B. die Geburt des ersten Kindes tritt vor der Heirat auf); (2) viele Stufen werden von bestimmten Paaren erst gar nicht erreicht (z. B. Paare, die niemals heiraten); (3) der Prozeß kann völlig unterbrochen werden (z. B. durch Tod oder Scheidung/Trennung); und (4) das darin enthaltene implizite Modell der isolierten Kernfamilie ist unfähig, wichtige Strukturveränderungen über verschiedene Zeitperioden oder Gesellschaften aufzunehmen (z. B. die Herausbildung neuer Formen des privaten Zusammenlebens).

Als eine für das vorliegende Teilprojekt besonders wichtige methodische Ausgangsthese, die sich aus der Kritik des Modells des Familienzyklus ergab, läßt sich festhalten, daß die Analyseeinheit nur die über den Haushalt zusammenhang oder die Familie verbundenen Individuen sein können und nicht die Haushalte oder Familien selbst. Daraus folgt, daß sich eine Längsschnittanalyse der Erwerbs- und Berufskarrieren von Partnern auf die Statusübergänge der verbundenen Individuen (als interdependente parallele Prozesse) in verschiedenen Familien- oder Haushaltsausgangszuständen beziehen muß.

Unter theoretischen Gesichtspunkten standen zu Beginn des Projekts zur Erklärung der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen im Haushalt kontext verschiedene Theorieansätze zur Verfügung. An dieser Stelle soll nur darauf hingewiesen werden, daß von Seiten der Wirtschaftswissenschaft der empirisch einflußreichste Ansatz sicherlich die ökonomische Theorie der Familie ist. Vor allem eine ihrer Thesen war im Kontext unseres Projektes von besonderem Interesse: Falls die Haus- oder Familienarbeit weniger (nichtmonetäres) Einkommen erbringt als die Erwerbsarbeit, werden die Frauen ihr Arbeitsangebot erhöhen. Vor diesem theoretischen Hintergrund wird die wachsende Erwerbstätigkeit der Frauen vor allem durch steigende Löhne, eine höhere Produktivität der Hausarbeit im Zuge moderner Techniken, steigende Opportunitätskosten durch höhere Bildungsin-

vestitionen der Frauen, das Sinken der Kinderzahl und die Veränderung sozial- und familienpolitischer Rahmenbedingungen (Steuersystem, Kindergartenplätze, Ganztagsbetreuungseinrichtungen etc.) erklärt. Die Wirksamkeit dieser verschiedenen Einflüsse auf das Erwerbsverhalten der Frauen ist heute in der Soziologie und Ökonomie allgemein akzeptiert und gut dokumentiert. Es konnte deswegen im vorliegenden Projekt nicht um den Nachweis der Wirksamkeit *an sich* gehen. Im Zentrum des hier beantragten Projekts stand vielmehr die spezifische Frage nach den *dynamischen Mechanismen* im Lebenslauf der Frauen und Partnerkarrieren, die vermittelt über das System der sozialen Ungleichheit in verschiedenen Ländern wirksam werden.

3. Angewandte Methoden

Ein wichtiges Ziel des Teilprojekts bestand ferner darin, internationale Vergleiche durchzuführen. Solche Vergleiche bilden eine besonders wichtige Grundlage – nicht nur, um Einsichten in nationale Besonderheiten zu gewinnen, sondern auch, um zutreffendere Aussagen über strukturelle Rahmenbedingungen und Prozesse sozialen und institutionellen Wandels machen zu können. Dies betrifft beispielsweise unterschiedliche Formen des Bildungssystems, der Organisation von Arbeitsmärkten und von sozialen Sicherungssystemen. Das Projekt hat deswegen in der letzten Antragsphase kontinuierlich an der Erweiterung, Dokumentation und Nutzung seiner Datengrundlagen gearbeitet.

Für Deutschland sind die folgenden drei Datensätze übernommen, aufbereitet und ausgewertet worden: (1) die Lebensverlaufsstudie des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin, (2) die Daten des Sozio-ökonomischen Panels des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin, und (3) die Daten des deutschen Family and Fertility Surveys aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungswissenschaft in Wiesbaden.

Für den internationalen Vergleich wurden mehrere Längsschnittdatensätze herangezogen, die dem Projekt in Bremen zum Teil direkt zur Verfügung stehen und/oder zum Teil vom Projekt gemeinsam mit Kooperationspartnern aufbereitet und bearbeitet werden:

- USA: (1) die zwei National Surveys of Families and Households aus Madison (WI) und (2) die Panel Study of Income Dynamics aus Ann Arbor (MI), die alle vom Projekt in Bremen ausgewertet werden;

- *Slowenien*: der Quality of Life Survey, der ebenfalls in Bremen verfügbar ist – Kooperationspartner ist hier Prof. Ivan Svetlik;
- *Dänemark*: (1) ein vom Dänischen Statistischen Amt zugänglich gemachter Längsschnittdatensatz (IDA), der von Dr. Götz Rohwer gemeinsam mit Dr. Søren Leth-Sørensen, Kopenhagen, bearbeitet wurde und (2) ein in Zusammenarbeit mit dem Centre for Labour Market and Social Research in Aarhus erstellter spezieller repräsentativer Längsschnittdatensatz, der es erlaubt, die wechselseitige Beeinflussung von Partnern in Ehen zu untersuchen;
- *Niederlande*: der Dutch Family Survey, der in Kooperation mit Prof. Wout Ultee, Dr. Nan Dirk de Graaf und Wilma Smeenk in Nijmegen sowie Dr. Wim Bernasco in Utrecht vergleichend ausgewertet wird;
- *Polen*: der polnische Family and Fertility Survey aus Warschau, der dem Projekt in Bremen zur Verfügung steht – Kooperationspartner sind hier Prof. Irena Kowalska und Prof. Ewa Fratczak;
- *Großbritannien*: der British Household Panel Survey.

Die Auswertung dieser Längsschnittdatensätze ist ohne den Einsatz einer fortgeschrittenen quantitativen Methodologie undenkbar. Die Arbeiten des Projekts erstreckten sich dabei aber nicht nur auf die bloße Anwendung bereits verfügbarer Techniken, sondern ein wesentliches Ziel des Teilprojekts bestand vor allem darin, gezielt und an inhaltlichen Problemstellungen orientiert, neue Methoden und Techniken der Längsschnittanalyse weiterzuentwickeln. Die Ergebnisse dieser methodisch-statistischen Arbeiten finden sich hauptsächlich in zwei Monographien: (1) Hans-Peter Blossfeld und Götz Rohwer (1995): *Techniques of Event History Modeling – New Approaches to Causal Analysis*, Hillsdale, NJ: Lawrence Erlbaum und (2) Götz Rohwer (1995): *Kontingente Lebensverläufe – Soziologische und statistische Aspekte ihrer Beschreibung und Erklärung*, Habilitationsschrift, Universität Bremen.

Insbesondere drei Problemstellungen, die in diesen Monographien ausgearbeitet worden sind, sollen hier herausgestellt werden:

- (1) *Entwicklung von Methoden zur Analyse "links abgeschnittener Daten" bei der Schätzung von Übergangsraten- und Survivorfunktionen*: Die Verwendung solcher Datenstrukturen, die häufig in Panelstudien auftreten, wirft spezielle Probleme auf.

Es muß vor allem bei der Schätzung berücksichtigt werden, daß diese Daten eine konditionale Information enthalten (konditional auf den Anfangszeitpunkt der Beobachtung). Damit können konditionale Wahrscheinlichkeiten berechnet werden. Das Teilprojekt hat demonstriert, daß es möglich ist, die Standard-Schätzverfahren so zu modifizieren, daß konsistente Schätzungen für solche Daten möglich sind. Diese statistischen Methoden wurden theoretisch ausgearbeitet und in das von Götz Rohwer entwickelte Computerprogramm TDA (Transition Data Analysis) übernommen.

(2) *Entwicklung eines konzeptionellen und statistischen Lösungsvorschlags zur Modellierung und Repräsentation der Einflüsse zeitabhängiger Kovariablen.* Eine für Anwendungen besonders wichtige Eigenschaft von Übergangsratenmodellen liegt darin, daß mit ihrer Hilfe der Einfluß zeitveränderlicher Kovariablen modelliert werden kann. Bisherige Anwendungen haben sich hauptsächlich darauf konzentriert, sogenannte proportionale Ratenmodelle zu verwenden, bei denen eine zeitabhängige Kovariable sich nur in Form einer einmaligen proportionalen Verschiebung einer Basisrate Ausdruck verschaffen kann. Um zu untersuchen, wie der Einfluß einer zeitabhängigen Kovariablen auf den interessierenden Prozeß wirkt, ist dies jedoch oft unzureichend. Man möchte vielmehr in Erfahrung bringen, wie der Zeitpfad für den unterstellten Kausalzusammenhang beschaffen ist. Diese Problemstellung wurde in verschiedenen Publikationen theoretisch weiter ausgearbeitet (vgl. z. B. Blossfeld/Rohwer 1995; Rohwer 1995). Es wurde insbesondere gezeigt, daß in Abhängigkeit von den jeweils verfügbaren Daten, Informationen über den Zeitpfad des Wirkungszusammenhangs gewonnen werden können. Die Methode wurde auch zur Beantwortung der im Projekt gestellten inhaltlichen Problemstellungen eingesetzt, und zwar bei der Beantwortung der Frage, wie bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften das Auftreten einer Schwangerschaft zeitbezogen die Heiratsneigung beeinflußt (Blossfeld/Klijzing/Pohl/Rohwer 1996).

(3) *Entwicklung konzeptioneller und statistischer Modelle zur Analyse interdependent paralleler Prozesse.* Analyseprobleme treten insbesondere dann auf, wenn wie im vorliegenden Teilprojekt, untersucht werden soll, wie Paare von Personen (z.B. Ehepaare) sich parallel im Berufs- und Familienverlauf entwickeln und dabei wechselseitig beeinflussen. Die Problemstellung ist jedoch allgemeiner und umfaßt generell die Frage, wie zeitabhängige Kovariablen, d.h. parallel verlaufende Prozesse, bei der Konstruktion von Übergangsratenmodellen angemessen berücksichtigt werden.

tigt werden können; insbesondere dann, wenn es sich um endogene, d.h. durch den Basisprozeß selbst beeinflußte Kovariablen handelt. Um einen mit unseren üblichen Vorstellungen über Kausalität konsistente Lösungsvorschlag für dieses methodische Problem zu finden, wurde das Prinzip der konditionalen Unabhängigkeit bei (simultanen) Prozessen formuliert. Gestützt auf dieses Prinzip konnte insbesondere gezeigt werden, daß sich ein Modell für zwei (oder mehrere) interdependenten Prozesse in zwei (oder mehrere) Teilmodelle zerlegen läßt; wobei jedes der Teilmodelle sich auf einen spezifischen Teilprozeß bezieht und die Entwicklungen in den parallel verlaufenden übrigen Teilprozessen als zeitveränderliche Kovariablen einbezogen werden können. Neben der theoretischen Ausarbeitung dieses Lösungsansatzes im Rahmen der oben genannten Monographien wurde die Methode auch bereits bei der empirischen Bearbeitung paralleler Berufskarrieren von Ehepartnern eingesetzt (Blossfeld/Drobnić/Rohwer 1996).

Das Teilprojekt hat sich mit seinen Auswertungen vor allem auf das Computerprogramm TDA von Götz Rohwer (1994) gestützt, das eine Vielzahl spezieller Verfahren zur Analyse von Panel- und Ereignisdaten zur Verfügung stellt und immer wieder flexibel für die im Projekt gestellten methodischen Fragen ergänzt worden ist. Während der laufenden Forschungsphase wurde das TDA-Programm vor allem so erweitert, daß auch komplexere Längsschnittdatensätze komprimiert gespeichert und statistisch analysiert werden können. Schließlich wurden in diesem Programm auch die Möglichkeiten zur flexiblen Modellbildung fortentwickelt. Zu bemerken ist insbesondere, daß die TDA-Software heute national und international in sehr vielen prominenten Forschungsinstituten zur Analyse von Längsschnittdaten eingesetzt wird.

4. Ergebnisse und ihre Bedeutung

Im Folgenden sollen nur summarisch die wichtigsten inhaltlichen Projektergebnisse dargestellt werden.

4.1. Verbesserte Bildungs- und Berufschancen von Frauen und der Prozeß der Familienbildung

Im Rahmen des Teilprojekts ist zunächst eine größere international vergleichende Studie über den Einfluß der veränderten Bildungs- und Berufschancen von Frauen

auf die Phase der Familienbildung (nichteheliche Lebensgemeinschaften, erste Heirat und erste Geburt eines Kindes) entstanden (Blossfeld 1995). Im Zentrum dieser Studie stand die These der ökonomischen Theorie der Familie, daß die Familie als Institution an Bedeutung verliere und die Frauen keine Kinder mehr bekommen wollten, wenn sich ihre Bildungs- und Berufschancen im Vergleich zu den Männern deutlich verbessern. Die Grundlage der in den Vergleich einbezogenen Länder waren dabei, neben Westdeutschland, die Länder Schweden, die Niederlande, Frankreich, Großbritannien, die USA, Italien, Spanien und Ungarn. Das übereinstimmende Ergebnis war, daß sich die Bildungsexpansion in modernen Gesellschaften vor allem in einer zeitlichen Strukturverschiebung der Familienbildungsphase im Lebenslauf niederschlägt. Eine zunehmend größere Zahl höher gebildeter Frauen verweilt länger im Bildungssystem und holt die Familienbildungsprozesse (Heirat und die Geburt eines Kindes) dann einfach später nach. Nichteheliche Lebensgemeinschaften setzen sich dabei als Lebensform in einer Lebenspassage durch, die durch hohe Statusunsicherheit gekennzeichnet ist. Vom höheren Bildungsniveau der Frauen an sich und damit von deren verbesserten Berufschancen, läßt sich dagegen in der Regel kein bedeutsamer Effekt auf die Familie als Institution und nur ein schwacher Einfluß auf die Kinderlosigkeit feststellen. Es gibt allerdings auch Unterschiede, die sich in Europa an einer Nord-Süd-Achse festmachen lassen. So wirkt sich die Bildungsexpansion in traditionellen Familiensystemen, wie etwa in Italien und Spanien, stärker auf die Familie aus, als in Westdeutschland, Frankreich oder Großbritannien, und dort wiederum intensiver als in den weit egalitäreren familiären Strukturen skandinavischer Länder, wie etwa in Schweden.

4.2. Strukturelle Trends in modernen Gesellschaften und ihre Effekte auf die Heiratshomogamie

In der soziologischen Literatur zum Thema Homogamie und Endogamie sind die Effekte der Industrialisierung und Modernisierung auf die Wahl von Ehe- und Lebenspartnern (hinsichtlich bestimmter Merkmale wie Bildung, sozioökonomischer Status und soziale Herkunft) empirisch weitgehend vernachlässigt worden. Das Teilprojekt hat deswegen diese Prozesse in den Vordergrund gestellt. Es hat insbesondere die These empirisch zu bewerten versucht, daß moderne Gesellschaften durch eine wachsende Individualisierung ihrer Mitglieder gekenn-

zeichnet seien und sich in der Folge auch intergenerational eine zunehmende Destratifizierung ergebe.

In den empirischen Analysen sind dazu die Verläufe von Ehepartnern – sei es als Schichtzugehörigkeiten oder Klassenpositionen – von der Herkunfts familie über die Bildungs- und frühe Berufskarriere im Längsschnitt rekonstruiert und kohortenvergleichend analysiert worden (Timm/Blossfeld 1996; Ultee et al. 1996).

Bereits die deskriptiven Analysen zeigen, daß es in modernen Ländern ein hohes Niveau und einen langfristigen Trend zu mehr Bildungs- und Statushomogamie gibt (Timm/Blossfeld 1996; Ultee et al. 1996). Für Deutschland wird dieser Trend für die Bildungshomogamie beispielhaft in Tabelle 1 dargestellt. Man sieht dort, daß der relative Anteil der bildungshomogenen Ehen über die Kohorten hinweg deutlich angestiegen ist. Aus der Perspektive der Frauen ergibt sich, daß es über die Kohorten hinweg einen dramatischen Rückgang der Aufwärtsheiraten bezüglich des Bildungsniveaus gegeben hat, während die Abwärtsheiraten tendenziell zugenommen haben. Aber auch bei den jüngeren Geburtsjahrgängen bleibt das "traditionelle Muster" noch immer erhalten, nach dem die Frauen mehr aufwärts heiraten als die Männer und die Männer umgekehrt eher abwärts heiraten als die Frauen.

Die vom Projekt durchgeföhrten Ereignisanalysen zeigen insbesondere, daß die Aufwärts-, Abwärts- und homogenen Heiratsraten sehr zeitabhängig sind. Plottet man beispielsweise die Rate für die homogenen Heiraten der Frauen, die einen Hochschulabschluß erreichen, dann sieht man, daß diese während ihrer Ausbildung noch sehr gering ist. Erst wenn sie das Hochschulsystem verlassen haben, steigt die Rate plötzlich sprunghaft an, um dann wieder kontinuierlich zu fallen. Das heißt, die Ergebnisse des Projekts stützen die These von Mare (1991), daß Personen, mit steigendem Bildungsniveau eine zunehmende Tendenz zu bildungshomogenen Ehen haben, weil höhere Bildungsinstitutionen – vor allem die höheren Schulen und die Hochschulen – die Kontakt- und Heiratsmärkte stark homogenisieren. Die Bildungsexpansion, von der in modernen Gesellschaften insbesondere die Frauen und Männer aus der Mittelschicht profitiert haben (vgl. Shavit/Blossfeld 1993), bewirkt deswegen auch eine tendenzielle Schließung des Heiratsprozesses nach Bildungsniveau über die Kohorten hinweg und nicht dessen Öffnung durch Individualisierung.

Umgekehrt zeigt sich, daß die Homogamieraten in dem Maße fallen, in dem die Zeitspanne nach dem Verlassen des Ausbildungssystems ansteigt und die Individuen sich in eher bildungsheterogenen Umwelten aufhalten. Dieser Befund widerspricht damit der häufig geäußerten These, daß das gestiegene Heiratsalter in modernen Gesellschaften allein schon zu höheren Endogamie- und Homogamieraten führen müsse, da damit längere "Suchzeiten" nach "geeigneten Partnern" verbunden sind. Die Ergebnisse des Teilprojekts weisen eher darauf hin, daß die Heterogenität der Kontakt- und Heiratsmärkte nach dem Verlassen der Bildungsinstitutionen den dominierenden Einfluß auf den Homogamieprozeß ausübt.

Bezüglich der Abwärtsheiraten, die bei den Frauen wenig systematische Züge tragen und deswegen im soziologischen Sinne eher als "zufällig" zu bezeichnen sind, scheint die soziale Herkunft der einzige erkläzungskräftige Faktor zu sein: Mit steigender sozialer Herkunft sinkt die Neigung zur Abwärtsheirat deutlich. Darüber hinaus ergibt sich, daß Töchter, die ein geringeres Bildungsniveau als ihre Väter haben, eher aufwärts heiraten. Ist das Bildungsniveau von Tochter und Vater gleich, dann ist die Wahrscheinlichkeit, daß diese Frauen homogam heiraten am größten. Umgekehrt, heiraten Frauen, deren Bildungsniveau das ihrer Väter übersteigt, tendenziell wieder eher abwärts. Aus diesen "kompensatorischen Heiratsmechanismen" scheint sich auch intergenerational eine stabilisierende Wirkung auf das Ungleichheitssystem moderner Gesellschaften zu ergeben.

Die bisher durchgeföhrten empirischen Analysen zu diesem Teil des Projektes werden gegenwärtig durch Analysen für die USA, Niederlande und Polen ergänzt. Insbesondere für die Niederlande liegen bereits erste Ergebnisse vor, die im Grunde ähnlich Trends wie für Deutschland erkennen lassen (Ultee/De Graaf/Smeenk 1996). Für die USA und Polen werden die Datensätze für die Längsschnittanalyse gerade aufbereitet.

4.3. Teilzeitarbeit von Frauen und Familienzyklus im Wandel

In einer weiteren Projektstudie wurde die Frage behandelt, wie sich die Vollzeit- und Teilzeiterwerbstätigkeit von Frauen im Zusammenhang mit dem Familienzyklus über den Lebenslauf verändert und welche Wandlungsprozesse sich dabei über die Generationen hinweg ergeben (Blossfeld/Hakim 1996). Die Ergebnisse dieser Analysen, die das Projekt in enger Zusammenarbeit mit einer Reihe interna-

tionaler Wissenschaftler durchgeführt hat, werden in Kürze bei Oxford University Press erscheinen: Blossfeld, Hans-Peter und Catherine Hakim (Hrsg.): *Between equalization and marginalization. Part-time working women in Europe and the United States of America*.

In diese Studie wurden, neben den ehemals sozialistischen Ländern, in denen die Teilzeitarbeit von Frauen keine Sonderrolle gespielt hat (Drobnić 1996), und den USA (Drobnić/Wittig 1995, 1996; Drobnić/Blossfeld/Rohwer/Wittig 1996), die ebenfalls eine Sonderposition einnehmen, sowohl südeuropäische Länder, wie Griechenland und Italien, als auch nordeuropäische Länder, wie Frankreich, West-deutschland, die Niederlande, Großbritannien, Dänemark und Schweden, einbezogen. Einige Resultate dieser systematisch-vergleichenden Untersuchungen sind besonders bemerkenswert. Zunächst lässt sich in Europa, wie bei der Familienbildung, auch in der Art und im Umfang der Erwerbstätigkeit von Frauen eine deutliche Nord-Süd-Spaltung feststellen. Teilzeitarbeit von Frauen ist in Südeuropa nur schwach ausgeprägt. Bis in die späten 80er Jahre hinein hat sich dagegen in Nord-europa die wachsende Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen im Grunde völlig über eine Expansion der Teilzeitarbeit vollzogen. Eine leicht wachsende Vollzeiterwerbstätigkeit verheirateter Frauen lässt sich in diesen Ländern erst ab der zweiten Hälfte der 80er Jahre nachweisen. Dabei war die Teilzeitexpansion in der Phase des Wirtschaftswunders besonders stark und hat in den ökonomischen Krisenzeiten der späten 70er und 80er Jahre beträchtlich an Schwung verloren. Teilzeitarbeit wurde von den meisten nordeuropäischen Ländern als probates Mittel benutzt, verheiratete Frauen in der Phase der ökonomischen Hochkonjunktur in den Arbeitsmarkt zu integrieren – ohne deren traditionelle Familienrolle grundsätzlich in Frage zu stellen. Die Wirkung der explosionsartigen Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen in den letzten 40 Jahren darf deswegen nicht vorschnell überbewertet werden. Die Rolle der Frau als Hausfrau und Zusatzverdienerin hat sich dadurch nicht grundlegend gewandelt. Teilzeitarbeitende Frauen sind zwar ökonomisch nicht mehr vollständig von ihren Ehemännern abhängig, aber sie stellen ihre eigenen langfristigen Berufschancen während der Familienphase noch immer zur Disposition. Andererseits wäre es auch falsch, teilzeitarbeitende Frauen in der Familienphase nur unter dem Gesichtspunkt der Marginalisierung zu betrachten, wie dies leider heute häufig mit den Begriffen der "atypischen" oder "nicht-standard Beschäftigten" geschieht. Denn eine solche Perspektive berück-

sichtigt nicht, daß es sich bei diesen Frauen nicht um isolierte, einzelne Arbeitnehmer handelt, sondern daß diese Frauen Schutz im Falle von Krankheit und Arbeitslosigkeit sowie soziale Sicherheit im Alter bekommen.

Es hat sich ferner ergeben, daß die gestiegene Frauenerwerbstätigkeit und die nationalen Unterschiede nicht so sehr durch einen Verzicht auf Erwerbsunterbrechungen im Lebenszyklus zu erklären ist, sondern eher auf veränderte Muster des Wiedereintritts in das Beschäftigungssystem nach familienbedingten Erwerbsunterbrechungen zurückzuführen ist.

Vollzeit- und Teilzeitarbeit haben sich als zwei strukturell verschiedene Formen der weiblichen Erwerbsbeteiligung erwiesen, d.h. für diese beiden Formen der Erwerbsbeteiligung gelten unterschiedliche Bestimmungsgründe. In jeder Analyse weiblichen Erwerbsverhaltens sollte daher unbedingt zwischen Vollzeit- und Teilzeitarbeit unterschieden werden.

Die aus humankapitaltheoretischen Überlegungen abgeleitete Vermutung, daß eine höhere Bildung im Lebenslauf positiv mit Erwerbeintritten und negativ mit Erwerbsunterbrechungen assoziiert ist, wurde für die untersuchten Länder bestätigt. Bildung fördert hierbei keineswegs einseitig die Präferenz für Vollzeit- im Vergleich zur Teilzeiterwerbstätigkeit. Die Analysen legen eher den Schluß nahe, daß Bildung generell die weibliche Erwerbsneigung erhöht, auch wenn sich die Neigung zur Erwerbstätigkeit nur über weniger attraktive Tätigkeiten realisieren läßt.

In einem spezifischen Vergleich zwischen Deutschland und den USA zeigen sich in den USA deutlich schwächere Effekte familiärer Ereignisse auf die weibliche Erwerbsbeteiligung als in Westdeutschland. In Westdeutschland haben familiäre Bedingungen eine sehr große Bedeutung für das weibliche Erwerbsverhalten; wobei insbesondere die Teilzeitarbeit eine zentrale Rolle bei der Wiedereingliederung in das Beschäftigungssystem spielt. Dies ist in den USA nach den vorliegenden Ergebnissen weit weniger der Fall. Die Aufnahme einer Teilzeitarbeit hängt in den USA nicht von familiären Konstellationen ab.

4.4. Erwerbsmuster von Frauen, parallele Karrieren und soziale Klassen

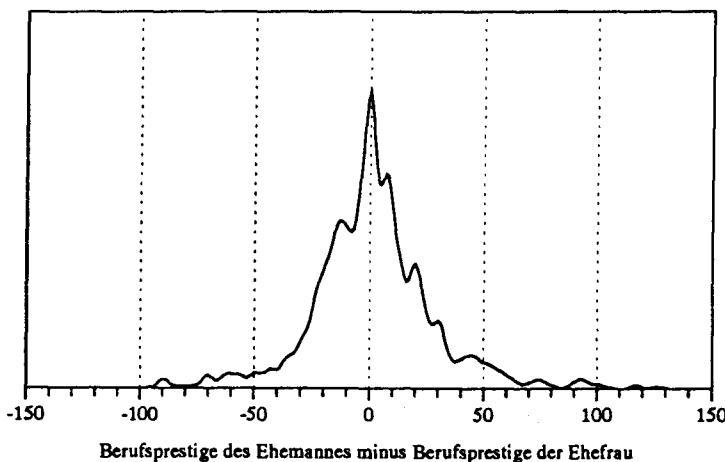
Erste Ergebnisse, wie Ehegatten sich gegenseitig im Lebensverlauf beeinflussen liegen aus dem Projekt für Westdeutschland vor (Blossfeld/Drobnić/Rohwer

1996). Sie basieren auf einer Längsschnittanalyse mit symmetrischer Perspektive. Das heißt, es wurde für Ehemänner und Ehefrauen untersucht, wie sich die Übergänge zwischen (bezahlter) Voll- und Teilzeitarbeit und unbezahlter Hausarbeit, vom Zeitpunkt der Heirat an vollziehen. Zwei Fragen standen dabei im Vordergrund: (1) In welchem Ausmaß heiraten Paare homogam und wie beeinflußt dies ihr Erwerbsverhalten im späteren Familienzyklus? (2) In welcher Weise sind die Übergänge zwischen bezahlter Voll- und Teilzeitarbeit und unbezahlter Hausarbeit geschlechtsspezifisch organisiert?

Den Ausgangspunkt dieser empirischen Analysen stellt der oben bereits dargestellte Befund dar, daß in Deutschland die Mehrzahl der Ehen homogam geschlossen wird und daß sich diese Tendenz über die Kohorten hinweg noch weiter verstärkt hat. Ehepartner sind sich also hinsichtlich ihrer Karrierechancen und Arbeitseinkommen bei der Eheschließung häufig sehr ähnlich.

Daneben gibt es aber auch noch eine erhebliche Anzahl von Paaren mit sehr unterschiedlichen individuellen Einkommens- und Karrierechancen – und zwar überraschenderweise in beide Richtungen. Relativ gleich häufig sind Paare, in denen die Männer einen höheren beruflichen Status haben als ihre Ehefrauen und Ehen, in denen die Frauen ihre Ehemänner bezüglich ihrer Karrieremöglichkeiten zu Beginn der Ehe deutlich überflügeln.

Dichte der Differenz des Berufsprestiges beim Berufseinstieg



Aufgrund der ökonomischen Theorie der Familie wäre deswegen zu erwarten, daß derjenige Partner (ob Mann oder Frau), der die besseren Karriere- und Einkommenschancen hat, sich innerhalb der Ehe auf die marktmäßige Erwerbsarbeit spezialisiert, während der andere sich stärker der Hausarbeit und der Kindererziehung zuwendet. Leider stellt sich die Situation in Westdeutschland auch bei jüngeren Paaren empirisch ganz anders dar. Übergänge von Ehemännern in Teilzeitarbeit und Erwerbsunterbrechungen von (auch jüngeren) Ehemännern sind fast nicht meßbar. Das heißt, obwohl viele Männer zu Beginn der Ehe ein weit geringeres Einkommenspotential besitzen als ihre Frauen, sind es fast ausschließlich nur Frauen, die auf die Veränderungen im Familienzyklus mit Erwerbsunterbrechungen und Teilzeitarbeit reagieren.

Eine genauere Untersuchung des Einflusses der sozialen Position des Ehemanns auf das Erwerbsverhalten der Ehefrauen zeigt darüber hinaus, daß ihr Erwerbsverhalten nur aus dem Haushaltskontext heraus verstanden werden kann. Frauen, die zum Heiratszeitpunkt überwiegend vollzeiterwerbstätig waren, unterbrechen weiterhin ihre Erwerbstätigkeit bei der Geburt des ersten Kindes. Dies bedeutet nicht, daß die Ressourcen der Frau keine Rolle spielen würden. Höhergebildete Frauen mit besseren Karrieremöglichkeiten und höheren Einkommenschancen unterbrechen weniger häufig und – falls sie unterbrochen haben – kehren häufiger vor allem in das Teilzeitsegment des Arbeitsmarktes zurück. Dies kann als eine Bestätigung der Humankapitaltheorie gewertet werden. Insgesamt besteht über die Heiratskohorten hinweg eine generelle Tendenz nach einer Unterbrechung schneller wieder in den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Dies gilt für Teilzeitarbeit schon seit drei Jahrzehnten und wurde in der zweiten Hälfte der 80er Jahre auch für die Vollzeiterwerbstätigkeit zunehmend üblich. Insgesamt stellt die Arbeit von Ehefrauen in Westdeutschland eine wichtige Zusatzeinkommensquelle dar, um einen höheren Lebensstandard zu erreichen bzw. diesen aufrechtzuerhalten.

Dennoch zeigen unsere Analysen auch, daß die Position der Ehemänner auf die Erwerbskarrieren ihrer Frauen einen starken Einfluß ausüben. Je höher der berufliche Status des Ehemannes ist, desto stärker ist der Druck auf die Ehefrau, den Arbeitsmarkt zu verlassen und diesem fernzubleiben. Dies ist besonders ausgeprägt in den Fällen, in denen der Ehemann ein erheblich höheres Einkommen hat als seine Frau.

Ein weiteres interessantes Ergebnis ist, daß die soziale Herkunft des Ehemannes einen stärkeren Einfluß auf das Erwerbsverhalten der Ehefrau hat, als ihre eigene soziale Herkunft. Die traditionellsten Familienstrukturen, die durch die Spezialisierung des Ehemannes auf die Erwerbsarbeit und der Ehefrau auf die Hausarbeit gekennzeichnet sind, finden sich in den Fällen, in denen der Mann aus einer einfacheren Schicht stammt, Karriere gemacht und eine Frau mit geringeren beruflichen Möglichkeiten geheiratet hat. Dies kann als ein Zeichen dafür interpretiert werden, daß aufwärtsmobile Männer auf die größere Unterstützung ihrer Frauen angewiesen sind, um ihre Karrieren erfolgreich zu gestalten. Folglich verzichten gerade diese Frauen auf ihre eigene Karriere und verhalten sich sehr traditionell.

Erste Ergebnisse für Polen zeigen deutliche Unterschiede zu den Ergebnissen für Deutschland. Zum ersten ist das Ausmaß der Teilzeitarbeit bei Frauen in Polen, als ehemalig sozialistischem Land, unbedeutend und konnte deswegen nicht separat analysiert werden. Zweitens sind die Effekte von Kindern und der Einfluß der Bildung des Ehemannes weit geringer als in Deutschland. Jedoch kann man auch in Polen bestimmte Strukturen deutlich erkennen: Auf die Neigung den Arbeitsmarkt zu verlassen, haben Kinder einen positiven Effekt. Vorschulkinder erhöhen die Neigung den Arbeitsmarkt zu verlassen insbesondere für höher gebildete Frauen, die aber generell auch eine höhere Erwerbsbeteiligung aufweisen. Darüber hinaus verlassen die Ehefrauen von Männern mit hohem Bildungsniveau den Arbeitsmarkt besonders dann, wenn die Kinder erwachsen sind. Das steht im Gegensatz zu den allgemeinen Tendenzen in Westeuropa, wo es für Frauen häufig ein Anlaß ist, in den Arbeitsmarkt zurückzukehren, wenn die Kinder das Elternhaus verlassen.

Ein anderes interessantes Ergebnis ist schließlich, daß in Polen bei den jüngeren Heiratskohorten die Neigung, den Arbeitsmarkt früher zu verlassen, bei den Frauen ansteigt, während die Wiedereintrittsrate über die Kohorten hinweg unverändert bleibt. Im Endeffekt bedeutet dies, daß in der historischen Periode von den frühen 60er Jahren bis zum Jahre 1991, auf die sich unsere Daten beziehen, die Erwerbstätigkeit der Frauen in Polen zurückgegangen ist.

5. Außenaktivitäten und Fachkontakte

5.1. Vorträge, Konferenzbeiträge und Leitung von Workshops

1994

Blossfeld: Leitung und Durchführung eines Workshops zum Thema "Problems of Longitudinal Data Analysis", Department of Social Statistics, University of Southampton, England, April 1994.

Blossfeld: Causal Modeling in Event History Analysis, Vortrag auf dem XIII World Congress of Sociology, Bielefeld, Juli 1994.

Blossfeld: Leitung eines Workshops zum Thema: Event History Analysis in Demography, am Laboratoire de Démographie Économique et Sociale, Université de Genève in Zusammenarbeit mit der Population Activities Unit, United Nations Economic Commission for Europe, Genf, Schweiz, August 1994.

Blossfeld: Leitung eines Fortbildungskurses für Doktoranden, organisiert vom Interuniversity Center for Social Science Theory and Methodology, Royal Dutch Academy of Arts and Sciences, am Department of Sociology, University of Utrecht und am Department of Sociology, Catholic University of Nijmegen, Dezember 1994.

Drobnić: "Employment Policy and Labor Market Programs in Transition." Vortrag auf der ILO International Conference on Labor Issues in Central and Eastern Europe, Budapest, 2-3.6. 1994.

Drobnić: "Part-time Work in the Family Life Cycle of American Women". Vortrag im Centre for Labour Market and Social Research, Aarhus, 23.6.1994.

Rohwer: Workshop zur Arbeit mit dem Programm TDA (Transition Data Analysis) beim Survey Research Center, University of Michigan (Ann Arbor, USA).

Rohwer: Workshop zur Ereignisanalyse mit demographischen Daten bei der Population Activities Unit der Vereinten Nationen (Genf).

Rohwer: Workshop zur Analyse demographischer Längsschnittdaten beim Centre National de la Recherche Scientifique (LAMAS), Frankreich.

1995

Blossfeld: Vortrag zum Thema "Causal Inference, Time, and Observation Plans in the Social Sciences", City University London, London, England, März 1995.

Blossfeld: Gastprofessor am Institute of Mathematics and Statistics, Norwegian School of Economics and Business Administration, Bergen, Norwegen, April und Mai 1995.

Blossfeld: Part-time Work and the Family Cycle: An International Comparison, Vortrag auf dem ECSR Workshop 'Family and Work,' Oslo, August 1995

Blossfeld: Modeling Parallel Processes in Demography: An Application Example of the Causal Approach to Interdependent Systems, Vortrag auf der Konferenz der European Association for Population Studies, Milano, September 1995.

Blossfeld: Gastprofessor am Institut für Soziologie, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliches Fakultät, Universität Wien, Österreich, Oktober und November 1995.

Drobnić: "Women's Part-Time Work: Reconciliation Between Family and Employment? Comparison Germany – USA." Vortrag am ECSR Workshop

- 'Family and Work,' Oslo, 13-15.8.1995
- Drobnić^V: "The Dynamics of Couples' Employment Careers." Vortrag auf der ESA Second European Conference for Sociology 'European Societies: Fusion or Fission,' Budapest, 30.8.-2.9. 1995
- Drobnić^V: "Event History Analysis – a Dynamic Approach for Assessing the Quality of Life." Vortrag auf der International Conference of Statisticians 'Statistics of Labour, Working and Living Conditions,' Radenci, 27-29.11.1995
- Drobnić^V: "Employment Patterns in the Household Context." Vortrag im Centre for Labour Market and Social Research, Aarhus, 20.11.1995.
- Rohwer: Lehrauftrag am Institut für Soziologie (Universität Bern): Einführung in die Ereignisanalyse von Längsschnittdaten.
- Rohwer: Lehrauftrag am Institut für Soziologie (Universität Leipzig): Längsschnittanalysen zur Armutsdynamik.
- Rohwer: Workshop zur Arbeit mit der IAB-Beschäftigtenstichprobe beim ZUMA, Mannheim.
- Rohwer: Workshop zur Arbeit mit der IAB-Beschäftigtenstichprobe beim Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.
- Rohwer: Workshop zur Arbeit mit demographischen Längsschnittdaten in Transformationsgesellschaften beim Institute for Demographic Research, Tallinn, Estonia.
- Rohwer: Vortrag über Erkenntnisansprüche der empirischen Sozialforschung beim Max Planck Institut für Bildungsforschung, Berlin.
- 1996
- Blossfeld: Gastprofessor am Institut für Soziologie, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Universität Wien, Österreich, Januar 1996.
- Blossfeld: Forschungsprofessor, Department of Sociology, Universität Trento, Italien, März 1996.
- Blossfeld: Macrosociology, Rational Choice Theory and Time, Vortag auf der internationalen Tagung über "Causation, Actors and Empirical Analysis of Social Processes", Bremen, März 1996
- Blossfeld: International Comparative Life course Reserach, Vortrag auf einem Workshop organisiert vom Institute for Urban and Regional Research, Austrian Academy of Sciences, Wien, April 1996.
- Blossfeld: Inequality and Solidarity, Vortag auf der Jahrestagung des Interuniversity Center for Social Science Theory and Methodology, Royal Dutch Academy of Arts and Sciences, Groningen, Holland, Juni 1996.
- Rohwer: Lehrauftrag am Institut für Soziologie (Universität Bern): Längsschnittanalysen zur Einkommensungleichheit.
- Rohwer: Workshop über ereignsanalytische Methoden zur Auswertung des Family and Working Lives Survey beim Employment Office, London.
- Rohwer: Seminar über statistische Methoden zur Analyse der 1. und 2. Welle des Familiensurveys beim Deutschen Jugendinstitut, München.
- Rohwer: Workshop beim Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (Köln): Methoden der Ereignisanalyse (zus. mit J. Huinink und J. Sensch).
- Rohwer: Vortrag über Mehrebenenmodelle beim Soziologischen Seminar der Humboldt-Universität, Berlin.

5.2. Fachkontakte und -kooperation

Das Teilprojekt B6 hat zusammen mit dem Teilprojekt Z (Methodenbereich) eine internationale Tagung über "Causation, Actors and Empirical Analysis of Social Processes" organisiert; Bremen, 22-23 März 1996. Die Teilnehmer außerhalb des Sfbs 186 waren: Prof. Robert Erikson (Stockholm), Prof. Hartmut Esser (Mannheim), Dr. Axel Franzen (Bern), Prof. John Goldthorpe (Oxford), Prof. Anthony Heath (Oxford), Prof. Michael Hechter (Oxford), Prof. Peter Hedström (Stockholm), Prof. Stanley Lieberson (Harvard), Prof. Siegwart Lindenberg (Groningen), Prof. Karl Ulrich Mayer (Berlin), Prof. Walter Müller (Mannheim), Prof. Peter Schmidt (Mannheim) und Prof. Wout Ultee (Nijmegen).

Das Teilprojekt ist stark international orientiert und hat zahlreiche Kontakte zu Forschungsinstitutionen und Wissenschaftlern im In- und Ausland: (1) Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden (Dr. Katharina Pohl); (2) Centre for Labour Market and Social Research in Århus (DK) (Prof. Niels Westergård-Nielsen, Michael Rosholm, Prof. Søren Leth-Sørensen); (3) Catholic University of Nijmegen (NL) (Prof. Wout Ultee); (4) University of Utrecht (Dr. Wim Bernasco); (5) Population Activities Unit (UN) in Genf (CH) (Dr. Erik Klijzing); (6) University of Warsaw (PL) (Prof. Ewa Fratczak, Dr. Irena Kowalska); (7) University of Ljubljana (SLO) (Prof. Ivan Svetlik); (8) University of Trento (I) (Prof. Antonio Cobalti); (9) University of Rome (I) (Dr. Alessandra de Rose); (10) University of Stockholm (S) (Prof. Marianne Sundström); (11) Universidad Compludense de Madrid (E) (Prof. Julio Carabaña); (12) Institut National D'Etudes Demographiques in Paris (F) (Prof. Henri Leridon, Prof. Laurent Toulemon); (13) CREST, Laboratoire de Sociologie Quantitative (F) (Félicité des Nétumière); (14) University of Essex und London (GB), (BHPS); (15) Institute for Social Research, Oslo und Statistics Norway (N) (Anne-Lise Ellingsæter, Marit Rønse); (16) The London School of Economics and Political Science, London (GB) (Catherine Hakim).

6. Veröffentlichungen¹

Bücher:

Blossfeld, Hans-Peter (Hrsg.) (1995): The new role of women. Family formation in modern societies, Westview Press, Boulder, CO.

¹ Projektautoren kursiv

Teilprojekt B 6
Blossfeld u. a.

Blossfeld, Hans-Peter und Götz Rohwer (1995): Techniques of event history modeling. New approaches to causal analysis, Erlbaum, Hillsdale, N.J.

Blossfeld, Hans-Peter und Catherine Hakim (Hrsg.) (1996, im Erscheinen): Between equalization and marginalization. Part-time working women in Europe and the United States of America, Oxford University Press, Oxford.

Rohwer, Götz (1994) TDA Working Papers (Documentation TDA, a Computer Program for Event History Analysis), Bremen.

Habilitationsschrift:

Rohwer, Götz (1994): Kontingente Lebensverläufe. Soziologische und statistische Aspekte ihrer Beschreibung und Erklärung. Bremen.

Aufsätze und Artikel:

Blossfeld, Hans-Peter (1994) "Different systems of vocational training and transition from school to career: The German dual system in cross-national comparison" in CEDEFOP (Hrsg.): The determinants of transitions in youth, Berlin, 26-36.

Blossfeld, Hans-Peter (1996): "A learning curve in Europe". In: Mitbestimmung, 8-11.

Blossfeld, Hans-Peter (1996): "Macrosociology, Rational Choice Theory and Time. A Theoretical Perspective on the Empirical Analysis of Social Processes" European Sociological Review, Vol. 12, No. 1. [Auch in: Sfb 186 Arbeitspapier Nr. 35, Bremen 1996].

Blossfeld, Hans-Peter (1996, im Erscheinen) "Women's part-time employment and the family cycle: A cross-national comparison" in: Hans-Peter Blossfeld und Catherine Hakim (Hrsg.): Between equalization and marginalization. Part-time working women in Europe and the United States, Oxford University Press, Oxford.

Blossfeld, Hans-Peter, Alessandra De Rose, Jan Hoem und Götz Rohwer (1995) "Education, modernization, and the risk of marriage disruption in Sweden, West Germany, and Italy" in: Karen O. Mason und Ann-Magritt Jensen (Hrsg.): Gender and Family Change in Industrialized Countries, Oxford University Press, Oxford, 200-222. Auch in: Stockholm Research Reports in Demography 76.

Blossfeld, Hans-Peter, Sonja Drobnić und Götz Rohwer (1996) "Employment Patterns: A Crossroad Between Class and Gender. A Long-term Longitudinal Study of Spouses' Careers in West Germany". Sfb 186 Arbeitspapier Nr. 33, Bremen.

Blossfeld, Hans-Peter, Dorien Manting und Götz Rohwer (1994) "Patterns of change in family formation in the FRG and the NL: Some consequences for solidarity between generations", PDOP-Paper No. 18, Amsterdam, in: Henk Becker und Piet L.J. Hermkens (Hrsg.): Demographic, economic and social change, and its consequences, Thesis Publishers, Amsterdam, 175-196.

Blossfeld, Hans-Peter, Valerie K. Oppenheimer und Achim Wackerow (1995) "United States of America: New developments in family formation and women's improvement in educational attainment", in: Hans-Peter Blossfeld (Hrsg.): The new role of women. Family formation in modern societies,

- Westview Press, Boulder, Co, 150- 173.
- Blossfeld, Hans-Peter* und Peter Robert (1995) "Hungary: changes in the process of family formation" in: Hans-Peter Blossfeld (Hrsg.): The new role of women. Family formation in modern societies, Westview Press, Boulder, CO (1995), 211-226.
- Blossfeld, Hans-Peter* und *Götz Rohwer* (1995) "West Germany: changes in the process of family formation" in: Hans-Peter Blossfeld (Hrsg.): The new role of women. Family formation in modern societies and the new role of women, Westview Press, Boulder, CO, 56-76.
- Blossfeld, Hans-Peter*, Erik Kljizing, Katharina Pohl und *Götz Rohwer* (1996) "Die Modellierung interdependent Prozesse in der demographischen Forschung: Konzepte, Methoden und Anwendung auf nichteheliche Lebensgemeinschaften" Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 22, 1: 29-56.
- Blossfeld, Hans-Peter* und *Götz Rohwer* (1996, im Erscheinen) "Part-time work in West-Germany", in: Hans-Peter Blossfeld and Catherine Hakim (Hrsg.): Between equalization and marginalization. Part-time working women in Europe and the United States, Oxford University Press, Oxford.
- Blossfeld, Hans-Peter* und *Götz Rohwer* (1996), "Causal inference, time, and observation plans in the social sciences". Sfb 186, Arbeitspapier Nr. 36. Bremen.
- DiPrete, Thomas A., Paul M. de Graaf, Ruud Luijkx und *Hans-Peter Blossfeld* (1996): "Structural Change and Career Mobility in the Netherlands, Germany, and the United States." Paper prepared for the ASA meeting, August, 16-20, 1996, New York.
- Drobnic*, Sonja und *Immo Wittig* (1995) "Vollzeit- und Teilzeiterwerbstätigkeit im Familienzyklus US-amerikanischer Frauen – Eine Längsschnittanalyse." Zeitschrift für Soziologie, Jg. 25, Heft 5, 374-389.
- Drobnic*, Sonja (1995) "Nestandardne oblike zaposlovanja v Srednji in Vzhodni Evropi" [Nonstandard Forms of Employment in Central and Eastern Europe] Teorija in praksa, Jg. 32, 9-10, 796-811.
- Drobnic*, Sonja und Veljko Rus (1995) "Unemployment in Transition Economies: The Case of Slovenia." in: Jackson, M., Koltay, J., and Biesbrouck, W. (Hrsg.): Unemployment and Evolving Labor Markets in Central and Eastern Europe. LICOS Studies on the Transitions in Central and Eastern Europe, Volume 4, Aldershot: Avebury, 93-122.
- Drobnic*, Sonja (1996, im Erscheinen) "Part-Time Work in Central and East European Countries." in: Hans-Peter Blossfeld und Catherine Hakim (Hrsg.): Between Equalization and Marginalization. Part-time Working Women in Europe and the United States of America. Oxford University Press, Oxford.
- Drobnic*, Sonja. 1994. "Foglalkoztatáspolitika és munkáröpiaci programok Szlovéniában." (in Hungarian) In: György Lázár (ed.) Employment Policy and Labour Market Programmes in Central and Eastern Europe. Conference Proceedings. Budapest, 287-321.
- Drobnic*, Sonja und *Immo Wittig* (1996, im Erscheinen) "Part-time Work in the United States of America." In: Hans-Peter Blossfeld und Catherine Hakim (Hrsg.): Between Equalization and Marginalization. Part-time Working Women in Europe and the United States of America. Oxford University Press.

Teilprojekt B 6
Blossfeld u. a.

- Drobnic*, Sonja, Hans-Peter Blossfeld, Götz Rohwer und Immo Wittig (1996) "Women's Part-Time Work: Reconciliation Between Family and Employment?" Sfb 186 Arbeitspapier Nr. 32, Bremen.
- Leth-Sørensen, Søren und Götz Rohwer (1996, im Erscheinen) "Women's Employment and Part-Time Work in Denmark" In: Hans-Peter Blossfeld und Catherine Hakim (Hrsg.): Between Equalization and Marginalization. Part-time Working Women in Europe and the United States of America. Oxford University Press.
- Rohwer, Götz, Gøsta Esping-Andersen und Søren Leth-Sørensen (1994) "Institutions and Occupational Class Mobility: Scaling the Skill Barrier in the Danish Labor Market" European Sociological Review, Vol. 10, 119-134.
- Schömann, Klaus, Hans-Peter Blossfeld und Michael T. Hannan (1995): "The Segmentation of Transitions from School to work in Postwar Germany: A Dynamic Perspective" Comparative Social Research, Vol. 15: 103-127.
- Shavit, Yossi und Hans-Peter Blossfeld (1996): "Equalizing Educational Opportunity: Do Gender and Class Compete?" In: Robert Erikson und Jan O. Jonsson (Hrsg): Can Education be Equalized? The Swedish Case in Comparative Perspektive. Westview Press, Boulder, Oxford.

Ausgewählte noch unveröffentlichte Aufsätze:

- Fratczak, Ewa and Irena Kowalska in Zusammenarbeit mit Götz Rohwer, Sonja *Drobnic*, Hans-Peter Blossfeld (1996): "Polish Family and Fertility Survey. A User's Guide." Bremen and Warsaw.
- Rohwer, Götz und R. Pischner (1994): RZOO. Ein Retrievalprogramm für das Sozio-ökonomische Panel, Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Rohwer, Götz (1995): "Using TDA with the Family and Working Lives Survey", Studie für das Employment Office, London.
- Rohwer, Götz (1994): "Das Sozio-ökonomische Panel als Datenquelle zur Untersuchung beruflicher Mobilität." Mimeo, Bremen.
- Rohwer, Götz (1995): "Einführung in das praktische Arbeiten mit der IAB-Beschäftigtenstichprobe. Beitrag für den Workshop "Beschäftigtenstatistik" beim Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA). September 1995.
- Rohwer, Götz und C. Dustmann (1995): "Erwerbsunterbrechungen in der IAB-Beschäftigtenstatistik." Beitrag für den Workshop "Beschäftigtenstatistik" beim Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA). September 1995.
- Timm, Andreas und Hans-Peter Blossfeld (1996): Soziale Schließung oder Öffnung: Homogamieprozesse in Deutschland, Bremen 1996.
- Ultee, Wout, Nan Dirk de Graaf, Wilma Smeenk, Hans-Peter Blossfeld und Andreas Timm (1996): To What Extent Does Like Marry Like, To What Extent Do People Marry Up or Down. A Comparison Between the Netherlands and Germany, Nijmegen und Bremen.

Projektbereich C

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts C1

Thema:

Prävention, Rehabilitation und Kassenpolitik - Institutionelle Regulierung im Wandel?

Beteiligte Wissenschaftler:

Prof. Dr. Rainer Müller	(GA) (Projektleiter)
Dr. Gerd Marstedt	(GA) (ab 01.08.1991)
Dr. Ulrich Mergner	(EA) (ab 01.09.1991)

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Stand der Kenntnisse bei Antragstellung
3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen
4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit
 - 4.1. Die Fallstudien in Einzelkassen
 - 4.1.1 Vielfalt unterschiedlichster Aktivitäten mit einem gemeinsamen Ergebnis: Erosion bestehender Normalitätserwartungen
 - 4.1.2 Unterschiedliche Modernisierungsmodelle als Folge der Infragestellung kultureller Selbstverständlichkeiten
 - 4.1.3 Vier Fallstudien, vier Modelle der Modernisierung des Kassenhandelns
- 4.2 Durchführung und Ergebnisse der Versicherten-Befragung
 - 4.2.1 Wahrnehmung und Beurteilung der Kassen
 - 4.2.2 Gesundheitsbezogene Beratung durch die Krankenkasse
 - 4.2.3 Gesundheitsförderungs-Maßnahmen: Teilnahme und Bewertung
5. Außenaktivitäten
- 5.1 Vorträge
- 5.2 Beiträge zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit
6. Publikationen
- 6.1 Veröffentlichungen

1. Zusammenfassung

Die für das Forschungsvorhaben in der laufenden Phase grundlegende Fra gestellung nach einem veränderten Selbst- und Funktionsverständnis, auf dessen Boden auch gesundheitspolitisch definierte Modernisierungskonzepte erwachsen und Dienstleistungsangebote für Versicherte, die in recht deutlicher Weise mit tradierten Normalitätserwartungen kollidieren, läßt sich nach den vorliegenden empirischen Befunden mit einem (vorsichtigen) "Ja" beantworten. Für alle von uns untersuchten Kassen zeigt sich, daß Grund, Zeitpunkt, Ziele, Formen und sozialer Gehalt von Regulationsformen und Interventionsroutinen veränderten Kriterien unterliegen und auch praktisch maßgeblich werden - wenn auch in konkret sehr unterschiedlichen Maßnahmen und Angeboten im Bereich von Gesundheitskursen und betrieblicher Gesundheitsförderung, Information und Beratung, sowie neuen Kooperationsformen und Regelungen zur Finanzierung bislang unüblicher Versorgungsleistungen.

Die von uns untersuchten Kassen unterscheiden sich allerdings nicht nur auf dieser qualitativen Ebene spezifischer Maßnahmen und der zugrundeliegenden Interpretationsmuster (von Versicherten, Marktbedingungen, Modernisierungspfaden), sondern auch in der Reichweite und Offensivität, mit der Handlungsstrategien und neue Routinen umgesetzt werden. Berücksichtigt man ferner, daß es sich bei allen Kassen um "Protagonisten" innerhalb der jeweiligen Kassenart handelt, so bedeutet diese Differenzierung schon innerhalb unseres Samples, daß ein Wandel zu neuen Regulationsformen und zu einer Ausweitung der Funktionen (Beratung, Information, Prävention) derzeit keineswegs ein säkularer Trend, sondern eine - unter den spezifischen gesetzlichen Rahmenbedingungen des GSG initiierte - potentielle und durch sehr große zeitlichen und organisationsabhängige Ungleichzeitigkeiten geprägte Linie institutionellen Wandels andeutet.

Die Ergebnisse der Versichertensbefragung haben andererseits jedoch deutlich gemacht, daß Modernisierungsprozesse in den Kassen recht genau beobachtet und - in der Ausweitung von Kassenfunktionen auf die genannten Bereiche neuer Dienstleistungsformen - durchweg positiv bewertet werden. Insbesondere jüngere Generationen formulieren Erwartungen, bei denen das Kompetenz- und Zuständigkeitsprofil von Krankenkassen tendenziell auf einer Ebene liegt mit etablierten öffentlichen und gemeinnützigen Einrichtungen der Gesundheitsberatung. Darüber hinaus werden der Kasse recht umfassende gesundheitsökonomische Steuerungs- und Kontrollfunktionen zugewiesen. Es ist also keineswegs so, daß die Jahrzehnte-lange überwiegend bürokratisch und verwaltungsfixierte Tätigkeit der GKV ein Wahrnehmungsmuster konstituiert haben, das nun in erheblichem Widerspruch stünde zu den neuen Kassenaktivitäten. Kritik am System medizinischer Versorgung sowie ökologische gesundheitsbezogene Irritationen und Ängste sind Eckpfeiler, die einem verstärkten Engagement der Kassen in den von uns analysierten Handlungsfeldern zukünftig verstärkte Schubkraft verleihen könnten.

2. Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragstellung

Die Fragestellungen für die laufende Forschungsphase gingen von zwei prima facie widersprüchlichen Befunden aus. Einerseits hatten wir für das Handlungsfeld medizinischer Rehabilitation innerhalb der GKV festgestellt, daß dort ein Handlungsmuster reaktiver Antragsverarbeitung dominiert, das auf systematische Bedarfsermittlung, Information oder Effizienzkontrolle verzichtet. Der Regulationsprozeß ist nicht von vornherein und durchgängig restriktiv geprägt. Ein formal egalitärer Anspruch legitimiert jedoch die Reaktivität der Handlungsmuster und bewirkt eine Verfestigung sozialer Deprivilegierungen: Bildungsstand oder beruflicher Status werden zwar als zentrale Determinanten individueller Anspruchswahrnehmung im Bereich Rehabilitation erkannt, eine kompensatorische Politik oder auf Risikogruppen orientierte Information greift jedoch nirgends Raum.

Andererseits haben wir jedoch auch massiven Bedeutungsgewinn neuer Dienstleistungskonzepte für Versicherte beobachtet, eine Ausweitung von Gesundheitsförderungsmaßnahmen nach § 20 SGB (im Rahmen von Gesundheitskursen wie auch betrieblicher Gesundheitsförderung) und eine erhebliche Zunahme von Informations- und Beratungsangeboten für Versicherte. Dies war kaum in Einklang zu bringen mit der Feststellung eines grundsätzlich eher passiven, in Verwaltungsroutinen verfangenen Musters von Kassenpolitik, das auf Steuerungsfunktionen verzichtet und gesundheitspolitische Veränderungsimpulse weitestgehend anderen Institutionen (Gesetzgeber, Ärzteschaft) zuweist.

Zwar waren wir uns auch seinerzeit schon über die Bedeutung des GSG und seine Folgewirkungen für die Wettbewerbsbedingungen im klaren. Offen war jedoch das Verhältnis, in dem organisations- und wettbewerbsorientierte Ziele (Mitgliederbestand) einerseits, gesundheitpolitische Orientierungen (Prävention) andererseits die Innovations- und Modernierungsstrategien der Kassen inhaltlich bestimmen. Die allgemeine Fragestellung hieß: Inwieweit indizieren die genannten neuen Angebote für Versicherte einen "grundlegenden Wandel von Handlungs- und Entscheidungsroutinen und Organisationskonzepten von Kassen: Ansätze zu aktiver Problemidentifikation und präventiver Intervention, Organisationsentwicklung mit dem Ziel der Modernisierung des Dienstleistungskonzepts, aber

auch nachhaltigeres Insistieren auf der Mitwirkungspflicht der Versicherten." (Fortsetzungsantrag 1993, S. 383).

Weitgehend unbekannt waren uns zu Beginn dieser Forschungsphase gesundheitspolitische Motive von Kassen zur Durchführung der genannten Angebote, ihre empirische Verbreitung und Implikationen für ein grundlegend verändertes Selbstverständnis innerhalb der GKV. Unklar war aber auch, inwieweit von Kassen damit ein Funktions- und Tätigkeitsfeld betreten wird, das gesellschaftlich bislang weitgehend von anderen Institutionen dominiert war, in erster Linie dem medizinischen Versorgungssystem, in zweiter Linie öffentlichen und gemeinnützigen Einrichtungen der Gesundheitsberatung. Dies warf die Frage auf nach den Wahrnehmungsmustern von Versicherten, nach subjektiven Kompetenz- und Zuständigkeitsprofilen für eine bislang vor allem als sozialstaatliche Bürokratie und als Verwaltungsorgan agierende Institution.

3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen

Ursprünglich geplant waren als Untersuchungsfelder (1) Felderhebungen mit Expertengesprächen in einzelnen Kassen unterschiedlicher Kassenarten zur Analyse der Zielsetzungen und konkreten Ausfüllung neuer Angebote und Maßnahmen für Versicherte, (2) problemzentrierte Interviews mit einer Gruppe von 36 Versicherten (Auswahlkriterium: nach Reha-Beratung durch die Kasse durchgeführte bzw. nicht durchgeführte Reha-Maßnahme), (3) eine schriftliche standardisierte Umfrage bei max. 1500 Krankenversicherungen zum Thema neuer Beratungs-, Informations- und Gesundheitsförderungs-Maßnahmen. Während die empirischen Arbeiten im ersten Bereich weitgehend im vorgesehenen Rahmen realisiert werden konnten, ergaben sich für jene auf den beiden anderen Feldern nicht vorhersehbare Probleme, aber auch neue Erkenntnisse, die eine Veränderung des Untersuchungsdesigns unabwendbar machten.

Zu Beginn der Felderhebungen wurde im Rahmen von Akquisitionsgesprächen mit Geschäftsführern einzelner Kassen, aber auch mit Repräsentanten von Landes- und Spaltenverbänden sehr schnell deutlich, daß eine standardisierte Umfrage bei Kassen nur einen minimalen Rücklauf bringen würde. GSG und vor allem das darin für die Zeit nach 1996 kodifizierte Kassenwahlrecht hatten bei Kassen durch-

gängig erheblich verstärkte "Geheimhaltung" und größere Distanz gegenüber externen Forschungsanfragen zur Folge, gleichzeitig aber auch intensivierte Arbeitsbelastung auf allen Hierarchieebenen (Schwerpunkte: interne Rationalisierungsmöglichkeiten, Funktionsneugliederungen und Schulungserfordernisse). Der deshalb beschlossene Verzicht auf die Durchführung der Kassenbefragung fiel leichter, als uns einige gerade angelaufene empirische Studien zur Thematik "Gesundheitsförderung" bekannt wurden, deren Ergebnisse noch vor Abschluß der Forschungsphase zugänglich sein würden (KIRSCHNER U.A. 1994, MÜLLER/DEHNE 1996, LENHARDT 1994).

Was die problemzentrierten Interviews mit Versicherten anlangt, wurde uns im Verlaufe unserer Vorerhebungen immer stärker deutlich, daß die Thematik "medizinische Rehabilitation" für die skizzierte allgemeine Fragestellung des Projekts nach Modernisierungskonzepten der Kassen und einem grundlegend veränderten Selbst- und Funktionsverständnis nur wenig erbringen würde. Strategien, Konzepte und konkrete Maßnahmen in der GKV waren (und sind es noch) zum damaligen Zeitpunkt sehr stark orientiert auf den Bereich Beratung, Information, Gesundheitsförderung. Es wäre in Anbetracht dessen allzu unsensibel gewesen, auf der Durchführung von Interviews zur Thematik Rehabilitation zu beharren.

In der von uns stattdessen realisierten standardisierten Befragung von Versicherten wurden daher vor allem neue Angebote für Versicherte relativ umfassend thematisiert. Darüber hinaus wurden aber auch allgemeinere Wahrnehmungsmuster in Bezug auf Krankenkassen und einer Reihe zentraler intervenierender Variablen (u.a. Bewertung des Medizinsystems, des Solidarprinzips) einbezogen. Die Befragung wurde im Spätherbst 1995 durchgeführt, postalisch versendet wurden 3600, ausgefüllt zurückgesandt 1453 Fragebögen, was einer im Vergleich zu anderen Studien guten Rücklaufquote von rund 40 Prozent entspricht.

Um Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster auch für jene Kassen zu erhalten, die wir im Rahmen der Fallstudien näher untersucht haben (und um eine Verbindung zu den Experteninterviews und Kassenerhebungen herzustellen), wurde das Sample so konstruiert, daß a) Zufallsstichproben von Versicherten aus den Datenbeständen dieser Kassen gezogen wurden und b) Zufallsstichproben aus den Einwohnermeldeämtern der Kassen-Standorte (als regionale Vergleichsgruppen

mit Versicherten anderer Kassenarten). Einbezogen wurden Pflichtversicherte, Rentner und Mitversicherte im Alter von 25-75 Jahren.

Dieses Sample ist schon aufgrund der Konstruktionsprinzipien nicht statistisch repräsentativ. Allerdings zeigen Vergleiche mit repräsentativen Daten von GKV-Versicherten (STATISTISCHES BUNDESAMT 1994) doch eine hohe bis sehr hohe Übereinstimmung. Dies gilt insbesondere für die Variablen Alter (unter Berücksichtigung der o.a. Eingrenzung) und Geschlecht. Signifikante Differenzen zeigen sich hinsichtlich der Aspekte Kassenart (AOK im Sample unterrepräsentiert) und Stellung im Beruf (Arbeiter im Sample um rund 10% unterrepräsentiert).

Die Durchführung der Fallstudien und Experteninterviews konnte im wesentlichen nach jenen Kriterien erfolgen, die wir im Fortsetzungsantrag formuliert hatten. Allerdings ergaben sich nicht unerhebliche Probleme bei der Sicherung des Feldzugangs: Die von Kassen in zugespitzter Form wahrgenommene Konkurrenzsituation untereinander machte es erforderlich, sehr viele, zeitlich umfangreiche "vertrauensbildende" Vorgespräche zu führen. Insbesondere war ein Höchstmaß an Verhandlungsgeschick erforderlich, um die Beteiligung von Kassen verschiedener Kassenarten an der gemeinsamen Versichertenbefragung zu erreichen - wobei Widerstände hier weniger von den Kassen vor Ort, als von den jeweiligen Verbänden kamen. Unser Design war bewußt auf die Untersuchung einige weniger Kassen mit "protagonistischen" Modernisierungskonzepten abgestellt - "protagonistisch" unabhängig von qualitativen Spezifika definiert als wegweisend im Rahmen der jeweiligen Kassenart. Deren Auswahl wurde - wie geplant - im Rahmen von Erstgesprächen in Bundes- und Landesverbänden vorbereitet, in denen wir um die Benennung von Kassen baten, die bezogen auf den Bereich Information, Beratung, Gesundheitsförderung innerhalb der Kassenart als Wegbereiter und Erprober für Strategien und Maßnahmen gelten.

Auf der Basis dieser Empfehlungen wurden sodann in einer größeren Zahl von Einzelkassen ausführliche (½- bis 1tägige) Informations- und Akquisitionsgespräche geführt, durchgängig mit Geschäftsführern, überwiegend auch mit Abteilungsleitern für Gesundheitsförderung. Deren Auswertung führte zur Festlegung von 4 Einzelkassen unterschiedlicher Kassenarten, in denen jeweils mehrtägige Recherchen durchgeführt wurden. Zwei der Kassen sind in Nord-, zwei

in Westdeutschland angesiedelt. Die regionale Siedlungsstruktur variiert erheblich: Klein-, Mittel- und Großstadt jeweils mit großem ländlichen Einzugsgebiet, Großstadt in Ballungszentrum. Zu den Erhebungen zählten neben Akten- und Dokumentenanalysen in erster Linie Expertengespräche von 2-6 Stunden Dauer mit: Geschäftsführer, Abteilungsleiter Gesundheitsförderung, Rehabilitation, Leistungen, sowie zumeist weiteren Entscheidungsträgern (Zuständige für Selbsthilfegruppen, EDV, Marketing, Arbeitgeberbetreuung, Beratung in unterschiedlichen Feldern etc.)

4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit

4.1. Die Fallstudien in Einzelkassen

4.1.1 Vielfalt unterschiedlichster Aktivitäten mit einem gemeinsamen Ergebnis: Erosion bestehender Normalitätserwartungen

Betrachtet man die Aktivitäten, mit denen die vier untersuchten "Vorreiter-Kassen" im und über den Bereich der Gesundheitsförderung im weitesten Sinne ihre Unternehmensziele erreichen wollen, so findet sich eine breite Vielfalt von Ansätzen: vielfältige Gesundheitsförderungskurse, betriebliche Gesundheitsförderung, Untersuchung der häuslichen Umwelt auf Schadstoffe "auf Rezept", auf soziale Risikolagen (z.B. Übergang in die Rente) bezogene Vorsorgekuren, Bau und Betrieb von "Gesundheitszentren", institutionalisierte Einzeldiskussion von leistungsintensiven "Fällen" mit der Suche nach verursachenden sozialen Problemlagen und maßgeschneiderten Hilfeangeboten, Installation ständig betreuter Selbsthilfegruppen (Stellung von Räumen, Bezahlung von Betreuern, Zuschüsse der Kasse) für Psychiatrie-Patienten zur Vermeidung langdauernder stationärer Aufenthalte.

Diese auf den ersten Blick heterogenen, zudem in einem Bereich, der im Durchschnitt unter 1% der gesamten Leistungsausgaben ausmacht, angesiedelten Aktivitäten haben dennoch ein Gemeinsames: sie fallen heraus aus den "Normalitätserwartungen", die - von den Versicherten wie den Kassenmitarbeitern - an das Handeln von Krankenkassen im Umgang mit Krankheit und Krankheitsrisiken gerichtet werden. Was in den genannten Beispielen aufscheint, hat mit der klassischen Rolle der "Absicherung der Freistellung von Kranken von gesellschaftlichen Rollenerwartungen und der Vermittlung und Finanzierung

medizinischer Leistungen" nicht mehr viel zu tun. Die klassische Leistungsadministration wird - in der Tendenz - ersetzt durch vorverlagerte gestalterische Intervention, wobei zusätzliche Motive in den Vordergrund treten. Aus dem Kassenhandeln ergab sich bisher eine Normalität versicherungsmäßiger Bearbeitung von Krankheit und Krankheitsrisiken, die sich in den Erwartungen der Versicherten bzw. der Mitglieder dieser Gesellschaft verfestigte, aber auch in den kasseninternen Aufgabenverständnissen und Handlungsorientierungen.

Ändert sich nun das, was als Bedarf anerkannt ist, ändern sich regulatives Handeln und, konsequenterweise, daraus resultierende Normalitätserwartungen. Wie der Bedarfsbegriff individuen- wie gesellschaftsbezogen inhaltlich gefüllt wird, wird - über Krankheitsvorstellungen, soziale Bearbeitungsroutinen, Rollenzuschreibungen und Zumutbarkeitskriterien - in gesellschaftlichen Prozessen entwickelt. Was demzufolge in den Krankenkassen als Bedarf angesehen wird, bestimmt Grund, Zeitpunkt, Ziele, Formen und sozialen Gehalt von Regulation und Intervention. In allen diesen Dimensionen aber weicht das Kassenhandeln in den meisten der zu Beginn genannte Beispiele erheblich von bisherigen Normalitätserwartungen ab:

a) Grund für regulatives Tätigwerden ist nicht mehr, wie bisher überwiegend, das ärztlich bestätigte Vorliegen einer Erkrankung, die die Erfüllung sozialer Rollenverpflichtung temporär oder dauerhaft verhindert oder beeinträchtigt. Grund ist zumeist vielmehr das Bestehen einer anlage-, verhaltens- oder verhältnisbedingten Risikolage, die, mit statistisch bestimmter Wahrscheinlichkeit, eine Erkrankung zur Folge haben kann. Damit zerbröckelt tendenziell auch die bisherige Definition des "Krankenstatus": Im Randbereich des "being at risk" (Stone) geht es nicht mehr um die Freistellung von Rollenverpflichtungen gegen Übernahme der Krankenrolle, sondern um Einnahme eines latenten Status der/des "potentiell Kranken", dessen Manifestierung durch Übernahme von Vorsorgeverpflichtungen verhindert werden soll. Damit können auch neue Normalitätserwartungen in bezug auf Lebensläufe ("Krankheit ist vielfach vermeidbar bzw. ihre Folgen kompensierbar, das Leben verlängerbar") und auf das zu ihrer Realisierung notwendige Verhalten der Versicherten und Handeln der Versicherungen entstehen.

- b) Zeitpunkt: Üblicherweise intervenieren Kassen bisher, wenn "das Kind in den Brunnen gefallen" ist, also gesundheitliche Beschwerden oder Beeinträchtigungen vorliegen, die mit Arbeitsunfähigkeit in Beruf oder Haushalt verbunden sein können, aber nicht müssen. In den neuen Konzepten, für die die Beispiele stehen, wird die Intervention vorverlagert, richtet sich auf die Vermeidung einer - statistisch - drohenden Erkrankung.
- c) Ziele von Intervention waren bisher abgestuft: Bereitstellung und Finanzierung medizinischer Maßnahmen, finanzielle Absicherung zur Überbrückung prekärer Lebenslagen, Mitwirkung an der Herstellung neuer Normalität, wenn "restitutio ad integrum" nicht mehr möglich ist. Neuere Ansätze richten sich dagegen verstärkt auf Prävention, also Vermeidung von Krankheit, und zwar nicht in erster Linie durch medizinische Mittel, sondern durch Angebote und Interventionen der Krankenkassen, mit denen Verhaltensänderungen der Versicherten, aber auch Änderungen gesundheitsriskanter Verhältnisse angestrebt werden.
- d) Die bislang übliche Form von Regulation war bürokratisch-administrativ reaktiv. Nunmehr geht es in Teilbereichen um aktive eigenständige - d.h. vor allem: medizinunabhängige - "Gesundheitsgestaltung". Kassen suchen dabei nicht nur den direkten Bezug zu den Versicherten und treten in "Institutionenkonkurrenz" zum Medizinsystem. Sie entwickeln auch neue Dienstleistungskonzepte, mit denen größere "Kundennähe" hergestellt werden soll.

4.1.2 Unterschiedliche Modernisierungsmodelle als Folge der Infragestellung kultureller Selbstverständlichkeiten

Was die von uns untersuchten "Vorreiter-Kassen" gemeinsam vom Gros der gesetzlichen Krankenkassen abhebt, ist die in Handeln umgesetzte Erkenntnis, daß die veränderte Situation die Infragestellung bisheriger, für das Krankenversicherungssystem insgesamt oder für die jeweilige Kassenart kennzeichnender kultureller Selbstverständlichkeiten in bezug auf die Verständnisse von Aufgaben, Verfahrensweisen und Selbstbild der Organisation erfordert. Die allgemeine Umbruch- und Krisensituation mit ihren Handlungszwängen trifft die Kassen allerdings nicht in gleicher Situation. Aktivitäten zur Sicherung von Effektivität und Effizienz der finanzierten Leistungen und zur Verbesserung der Wettbewerbsposition auf dem Krankenversicherungsmarkt werden entwickelt vor dem

Hintergrund unterschiedlicher Rahmenbedingungen oder "Datenkränze", wie sie etwa durch Versicherten- bzw. Risikostrukturen oder regionale Wettbewerbsbedingungen gegeben sind. Allerdings gehen diese nicht als gleichsam "objektive" unmittelbar in die Strategieentwicklung ein. Sie werden vielmehr unterschiedlich und je besonders wahrgenommen, gedeutet und zum Bezugspunkt von Handlungsstrategien gemacht.

Dabei spielen zunächst die angesprochenen "kulturellen Selbstverständlichkeiten" eine wesentliche Rolle. Daß deren Tauglichkeit unter veränderten Bedingungen radikal infragegestellt ist, wird in unterschiedlichen Kassen unterschiedlich schnell realisiert. In einem Großteil behindert die Trägheit, das Beharrungsvermögen kultureller Momente den notwendigen Wandel und nur in einem kleinen Teil - eben den "Vorreiter-Kassen" - wird erkannt, daß nicht nur neue Maßnahmen, sondern auch Veränderungen des ihnen zugrundeliegenden Organisationsverständnisses erforderlich sind.

Kassen-Differenzen resultieren dabei nicht nur aus unterschiedlichen Handlungsbedingungen, sondern auch aus dem Weiterwirken organisationskultureller Traditionen und - auffälligerweise - aus dem Handeln einzelner Personen, vor allem auf der Ebene der Geschäftsführungen, die ihre Einsichten gegen den Widerstand althergebrachter Strukturen mit zäher Beharrlichkeit zu realisieren versuchen. Die Bedeutung personalen Engagements von Individuen für die Entwicklung von Organisationen und den Umbruch ihrer gewachsenen kulturellen Strukturen - sowohl in der betriebswirtschaftlichen Theorie wie der Politischen Ökonomie unterschätzt - wird in den von uns untersuchten "Vorreiter-Kassen" augenfällig. Es ist dabei in unseren Fällen erstaunlicherweise nicht durchgängig so, daß neue Konzepte von "brain-trusts" oder einzelnen Innovatoren in Bundes- bzw. Landesverbänden oder Hauptverwaltungen entwickelt werden und beim Versuch der "top-down"-Durchsetzung auf die Schwerfälligkeit der Organisationen vor Ort treffen. Vielmehr findet sich auch der umgekehrte Fall: Gestaltungswillige Geschäftsführer in Einzelorganisationen müssen sich nicht nur mit bremsenden Strukturen innerhalb derselben auseinandersetzen, sondern, beim Versuch sie "bottom-up" (im Bundes- oder Landesverband) oder in der Breite (in anderen Kassen innerhalb des jeweiligen Verbands) zu verallgemeinern, auch mit

Behinderungen seitens der "Zenralen" oder der "Schwester-Organisationen". Sie befinden sich also in der Situation einer Lokomotive, die nicht nur einen tragen Zug anziehen, sondern gleichzeitig einen weiteren vor sich herschieben muß.

4.1.3 Vier Fallstudien, vier Modelle der Modernisierung des Kassenhandelns

Zum Abschluß der skizzenhaften Darstellung und vorläufigen Interpretation zentraler Befunde unserer qualitativen Untersuchungen "neuen" Kassenhandelns sollen nun die vorgefundenen Modernisierungsmodelle auf hohem Allgemeinheitsniveau kurz benannt und charakterisiert werden:

Fall A: Modernisierung als permanente Infragestellung

Die relativ kleine Ortskrankenkasse im ländlichen Raum hat sich aufgrund ihrer regional beherrschenden Marktstellung bisher verstanden als "die" kommunale Krankenversicherung mit Verantwortlichkeit nicht nur für ihre Versicherten, sondern für die Region insgesamt, eine Position, die durch die wahrgenommenen Wettbewerbszwänge nunmehr relativiert wird. Ihr Modernisierungsmodell kann, unter dem Stichwort "Aufgabenbezug", allgemein gekennzeichnet werden als Versuch der Lösung - als weitgehend kongruent angesehener - unternehmens- wie gesellschaftspolitischer Aufgaben auf eher wertkonservativer Basis, aber dennoch in ständiger Auseinandersetzung mit eingefahrenen Strukturen, die sowohl Forderungen an das Versichertenverhalten und die eigene Belegschaft (unter Stichworten wie Eigenverantwortung und Förderung von Selbsthilfefähigkeit, Engagement und Kostenmanagement), als auch Konflikte mit Leistungsanbietern wie innerhalb der eigenen Kassenart einbegreift. Vorrangige Ziele sind Krankheitsbewältigung und -verhütung sowie Sicherung von Wirtschaftlichkeit.

Gesundheitsförderung wird seit Jahrzehnten - seitdem der jetzige Geschäftsführer verantwortlich tätig ist - als unternehmens- wie sozialpolitische Aufgabe begriffen und ständig weiterentwickelt, was sich auch an einem weit überdurchschnittlichen Anteil der dafür aufgewendeten Mittel an den Leistungsausgaben insgesamt zeigt. Allein schon wegen dieser Tradition ist das breit gefächerte, mit dem doppelten Ziel von Krankheitsverhütung und Kostensenkung begründete Angebot gesundheitsfördernder Maßnahmen, das auch betriebliche Gesundheitsförderung,

institutionalisierte Bearbeitung leistungsintensiver Einzelfälle mit dem Ziel, Hilfen durch Bearbeitung sozialer Problemlagen zu entwickeln, Beratungsaktivitäten und die Kooperation mit anderen einschlägig tätigen Institutionen einschließt, nicht dem Verdacht reiner Wettbewerbsorientierung ausgesetzt.

Das "Dienstleistungskonzept" der Kasse ist dementsprechend als sozusagen "extensiv" zu kennzeichnen: Wenn ein breites und vielfältiges Angebot vor gehalten werden soll, wenn die Versicherten gleichsam "nachgehend" betreut werden sollen, wenn eine aktive Auseinandersetzung mit sozialen Problemlagen stattfinden und individuelle Lösungen gefunden werden sollen, kann dies nur durch entsprechenden mengenmäßigen Einsatz an Gesundheitsförderungskräften, des weiteren aber auch durch Anforderungen an die inhaltliche und zeitliche Einsatzbereitschaft der Kassenmitarbeiter (z.B. als Ansprechpartner an ihrem Wohnort auch außerhalb der Arbeitszeit) gewährleistet werden. Insgesamt wird für die Entwicklung des Unternehmenskonzepts zwar immer wieder externer Sachverstand herangezogen, er wird jedoch quasi für die eigenständige, paternalistisch fundierte Entwicklung von Konzepten und Problemlösungen instrumentalisiert.

Fall B: Modernisierung als konfliktvermeidende Optimierung

Die große, bundesweit operierende Ersatzkasse entwickelt ihre Konzepte vor allem unter der Kautele quantitativer Wachstums- und Marktziele und versteht sich dabei als "großer Dampfer", der - erstaunlicherweise - gerade aufgrund seiner Größe im Hauptfahrwasser bleiben und vorsichtig manövriren muß. Ihr Modernisierungsmodell kann deshalb - unter dem Stichwort "Größenbezug" - allgemein gekennzeichnet werden als zentralistisch-expertokratische Optimierung von Leistungen und Abläufen unter Vermeidung von Konflikten - sowohl mit den Erwartungen der Versicherten, als auch mit den Leistungserbringern. Vorrangige Ziele sind Mitgliederzuwachs sowie, nachgeordnet, Überwachung und Steuerung, Effektivierung und Qualitätssicherung.

Gesundheitsförderungsaktivitäten werden - im wesentlichen auf der Basis des medizinischen Riskofaktorenkonzepts - in relativ breiter Vielfalt angeboten. Schwerpunkte liegen darüber hinaus auf der Entwicklung von Selbsthilfeförderung

und neuer - zum Teil lebenslagenbezogener - Formen von Vorsorgekuren. Neue Ansätze werden allerdings - entsprechend der Philosophie des "großen Dampfers" - nur sehr vorsichtig umgesetzt, im Wesentlichen bewegt man sich in der Gesundheitsförderung im Bereich des Bekannten und Bewährten. Nach Konzepten betrieblicher Gesundheitsförderung, mit denen den oben stichwortartig benannten Schwierigkeiten und "Rückständigkeiten" Rechnung getragen werden könnte, wird derzeit tastend gesucht. Das Ziel von Gesundheitsförderung wird beschrieben mit dem Stichwort "Qualität statt Masse" - worin sich zunächst Distanz gegenüber reiner Wettbewerbsorientierung, aber auch Kritik an der Qualität und dem unzureichenden Problemgruppenbezug (Mittelschichtorientierung) von einschlägigen Kursen verbirgt. Dementsprechend richten sich verschiedenartige Qualitätssicherungsbemühungen auf diesen Bereich. Insgesamt kann man sich aber des Eindrucks nicht erwehren, daß Gesundheitsförderung im Modernisierungskonzept der Kasse nicht unbedingt eine zentrale Stellung einnimmt, teilweise eher legitimatorischen und "Spielwiesen"-Charakter hat.

Wenn das Modernisierungsmodell der Kasse als zentralistisch-expertokratisch optimierend bezeichnet wurde, so resultierte dies dementsprechend nicht unwesentlich aus der Analyse der vorgefundenen Dienstleistungs- und Organisationsentwicklungskonzepte. Es geht in ihnen weniger um die Verbesserung der direkten Kundenbetreuung - hier wird offensichtlich nur geringer Handlungsbedarf gesehen. Schwerpunktmaßig zielen sie vielmehr auf die Optimierung interner Abläufe und kassenspezifischer Leistungsangebote sowie die Überwachung und Steuerung der Arbeit der Geschäftsstellen vor Ort. Dafür werden - nicht zuletzt durch externe Experten - Informationssysteme und Qualitätssicherungsverfahren entwickelt, werden Umorganisationen vorgenommen (und auch wieder rückgängig gemacht), wird Personalentwicklung durch Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen betrieben, aber auch durch das Abrücken von der klassischen "Dienstordnungs"-Karriere über die Rekrutierung von Quereinsteigern mit "sozialversicherungsfremden" Qualifikationen.

Fall C: Modernisierung als kultureller Wandel in der Nische

Diese relativ kleine Innungskrankenkasse im großstädtischen Ballungsraum versteht sich - insofern in der Tradition der Kassenart stehend - als Dienstleister

des Handwerks und seiner Beschäftigten in sozusagen allen Lebenslagen. Trotz ihrer relativ gesicherten Position in einer Marktnische (zwar geringer Anteil an allen Versicherten, aber hoher "Abdeckungsgrad" der Innungen der Region) entwickelt sie aber - in kongenialem Austausch mit ihrem Bundesverband - immer wieder neue und zum Teil die Grenzen des herkömmlichen Krankenversicherungsverständnisses deutlich überschreitende Ansätze im Leistungsspektrum und der Kundenbetreuung. Ihr Modernisierungsmodell kann - unter dem Stichwort "Klientelbezug" - allgemein gekennzeichnet werden als Durchsetzung kassenpolitischer Innovationen, nicht zuletzt auf der Basis organisationsinternen kulturellen Wandels, unter Bezugnahme auf eine in ihrem Selbstverständnis relativ homogene Klientel: die Gemeinschaft des Handwerks.

Im Bereich gesundheitsförderlicher Aktivitäten entwickelt die Kasse - in Zusammenarbeit mit ihrer Dachorganisation - neue Modelle und hebt sich kritisch von ausschließlich wettbewerbsbezogenen und ausschließlich auf dem medizinischen Risikofaktorenkonzept basierenden Aktivitäten ab. Gesundheitsförderung nimmt dabei einen weit überdurchschnittlichen Anteil an den Leistungsausgaben ein. Inhaltliche Stichworte dafür sind etwa die Finanzierung geprüfter alternativer Heilmethoden, der Umweltcheck auf Rezept, das Angebot betrieblicher Gesundheitsförderung auf der Basis gründlicher Datenanalysen, schließlich der unter dem Begriff "Lebensphasenmodell" unternommene Versuch, überindividuell problematische Situationen im Lebensverlauf als typische Interventionspunkte zu identifizieren und Maßnahmeangebote darauf auszurichten.

Zusammenfassend wurde das Modernisierungsmodell unter den Obergriff "kultureller Wandel" gestellt. Dies paraphrasiert nicht nur die bereits angesprochenen Überschreitungen der (kulturellen) Grenzen eines traditionellen Krankenversicherungsverständnisses, sondern bezieht sich wesentlich auch auf die "innere" Modernisierung, d.h. auf Organisations- und Dienstleistungskonzeptentwicklung. Wie nirgends anders drängt für das organisationsbezogene Modernisierungskonzept der Begriff "Unternehmenskultur" auf. Es geht dabei nämlich nicht nur um den Einsatz neuer Instrumente wie Unternehmensplanung, Arbeit mit Zielvereinbarungen oder "24-Stunden-Service" im - vor allem antragsbezogenen - Schriftverkehr. Es geht auch um die abkehr von klassischen

bürokratischen Strukturen und Verhaltensmustern, die nicht zuletzt über systematische Fort- und Weiterbildung aller Mitarbeiter erreicht werden soll. Auffällig sind dabei vor allem Begriffe wie "ständige Suche nach neuen, machbaren Ideen", "kreative Unruhe" oder auch die Hervorhebung des Verständnisses eines insgesamt jungen teams im Austausch von Ideen innerhalb der Hierarchie.

Fall D: Modernisierung als Anpassung an Gegebenheiten

Die Betriebskrankenkasse eines großen Industrieunternehmens mit mehreren Werken in unterschiedlichen Regionen entwickelt in ihrer Hauptverwaltung, auch im Austausch mit Konzepten des BKK-Bundesverbandes, durchaus neue Konzepte im Bereich der Rehabilitation und der - insbesondere betrieblichen - Gesundheitsförderung. Deren Umsetzung vor Ort steht aber unter der doppelten Kautele werksspezifischer und regionaler Besonderheiten. Insofern kann hier nicht das Modernisierungsmodell der Kasse insgesamt, sondern nur seine spezifische Konkretisierung in der untersuchten Verwaltungsstelle gekennzeichnet werden, die sich am Rande einer Kleinstadt in eher ländlicher Region befindet. Diese Ausprägung kann - unter dem Sichtwort "Betriebsbezug" - allgemein charakterisiert werden als erzwungene oder nachholende Modernisierung, als Anpassung vorhandener Ansätze an die restriktiven Bedingungen des betrieblichen Hintergrunds zum einen und der regionalen Wettbewerbssituation zum anderen. Solche Anpassung, die auch als Reduktion entwickelter Konzepte einer "Vorreiter-Kasse" auf das in der Kassenlandschaft Gängige beschrieben werden kann, ist konsequenterweise durch ein geringes Maß an Konflikten - sowohl in bezug auf Adressaten, als auch in bezug auf die kritische Auseinandersetzung mit vorhandenen Konzepten - geprägt.

Gesundheitsförderung wird - in Zusammenarbeit mit lokalen Einrichtungen wie VHS - weitgehend im Rahmen traditioneller Kurse auf der Basis des Risikofaktorenkonzepts angeboten und wesentlich auf Image- und Wettbewerbsfaktoren reduziert. Sonstige Aktivitäten bleiben überwiegend im Rahmen eines herkömmlichen Verständnisses des Kassenhandelns (z.B. Fallorientierung bei Langzeitkrankheit, unhinterfragte Rolle des Arztes als Dreh- und Angelpunkt), transzendieren dies nur dort, wo bereits entwickelte Konzepte problemlos nutzbar sind. Dies bezieht sich nicht nur auf Ansätze der eigenen Hauptverwaltung bzw. des

BKK-Bundesverbandes (z.B. Vorsorgekuren für Versicherte im Übergang zum Ruhestand), sondern auch auf Kooperation mit dem Hauptkonkurrenten (etwa in der Trägerschaft einer pharmazeutischen Beratungsstelle). Insbesondere das Instrument "betriebliche Gesundheitsförderung" bleibt am Ort - trotz der Einsicht, daß der Mitteleinsatz dafür in naher Zukunft den für allgemeine Gesundheitsförderung übersteigen wird - völlig unentwickelt. Systematische Umsetzung eines bei der BKK vorhandenen Konzepts wird hier ersetzt durch spontane Einzelaktionen in Zusammenarbeit mit betrieblichen Instanzen, die auf der Basis von Nähe und "Sich-Kennen" funktioniert.

Das "Dienstleistungskonzept" der Kasse erscheint gerade im Spiegel von angesprochenen, in der Planung befindlichen, aber noch nicht umgesetzten Veränderungen als verbesserungsbedürftig. Dies bezieht sich zum einen auf den Kundenkontakt, der, wie eingangs bereits angesprochen, darunter leidet, daß die Kasse nur mit einer Verwaltungsstelle in der Region präsent ist. Dies bringt zum einen das Problem, daß sich der "Kundenantrag" der aktiv Versicherten weitgehend auf die Schichtwechselzeiten beschränkt, zum anderen jenes, daß die Betreuung der nicht-aktiven zu wünschen übrig läßt. Hier setzen denn auch die Überlegungen zur Verbesserung an: Ausbau von wohnortnahen und telefonischen Serviceangeboten, Ausbau eines nachgehenden Außendienstes o. dgl. Gleichzeitig richtet sich die Kritik aber auch nach innen, insbesondere auf die als zu gering angesehenen Spielräume zu eigenständigem Handeln gegenüber der Hauptverwaltung.

4.2 Durchführung und Ergebnisse der Versicherten-Befragung

Der durch die veränderten Wettbewerbsbedingungen in Gang gesetzten Modernisierungsprozeß in der GKV, wie wir ihn ausschnitthaft empirisch erfaßt haben, folgt zweifellos unterschiedlichen Zielsetzungen und Handlungsparametern. Eine stärkere Berücksichtigung von Ansprüchen und Erwartungen der Versicherten - wettbewerblich relevant und gesundheitspolitisch begründbar - ist in diesem Kontext aber ein ganz wesentlicher Orientierungspunkt. Vorstellungen von "Bedarf" an wie "Nachfrage" nach spezifischen Dienstleistungs-Angeboten sind in der GKV jedoch, wie auch in anderen sozialstaatlichen Institutionen oder intermediären Organisationen, nur in äußerst geringem Maße fundiert durch exakte

Analysen und Forschungsaktivitäten. Es stellt sich daher die Frage, inwieweit die Angebote und Maßnahmen der Kassen tatsächlich auch auf das Interesse der Versicherten stoßen. Ein verändertes, stärker auf aktives und präventives "Risiko-Management" gerichtetes gesundheitspolitisches Funktionsverständnis von Kassen wird sicherlich nur praktisch erfolgreich, wenn es weitgehend komplementär zu den Ansprüchen maßgeblicher Versichertengruppen ist. Konkret angesprochen sind damit Fragen wie:

- Inwieweit nehmen Versicherte überhaupt Veränderungen in den Dienstleistungs-Angeboten ihrer Krankenkasse (positiv) wahr? Oder dominieren hier aufgrund zumeist geringer Vergleichsmöglichkeiten und eher geringer persönlicher Erfahrungen allgemeine Einschätzungen und Stereotype?
- Folgt die Wahrnehmung "der Krankenkasse" noch tradierten Zuschreibungen und Assoziationen, die Kassen eher im Umfeld von Behörden und Bürokratien verorten? Wird Kassen als Institutionen der Sozial-Versicherung überhaupt Kompetenz für gesundheitsbezogene Probleme zuerkannt?
- Inwieweit stoßen neuere Kassen-Angebote (Beratung, Information, Gesundheitsförderung) tatsächlich auf allgemeines Interesse oder beschränkt sich dies auf einzelne Gruppen?
- In welchem Maße erscheint das GKV-Solidarprinzip Versicherten aufgrund seiner egalitären und bedarfs-orientierten Regulationsprinzipien als adäquate Form der Risikovorsorge? Inwieweit werden Differenzierungen, individuell zugeschnittene Beitrags- und Leistungs-Verträge als sinnvolle und "zeitgemäße" Alternative bewertet?

Einige ausgewählte und zentrale Befunde der (noch laufenden) Auswertung der standardisierten Versichertenbefragung werden im folgenden dargestellt.

4.2.1 Wahrnehmung und Beurteilung der Kassen

Was die die "Vorreiterschaft" der von und ausgewählten Kassen inhaltlich umfaßt und wie diese Kassenpolitik gesundheits- und lebenslaufpolitisch einzustufen ist, haben wir bereits zusammenfassend dargestellt. Zu fragen bleibt, zu welchen Urteilen die jeweilige "Klientel" der Kassen gelangt, inwieweit also teilweise konfliktische, durchgängig aber zeit-, personal- und finanzaufwendige Modernisierungs- und Innovationskonzepte auch als solche wahrgenommen und positiv bewertet werden.

Die Beantwortung dieser Frage fällt methodisch nicht leicht. Wir haben nach der Erhebung unterschiedliche Vergleichsgruppen für jede Einzelkasse konstruiert, unter anderem: a) Mitglieder derselben Einzelkasse in anderen Orten/Regionen der BRD und b) Mitglieder anderer Kassen und Kassenarten in derselben Stadt/Region. Es hat sich jedoch durchgängig gezeigt: Beide weisen durchgängig und konstant erhebliche Abweichungen hinsichtlich der Versichertenstruktur und zentraler sozio-demographischer Variablen auf (Geschlecht, Alter, Bildung, Stellung im Beruf, Erwerbsstatus, Verdienst, Versichertenstatus, chronische Erkrankung, Behinderung etc.). Alle diese Variablen haben jedoch ihrerseits einen nicht unerheblichen Einfluß auf Wahrnehmungsmuster und Ansprüche in Bezug auf Kassen-Funktionen und -Angebote.

Als allgemeines Ergebnis ist in diesem Zusammenhang zunächst hervorzuheben: Eine "positive" Bewertung der Kasse, d.h. die Wahrnehmung persönlich zufriedenstellender und zur Lösung gesundheitsbezogener und/oder versicherungsrechtlicher Fragen hilfreicher Kassenleistungen hängt deutlich zusammen insbesondere mit dem Alter und der Betroffenheit von Krankheit. Die Erfahrung einer zufriedenstellenden Ausfüllung von Funktionen durch die Kasse, die über Verwaltungsleistungen hinausreichen und sie als Beratungseinrichtung qualifizieren, wird sehr viel deutlicher artikuliert von Älteren, Rentnern, chronisch Erkrankten und Behinderten. Weiterhin sind nehmen Positivurteile mit ansteigender Häufigkeit und Intensität persönlicher Kontakte mit der Kasse zu. Dies mag einerseits damit zusammenhängen, daß ein Kassenwechsel für Ältere sehr viel weniger akzeptabel oder lohnend erscheint, was nicht ohne Einfluß auf Zufriedenheitsurteile bleibt. Andererseits zeigt sich aber auch, daß mit dem Grad persönlicher Kenntnisse und direkter Kontakte eine zuvor diffuse Skepsis und tendenziell kritische Haltung revidiert wird. In dem Maße also, wie Kassen sich hinausgehend über ihre traditionellen Funktionen auch als Informations- und Beratungsstelle profilieren, würden sich danach Akzeptanz und Positivresonanz für diese Funktion erhöhen - vergleichbare Qualität der Leistungen wie bislang vorausgesetzt.

Im Hinblick auf unterschiedliche Bewertungen der einzelnen Kassen unserer Fallstudien in dieser Perspektive ist festzuhalten: Direkte "Paarvergleiche" von Teilsamples liefern aufgrund der sehr heterogenen Versichertenstruktur kaum

interpretationsfähige Befunde. Deshalb bleibt nur der Weg über multivariate Verfahren der Datenanalyse. Auf Details der sehr umfangreichen und zeitaufwendigen Datenanalyse sei an dieser Stelle verzichtet. Als Indikatoren zur Kennzeichnung von Wahrnehmungs- und Bewertungsmustern von Versicherten für "ihre" Kasse wurden aus ca. 20 abhängigen Variablen des Fragebogens insgesamt fünf übergeordnete neue Kategorien gebildet: (1) Gesamtbewertung der Dienstleistungsqualitäten (2) Positivveränderungen in den letzten Jahren (3) Beratungs-Qualität (4) Bürokratische Elemente (5) Leistungen am Rande oder außerhalb der Krankenversicherungs-Zuständigkeit.

Berücksichtigt man a) im Prinzip geringe direkte Vergleichsmöglichkeiten von Versicherten, (b) relativ seltene konkrete und persönliche Erfahrungen von Kassenkontakten und (c) Einflußeffekte von Marketing, Werbung etc. auf individuelle (Vor-)Urteile, so ist überraschend, daß sich unsere Differenzierung zwischen den Kassen hinsichtlich der Quantität und Qualität gesundheitspolitisch innovativer Akzentsetzungen relativ deutlich auch im Urteil der Versicherten widerfindet. Die Kassen A und C werden relativ durchgängig, d.h. hinsichtlich mehrerer Indikatoren, deutlich positiver als ihre jeweiligen Vergleichsgruppen bewertet. Dieser Effekt ist - wie die logistische Regression zeigt - auch ein Kasseneffekt, also nicht allein erklärbar aus der jeweils besonderen Versichertenstruktur. Die Kasse B liegt im Durchschnitt, Abweichungen sind nach oben und unten sind allein bewirkt durch die Versichertenstruktur. Kasse D schließlich wird in einigen Punkten durchschnittlich, in einigen negativer bewertet als Vergleichsgruppen, hier ist jedoch ein signifikanter Kassen-Effekt nachweisbar. Versicherte zeigen sich also - zusammenfassend interpretiert - durchaus sensibel gegenüber Modernisierungsprozessen in ihrer Krankenkasse und registrieren neue Angebote und Serviceleistungen im Bereich Beratung, Information und Gesundheitsförderung auch als positive Veränderung.

4.2.2 Gesundheitsbezogene Beratung durch die Krankenkasse

Mit der Intensivierung ihrer Informations- und Beratungs-Aktivitäten für Versicherte in den letzten Jahren folgen die Krankenkassen der Anforderung von § 1 SGB V : "Die Krankenkassen haben den Versicherten dabei durch Aufklärung, Beratung und Leistungen zu helfen und auf gesunde Lebensverhältnisse

hinzuwirken". Die Marketing-Schlagzeile der Ortskrankenkassen: "Wir sind immer für Sie da" dokumentiert jenseits ihrer persuasiven Semantik die Leitvorstellung von Fürsorge, persönlicher Betreuung und Problemhilfe als quasi lebensweltliche Aufgabenstellung und -erfüllung durch die Krankenkasse. "Beratung" erscheint also als eine Aufgabe, in der Kassen qualifizierte Dienstleistungsfunktionen erfüllen, "Kundennähe" dokumentieren und damit gegenüber Mitgliedern wie potentiellen Neumitgliedern auf besondere Leistungen verweisen können. In Anbetracht der durch das Sozialgesetzbuch detailliert vorgeschriebenen Möglichkeiten zur Leistungsbewilligung ist dieses Tätigkeitsfeld (neben Gesundheitsförderung, Information und z.T. auch Rehabilitation) daher besonders wettbewerbsrelevant.

In unserer Befragung hatten wir neun unterschiedliche Beratungsthemen (u.a.: über Arzneimittel-Unbedenklichkeit, den Nutzen "alternativer" Medizin etc.) vorgegeben und danach gefragt, ob man für solche Fragestellungen und Probleme mehr Beratung für notwendig hält. Hierbei konnte unterschieden werden, a) ob ganz allgemein (also unabhängig davon, welche Institution dies erfüllen sollte) mehr Beratung notwendig sei sowie b) ob diese Aufgabe, bezogen auf das jeweilige Problemfeld auch von der Krankenkasse erfüllt werden sollte. Zusätzlich dazu hatten wir - mit inhaltlich und sprachlich parallelisierten items - erfragt, ob man sich persönlich in der letzten Zeit in einer solchen Problemsituation mit Beratungsbedarf befunden hat. Die Grundauszählung dieser Fragen erbringt zunächst folgende Befunde:

Insgesamt wird in sehr hohem Maße ein Mehr an Beratung für die von uns thematisierten Problemsituationen für notwendig erachtet. Rund 70-90% der Befragten - je nach Thematik - votieren für mehr Möglichkeiten und Angebote zu persönlicher gesundheitlicher Beratung. Am stärksten ausgeprägt ist dies (90%) für Umwelt- und Ökologie-Fragen, für den Aspekt "Unbedenklichkeit von Arzneimitteln" und auch für "alternative" Medizin. Für die Krankenkasse wird dabei ein spezifisches inhaltliches Kompetenz-oder Zuständigkeits-Profil erkennbar. "Umwelt"-Fragen und ökologische Aspekte erscheinen *nicht* als Domäne und Auskunftsbereich von Kassen. Auf der anderen Seite werden - so nicht ohne weiteres zu erwarten - bestimmte Fragen medizinischer Therapie und die Über-

prüfung der ärztlichen Diagnostik und Therapieformen zu einem Beratungsfeld der Kassen deklariert.

Weitere - damit zusammenhängende - recht aufschlußreiche Befunde ergeben sich, wenn man nach differenzierenden soziodemographischen und anderen Aspekten fragt, die mit einem höheren oder niedrigeren Maß an artikulierten Beratungswünschen einhergehen. Gesundheits- und krankheitsbezogene Aspekte, dies muß überraschen, zeigen hier keinen oder nur einen statistisch insignifikanten Zusammenhang. Weder die subjektive Einschätzung des eigenen Gesundheitszustands, noch das Vorliegen einer chronischen Erkrankung, noch die Zahl der Arztbesuche beeinflussen das Antwortverhalten in der hier diskutierten Frage. Das gleiche gilt für die beiden Aspekte "medizinisches Wissen" (Selbsteinstufung des Kenntnisstandes in Gesundheits-, Krankheits-, Therapie-Fragen) und das Ausmaß der "gesundheits- bzw. krankheitsbezogenen Lese- und Informations-Interessen" (Selbsteinstufung). Es zeigt sich jedoch anderseits durchgängig, d.h. für alle thematisierten Problemsituationen, daß die Altersvariable einen entscheidenden Einfluß auf die Artikulation von Beratungs-Ansprüchen hat. Mit Ausnahme der Altersgruppe der über 69jährigen, die in einigen der thematisierten gesundheitlichen Problemfelder einen "Knick nach oben" zeigt, verlaufen die Alterskurven relativ durchgängig von oben nach unten, d.h.: Jüngere benennen häufiger als andere Altersgruppen die Notwendigkeit von mehr Beratungsangeboten.

Zu interpretierende und in Einklang zu bringende Befunde sind in diesem Kontext: einerseits das insgesamt sehr hohe Ausmaß, mit dem - altersunabhängig - für mehr Beratungsangebote in alltäglichen gesundheitlichen Problemsituationen votiert wird, die (hier nicht dokumentierte) vergleichsweise nur geringe Beeinflussung der Antwortmuster durch die Dimension konkreter persönlicher Betroffenheit zum zweiten, und die starke Altersvarianz (unabhängig von gesundheits- und bildungsspezifischen Aspekten) zum dritten. Maßgeblich sind dabei wohl zunächst nicht unerhebliche, persönlich erfahrene Defizite im medizinischen Versorgungssystem - dies zeigen Ergebnisse unserer Studie im Kontext der Bewertung des Medizinsystems. Das in der ärztlichen Sprechstunde von der Mehrzahl der Befragten so erkannte Defizit an "sprechender" Medizin bewirkt einen allgemeinen und ungerichteten Wunsch nach mehr "Beratung" in Gesundheits- und Krankheits-

fragen außerhalb der Arztpraxis, durch andere Institutionen unter Einschluß der Krankenkassen. Basis dafür sind wohl - auch in unseren Daten erkennbare - Irritationen, Verängstigungen, Desorientierungen, was ökologische Bedrohungen und "Gesundheitsrisiken" betrifft. "Beratung" als persönliche und kommunikative Plattform der Informationsvermittlung erscheint hier als naheliegende Form der Problemlösung - unabhängig davon, ob man sie auch nutzt und persönlich als erfolgbringend einschätzt.

Maßgeblich für diesen Befund sind nach unserer Auffassung mehrere Aspekte. Der Anspruch an Information, Transparenz, Beratung ist - auch in anderen Erfahrungszusammenhängen - bei Jüngeren stärker ausgeprägt. Weiterhin haben Jüngere in noch sehr geringem Maße Kenntnisse über und Erfahrungen mit der Institution GKV, bei ihnen bedeutet "Beratung durch die Krankenkasse" nicht unbedingt einen Bruch mit erworbenen Vorurteilen und Stereotypen von der Kasse als bürokratisch geprägter Organisation mit Verwaltungsfunktion. D.h., hier deutet sich ein Wandel im Verständnis der Institution GKV an, bei dem die Funktionen und Zuständigkeiten der Krankenkasse zunehmend auch in der thematischen Nähe anderer Beratungseinrichtungen (AIDS-, Drogen-, Verbraucherberatung) wahrgenommen werden.

Schließlich kommt in den obigen Befunden aber wohl auch eine generalisierte Anspruchs- und Erwartungshaltung zum Ausdruck: "Beratung" erscheint als zentrales und elementares Charakteristikum der "Informations"- wie auch der "Dienstleistungs"-Gesellschaft. Beratungsmöglichkeiten vorzuhalten, ist danach im subjektiven Anspruchshorizont eine basale Aufgabe sozialstaatlicher Institutionen, um so mehr, wenn es um existentielle gesundheitliche Gefährdungen, um Risiken für die psycho-physische Integrität des Individuums geht.

4.2.3 Gesundheitsförderungs-Maßnahmen: Teilnahme und Bewertung

17% der Bevölkerung, haben nach einer repräsentativen Befragung (KIRSCHNER U.A. 1994) schon einmal einen Gesundheitskursus besucht, bei Volkshochschulen, Vereinen, Kirchen, zumeist jedoch bei einer Krankenkasse. Dabei wurden ganz erhebliche Differenzen zwischen Männern (12% Teilnehmer) und Frauen (21%) deutlich. Als Gründe für den Besuch stehen zwei Aspekte ganz vorne: "Krank-

heiten, Beschwerden" geben 42% als Motiv an, "Ich wollte etwas für mein Wohlbefinden tun" sagen 41%. Unter Einbezug unterschiedlicher Verhaltensweisen (wie Rauchen, Ernährung, Sport, Arztbesuche, Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen), formulieren die Autoren der Studie ein Profil der Teilnehmer an Gesundheitskursen. Diese leben (1) häufiger gesundheitsbewußt als der Bevölkerungs-Durchschnitt (Rauchen, Sport, Alkohol), (2) nehmen häufiger die medizinische Versorgung in Anspruch (Zahl der Arztbesuche, Teilnahme an Früherkennung) und (3) beurteilen den eigenen Gesundheitszustand schlechter oder sind häufiger von Krankheiten betroffen. Teilnahme an Gesundheitsförderungs-Maßnahmen wäre danach also eine Reaktion auf Krankheiten und Beschwerden und eingebettet in ein insgesamt "gesundheitsbewußteres" Alltagsverhalten.

Unsere Versicherten-Befragung hat diese Befunde weitgehend bestätigt. Die zuletzt in den Medien gehäuft publizierte Bewertung von Kassen-Kursen als reines "Freizeitvergnügen" ist eine Stilisierung. Andererseits wird aus unserer Befragung jedoch auch deutlich: Teilnehmer an Gesundheitsförderung sind eine "geschlossene Gesellschaft", eine Gruppe, die immer wieder (oft mehrere) Kurse besucht und die sich besonders intensiv und häufig mit gesundheitlichen und medizinischen Fragen beschäftigt.

"Gesundheit" spielt in den Interessen und Motiven dieser Gruppe (zumeist Frauen, 30-50jährige, mittleres Bildungsniveau, Angestellte) eine sehr große Rolle. Dabei ist es weniger eine schwerwiegende akute oder chronische Erkrankung, die zu veränderten Alltagsgewohnheiten und zum Besuch von Kursen führt - chronisch Kranke oder Behinderte sind keineswegs öfter als Teilnehmer vertreten. Maßgeblich sind vielmehr erste Erfahrungen nachlassender Leistungsvoraussetzungen und gehäuft auftretende oder länger anhaltende Gesundheitsbeschwerden. Diese Erfahrung führt allerdings nicht zwangsläufig und über alle Bevölkerungskreise hinweg zu "präventivem" Verhalten und zu einem Besuch von Gesundheitskursen. Welche weiteren Faktoren hinzu kommen müssen (Verantwortung für Kinder, zeitliche Spielräume, Normen von Bezugsgruppen), ist eine offene und noch unbeantwortete Forschungsfrage.

Wer schon einmal einen Kurs besucht hat, wird dies wahrscheinlich wieder tun, und nach der zweiten Teilnahme ist eine weitere zukünftige Teilnahme subjektiv

hoch wahrscheinlich. Die Frage, ob man in Zukunft wohl einen Gesundheitskurs besuchen wird, bejahren 9 % der Befragten ohne bisherige Kursbesuche, 39 % derjenigen mit einem Kursbesuch, 74 % derjenigen mit 2 und mehr. Das Interesse an organisierter Gesundheitsförderung ist bei dem in dieser Hinsicht noch unerfahrenen Teil der Bevölkerung (der großen Mehrheit von 83%) also sehr gering.

Weiterhin zeigt sich, daß die Zahl der vorzeitigen Kurs-Abbrecher extrem niedrig ist. Und auch die Kritik an den Kursen ist ausgesprochen gering. Nur von einer Minderheit (25%) kommen überhaupt negative Feststellungen zum Kursleiter, zur Didaktik oder zu Themen. Dies ist insbesondere im Vergleich zu anderen Veranstaltungen im Bereich Erwachsenenbildung und Freizeit minimal. Offensichtlich sind die jetzigen Formen und Inhalte für den jetzigen Teilnehmerkreis optimiert - aber eben auch nur für diesen Kreis.

Überraschend ist, daß zwar nur eine Minderheit der Bevölkerung bislang an Gesundheitsförderungs-Maßnahmen teilgenommen hat, daß gleichwohl aber zwei Drittel meinen: Trotz des Kostendrucks sollten die Krankenkassen ihr Angebot weiterbetreiben oder sogar noch quantitativ ausweiten. Die allgemeine Verunsicherung durch medizinische Aufklärungs- und Informationskampagnen, stets neue Meldungen über ökologische Gesundheitsrisiken hinterlassen hier ihre Spuren. Da es keine Patentrezepte und keinen umfassenderen Schutz vor Krankheit gibt, erscheinen Gesundheitsförderungs-Maßnahmen als erhaltungsbedürftige Einrichtung zur Bewältigung potentieller Gesundheitsbeschwerden.

Für eine durchaus beachtliche Zahl von Versicherten, so ist zusammenfassend festzustellen, haben Gesundheitsförderungsmaßnahmen also eine produktive Funktion, sie sind zumindest motivationale Verstärker, schaffen soziale Unterstützung für ein verändertes Gesundheitsverhalten aufgrund zunehmend erfahrener körperlicher Beschwerden. Krankenkassen gehen mit den von ihnen durchgeführten Gesundheitsförderungs-Maßnahmen also sehr stark auf Versicherten-Interessen ein, auch wenn die vergleichweise geringe Zahl von Teilnehmern Gegenteiliges zu dokumentieren scheint. Die Kassen-Angebote fungieren - ebenso wie Beratungs- und Informationleistungen - in Anbetracht recht weit verbreiteter gesundheitsbezogener Ängste und Irritationen subjektiv als wichtige Ressource zur

Bewältigung potentieller Gesundheitsbeschwerden und -probleme, die aktuell zwar nicht durchgängig in Anspruch genommen wird, deren Stornierung jedoch problematisch erscheint und dezidiert abgelehnt wird.

4.2.4 Einstellungen zum "Solidarprinzip" und zu differenzierten Krankenversicherungs-Verträgen und -Leistungen

Parallel zu neuen Maßnahmen und Dienstleistungsangeboten für Versicherte gibt es in Krankenkassen seit geraumer Zeit auch Überlegungen und Konzepte, die eine Diversifizierung und Flexibilisierung von Versicherungsverträgen betreffen, und die zum Teil Modellvorschläge aufgreifen, die von der Enquete-Kommission zur Strukturreform in der GKV (SACHVERSTÄNDIGENRAT 1989, 1995) entwickelt wurden: Abwahl bestimmter Leistungen, zusätzliche Absicherung einzelner medizinisch-therapeutischer Leistungen, Bonus-Malus-Regelungen, Beitragsrückrstattung usw. Die Frage, inwieweit Versicherte solchen Konzepten positiv oder negativ gegenüberstehen, ist nicht nur sozialpolitisch von Interesse, sondern auch in der Perspektive der Wahrnehmung von Risiken (Krankheit) im Lebensverlauf und der individuellen Präferenzen von Risiko-Vorsorge.

OFFE U.A. (o.J.) hatten in qualitativen Interviews mit insgesamt 53 GKV-Versicherten herausgefunden, daß es eine - so nicht unbedingt zu erwartende - extrem hohe Zustimmung zum Solidarprinzip in der GKV gibt, wenn auch mit jeweils recht unterschiedlichen individuellen Argumentationsmustern und Begründungen. Dies zeigt sich auch in unserer Befragung: "Alles in allem" sind 87% der Versicherten für das Solidarprinzip. Zugleich zeigt sich jedoch, daß bei weiteren, differenzierenden Fragen zu spezifischen Aspekten des Solidarprinzips teilweise Positionen bezogen werden, die nur sehr begrenzt im Einklang mit dem Basisurteil stehen. D.h.: Die Zustimmung zum Solidarprinzip ist nicht uneingeschränkt positiv, sondern von Ambivalenzen und Relativierungen durchsetzt. Einen "Mißbrauchs-Verdacht" (ungerechtfertigte Inanspruchnahme medizinischer Leistungen) artikulieren 30% der Versicherten, 45% plädieren für Malus-Regelungen (bei "ungesunder Lebensweise"), 33% würden es begrüßen, wenn man bestimmte medizinische Leistungen abwählen, 54%, wenn man unübliche Leistungen zusätzlich versichern könnte.

Nimmt man die gleichwohl in der Bilanz hohe Zustimmung zum Solidarprinzip und den Befund hinzu, daß ein etwa gleich hoher Anteil von Versicherten (88%) angibt, "wahrscheinlich nicht" bzw. "auf keinen Fall" (nach Einführung der Kassen-Wahlfreiheit) die jetzige Kasse wechseln zu wollen, so läßt sich dies wohl interpretieren als Zustimmung zu flexibleren und differenzierteren Formen sozialer Sicherung, für die gesamtgesellschaftlich, nicht aber persönlich ein Bedarf erkannt wird.

Von besonderem Interesse ist aus unserer Sicht dabei, bei welchen Gruppen die oben angesprochenen Relativierungen, Einschränkungen und Ambivalenzen im Kontext "Solidarprinzip" besonders stark ausgeprägt sind. Es sind dies nicht - wie man vermuten könnte - die Jüngeren, sondern die Älteren. Das Alter ist in dieser Frage stärkster Einflußfaktor, ganz deutlich vor anderen Faktoren wie Verdiensthöhe, Bildungsniveau oder Gesundheitszustand. Bei der bilanzierenden Frage zum Solidarprinzip sind nur sehr geringe Altersdifferenzen auffällig, von insgesamt nicht mehr 6 Prozentpunkten. Bei differenzierenden Fragen werden diese Differenzen deutlich höher. Dies gilt etwa für die Aspekte einer Mißbrauchs-Unterstellung bei anderen Versicherten, der Befürwortung von Malus-Regelungen (für Raucher, Übergewichtige), für Sympathien zu einer individuellen Risikovorsorge und auch Zustimmungen zum statement "In einer Leistungsgesellschaft ist das Solidarprinzip fehl am Platz. Wer viel leistet und gut verdient, zahlt dazu."

Die Interpretation dieses letzten Ergebnisses ist nicht ganz einfach. Hinzuweisen ist zunächst einmal darauf, daß diese Befunde im Kontrast stehen zu Thesen eines normativen Orientierungswandels im Zusammenhang von Individualisierungsprozessen, die mit verstärktem Konkurrenzdenken, mit Gruppen- und Individual-Egoismen einhergehen. Ebenso ist dieser Befund kaum in Einklang zu bringen mit jenen Diskussionsbeiträgen im Zusammenhang der sog. "Aufkündigung" des Generationen-Vertrags in der Rentenversicherung, Diskussionsbeiträgen, die bei einer Vielzahl von Jugendlichen einen massiven Konfliktkurs zur Eltern- und Großeltern-Generation erkannt haben (vgl. z.B. SCHÖBER/TESSARING 1993).

Zwei einander ergänzende Interpretationslinien liegen nahe. Zum einen: Die Erfahrung der "Risikogesellschaft" als persönlich unbeeinflußbare, als ubiquitäre und unentzerrbare Bedrohung von Gesundheit und psycho-physischer Integrität,

die bei Jüngeren sehr viel weniger Rationalisierungen und Affektneutralisierungen unterliegt, führt dort auch zu Wertorientierungen und Präferenzen, die eine allumfassende und pauschale Risikovorsorge ohne individuelle Kalküls und Differenzierungen favorisieren. Etwas blumig formuliert: Das Risikopotential wird als so groß und unüberschaubar erlebt, daß nur das "Rundum-Sorglos-Paket" der GKV als adäquate Vorsorgemöglichkeit erscheint. Zum anderen: Womöglich führt die Herauslösung aus traditionalen sozialen Bezügen, die Position "jenseits von Klasse und Stand" (wie BECK 1986 es gekennzeichnet hat) zunehmend zu Motivationen und Normen, die kollektive Bezüge und kommunitäre Strukturen stärker in ein positives Licht setzen. In unserem Untersuchungskontext wäre dies zwar zunächst nicht viel mehr als verbale Sympathie für eine recht abstrakte "Solidargemeinschaft" innerhalb der GKV, gleichwohl aber ein Indiz für eine verstärkte individuelle Suche auch nach sozialer Identität und nach kollektiven Ankerpunkten.

5. Außenaktivitäten

5.1 Vorträge

Marstedt, G., Mergner, U.: Gesellschaftlicher Rehabilitationsbedarf und sozialpolitische Regulation, Deutsche Gesellschaft für Soziologie, Sektion Medizinische Soziologie, Bremen, 2.12.1993

Marstedt, G., Mergner, U.: Wo bleibt die Reha-Förderung? Referat für die Rehataugung der BKK-AG Niedersachsen-Nord am 22.09.1994 in Oldenburg

Marstedt, G.: Vernetzung von Gesundheits- und Sozialberichterstattung. Referat auf der Fachtagung "Armut- und Gesundheitsberichterstattung" am 6.10.94 in Sulzbach / Saarland

Marstedt, G.: Modernisierungsprozesse in der GKV - Momente des Anspruchswandels bei Versicherten, Vortrag anlässlich der Begutachtung des Zentrums für Sozialpolitik durch den wissenschaftlichen Beirat am 30.5.1996 im ZeS, Bremen

Mergner, U.: Prävention, Gesundheit, Rehabilitation und Kassenpolitik - institutionelle Regelung im Wandel, Freie Hansestadt Bremen, Senator für Jugend, Gesundheit und Soziales, Präsentation der Forschungsvorhaben der Universität Bremen und des Bremer Instituts für Präventionsforschung und Sozialmedizin im Gebiet Public Health, Bremen 6.2.1995

Mergner, U.: Betrieblicher Umgang mit Rehabilitation - Die Krankenkassen, Universität Hamburg, Institut für Medizinsoziologie, Universitätskrankenhaus Eppendorf, Hamburg, 17.5.1995

Mergner, U.: Institutioneller Umgang mit Krankheit und Krankheitsrisiken unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen, Universität Bremen, Sfb 186, 4.

Teilprojekt C1

Müller u.a.

- Symposium zu "Lebenslaufpolitik - Institutionen und Statusmanagement, Bremen, 22.9.1995
- Mergner, U.: Autonomie oder Selbstzwang? Neue institutionelle Regelungskonzepte in der GKV und ihre Implikationen in modernisierungs- und lebenslauftheoretischer Perspektive, Sfb 186 Werkstatt, Bremen, 7.2.1994
- Müller, R.: Gesundheitswissenschaftliche begründung von Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung, Hygieneinstitut der Universität Jena, Jena, 6.5.1993
- Müller, R., Behrens, J.: Age Norma and Gatekeeping in the Life Course, XIIIth World Congress of Sociology, Bielefeld, 18.-23.7.1994
- Müller, R.: Gesellschaft, Gesundheit und Gesundheitsförderung, Innungskrankenkasse Westfalen-Lippe, Münster, 26.9.1994
- Müller, R.: Public Health Developments in Germany, University of California, Public Health Department, Berkeley USA, 2.3.1995
- Müller, R.: Wer braucht betriebliche Prävention? AOK Bundesverband, 1. bundesweiter Kongreß zur betrieblichen Gesundheitsförderung, Magdeburg, 25.9.1995
- Müller, R.: Der Wandel im Aufgabenverständnis und in der Selbstdeutung von Krankenkassen unter den Bedingungen des Wettbewerbs, Bundesverband der Innungskrankenkassen, IKK-Forum: Das Gesundheitswesen zwischen Wettbewerb und Globalsteuerung, Bonn 22.2.1996
- Müller, R.: GKV und Prävention, Vortrag anlässlich der Begutachtung des Zentrums für Sozialpolitik durch den wissenschaftlichen Beirat am 30.5.1996 im ZeS, Bremen

5.2. Beiträge zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit

Wesentliche Ergebnisse aus der laufenden und aus vorherigen Projektphasen sind eingeflossen in Seminare im Rahmen des neu gegründeten Aufbaustudiengangs "Öffentliche Gesundheit - Gesundheitswissenschaften" an der Universität Bremen. Alle Projektmitarbeiter haben im Rahmen jeweils eigener Lehrveranstaltungen dazu unterrichtet. Weiterhin (vgl. oben, Vorträge) wurden Ergebnisse des Projekts in einer Reihe von Vorträgen bei einzelnen Organisationen der GKV vorgestellt und diskutiert.

6. Publikationen

6.1. Veröffentlichungen

- Marstedt, G., Mergner, U., Müller, G. (1993a): Normative Annahmen institutioneller Akteure bei der Regulierung prekärer gesundheitlicher Lebenslagen am Beispiel der medizinischen Rehabilitation. DFG-Arbeits- und Ergebnisbericht, Bremen

- Marstedt, G., Mergner, U., Müller, R. (1993b): Medizinische Rehabilitation innerhalb der GKV: Gesundheitspolitische Zielsetzungen, funktionelles und organisatorisches Selbstverständnis in Krankenkassen. In: Zeitschrift für Sozialreform. H. 4, S. 219-244
- Marstedt, G., Mergner, U. (1993): Chronische Krankheit und Rehabilitation: Zur institutionellen Regulierung von Statuspassagen. In: Leisering, L., Geissler, B., Mergner, U., Rabe-Kleberg, U.(Hg.): Moderne Lebensläufe im Wandel. Status Passages and the Life Course. Vol. IV. Weinheim
- Marstedt, G., Mergner, U. (1995): Gesundheit als produktives Potential, Edition Sigma, Berlin
- Marstedt, G., Mergner, U. (1996): Gesundheit als Produktivitätspotential: Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung im gesellschaftlichen und betrieblichen Strukturwandel, in: WSI-Mitteilungen, 2
- Marstedt, G., Mergner, U. (1995): Risiko-Management und soziale Bedarfsdeckung in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV): Entstehung eines neuen "institutionellen Paternalismus?", in: Sfb-Report, Nr. 3, Bremen
- Marstedt, G. (1994): Gesundheitsverhalten als Risikomeidung - Postulat und Alltagsrealität. Empirische Befunde zu arbeits- und gesundheitsbezogenen Wahrnehmungs- und Verhaltensmustern der Bevölkerung, in: Das Argument, Jahrbuch für kritische Medizin, Nr. 23, Berlin
- Marstedt, G. (1995): Vernetzung von Gesundheits- und Sozialberichterstattung. in: Landes-Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung Saarland e.V.: Armuts- und Sozialberichterstattung - Was hat Gesundheit damit zu tun? Tagungsberichte zur Gesundheitsförderung Band 3, Saarbrücken
- Marstedt, G. (1996): Plädoyer für eine soziale Gesundheitsberichterstattung, in: impulse, newsletter zur Gesundheitsförderung Nr. 10, Soziale Lage und Gesundheit, I
- Marstedt, G. (1996): Bauchtanz und Snowboarding auf Kosten der Solidargemeinschaft? (Zur Gesundheitsförderung durch Krankenkassen), in: Psychologie Heute, Juli 1996, S. 44-45
- Mergner, U., Marstedt, G. (1994): Wo bleibt die Reha-Förderung? in: Arbeitsgemeinschaft der Betriebskrankenkassen Niedersachsen-Nord (Hrsg.): Neue Wege in der Rehabilitation, Manuskript der Tagungs-Referate vom 22.9.1994 in Oldenburg
- Müller, R. (1994): Erwerbsarbeit, medizinische Prävention und Gesundheitsförderung, in: Müller, R., Schulz, T. (Hrsg.), S. 63-112
- Müller, R., Schulz, T. (1994) (Hrsg.): BetriebärztInnen im Handlungsfeld betrieblicher Politiken, Chancen und Dilemmata beim Gesundheitsschutz, Bremerhaven
- Müller, R. (1995): Thesen zur Gesellschaftlichkeit von Gesundheit, Zeitschrift für Gesundheitswissenschaften, 2, Beiheft, S. 27-38
- Müller, R. (1995): Gesellschaft, Gesundheit und Gesundheitsförderung - einige Anmerkungen, in: Holzapfel, G. u.a. (Hrsg.): Weiterbildung, Sport, Gesundheit - Praxismodelle und theoretische Grundlagen, Berlin/Neuwied, S. 118-122
- Müller, R. (1996): Gesundheitsförderung im Betrieb. Betriebliche Prävention, DOK Politik, Praxis, recht, 78, S. 151-153

- Behrens, J., Müller, R. (1994): Age Norms and Gatekeepinks in the Life Course,
Sociological Abstracts, 42, Suppl., 173, S. 27
- Deppe, H.-U., Friedrich, H., Müller, R. (1995) (Hrsg.): Qualität und Qualifikation
im Gesundheitswesen, Frankfurt/New York

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts C4

Thema: "Abstiegskarrieren und Auffangpositionen III: Statuspassagen im Erwerbsleben bei begrenzter Tätigkeitsdauer"

Beteiligte WissenschaftlerInnen:

Prof. Dr. Johann Behrens	(GA) (Projektleiter)
Dr. Jairo Oka Arrow	(EA) bis 31.5.1994
Dipl.-Soz. Anne Dreyer-Tümmel	(EA) seit 01.06.1994
Dipl.-SozWiss. Frauke Koppelin	(EA) seit 01.01.1995
Dipl.-SozWiss. Detlef Schulz	(EA)

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Stand der Forschung bei der letzten Antragstellung
3. Fragestellungen und Verlauf der Untersuchung
4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit
 - 4.1 Akteursnetze bei reha-ärztlich anzuratendem Tätigkeitswechsel
 - 4.2 Untersuchung individueller Verläufe
 - 4.21 Berufliche Wiedereingliederung bei reha-ärztlich angeratenem Tätigkeitswechsel
 - 4.22 Frühberentungen als Folge begrenzter Tätigkeitsdauern
 - 4.23 Krisenhafte Statuspassagen als Folge langfristiger Krankheit
 - 4.24 Soziale Unterstützung bei Krisen im Erwerbsverlauf
- 4.3 Betriebsfallstudien
- 4.4 Offene Fragen
5. Außenaktivitäten
- 5.1 Vorträge (Auswahl)
- 5.2 Beiträge zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit
6. Publikationen
- 6.1 Veröffentlichungen
- 6.2 Arbeitspapiere

1. Zusammenfassung

Im Teilprojekt wurden Prozesse sozialer Ungleichheit in einem auf Gleichheit der Versorgungschancen hin angelegten Bereich analysiert. Statuspassagen im Erwerbsverlauf wurden als Gegenstand individueller Handlungsstrategien und von Lebenslaufpolitiken betrieblicher und staatlicher sozialpolitischer AkteurInnen interpretiert. Insbesondere die (vorwiegend gesundheitliche) Begrenzung von Tätigkeitsdauern - bestimmte Tätigkeiten können überwiegend nicht bis zum gesetzlichen Rentenalter ausgeübt werden, die weitere Erwerbsfähigkeit setzt folglich den Wechsel der Tätigkeit voraus - bildete das Problem, dessen Verteilung in Verlaufsstudien und dessen Erzeugung und Bearbeitung in Interviews mit AkteurInnen erhoben wurde. Dabei wurden bei reha-ärztlich angeratenen Tätigkeitswechseln erstmalig mehrere AkteurInnen desselben Fallverlaufs unabhängig voneinander interviewt.

Gesundheitliche Beeinträchtigungen erhöhen - so ein bisheriges Ergebnis der Verlaufsuntersuchungen - das Risiko krisenhafter Statuspassagen im Erwerbsleben (Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit) nur für bestimmte Beschäftigungsgruppen. Abstiegskarrieren und Statuspassagen in die Nichterwerbstätigkeit finden sich nach gesundheitlichen Beeinträchtigungen besonders dann, wenn diese in Kombination mit einfachen Berufspositionen, belastenden Arbeitsbedingungen, zwischenbetrieblichen Wechseln oder bei Frauen auftreten. Begrenzte Tätigkeitsdauern sind bei Angehörigen niedriger Sozialschichten, einer Kumulation belastender Arbeitsbedingungen sowie bei bestimmbaren Berufsgruppen eher zu erwarten.

Die Untersuchung der Akteursnetze an RehabilitandInnenverläufen machte die *gatekeeping*- oder *local-justice*-Prozesse (Jon Elster) nachvollziehbar, die den Risiken des Beschäftigungssystems unbeabsichtigt sozialpolitische und reha-medizinische Sekundärrisiken hinzufügen können. Das Konzept der Sozialisation in die Invalidität konnte handlungstheoretisch präzisiert werden. Nur ergänzend wurden Lösungsmuster betrieblicher Personal- und Lebenslaufpolitik bei Nutzung sozialpolitischer Anreizstrukturen bearbeitet. Dem GutachterInnenvorschlag entsprechend sollten Betriebsfallstudien hauptsächlich späteren Untersuchungen vorbehalten werden.

Ergebnisse und Konzepte des Projekts fanden in der Rehabilitationsforschung, in der Frauengesundheitsforschung wie in der Forschung zum demographischen Wandel und zur Zukunft der Erwerbsarbeit am Standort Deutschland Resonanz.

2. Stand der Forschung bei der letzten Antragstellung

Zum Zeitpunkt der letzten Antragstellung war der dynamische Ansatz einer Verknüpfung von Erkrankungs- und Erwerbsverläufen, den das Projekt in die Diskussion eingebracht hat, auch außerhalb der Soziologie - besonders in den Bereichen Gesundheitsberichterstattung und Arbeitsschutz - bereits auf Interesse gestoßen. Trotzdem herrschten hier ebenso wie (mit wenigen Ausnahmen) in der Medizinsoziologie nach wie vor Querschnittsauswertungen von Ereignissen (Krankheitsfällen) und Anforderungen (Belastungen) vor. Ergebnisse aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (z.B. Stooß 1990) sowie Analysen mit Krankenkassendaten (GKV-Daten; z.B. Georg u.a. 1981; Müller u.a. 1982) hatten auf berufs(gruppen)-spezifische Belastungsschwerpunkte und - in Übereinstimmung mit Ergebnissen aus dem A- und B-Bereich des Sfb - auf berufs(gruppen)spezifische Erwerbsverläufe verwiesen. Im Teilprojekt C4 waren zu diesem Zeitpunkt noch keine nicht auf die berufliche Tätigkeit bezogenen Determinanten des Erwerbsverlaufs (wie z.B. die familiäre Situation) in die Analysen einbezogen worden. Die Konstitution von sozialpolitisch erzeugten "Risiken zweiter Ordnung" war in der Reha-Forschung als Risiko mangelnder Abstimmung zwischen den sozialpolitischen Trägern thematisiert worden (z.B. Jahn 1992). Medizinsoziologische Untersuchungen über die berufliche Wiedereingliederung nach der Akutphase schwerwiegender Erkrankungen (Herzinfarkt, koronare Bypassoperation) hatten auf der Grundlage von PatientInnen-Befragungen deutliche Hinweise auf ÄrztInnen als "*gatekeeper*" erbracht (z.B. Badura u.a. 1987; Gerhardt 1992). Diesen Hinweisen war aber noch nicht in einer Untersuchung der "*gatekeeper*" selbst nachgegangen worden.

In der 1. und 2. Projektpunkt hatte sich - vornehmlich am Beispiel des Übergangs in Arbeitslosigkeit - gezeigt, daß Arbeitsunfähigkeit bzw. Krankheit für einige Personengruppen das Risiko krisenhafter Statuspassagen erhöht, während sie für andere wohlfahrtsstaatlich überbrückt werden kann (vgl. Arbeits- und Ergebnisbericht 1993). Für diese Untersuchung waren - aufwendig aufbereitete - Daten einer regionalen GKV (AOK "Küstenstadt") einer Reihe von multivariaten Längsschnittanalysen unterzogen und die Auswertungen zur Überprüfung der Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse auf der Grundlage des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) partiell repliziert worden. Für die soziologische Diskussion und die Modellierung der Strukturprozesse sozialer Ungleichheit wurde gefolgt, daß

- erstens - Ereignisse im Lebenslauf (z.B. Krankheit, Arbeitslosigkeit) ungleichheitsrelevant sein können und als Determinanten sozialer Ungleichheit Beachtung finden sollten. Zweitens wurde argumentiert, daß tatsächliche Zusammenhänge verzerrt und Risikokumulationen sowie Prozesse der Reproduktion sozialer Ungleichheit im Zeitverlauf verdeckt werden können, wenn Wechselwirkungen zwischen Ereignisvariablen und soziodemographischen Merkmalen - insbesondere Geschlecht und Nationalität, aber auch Beruf - unberücksichtigt bleiben. Es wurde gefolgert, daß Untersuchungen zur sozialen Ungleichheit im Erwerbsverlauf im Gegensatz zu einer verbreiteten Forschungspraxis gruppenspezifisch durchgeführt werden sollten.

Explorative Betriebsfallstudien in der 2. Projektphase hatten gezeigt, daß viele Betriebe begrenzte Tätigkeitsdauern als aktuelles oder zumindest als langfristig auf sie zukommendes Problem wahrnehmen (siehe Arbeits- und Ergebnisbericht 1993). Als Ursachen für die Begrenztheit wurden vor allem gesundheitliche Gründe genannt. Es war deutlich geworden, daß bei betrieblichen Strategien gegenüber zeitweise Arbeitsunfähigen und begrenzten Tätigkeitsdauern auch die Subventionierung von Externalisierungen durch die Sozialversicherung ins Kalkül gezogen wurde. Ergänzende ExpertInnengespräche mit SpitzenvertreterInnen der GKV hatten gezeigt, daß Beratung zu betrieblicher Laufbahnpolitik demgegenüber sehr selten stattfand. Zum Zeitpunkt der Antragstellung waren seitens der Renten- und der Krankenversicherung allerdings für die nächsten Jahre Maßnahmen in den Bereichen Rehabilitation und Betriebsbeeinflussung angekündigt worden.

Vor dem Hintergrund des Forschungsstandes bei der letzten Antragstellung und durch die eigenen Ergebnisse aus der 1. und 2. Phase stellten sich dem Projekt folgende Fragen zum Gegenstandsbereich begrenzter Tätigkeitsdauern, die den Verlauf der Untersuchungen in der Berichtsphase bestimmten (siehe Abschnitt 3) und die zum großen Teil auch beantwortet werden konnten.

3. Fragestellungen und Verlauf der Untersuchung

In der Berichtsphase sollten Statuspassagen in getrennten Erhebungen sowohl an individuellen Verläufen (Erwerbs- und Gesundheitsverläufen) untersucht werden als auch an den Instanzen, die diese Verläufe zu steuern versuchen. Gegenstand der Untersuchungen war mit dem Problem "begrenzt Tätigkeitsdauern" und sei-

ner Bewältigung durch AkteurInnen der Sozialversicherungen, betriebliche AkteurInnen und Individuen ein Bereich, an dem die für den Sfb zentralen Konzepte des "gatekeeping", der "Risiken zweiter Ordnung", der "Selbstsozialisation" und der Reproduktion sozialer Ungleichheit weiter geklärt werden konnten.

Begrenzte Tätigkeitsdauern lassen sich aus zwei Perspektiven erfassen:

Aus der **Perspektive eines Arbeitsplatzes** lassen sie sich daran erkennen, daß dieser von der Mehrzahl der darauf Beschäftigten nur für eine begrenzte Dauer eingenommen und/oder vor dem Erreichen des gesetzlichen Rentenalters verlassen wird, oft sogar aus Sicht der Vorgesetzten oder anderer ExpertInnen nicht mehr bewältigt werden kann. Drei betriebliche **Strategien** des Umgangs mit diesem Problem - Externalisierung, Laufbahnpolitik und Arbeitsplatzgestaltung - sollten im Kontext der jeweils charakteristischen **Handlungskonstellationen und Gestaltungsoptionen** von betrieblichen AkteurInnen und AkteurInnen der Sozialversicherungen anhand von Interviews mit Reha-FachberaterInnen, Reha-ÄrztInnen und RehabilitandInnen und in Betriebsfallstudien untersucht werden (vgl. theoretisches Modell 2 im Antrag zur 3. Phase).

Im Einzelfall, d.h. aus der **Perspektive einer erwerbstätigen Person**, zeigt sich die Begrenztheit einer Tätigkeitsdauer weniger eindeutig. Scheinbar noch am eindeutigsten wird sie (rehabilitations-)ärztlich festgestellt, wenn dieser sie explizit diagnostiziert und einen Tätigkeitswechsel anrägt. Dieser "klientelisierte" Weg sollte im Rahmen eines RehabilitandInnen-Panels untersucht werden. Da der Weg über die Rehabilitation nicht der einzige Weg zu Statuspassagen bei begrenzten Tätigkeitsdauern (wie Berufswechseln oder Übergängen in die Nichterwerbstätigkeit) ist, war ergänzend die Untersuchung nicht bereits klientelisierter **Verläufe** erforderlich (vgl. theoretisches Modell 1 im Antrag zur 3. Phase), die auf der Basis von GKV-Daten und Daten des SOEP erfolgen sollte.

Vor diesem Hintergrund gestaltete sich der Untersuchungsablauf in der Berichtsphase und damit die Gliederung des nachfolgenden Ergebnisteils wie folgt:

(1) Im Rahmen des RehabilitandInnen-Panels (Untersuchungsstrategie 1) wurden mittels wiederholter ExpertInnen- und Betroffeneninterviews sowie Fallkonferenzen einerseits Erwerbs- und Krankheitsverläufe von RehabilitandInnen, denen reha-ärztlich ein Tätigkeitswechsel angeraten worden war (siehe 4.21), und andererseits die Strategien, Handlungsmöglichkeiten und Entscheidungsprozesse der beteiligten Reha-ÄrztInnen und Reha-FachberaterInnen in ihren wechselseitigen Per-

spektiven aufeinander erhoben. Damit konnte die riskante Abstimmung zwischen verschiedenen PassagenhelferInnen erstmals gleichzeitig in individuellen Verläufen und bei den institutionellen AkteurInnen selbst erforscht werden (siehe 4.1).

(2) Den Gegenstand von Untersuchungsstrategie 2 bildeten nicht bereits klientelisierte Verläufe bei gesundheitlichen Beeinträchtigungen und begrenzten Tätigkeitsdauern. Es sollte die Hypothese geprüft werden, daß begrenzte Tätigkeitsdauern vornehmlich in bestimmten Berufsgruppen zu finden sind, und Tätigkeitsdauern begrenzende Bedingungen sowie Tätigkeitswechsel begünstigende Ressourcen identifiziert werden. Auf der Grundlage von GKV-Daten und der Deutschen Herz-Kreislauf-Präventionsstudie (DHP-Studie) wurden dazu Statuspassagen in die Frührente analysiert (siehe 4.22). In eine Auswertung zur Verteilung sozialer Unterstützung bei Krisen des Erwerbsverlaufs auf der Grundlage des SOEP (siehe 4.24) konnten auch nicht auf die berufliche Tätigkeit bezogene Kontextfaktoren einbezogen werden. In weiteren Untersuchungen mit dem SOEP zu Statuspassagen chronisch Kranke (siehe 4.23) wurden darüber hinaus auch der Einfluß von "gender" und Arbeitsplatzbelastungen sowie andere als gesundheitliche Gründe für die Begrenztheit von Tätigkeitsdauern berücksichtigt.

(3) Untersuchungsstrategie 3 wurde, dem Votum der GutachterInnen folgend, angesichts des "als zu umfangreich und zu aufwendig" erscheinenden Arbeitsprogramms "die Erhebung der betrieblichen und sozialpolitischen Strategien ... zurückzustellen und sich auf die Untersuchungen 1 und 2 des Antrags zu konzentrieren" (Bewilligungsschreiben vom 3.12.93), auf wenige explorative Betriebsfallstudien beschränkt (siehe 4.3).

4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit

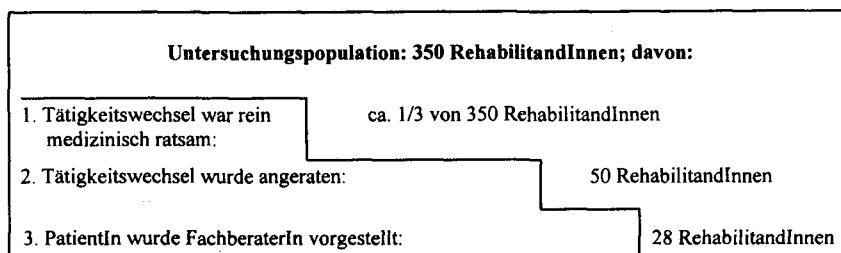
4.1. Akteursnetze bei reha-ärztlich anzuratendem Tätigkeitswechsel

Mit dem **Rehabilitanden-Panel**, dessen Basis eine Vollerhebung der 350 RehabilitandInnen einer Station einer Klinik der Arbeiterrentenversicherung eines Jahres bildete, wurden **klientelisierte Verläufe bei begrenzter Tätigkeitsdauer** und deren **Steuerung durch Akteursnetze** untersucht. Erstmals wurden auf der Grundlage von Fallkonferenzen und Interviews die **Strategien, Handlungsoptionen und Entscheidungsprozesse** aller relevanten involvierten AkteurInnen - von Reha-ÄrztInnen, Reha-FachberaterInnen, betrieblichen AkteurInnen (siehe auch 4.3) und den RehabilitandInnen selbst - in ihren wechselseitigen Wirkungen auf-

einander analysiert (vgl. Behrens 1994a, 1994c; Behrens u.a. 1995a). Damit konnten auch die "lokalen" Verteilungsentscheidungen (vgl. Elster 1992), die durch allgemeine Normen nie vollständig abzuleiten sind und in ihrer Konkretisierung bis zum Widerspruch zwischen lokaler und allgemeiner Gerechtigkeit führen können, in ihrer soziologischen Regelhaftigkeit im Bereich der Rehabilitation rekonstruiert werden. Die Untersuchung zu Akteursnetzen brachte folgende Ergebnisse:

Nicht-medizinische Filterprozesse bei ärztlich angeratenem Tätigkeitswechsel
Es zeigte sich deutlich, daß sich ÄrztInnen als "*gatekeeper*" im Rehabilitationsprozeß auch durch nicht-medizinische Faktoren in ihrer Entscheidung bestimmen lassen: Obwohl den betreuenden ÄrztInnen rein **medizinisch** bei einem Drittel der 350 RehabilitandInnen ein **Tätigkeitswechsel ratsam** schien, wurde er tatsächlich nur bei 50 angeraten (vgl. Abb.1). In vielen Fällen schien den Reha-ÄrztInnen ein Tätigkeitswechsel sozialpolitisch zu wenig unterstützt oder vom Arbeitsmarkt her chancenlos zu sein. So fürsorglich diese Auswahl gemeint ist: Durch diese Antizipation im ärztlichen Urteil kann eine Differenz zwischen dem medizinisch Gebotenen und dem sozial- und betriebspolitisch Möglichen nicht mehr deutlich werden. Eine Art prästabilisierter Harmonie wird hergestellt - aber nicht durch die Anpassung der Leistungen an den Bedarf, sondern durch die Anpassung des Bedarfs an die Leistungen (vgl. Behrens 1994a). Für die Soziologie der "*local justice*" (vgl. Elster 1992) ist diese Erklärung verblüffend: Das Verteilungs-, Gerechtigkeits- bzw. Rationierungsproblem ist der begründeten Entscheidung entzogen; das zu entscheidende Problem wird durch Anpassung des Bedarfs wegdefiniert. Ein zweiter, nicht-medizinischer Filterprozeß war bei der Vorstellung bei dem/r Reha-FachberaterIn der Rentenversicherung zu beobachten: Ihm/Ihr wurden nur die Hälfte der RehabilitandInnen vorgestellt, denen rehaärztlich ein Tätigkeitswechsel angeraten worden war. Hier war u.a. die **Antizipation sozialpolitischer Regelungen und Arbeitsmarktbefürchtungen** durch die RehabilitandInnen entscheidend, die vom Wirken des/r FachberaterIn Nachteile am Arbeitsplatz befürchteten (vgl. Behrens 1994a).

Abb. 1: Entscheidungsprozesse bei reha-ärztlich anzuratendem Tätigkeitswechsel



Systematische Lernbehinderung der Reha-Klinik

Trotz des großen Einflusses, den die vorauseilende Antizipation von sozialpolitischen und Arbeitsmarktbedingungen auf die ärztliche Bedarfsfeststellung hat, zeigte sich, daß die Klinik ihre Antizipationen an systematischen Rückmeldungen nicht kontrollieren kann (vgl. Behrens 1994a). Normalerweise gibt es **keinerlei systematische Kontaktaufnahme mit RehabilitandInnen nach der Entlassung** aus der Klinik. Damit ist Reha-Kliniken die Chance genommen, aus RehabilitandInnen-Verläufen systematisch für ihre Beratungen zu lernen. Daß sich die Antizipationen nicht immer bestätigen, zeigte sich auch deutlich an der Auswahl der RehabilitandInnen für die intensiveren Einzelfallstudien: Während der auswählende Reha-Arzt diesen Betroffenen eine relativ erfolgreiche Reintegration prognostizierte, schätzten ArbeitsberaterInnen dieselben Fälle als teilweise hoffnungslos ein. Die Klinik zeigte sich von den tatsächlichen Verläufen überrascht. Zur Vermeidung solcher systematischen Lernbehinderungen sollten Verlaufsuntersuchungen - besser noch: Rückmeldungen anderer involvierter AkteurInnen wie z.B. ArbeitsberaterInnen und HausärztlInnen - regelmäßig erfolgen.

Kommunikationsdefizite behindern Reintegrationsbemühungen

Die 7 Einzelfallstudien haben gezeigt, daß die RehabilitandInnen, die das Wirken der verschiedenen AkteurInnen in ihrem Lebenslauf zu verknüpfen hatten, ein anderes Bild der Reha-Klinik, der Reha-Fachberatung, des Verhältnisses zum/r HausärztlIn und BetriebsärztlIn haben als diese AkteurInnen selbst (vgl. Schulz u.a. 1995a). Insbesondere haben die RehabilitandInnen in der Mehrzahl nicht wahrgenommen, daß es sich bei der Rehabilitation um ein auf sie individuell zugeschnit-

tenes Programm handelte und daß ihre Bemühungen um eine gesundheitsförderliche Tätigkeit aktiv von der Beratung der Rentenversicherung gefördert wird. Diese festgestellten Kommunikationsdefizite wiegen um so schwerer, als sich zeigte, daß die RehabilitandInnen auch seitens der Arbeitgeber nur unzureichend über Reintegrationsmaßnahmen und/oder zustehende Leistungen bzw. Rechtspositionen informiert werden. Für einige der befragten RehabilitandInnen wurden diese Hindernisse um so unverständlich, je mehr sie in ihrer unmittelbaren Sichtweite Arbeitsplätze vorausgefunden, die sie für sich geeignet hielten, die aber gleichwohl unerreichbar blieben. Der in der Untersuchung beobachtbare Weg, diese Defizite mittels Beratung durch andere AkteurInnen (Gewerkschaften, Schwerbehindertenvertrauensleute u.ä.) völlig ohne Bezug auf die primär involvierten FachberaterInnen auszugleichen (vgl. Schulz u.a. 1995a), ist für die Betroffenen mit großen Unsicherheiten behaftet und nur mit erheblichem Aufwand zu realisieren. Es wäre daher wünschenswert, wenn RehabilitandInnen deutlicher über Maßnahmen zur Reintegration in das Erwerbsleben informiert würden. Zudem könnte eine längere Betreuung nach Rehabilitationsmaßnahmen durch ArbeitsberaterInnen dazu beitragen, Unsicherheiten und Hindernisse bei der betrieblichen Reintegration zu erkennen und zu vermeiden, Arbeitsmarktbarrieren zu identifizieren und entgegenzuwirken und damit letztendlich auch die Effizienz der eingeleiteten Maßnahmen zu überprüfen und zu optimieren. Die gefundenen **Mängel in der Abstimmung und Rückmeldung sozialpolitischer AkteurInnen gefährden die Rehabilitation in die Erwerbsarbeit zusätzlich**. Sie werden zu Risiken zweiter Ordnung.

Das Reha-Panel der Berichtsphase ermöglichte es, Strategien und Wahrnehmungen institutioneller Träger der Rehabilitation zu identifizieren und in ihrem Einfluß auf *gatekeeping*-Prozesse bei der Rehabilitation deutlich zu machen. Im Rahmen des Untersuchungsdesigns war es aber nicht möglich, institutionelle Regelungen des Sozialversicherungssystems zu variieren, um ihren Einfluß auf die *gatekeeping*-Entscheidungen von ÄrztInnen einer vergleichenden Analyse zu unterziehen. Für die nächste Projektphase wird deshalb eine international vergleichende Untersuchung beantragt, mit der der Anreiz verschiedener Sozialversicherungssysteme auf Handlungsmöglichkeiten und Strategien ärztlicher *gatekeeper* im Rehabilitationsprozeß erhoben und ausgewertet werden soll.

4.2 Untersuchung individueller Verläufe
4.21 Berufliche Wiedereingliederung bei reha-ärztlich angeratenem Tätigkeitswechsel

Verläufe sind (auch) ein Ergebnis organisatorischer Steuerungen. Im Rahmen der Interviews mit RehabilitandInnen, Reha-ÄrztInnen und Reha-FachberaterInnen zur organisatorischen Steuerung wurden daher mit dem RehabilitandInnen-Panel zugleich **Verläufe von Erwerbspersonen mit gesundheitlich begrenzter Tätigkeitsdauer untersucht**. Ziel war es, weitere Bedingungen zu ermitteln, unter denen reha-ärztlich angeratene Tätigkeitswechsel realisiert werden können oder eine der in Modell 1 genannten Alternativen zur Geltung kommt.

Von den 50 RehabilitandInnen mit reha-ärztlich angeratenem Tätigkeitswechsel (siehe Abb.1) wurden 19 als arbeitsfähig, 5 als mit Einschränkungen arbeitsfähig und 26 als arbeitsunfähig aus der Reha-Klinik entlassen (siehe Behrens u.a. 1995b). In 33 Fällen fand eine Nachverfolgung, d.h. Gespräche mit dem/r behandelnden ÄrztIn zu zwei Zeitpunkten nach der Entlassung aus der Reha-Klinik, statt. Es zeigte sich, daß innerhalb von 9 Monaten in 9 Fällen eine geeignetere Tätigkeit aufgenommen werden und in 2 Fällen Teilerfolge erzielt werden konnten. In 10 Fällen waren eingeleitete Maßnahmen eindeutig gescheitert. Als Bestimmungsfaktoren der Realisierbarkeit angeratener Tätigkeitswechsel fanden sich - in Übereinstimmung mit Modell 2 - deutliche Hinweise auf **betriebliche Strukturen und Strategien** (siehe Behrens 1994c; Behrens u.a. 1995a, 1995b; Schulz u.a. 1995a): Sowohl im Rahmen der Arztgespräche als auch in den Fallkonferenzen, ExpertInnengesprächen und Einzelfallstudien wurden betriebliche Faktoren (z.B. Betriebsgröße, Betriebskultur, Personalpolitik) allein oder in Kombination mit individuellen Ressourcen (insbesondere Qualifikation, berufliche Erfahrung) als maßgeblich genannt. Im Rahmen einer multivariaten logistischen Regressionsanalyse (siehe Behrens u.a. 1995b) zeigte sich für Herz-Kreislauf-Erkrankungen im Vergleich zu orthopädischen Diagnosen ein negativer Effekt auf die Realisierbarkeit angeratener Tätigkeitswechsel; der Effekt der Ausbildung erwies sich - bei Bestätigung des positiven Vorzeichens - als nicht signifikant. (Zum Verhältnis von tatsächlichem Verlauf und ärztlichen Antizipationen und Verteilungsentscheidungen siehe 4.1. Die systematische und folgenreiche Lernbehinderung von Reha-

Kliniken aufgezeigt zu haben, ist ein wichtigeres Ergebnis des Reha-Panels als die - auf kleinen Fallzahlen beruhende - Analyse der Einflußfaktoren auf die Realisierbarkeit angeratener Tätigkeitswechsel.)

In einigen Fällen war der Ausgang der Statuspassage in eine zuträglichere Tätigkeit allerdings auch nach 9 Monaten noch offen. Ferner deutete sich an, daß berufliche Wiedereingliederungen und Erleichterungen am Arbeitsplatz offenbar nicht in allen Fällen von Dauer sind und gesundheitliche Probleme trotz realisierter Tätigkeitswechsel fortschreiten können. In der 4. Projektphase sollen daher Erwerbs- und Krankheitsverläufe nach Reha-Maßnahmen über einen mehrjährigen Zeitraum hinweg für eine größere Untersuchungspopulation auf der Basis von GKV-Daten analysiert werden. Bereits auf der Grundlage der vorliegenden Ergebnisse wird allerdings deutlich, daß einige RehabilitandInnen mit begrenzter Tätigkeitsdauer offenbar über Jahre in einem Zwischenstadium zwischen einer - den Einzelfallstudien zufolge überwiegend gewünschten - endgültigen Rückkehr in die Normalität der Erwerbsarbeit und einer - häufig erwarteten - vorzeitigen Berentung verharren. Die widersprüchlichen Anforderungen, die sich aus dieser Situation ergeben, können auf Dauer zur Sozialisation in die Frühberentung führen (siehe dazu Behrens 1994a, S.129ff.).

4.22 Frühberentungen als Folge begrenzter Tätigkeitsdauern

Im individuellen Verlauf zeigt sich die Begrenztheit einer Tätigkeitsdauer aus gesundheitlichen Gründen an Statuspassagen in die Frührente besonders deutlich. Auf der Grundlage von Daten der AOK "Küstenstadt" und der DHP-Studie wurden daher erwerbs- und krankheitsbezogene Merkmale von FrührentnerInnen ermittelt und mit entsprechenden Verteilungen bei AltersrentnerInnen sowie Erwerbstätigen/Erwerbspersonen verglichen (siehe Behrens/Dreyer-Tümmel 1994, 1995; Elkeles u.a. 1996). Ziel dieser Untersuchungen war es, Tätigkeiten mit begrenzter Tätigkeitsdauer sowie Bedingungen zu ermitteln, die zur Begrenzung von Tätigkeitsdauern beitragen. Sie brachten folgende zentrale Ergebnisse:

Typische **Sozialschichtvariablen** wie Bildung und berufliche Stellung korrelieren mit dem Frühberentungsrisiko: FrührenterInnen haben überproportional häufig keinen oder einen Volks-/Hauptschulabschluß und keine abgeschlossene Berufsausbildung; zuletzt waren sie vergleichsweise häufiger als un- und angelernte Ar-

beiterInnen, Frührentner unter 55 Jahren auch als einfache und mittlere Angestellte beschäftigt (siehe Elkeles u.a. 1996). Insbesondere bei männlichen Frührentnern ist die letzte berufliche Tätigkeit im Vergleich zu Altersrentnern und Erwerbstätigten deutlich häufiger durch **belastende Arbeitsbedingungen** gekennzeichnet. Besonders markant sind die Unterschiede in bezug auf die Belastung durch Wechselschicht, Akkord- und Stückarbeit, Fließbandarbeit, Hitze/Nässe/Kälte, körperlich schwere Arbeit und einseitige körperliche Beanspruchungen, für die beiden letztgenannten Belastungskategorien erwiesen sie sich auch im Rahmen einer logistischen Regression als signifikant (siehe a.a.O.). Neben der Stärke einzelner Belastungen trägt aber offenbar auch eine deutliche **Kumulation von Belastungen** zur Begrenzung von Tätigkeitsdauern bei.

Auf **Berufe/Berufsgruppen** (zur Klassifikation siehe Schulz u.a. 1994) mit begrenzten Tätigkeitsdauern wurden im Rahmen der Analysen einige Hinweise gefunden. So waren Frührentner in der Spätphase ihres Erwerbslebens überproportional häufig als Bauhilfsarbeiter und Maurer, Bergleute, Fleischer, Postverteiler, Schweißer und Brennschneider, Schlosser und Raum- und Hausratstreiniger, Frührentnerinnen als Montiererinnen, Warenprüferinnen/-sortierinnen, Verpackerinnen, in der Fischverarbeitung und in Pflegeberufen beschäftigt (siehe Elkeles u.a. 1996; Behrens/Dreyer-Tümmel 1994, S.82ff., 1995, S.438ff.). Da die Daten keine Aussagen über Verweildauern zuließen, ist die Aussagekraft dieser Ergebnisse allerdings beschränkt. So ist anzunehmen, daß teilweise sog. "Endberufe" erfaßt wurden, in die ArbeitnehmerInnen mit begrenzten Tätigkeitsdauern im Laufe ihres Erwerbslebens - u.a. aus gesundheitlichen Gründen - wechseln. Die Untersuchung mit GKV-Daten (siehe a.a.O.) deutet darauf hin, daß es sich z.B. bei Tätigkeiten als Lager- und Transportarbeiter für ältere, z.T. leistungsgewandelte Arbeitnehmer teilweise um die letzte Stufe eines bereits labilisierten Erwerbsverlaufs handelt. Z.B. Tätigkeiten als Wächter/Pförtner stellen demgegenüber in einigen Fällen offenbar berufliche Auffangpositionen und damit die Fortsetzung der Erwerbskarriere begünstigende Ressourcen dar.

Bereits die berufsbezogenen Ergebnisse deuten an, daß die Statuspassage in die Frührente in vielen Fällen offenbar nicht erst mit dem letzten Status vor der Berentung beginnt. Vielmehr ist die Spätphase vor der Frühberentung häufig durch erwerbsbezogene Ereignisse wie häufige und lange Arbeitsunfähigkeiten und Arbeitslosigkeitsepisoden gekennzeichnet (siehe Behrens/Dreyer-Tümmel 1994). Um

das Wechselspiel krankheits- und erwerbsbezogener Ereignisse, Risikokumulationen und Labilisierungsprozesse und damit die Dynamik der Statuspassage zu erfassen, sollen Verläufe vor der Frühberentung in der 4. Projektphase über einen mehrjährigen Zeitraum hinweg berufsgruppenspezifisch analysiert werden.

4.23 Krisenhafte Statuspassagen als Folge langfristiger Krankheit

Bei der Untersuchung unsteter Erwerbsverläufe folgten wir in der Berichtsphase - in Anlehnung an Modell 1 - einerseits der Hypothese, daß - im Kontext einer **Theorie horizontaler Ungleichheit** - das Risiko unsteter Erwerbsverläufe bei gesundheitlichen Beeinträchtigungen für bestimmte Personengruppen höher ist als für andere (z.B. Frauen, ältere ArbeitnehmerInnen, Beschäftigte aus bestimmten Berufsgruppen/Branchen). Andererseits gingen wir, aufbauend auf den Ergebnissen der 2. Phase, im Rahmen einer Risikokumulationsthese davon aus, daß gesundheitliche Beeinträchtigungen am Anfang einer Kette von krisenhaften Ereignissen im Erwerbsverlauf stehen und in Wechselwirkung mit anderen Faktoren zu einer **Labilisierung des Erwerbsverlaufs** führen können.

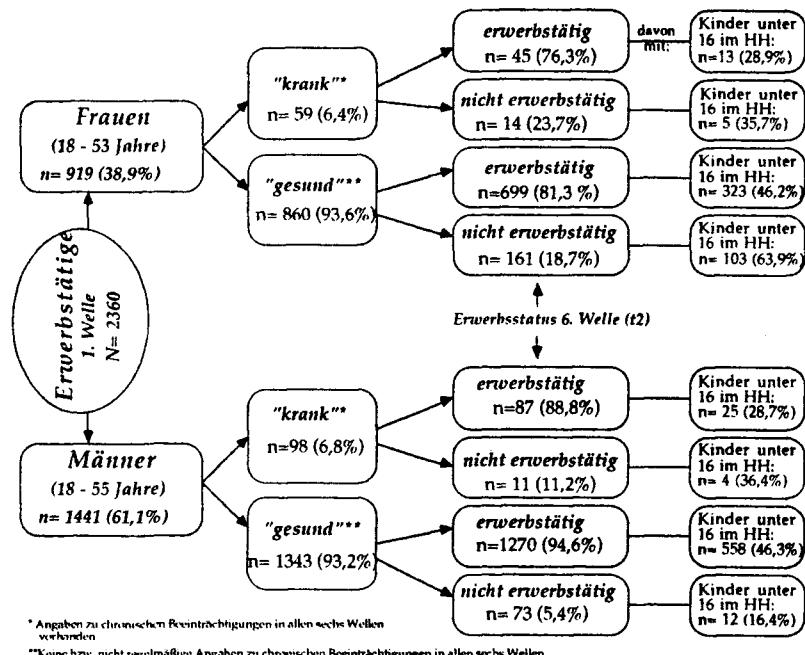
Für die Analysen wurde aus den **ersten sechs Wellen des SOEP** ein Untersuchungssample aus deutschen Erwerbstägigen unter 60 Jahre gebildet (Elkeles u.a. 1996). Die Ergebnisse zeigen, daß **Erwerbstätige mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen** häufiger von Abstiegskarrieren betroffen sind: nicht einmal jedeR Dritte geht ein Jahr nach einem gesundheitlich induzierten Erwerbsübergang noch einer Berufstätigkeit nach. Arbeitslosigkeit oder Rente folgen bei ihnen. Gesundheitsbedingte Statuspassagen haben nicht nur unmittelbare **Folgen für die weitere Laufbahn** der Betroffenen, sondern auch für die davon betroffenen Haushalte (Rückgang des Haushaltsnettoeinkommens). Innerbetriebliche WechslerInnen bilden hier allerdings eine Ausnahme: Ihr Einkommen verbessert sich nicht nur in vielen Fällen, der Wechsel bewirkt häufig auch eine Verringerung der Arbeitsplatzbelastungen. Hier deuten sich berufliche **Auffangpositionen** (siehe auch Behrens/Dreyer-Tümmel 1996) an, die offensichtlich innerbetrieblichen WechslerInnen eher zugänglich sind als Erwerbstägigen mit anderen Tätigkeitswechseln.

Der **Vergleich "chronisch kranker"** Erwerbstätiger (siehe Elkeles u.a. 1996), die über 6 Wellen ihren Arbeitsplatz nicht wechselten, mit "gesunden konstant Erwerbstägigen" und der Gesamtheit aller Erwerbstägigen zeigt: Sie sind insgesamt

älter als die beiden Vergleichsgruppen, haben einen vergleichsweise starken Anteil an Beschäftigten in den "mittleren" Angestelltenpositionen, einen geringeren Anteil von un- und angelernten Arbeiterpositionen und eine günstigere Einkommensposition (Arbeitsnetto- und Haushaltsnettoeinkommen). Die Arbeitsbedingungen deuten einerseits auf gesundheitlich zuträgliche Arbeitsplätze hin (geringerer Anteil von z.B. Nacht- und Wechselschicht, körperlich schwerer Arbeit und belastenden Umwelteinflüssen). Andererseits berichten die Beschäftigten wesentlich häufiger als die Vergleichsgruppen über hohe nervliche Anspannungen. Ihre Arbeitsunfähigkeitszeiten sind deutlich höher. Es deutet sich an, daß krisenhafte Statuspassagen in Folge gesundheitlich begrenzter Tätigkeitsdauern nicht für alle Beschäftigtengruppen die Regel sind, sondern in Abhängigkeit von anderen Faktoren in Abstiegskarrieren oder Auffangpositionen münden (siehe auch Behrens u.a. 1992; Behrens/Dreyer-Tümmel 1996).

In geschlechtsspezifischen Analysen (Koppelin 1995, 1996; Koppelin u.a. 1995a, 1995b) wurden Unterschiede hinsichtlich der Krankheit und ihrer Bedeutung für die Kontinuität des Erwerbsverlaufs herausgearbeitet. Deutlich wird, daß erwerbstätige Frauen und Männer keine Unterschiede in Hinblick auf ihre gesundheitliche Situation (siehe Abb. 2 (t1)) zeigen. Zum Zeitpunkt der 6. Welle (t2) zeigen sich dann aber für die Geschlechter unterschiedliche Verläufe: Frauen haben häufiger eine Statuspassage in Nichterwerbstätigkeit als Männer. Dabei stellen Frauen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen den größten Anteil der WechslerInnen dar. Allerdings haben auch Männer mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen doppelt so häufig wie "gesunde" eine Statuspassage in Nichterwerbstätigkeit. Inwieweit eine Labilisierung des Erwerbsverlaufs in Folge gesundheitlicher Beeinträchtigung bei Frauen und Männern in Kombination mit anderen **sozialen und geschlechtsabhängigen Faktoren** zu einer Risikokumulation führen kann, deutet der Anteil von "Kindern unter 16 Jahren" in den Haushalten der untersuchten Personengruppen an (siehe Abb. 2).

Abb. 2: Nach Geschlecht differenzierte Erwerbsverläufe deutscher Frauen und Männer (SOEP, 1.-6. Welle = 1984-1989)



Zusammenfassend zeigen die Ergebnisse der Untersuchungen, daß Abstiegskarrieren und Statuspassagen in Nichterwerbstätigkeit nach gesundheitlicher Beeinträchtigung besonders dann auftreten, wenn diese in Kombination mit den Merkmalen Geschlecht, geringe Berufsposition und mehrfach belastende Arbeitssituation sowie zwischenbetrieblichen Wechseln stehen. Weitere geschlechtsabhängige Faktoren, die eine Risikokumulation bei Krankheit erhöhen, deuten sich an. Hieran sollen die Untersuchungen im 2. Halbjahr 1996 und in der 4. Phase anknüpfen.

4.24 Soziale Unterstützung bei Krisen im Erwerbsverlauf

Die Untersuchung zur sozialen Unterstützung bei Krisen im Erwerbsverlauf knüpft an die erwerbs- und gesundheitszentrierten Analysen des Projekts zu krisenhaften Statuspassagen an und stellt **nicht berufsbezogene Rahmenbedingungen des Erwerbsverlaufs** erstmals in den Vordergrund. Untersuchungen, die von der Möglichkeit zunehmender freundschaftlicher und nachbarschaftlicher Hilfe gerade in Krisen des Erwerbsverlaufs ausgehen, wurde die von uns sog. "negative Compensationsthese" gegenübergestellt, die besagt, daß gerade diesen besonders bedürftigen Personen, die verstärkt auf private, nicht-monetäre Hilfeleistungen angewiesen sind, diese eher weniger zur Verfügung stehen (siehe Schulz 1996). Geprüft wurde daher - in Anlehnung an das geläufige Postulat der Stärke schwacher Beziehungen (siehe Granovetter 1973) - mit Daten der 8. Welle/West bzw. 2. Welle/Ost des SOEP, ob Personen in Krisen des Erwerbsverlaufs - bei langer **Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfähigkeit** - nach eigener Einschätzung seltener oder häufiger über **nichtverwandtschaftliche Unterstützungsleistungen** verfügen als die Vergleichsgruppen (siehe Schulz 1996). Die Untersuchungspopulationen wurden aus allen befragten West-, Ostdeutschen und TürkInnen gebildet (n=12.100).

Tab. 1: Wahrgenommene soziale Unterstützung außerhalb der Verwandtschaft

	Westdeutsche Männer		Ostdeutsche Männer		Türken	
	%	n	%	n	%	n
- ganztags Beschäftigte ¹	66.0%	1979	74.1%	902	58.6%	297
- Arbeitslose ²	48.6%	35	62.8%	51	17.9%	28
- chron. Kranke ³	60.2%	1019	69.6%	548	54.5%	101
- über 6 Wochen AU ⁴	65.1%	126	-*	-*	44.8%	182
	Westdeutsche Frauen		Ostdeutsche Frauen		TürkInnen	
	%	n	%	n	%	n
- ganztags Beschäftigte ¹	73.8%	829	74.4%	661	62.9%	97
- Arbeitslose ²	62.5%	40	67.5%	80	60.0%	10
- chron. Kranke ³	64.7%	1211	66.1%	702	56.2%	89
- über 6 Wochen AU ⁴	72.7%	99	-*	-*	28.6%	7

* In den neuen Bundesländern nicht erhoben.

1 In den letzten 6 Monaten vor Befragung konstant ganztags Beschäftigte.

2 In den letzten 6 Monaten vor Befragung konstant arbeitslos Gemeldete.

3 Seit mindestens einem Jahr oder chronisch Kranke.

4 Im letzten Jahr mindestens einmal über 6 Wochen Arbeitsunfähige.

Die ersten Ergebnisse stützen die negative Kompensationsthese eher (vgl. Tab.1): Arbeitslose Männer nehmen deutlich seltener solche Unterstützungen wahr als Vollbeschäftigte. Dieser Befund ist nicht nur bei den west- (66% vs. 48.6%) bzw. ostdeutschen (74.1% vs. 62.8%), sondern vor allem bei den türkischen Männern ausgeprägt (58.6% vs. 17.9%). Bei den Frauen verfügen Arbeitslose zwar auch über weniger Unterstützungsbeziehungen als ganztags Beschäftigte, aber die Unterschiede sind geringer. Zusammengefaßt deutet sich an, daß Arbeitslosigkeit, aber auch chronische Krankheit keineswegs mit einer vermehrten Mobilisation freundschaftlicher und nachbarschaftlicher Unterstützung einhergehen. Im Gegenteil, die Risiken scheinen zu kumulieren, insbesondere steigert Arbeitslosigkeit bei Männern das Risiko geringerer nachbarschaftlicher und freundschaftlicher Hilfe. Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen, Ost-, Westdeutschen und TürkInnen haben uns zu einer weiterführenden, z. Zt. unternommenen multivariaten Analyse mit weiteren sozistrukturellen Merkmalen veranlaßt.

4.3 Betriebsfallstudien

Die explorativen Betriebsfallstudien machten typische betriebliche Entscheidungen identifizierbar, die die zeitlich begrenzte Ausführbarkeit einer Tätigkeit erst zur beruflichen Sackgasse machen und in die vorzeitige Beendigung des Erwerbslebens drängen. Mit der Klarheit eines Rezeptes waren "Fehlentscheidungen" an Statuspassagen auszumachen (vgl. z.B. Behrens 1994a, 1996a).

Bei möglichen Erklärungsfaktoren dieser betrieblichen Entscheidungen ergaben sich unerwartete Ergebnisse. Weder durch die ökonomische Situation noch durch die Technik noch durch die Größe eines Betriebes schien die Entscheidung für Arbeitsplatz- und Laufbahngestaltung und gegen die - von der Sozialversicherung subventionierte - Externalisierung bestimmt. Größere Betriebe, bei denen mehr sog. Verweisarbeitsplätze als bei kleineren zu vermuten sind, entscheiden sich eher seltener für Arbeitsplatz -und Laufbahngestaltung als einige ganz kleine mit sehr geringem personellen und ökonomischen Handlungsspielraum. Es sind betriebskulturelle Faktoren, d.h. bei Kleinstbetrieben manchmal das Alter des Betriebsinhabers, die nach Marktchancen für Arbeitsplatz- und Laufbahngestaltung suchen lassen. Das letzte Ergebnis wurde durch einige, mit freundlicher Unterstützung der Innungskrankenkasse zustandegekommenen, Interviews mit Handwerksmeistern und Altgesellen (=Personalvertretungen) gestützt.

Nicht untersucht werden konnten Umsetzungen von betrieblichen, durch Träger der Sozialversicherung unterstützten Programmen, die eine längere Erwerbstätigkeit fördern sollen. Diese Untersuchungslücke ist keineswegs nur darauf zurückzuführen, daß im Projekt - dem GutachterInnenvotum folgend - keine entsprechenden Untersuchungen unternommen worden wären. Von 1994 bis 1996 ließen sich bei unveränderter Personalreduktion Erfolge solcher Programme kaum beobachten.

4.4. Offene Fragen

Die Ergebnisse des Projekts lassen zwei Fragen offen, für deren Beantwortung die Datenbasis zu erweitern ist:

In der Berichtsphase wurde die Methode der Längsschnittanalyse mit aufeinander bezogenen AkteurInnen desselben "Falls" - RehabilitandInnen, Reha-FachberaterInnen, ÄrztInnen - entwickelt. Diese Methode ist allerdings auf kleine, wenn auch

durch keinen *reporting-bias* verzerrte Fallzahlen beschränkt. Daher sollen tagesgenaue Verlaufsdaten einer gesetzlichen Krankenversicherung hinzugezogen werden, um berufs(gruppen)spezifisch **Verläufe vor und nach medizinischen Rehabilitationsmaßnahmen und in die Erwerbsunfähigkeit untersuchen zu können.**

Die Untersuchung **organisatorischer Steuerung individueller Verläufe** bei gesundheitlich begrenzten Tätigkeitsdauern konnte die Varianz gesamtstaatlicher Institutionen nicht in die Analyse einbeziehen. Daher wurde bereits in der Berichtsphase ein internationaler Vergleich vorbereitet. Er ist notwendig, um überhaupt eine Varianz institutioneller Regelungen der Sozialversicherungs- und Gesundheitssysteme, die ja national vereinheitlicht sind, zu erhalten. In Parallelprojekten in Schweden, den Niederlanden, Frankreich und Deutschland sind Reaktionen auf standardisierte Krankheits- und Erwerbsverläufe durch schriftliche Befragung von PassagenhelferInnen und institutionellen "gatekeepers" - insbesondere ÄrztInnen - zu erheben.

5. Außenaktivitäten

5.1 Vorträge (Auswahl)

"Structure, Process, Programme Outputs and Final Outcome. What is the Meaning of 'Outcomes Management?". Beitrag zur Jahrestagung "Managing for Health Outcomes" der European Healthcare Management Association vom 5.-7.7.1995 in Celle (Johann Behrens)

"The Example of Germany". Beitrag zur internationalen Tagung "Cross-National Study of Vocational Rehabilitation" des Department of Sociology and Political Science der Universität Trondheim, Norwegen, vom 24.-26.8.1995 (Johann Behrens)

"Lebenslaufpolitik: Staatliche, Sozialversicherungs- und betriebliche Strategien gegenüber gesundheitlich begrenzter Tätigkeitsdauer". Beitrag zum 4. Symposium "Lebenslaufpolitik: Institutionen und Statusmanagement" des Sfb 186 an der Universität Bremen vom 21.-22.9.1995 (Johann Behrens)

"Arbeitspolitik: Gesundheit und Alter". Einführungsvortrag zum Workshop III des 4. Symposiums "Lebenslaufpolitik: Institutionen und Statusmanagement" des Sfb 186 an der Universität Bremen vom 21.-22.9.1995 (Johann Behrens, Rainer Müller)

"Vier statt drei Stufen der Qualitätsmessung: Struktur-Qualität, Prozeß-Qualität, Qualität des Programm-Outputs und dessen Einfluß auf die Erreichung letztendlich angestrebter Ziele". Beitrag zur Jahrestagung der DGSMP vom 27.-30.9.1995 in Magdeburg (Johann Behrens)

- "Akteursnetze beim Tätigkeitswechsel nach Rehabilitation - Evaluation von Rehabilitandenverläufen und deren Akteursnetzen". Beitrag zur Jahrestagung der DGSMP vom 27.-30.9.1995 in Magdeburg (Johann Behrens)
- "Klassentheorie am Ende (?) der Klassengesellschaft (?)" Beitrag zur Tagung "Klassentheorie am Ende der Klassengesellschaft?" der Sektion "Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse" der DGS vom 6.-7.10.1995 in Hannover (Johann Behrens)
- "Qualitätssicherung in der Pflege und in der Rehabilitation". Beitrag zum 9. Sozialpolitischen Symposium des Zentrums für Arbeit und Soziales am Institut für Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen in der Europäischen Gemeinschaft (Schloß Quint) am 9.10.1995 (Johann Behrens)
- "Geschlechtsspezifische Analysen zur begrenzten Tätigkeitsdauer als Folge gesundheitlicher Beeinträchtigung mit Daten des Sozio-ökonomischen Panels". Beitrag zur Jahrestagung der Sektion Medizinsoziologie der DGS am 8.12.1995 in Heidelberg (Frauke Koppelin)
- "Defizite institutioneller Betreuung im Rehabilitationsverlauf - Zu kommunikativen Defiziten zwischen Rehabilitanden und deren Betreuern". Beitrag zur Jahrestagung der Sektion Medizinsoziologie der DGS am 8.12.1995 in Heidelberg (Detlef Schulz)
- "Gender-specific Aspects of the Effect of Health on Individual's Employment Status". Beitrag zum internationalen Kongreß "Women, Work, and Health" vom 17.-20.4.1996 in Barcelona (Frauke Koppelin)
- "Interventions in Supply and Demand Factors of Behavioural Change Towards Outcome Management in Occupational Health Services". Beitrag zur 9. Tagung der International Association of Health Policy vom 13.-16.6.1996 in Montreal (Johann Behrens)

5.2 Beiträge zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit

Ergebnisse und Konzepte des Reha-Panels und der eher handlungstheoretischen Akteursuntersuchungen wurden in der Rehabilitationsforschung relativ breit aufgenommen: als Klärung der Effekte der Sozialversicherung auf die Frühberentung und als Klärung der Sozialisation in die Invalidität als Problem der Rückkehr zur Arbeit (Plenum beim Rehabilitationswissenschaftlichen Kolloquium des VDR).

Die Problemanalyse "begrenzte Tätigkeitsdauer" übernahm das BMBWFT in mehrere Projekte zum demographischen Wandel und zur Zukunft der Erwerbsarbeit am Standort Deutschland. Die *International Commission on Occupational Health* (ICOH) und die einschlägige Direktion der WHO nahmen Schlußfolgerungen in ihre Memoranda zum "Work after 45" und zur Evaluation des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz auf.

Zur Etablierung der Frauengesundheitsforschung in den Gesundheitswissenschaften/Public Health wurde ein Beitrag geleistet. Ein Aufbaustudium "Gesundheits-

wissenschaften/Public Health" und ein Graduiertenkolleg "Gesundheitswissenschaften" wurde mit entwickelt.

Ergebnisse der Betriebsfallstudien wurden sowohl unter Fachleuten der Sozialversicherung (vgl. Behrend (Hrsg.) 1994) und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz als auch der Arbeitsplatz- und Technikforschung aufgenommen. In die Empfehlungen und Schlußfolgerungen des multinationalen Projekts "Überwindung von Altersbarrieren bei der Einstellung und Qualifizierung von Mitarbeitern" der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Dublin) wurden drei Ergebnisse übernommen: Politik für alternde ArbeitnehmerInnen ist nur effektiv, wenn (erstens) schon früh im Lebenslauf Notwendigkeiten und Möglichkeiten von Tätigkeitswechseln ("Laufbahnpolitik") absehbar sind, die (zweitens) mit Marketingstrategien, z.B. der Erweiterung des Aufgabenspektrums, der Mischarbeitsplätze und der Entwicklung spezifische Erfahrungen Älterer nutzender Geschäftsfelder, verknüpft werden und (drittens) systematisch 50-jährige eingestellt werden, um die betriebliche Altersstruktur aufnahmefähig zu halten (vgl. Frerichs/Nägele 1996, S.234).

6. Publikationen

6.1 Veröffentlichungen

- Arrow, Jairo Oka (1994): The Influence of Health on Unemployment in Germany.
In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, H.1/2, 133-138
- Arrow, Jairo Oka (1996): Estimating the Influence of Health as a Risk Factor on Unemployment. Erscheint in: Social Science and Medicine
- Behrens, Johann (1994a): Der Prozeß der Invalidisierung - das demographische Ende eines historischen Bündnisses. In: Behrend, Chr. (Hrsg.): Frühinvalidität - ein "Ventil" des Arbeitsmarkts? Berlin, 105-135
- Behrens, Johann (1994b): Anvertraute Unversehrtheit. Habilitationsschrift. Universität Bochum
- Behrens, Johann (1995a): Das reha-ärztliche Mandat zur Einschaltung des Betriebsarztes: Ein ISIS-Vorschlag zur Schnittstellengestaltung durch Rentenversicherung und Rehabilitationsklinik. In: VDR (Hrsg.): Zusammenarbeit von Forschung und Praxis. DRV-Schriften, Bd.5, 285-286
- Behrens, Johann (1995b): Towards the Sociology and Economics of a Participative Management of the Quality of Work. In: "Understanding the Work Environment" des Institutet för arbetslivsforskning
- Behrens, Johann (1996a): Vorausschauende Personalpolitik: Laufbahngestaltung als neue Aufgabe des Arbeitsschutzes. In: Frerichs, F. (Hrsg.): Ältere Arbeitnehmer im demographischen Wandel. Münster, 123-140
- Behrens, Johann (1996b): Betriebliche Sozialpolitik und soziale Ungleichheit. Ergebnisse einer diachron und synchron vergleichenden Untersuchung der DDR

- und der alten und neuen Bundesländer - zur Methodologie des Vergleichs von Einrichtungen in unterschiedlichen Staaten. Erscheint im Soziologentagsband 1996
- Behrens, Johann (1996c): Die Freiheit der Wahl und die Sicherung der Qualität. In: Behrens, J. u.a. (Hrsg.): Gesundheitssystementwicklung in den USA und Deutschland. Baden-Baden (im Erscheinen)
- Behrens, Johann (1996d): Epidemiologie der Frühberentung und der rehabilitativen Versorgung mit Verlaufsdaten der GKV - Möglichkeiten und Grenzen der Evaluation des Zugangs zur Rehabilitation. Erscheint in: DRV-Schriften, Bd.6
- Behrens, Johann (1996e): Rückkehr zur Arbeit: Konzepte, Schwachstellen, Verbesserungsmöglichkeiten aus sozialwissenschaftlicher Sicht. Erscheint in: DRV-Schriften, Bd.6
- Behrens, Johann; Dreyer-Tümmel, Anne (1994): Indikatoren der Rehabilitationsbedürftigkeit aus Routinedaten der gesetzlichen Krankenversicherung. Frankfurt
- Behrens, Johann; Müller, Rainer (1994): Sicherung der Gesundheit von Arbeitnehmern durch arbeitsmedizinische Betreuung - Fiktion oder Möglichkeit. In: Müller, R.; Schulz, Th. (Hrsg.): BetriebsärztInnen im Handlungsfeld betrieblicher Politiken. Bremerhaven, 221-227
- Behrens, Johann; Dreyer-Tümmel, Anne (1995): Ermittlung von Indikatoren der Rehabilitationsbedürftigkeit aus Routinedaten der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Daten). In: Deutsche Rentenversicherung: 413-443
- Behrens, Johann; Dorenborg, Ulrich; Schulz, Detlef; Gräf, Thomas (1995a): Rehabilitandenverläufe und deren Akteursnetze bei rehaärztlich anzuratendem Tätigkeitswechsel. In: VDR (Hrsg.): Zusammenarbeit von Forschung und Praxis. DRV-Schriften, Bd.5, 130
- Behrens, Johann; Dreyer-Tümmel, Anne (1996): Abstiegskarrieren und Auffangpositionen. In: Behrens, J.; Voges, W. (Hrsg.): Kritische Übergänge. Frankfurt/New York, 188-226
- Behrens, Johann; Rabe-Kleberg, Ursula (1996): Wer wacht an Statuspassagen? In: Hoerning, E. (Hrsg.): Biographische Sozialisation (im Erscheinen)
- Behrens, Johann u.a. (1996): The New Occupational Health and Evaluation Research as its Pathbreaker. In: Behrens, J.; Westerholm, P. (Ed.): Occupational Health Policy, Practice and Evaluation. Kopenhagen/Genf (im Erscheinen)
- Behrens, Johann; Voges, Wolfgang (Hrsg.) (1996): Kritische Übergänge. Statuspassagen und sozialpolitische Institutionalisierung. Frankfurt/New York
- Behrens, Johann; Westerholm, Peter (Ed.) (1996): Occupational Health Policy, Practice and Evaluation. Kopenhagen/Genf (im Erscheinen)
- Behrens, Johann u.a. (Hrsg.) (1996): Gesundheitssystementwicklung in den USA und Deutschland. Baden-Baden (im Erscheinen)
- Helfferich, Cornelia; Koppelin, Frauke (1995): Frauengesundheitsforschung - gestern und heute. In: Forum Public Health 7: 4-6
- Koppelin, Frauke; Maschewsky-Schneider, Ulrike (1994): Frauen und Gesundheit - eine Forschungsgruppe des Norddeutschen Forschungsverbundes Public Health. In: Helfferich, C.; von Troschke, J. (Hrsg.): Der Beitrag der Frauengesundheitsforschung zu den Gesundheitswissenschaften/Public Health in Deutschland. Freiburg, 34-42

- Koppelin, Frauke; Schulz, Detlef; Behrens, Johann (1995a): Geschlechtsspezifische Aspekte gesundheitlich begrenzter Tätigkeitsdauer. In: Das Gesundheitswesen (Sonderdruck), 57. Jg., H.8/9: 609
- Plomp, Nico; Verbeck, Hans A.M.; van der Weide, Willeke; Hulshof, Carel T.J.; Behrens, Johann (1996): Strategies to Prevent Low-Back Disabilities in Occupational Health Practice. In: Behrens, J.; Westerholm, R. (Ed.): Occupational Health Policy, Practice and Evaluation. Kopenhagen/Gent, 46-57 (im Erscheinen)
- Schulz, Detlef u.a. (1994): Belastungs- und tätigkeitsspezifische Berufsklassifikation auf der Basis von GKV-Daten. Frankfurt
- Schulz, Detlef; Behrens, Johann; Dorenborg, Ulrich (1995a): Zur Rezeption institutioneller Betreuung durch Rehabilitanden - Folgen für den Rehabilitationsverlauf. In: VDR (Hrsg.): Zusammenarbeit von Forschung und Praxis. DRV-Schriften, Bd.5, 129-130

6.2 Arbeitspapiere

- Behrens, Johann (1994c): Relative Gesundheit und konkurrierende Normalisierungen. Ergebnisse einer Erhebung von Rehabilitationsverläufen und ihren Akteuren. Manuskript. Universität Bremen
- Behrens, Johann; Schulz, Detlef; Prein, Gerald; Dorenborg, Ulrich (1995b): Akteursnetze im Reha-Verlauf. Statistische Verlaufsanalysen und verschriftete Interviews und Fallbesprechungen mit RehabilitandInnen und ihren reha-ärztlichen und reha-beratenden Unterstützern. Manuskript. Universität Bremen
- Dreyer-Tümmel, Anne; Behrens, Johann; Schulz, Detlef (1996): Erwerbsverlaufsforschung mit Krankenkassendaten. Manuskript. Universität Bremen
- Elkeles, Thomas u.a. (1996): Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf - Untersuchungen zur Ermittlung und Erklärung begrenzter Tätigkeitsdauern im Erwerbsverlauf. Manuskript
- Koppelin, Frauke (1995): Geschlechtsspezifische Analysen zu begrenzten Tätigkeitsdauern. Manuskript. Universität Bremen
- Koppelin, Frauke (1996): Gender-specific Aspects of the Effect of Health on Individual's Employment Status. Manuskript. Universität Bremen
- Koppelin, Frauke; Schulz, Detlef; Behrens, Johann (1995b): Geschlechtsspezifische Analysen zur begrenzten Tätigkeitsdauer als Folge gesundheitlicher Beeinträchtigung mit Daten des Sozio-ökonomischen Panels. Manuskript. Universität Bremen
- Schulz, Detlef (1996): "Social Support" bei Krisen im Erwerbsverlauf: Zur Verfügbarkeit nichtverwandtschaftlicher Hilfen bei längerer Arbeitslosigkeit und/oder Arbeitsunfähigkeit. Manuskript. Universität Bremen
- Schulz, Detlef; Dreyer-Tümmel, Anne; Behrens, Johann (1995b): Die Angaben zur beruflichen Tätigkeit in den Daten der gesetzlichen Krankenversicherung. Manuskript. Universität Bremen

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojektes C5

Thema: "Übergang vom Erwerbsleben in die Nacherwerbsphase: Reaktionen auf die Einführung neuer sozialrechtlicher Regelungen (I): Teilrente"

Beteiligte Wissenschaftler/innen:

Prof. Dr. Winfried Schmähl (GA) (Projektleiter)
Dr. Holger Viebrok (GA) bis 31.12.1994
Dipl.-Vw. Jutta Gatter (GA) seit 01.01.1995
Dipl.-Oec. Rainer George (EA) seit 01.04.1994
Dipl.-Vw. Christiane Oswald (EA) seit 01.08.1994

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Stand der Kenntnisse bei der ersten Antragstellung und Ausgangsfragestellung
3. Verlauf der Untersuchung und methodisches Vorgehen
 - 3.1 Datenzugang
 - 3.2 Datenerhebung
 - 3.3 Datenauswertung
4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit
 - 4.1 Änderung der Ausgangsfragestellung
 - 4.2 Informationsnachfrage und -beschaffung durch Rentenantragsteller
 - 4.3 Einflußfaktoren auf den individuellen Übergang in den Ruhestand
 - 4.3.1 Persönliche Einschätzung der Ruhestands motive
 - 4.3.2 Die berufliche Stellung und die Situation am Arbeitsplatz
 - 4.3.3 Einkommensverhältnisse im Übergang in den Ruhestand
 - 4.3.4 Einflüsse des Haushaltskontextes auf den Übergang in den Ruhestand
 - 4.4 Ursachen für die geringe Inanspruchnahme des Teilrentenmodells
5. Außenaktivitäten und Vorträge
6. Veröffentlichungen

1. Zusammenfassung

Das Projekt verfolgt das Ziel, Reaktionen auf die Veränderungen institutioneller Rahmenbedingungen im Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand zu ermitteln. Am Beispiel der mit der Rentenreform 1992 eingeführten Teilrentenregelung soll untersucht werden, unter welchen Bedingungen sich Maßnahmen zur Flexibilisierung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand mit dem Ziel der Verlängerung der Lebensarbeitszeit durchsetzen können. Die Untersuchung ist als vergleichende Analyse einer Teilrentnerstichprobe mit einer Vergleichsgruppe von Personen, die einen Antrag auf eine volle Altersrente gestellt haben, angelegt. Die ursprüngliche Konzeption, die auch eine schriftliche retrospektive Befragung zu Lebensverlaufsdaten beinhaltete, mußte aufgrund der Ergebnisse des Pretests geändert werden. Die vorliegenden Ergebnisse beruhen daher auf individuellen Querschnittsdaten.

1. Aus den Statistiken der Rentenversicherungsträger zeichnete sich während der Projektaufzeit ab, daß dem Modell der Teilrente kein großer Erfolg beschieden sein würde. Als wichtigster Grund hierfür kann der sich unter der schwierigen Arbeitsmarktsituation weiter verstärkende Trend zur Frühverrentung betrachtet werden, der sich auch in der Vollrentnerstichprobe des Projekts deutlich abzeichnet.
2. Eines der Ergebnisse ist, daß sich die Personenkreise hinsichtlich ihres Informationsstandes unterscheiden. Die Antragsteller einer Vollrente sind durchschnittlich weniger gut informiert als die Antragsteller einer Teilrente. Dies betrifft sowohl die Information über unterschiedliche Optionen, die das Rentenrecht bezüglich des Übergangs in den Ruhestand bietet, als auch die zu erwartende Höhe der Rentenzahlungen und Einkünfte aus betrieblicher und privater Altersvorsorge. Offenbar spielt der Prozeß der Erwartungsbildung auch im Hinblick auf zukünftige Einkünfte eine bisher unterschätzte Rolle.
3. Neben den institutionellen Altersgrenzen und Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug einer Altersrente sind die wichtigsten Einflußfaktoren auf die Ruhestandsentscheidung die Gesundheit und die Verfügbarkeit eines Arbeitsplatzes. Die Analyse der erhobenen Daten aus der Befragung von Voll- und Teilrentnern zeigt deutlich, daß neben gesetzlichen Regelungen und individuellen Präferenzen vor allem die Arbeitsmarktsituation die Gestaltung des Erwerbsleben in dieser Lebensphase beeinflußt.

4. Die Teilrente als Maßnahme zur allmäßlichen Verlängerung der Erwerbsphase setzt zu spät im Lebensverlauf ein und setzt derzeit weder für Rentenantragsteller noch für Arbeitgeber ausreichende Anreize gegen die Frühverrentung. Entscheidend ist dabei auch, daß zwischen der letzten Erwerbstätigkeit und dem Beginn der Rentenzahlungen häufig Arbeitslosigkeitsphasen oder Nicht-Erwerbsphasen liegen, so daß die Nutzung der Teilrente in vielen Fällen durch einen Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit statt durch eine einfache Verlängerung der Erwerbsphase erfolgen müßte. Der Beginn einer schrittweisen Reduzierung der Arbeitszeit müßte in einem Lebensalter erfolgen, zu dem der überwiegende Teil der älteren Arbeitnehmer noch erwerbstätig ist. In diesem Zusammenhang kann das gerade beschlossene Altersteilzeitgesetz als Brücke zwischen Erwerbstätigkeit und Rente eine bedeutende Rolle spielen.

2. Stand der Kenntnisse bei der ersten Antragstellung und Ausgangsfragestellung

Gegenstand des Projektes ist es, Reaktionen auf eine institutionelle Reform der Statuspassage vom Erwerbsleben in den Ruhestand zu untersuchen. Die in der wissenschaftlichen Literatur dazu vorfindbaren Erklärungsversuche lassen sich u. a. nach unterschiedlichen Vorstellungen über das Ausmaß der individuellen Entscheidungsfreiheit in bezug auf die Gestaltung des Lebenslaufs unterscheiden. Den höchsten Grad an individueller Souveränität findet man bei ökonomischen Lebenszyklusansätzen, nach denen Individuen ihren Nutzen durch die optimale Verteilung von Arbeit und Freizeit bzw. Konsum und Sparen im Lebensverlauf maximieren. Institutionelle Rahmenbedingungen können dabei durchaus berücksichtigt werden und in Form ökonomischer Anreize in das Entscheidungskalkül eingehen.

Soziologische Untersuchungen betonen hingegen eher Normen und Grenzen individueller Gestaltungsmöglichkeiten. So betrachten Wolf/Kohli (1988: 198 f.) die Entscheidungen über das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben als "hochgradig vorstrukturiert" und nur in "spezifisch eingeschränkten Graden in der Verfügung der Individuen". Die Strukturierung des Übergangs in den Ruhestand bewirkt eine Herausbildung von sogenannten Pfaden in den Ruhestand (vgl. Jacobs/Kohli/Rein 1991 oder Guillemard/van Gunsteren 1991). "Pfade" entstehen auf der Grundlage institutioneller Rahmenbedingungen, d. h. insbesondere durch Anspruchsvoraussetzungen für den Erhalt von Transfereinkommen. Die institutionellen Rahmen-

bedingungen beeinflussen auch gesellschaftliche Normen. Die Existenz von Ruhestandspfaden vereinfacht aber auch den Entscheidungsprozeß der älteren Arbeitnehmer, indem die Zahl der Handlungsalternativen verringert wird, die Transparenz des Entscheidungsfeldes damit erhöht und Transaktionskosten reduziert werden.

Die zentrale Fragestellung dieses Projektes lautet, wie sich unter diesen Bedingungen neue institutionelle Arrangements durchsetzen können. Als neuer institutionell angebotener Ruhestandspfad sollte dabei die im Rahmen der Rentenreform 1992 eingeführte Teilrentenregelung herangezogen werden. Das Teilrentenmodell erlaubt die Inanspruchnahme eines Teils der Altersrente bei gleichzeitigem Bezug von Einkommen aus einer (Teilzeit-) Erwerbstätigkeit und stellt ein sogenanntes spätes Gleitmodell in den Ruhestand dar, das erst dann genutzt werden kann, wenn ein Anspruch auf Zahlung einer Altersrente besteht. Es zielt auf eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit ab. Gleichzeitig ermöglicht es eine - gerontologisch sinnvolle - schrittweise Reduzierung der Arbeitszeit.

Zur Erklärung des Zeitpunkts und der Art des Ausscheidens aus dem Erwerbsleben sollten folgende Fragenkomplexe untersucht werden: Innerhalb des ersten Fragenbereichs geht es um die Wahrnehmung der Entscheidungsgrundlagen und die Informationsbeschaffung durch die Rentenantragsteller. Zu untersuchen war, wie gut Rentenantragsteller sich mit den finanziellen Konsequenzen ihrer Ruhestandsentscheidung auseinandergesetzt haben (vgl. Allmendinger 1994), welche Informationsquellen sie genutzt haben und ob sie unterschiedliche Alternativen gegeneinander abgewogen haben. Daraus werden Hinweise darauf erwartet, inwieweit sich Rentenantragsteller von rationalen Nutzenkalkülen leiten lassen und in welchem Maße sie sich an bereits bekannten Handlungsalternativen (Ruhestandspfaden) orientieren. Der zweite Fragenkomplex behandelt die Identifikation von Einflußfaktoren auf die individuelle Ruhestandsentscheidung. Dabei geht es u. a. um die persönliche Arbeitszufriedenheit, die Arbeitsplatzsituation und den beruflichen Status. Als weitere Erklärungsfaktoren für das Ausscheiden aus dem Ruhestand gelten der Gesundheitszustand und die Möglichkeit, Belastungen am Arbeitsplatz durch die Aufgabe der Erwerbstätigkeit zu vermeiden. Weiter sollten die familialen Rahmenbedingungen und deren Einfluß auf den Ruhestandszeitpunkt untersucht werden.

In ökonomischen Modellen zur Nutzenmaximierung wird die Ruhestandsentscheidung als eine besondere Arbeitsangebotsentscheidung verstanden, wonach Einkommen und Freizeit im Lebensverlauf die entscheidenden Variablen bilden. Daher befaßt sich ein weiterer Teil unserer Untersuchung mit Fragen zur ökonomischen Situation von Haushalten in der Übergangsphase vom Erwerbsleben in den Ruhestand, wobei neben Arbeits- und Renteneinkommen auch Transferzahlungen und Einkünfte aus privater Altersvorsorge berücksichtigt werden.

3. Verlauf der Untersuchung und methodisches Vorgehen

Das Projekt ist konzipiert als vergleichende Analyse von Personen, die einen schrittweisen Übergang in den Ruhestand durch Inanspruchnahme einer Teilrente gewählt haben, und einer Gruppe von Rentenantragstellern, die ihre Erwerbstätigkeit zugunsten einer vollen Altersrente i. d. R. völlig beenden. Im Rahmen einer schriftlichen retrospektiven Befragung waren individuelle, haushaltsbezogene und biographische Merkmale der Rentenantragsteller sowie Angaben zum Arbeitgeber und zur Arbeitsplatzsituation zu erheben. Zusätzlich wurden Angaben über die Informationsbeschaffung und Transaktionskosten des Übergangs in den Ruhestand einbezogen. Angestrebt wurde für jede Vergleichsgruppe ein Rücklauf von mindestens 1.000 Fragebögen. Die geplante Datenbasis enthält damit Informationen, die deutlich über den Umfang prozeßproduzierter Daten der Rentenversicherungs träger hinausgehen. Diese enthalten nur die zur Antragstellung notwendigen Angaben und vernachlässigen dadurch zum einen den Haushaltkontext und lassen zum anderen persönliche Einschätzungen und Motive beim Wechsel in den Ruhe stand außer acht. Die geringe Anzahl der bisher beantragten Teilrenten ließ jedoch eine Untersuchung der Inanspruchnahme der Teilrente auf der Basis existierender Datenbestände aus Stichprobenerhebungen, wie z. B. des Mikrozensus oder des Sozioökonomischen Panels, nicht zu.

3.1 Datenzugang

Der Zugang zu den Rentenantragstellern erfolgte durch eine Kooperation mit zwei Rentenversicherungsträgern. Für die Angestelltenrentenversicherung stimmte die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin (BfA) und für die Arbeiter rentenversicherung die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz (LVA) einer Unterstützung des Forschungsvorhabens zu. Aufgrund der sehr niedrigen Teilrent-

nerzahlen in der Arbeiterrentenversicherung wurde die Einbeziehung weiterer Landesversicherungsanstalten als unzweckmäßig erachtet. Aus Datenschutzgründen konnten die Rentenversicherer keine Adressen von Rentenantragstellern an das Forschungsprojekt weitergeben. Daher wurde vereinbart, daß die Versendung der Fragebögen an die Antragsteller von Voll- und Teilrenten von den beiden Versicherungsträgern durchgeführt wird. Die Versendung der Fragebögen erfolgte jeweils nach Eingang von Rentenanträgen.

3.2 Datenerhebung

Die Erhebung konnte aufgrund zahlreicher organisatorisch bedingter Verzögerungen bei den Rentenversicherungsträgern erst im Juli 1995 beginnen. Bei den Vollrentnern konnte die Verschickung von 3.000 Fragebögen innerhalb weniger Wochen vollzogen werden. Dagegen wurde die Teilrentnerbefragung, bei der alle Antragsteller dieser Rentenart vom jeweiligen Versicherungsträger Fragebögen erhalten sollten, aufgrund der niedrigen Fallzahlen bis Mitte 1996 angesetzt, um eine ausreichend große Stichprobe zu erhalten. Bei den Vollrentnern entsprach der Rücklauf den Erwartungen aus einem Pretest und ermöglichte eine Datenbasis von 1.246 Fällen.

Die Statistik des Verbandes der Rentenversicherungsträger wies 1995 insgesamt 1.501 Teilrentenfälle aus. Trotz der erheblich längeren Laufzeit der Teilrentnerbefragung belief sich der Rücklauf bis Mai 1996 jedoch auf lediglich rund 100 (!) Fälle. Die BfA erklärte dies damit, daß eine erhebliche Zahl von Teilrentnern nicht aus eigener Initiative einen Antrag auf eine Teilrente stellt, sondern daß in einigen Fällen aufgrund des Überschreitens der Hinzuerdienstgrenzen bei Altersrenten bis zum 65. Lebensjahr eine Vollrente durch die BfA auf eine Teilrente herabgestuft wird. Diese "unfreiwilligen" Teilrentner konnten jedoch bei der Befragung der Antragsteller aus organisatorischen Gründen häufig nicht ermittelt werden, wodurch nicht alle Teilrentenzugänge durch die Befragung erreicht werden konnten.

Zur Erhöhung der Fallzahlen der Teilrentnerstichprobe und zur Einbeziehung der "unfreiwilligen" Teilrentner wurde nach einem längeren Verhandlungsprozeß mit den beteiligten Rentenversicherungsträgern vereinbart, weitere Fragebögen an schon "im Bestand" befindliche Teilrentner zu versenden. Die Adressen der Teilrentner wurden von der BfA und der LVA Rheinprovinz im März 1996 ermittelt

und ermöglichen einen Versand von 1.000 geringfügig geänderten Fragebögen, wodurch mit einer Datenbasis von weiteren 400 Teilrentenfällen kalkuliert werden kann. Die Versendung der Fragebögen durch die BfA erfolgt im Juli 1996. Die Befragung von Teilrentnern "im Bestand" der LVA ist bereits abgeschlossen und erbrachte einen Rücklauf von lediglich 20 Fällen.

3.3 Datenauswertung

Da der Rentenzugang stark durch die von den Rentenantragstellern gewählte Rentenart geprägt wird, soll die Repräsentativität der Vollrentner und Teilrentnerstichprobe anhand des Kriteriums Rentenart beurteilt werden. Tabellen 1 und 2 zeigen, daß die Struktur der Stichprobe hinsichtlich der Rentenzugangsarten weitgehend mit der Statistik des Verbandes Deutscher Rentenversicherer (VDR), die die Rentenzugänge der gesamten gesetzlichen Rentenversicherung ausweist, übereinstimmt.

Auffällig ist allerdings der geringe Anteil der Antragsteller einer Regelaltersrente, der auf zwei Gründe zurückzuführen ist: Zum einen führte die Ausrichtung der Fragebögen auf die Berufstätigkeit vor Rentenbeginn offensichtlich dazu, daß Personen ohne kontinuierliche Erwerbsphasen (z. B. nicht erwerbstätige Ehefrauen) häufig nicht antworteten. Die Dominanz arbeitsmarktorientierter Fragen ist vermutlich auch für den niedrigen Anteil von Frauen in der Vollrentnerstichprobe verantwortlich. Zum anderen gelten ältere Menschen hinsichtlich ihrer Teilnahmebereitschaft an Befragungen als kritische Gruppe (vgl. Brune et al. 1991), so daß insbesondere bei 65-Jährigen mit einer geringeren Antwortbereitschaft gerechnet werden muß. Der hohe Anteil der Altersrente für Schwerbehinderte, Berufs- oder Erwerbsunfähige in der Vollrentnerstichprobe ist nur in wenigen Fällen auf den vorherigen Bezug einer BU-/EU-Rente zurückzuführen und entspricht dem hohen Anteil von amtlich anerkannten Schwerbehinderten in der Stichprobe.

Tabelle 1: Verteilung der Vollrentnerstichprobe nach Rentenarten und Geschlecht
(Rentenzugang '95 nach der VDR-Rentenzugangsstatistik 1995)

Vollrenten	Stichprobe		Rentenzugang '95	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Regelaltersrente	12,1	20,0	26,8	39,8
Altersrente für langjährig Versicherte	19,5	3,3	15,7	2,7
Altersrente wg. Schwerbehinderung, BU o. EU	20,4	4,4	7,2	1,9
Altersrente wegen Arbeitslosigkeit	48,1	10,0	50,2	5,2
Altersrente für Frauen	0,0	62,2	0,0	50,4
Altersrente für unter Tage Beschäftigte	0,0	0,0	0,1	0,0
<i>Altersrenten insgesamt</i>	<i>in %:</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>
	<i>absolut:</i>	<i>745</i>	<i>479</i>	<i>537.425</i>
				<i>462.329</i>

Tabelle 2: Verteilung der Teilrentnerstichprobe nach Rentenarten und Geschlecht
(Rentenzugang '95 nach der VDR-Rentenzugangsstatistik 1995)

Teilrenten	Stichprobe		Rentenzugang '95	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Regelaltersrente	2,1	4,0	0,5	0,5
Altersrente für langjährig Versicherte	57,5	4,0	64,6	7,9
Altersrente wg. Schwerbehinderung, BU oder EU	29,8	4,0	21,3	2,0
Altersrente wegen Arbeitslosigkeit	10,6	2,0	13,6	0,8
Altersrente für Frauen	0,0	86,0	0,0	88,8
Altersrente für unter Tage Beschäftigte	0,0	0,0	0,0	0,0
<i>Altersrenten insgesamt</i>	<i>in %:</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>
	<i>absolut:</i>	<i>47</i>	<i>50</i>	<i>568</i>
				<i>933</i>

Die Untersuchung ist als vergleichende Analyse der beiden Rentnergruppen konzipiert, wodurch vor allem die Unterschiede zwischen Teilrentnern als "Pionieren" bezüglich der Nutzung neuer sozialrechtlicher Arrangements und den Vollrentnern als Nutzern eines eher konventionellen Ruhestandspfades aufgezeigt werden sollen. Aufgrund der geringen Fallzahlen bei Teilrentnern und der Verzögerungen bei der derzeit noch laufenden Teilrentnerbefragung und -nacherhebung, mußten wir uns zunächst hauptsächlich auf die empirische Auswertung der ursprünglich als Vergleichsdatensatz konzipierten Vollrentnerstichprobe konzentrieren. Die Ergebnisse der Datenauswertungen auf Basis der Teilrentnerstichprobe können nur als vorläufig betrachtet werden. Eine Überprüfung der vorläufigen Aussagen und Thesen wird durch die (unter 3.2 genannte) Ausweitung der Befragung der Teilrentner aus dem "Bestand" der beteiligten Rentenversicherungsträger ermöglicht. Dabei wird jedoch zu berücksichtigen sein, daß Ergebnisse einer Ex-post- und

einer Ex-ante-Befragung miteinander verglichen werden. Weiterhin werden mit dem Datensatz die folgenden auf deskriptiven Verfahren beruhenden Analysen um multivariate Verfahren erweitert werden können. Mittels Tobit- und ordinaler Logit-Modelle soll in diesen Schätzungen der Einfluß unterschiedlicher individueller und arbeitsplatzbezogener Größen auf die Ruhestandsentscheidung untersucht werden. Sobald eine ausreichend große Teilrentnerstichprobe vorliegt, werden auch bivariate Auswahlmodelle geschätzt, wobei die vollständige Aufgabe der Erwerbstätigkeit dem schrittweisen Statuswechsel über eine Teilrente gegenübergestellt werden soll.

4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit

4.1 Änderung der Ausgangsfragestellung

Die Verteilung der Vollrentnerstichprobe nach Rentenarten (vgl. Tabelle 1) spiegelt die aktuelle Frühverrentungswelle wider (vgl. Albrecht/Müller 1996): Rund die Hälfte der befragten Männer beantragte eine Altersrente wegen Arbeitslosigkeit und schied über die "59er Regelung" aus, die mittlerweile durch die Verlängerung des Zeitraumes, in dem an Ältere Arbeitslosengeld gezahlt wird, zu einer "57,4er Regelung" geworden ist.¹ Wenn der Ruhestand als Lebensphase nach der endgültigen Aufgabe der Erwerbstätigkeit definiert wird, kann als Beginn des Ruhestands nicht der Beginn des Rentenbezugs gelten, sondern der Zeitpunkt der Beendigung der Erwerbstätigkeit. Der Ruhestandsbeginn liegt damit bei Bezug einer Altersrente wegen Arbeitslosigkeit mindestens ein Jahr vor dem Beginn der Rentenzahlungen. Auch bei Frauen, insbesondere wenn sie eine Regelaltersrente beantragen, ist der Beginn der Rentenzahlung oft nicht mit dem Ruhestandszeitpunkt identisch, denn schließlich waren in der Stichprobe 84 % der Bezieherinnen einer Regelaltersrente seit mindestens 5 Jahren vor Rentenbeginn nicht mehr erwerbstätig.

¹ Als 59er Regelung wird die Möglichkeit bezeichnet, durch den Bezug von Arbeitslosengeld für die Dauer von einem Jahr und dem anschließenden Bezug einer Altersrente wegen Arbeitslosigkeit ab dem 60. Lebensjahr bereits mit 59 Jahren aus dem Erwerbsleben auszuscheiden. Durch die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitsnehmer auf 32 Monate kann die Erwerbstätigkeit bereits ab einem Alter von 57 Jahren und 4 Monaten völlig beendet werden.

Durch die ungünstigen Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt zeichnete sich frühzeitig ab, daß der Teilrente als Maßnahme zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit bei der derzeitigen Arbeitsmarktlage kein Erfolg beschieden war. Daher mußte die Forschungsfrage, unter welchen Bedingungen sich eine Regelung zur Verlängerung der Erwerbsphase im Lebensverlauf durch Teilrente und Teilzeitarbeit durchsetzen kann, erweitert werden um die Frage, warum die Bedingungen für institutionelle Neuregelungen dieser Art trotz der demographischen Alterung so schlecht sind. In Teil 4.4 wird auf diese Frage näher eingegangen.

Am hohen Anteil der Rente wegen Arbeitslosigkeit sieht man, daß nicht nur institutionelle Regelungen und individuelle Präferenzen Art und Zeitpunkt des Übergangs in den Ruhestand bestimmen, sondern in starkem Maße der Arbeitsmarkt als limitationaler Faktor auftritt. Die häufig zu beobachtenden Arbeitslosigkeits- oder Invaliditätsphasen vor der Rente bestätigen die These Guillemauds (1991), nach der die Alterssicherungssysteme in zahlreichen Wohlfahrtsstaaten die Kontrolle über den Ruhestandszeitpunkt verloren haben. An deren Stelle sind intermediäre Regelungen getreten, die ursprünglich zur Absicherung anderer Risiken vorgesehen waren. Der Zeitpunkt des Übergangs in den Ruhestand ist immer mehr von Entscheidungen der Unternehmen über den Abbau oder die Umstrukturierung der Belegschaft abhängig als von den Altersgrenzen der gesetzlichen Rentenversicherung. Damit erschwert die zunehmende Dominanz der Arbeitsmarktlage älteren Arbeitnehmern die Steuerung des eigenen Lebenslaufs. Daher ist in diesem Projekt in der nächsten Phase geplant, die Stellung älterer Arbeitnehmer im Betrieb und die Bedeutung der Arbeitgeberentscheidungen für den Übergang in den Ruhestand zu untersuchen.

4.2 Informationsnachfrage und -beschaffung durch Rentenantragsteller

In der ökonomischen Theorie des Lebensarbeitsangebots und damit auch der Ruhestandsentscheidung ist das umfassend informierte und rational handelnde Individuum, das zukünftige Einkommensströme abdiskontiert und mit dem Nutzen der Freizeit vergleicht, geradezu konstitutiv. Doch Untersuchungen von Allmendinger (1994) und Warnken (1993: 9 f.) geben Hinweise darauf, daß die Kenntnisse über sozialrechtliche Regelungen der gesetzlichen Rentenversicherung, über die möglichen Optionen der Gestaltung der Übergangsphase in den Ruhestand so-

wie über die zu erwartenden Renteneinkünfte sehr gering sind. So kannten nach Allmendinger (1994: 173) lediglich knapp 3 % der befragten Rentner zum Zeitpunkt des Übergangs in den Ruhestand die Höhe ihrer Rente. Nach Warnken bestehen die Informationsdefizite vor allem bezüglich der wählbaren Ruhestands-pfade. Diese Ergebnisse waren Anlaß, den Prozeß der Informationsbeschaffung und den Informationsstand näher zu untersuchen.

Informationsbeschaffung:

Zunächst ist festzustellen, daß Voll- und Teilrentner sich vor ihrer Antragstellung einer Vielzahl von Informationsquellen bedienten. Als wichtigste Informationsquellen über die Möglichkeiten des Übergangs in den Ruhestand dienten die Beratungsstellen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und der Landesversicherungsanstalten, die von 62 % der Teilrentner und 40 % der Vollrentner in Anspruch genommen wurden. Bei Vollrentnern ist zudem die Informationsbeschaffung im Betrieb von Bedeutung, da 28 % durch die Personalleitung, 22 % durch den Betriebs- oder Personalrat und 21 % durch Kollegen oder Freunde informiert wurden. Die große Bedeutung der Betriebe bei der Informationsbeschaffung der Vollrentner führt zu der Vermutung, daß hier ein Zusammenhang mit betrieblicher Frühverrentungspolitik besteht. Eine Einbeziehung der Rentenart ergab schließlich, daß 42 % der Antragsteller einer Altersrente wegen Arbeitslosigkeit sich bei der Personalleitung und 41 % beim Betriebs- oder Personalrat über die Möglichkeiten des Übergangs in den Ruhestand informiert haben. Die beiden wichtigsten Informationsquellen von Teilrentnern waren Informationsbroschüren mit einem Nutzungsgrad von 31 % und Zeitungen oder Zeitschriften mit einer Inanspruchnahme von 26 %. Auffallend ist, daß Teilrentner häufiger Informationsmedien wählten, die auf eine stärkere Eigeninitiative bei der Informationsbeschaffung hindeuten.

Über die Intensität der Informationsbeschaffung gibt die Zahl der von Rentenantragstellern im Durchschnitt genutzten Informationsquellen Aufschluß. Dieser Durchschnitt liegt für Vollrentner bei 1,7, wobei Männer mit einem Durchschnittswert von 1,9 einen höheren Informationsbedarf als Frauen (1,5) aufweisen. Da die Rente der (Ehe-) Männer häufiger die wichtigste Einkommenskategorie eines (Rentner-) Haushaltes darstellt, ist ein höherer Bedarf an Informationen nicht überraschend. Dagegen mag es überraschen, daß die Schulbildung keinen signifi-

kanten Einfluß auf das Informationsbedürfnis ausübt, denn bei Hauptschul-, Real-schulabschluß und Abitur ergeben sich Durchschnittswerte von etwa 1,7.

Obwohl erwartet werden kann, daß dem Rentenantrag von Teilrentnern eine intensivere Auseinandersetzung mit den Optionen des Ruhestandes voranging, liegt die durchschnittliche Anzahl der genutzten Informationsquellen für Teilrentner bei 1,8. Die Differenzierung des Informationsbedarfs nach Geschlecht zeigte ähnliche Ergebnisse wie bei den Vollrentnern: Die Durchschnitte liegen für Männer bei 2 und für Frauen bei 1,6. Eine weitere Aufgliederung des Informationsbedarfs der Teilrentner hinsichtlich der Schulbildung und der beruflichen Stellung ist aufgrund der niedrigen Fallzahlen noch nicht sinnvoll.

Informationen über das Teilrentenmodell:

Nach Warnken (1993: 10) ist das Teilrentenmodell nur 39 % der befragten 50- bis 70-jährigen Erwerbstätigen bekannt. Damit kennen 51 % der älteren Arbeitnehmer einen möglichen Weg der Gestaltung der Übergangsphase in den Ruhestand nicht. Dieser Informationsstand verbesserte sich nicht, obwohl seit der Einführung der Teilrente immerhin drei Jahre vergangen waren: Auch in unserer Befragung waren nur 36 % der befragten Vollrentner vor ihrem Rentenantrag über die Teilrente informiert. Dabei waren Männer deutlich besser informiert als Frauen, und mit steigender Schulbildung wuchs auch die Bekanntheit des Teilrentenmodells. Der Bekanntheitsgrad der Teilrente ist bei Selbständigen mit 62 % besonders hoch.

Rentenhöhe:

Obwohl die zu erwartende Höhe der Rente in der Forschungsliteratur als wichtige Determinante der Ruhestandsentscheidung betrachtet wird (vgl. Jacobs/Schmähl 1989), zeichnen sich die befragten Rentenantragsteller durch einen geringen Informationsstand über ihre finanzielle Situation im Ruhestand aus. Auf die Frage, ob ihnen die monatliche Höhe ihrer zukünftigen Rente auf 10 DM genau, auf 100 DM genau oder nicht näher bekannt ist, bestätigten 48 % der Vollrentner und 26 % der Teilrentner, daß sie die Höhe ihrer Rente "nicht näher" kennen. 52 % der Vollrentner und 74 % der Teilrentner kennen ihre beantragte Rente "auf 100 DM" oder "auf 10 DM" genau. Kaum besser informiert sind die Empfänger betrieblicher Altersrenten, von denen 43 % (der Vollrentnerstichprobe) die Höhe ihrer zukünftigen Betriebsrente nicht näher kennen.

Die Informationsdefizite werfen die Frage auf, welche Faktoren einen niedrigeren Informationsstand begründen. Daher wurden die Unterschiede in der Kenntnis der Rentenhöhe nach Schulbildung, beruflichem Status und dem Einkommen vor Rentenbeginn differenziert. Bei steigender Schulbildung sind demnach bessere Kenntnisse der zukünftigen Rentenzahlungen zu beobachten. Überdurchschnittlich informiert sind Angestellte und Arbeitslose, Selbständige und Arbeiter dagegen kennen die zukünftige Rente weniger genau. Weiter zeigen sich Unterschiede im Informationsstand bei Berücksichtigung des Einkommens vor Rentenbeginn. Die Gruppe der Rentenantragsteller, der ihre Rente nicht näher bekannt ist, hat ein deutlich niedrigeres Durchschnittseinkommen (2.130 DM) als die beiden Personengruppen mit höherem Informationsstand (2.594 DM, wenn die Rente auf 10 DM genau bekannt ist und 2.911 DM, wenn die Rente auf 100 DM genau bekannt ist). Die Ergebnisse weisen zudem darauf hin, daß Rentenantragsteller in den neuen Bundesländern noch immer nicht im gleichen Maße wie die Westdeutschen mit dem System der gesetzlichen Rentenversicherung vertraut sind, da 84 % der befragten Ostdeutschen die zukünftige Rentenhöhe nicht näher bekannt ist.

Der geringe Informationsstand über die Rentenhöhe ist vor allem deshalb überraschend, weil Versicherte der gesetzlichen Rentenversicherung, die das 55. bzw. 59. Lebensjahr (West- bzw. Ostdeutschland) vollendet haben, automatisch eine Auskunft über die Höhe ihrer Anwartschaften erhalten. Schließlich gaben rund 88 % der befragten Teilrentner und 84 % der Vollrentner an, daß sie eine Rentenauskunft von ihrem Rentenversicherungsträger erhalten haben. Jedoch sichert eine automatische Rentenauskunft keine genaue Kenntnis über die Höhe der zu erwartende Rente, da die letzten Jahre der Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosigkeit und die zwischenzeitlichen Rentenanpassungen noch nicht berücksichtigt sind.

Der eher geringe Informationsstand wird von den Betroffenen offenbar nicht als Problem empfunden, da 78 % der Vollrentner und 75 % der Teilrentner die Informationsbeschaffung als "eher mühelos und ohne großen Zeitaufwand" empfunden haben. Dies läßt darauf schließen, daß beim Übergang in den Ruhestand eine Orientierung an bekannten Handlungsmustern erfolgt. Das Bewußtsein, für lange Zeit berufstätig gewesen zu sein und Beitragsleistungen erbracht zu haben, führt schließlich bei Rentenantragstellern zu der Erwartung einer Gegenleistung in Form einer ausreichend hohen Altersrente, deren genaue Höhe nicht nachgefragt werden

muß (vgl. Kohli/Wolf 1987: 99 f.). Als weitere Erklärung für das offensichtliche Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung kann die erfolgreiche Proklamation des Ziels der Lebensstandardsicherung durch sozialpolitische Institutionen angesehen werden. Dieses Ziel wurde in der Vergangenheit weitgehend erreicht, so daß ältere Arbeitnehmer heute häufig die Erwartung einer lebensstandardsicheren Rente hegen. Das Wissen um die Regelungen der Rentenversicherung und sogar um die genaue Höhe der Rente ist bei einem erwerbszentrierten Lebensverlauf schließlich nicht dringend notwendig, da die gesetzlichen Wartezeiten ohnehin erfüllt und auch hohe Anwartschaften aufgebaut werden (vgl. Allmendiger 1994: 176). Informationen über die gesetzliche Rentenversicherung werden aber umso notwendiger, je mehr der individuelle Lebensverlauf von dem des "Normalarbeitnehmers" abweicht, also insbesondere dann, wenn die Destandardisierung und Deinstitutionalisierung des Lebensverlaufs (vgl. Guillemard 1991 und Mayer 1995) tatsächlich weiter voranschreiten.

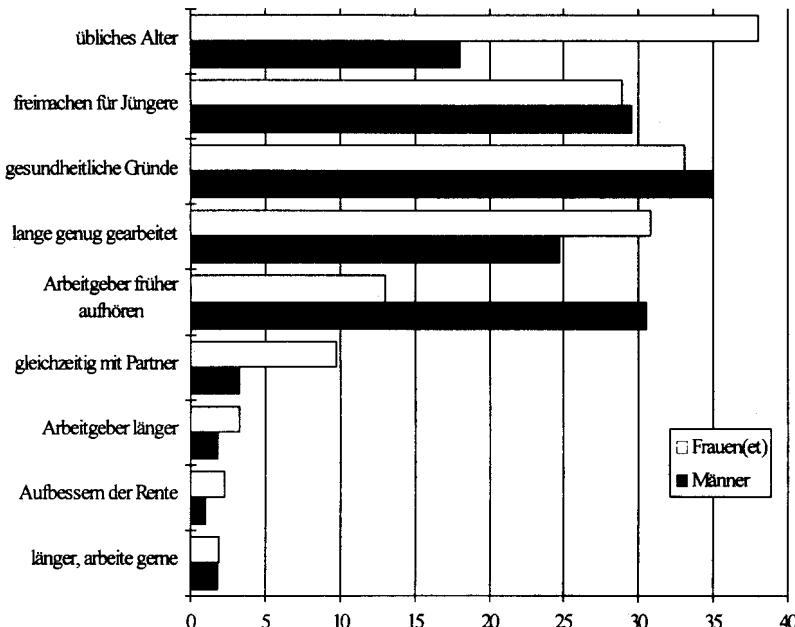
4.3 Einflußfaktoren für den individuellen Übergang in den Ruhestand

4.3.1 Persönliche Einschätzung der Ruhestandsmotive

Fragt man Voll- und Teilrentner nach ihren subjektiven Gründen für die vollständige Aufgabe der Erwerbstätigkeit zum gewählten Zeitpunkt, bzw. nach ihrer Entscheidung für eine Teilrente, so zeigen sich deutliche Unterschiede:²

² Frauen, die mindestens 5 Jahre nicht erwerbstätig waren und als beruflichen Status "Hausfrau" angegeben haben wurden bei der folgenden Graphik nicht einbezogen.

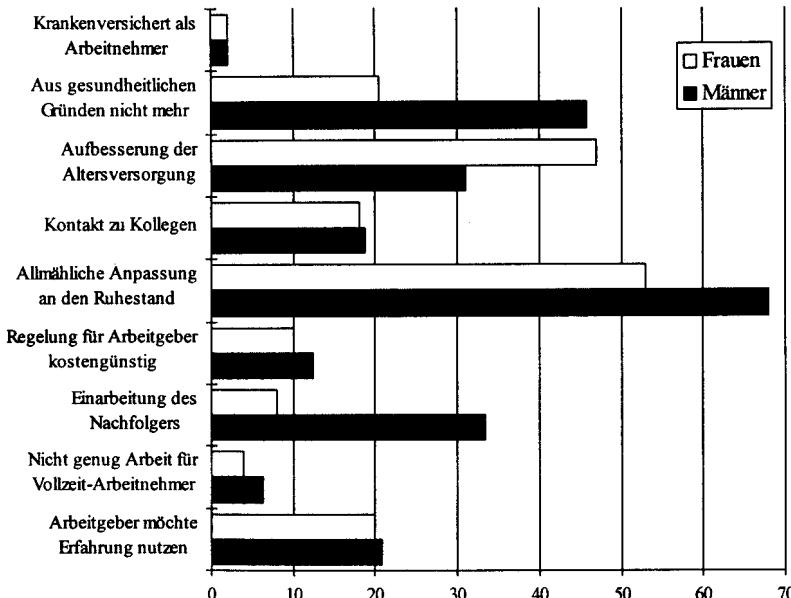
Abb. 1: Gründe für die Beendigung der Erwerbstätigkeit (Vollrentner)



Vollrentner geben i. d. R. Gründe an, die auf den Wunsch nach möglichst frühzeitiger Beendigung ihrer Erwerbstätigkeit schließen lassen. Auf Seiten der Rentenantragsteller herrscht das Gefühl vor, nach langen Berufsjahren genug gearbeitet und einen Anspruch auf Rente zu haben, um nicht mehr einer oftmals als belastend empfundenen Berufstätigkeit nachgehen zu müssen. Betrachtet man das durchschnittliche Rentenzugangsalter nach Rentenarten, so wird offenbar, daß meist die frühestmögliche Altersrente gewählt wird und kein Interesse an einer Weiterarbeit im Ruhestand besteht, selbst dann nicht, wenn zu den Rentenzahlungen beliebig hinzuerdient werden könnte. So wurde auch nur in Einzelfällen angegeben, daß z. B. aus finanziellen Gründen länger gearbeitet wurde als es die frühestmögliche Altersgrenze der Rentenversicherung erlaubt. Für fast die Hälfte der Teilrentnerinnen ist eine Kombination aus Teilrente und Erwerbsarbeit eine Möglichkeit, ihre jetzigen und späteren Einkünfte zu erhöhen (vgl. Abb.2). Der größte Teil der

Vollrentner gibt an, die Erwerbsarbeit aus gesundheitlichen Gründen so früh wie möglich beenden zu wollen (vgl. Abb.1).

Abb. 2: Gründe für die Wahl einer Teilrente



Den größten Vorzug sehen die Antragsteller einer Teilrente - ebenso wie viele Gerontologen (vgl. z. B. Bäcker/Naegele 1992) - darin, sich durch Teilzeitarbeit allmählich an den Ruhestand anzupassen zu können, wobei auch die sozialen Kontakte im Kollegenkreis eine Rolle spielen. Auch die Arbeitgeber sind daran interessiert, Teilrentner möglichst lange in ihrem Betrieb zu halten. Immerhin arbeiten 20 % der Teilrentner länger, weil ihre Arbeitgeber von deren Ausbildung und Erfahrung profitieren möchten und 20 % wollen die Teilrentenphase zur Einarbeitung eines Nachfolgers nutzen. Bei erwerbstätigen Vollrentnern ist hingegen ein gewisser Druck im betrieblichen Umfeld zu erkennen, ihre Erwerbstätigkeit so früh wie möglich zu beenden, um keine Arbeitsplätze für jüngere Arbeitnehmer zu blockieren. Männern wird oft vom Arbeitgeber nahegelegt, den Arbeitsvertrag

frühzeitig aufzulösen, um eine Rente zu beantragen. Über 50 % der Männer beenden schließlich ihr Arbeitsverhältnis durch einen Auflösungsvertrag. Auch gesellschaftliche Normierungen spielen eine Rolle; so ist gerade für erwerbstätige Frauen das 60. Lebensjahr, die derzeit noch geltende Altersgrenze der Frauenaltersrente, das "übliche Alter", um in Rente zu gehen.

4.3.2 Die berufliche Stellung und die Situation am Arbeitsplatz

Da starke Zusammenhänge zwischen dem schulischen Bildungsniveau und dem beruflichen Ausbildungsabschluß bestehen und dadurch die getrennte Auswertung nach schulischer und beruflicher Ausbildung ähnliche Ergebnisse brachte, wurde hier eine Darstellung gewählt, die schulische und berufliche Ausbildungsabschlüsse zu einer Variablen zusammenfaßt. Jedem Abschluß wurde eine standardisierte Ausbildungsdauer (vgl. dazu Blossfeld 1985) unterstellt und die Ausbildungphasen je Person wurden zur Variable "Dauer der schulischen und beruflichen Ausbildung" addiert. Tabelle 3 zeigt, daß bei zunehmendem Rentenzugangsalter auch höhere Durchschnittswerte für die Ausbildungsdauer zu verzeichnen sind. Auch weisen Teilrentner deutlich längere Ausbildungszeiten auf als Vollrentner.

Tabelle 3: Mittelwerte der Dauer der schulischen und beruflichen Ausbildung

Rentenzugangsalter	60	61	62	63	64	65 und älter	insgesamt
Vollrentner	10,9	11,5	11,3	11,4	11,9	12,6	11,3
Teilrentner	12,0	13,1	12,7	13,2	13,8	12	12,8

Die Analyse des Rentenzugangsalters nach der beruflichen Stellung bei der Rentenantragstellung oder vor der letzten Arbeitslosigkeitsphase zeigt erhebliche Strukturunterschiede. 64,4 % der Arbeiter und 57 % der Angestellten beziehen ihre Altersrente bereits mit 60 Jahren. Eine Regelaltersrente wird von keinem Arbeiter in der Vollrentnerstichprobe beantragt, aber von 10,6 % der Angestellten. Der späteste Beginn des Rentenbezugs findet bei Selbständigen statt, von denen nur 15,2 % mit 60, jedoch 57,6 % mit 65 ihre Rente beantragen. Der berufliche Status "nicht beschäftigt" korrespondiert insbesondere bei Frauen häufig mit einem Rentenzugangsalter von 65 Jahren. Dies ist darauf zurückzuführen, daß sich in dieser Kategorie häufig nicht erwerbstätige Ehefrauen befinden, die aufgrund

fehlender Zugangsvoraussetzungen für vorgezogene Altersruhegelder eine (meist niedrige) Regelaltersrente beantragen.

Tabelle 4: Verteilung der Vollrentnerstichprobe nach Rentenzugangsalter und beruflichem Status (in %)

Rentenzugangsalter und berufl. Status	60	61	62	63	64	65 und älter	% insges.	Mittelwert: Alter	insges.
Arbeiter	64,4	11,6	3,9	17,5	2,7	0	100	60,8	337
Angestellte	57,0	11,5	5,4	13,1	2,5	10,6	100	61,2	558
Selbständige	15,2	9,1	0,0	12,1	6,1	57,6	100	64,0	33
Beamte	33,3	0,0	0,0	0,0	0,0	66,7	100	63,5	6
Arbeitslose	83,3	4,2	4,2	0,0	4,2	4,2	100	60,5	24
Nicht Beschäftigte	35,3	1,9	3,9	5,8	4,8	48,3	100	63,0	207
Sonstige	66,7	6,7	6,7	6,7	0,0	13,3	100	61,1	15
Insgesamt	54,7	9,5	4,5	12,6	3,1	15,7	100	61,5	1.180

Die berufliche Stellung erweist sich auch für die Inanspruchnahme einer Teilrente als bedeutsam, denn die Struktur der Teilrentnerstichprobe weicht hinsichtlich der beruflichen Stellung erheblich von der Vollrentnerstichprobe ab. 78 % der Teilrentner sind in Angestelltenberufen tätig, 2 % sind Arbeiter und 11 % Selbständige. In der Vollrentnerstichprobe sind hingegen nur 47 % Angestellte und 3 % Selbständige, aber 28,4 % Arbeiter. Obwohl eine Teilrente für Arbeitslose im Regelfall keine sinnvolle Option darzustellen scheint, sind in der Stichprobe 5 % der Teilrentner arbeitslos. Die Anwendung des Teilrentenmodells durch Selbständige lässt sich durch die höhere Flexibilität der Arbeitszeitgestaltung der Selbständigen und dem Fehlen von Arbeitsmarktrestriktionen erklären. Bei Arbeitern kommt die Teilrente hingegen aufgrund des starken Frühverrentungstrends äußerst selten zur Anwendung.

Die Aufteilung der Vollrentnerstichprobe nach Wirtschaftszweigen entspricht den Erwartungen aufgrund der Qualifikationsstruktur von älteren Arbeitnehmern. Ältere Erwerbspersonen sind häufiger in traditionellen Branchen zu finden. So waren rund 50 % der Vollrentner im verarbeitenden Gewerbe tätig. Der Einfluß

des Wirtschaftszweiges auf das Rentenzugangsalter ist nicht so stark ausgeprägt wie es die unterschiedlichen Belastungen in verschiedenen Branchen vermuten lassen. Der hohe Anteil von Frühverrentungen findet sich in allen Branchen, wenn er auch in einigen nicht so stark ausgeprägt ist. In nahezu allen Branchen beantragen die meisten Arbeitnehmer eine Altersrente mit 60. Die Anteile der Arbeitnehmer, die bereits mit 60 eine Rente beziehen, schwanken mit einer Bandbreite von 47 % in der Landwirtschaft bis zu 68 % im Energieversorgungssektor. Altersteilzeitarbeit in Kombination mit einer Teilrente scheint am ehesten im Bereich privater Dienstleistungen möglich zu sein, da dort 25 % der Teilrentner, aber nur 10 % der Vollrentner tätig sind. Die Nichtanwendung des Teilrentenmodells im verarbeitenden Gewerbe ist vermutlich nicht nur auf wenig flexible Arbeitszeitmuster, sondern auch auf betriebliche Externalisierungsstrategien (vgl. Rosenow/Naschold 1994) und auf den Wunsch der Arbeitnehmer nach einer Beendigung von körperlich belastenden Tätigkeiten zurückzuführen.

Die Betriebsgröße besitzt einen deutlichen Einfluß auf die Rentenart. In Betrieben mit mindestens 1.000 Mitarbeitern scheiden über 50 % der älteren Arbeitnehmer aufgrund der "59er Regelung" aus dem Betrieb aus, d. h. sie beantragen nach mindestens einjähriger Arbeitslosigkeit eine Altersrente. Teilrenter sind häufiger in kleineren Betrieben zu finden: 24 % der befragten Teilrentner, aber nur 12 % der Vollrentner arbeiten in Unternehmen mit 12 und weniger Mitarbeitern. In Großunternehmen hingegen arbeiten Teilrentner seltener: Während nur 9 % der Antragsteller einer Teilrente in Unternehmen mit mindestens 1.000 Beschäftigten arbeiten, sind 31 % der Antragsteller einer Vollrente in Großunternehmen tätig.

Auch die Dauer der Betriebszugehörigkeit ist für den Übergang in den Ruhestand von Bedeutung. So betragen die Mittelwerte der Betriebszugehörigkeitsdauer bei Vollrentnern 27,6 Jahre und bei Teilrentnern 22,8 Jahre. Frauen haben erwartungsgemäß sehr viel kürzere Unternehmenszugehörigkeitszeiten als Männer: Bei Vollrentnern beträgt der Mittelwert für Frauen 22,5 Jahre und für Männer 30,0 Jahre. Die folgende Tabelle zeigt außerdem die Unterschiede in der Betriebszugehörigkeitsdauer bei verschiedenen Rentenarten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Betriebszugehörigkeitsdauer der zuvor arbeitslosen Rentner die Arbeitslosigkeitsdauer einschließt.

Tabelle 5: Mittelwerte der Betriebszugehörigkeitsdauer von Vollrentnern nach Geschlecht und Rentenart

Rentenart	Männer	Frauen	Summe
Regelaltersrente (65)	31,6	25,6	30,6
Rente für langjährig Versicherte (63)	29,2	21	28,9
Rente wegen Schwerbehinderung, BU, EU (60)	28,6	24,5	28,2
Rente wegen Arbeitslosigkeit (60)	30,7	22,9	29,8
Rente für Frauen (60)	-	22,2	22,2
Zusammen	30,0	22,5	27,6

Teilrentner geben erwartungsgemäß seltener an, hohen Arbeitsbelastungen ausgesetzt zu sein. Ohne nennenswerte Belastungen sind nach eigenen Angaben 59 % der Teilrentner und 33 % der Vollrentner. Die Hauptbelastungsursache aus Sicht der Teilrentner sind Arbeitsüberlastungen, während Überstunden (9 %) und körperliche Arbeit (3 %) keine dominierende Rolle spielen. Bei Vollrentnern fallen neben der Arbeitsüberlastung vor allem die Belastung durch körperliche Arbeit (22 %) und Überstunden (17 %) auf.

4.3.3 Einkommensverhältnisse im Übergang in den Ruhestand

Aufgrund fehlender Antwortbereitschaft und unzureichender Informationen über die zukünftige Rentenhöhe (vgl. Abschnitt 4.2) sind die Angaben in den Fragebögen zu den Einkommensverhältnissen des Rentenantragstellers und ihrer Lebenspartner häufig unzureichend. So sind zwar noch gut drei Viertel der Befragten dazu bereit und in der Lage, ihr derzeitiges Einkommen anzugeben, bei den künftig zu erwartenden Einkommensströmen tun dies nur noch ca. die Hälfte. Dies war nach den Ergebnissen des Pretests nicht zu erwarten. Das Einkommen des Partners geben zwar immerhin 80 % der befragten Vollrentner an, bei den Haushaltseinkommen erhält man jedoch nur für 70 % der Personen Angaben. Eine Aufschlüsselung der Einkommensangaben nach Einkommensarten ist noch seltener möglich. Die empirische Überprüfung eines mikroökonomischen Entscheidungskalküls (z. B. Viebrok 1996) auf Grundlage gegenwärtiger und künftiger Einkommensströme war daher nicht möglich.

Für die Vollrentner ist zu beobachten, daß sowohl die durchschnittlichen Haushaltseinkommen von alleinstehenden und in einer festen Partnerschaft lebenden Rentenantragstellern mit zunehmendem Rentenalter steigen. Unter den "Frührentnern" mit 60 sind die Antragsteller einer Rente wegen Schwerbehinderung, Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit finanziell durchschnittlich besser ausgestattet als die Antragsteller einer Rente wegen Arbeitslosigkeit. Unter den Alleinstehenden ist das Einkommen von Frauen erwartungsgemäß geringer als das der alleinstehenden Männer.

4.3.4 Einflüsse des Haushaltskontextes auf den Übergang in den Ruhestand

Der Familienstatus und die Struktur des Haushalts sind durch den Altersunterschied von Männern und Frauen in Partnerschaften geprägt. Frauen leben öfter allein in einem Haushalt, wobei der größte Anteil der Alleinstehenden verwitwet ist, was neben der höheren Lebenserwartung von Frauen auch darauf zurückzuführen ist, daß Frauen meist jünger als ihre Ehemänner sind.

Im Haushaltskontext interessiert in erster Linie das Rentenzugangsverhalten von Paaren, und ob das Phänomen des "joint-retirement" wirklich zu beobachten ist, nach dem Partner den Ruhestandszeitpunkt aufeinander abstimmen, mit dem Ergebnis, daß gerade Frauen oft ihre Erwerbstätigkeit schon vor dem Zugang zur Rente beenden (vgl. Wagner 1996). Tatsächlich gilt für Frauen und Männer, daß Verheiratete früher eine Rente beantragen als Alleinstehende und daß Teilrentner etwas häufiger alleinstehend sind als Vollrentner. Auffällig ist dabei besonders der hohe Anteil geschiedener und/oder alleinlebender Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit auch nach Erreichen der Altersgrenzen für eine gesetzliche Rente weiterführen möchten. Betrachtet man die Teilrentner, die mit einem Lebenspartner in einem Haushalt wohnen, zeigt sich, daß die (Ehe-) Partner von Teilrentnern häufiger berufstätig sind als die Partner der Vollrentner, was auch die These des gemeinsamen Rentenzugangs stützt. Während die Männer von Rentenantragstellerinnen meist Vollzeit arbeiten, sind die Partnerinnen von Voll- und insbesondere auch Teilrentnern häufig in Teilzeitarbeit tätig.

Gut 20 % der Männer und fast 30 % der Frauen in der Stichprobe sind mit der Enkelkinderbetreuung oder der Pflege von Angehörigen betraut. Frauen werden

bei diesen Aufgaben von ihren Partnern seltener unterstützt als Männer von ihren Partnerinnen. Dabei haben Pflege- und Betreuungsaufgaben bei Vollrentnern wenig Einfluß auf die Entscheidung, die Erwerbstätigkeit zu beenden. Jedoch ist auffallend, daß Teilrentner im Vergleich zu Vollrentnern seltener Angehörige pflegen oder Enkelkinder betreuen.

4.4 Ursachen für die geringe Inanspruchnahme des Teilrentenmodells

Die Inanspruchnahme der Teilrente war niedriger als selbst vorsichtige Schätzungen erwarten ließen: Nach der Rentenzugangsstatistik des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger wurden von 1992 bis 1995 lediglich rund 4.800 Teilrenten beantragt. Dadurch stellte sich die Frage, welche Faktoren für das Ausbleiben des Erfolgs der Teilrentenregelung verantwortlich sind.

Die geringe Inanspruchnahme des Teilrentenmodells in Verbindung mit Altersteilzeitarbeit beruht u. a. auf Informationsdefiziten auf Seiten der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber. 63 % der befragten Vollrentner kannten die Option der Teilrente nicht, obwohl ein Rentenantrag eine intensive Beschäftigung mit dem Thema des Übergangs in den Ruhestand nahelegt. Nach einer von Winkel et al. (1994: 46 f.) durchgeführten Unternehmensbefragung waren auch nur 22 % der Unternehmen "gut oder umfassend" über das Teilrentenmodell informiert.

Der Vergleich des Rentenzugangs der VDR-Statistik mit der Vollrentnerstichprobe zeigte bereits den starken Trend zur Frühverrentung, der zu der These Anlaß gibt, daß die Teilrente u. a. deshalb wenig in Anspruch genommen wird, da ältere Arbeitnehmer häufig bereits einige Zeit vor dem Erreichen der Altersgrenze einer Teilrente aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind. In der Vollrentnerstichprobe waren schließlich nur 31 % der Rentenantragsteller unmittelbar bis zum Rentenbeginn erwerbstätig. Die Bezieher einer Altersrente wegen Arbeitslosigkeit haben ihr Erwerbsleben mindestens ein Jahr vor Rentenbeginn beendet.

Die Altersgrenzen der Teilrente entsprechen in vielen Fällen nicht den Präferenzen der älteren Arbeitnehmer, die ihrerseits Ruhestandszeitpunkte anstreben, die deutlich vor dem erstmöglichen Teilrentenbezug liegen. Durch den anhaltenden Trend zur Frühverrentung wurde schließlich das frühe Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zur Normalität und das Ruhestandsalter vorangegangener Rentnerkohorten

zum Maßstab für die eigene Ruhestandsplanung. Auch scheint eine völlige Aufgabe der Erwerbstätigkeit den Präferenzen der meisten Rentner zu entsprechen, denn die Frage, ob ein Interesse an einer Teilzeitbeschäftigung bestünde, wenn es keine Hinzuerdienstgrenzen gäbe, wurde von 78 % der Vollrentner verneint. Im Vergleich zur tatsächlichen Inanspruchnahme der Teilrente bleibt aber ein noch beachtliches Potential von 22 % der Vollrentner mit einem Interesse an einer Altersteilzeitbeschäftigung.

Eine wichtige Ursache für die geringe Inanspruchnahme der Teilrente ist auch der Mangel an geeigneten Teilzeitarbeitsplätzen. 33 % der Vollrentner, die zumindest Kenntnis vom Teilrentenmodell hatten, gaben an, sich aufgrund des Fehlens von Teilzeitarbeitsplätzen in ihrem Betrieb nicht für eine Teilrente entschieden zu haben und für 14 % kam die Teilrente aufgrund "weiterer betrieblicher Gründe" nicht in Frage. Diese Einschätzungen scheinen jedoch in einigen Fällen eher dem subjektiven Empfinden als der tatsächlichen Situation im Unternehmen zu entsprechen, denn lediglich 15 % der über die Teilrente informierten Vollrentner haben mit ihrem Arbeitgeber oder Vorgesetzten die Möglichkeit einer Teilrente auch besprochen.

Ein nicht geringer Teil der Frühverrentungswünsche oder -zwänge älterer Arbeitnehmer ist zudem auf gesundheitliche Probleme zurückzuführen. Als wichtigsten Grund für die Entscheidung, gerade zu diesem Zeitpunkt die Beschäftigung aufzugeben, gaben rund 30 % der befragten Vollrentner gesundheitliche Gründe an. Die Differenzierung der Ruhestandsgründe nach Rentenarten zeigt erwartungsgemäß, daß gesundheitliche Gründe vor allem von Antragstellern einer Altersrente wegen Schwerbehinderung, Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit angegeben werden.

5. Außenaktivitäten und Vorträge

- "Finanzielle Absicherung des Übergangs in den Ruhestand", Vortrag bei der Tagung "Humanisierung des Arbeitslebens", Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 24. 01.1994 (Schmähl)
- "Occupational Pension Schemes in the Private and Public Sector in the Federal Republic of Germany, Vortrag auf der International Conference on Supplementary Pensions, Paris, 26.01.1994 (Schmähl)
- "Auswirkungen veränderter Altersstrukturen auf der betrieblichen Ebene", Vortrag im Rahmen der Vortragsreihe "Deutschland wird älter" am Zentrum für Weiterbildung der Universität Bremen, 16.03.1995 (Gatter)
- "Empirische Erhebung bei 'Teilrentnern': Die Teilzeitarbeit mit einer Teilrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung kombinieren", Referat im Workshop "Methodenprobleme der neueren Arbeits- und Sozialökonomie" am Institut für Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen, Trier, 19.05.1995 (George/Oswald)
- "Zur mikroökonomischen Modellierung der Entscheidung über das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben", Referat im Workshop "Methodenprobleme der neuen Arbeits- und Sozialökonomie" am Institut für Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen, Trier, 19.05.1995 (Viebrok)
- "Flexibilisierung des Ausscheidens aus dem Erwerbsleben durch sozialrechtliche und betriebliche Regelungen", Referat im Workshop III des 4. Symposiums des Sfb 186, Bremen, 21./22.09.1995 (George/Oswald)
- "Neue Wege in den Ruhestand - die Chancen für schrittweise Übergänge in den Ruhestand", Vortrag beim Universitäts-Seminar "Neue Herausforderungen für die betriebliche Sozialpolitik" im Rahmen der Förderinitiative "Dialog Wissenschaft und Praxis" der Hanns Martin Schleyer-Stiftung, Bad Zwischenahn, 2./3. 11.1995 (George)
- "Ältere Arbeitnehmer und Betriebe - Optionen und Strategien in der Praxis - ein Überblick", Vortrag beim Universitäts-Seminar "Neue Herausforderungen für die betriebliche Sozialpolitik" im Rahmen der Förderinitiative "Dialog Wissenschaft und Praxis" der Hanns Martin Schleyer-Stiftung, Bad Zwischenahn, 2./3. 11.1995 (Gatter)
- "Neue Wege in den Ruhestand. Ergebnisse einer Befragung von Rentenantragstellern", Vortrag bei der Forschungsgruppe Altern und Lebenslauf an der Freien Universität Berlin, 7.05.1996 (Oswald)
- "Flexibilisierung des Übergangs in den Ruhestand - Herausforderungen und Optionen", Vortrag bei der Europäischen Tagung: Der Übergang in den Ruhestand in den neunziger Jahren und danach, Frankfurt, 20.06.1996 (Schmähl)

6. Veröffentlichungen

- Gatter, J.; Hartmann, B. (1995): Betriebliche Verrentungspraktiken zwischen arbeitsmarkt- und rentenpolitischen Interessen. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 412-424
- Schmähl, W. (1994): Perspektiven der Alterssicherung in Deutschland. In: Wirtschaftsdienst, 390-395
- Schmähl, W. (1994): Changing the Retirement Age in Germany (in japanischer Übersetzung). In: International Insurance Information 45 (Osaka, Japan)
- Schmähl, W. (1994): Umbau der sozialen Sicherung im Alter? Zur Diskussion über die weitere Entwicklung der Alterssicherung in Deutschland. In: Staatswissenschaften und Staatspraxis, 331-365
- Schmähl, W. (1994): Strategien und Maßnahmen künftiger Alterssicherungspolitik in Deutschland. In: Wirtschaftsdienst, 507-514
- Schmähl, W. (1995): Perspektiven der Alterssicherung - Anmerkungen zur deutschen und internationalen Diskussion. In: Betriebliche Altersversorgung, 104-109
- Schmähl, W. (1995): Alterssicherung: Stärkung des Vorsorgecharakters. In: Bundesarbeitsblatt, 10-16
- Schmähl, W.; Gatter, J. (1994): Options for extending the working period and flexibilising the transition to retirement in German insurance industry. Current situation and assessment for the future. In: Geneva Papers on Risk and Insurance, Jg. 19, 433-471
- Schmähl, W.; George, R.; Oswald, C. (1995): Gradual Retirement in Germany. In: Delsen, L.; Reday-Mulvey, G. (Hrsg.): Gradual Retirement in the OECD Countries. Macro and Micro Issues and Policies. Aldershot, 69-93.

Unveröffentlichte Manuskripte:

- Viebrok, H. (1996): Das Arbeitsangebot im Übergang von der Beschäftigung in den Ruhestand. Eine Analyse der Arbeitsanreize durch sozialrechtliche Regelungen in der Spätphase des Erwerbslebens, Dissertation, Universität Bremen

Projektbereich D

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts D 1

Thema: Risikobiographie im historischen Wandel des Sozialversicherungssystems

Beteiligte Wissenschaftler/innen:

PD Dr. Dietrich Milles	(GA) Projektleiter
Lars Kaschke	(EA)
Monika Sniegs	(EA)

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Stand der Kenntnisse bei der Antragstellung
3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen
4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit
 - 4.1 Sozialversicherungsstatistik als Rahmenplan
 - 4.2 Sozialgeschichtliche Sattelzeit und institutionelles Lernen
 - 4.3 Institutionelle Steuerung in Sozialversicherungsverfahren
 - 4.4 Mechanismus der Leistungsversagung: das Beispiel der Neurosen
 - 4.5 Lebenslaufmanagement und Risikobiographie
5. Außenaktivitäten
6. Publikationen

1. Zusammenfassung

Die übergeordnete Frage nach Elementen von Stabilität und Wandel in der Entwicklung der deutschen Sozialversicherung wurde in der zweiten Phase des Teilprojekts D1 in zweierlei Richtung konkretisiert: Zum einen sollte die Ausdehnung des in der Unfallversicherung entwickelten Passagenmanagements auf die Invaliditäts- und Krankenversicherung, zum anderen die Anpassungsfähigkeit dieser institutionellen Steuerung im sozialen Wandel untersucht werden.

Festgestellt wurde, daß die Ausgestaltung der Statuspassage aus der Erwerbsarbeit in der Sattelzeit der deutschen Sozialversicherung nach der Jahrhundertwende auf "prozedurale" Kompetenz aufbaute. Im Mittelpunkt dieser Ausgestaltung stand ein aus der Unfallversicherung weiterentwickeltes Passagenmanagement, das eine Bedarfsregulierung als Aushandlungsprozeß von Problematikulation, behördlicher Beratung, ärztlicher Begutachtung und institutioneller Beurteilung organisierte. Das Management korrespondierte mit einer neu entwickelten versicherungsmathematischen Planungsvorgabe, deren Prognosen (Zahl der Versicherten, Invalidisierungswahrscheinlichkeit) selbst budgetierend auf sozialpolitische Leistungsgrößen wirkten.

Festgestellt wurde weiterhin, daß die Ausgestaltung der deutschen Sozialversicherung vor dem Ersten Weltkrieg der Orientierung auf industriegeellschaftliche Wachstums- und Wettbewerbsfähigkeit folgte. Die sozialintegrative Wirkung dieser Konstruktion wurde durch eine Berücksichtigung veränderter Risikolagen, vor allem aufgrund industriell organisierter Leistungsverdichtungen im mittleren Erwerbsleben, und durch eine Ausdehnung sozialer, an den Bürgerstatus gekoppelter Leistungen unterstützte. Die so verallgemeinerte Arbeiterversicherung erhielt ihre Anpassungs- und Lernfähigkeit insbesondere durch Sozialversicherungsverfahren, die in verschiedenen Verfahrensschritten und Akteursbeziehungen unterschiedliche Handlungschancen (bezogen auf Bedarf, Anspruch, Problematisierung und Regulierung) öffneten.

Im Mittelpunkt der Sozialversicherungsverfahren stand die Risikobiographie, mit der eine Bilanzierung gesellschaftlich verursachter Gesundheitsbelastungen in zeitlicher Dimension (in Lebensverlauf und sozialem Wandel) vorgenommen wurde. In der fallbezogenen Feststellung einer Erwerbsunfähigkeit wurde eine allgemeine Budgetierung der sozialen Sicherungsleistungen durch Regulierung des Anspruchs entwickelt. Diese institutionelle Logik der Verfahren nahm die Artikulation des Bedarfs auf und steuerte den Erwartungshorizont. Betroffene Arbeitnehmer, begutachtende Ärzte und Leistungsträger waren aufeinander angewiesen. Insbesondere wurden prozedurale Problemorientierungen ausgeprägt, mit denen ein tendentiell unbeschränktes Interesse an Sicherungsleistungen (weniger jedoch das "meritokratische" Interesse vor allem der Ärzte) auf solidargemeinschaftliche Leistungsfähigkeit rückbezogen wurde.

2. Stand der Kenntnisse bei der Antragstellung

In den neueren Diskussionen über den Sozialstaat Deutschland (Lampert/Bossert 1992, S.13) werden zwar die Ziele historisch aus dem gesellschaftspolitischen Bemühen abgeleitet, die ungleiche 'natürliche' Grundausstattung der Gesellschaftsmitglieder (Arbeitsvermögen als Humankapital) auszugleichen, deren ökonomische wie politische Konsequenzen abzufedern und den Zugang zu materialer Freiheit, persönlicher Entfaltung und sozialer, kultureller oder politischer Partizipation im bestimmten Maß zu ermöglichen. Im Hinblick auf die Grenzen des Sozialstaates werden veränderte Risikolagen in modernen Gesellschaften (Altersstruktur, chronische Krankheiten etc.) jedoch vor allem als Kostenproblematik diskutiert (Badura/Feuerstein 1994). Entsprechend wird die Anpassungsfähigkeit der deutschen Sozialversicherung vor allem gegenüber den angelsächsischen Einrichtungen und angesichts der anstehenden europäischen Angleichung in Frage gestellt.

Demgegenüber wird in der sozialgeschichtlichen Diskussion hervorgehoben, daß die deutsche Sozialversicherung wie kaum eine andere politisch-soziale Institution "über Krisen, Kriege, Katastrophen, über politische Umwälzungen und politisches Verderben hinweg" viele Konstruktionsmerkmale bewahrt und sich als entsprechend anpassungsfähig erwiesen hat (Hentschel 1983, S.12). Als Besonderheit wird auf eine "Tradition der Auffassung des Staats als Instrument zur Förderung der allgemeinen und individuellen Wohlfahrt" (Ritter 1986, S. 38) und damit auch zur Entschärfung des Klassenkampfes verwiesen. Mit Blick auf den politisch "bedrohlichen Bedürftigen" (Hentschel 1983, S. 12) stand der Aufbau der Sozialversicherung in enger Verbindung mit dem anderen Grundpfeiler des modernen Sozialstaates, der "Selbstregulierung sozialer Konflikte durch die betroffenen Interessen" (Ritter 1986, S. 90).

Wenn Sozialpolitik in historischer Tradition auf "Sozialversicherungspolitik" (Schmidt 1988, S. 21) eingeengt wird, dann hat dies mit der Effektivität der Sozialversicherungsverfahren, weniger mit den zunächst bescheidenen Leistungen zu tun. Die bedrohliche Bedürftigkeit konnte weniger bearbeitet werden als die angeprangerte Rechtlosigkeit. Wenn Manfred G. Schmidt den Kritikern der Sozialpolitik im Kaiserreich entgegen hält, daß sie "den sozialdefensiven Charakter der Sozialpolitik jedoch überbewertet und das in der Sozialpolitik sichtbar werdende paternalistische Herrschaftsmodell unterbewertet" hätten (1988, S. 27), so wird in dem Teilprojekt D1 gegenüber beiden Positionen der Modernisierungsgehalt der Sozialversicherung an der Ausgestaltung der Sozialversicherungsverfahren festgemacht. Sicherlich erklären einzigartige politische Bedingungen zum Ende des Jahrhunderts (effektive Staatsbürokratie, Belastung der städtischen Schichten) den

Sonderweg der deutschen Sozialpolitik, Schmidt seinerseits unterschätzt jedoch den innovativen Gehalt der Sozialintegration im Zuge nationaler Leistungsorientierung (verwiesen sei nur auf Weltmarkt- und Großmachtauseinandersetzungen im Vorfeld des 1. Weltkrieges). Als wichtigste und moderne Errungenschaft der Sozialversicherungsverfahren wurde daher im Teilprojekt D1 eine wachsende und internalisierte Leistungsbereitschaft qualifizierter Arbeitnehmer angenommen.

Die eigentlichen Verfahren innerhalb der Sozialversicherung sind bislang ebenso wenig aufgearbeitet wie die historischen Daten, die von der Sozialversicherung (Reichsversicherungsamt) jährlich zusammengestellt wurden. Einige Annahmen über das Zusammenspiel von medizinischen und juristischen Vorstellungen ergaben sich aus umfangreichen rechtsgeschichtlichen Studien zur Kausalität, aus medizinhistorischen Untersuchungen zu ärztlichen Sichtweisen und aus eigenen Vorarbeiten. Die rechtlich notwendige Annahme kausaler Zusammenhänge wurde dabei als gesellschaftlich bedingt und als normatives Steuerungselement erkannt (Barta 1983).

Die ärztliche Rolle und Sichtweise im Aufbau der Sozialversicherung wird als Problem sozialer Beziehungen gedeutet, in denen Gesundheit wissenschaftlich von einer Lebensmaxime des Bürgertums hin zu einem allgemeinverbindlichen sozialen Konstrukt entwickelt wurde (Labisch 1992).

Die institutionellen Steuerungen in der Risikogesellschaft sind vom Beginn des 19. Jahrhunderts an vor allem angesichts relativer Verarmung entwickelt worden. Der Umgang mit Unsicherheit konnte als integrative Problemabfederung organisiert werden (Evers 1993). Die Frage für das Teilprojekt D1 war, ob die integrative Wirkung der Sozialversicherung auf die angestrebten Entpolitisierung der sozialen Frage nebst entsprechender Sozialdisziplinierung betroffener Arbeitnehmer eingengt blieb.

Immerhin waren die Sozialversicherungsinstitutionen in ihrer Bedeutung für Herstellung und Durchführung allgemeinverbindlicher Entscheidungen auf den Aufbau stabiler Sozialbeziehungen (Rieger 1992) angewiesen, so daß vor allem das Verhältnis zwischen ärztlicher Professionalisierung und solidargemeinschaftlichen Interessen, aber auch die Mitwirkung betroffener Arbeitnehmer (Lüdtke 1991), wichtig wurde. Hier lag die sozialhistorische Betonung bislang vor allem auf dem Beharrungsvermögen (institutionelle Eigendynamik), der Prägekraft (Definitionsmacht) und Anpassungsfähigkeit (Umleitungs- und Verteilungsfunktion) der Institutionen (Baldwin 1990). Dieses Forschungsinteresse findet in der Geschichte der Invaliditätsversicherung einen geeigneten Gegenstand, weil die Etablierung der Rentenversicherung in der Tat einen fast übereilten "Sprung ins Dunkle" (Hentschel 1983, S. 25) darstellte.

Im Mittelpunkt sozialgeschichtlicher Fragestellungen steht der Widerspruch, daß die Entwicklung der Sozialversicherung „auf die politisch-sozialen Bedingungen für mehr Gleichheit und Verteilungsgerechtigkeit“ abzielte, während sie praktisch „eher zum Gegenteil geneigt“ (Hentschel 1983, S. 30) hat. Die Erklärungen argumentieren bislang hauptsächlich negativ: Demnach waren die Angebote sozialer Sicherung einerseits so gut, daß die im 19. Jahrhundert gewachsene Klassenspalzung entpolitisiert werden konnte, andererseits zugleich so schlecht, daß keine neuen sozialreformerischen und solidargemeinschaftlichen Grundlage für Politisierung geschaffen wurde.

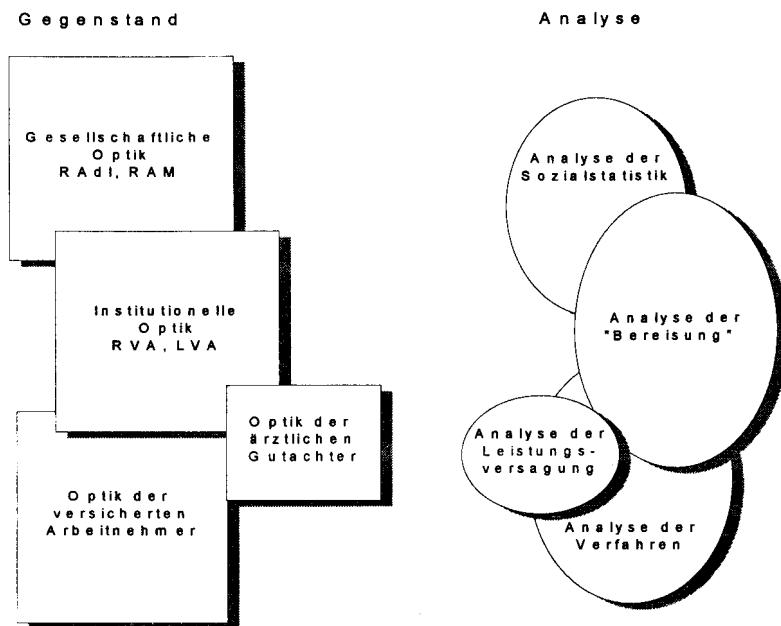
Hier setzen die Überlegung des Teilprojektes an. Die Frage wurde dahingehend konkretisiert, welche institutionelle Optik eine ausreichende Verbindlichkeit für Reichsbehörden, Versicherungsanstalten, Ärzte und Arbeitnehmer herstellen konnte. Daher war die Wirklichkeit der Problemorientierung und Problembearbeitung, d.h. die tatsächlichen Sozialbeziehungen der Akteure, v.a. im Hinblick auf die Handlungschancen der versicherten Arbeitnehmer und die gate-keeper-Funktion der Ärzte, genauer zu untersuchen.

3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen

Im Teilprojekt D1 wurde versucht, die Daten der Sozialversicherung in einer sozialgeschichtlichen Auswertung als eine makrosoziologische Rahmung der institutionellen Handlungs- und Anpassungsprozesse zu begreifen. Diese Prozesse sollten mit mikrosoziologischen Informationen über subjektive Handlungsstrategien in Invaliditätsversicherungsverfahren in Beziehung gesetzt werden, indem eine politikgeschichtliche Analyse der zuständigen Ebenen der Invaliditätsversicherung (Ortsbehörden, Landesversicherungsanstalten, Reichsversicherungsamts) durchgeführt wurde. Insofern wurde ein Methodenmix aus Dokumentenanalyse einzelner Sozialversicherungsfälle (Akten des Reichsversicherungsamtes), Policy-Analyse der „Bereisung“ der Landesversicherungsanstalten durch das Reichsversicherungsamts sowie rechnergestützten Erfassung und Auswertung der historischen Sozialversicherungsstatistik angewandt.

Die methodische Verzahnung der Projektarbeit kann folgendermaßen vorgestellt werden:

Schaubild 1: Methodisches Vorgehen



Im einzelnen wurden zunächst nach den Unfallversicherungsstatistiken (1886-1933) nun auch die Daten der Invaliditätsversicherung (1891-1933) vergleichend ausgewertet. Verfügbar sind für die Unfallversicherung über 47 Jahre für ca. 60 Berufsgenossenschaften 28 Variablen (ab 1926 zusätzlich Daten zu Berufskrankheiten), für die Invaliditätsversicherung über 42 Jahre für 31 Landesversicherungsanstalten nebst 11 Sonderanstalten 44 Variablen. Die Variablen umfassen allgemeine und fallbezogene Daten, ein Teil der aggregierten Daten liegt auch alters- und geschlechtsspezifisch vor.

Die politischen Reform- und Implementationsbemühungen konnten konzentriert anhand der "Bereisung" analysiert werden, die angesichts eines unerwarteten Rentenanstiegs um die Jahrhundertwende vom Reichsamt des Inneren ausging, vom Reichsversicherungsamt durchgeführt wurde und auf effektive Verfahren auf der Ebene der unteren Verwaltungsbehörden und begutachtenden Ärzte zielte.

Gesichert wurden im Bundesarchiv Koblenz alle Fälle, in denen Invaliditätsverfahren bis zum Reichsversicherungsamt, der höchsten juristischen Instanz gelangten.

Die Auswertung konnte damit die verschiedenen Etappen der Verfahren, vor allem das Betreiben der Verfahren durch die betroffenen Arbeitnehmer sowie die medizinischen und juristischen Argumentationslinien, erfassen.

Wie vorgesehen wurde in einer speziellen Expertise mit fachjuristischem Sachverständ ein bestimmter Ausschnitt der Problematik genauer und intensiver analysiert. Hier bot sich an, die juristischen und medizinischen Begründungen der Leistungsversagung, vor allem verbunden mit dem Begriff der Neurose, historisch vergleichend zu analysieren.

4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit

Das Teilprojekt erforscht die historische Stabilität des deutschen Sozialversicherungssystems. Im Mittelpunkt stehen die in Sozialversicherungsverfahren ermöglichten Anpassungs- und Lernprozesse institutioneller Steuerung. Diese werden - von der Unfallversicherung ausgehend - auf eine Balance multipler Identifikationen und Funktionen, vor allem von gesellschaftlichen Ansprüchen und Leistungen, von individuellen Bedarfen und Problemlagen, aber auch von Engagement der Betroffenen und Gate-keeping der ärztlichen Gutachter, zurückgeführt.

In den bisherigen Analysen stand die Sattelzeit um die Wende zum 20. Jahrhundert im Mittelpunkt. Die Sozialversicherungsverfahren in Deutschland wurden seinerzeit von der Unfallversicherung aus strukturiert, wobei die *Risikobiographie* als Bilanzierung vorzeitiger Erwerbsunfähigkeit durch die Sozialversicherung ausgeprägt wurde. Gesellschaftspolitisch war die Risikobiographie eingebettet in die Annahmen, daß mit den Instrumenten des Unfallparadigmas jeweils offenkundige soziale Härten zu bearbeiten wären, und daß für den normalen wirtschaftlich-technischen Entwicklungsgang kein besonderes Steuerungs-Instrumentarium nötig wäre.

Diese Annahme wurde durch sozialpolitisch motivierte Vorstellungen über die anzustrebende Absicherung der Arbeiterschaft (Höhe der Renten) erweitert, die durch Modellrechnungen und "fiktiven Bilanzen" erstmals in einem wirksamen Planungsrahmen konkretisiert wurden (Balance zwischen Beitragsleistungen und Rentenleistungen auf der Basis linearer Bevölkerungsentwicklung usw.). Bestimmte Planungsvorgaben wurden stabil gesetzt (z.B. Altersaufbau der Versicherten), andere flexibel gehandhabt (z.B. Heilverfahren). Die ersten verwertbaren Erfahrungen mit diesen Planungsvorgaben seit Mitte der 1890er Jahre bestätigten die Basisannahmen und zeigten regionalspezifische flexible Handlungsspielräume für die Landesversicherungsanstalten. In den weiteren Reformen der Sozialversicherung wurde jeweils dieser Zusammenhang zwischen stabilen Planungshorizonten und flexiblen Steuerungselementen unterhalb der gesetzlichen Ebene beibehalten.

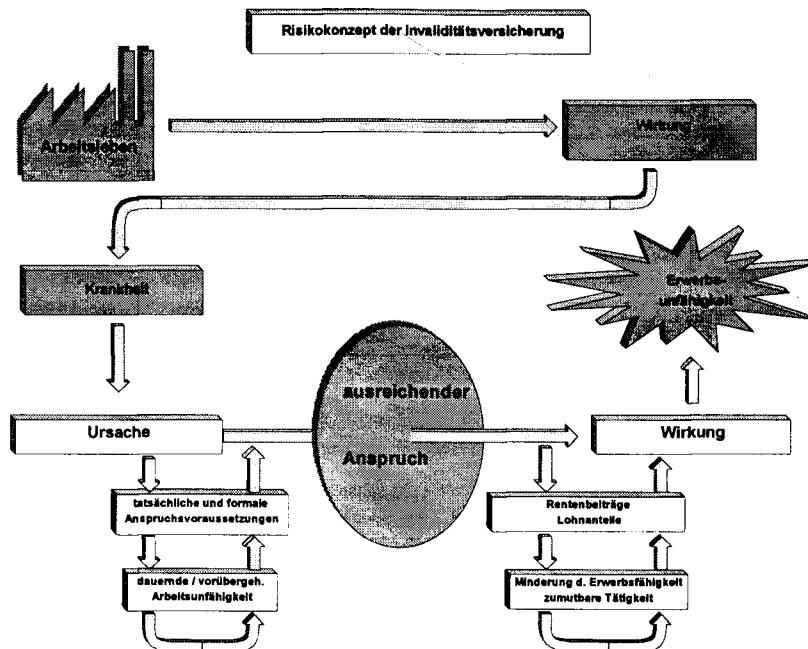
ten. Dies wiederum nutzte einer, auch regional und politisch unterschiedlichen, Berücksichtigung von Problemlagen und biographisch begründeten Bedarfen.

Um die Jahrhundertwende machten Zeitgenossen erstmals auf "Grenzen des Sozialstaates" aufmerksam und diskutierten "unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik". Was heute als globale Budgetierung diskutiert wird und als "Beitragssatzstabilität" im Sozialgesetzbuch verankert ist (Koppelung des Finanzvolumens der Versicherungsträger an die Wachstumsrate der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter) wurde seinerzeit als Regulierung der Ansprüche auf der Basis statistischer Prognosen organisiert. Die heute kritisierte formale Abkoppelung sozialstaatlicher Steuerungen vom sozialpolitischen Bedarfsziel (Kühn 1994, 20) ist geschichtlich nicht zwingend. Wenn heute in Debatten über Rationierung die Frage aufgeworfen wird, wie ein Budget bedarfsbezogen sein und das Solidaritätsprinzip stärken kann, nutzt der Blick in die Geschichte. Die Sozialversicherungsverfahren, wie sie um die Jahrhundertwende ausgestaltet wurden, ermöglichen eine solidargemeinschaftliche Budgetierung der Ansprüche vor allem über die Aushandlung der Risikobiographie.

In den Verfahren konnten seinerzeit verschiedene sozialpolitische Zielkonflikte (Lampert, Bossert 1992, S. 105ff) prozedural gelöst werden. Dies betraf vor allem die Balance zwischen rechtsstaatlichen und sozialstaatlichen Prinzipien (Teilhabe durch Freiheit oder Leistung, Gerechtigkeit oder Selbstverantwortlichkeit, Vermittlung zwischen Subsidiarität und Solidarität, Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft, Umverteilung nach Sozialstaatsgebot, Mißbrauch und/oder Verbindlichkeit von Beiträgen und Sicherungen). Allerdings erfolgte dies historisch konkret in einer Schieflage, in der die öffentlich-rechtliche Rolle der medizinwissenschaftlichen Begutachtung gegenüber Arbeitnehmerinteressen übermäßig gestärkt und andererseits rechtliche Normierungen gegenüber politischen Aushandlungen bevorzugt wurden. Die damit angedeutete historische Bürde soll in den weiteren Forschungen des Teilprojektes D1 verfolgt werden.

Die Regulierung des Anspruchs griff auf die Erfahrungen zurück, die in der Unfallversicherung gemacht wurden, indem die Kausalitätsprüfung und die Rolle der medizinwissenschaftlichen Begutachtungen in den Vordergrund gestellt wurde. So ergab sich eine doppelte Prüfung, die zugleich eine doppelte Risikolage konstituierte. Geprüft wurde zum einen in verschiedenen Schritten, ob ausreichende Ursachen (Kausalitätsprinzip der Leistungsbegründung) vorhanden sind. Wurde ein ausreichender Anspruch konstatiert, wurde in weiteren Schritten die Wirkung differenziert und auf Leistungen bezogen (Finalorientierung der Leistungszumessung).

Schaubild 2:



Die ärztlichen Gutachten waren der in der Unfallversicherung entwickelte Hebel, um das Ausmaß der Versicherungsleistungen und die präventiven Perspektiven zu kanalisieren. Die Risikobiographie, die sich in ursächlicher Vorgeschichte und qualitativem Bedarf ausweisen mußte und auf die sich Arbeitnehmer wie Versicherungsträger gleicherweise bezogen, erlaubte es, die produzierten Gesundheitsrisiken in einem individuellen Arbeitsleben nach solidargemeinschaftlichen Normierungen zu beurteilen.

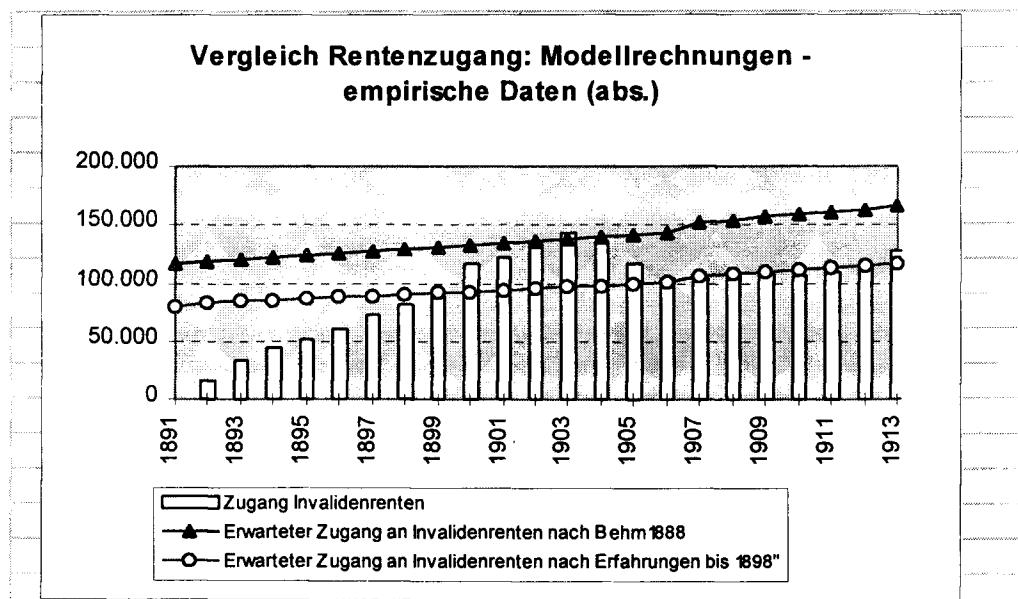
4.1 Sozialversicherungsstatistik als Rahmenplan

Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz (IuAVG) war sicherlich "das in seinen Kosten am schwierigsten zu kalkulierende und daher auch riskanteste Werk" (Ritter 1986, S. 50) im Aufbau der deutschen Sozialversicherung. Während für den Aufbau der Unfallversicherung vor allem das Kausalitätsprinzip und für die Krankenversicherung die ärztliche Leistungsdefinition von herausragender Bedeutung waren, stand im Aufbau der Invalidenversicherung von Beginn an die

Finanzierung im Mittelpunkt.

Die Leistungen der Invalidenversicherung wurden in Abwägung sozial- und finanzpolitischer Dimensionen konkret bestimmt. Das sozialpolitisch angestrebte Maß für die Absicherung der Arbeitnehmer (Regelung des Zugangs zu Versicherungsleistungen, Höhe der Leistungen) wurde zusammen mit spezifischen Rahmenvorgaben (Zahl der Versicherten, Invalidisierungswahrscheinlichkeiten) konzipiert. Die Erwartungen und Ansprüche wurden von den Behörden und Institutionen (von der Ortspolizei bis zum Reichsversicherungsamt) auf diese Rahmenvorgaben bezogen. Die Problem- und Bedarfsdefinitionen waren eingebettet in einen statistischen Planungshorizont, der mit Hilfe von Modellrechnungen, in denen die versicherungsrelevanten Rahmendaten in Form von angenommener Bevölkerungsvermehrung (1,39%) und Kostenprognosen aufgearbeitet waren, abgesteckt wurde. Die Prognosen wurden in der Implementierungsphase des Gesetzes (1892-1899) aufgrund erhobener Daten aktualisiert.

Schaubild 3:



Die Prognosen bildeten nicht nur den jeweiligen "statistischen Wissensstand" ab, sondern formten gleichzeitig erstmals eine Normalitätsvorstellung, an der die weitere institutionelle Entwicklung gemessen wurde. Sie entfalteten auf diesem Wege konkrete Gestaltungskraft und orientierten die einzelnen Ebenen der Institutionen

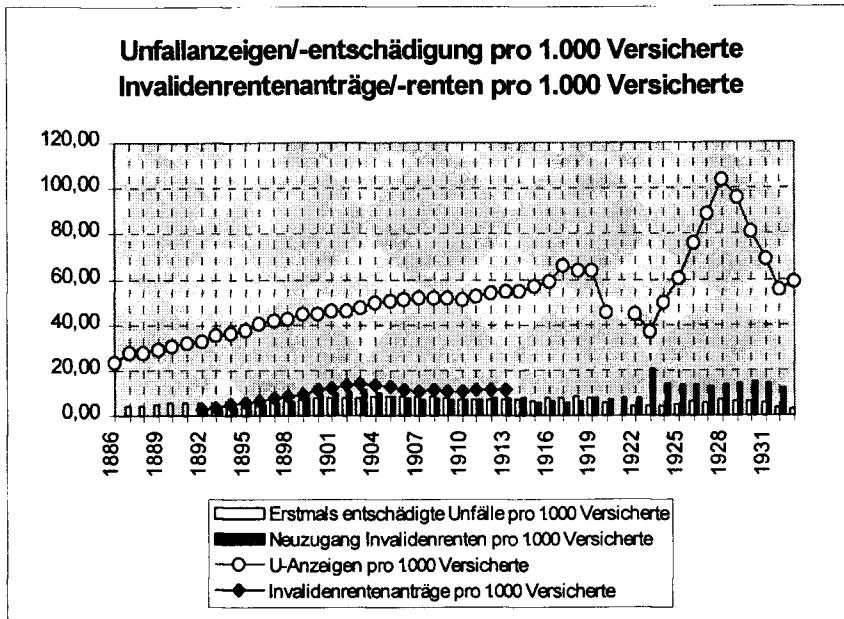
auf eine gemeinschaftliche Optik. Und sie wurden zum Interpretationsrahmen für die Effizienz der gesetzlichen Regelungen, da sie Grad und Art der Ausschöpfung des Leistungsvolumens im Rahmen der Planungsvorgaben offenbarten. Damit entwickelten sie eine Budgetierungsfunktion: Eine Überschreitung der "sicheren" Rahmenvorgaben konnte als Argumentationsgrundlage für eine kritische Überprüfung und gegebenenfalls Korrektur der Verfahrenspraxis von unteren Verwaltungsbehörden und Landesversicherungsanstalten genutzt werden. Dies war denn auch alsbald mit der "Bereisung" der Fall (s. 4.2).

Der Vergleich der nach den Prognosen erwarteten Rentenentwicklung in der IuAV mit den realen Zahlen (Schaubild 3) weist zunächst eine großzügige Spanne aus, insbesondere wenn die Ausgangsdaten nach Behm (1888) zugrundegelegt werden. Deutlich ist allerdings auch die problematische Entwicklung kurz nach der Jahrhundertwende, die Anlaß zur umsteuernden "Bereisung" gab.

Tatsächlich entwickelten sich die Anträge und Versicherungsfälle jedoch auf ähnlichem, aber deutlich niedrigerem Niveau als in der Unfallversicherung (s. Schaubild 4). Allerdings war das Verhältnis zwischen Anträgen und Bewilligungen in der Invaliditätsversicherung weitaus günstiger für die Betroffenen.

Die Entwicklung der Renteneinzugänge in der Invalidenversicherung zeigte zunächst eine Hochphase (Novellierung des IuAV) zur Jahrhundertwende wegen des erleichterten Zuganges, der verkürzten Wartezeiten und des erweiterten Begriffs der Erwerbsunfähigkeit und verlief dann ab 1907 relativ stabil. 1923 kam es wegen der gesetzlichen Integration der Altersrente zu einem deutlichen Sprung, dem eine Stabilisierung auf höherem Niveau folgte. Die Unfallversicherung ist demgegenüber weitaus deutlicher von konjunkturellen Einflüssen betroffen. So zeigen sich Brüche in der ansonsten kontinuierlichen Entwicklung jährlich neu entstehender Unfälle (Krankenfürsorge und Renten an Verletzte und Hinterbliebene) in den Kriegsjahren sowie in der Wirtschaftskrise 1929.

Schaubild 4:

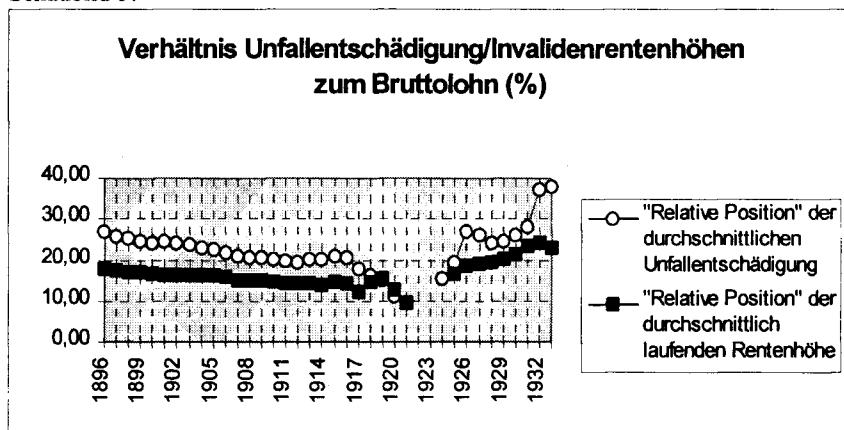


Die tatsächlichen Rentenleistungen bewegten sich auf bescheidenem Niveau, was besonders im Verhältnis zum durchschnittlichen Lohn verdeutlicht werden kann (Schaubild 5). Die erstaunliche stabilen Leistungen in der Invaliditätsversicherung, abgesehen von den Verwerfungen in Krieg und Inflation und von dem Ausbau in der Weimarer Republik, erreichten durchschnittlich niemals mehr als 25% des Bruttolohns und behielten ihre subsidiäre Logik. Deutlich wird auch die relative Verschlechterung der Unfallversicherungsleistungen, was vor allem auf längere Rentenzeiten und die entsprechende Entwertung wegen fehlender Lohnanpassung zurückzuführen ist. Doch auch in der Invaliditätsversicherung finden wir vor dem 1. Weltkrieg durchschnittlich nur eine etwa 2jährige Rentenbezugsdauer.

Als Referenzgröße wurde das "durchschnittliche Bruttoarbeitsentgelt aller Versicherten ohne Lehrlinge und Anlernlinge" (Göbel, Hohorst-Kocka) herangezogen. Für die Invalidenrente liegt bis 1920 eine Statistik der durchschnittlichen Höhe der Rentenleistungen der Neuzugänge vor. Hier wurde ein stetiger Anstieg verzeichnet, da die mit der Laufzeit der Versicherung steigenden durchschnittlich anrechenbaren Beitragszeiten direkt auf die Höhe der Renten durchschlagen. Auf der Basis der laufenden Renten und der Rentenleistungen insgesamt wurde sodann die durchschnittliche Rentenhöhe aller laufenden Renten berechnet, die im Vergleich

zum Neuzugang wegen des geringeren Niveaus der früher bewilligten Renten durchweg niedriger liegen. Die Daten der Unfallentschädigung erlauben keine Differenzierung nach Vollrente und Teilrente, weshalb die durchschnittlichen direkten Rentenleistungen der Unfallversicherung für eine dauernd völlig erwerbsunfähige Person (entsprechend der Invaliditätsversicherung) nicht zu berechnen sind. Alternativ wurde daher die durchschnittliche Höhe aller Entschädigungen pro Versicherungsfall (Krankenfürsorge und Renten an Verletzte und Hinterbliebene) errechnet.

Schaubild 5:



4.2 Sozialgeschichtliche Sattelzeit und institutionelles Lernen

Um die Wende zum 20. Jahrhundert finden wir eine zunehmende Verdichtung von Anforderungen an die menschliche Arbeitskraft. Auf dem Hintergrund Weltmarkt und Großmachtentwicklung wurde diese Verdichtung der Arbeitsanforderungen und -belastungen in die Mitte des Arbeitslebens verlagert, was wiederum eine Begrenzung des lebenslangen Arbeitens verlangte und auch ermöglichte. Die Sozialversicherungsverfahren organisierten nun eine Orientierung auf nationale Leistungsfähigkeit, die mit dem Interesse betroffener Arbeitnehmer (Teilhabe an Sicherungsleistungen) und der Solidargemeinschaft (wachsende Ressourcen für soziale Sicherung) gleicherweise konvergierten. Vor allem konnte die Arbeitsverpflichtung internalisiert und damit ein entscheidender Beitrag zur Ablösung obrigkeitlicher Herrschaftsstrukturen und gesellschaftlichen Inklusion geleistet werden. Die größere Teilhabe an industriegesellschaftlich produzierten Ressourcen konnte als Rechtsanspruch auf öffentlich organisierte soziale Sicherung verallgemeinert werden.

Die sozialgeschichtliche Einsicht, daß sich um die Jahrhundertwende "ein fundamentaler Formwandel der 'Moderne' vollzog" (Nolte, 1996, S. 283), spiegelt so vor allem das Gefühl der Zeitgenossen, daß die zuvor scheinbar unaufhaltsame Tendenz zur antagonistischen Gesellschaft und zum "großen Kladderadatsch" zum Stillstand gebracht wurde. An die Stelle gesellschaftlicher Großgruppen und Klassen traten spezifische Sozialbeziehungen zwischen Jugend, Alter, Frauen, Urbanisierung, Verberuflichung etc. im Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Individualisierung (Simmel 1903).

Die gesellschaftliche Differenzierung erforderte ein größeres Arsenal wirksamer institutioneller Steuerung. Dieses wurde mit der Jahrhundertwende um den Begriff der Erwerbsunfähigkeit aufgebaut, der zugleich auf Arbeitsverpflichtung wie auf anerkannte Passagen aus dem Erwerbsleben abhob. Deutlich sind in dem Politikprozeß jener Zeit Spannungen zwischen zentralistischen, regionalen und kommunalen Ansätzen. Untersucht werden konnten im Detail die Lernprozesse des Reichsamt des Innern und des Reichsversicherungsamtes (RVA) nach der Jahrhundertwende.

Auf dem Hintergrund der sozialstatistischen Rahmenvorgaben wurde zunächst der starke Zuwachs an Renten analysiert. Es wurden regionale Ungleichgewichte und insbesondere Mängel in dem "Eingang" zur Statuspassage festgestellt, dort, wo Rentenanträge gestellt wurden und eine wohlfahrtspolizeiliche Bearbeitung einsetzte. Die dann in Gang gesetzte "Bereisung" setzte an dem Finanzausgleich ein, der vor allem wegen der finanziellen Schieflage der LVA Ostpreußen nötig geworden war. Bei der Überprüfung der Verfahren wurden jene drei strukturellen Steuerungskriterien ausgearbeitet, die den weiteren institutionellen Entwicklungsgang prägten:

- a) Statt der bei der Gesetzgebung angenommen gleichförmigen Struktur der Versicherten in allen Regionen des Reiches wurden wirtschaftliche und demografische *Strukturschwächen* (Migration in die Stadt, Alterszusammensetzung, Wirtschaftszweige und Lohnhöhen, entsprechende Kumulation schlechter Risiken etc.) ausgemacht.
- b) War zunächst eine einfache Fortsetzung wohlfahrtspolizeilicher Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörden angenommen worden, so wurden jetzt am Beispiel teils selbstherrlicher teils unwissender Arbeit in Ostpreußen die Bedeutung von *Beratungs- und Kanalisierungsleistungen* erkannt; institutionelle Steuerung konnte dort, wo sie zunächst und zuerst mit Betroffenen zu tun hatte, teils als symbolische Politik, teils als regionalspezifische Implementierung sozialer Sicherung konkretisiert werden.

- c) Als strukturelle Logik institutioneller Steuerung konnte die *Verdächtigung* auf der Basis der Arbeitsverweigerungsvermutung und eine entsprechende restriktive Prüfung der Ansprüche stabilisiert werden (Menschenbild des "Polen" als arbeitsscheuen und begehrlichen Rentenantragstellers).

Ausgehend von dem Beispiel der ostpreußischen Verhältnisse wurden dies die wirkungsmächtigen Leitbilder für Sozialversicherungspolitik. So erfolgte Ende 1904 eine Neuordnung der Verfahren, die Ende 1908 für untere Verwaltungsbehörden und Ärzte konkretisiert wurde. Ab 1909 war das RVA in der Lage, die Entwicklung der Rentenanträge und -leistungen sehr genau zu verfolgen und schnell zu reagieren.

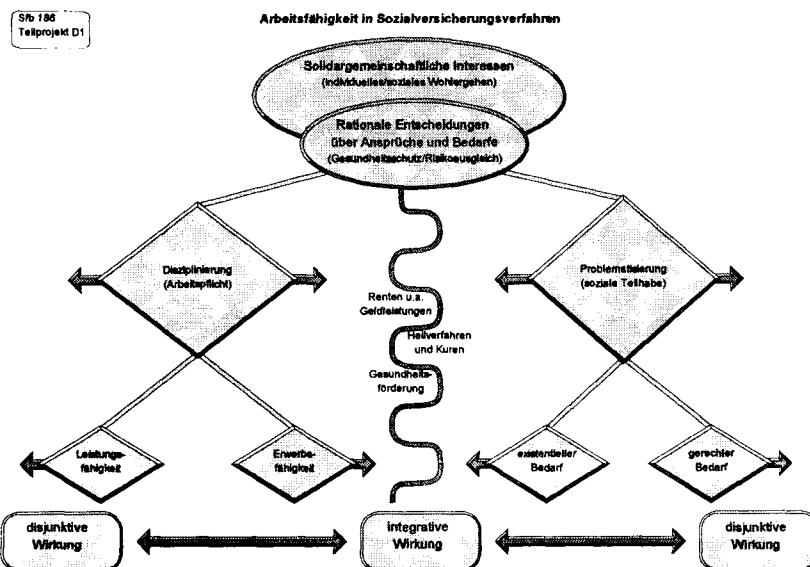
Während der "Bereisungen" untersuchten die Kommission des RVA die Entscheidungen, insbesondere die ärztlichen Gutachten, im wesentlichen mit einer Zufallsstichprobe: ca 10 beliebige Rentenfälle wurden herausgegriffen und nachbegutachtet. Hierbei wurde auf die unterschiedliche Handhabung in den verschiedenen Landesversicherungsanstalten geachtet. Insgesamt standen zwei zentrale Aspekte im Mittelpunkt des Vergleiches, die in der Bereisung Ostpreußen beispielhaft herauskristallisiert wurden und die jeweils kritische Fragestellungen implizierten:

- Verwaltungsmängel: genügt die Vorbereitung der Polizeibehörden und unteren Verwaltungsorgane, wird das Gesetz der Intention nach angewandt, wie gut ist die Beratung bei der Antragstellung, wie gut sind die Kenntnisse der wirtschaftlichen Verhältnisse, v.a. der vergleichbaren Verdienste usw.?
- Entscheidungsmängel: genügt der Beitrag der medizinischen Wissenschaft, gibt es ein klares Bild des gesunden Arbeiters, gibt es klare Kriterien für die Veränderungen der Leistungsfähigkeit, - gibt es klare Kriterien für die Verbindung von somatischen, psychologischen und qualifikatorischen Leistungsmerkmalen usw.?

4.3 Institutionelle Steuerung in Sozialversicherungsverfahren

In Sozialversicherungsverfahren wurde eine Balance von antragstellenden Arbeitnehmern und begutachtenden Ärzten als 'Risikobiographie' fortgeschrieben, die zwischen Disziplinierung und Politisierung vermittelte. Im bislang untersuchten Zeitraum von 1889 bis 1929 konnten solche institutionellen Anpassungs- und Lernprozesse festgestellt werden, die auf juristisch-ärztliche Definitionen von "Erwerbsunfähigkeit" und auf sozialpolitische Einschätzung verminderter Wertbarkeit menschlicher Arbeitskraft auf dem konkreten Arbeitsmarkt aufbauten.

Schaubild 6:



Die Anpassungs- und Lernprozesse institutioneller Steuerung waren "von unten" als Zusammenwirken von Problematikulationen und sozialpolitischen Erwartungen organisiert und als ärztlich-gutachterliche Definitionen von Leistungsminderungen und darauf bezogener verrechtlichter Ansprüche ausdifferenziert. Anpassungs- und Lernfähigkeit basierten auf polarisierenden und doch wieder integrierenden Aspekten dessen, was unter *Arbeitsfähigkeit* in der modernen Gesellschaft verstanden wurde (s. Schaubild 6): Arbeitsfähig zu sein war zum einen als Grundlage nationaler Leistungsfähigkeit konzipiert, was die Arbeitsverpflichtung voraussetzte, aber auch die Verwirklichung der Arbeitsfähigkeit als Erwerbsfähigkeit einschloß. Sie war zum anderen als gerechter Bedarf konzipiert, der eine angemessene Teilhabe an gesellschaftlicher Wohlfahrt voraussetzte, aber auch als existentiell begründeter Bedarf auf den Rahmen solidargemeinschaftlicher Möglichkeiten beschränkt blieb. Diese Spannung zwischen Disziplinierung und Politisierung, zwischen disjunktiven und integrerenden Wirkungen prägte die konkreten Aushandlungen spezifischer Sozialleistungen in Würdigung der Risikobiographie. Die 'Risikobiographie' beinhaltete auf der einen Seite die subjektive Bilanzierung gesundheitlicher Belastungen, auf der anderen Seite eine fallspezifische Abweichung normaler Lebenskurven. Diese Wahlverwandtschaft ermöglichte das Zusammenspiel von Ärzten und Juristen in den Sozialversicherungsverfahren ebenso wie eine große Akzeptanz bei den betroffenen Arbeitnehmern. Darüber hinaus

konnte um die Jahrhundertwende auf vorhandener Erfahrungsbasis das Statuspassagenmanagement deutlich verbessert werden. Im Vergleich zur Unfallversicherung waren in der Invaliditätsversicherung die ersten Schritte in der Statuspassage, vor allem die Artikulation und Antragstellung, deutlicher und gewichtiger. 8-10% aller artikulierten Bedarfsfälle wurden bereits bei der Antragstellung von unteren Verwaltungsbehörden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen, was einen anerkannt großzügigen Anerkennungsquotienten zuwege brachte. Die weiteren Stufen des Verfahrens konnten dann deutlich gegeneinander abgegrenzt und mit eigenen Aushandlungsdimensionen versehen werden. Bis hin zur letzten Instanz vor dem Reichsversicherungsamt wurde das Engagement der betroffenen Arbeitnehmer zur Ausprägung der Verfahren genutzt und sie wurden sukzessive einbezogen. Während vor dem Landesversicherungsamt und dem Oberversicherungsamt der unmittelbare Problembereich im Mittelpunkt stand, war vor dem Reichsversicherungsamt (anders als in der Unfallversicherung) schließlich vor allem die rechtliche Würdigung des Verfahrens ausschlaggebend. Hier konnte eine Problemmatisierung, die auf deutliche Lücken oder Ungerechtigkeiten der Verfahren aufmerksam machte, ebenso berücksichtigt werden, wie ein verselbständigte Pochen auf soziale Gerechtigkeit als neurotische Verirrung ausgegrenzt werden konnte.

Handlungschancen betroffener Arbeitnehmer in Sozialversicherungsverfahren

A. Antrag <u>Artikulation eines Bedarfs</u>	B. Verwaltungsbehörde /LVA <u>Regulierung des Anspruchs</u>	C. Schiedsgericht/Ober-versicherungsamt <u>Regulierungen der Problema-tisierung</u>	D. Reichsversicherungs-amt <u>Regulierungen der Verfahren</u>
Ausprägungen durch	Modifikation durch	Modifikation durch	Modifikation durch
a) Inanspruchnahme rechtlich vorgesehener Leistungen	<ul style="list-style-type: none"> • Qualität der Betroffenheit 	<ul style="list-style-type: none"> • Bestehen auf sozialer Idee der SV 	<ul style="list-style-type: none"> • innovatorische Problematisierung
b) Einforderung (sozialer) Gerechtigkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Widerspenstigkeit 	<ul style="list-style-type: none"> • sozialpolitische Konsequenz 	
c) Forderung nach biographischem Risikoausgleich	<ul style="list-style-type: none"> • Status, Erwartung 	<ul style="list-style-type: none"> • biographische Bilanzierung 	<ul style="list-style-type: none"> • psychotische Ausgrenzung
d) Hilfe bei akuter Not	<ul style="list-style-type: none"> • soziale Unterstützung, Beratung 		
Auseinandersetzung mit eigener Erwartung	Auseinandersetzung mit Urteil/Ergebnis: Akzeptanz, Widerspruch	Auseinandersetzung mit Urteil/Beurteilung Rückzug, Dramatisierung	Auseinandersetzung der eigenen mit der institutionellen Logik

Schaubild 7: Veränderungen der Handlungschancen betroffener Arbeitnehmer im Verlauf der Sozialversicherungsverfahren

Teilprojekt D1
Milles u.a.

4.4 Mechanismen der Leistungsversagung. Das Beispiel der Neurosen

Der Vorwurf des "Pensionsspekulantentum" (Tennstedt 1976, S. 449) wurde bereits mit der Gesetzesvorlage einer Invaliditätsversicherung diskutiert. Die Begehrungsvorstellungen wurden dann um die Jahrhundertwende und im Ersten Weltkrieg herausgestellt, um die Grenzen der solidargemeinschaftlichen Verantwortlichkeit zu markieren.

In einer speziellen Studie (Schimanski 1996) wurden politische, juristische und medizinische Begründungen untersucht, mit denen Sozialversicherungsleistungen versagt wurden. Beabsichtigt war, den sachlichen Kern jener institutionellen Steuerung aufzuhellen, die auf eine Ausgrenzung unangemessener Ansprüche aufbaute. Die Studie stellt in breiter Argumentation die gesetzlichen Intentionen und Gründe vor, die in den Versicherungszweigen gegen vorwerfbare Handlungen zu finden sind. Mit Schwergewicht auf System- und Charakterneurosen wird herausgearbeitet, wie sich ein geringes Vertrauen in den sittlichen Fond der Arbeiter in Maßnahmen verlängert, mit denen mißbräuchliche und simulierte Ansprüche abzuwehren sind. Mit einem bestimmten Menschenbild herausgestellt wurden Tatbestände der Trunksucht, der geschlechtlichen Ausschweifungen, der vorsätzlich herbeigeführten Krankheiten, der Raufhändel oder des Betruges. Diese Tatbestände durchbrachen das Finalitätsprinzip der Rentenversicherung und gaben dem aus der Unfallversicherung stammenden Kausalitätsprinzip Raum. Auf diesem Hintergrund konnten medizinische und juristische Denkmuster, die im Grunde erheblich divergieren, in der Feststellung rechtserheblicher Gründe für Leistungsversagungen konvergieren.

Die Studie diskutiert die einschlägige Rechtsprechung bis in die Nachkriegszeit, verfolgt die begrifflichen und sozialpolitischen Wandlungen und gab entscheidende Anregungen, die wachsende Verrechtlichung der Sozialversicherungsverfahren im gesellschaftspolitischen Wandel genauer zu überprüfen.

4.5. Lebenslaufmanagement und Risikobiographie

Wie kaum eine andere Institution in der modernen Gesellschaft waren Sozialversicherungsverfahren zwar 'Problembewältiger' und 'Problemerzeuger' zugleich, aber ersteres in weit größerem Ausmaß (M. G. Schmidt 1988, S. 209), verwirklichten also grundlegende Versprechungen des Wohlfahrtsstaates.

Die Risikobiographie war als sozialpolitische Öffnung hin zur industriellen Pathogenität, zur Haftungsproblematik und zur Schadensprävention angelegt. In der Artikulation und Begründung eines sozialpolitischen Bedarfes wurde die Risikobiographie dann aber innerhalb der Sozialversicherungsverfahren zur zusätzlichen Ri-

sikolage für betroffene Arbeitnehmer und zugleich zur Basis sekundärer Folgenabschätzung für die Versicherungsinstitutionen. Die Arbeitnehmer mußten die Last tragen, die mit der Rekonstruktion ihrer Gesundheitsgefährdungen im Lebensverlauf und auch mit der möglichen Leistungsversagung zusammenhing.

Die Versicherungsinstitutionen konnten mit der Risikobiographie nicht nur individuelle Bedarfe sondern auch die Effektivität der Leistungszuweisung und die Akzeptanz der sozialpolitischen Rahmung verfolgen. Insofern kann die Risikobiographie als Kernbestandteil institutioneller Steuerungsmechanismen begriffen werden, die ein 'Statuspassagenmanagement' für betroffene Arbeitnehmer wie für zuständige Institutionen ermöglichten.

Das Statuspassagenmanagement war an die Anerkennung der Gesundheitsgefährdung gekoppelt, die im Laufe der Zeit mehr und mehr den medizinischen Gutachten aufgebürdet wurde. Medizinische Gutachten unterstellt eine Normalität der Versichertenbiographie (Erwerbsfähigkeit des gesunden Arbeitnehmers) und erwartete Abweichungen (alters- und konstitutionsbedingte Leistungsminderungen). Bezogen auf die ärztlichen Experten konnte eine Standardisierung der Argumentationen und Beurteilungskriterien nachgewiesen werden. Wichtiges, problembezogenes Moment blieb die Antragstellung durch die Arbeitnehmer: Betroffenheit und Beharrlichkeit der Antragsteller wurden vorausgesetzt, doch Querulanz und Rentenneurose markierten eine Grenze, die gezogen wurde, damit Arbeitsverpflichtung und Problematisierung dem Zweck der Sozialversicherung untergeordnet blieben. Innerhalb dieser Grenzen entfaltete der Aushandlungsprozeß in den Verfahren ein hohes Maß an Selbststeuerung und Wirksamkeit, was die Anpassungsfähigkeit des deutschen Sozialversicherungssystems auszeichnete. Die Rolle der Ärzte als Gate-keeper an der Statuspassage in die Erwerbsunfähigkeit wurde um so stärker, je mehr die soziale Bedürftigkeit als existentielle Frage auf Gesundheit (körperliche und geistige Produktivität) zurückgeführt und als versicherungsrelevante Krankheit identifiziert wurde.

Die implizierte finale Orientierung der Arbeiterversicherung (Schutz der Erwerbsfähigkeit und Kompensation der Erwerbsunfähigkeit) insgesamt wurde zum Ende des 19. Jahrhunderts auf eine kausale Orientierung festgelegt: körperliche und geistige Schädigung (Erkrankung) muß als Ursache von Erwerbsunfähigkeit nachweisbar sein. Auf diese kausale Orientierung bezogen sich die Erwartungen der Versicherten ebenso wie die medizinisch-juristischen Entscheidungsbegründungen.

Die Arbeiten im Teilprojekt D1 zeigen, wie die kausale Orientierung zu einem flexiblen Konstruktionselement biographischer Risiken wurde. Die Konstruktion ging von betroffenen Arbeitnehmer aus, die nur durch Artikulation und Begrün-

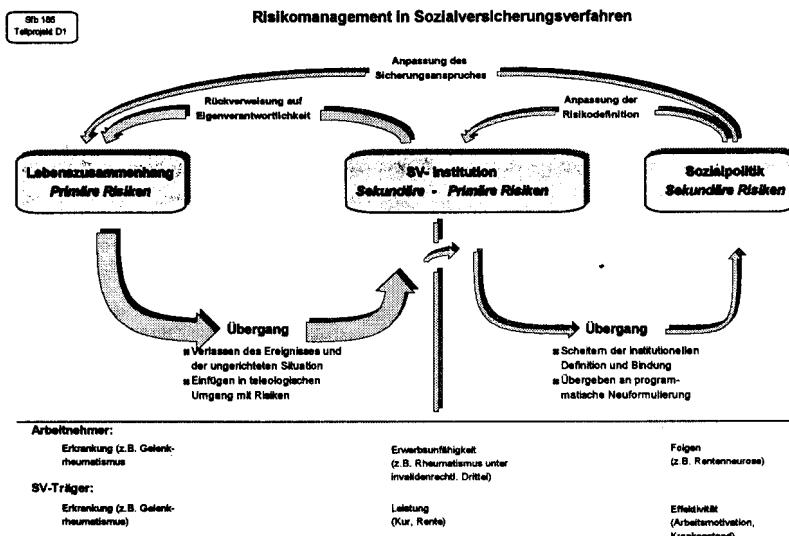
dung eines qualitativen Bedarfs in den Status des gesetzlich unterstützten Erwerbsunfähigen übergehen konnten. Das Statuspassagenmanagement bestand in einem Verfahren, an dem vor allem betroffene Arbeitnehmer nebst Vertretern und Ärzte als objektivierende Experten beteiligt waren.

Vor allem die versicherungsrechtliche Würdigung der Neurosen, konnte als wirksames Instrument des Passagenmanagements ausgeformt werden. Eine scharfe Trennung zwischen drei Problemdimensionen, die in den Sozialversicherungsverfahren unterschiedlich gehandhabt wurden, wurde entwickelt:

- “primäre Risiken”: allgemein auftretende und gesellschaftlich zu verantwortende Gesundheitsgefährdungen und -schädigungen, die im Verlaufe eines Arbeiterleben einfach vorkommen;
- “Standardrisiken” (primär-sekundäre Risiken): durch Sozialversicherung definierte und Sozialversicherungsleistungen begründende Gefährdungen und Schädigungen, die für den betroffenen Arbeitnehmer geformt (sekundär), für den Sozialversicherungsträger aber allgemeiner Ausgangspunkt (primär) sind;
- “sekundäre Risiken”: durch den institutionellen Umgang mit den Standardrisiken des Erwerbslebens entstehende zusätzliche (sekundäre) Gefährdungen und Schädigungen (wie Neurosen, aber auch bezogen auf Volksgesundheit), die einerseits Teil einer neuen, durch das Sozialversicherungssystem geschaffenen Wirklichkeit, andererseits zusätzliche Einschätzung der Effektivität der sozialen Sicherung sind.

In den Sozialversicherungsverfahren konnte ein zusätzlicher Anpassungs- und Bewertungsmechanismus installiert werden, insofern die sekundären Risiken als Probleme sozialpolitischer Effektivität erkennbar wurden. Wenn die Diskrepanz zwischen Erwartung und Leistung nicht mehr von einer einfachen Verfahrenslegitimation gedeckt wird, wenn die Legitimation durch Verfahren selbst in Spannung gerät, dann ist dies ein Signal für Anpassungsprobleme. Die besondere Leistungsfähigkeit der Sozialversicherungsverfahren bestand nun darin, daß sie in einem bestimmten Rahmen die Normalitätsannahmen und die Verfahrensregeln in ihrer sozialpolitischen Wirksamkeit beurteilen und gegebenenfalls die Verfahren selbst modifizieren konnten (Selbstregulation, Selbstevaluation).

Schaubild 8:



So bleibt in den Forschungen des Teilprojektes vor allem die Frage offen, welche Veränderungen die Sozialversicherungsverfahren selbst unter unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Bedingungen oder aufgrund eigener Entwicklungsdynamik erfuhr. Wenn angenommen werden soll, daß "der Ausbau der sozialen Sicherung kontinuierlich - weitgehend unabhängig vom Typ des politischen Regimes" verläuft (Schmidt 1988, S. 32), dann wäre die Lern- und Anpassungsfähigkeit der institutionellen Steuerungen im sozialen Wandel zu prüfen.

5. Außenaktivitäten

Im Teilprojekt D1 arbeiten drei Wissenschaftler auf 1,5 Stellen. Nach der ersten Projektphase stand in der vorigen Phase vor allem die theoretische und empirische Konsolidierung der Arbeiten im Vordergrund. Neben einigen Vorstellungen der sozialgeschichtlichen Grundlagen waren die Arbeiten nicht auf eine Außendarstellung orientiert. Die Außenaktivitäten konzentrierten sich vielmehr auf engere Kooperationen und Arbeitstreffen, in denen die sozial- und medizinhistorischen Hypothesen entwickelt wurden.

Die medizingeschichtliche Kooperation hat für das Teilprojekt eine besondere Bedeutung, weil die Universität Bremen keine medizinische Fakultät und entspre-

chende Kompetenz hat. Die bestehende Zusammenarbeit mit Esteban Rodriguez-Ocaña (Universität Granada), Paul Weindling (Wellcome Unit Oxford), sowie Alfons Labisch, Institut für Geschichte der Medizin, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, wurden ausgebaut. Die Arbeitstreffen zu historisch und international vergleichenden Ansätzen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte wurden in Liverpool und Bremen mit Robert W. Lee fortgesetzt. Medizinsoziologische und gesundheitspolitische Arbeitstreffen wurden mit Anton Kerkhoff (Universiteit Twente/Enschede) durchgeführt. Hervorgehoben werden soll die Kooperation (Anson Rabinbach, Princeton, Jakob Tanner, Bielefeld), die sich speziell mit den theoretischen Übernahmen biologischer Argumentationszusammenhänge in sozialwissenschaftliche Erklärungen in der Geschichte beschäftigt. Dies bezieht sich sowohl auf allgemeine physiologische Konzepte, als auch auf spezielle Probleme, wie die der körperlichen Leistungsfähigkeit bis hin zu Ernährungsfragen.

Referat zur Tagung "Stadt, Krankheit und Tod. Städtische Gesundheit während der Epidemiologischen Transition" vom 21.-23-3-1996 im Institut für Geschichte der Medizin der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Beitrag Lars Kaschke zur Konferenz "Reactions to the Beginnings of Modern Social Policy in Europe" vom 15.-20.4.1996 in Tampere, Finnland

6. Publikationen

- Milles, Dietrich (Hrsg.) (1992): Betriebsärzte und produktionsbezogene Gesundheitspolitik in der Geschichte. Bremerhaven
- Milles, Dietrich (1993a): Das Unfallparadigma in der Entwicklung des Berufskrankheitenkonzepts. In: Kaupen-Haas, H.; Rothmaler, Ch. (Hrsg.): Sozialhygiene und Public Health. Kontinuitäten, Brüche, Dilemmata. Bd.2: Industrielle Pathogenität und Krankheit. Frankfurt/M., 15-28
- Milles, Dietrich (Hrsg.) (1993b): Gesundheitsrisiken, Industriegesellschaft und soziale Sicherungen in der Geschichte. Bremerhaven
- Milles, Dietrich (1993c): Institutionalisation and medical viewpoints in industrial societies. An historical introduction. In: Dynamis Vol. 13, 19-28
- Milles, Dietrich (1993d): Medical Opinion and Sociopolitical Control in the Case of Occupational Diseases in the late Nineteenth Century. In: Dynamis Vol. 13, 139-153
- Milles, Dietrich (1993e): "Biographische Medizin" und Gutachtermedizin in der Geschichte der Berufskrankheitenverfahren. In: L. Leisering, B. Geissler, U. Mergner; U. Rabe-Kleberg (Hrsg.): Moderne Lebensläufe im Wandel. Weinheim, 249-270
- Milles, Dietrich (1993f): Akuter Fall und gesichertes Wissen. Konstruktion der Berufskrankheiten in der deutschen Geschichte. Habilitationsschrift Bremen

Teilprojekt D1

Milles u.a.

- Milles, Dietrich (1994a): Gewerbehygienische Aufgaben in der Geschichte arbeitsmedizinischer Professionalisierung. In: R. Müller; Th. Schulz (Hrsg.): BetriebsärztInnen im Handlungsfeld betrieblicher Politiken. Chancen und Dilemmata beim Gesundheitsschutz.- Bremerhaven, S. 9-61
- Milles, Dietrich (1994b): Geschichte der Toxikologie. Eine Einführung. In: H. Marquardt; S. Schäfer (Hrsg.): Handbuch der Toxikologie. Mannheim, 5-14
- Milles, Dietrich (1994): Abnahme der Krankheiten durch Zunahme der Zivilisation? Modernisierung, Verelendung und Sozialbiologie in der Geschichte. ZeS-Arbeitspapier 10/94
- Milles, Dietrich (1995a): Capacity of work as the burning of calories. The history of the rational physical economy. In: H. Kamminga; A. Cunningham (eds.): The Science and Culture of Nutrition. Amsterdam, 75-96
- Milles, Dietrich (1995b): Risikobiographie und historischer Wandel des Sozialversicherungssystems. In: Sfb-report Nr.4, 6-11
- Milles, Dietrich (1996a): What are Occupational Diseases? Risk and the concept of risk in the history of industrial medicine. In: R. Cooter; B. Luckin (eds.): Accidents in History. Injuries, Fatalities and Social Relations. London
- Milles, Dietrich (1996b): Statt Gesundheit - Gewerbehygiene als "Verpackungskunst". In: J. Vögele (Hrsg.): Stadt, Krankheit und Tod. Städtische Gesundheit während der Epidemiologischen Transition. Frankfurt/M. (im Erscheinen)
- Milles, Dietrich (1996c): Physiologische Grundlegung ärztlicher Begutachtung. In: Ph. Sarasin; J. Tanner (Hrsg.): Physiologie und Industrielle Gesellschaft. Frankfurt/M. (im Erscheinen)

Unveröffentlichte Ergebnisse:

- Kaschke, Lars (1996a): The Insured in the Disability Insurance in Imperial Germany. Dissociation or Integration? Paper, presented at the Conference "Reactions to the Beginnings of Modern Social Policy in Europe, 15.-20.4.1996 in Tampere, Finnland
- Kaschke, Lars (1996b): Kommission für "Rentenquetsche"? Die Rentenverfahren in der Invaliditätsversicherung und die "Bereisung" der Landesversicherungsanstalten 1901-1911. Arbeitspapier
- Kaschke, Lars (1996c): Integration durch Verfahren. Problembearbeitung in Sozialbeziehungen der Invaliditätsversicherung im Wilhelminischen Reich. Arbeitspapier
- Sniegs, Monika (1996): Die Gestaltungskraft der Prognose. Die Modellrechnung in der Invaliditäts- und Altersversicherung 1891-1912. Arbeitspapier Bremen
- Kascke, Lars; Sniegs, Monika (1996): Historische Daten der Invaliditäts- und Unfallversicherung in Deutschland. Eine statistische Auswertung. Bremen

Schimanski, Werner (1996): Vorwerfbarkeit und Leistungsversagen. Historisch-vergleichende Studie zur politischen, juristischen und medizinischen Begründung der Leistungsversagung wegen vorwerfbaren Handlungen in Kranken-, Unfall-, Kriegsopfer- und Entschädigungsverfahren, unter besonderer Berücksichtigung der Neurose. Arbeitspapier Bremen

Milles, Dietrich (1996): Budgetierung des Anspruchs. Institutionelle Steuerungen und Lernprozesse in der Geschichte der deutschen Sozialversicherung. Arbeitspapier Bremen

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts D3

Thema: Sozialhilfekarrieren III:
Sozialhilfedynamik im gesellschaftlichen Strukturwandel

Beteiligte Wissenschaftler/innen:

Prof. Dr. Stephan Leibfried	(GA) (Projektleiter)
PD Dr. Wolfgang Voges	(GA) (Projektleiter)
PD Dr. Lutz Leisering	(GA)
Dr. Petra Buhr	(EA)
Dr. Monika Ludwig	(EA)
Dipl. Soz. Andreas Weber	(EA)

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragstellung
3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen
4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit
 - 4.1 Überprüfung des dynamischen Ansatzes
 - 4.2 Analyse sozialen Wandels
 - 4.3 Ost-West-Vergleich
 - 4.4 Policy-Analysen
 - 4.5 Soziologische Theorie
5. Außenaktivitäten
 - 5.1 Vorträge u.a.
 - 5.2 Beiträge zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit
 - 5.3 Journalistische Reaktion
 - 5.4 Politikberatung
6. Schriften (nur laufende Berichtsperiode)
 - 6.1 Veröffentlichungen
 - 6.2 Unveröffentlichte Manuskripte

1. Zusammenfassung

Der dynamische Ansatz der Armuts- und Sozialhilfeforschung wurde anhand erweiterter Daten fortentwickelt. Die drei im Antrag gesetzten Forschungsziele wurden im wesentlichen erreicht: 1. Überprüfung der bisherigen Ergebnisse: Die neueren Ergebnisse zeigten, daß sie zu den Ergebnissen aus der ersten Antragskohorte in Kontinuität stehen, und somit die ältere Zugangskohorte zur Sozialhilfe kein Ausreißer war. 2. Sozialer Wandel: Der Vergleich der neueren mit der älteren Zugangskohorte (90er vs. 80er Jahre) brachte einen Wandel der Sozialhilfeklientel an den Tag (maßgeblicher Anteil von Zuwanderern in der neuen Kohorte), zeigte aber auch eine durchschnittliche Abnahme der Bezugsdauer in der Sozialhilfe, die den vorherrschenden Annahmen widerspricht. Beide Ergebnisse sind neu in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion. 3. Der Ost-West-Vergleich mit dem Kooperationsprojekt YE2 in Halle/Saale erbrachte einerseits Ähnlichkeiten (kurze Bezugszeiten) und andererseits spezifische Unterschiede (Sozialhilfe wird im Osten seltener als Mittel biographischer Planung eingesetzt).

Darüber hinaus wurden anlässlich der laufenden Reform des Bundessozialhilfegesetzes Beiträge zur Politikforschung geleistet (Deutungsmusteranalyse, Wirkungsforschung, Policy-Analyse). Hinzu kamen substantielle Beiträge zur allgemeinen soziologischen Theorie (Karrierebegriff, Lebenslauf und Institution, Individualisierung/Risikogesellschaft). Die Ergebnisse sind in 3 Monographien, 1 Sammelband (sowie 3 weiteren in Arbeit befindlichen Sammelbänden) und in über 50 Aufsätzen dokumentiert. Andere Autoren haben mehrfach in wissenschaftlichen Zeitschriften zu Ergebnissen der Projektarbeit Stellung genommen. Hinzu kommen zahlreiche Beiträge in überregionalen Medien (Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen) sowie politikberatende Tätigkeiten der Projektmitglieder. Vertiefend konnte ein internationaler Vergleich von Sozialhilfedynamiken USA - Deutschland anhand angeglichener Verlaufsdatensätze durchgeführt werden.

2. Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragstellung

Stand bei der letzten Antragstellung: Das Teilprojekt hat einen dynamischen Ansatz in die deutsche Armutsforschung eingeführt, sowohl den in quantitativen als auch in den qualitativen Analysen zur Sozialhilfeforschung. Die ersten Ergebnisse - daß Armut und Sozialhilfebezug häufig nur vorübergehend sind und daß Arme handlungsfähiger sind als bisher angenommen - hat zu einer kleinen Revolution in der deutschen Armutsforschung sowie in der sozialpolitischen Armutsdiskussion geführt. Bundesweite Ergebnisse zu Einkommensarmut auf der Grundlage

des Sozioökonomischen Panels (SOEP) haben diese Ergebnisse in ihren Grundtendenzen bestätigt. Datenbasis war ausschließlich ein 10%-Sample der Neuzugangskohorte 1983 zur Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt) der Stadt Bremen.

Fragestellung bei der letzten Antragstellung: Drei Fragen bzw. Themen standen im Vordergrund: 1. die Analyse neuer Zugangskohorten zur Sozialhilfe (1989, 1995) zwecks Überprüfung des dynamischen Ansatzes (Absicherung der aus der Antragskohorte 1983 gewonnenen Ergebnisse) sowie der Analyse "jüngerer" Antragskohorten. Das Antragsjahr 1989 der zweiten Antragskohorte ist das letzte Jahr der alten BRD. Die Zugangskohorte 1995 wird qualitativ interviewt, wodurch "Echtzeit -" statt der bisher verwendeten retrospektiven Interviews möglich werden. 2. Analyse und Erklärung des Wandels sozialer Problemlagen von den 80er zu den 90er Jahren anhand eines Vergleichs der Zugangskohorten 1983 (beobachtet bis 1989) und 1989 (beobachtet bis 1994). Insbesondere ist zu prüfen, inwieweit sich die Arbeitsmarktentwicklung, die Globalisierung der Wirtschaft, die zunehmende soziale Ausgrenzung, Sozialabbau und evtl. Veränderungen der Wohlfahrtskultur soziale Problemlagen in den 90er Jahren verändert haben. 3. Ost-West-Vergleich (Kooperation mit Teilprojekt YE2, Halle/Saale): Wie unterscheiden sich Sozialhilfeverläufe in Ost- und Westdeutschland, sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht?

3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen

Die Untersuchung konnte entsprechend der Ankündigungen durchgeführt werden, zusätzlich erweitert um Policy-Analysen. Anlaß hierfür war die im Berichtszeitraum laufende Reform des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG), zu der die Forschung des Teilprojekts aufgrund ihrer wirkungsanalytischen Aspekte einen Beitrag geliefert hat. Projektleiter und -mitarbeiter wurden direkt als Politikberater herangezogen.

Es wurde die geplante quantitative Aktenerhebung des Neuzugangs 1989 durchgeführt mit anschließenden Verlaufsanalysen. In Form einer Kohortenanalyse wurden die Zugangsjahrgänge 1983 und 1989 verglichen. Die Durchführung der leitfadengestützten problemzentriert-narrativen biographischen Interviews (1. Welle des qualitativen Panels) verzögerte sich um ein dreiviertel Jahr, da sich die Absprachen mit dem zwischenzeitlich privatisierten Rechenzentrum der

Bremer Sozialverwaltung schwieriger als zuvor gestaltete. Es wurden 79 Interviews mit Neuzugängen zur Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt) im Jahre 1995 durchgeführt und zu jedem Interview ausführliche Postskripte erstellt. Für die Auswertung wurde ein "Regelwerk" konzipiert. In der laufenden Auswertung stehen Fallanalysen, Fallvergleiche und Typenbildung nach dem von Monika Ludwig modifizierten Ansatz von Uta Gerhardt im Mittelpunkt. Ferner fanden regelmäßige Arbeitstreffen mit dem Kooperationsprojekt YE2 statt.

4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit

Da im Berichtszeitraum umfangreich publiziert wurde, kann sich der folgende Überblick auf eine Skizze der Ergebnisse anhand der vorliegenden Publikationen beschränken. Im einzelnen wurden vorgelegt: 3 Monographien (Leibfried/Leisering u.a. 1995, Buhr 1995, Ludwig 1996), mehr als 50 Aufsätze, 1 Sammelband (Zwick 1994) sowie 3 in fortgeschrittenem editorischen Zustand befindliche Sammelbände (Leisering/Walker 1997, Voges 1996, Voges/Duncan 1997) und 1 weitere, ebenfalls in fortgeschrittenem Zustand befindliche Monographie (überarbeitete Übersetzung von Leibfried/Leisering u.a. 1995, Cambridge University Press 1997).

Die folgende Darstellung folgt den drei unter Ziffer 2 formulierten Fragen zum Zeitpunkt der letzten Antragstellung. Darüber hinaus wurden Beiträge zur Policy-Forschung geleistet sowie zur soziologischen Theorie (Punkte 4.4 und 4.5 der folgenden Darstellung). Zudem wurde die erste Frage (Prüfung und Absicherung des dynamischen Ansatzes) umfassender bearbeitet als nur durch Analyse einer neuen Zugangskohorte, nämlich durch einen internationalen Vergleich BRD - USA sowie durch weitere Analysen auf Grundlage der alten Daten, vor allem in Hinblick auf die Rolle der Familie.

4.1 Überprüfung des dynamischen Ansatzes (Absicherung der bisherigen Ergebnisse)

Analyse der neuen Zugangskohorte (1989, beobachtet bis 1994) (Buhr/Weber 1996, Ludwig/Leisering/Buhr 1995, Weber 1996): Entsprechend unseren Hypothesen über verzeitlichte Armut in einer sich individualisierenden Gesellschaft, aber gegenläufig zu den überwiegenden Annahmen fortschreitender sozialer Aus-

grenzung im sozialpolitischen und wissenschaftlichen Diskurs zeigte sich, daß sich die Dauer des Sozialhilfebezugs in der neuen Zugangskohorte gegenüber der Älteren geringfügig verkürzt hatte, Kurzzeitfälle also zugenommen haben. Diese Ergebnisse bestätigen die bisherigen Erkenntnisse aus dem Zugangsjahr 1983. Unerwartet war der Wandel der Klientel, der sich durch einen hohen Anteil von Zuwanderern (Übersiedlern, Aussiedlern und Asylsuchenden) beim Neuzugang 1989 niederschlägt. Rechnet man diese Klienten heraus, so ergibt sich für die verbleibenden "ansässigen" Hilfebezieher, daß die Dauer des Hilfebezugs von den 80er auf die 90er Jahre geringfügig gestiegen ist. Auch beim neuen Zugangsjahrgang trafen wir auf viele "Wartefälle", also auf politisch verursachten Sozialhilfebezug in Folge verzögerter Auszahlung vorgeordneter Leistungsträger. Die qualitative Analyse der Zugangskohorte 1995 weist auf neue Problemlagen der 90er Jahre hin: schwierige Arbeitsmarktlagen auch für Höherqualifizierte, zunehmende Schuldenbelastung, die Integration von Aussiedlern und die Armutsgefährdung der unteren und mittleren Mittelschicht ("prekärer Wohlstand"). Der Aussiedler könnte der wichtigste transitorische Typ der 90er Jahre sein. Dabei zeichnen sich bereits aktiver und passiver Einstellungen der Betroffenen zu ihrer Integration in die bundesrepublikanische Gesellschaft ab.

Internationaler Vergleich (Duncan/Voges 1996, Duncan/Voges/Hauser 1994, Duncan/Voges u.a. 1994, Leibfried/Wiseman 1995): Es handelt sich um die ersten Vergleiche von Sozialhilfedynamik in westlichen Ländern. Voges und Duncan (1996) konnten anhand vergleichbarer Verlaufsdatensätze zeigen, daß generösere Wohlfahrtsregime (hier: der bundesdeutsche Sozialstaat im Vergleich zum amerikanischen) nicht notwendig zu längeren Bezugszeiten in der Sozialhilfe führen.

Vertiefende Analysen der älteren Daten: Sozialhilfeempfänger sind nicht nur Empfänger von Sozialhilfe, sondern haben einen komplexen "Einkommens- bzw. Wohlfahrtsmix" (Leisering 1996a). Qualitative Analysen deuten darauf hin, daß ein solcher "Einkommensmix" häufig Zeichen von Aktivität und einer Ausstiegsoorientierung ist. Insgesamt konnte erneut die bestehende Heterogenität und Handlungsfähigkeit von Sozialhilfeempfängern nachgewiesen werden. Weitere Analysen galten spezifischen Verarmungsrisiken in Folge familialen Wandels (Voges 1994, 1995, Voges/Ostner 1995, Ostner/Voges 1995, Voges/Buhr/Zwick 1996).

Die Doktorarbeiten von Buhr und Ludwig wurden zwecks Buchpublikationen wesentlich überarbeitet (Buhr 1995 mit Schwerpunkt auf quantitative Analysen der Verzeitlichung von Sozialhilfebezug, ergänzt um qualitativ-biographische Analysen; Ludwig 1996 mit Schwerpunkt qualitative Analysen von Sozialhilfe- "Karrieren", über die Zeiten des Sozialhilfebezugs hinausreichenden Lebenslauf-Analysen, Analyse von Bewältigungshandeln [Coping] im institutionellen Kontext sowie handlungstheoretischer typisierender Analyse nach Uta Gerhardt). Qualitative Analysen zur biographischen Bedeutung der Sozialhilfe und zum Umgang der Empfänger mit ihrer Lebenssituation wurden auch in anderer Form veröffentlicht (Buhr/Ludwig 1994, Ludwig/Leibfried 1995).

Synthetisierende Darstellungen: Die quantitativen wie die qualitativen Ergebnisse wurden in Leibfried/Leisering u.a. 1995 systematisch monographisch dargestellt und dabei in einen historischen, sozialpolitischen, soziologischen und lebenslauf-theoretischen Kontext gestellt (zu spezifischen Beiträgen zur soziologischen Theorie s.u., Punkt 5). Weitere synthetisierende Beiträge (Aufsätze): Leibfried/-Leisering 1994 (Beitrag zur ZEIT), Buhr/Leisering/Leibfried 1994 (Beitrag zur FRANKFURTER RUNDSCHAU), Buhr 1995 (synthetisierende Darstellung unter dem Aspekt der Wirkungsanalyse der Sozialhilfe) und Ludwig/Leisering/Buhr (1995, mit einer zusammenfassenden Antwort auf die zahlreichen Kritiken an der Forschung des Projekts).

4.2 Analyse sozialen Wandels (Buhr/Weber 1996, Buhr/Leibfried/Leisering 1996, Leisering 1996b)

Die Erklärung des Wandels sozialer Problemlagen in bezug auf die Entwicklung und evtl. Dauer von Sozialhilfebezug erwies sich als schwierig. Gängige Erklärungsmuster, die aus der Arbeitsmarktentwicklung und den Kürzungen im Sozialbereich eine Tendenz zu sozialer Ausgrenzung ableiten, erwiesen sich bisher als unbefriedigend, da die Bezugsdauern in der Sozialhilfe von den 80er auf die 90er Jahre abgenommen und nicht zugenommen haben. Allerdings ist auch die Erklärungshypothese zunehmender Verzeitlichung in Folge einer Individualisierung zu relativieren, denn bei der "ansässigen" Sozialhilfeklientel (also Bürger deutscher Nationalität sowie seit längerem hier lebender Ausländer) ist durchaus ein geringfügiger Anstieg bei der Bezugsdauer festzustellen. Schließlich erklären beide Inter-

pretationsmuster nicht die unerwartet starke und neue Rolle, die Zuwanderer (Asylsuchende und Aussiedler) in der Sozialhilfe spielen.

Insgesamt ergibt sich in vielfacher Hinsicht eher ein Nicht-Wandel statt eines Wandels von den 80er zu den 90er Jahren. Nicht-Wandel ist aber ebenso erklärungsbedürftig wie Wandel. Zum anderen erweist sich Wandel bei differenzierter Sicht auf einzelne Problemgruppen und soziodemographische Merkmale als heterogen: Bezuglich verschiedener Teildimensionen der Zeitlichkeit von Sozialhilfebezug und bezüglich unterschiedlicher Untergruppen der Klientel gibt es gegenläufige Trends. Insgesamt sprechen die Ergebnisse gegen einfache "Trend-Theorien" (Karl Ulrich Meyer), so daß weitere Analysen in der kommenden Antragsphase erforderlich sind.

4.3 Ost-West-Vergleich (Leisering/ Mädje 1996, Leibfried/Leisering u. a. 1995, Kapitel 7)

Stärker als erwartet lag der Schwerpunkt der Kooperation mit Teilprojekt YE2 in Halle/Saale in der Beratung und Mitwirkung bei der Erzeugung einer quantitativen Datenbasis. Zum einen erwiesen sich die administrativen Bedingungen im Sozialamt vor Ort als besonders schwierig. Schon die Herstellung einer Grundgesamtheit für die Stichprobenziehung erforderte einen erheblichen Arbeitsaufwand. Sodann mußte das komplexe Erhebungsinstrumentarium, das in den letzten Jahren im Projekt D3 entwickelt worden war, systematisch auf die Verhältnisse in Halle übertragen werden. Als Ergebnis dieser Vorarbeiten ist eine umfassende Vergleichbarkeit der quantitativen Aktendaten gewährleistet. Die Beratung und Mitwirkung erfolgte sowohl durch wechselnde Arbeitstreffen der Forschungsteams in Bremen und Halle als auch durch Arbeit vor Ort einzelner Mitarbeiter bei der Konzeption, Erhebung und Auswertung in Halle.

Was die qualitative Forschung angeht, so konnten aufgrund der verzögerten Erhebung im Projekt D3 die komparativen Auswertungen Bremen/Halle noch nicht abgeschlossen werden. Erste Analysen deuten daraufhin, daß die Lebensgestaltungswünsche weniger von Bedeutung sind als im Westen. Sozialhilfe ist bei den meisten Befragten eine nachrangige Leistung. Der Stellenwert der Berufsaarbeit als vorrangige Form der Existenzsicherung ist weitgehend ungebrochen, und die gegenwärtige Situation wird überwiegend als nicht selbst verschuldet empfunden,

sondern ausgelöst durch den Übergang in eine marktwirtschaftliche Ordnung. Ebenso wie im Westen wird Sozialhilfeempfang als unproblematischer angesehen, wenn Sozialhilfe von vornherein als Übergangs-phase wahrgenommen wird.

Parallel wurde bereits eine theoretische und historische Rahmung der Verlaufsanalysen in Bremen und Halle geleistet. In der Perspektive des Armutsbegriffs von Georg Simmel konnte ein beziehungssoziologischer neuer Zugang zur Erfassung von Armut im vereinten Deutschland gewonnen werden, bei dem drei Schichten von Armut unterschieden werden (kollektive Armut, individuelle Armut, institutionell bearbeitete Armut; Leisering/Mädje 1996). Gesellschaftsgeschichtlich wurde herausgearbeitet, daß bereits in der DDR ein erhebliches Armutspotential bestanden hat und daß die Zunahme der Armut infolge der Vereinigung durch mehrere Faktoren zu relativieren ist (Leibfried/Leisering u. a. 1995, Kap. 7).

4.4 Policy-Analysen

Es wurden zahlreiche Beiträge geleistet zur Analyse der laufenden Debatte zur Reform des BSHG, zu allgemeinen Fragen der Armut- und Sozialpolitik sowie zu Deutungsmustern im sozialpolitischen Diskurs.

Sozialhilfereform: Aus der dynamischen Sozialhilfeforschung ergeben sich Folgerungen für die Sozialhilfereform, insbesondere aus den Befunden, daß dauerhafte Abhängigkeit von Sozialhilfe ein seltener Fall ist und daß bei den Hilfebedürftigen ein hohes Aktivitätspotential vorliegt, das politisch aufgegriffen werden kann (Leibfried/Leisering 1995). Die Forschung des Projekts ist unmittelbar eine Wirkungsanalyse der Sozialhilfe. Ferner wurde eine konkrete Analyse des laufenden Diskurses zur Sozialhilfereform vorgelegt (Leisering/ Leibfried 1995; gekürzt als Leibfried/Leisering 1995 in DIE ZEIT) sowie dessen politikgeschichtlicher, vergessener Hintergrund beleuchtet (Buhr 1995). Schließlich wurde aus den drei Haupttypen der qualitativen Analyse von Sozialhilfekarrieren - verfestigte Armutskarrieren, sozialstaatlich normalisierte Armutskarrieren, optimierte Armutsbewältigung - ein Konzept eines differentiellen und neuen sozialpolitischen Umgangs mit Armut innerhalb und außerhalb der Sozialhilfe abgeleitet. Diese drei Typen entsprechen unterschiedlichen individuellen Problemlagen, unterschiedlichen Handlungstypiken der Betroffenen sowie unterschiedlichen Defiziten und daraus

abgeleiteten Änderungsbedarfen vorliegender sozialpolitischer Maßnahmen. (Ludwig 1995 a, 1996). Ferner wird ein Sammelband zur Sozialberichterstattung erstellt (Voges 1996).

Deutungsmuster im sozialpolitischen Diskurs: Zahlreiche Arbeiten zielen darauf ab, vorherrschende Mythen in Bezug auf Sozialhilfe und Vorurteile gegenüber Sozialhilfeempfängern zu widerlegen, insbesondere was die Wirkungsweise der Sozialhilfe angeht, die Zusammensetzung ihrer Klientel und die Dauer des Hilfebezugs (Leibfried/Leisering 1995, Buhr 1995). Insbesondere gibt es nur wenig Anhaltspunkte, daß die oft behauptete "Abhängigkeit" von Sozialhilfe im Laufe längeren Hilfebezugs eine relevante Erscheinung ist (Leibfried/Leisering u. a. 1995, Kap. 4, Leisering/Leibfried 1995 in der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG) Aus der Sicht der dynamischen Forschung bedürfen auch gesellschaftspolitische, insbesondere gewerkschaftliche Konzepte sozialer Ungleichheit im Rahmen der Globalisierung der Ökonomie und der Deregulierung nationaler Volkswirtschaften einer Neubestimmung. Ungleichheit kann in diesem Rahmen "nützlich" sein, also als Instrument gesellschaftlicher Entwicklung eingesetzt werden, wobei jedoch der Sozialstaat als "nützlicher" Sozialstaat zu konsolidieren ist (Leisering/Leibfried 1996).

Auch die Rede von "Grenzen" des Sozialstaats erweist sich vor dem Hintergrund einer Analyse des Zusammenhangs von Sozialversicherung und Sozialhilfe als ein politisch-semantisches Instrument, einen interessengeleiteten Rückbau des Sozialstaats zu begründen und durchzusetzen (Leisering 1995).

Aufgrund des Befundes des Projekts, daß der Anstieg der Sozialhilfeempfängerzahlen von den 80er auf die 90er Jahre wesentlich durch den gewachsenen Anteil von Zuwanderern bedingt ist, wurde in der Presse (FOCUS, BILD-Zeitung) gefolgert, daß die "Neue Armut" ein Phantom sei. In einer kritischen Auseinandersetzung mit dieser Sichtweise haben wir gezeigt, daß "Neue Armut" tatsächlich komplexer ist, als "kritische" Akteure in der sozialpolitischen Praxis dies vielfach annehmen, daß neue Armut jedoch eine Realität der deutschen Gesellschaft darstellt, die die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland sogar grundsätzlicher in Frage stellt, als das bei der ursprünglichen Ausrufung der "neuen Armut" im Jahre 1984 gedacht war. Denn zusätzlich zu dem bisher im Mittelpunkt stehenden Problem der Arbeitslosigkeit treten gleichgewichtig die

Probleme des Wandels von Haushalts- und Familienformen sowie die Zuwanderung (Buhr/Leibfried/Leisering 1996).

4.5 Soziologische Theorie

Risikogesellschaft/Individualisierung: Die Ergebnisse wurden systematisch in den Zusammenhang der Theorie der Risikogesellschaft und der Individualisierung von Ulrich Beck gestellt. Aufgrund der Analysen des Sozialhilfebezugs stellt sich die soziale Typik und der Wandel von Armut in der heutigen Bundesrepublik als Ausdruck von drei Formen sozialen Wandels dar: Verzeitlichung von Risikolagen, Biographisierung von Lebenslagen und Lebensverläufen und soziale Entgrenzung von Risikolagen (Leisering 1994, Leibfried/Leisering u. a. 1995, Kap. 9). Der Begriff "Verzeitlichung" kann dabei direkt an Arbeiten von Ulrich Beck und Peter Berger anknüpfen. Der Befund häufig nur vorübergehenden Sozialbezugs stellt eine eindrucksvolle empirische Bestätigung der (Hypo-)Thesen dar, die Ulrich Beck im Jahre 1986 in der "Risikogesellschaft" aufgestellt hatte.

Auch der Befund einer "sozialen Entgrenzung" sozialer Problemlagen knüpft direkt an Vorstellungen von Beck an bzw. bestätigt dessen Hypothese einer "Demokratisierung" von Arbeitslosigkeit und Armut: Soziale Risiken greifen heute über soziale Randgruppen hinaus und reichen als vorübergehende Notlage und ständige Drohung bis hin in die Mittelschicht. Auf der Seite der Wahrnehmung durch soziale Akteure entspricht dies dem von Ulrike Nagel in einem früheren Sfb-Projekt festgestellten Bild jüngerer Sozialarbeiter über den Gegenstand ihrer Berufstätigkeit, den Nagel als einen "sozial entgrenzten Begriff sozialer Problemlagen" charakterisiert, womit die Vorstellung gemeint ist, daß es die Sozialarbeiter nicht mehr oder nicht nur mit randständigen Existenz zu tun haben, sondern mit Problemlagen, mit denen sie selbst prinzipiell auch konfrontiert sein könnten und biographisch auch werden.

Zudem wurden die konkurrierenden Zeitdiagnosen "Zweidrittelsonschaft" und "Risikogesellschaft" einer gesellschaftstheoretischen Analyse unterzogen (Leisering 1995b, Leibfried/Leisering u. a. 1995, Kap. 10). Während der erste Begriff ältere Vorstellungen einer Klassengesellschaft revitalisiert, enthält der zweite Begriff die Auffassung einer neuartigen, reflexiven Moderne, in der herkömmliche sozioökonomische Spaltungslinien durch neue ökologische und wissenschaftlich-technische Herausforderungen sowie durch eine Individualisierung von Ungleich-

heit überlagert werden. Die Rekonstruktion beider Begriffe führt zu dem Versuch einer Vermittlung.

Lebenslauf und Institutionen: Institutionen, insbesondere politischen Steuerungsinstanzen, kommt eine konstitutive Rolle bei der Strukturierung von Lebensläufen zu. Aufgrund der Ergebnisse zur Sozialhilfe konnte der moderne Lebenslauf in einem umfassenden Sinne als Ergebnis politisch-institutioneller Steuerung rekonstruiert werden. Neben den in der bisherigen Lebenslaufforschung im Vordergrund stehenden Institutionen Bildungswesen und Rentenversicherung kommt insbesondere den Institutionen des sozialen Risikomanagements, vor allem der Sozialhilfe, der Arbeitslosenversicherung und der Krankenversicherung eine besondere Rolle bei der Kontinuitätssicherung von Lebensverläufen zu (Leibfried/Leisering u.a. 1995, Kap. 1, Leisering 1995c). Entsprechend konnten die Unterschiede der wichtigsten in der Literatur diskutierten Lebenslaufbegriffe (Karl Ulrich Mayer, Martin Kohli, John W. Meyer, René Levy) spezifiziert werden. Es zeigte sich, daß bei jedem dieser Lebenslaufbegriffe jeweils unterschiedliche sozialstaatliche Institutionen im Vordergrund stehen (bei Mayer und Meyer etwa Bildung, bei Kohli Rente), das bei allen jedoch kein systematischer Platz für die Institutionen sozialen Risikomanagements vorgesehen ist.

Aus den Unterschieden der Lebenslaufbegriffe und der jeweils im Vordergrund stehenden Institutionen wird auch verständlich, warum in einigen Theorien der deterministische Charakter von Lebensläufen betont wird (Mayer, prägende Rolle des Bildungswesens und der sozialen Herkunft), bei anderen jedoch die Kontingenz und Offenheit des Lebensverlaufes (etwa bei Martin Kohli sowie aufgrund der Projektergebnisse Risikomanagement als "Reparatur" diskontinuierlicher Biographien). Im internationalen Vergleich wurde eine Typologie sozialstaatlicher Lebenslaufregime konstruiert.

"Karrieren": Gegenüber früheren verengten Verwendungen des Begriffs in der älteren Randgruppenforschung der 70er Jahre wurde der Karrierebegriff als ein Instrument der dynamischen Analyse sozialer Ungleichheit und sozialer Probleme entwickelt (Ludwig 1996). Damit wurde insbesondere ein Beitrag geleistet zur Programmatik des Sfb, die Vermittlung von individuellen Risikolagen und institutionellen Steuerungen zu untersuchen. In der soziologischen (nicht nur sozialpolitischen) Forschung wurden drei Begriffe von Karriere identifiziert -

Deklassierung, Devianz und Coping. Durch Kontrastierungen mit vorliegenden deterministischen und probabilistischen Karrieremodellen der Analyse sozialer Probleme wurde, aufbauend auf Vorarbeiten von Uta Gerhardt und Axel Groenemeyer, ein neuer, kontingenter Karrierebegriff eingeführt. Substantiell wurde ein differenzierter Coping-Begriff in die deutsche Armutsforschung eingeführt, der neuere Entwicklungen dieses Begriffs (Lazarus sowie andere) vor allem aus der Gesundheitsforschung für die Analyse sozioökonomischer Problemlagen fruchtbar macht. Im Mittelpunkt steht die Problemdefinition durch die Betroffenen (wobei materielle, institutionelle und umfassend biographische Problemdefinitionen auch bei Sozialhilfeempfängern zu unterscheiden sind), der handelnde Umgang mit der jeweiligen individuellen Lage (also sozialökonomisches Coping, das über Strategien der Identitätssicherung hinausgeht, die in herkömmlichen vergleichbaren Analysen im Vordergrund stehen), sowie die Möglichkeit, durch angemessenes Bewältigungshandeln nicht nur mit einer Risikolage besser umzugehen, sondern diese dauerhaft zu überwinden.

Weitere Beiträge zur soziologischen Theorie betreffen die Anwendung des Simmelschen beziehungssoziologischen Armuts- und Hilfebegriffs auf die historisch neue Armutskonstellation im vereinten Deutschland (s.o.) (Leisering/Mädje 1996). Auch wurde ein Beitrag zur Theorie des Sozialstaats geleistet (Leisering 1995a).

Offene Fragen: Zahlreiche empirische und theoretische Fragen bleiben und sind zum Teil in der kommenden Antragsphase zu bearbeiten. So wäre die Quantifizierung der Entwicklung des Anteils von Zuwanderern in der Sozialhilfeklientel von großer gesellschaftspolitischer und -theoretischer Bedeutung, ergänzt um eine weitere Analyse der spezifischen Handlungstypik dieser Population. Aufgrund des hohen Erhebungsaufwandes weiterer Zugangs-kohorten wird eine entsprechende Untersuchung jedoch nicht möglich sein. Eine Aufgabe für die nächste Phase besteht auch darin (vergl. o. Punkt 2), den Wandel sozialer Problemlagen von den 80er zu den 90er Jahren stringenter und konsistenter zu erklären. Ebenso ist der soziokulturelle Wandel, der anhand eines Vergleichs der qualitativen Interviews mit den Zugangskohorten 1983 und 1995 zu analysieren wäre, methodisch schwierig in den Griff zu bekommen. Auch im Ost-West-Vergleich bleibt noch manches zu tun.

5. Außenaktivitäten

5.1 Vorträge u.a.

Buhr, Petra

Deutscher Landesausschuß des International Council on Social Welfare, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Forum "Armut und Strategien der Armutbekämpfung in der Bundesrepublik", Vortrag: "Armutspolitik und Lebenslauf. Armutspolitische Folgerungen aus der Bremer Studie 'Sozialhilfe-karrieren'", Frankfurt, 14.-16. März 1994 (zusammen mit Lutz Leisering).

Deutsche Gesellschaft für Soziologie, Jahrestagung der Sektion Sozialpolitik, Vortrag: "Sozialhilfe und individualisierter Lebenslauf", Halle, 6./7. Mai 1994 (zusammen mit Lutz Leisering).

Jahresmitgliederversammlung des Katholischen Arbeitskreises für Familien-erholung, Vortrag: "Armut - Auswirkungen für die Familien", Falkau, 11. November 1994.

Teilnahme an der Pressekonferenz der Senatorin für Gesundheit, Jugend und Soziales der Freien Hansestadt Bremen am 30. November 1994 (zusammen mit Stephan Leibfried und Lutz Leisering).

Präsentation der Forschungsergebnisse vor der Deputation für Soziales der Freien Hansestadt Bremen am 1. Dezember 1994 (zusammen mit Stephan Leibfried und Lutz Leisering).

Präsentation der Forschungsergebnisse vor der CDU-Fraktion der Bremischen Bürgerschaft am 6. Februar 1995 (zusammen mit Stephan Leibfried und Lutz Leisering).

Präsentation der Forschungsergebnisse auf einer Dienstbesprechung der leitenden MitarbeiterInnen des Amtes für Soziale Dienste, Sozialdienst Wirtschaftliche Hilfen, der Freien Hansestadt Bremen am 3. Mai 1995 (zusammen mit Stephan Leibfried und Lutz Leisering).

Bundes-SGK, Fachkonferenz: "Neuorganisation sozialer Dienste und Transfers", Vortrag: "Sozialhilfe - alte Vorurteile, neue Erkenntnisse", Würzburg, 17./18. Mai 1995.

SPD, Zukunftskongress, Workshop: "Armut in der Risikogesellschaft", Vortrag: "Dynamik von Armut - Eine neue Sicht der Zweidrittelgesellschaft", Hannover, 23. September 1995.

Universität Bremen, Sonderforschungsbereich 186, Tagung: "Social and welfare dynamics", Vortrag: "The impact of social change on social assistance. Two Cohorts of German recipients compared", Bremen, 5.-7. Oktober 1995 (zusammen mit Andreas Weber).

12. Internationales Symposium "Towards more democracy in social services. Models and cultures of welfare", Vortrag: Does welfare lead to dependency? Effectiveness and undesirable side-effects of welfare institutions", Bielefeld, 11.-13. Oktober 1995 (zusammen mit Gerald Prein).

PROSOZ-Institut Herten, Tagung: "Kostenexplosion in der Hilfe zum Lebensunterhalt", Vortrag: "Zur Dynamik von Armut - Dauer und biographische Bedeutung von Sozialhilfebezug", Herten, 24.-26. Oktober 1995.

Universität Bielefeld, "International Conference on Empirical Poverty Research", Vortrag: "Longer lasting social assistance careers? Long-Term recipiency at the beginning and end of the eighties", Bielefeld, 17./18. November 1995 (zusammen mit Andreas Weber).

Sachverständige bei der Anhörung des Gesundheitsausschusses zur Reform des Bundessozialhilfegesetzes am 22. November 1995 in Bonn (mit schriftlicher und mündlicher Stellungnahme).

Freie Hansestadt Bremen, Senator für Gesundheit, Jugend, Soziales und Umweltschutz, Fachtagung: "Umbau des Sozialstaates: Neue Befunde zur Armut - Neue Wege aus der Armut", Vortrag: "Alte und neue Befunde zur Armut", Bremen, 23./24. November 1995 (zusammen mit Monika Ludwig).

Fachkolloquium "Armut in Hamburg - Herausforderungen, Strategien und Reformen", Vortrag: "Zeitlichkeit von Armut - Sozialhilfeverläufe und sozial-politische Implikationen - Das Bremer Beispiel", Hamburg, Haus Rissen, 27. November 1995 (mit Andreas Weber).

Lehrgang "Leben aus dem Warenkorb - ein Kunststück" der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung, Amt für Jugend, Vortrag: "Alte und neue Befunde zur Armut", Hamburg, 26. Februar 1996.

Teilnahme an der Wissenschafts-Pressekonferenz der DFG am 27. Februar 1996 in Bonn; Presseerklärung zum Thema: "Wandel der Armut: Stimmen die alten Bilder? - Wandel der Sozialhilfe: Fördern statt sanktionieren?", (zusammen mit Stephan Leibfried).

Teilnahme an der Fachkonferenz "Anforderungen an einen Nationalen Armutsbericht" am 29. Februar 1996 in Bonn (mit schriftlicher und mündlicher Stellungnahme).

Gemeinsame Fachtagung des Amtes für Soziale Dienste, der Freien Hansestadt Bremen, Abteilung Ost, sowie dem Sonderforschungsbereich 186 und dem Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen, Vortrag: "Dauer und Struktur der Sozialhilfe im Bremer Osten", Bremen, 8. März 1996 (zusammen mit Andreas Weber).

Teilnahme an der fachöffentlichen Diskussionsveranstaltung des Dezernates für Soziales, Jugend, Personal und Organisation der Stadt Frankfurt am Main zum Thema "Was ist Armut und wie ist sie meßbar" am 18. April 1996 in Frankfurt am Main (Vorstellung des "Bremer Ansatzes").

In der Kommission "Gesellschaftspolitik" des Bundesvorstandes der SPD (seit Mai 1996).

Präsentation der Forschungsergebnisse vor der Sitzung der Deputation für Soziales und Jugend der Freien Hansestadt Bremen am 23. Mai 1996 (zusammen mit Stephan Leibfried).

Stephan Leibfried

Gesellschaft der Freunde der Universität Bremen, Verleihung des "Bremer Studienpreises" 1994, Festvortrag: "Die 'Entflechtung' wohlfahrtsstaatlicher Souveränität in der europäischen Integration", Bremen, 2. Februar 1994.

Diözesenrat der Katholiken im Bistum Aachen, Vollversammlung, Vortrag: "Von der Freizügigkeit der Arbeitnehmer zur markterzwingenden europäischen Sozialreform", Aachen, 5. Februar 1994.

Freie Hansestadt Bremen, Senator für Gesundheit, Jugend und Soziales, Vorbereitung und Teilnahme am Workshop "Existenzminimum und Verfassung", Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen, 18./19. Februar 1994.

International Conference of Europeanists, Council of European Studies, Vortrag im Rahmen des Panel "Public Policy in Western Europe: Panel in Memory of Douglas Ashford (1928-1993)": "The 'Unbundling' of Welfare State Sovereignty", Chicago, USA, 31.3.-2. April 1994.

Deutsche Gesellschaft für Soziologie, Jahrestagung der Sektion Sozialpolitik "Sozialhilfe und individualisierter Lebenslauf", Vortrag: "Politikverflechtung und Sozialpolitik in der EU", Halle, 6./7. Mai 1994.

Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht, Vortrag: "Europäische Sozialpolitik: Auf dem Weg zum Semi-Souveränen Wohlfahrtsstaat?", München, 28./29. Juni 1994.

International Sociological Association (ISA), 13. Weltkongreß, Vorbereitung und Leitung eines Workshops "Zur vergleichenden Sozialpolitik", Bielefeld, 18.-23. August 1994 (zusammen mit Jürgen Kohl, Universität Mannheim).

Bremer Bürgerschaft, Sozialdeputation, Erörterung der Sozialhilfestudie, Universität Bremen, Vortrag: "Armut hat viele Gesichter", Bremen, 1. Dezember 1994 (zusammen mit Petra Buhr und Lutz Leisering; Fortsetzung 18.1.1995).

London School of Economics, Tagung: "European Conference on Historical and Comparative Sociological Research on Social Policy", Vortrag: "Europe's Social Dimension", London, England, 10./11. Dezember 1994.

Die Zeit, Diskussionsteilnehmer: "Versagt der Sozialstaat", Hamburg, 6. Januar 1995.

Bundesministerium für Gesundheit, Anhörung zur Sozialreform 1995, Bonn, 26. Januar 1995.

CDU-Landtagsfraktion Bremen, Vortrag: "Armut hat viele Gesichter", Bremen, 6. Februar 1995.

Gesamtkandinavische Tagung der Sozialwissenschaftlichen Sozialpolitikforscher, Vortrag: "Challenges of a European Social Policy", Stockholm, 9. Februar 1995.

Nordic Social Policy Conference, Eröffnungsvortrag: "The Social Dimension", Stockholm, Schweden, 10. Februar 1995.

Beraterkreis Erzbischof J. J. Degenhardt, Eröffnungsvortrag: "Sozialstaat Europa?", sowie Mitberatung zur Weiterentwicklung der Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort der Kirchen "Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland", Dortmund, 17. Februar 1995.

CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Anhörung zur Sozialhilfereform 1995, Bonn, 8. März 1995.

Deutsche Gesellschaft für Soziologie, 27. Kongreß: "Gesellschaften im Umbruch", Organisation des Plenums "Systeme sozialer Sicherung", Halle, 5. April 1995 (zusammen mit Jutta Allmendinger).

Center for German and European Studies, Vortrag: "Conflicts over Germany's Competitiveness ("Standort Deutschland"): Exiting from the Global Economy?", Berkley USA, 20. April 1995.

Deutsche Gesellschaft für Soziologie, Jahrestagung der Sektion für Sozialpolitik, Teilnahme an der Podiumsdiskussion, Halle, 6. Mai 1995.

European Community Studies Association, Jahrestagung, Vortrag: "European Social Policy" anlässlich der Vorstellung des Buches Wallace & Wallaces, Policy Making in the EC, 3. Aufl., Oxford University Press 1996 Charleston USA, 14. Mai 1995.

Fondazione Felicita ed Enrico Bignaschi e Figli, Tagung: "Povertà e esclusione sociale: Contributi metodologici e concettuali", Vortrag: "From 'Snapshot to Movie': On a new understanding of poverty in the [German] Welfare State", Genf, 26./27. Mai 1995.

Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Arbeit und Soziales: "Sozialreform und Zukunft der Sozialhilfe", Vortrag: "Reform der Sozialhilfe aus Sicht der Wissenschaft", Bonn, 19. Juni 1995.

Forum "Demokratie und politische Kultur", Vortrag: "Zeit der Armut - veraltete 'Armutsbilder' verstehen den Weg für eine echte Reform", Bremen, 24. Oktober 1995 (zusammen mit Lutz Leisering).

Freie Hansestadt Bremen, Senator für Frauen, Gesundheit, Soziales und Umweltschutz, Tagung: "Umbau des Sozialstaates: Neue Befunde zur Armut - neue Wege aus der Armut?", Vortrag: "Umbau des Sozialstaates: Perspektiven einer integrierten Armuts- und Sozialpolitik", Bremen, 23./24. November 1995 (zusammen mit Lutz Leisering).

Präsentation der Forschungsergebnisse vor der Sitzung der Deputation für Soziales und Jugend der Freien Hansestadt Bremen am 23. Mai 1996 (zusammen mit Petra Buhr).

Lutz Leisering

Hochschule für Wirtschaft, Hamburg, Symposium "Neue Armut", Abschlußreferat: "Neue Armut: Zweidrittelgesellschaft oder Risikogesellschaft?", Hamburg, 28./29. Januar 1994.

Deutscher Landesausschuß des International Council on Social Welfare, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Forum "Armut und Strategien der Armutsbekämpfung in der Bundesrepublik", Vortrag: "Armutspolitik und Lebenslauf. Armutspolitische Folgerungen aus der Bremer Studie 'Sozialhilfekarrieren'", Frankfurt, 14.-16. März 1994 (zusammen mit Petra Buhr).

Bund Neudeutschland, Frühjahrstagung, Vortrag: "Demographische Probleme und der Wandel des sozialpolitischen Systems in Deutschland", Bad Zwischenahn, 19. März 1994.

Deutsche Gesellschaft für Soziologie, Jahrestagung der Sektion Sozialpolitik, Vortrag: "Sozialhilfe und individualisierter Lebenslauf", Halle, 6./7. Mai 1994 (zusammen mit Petra Buhr).

World Congress of Sociology, Besprechung der Aufsätze von Miller, Hvinden, Hettige und Warsywoda-Kruszynska im Workshop "Poverty" des Research Committees 19, Bielefeld, Juli 1994.

Bremer Bürgerschaft, Sozialdeputation, Vortrag: "Armut hat viele Gesichter", Bremen, 1. Dezember 1994 (zusammen mit Petra Buhr und Stephan Leibfried).

Präsentation der Forschungsergebnisse vor der CDU-Fraktion der Bremischen Bürgerschaft am 6. Februar 1995 (zusammen mit Petra Buhr und Stephan Leibfried).

27. Kongreß der deutschen Gesellschaft für Soziologie, Vortrag: "Armut im vereinigten Deutschland - Umbruch und Kontinuität", Halle/Saale, April 1995 (zusammen mit Eva Mädje).

Tagung "Vergleich der Systeme sozialer Sicherung in Europa", MIRE, Vortrag: "Grenzen des Sozialversicherungsstaates? Sozialer Wandel als Herausforderung staatlicher Einkommenssicherung", Berlin, 27.-29. April 1995.

Dienstbesprechung der leitenden MitarbeiterInnen des Sozialdienstes Wirtschaftliche Hilfen zum Thema "Sozialhilfekarrieren", Vorstellung der Ergebnisse der Bremer Längsschnittstudie, Bremen, Mai 1995 (zusammen mit Stephan Leibfried).

Jahrestagung der AG Frankfurter Sozialwissenschaftler und Sozialpraktiker "Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung", Vortrag: "Sich Armut stellen. Befunde und Überlegungen im Zusammenhang der Bremer Langzeitstudie", Frankfurt, 4.-7. September 1995.

Universität Bremen, Sonderforschungsbereich 186, 4. Symposium: "Lebenslaufpolitik - Institutionen und Statusmanagement", Plenarvortrag: "Lebenslauf und Sozialstaat", Bremen, 21./22. September 1995.

Beratende Teilnahme am Konultationsprozeß der Kirche zum wirtschaftlichen und sozialen Wandel, September bis Dezember 1995.

Universität Bamberg, Tagung: "Soziale Arbeit und soziale Differenzen", Vortrag: "Armutsbilder in Wissenschaft und sozialer Praxis", Bamberg, 10. Oktober 1995.

Missionarswissenschaftliches Institut Missio, Aachen/Katholieke Universiteit Nijemwegen, Tagung: "Ökonomismus und seine Folgen", Vortrag: "Sozialer Wandel und Option für die Armen", Cadier en Keer (Niederlande), 13.-15. Oktober 1995.

Forum "Demokratie und politische Kultur", Vortrag: "Zeit der Armut - veraltete 'Armutsbilder' verstehen den Weg für eine echte Reform", Bremen, 24. Oktober 1995 (zusammen mit Stephan Leibfried).

"Arme verstehen", schriftlicher Beitrag zur Medienkampagne "Empathie" der Aktion Gemeinsinn, November 1995.

Freie Hansestadt Bremen, Senator für Frauen, Gesundheit, Soziales und Umweltschutz, Tagung: "Umbau des Sozialstaates: Neue Befunde zur Armut - neue Wege aus der Armut?", Vortrag: "Umbau des Sozialstaates: Perspektiven einer integrierten Armuts- und Sozialpolitik", Bremen, 23./24. November 1995 (zusammen mit Stephan Leibfried).

Deutsches Jugendinstitut (DJI), 10. Symposium: "Orte des Sozialen", Vortrag: "Sozialhilfe - Zeit der Abhängigkeit", München, 28. November 1995.

Arbeitsgemeinschaft arbeitsloser Bürger (AGAB), Vortrag: "'Mißbrauch' von Sozialleistungen - Typen, empirische Befunde, Politik", Bremen, 12. Dezember 1995.

Monika Ludwig

Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg e.V., Vortrag: "Die dynamische Armutsforschung in der Kritik", Oldenburg, 1. März 1995.

Jugendhof Vlotho, 7. Kurswoche zur Jugendhilfeplanung, Vortrag: "Armut und Armutspolitik in Deutschland", Vlotho, 4. Juli 1995 (zusammen mit Andreas Weber).

Universität Bremen, Sonderforschungsbereich 186, 4. Symposium: "Lebenslaufpolitik - Institutionen und Statusmanagement", Vortrag: "'Ausgrenzung' oder 'Bewältigungshandeln'? Schwierigkeiten bei der Analyse sozialer Problemlagen", Bremen, 21./22. September 1995.

Freie Hansestadt Bremen, Senator für Gesundheit, Jugend, Soziales und Umweltschutz, Fachtagung: "Umbau des Sozialstaates: Neue Befunde zur Armut - Neue Wege aus der Armut", Vortrag: "Alte und neue Befunde zur Armut", Bremen, 23./24. November 1995 (zusammen mit Petra Buhr).

Wolfgang Voges

Rand Population Center and UCLA Economics Department, Tagung "Reshaping the Family: Social and Economic Changes and Public Policy", Vortrag: "Do Generous Social Assistance Programs Lead to Dependence? A Comparative Study of

Lone-Parent Families in Germany and the United States", Los Angeles, USA, 21. Januar 1994 (zusammen mit Greg Duncan).

Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln, Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik, Workshop "Use of PSID Data for Comparative Social Policy Research", Vorträge: "Handling Different Data Types: PSID Survey Data and LSA Process Produced Data"; "Socioeconomic Status and Mortality", Köln, 16/17. Juni 1994.

Pädagogische Hochschule Freiburg, Vortrag: "Sozialräumliche Disparitäten und Bildungsbeteiligung", Freiburg, 16. Juni 1994.

Universität Göteborg, Department of Social Work, Projekt "Comparing the Swedish and the German Situation", Vortrag: "Social Assistance Dynamics and Local Labour Market", Göteborg, 28. September 1994.

Universität Lund, Tagung "Recent Approaches on Social Assistance", Vortrag: "Social Assistance with the LSA", Lund, Schweden, 14. November 1994.

Friedrich-Ebert-Stiftung, Tagung "Umverteilen? Wege aus der Krise des Sozialstaats", Vortrag: "Neue Ergebnisse der Bremer Armutsforschung und besondere familienpolitische Aspekte", Bonn, 27.-31. März 1995.

Deutsche Gesellschaft für Soziologie, 27. Kongress: "Gesellschaft im Umbruch", Vortrag: "Pluralisierung familialer Erscheinungsformen und Heterogenisierung der Armutslagen von Ein-Eltern-Familien", Halle, 3.-7. April 1995.

Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln, Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik, Konferenz: "Visualization of Categorical Data", Vortrag; "Typification in Poverty Dynamics Research: Constructing Typologies of Welfare Recipients", Köln, 16-19. Mai 1995.

Schwedischer Gewerkschaftsbund, Konferenz: "Växande fattigdom i västvärlden", Vortrag: "Poverty and Segregation in Germany", Stockholm, 30. Mai 1995.

Sozialamt der Evangelischen Kirche von Westfalen, Jugendpolitisches Forum: "Verschärzte Lebenlagen von Jugendlichen und ihren Familien", Vortrag: "Armut in Familien und die Folgen für junge Menschen", Schwerte, 10./11. August 1995.

Center for Urban Affairs and Policy Research an der Northwestern University, Workshop, Vortrag: "Segregation and Welfare Dynamics", Evanston, 8. September 1995.

Family Researchers Network des Canadian Policy Research Networks, Workshop, Vortrag: "Change of Family Structures and Children's Well-Being. An Outline for a Comparative Study", Toronto, 10.-12. September 1995.

Maxwell School for Citizenship and Public Affairs. Vortrag: "Does generous Social Assistance Programs lead to dependence? A comparison of Germany and United States", Syracruse University, 21. September 1995.

Universität Bremen, Sonderforschungsbereich 186, Tagung: "Social and Welfare Dynamics", Vortrag: "Pulling Out of the income Safety Net in Germany and Sweden", Bremen, 6./7. Oktober 1995.

Polish Academy of Science, Friedrich-Ebert-Stiftung and Institute of Labour and Social Studies, Konferenz "Social Policy towards Poverty. Problems of Countries under Transition", Vortrag: "Poverty in Present Social State: Germany's Experience", Warschau, 13./14. Oktober 1995.

Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Tagung: "International Conference on Empirical Poverty Research", Vortrag: "Residential milieus and welfare", Bielefeld, 27./28. Oktober 1995.

Akademie für Sozialmedizin, Tagung: "Armut und Krankheit", Vortrag: "Gebrauch und Mißbrauch der Armutsbegriffe in der Wissenschaft und Praxis, 14. März 1996.

Universität Göteborg, Department of Social Work, Vortrag: "Statuspassages and Poverty Risks in the German Welfare State", Göteborg, 15. Mai 1996.

Weber, Andreas

"Sozialhilfeempfänger". Aktueller Forschungsstand zur Sozialhilfe. Vortrag auf der Jahrestagung der Evangelisch-Lutherischen Kirche Oldenburg e.v. am 24. Januar 1995.

"Neue Armut" in Deutschland. Armutsdynamiken in den 80er und 90er Jahren gegenübergestellt den Konzepten "Neue Armut" und "Zwei-Drittel Gesellschaft". Kooperationsveranstaltung mit der Volkshochschule Wesermarsch in Nordenham am 1. März 1995.

Jugendhof Vlotho, 7. Kurswoche zur Jugendhilfeplanung, Vortrag: "Armut und Armutspolitik in Deutschland", Vlotho, 4. Juli 1995 (zusammen mit Monika Ludwig).

Universität Bremen, Sonderforschungsbereich 186, Tagung: "Social and welfare dynamics", Vortrag: "The impact of social change on social assistance. Two Cohorts of German recipients compared", Bremen, 5.-7.10.1995 (zusammen mit Petra Buhr).

Universität Bielefeld, "International Conference on Empirical Poverty Research", Vortrag: "Longer lasting social assistance careers? Long-Term recipiency at the

beginning and end of the eighties", Bielefeld, 17./18.11.1995 (zusammen mit Petra Buhr).

Fachkolloquium "Armut in Hamburg - Herausforderungen, Strategien und Reformen", Vortrag: "Zeitlichkeit von Armut - Sozialhilfeverläufe und sozialpolitische Implikationen - Das Bremer Beispiel", Hamburg, Haus Rissen, 27. November 1995 (zusammen mit Petra Buhr).

Gemeinsamen Fachtagung des Amtes für Soziale Dienste, der Freien Hansestadt Bremen, Abteilung Ost, sowie dem Sonderforschungsbereich 186 und dem Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen, Vortrag: "Dauer und Struktur der Sozialhilfe im Bremer Osten", Bremen, 8. März 1996 (zusammen mit Petra Buhr).

Medien:

Teilnahme an zahlreichen Interviews und Life-Veranstaltungen in Funk (WDR, SFB; Leisering) und Fernsehen (Tagesthemen, ARD, Leibfried; Stern-tv, [RTL], Buhr, Leisering; ZDF, Leisering). Pressekonferenzen zu den Forschungsergebnissen bzw. zur Buchpublikation Leibfried/Leisering u.a. 1995 in Bremen (1994) und Frankfurt/Main (1995).

5.2 Beiträge zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit

a) Reaktionen der Fachwelt (Kritiken, Rezensionen)

Bäcker, Gerhard (1995): Eine sozialpolitisch orientierte Reformpolitik ist möglich und nötig, in: Fricke, Werner (Hrsg.): Jahrbuch für Arbeit und Technik 1995, Bonn: Dietz

Butterwegge, Christoph (1996): Nutzen und Nachteile der dynamischen Armutsforschung. Kritische Bemerkungen zu einer neueren Forschungsrichtung, in: Zeitschrift für Sozialreform, Heft 2, S. 69-92.

Brückner, Hannah (1995): Poverty in Transition? Life Course, Social Policy, and Changing Images of Poverty, in: Dan A. Chekki (Hrsg.): Urban Poverty in Affluent Nations, Greenwich, CT und London: JAI Press (Research in Community Sociology Bd. 5), S. 203-224.

Brückner, Hannah (1995): Research on the Dynamics of Poverty in Germany. Journal of European Social Policy 5, p. 317-322

Dangschat, Jens (1994): Soziale Ungleichheit und die Armut der Soziologie, Blätter für deutsche und internationale Politik 39, S. 872-885.

- Dangschat, Jens (1995): "Stadt" als Ort und als Ursache von Armut und sozialer Ausgrenzung, Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift DAS PARLAMENT, B32/95, S. 50-62.
- Eden, Thomas (1995): Soulful Dynamics. Die dynamische Armutsforschung, Siesta. Zeitung der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg 23, S. 8f.
- Eden, Thomas (1995): Zur Kritik an der dynamischen Armutsforschung, Hannover: ZEPRA (Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeitslosenprojekte für Erwachsene in Niedersachsen), Ms., S. 37-42.
- Freyberg, Thomas von (1995): ... im ganzen also sehr widerwärtig ... Verleugnen, Verleumden, Ausgrenzen: Vom Umgang mit der Armut, in: Friedhelm Hengsbach und Matthias Möhring-Hesse (Hrsg.), Eure Armut kotzt uns an! Solidarität in der Krise, Frankfurt: Fischer, S. 23-37.
- Gerstenberger, Heide (1994): Die dynamische Armutsforschung und das Elend der Welt, Leviathan 22, S. 7-16.
- Jacobs, Herbert (1994): Wer dramatisiert denn hier? Anmerkungen zum Forschungsprojekt "Sozialhilfekarrieren", Sozialer Fortschritt 43, S. 121-128.
- Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (1994): Über die Heterogenität auch der Verläufe von Armut und über die Schwierigkeiten ihrer Erfassung anhand prozeßproduzierter Daten, BIOS 7, S. 223-239.
- Völker, Wolfgang (1995): Let's talk about ... what? Armut?! Sozialhilfe!? Bemerkungen zur Konjunktur der "Dynamischen Armutsforschung", Widersprüche 15, 54, S. 61-66.

b) Vergleich mit Arbeiten außerhalb des Sfb

Christine Hagen und Beate Hock (Dynamik von Armut in einer hessischen Kleinstadt, Frankfurt a.M.: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, 1996) haben die Untersuchungen von D3 für eine hessische Kleinstadt repliziert und kamen dabei zu sehr ähnlichen Ergebnissen.

Auf der von D3 organisierten Tagung "Social and Welfare Dynamics" (Oktober 1995, L. Leisering/R. Walker) wurden von deutschen und ausländischen Referenten dynamische Analysen verschiedenster sozialer Problemlagen vorgelegt, ergänzt um methodologische und politiktheoretische Analysen zum dynamischen Ansatz. Dabei wurden die Grundannahmen des Projekts D3 bestätigt und Anregungen für die weitere Arbeit gewonnen.

Analysen von Einkommensarmut auf Grundlage des Sozioökonomischen Panels (SOEP) kamen von Beginn an (seit 1990) zu ähnlichen Ergebnissen in bezug auf

die Verzeitlichung von Armut wie das Teilprojekt D3. Dies gilt auch für neuere Analysen auf dieser Grundlage, vor allem für die Arbeiten von Peter Krause (Zur Messung von Einkommensarmut. Diss. Bochum 1996). Im Rahmen einer spezifischen Fragestellung kommt Katja Schulte in ihrer Diplomarbeit (Wege aus der Armut. Eine qualitative Analyse quantitativer Längsschnittsdaten. Univ. Diplomarbeit, Universität Bielefeld 1995) zu Ergebnissen über den Verlauf von Einkommensarmut anhand des SOEP, die stärker als die Ergebnisse von D3 die Verfestigung von Armut betonen.

Die Dissertation von Werner Hübinger (Einkommen und Lebenslagen zwischen Armut und Wohlstand. Sozialstrukturanalyse einer Problempopulation. Erscheint 1996 unter dem Titel "Prekärer Wohlstand") bestätigt den Befund einer sozialen Entgrenzung von Armut und Deprivation aus anderer Warte als D3, nämlich auf der Grundlage von Querschnittsdaten im Rahmen der Caritas-Armutsstudie. Die von uns festgestellten temporärarmen bzw. vorübergehend Sozialhilfebeziehenden, die normalerweise ein Einkommen oberhalb der Armutsgrenze haben, werden hier als "prekärer Wohlstand" identifiziert, die im Äquivalenzeinkommensspektrum zwischen 50 % und 75 % des Durchschnitts zu verorten sind. In dieser Gruppe treten Benachteiligungen in mehreren Lebensbereichen auf, die diesen Personenkreis nicht wesentlich von den Armen (den unter 50 % liegenden bzw. den Sozialhilfeempfängern) unterscheidet. Aus seinen Ergebnissen leitet der Autor allerdings auch eine Verfestigung von Deprivation im unteren Einkommensbereich ab, wodurch die dynamische, auf Kontingenz setzende Sicht des Projekts D3 in seiner Sicht relativiert wird.

Jens-Thorsten Sommer untersuchte in seiner Diplomarbeit (Sozialhilfebezug und soziale Ungleichheit. Dimensionen 'Neuer Armut'? Univ. Diplomarbeit, Universität Bremen, 1996) mit Daten des SOEP Eintrittsrisiken in die Sozialhilfe und aus der Sozialhilfe hinaus unter schichtspezifischen Gesichtspunkten. Er bestätigt die quantitativen dynamischen Ergebnisse des Projekts D3. Er weist zugleich darauf hin, daß Dynamik und Strukturen sozialer Ungleichheit nicht im Widerspruch stehen. Sein Fazit lautet: Beim Eintritt in die Sozialhilfe findet ein Selektionsprozeß statt, so daß unterschiedlich hohe Zugangsrisiken bestehen, die sich an schichtähnliche Strukturen orientieren. Insofern werden ähnliche Ergebnisse der qualitativen Forschung vom Projekt D3 bestätigt.

5.3 Journalistische Reaktionen

Berichte von Journalisten:

Bild-Zeitung (1996): Bremer Uni-Studie: Keine neue Armut, Bild-Zeitung, 11.03.1996.

Bundesministerium für Gesundheit (1996): Rückkehr ins Arbeitsleben lohnt sich auch für Sozialhilfeempfänger, Pressemitteilung des BMG Nr. 18, 16.02.1996, Verlag Der Tagesspiegel GmbH.

Geyer, Christian (1996): Wandel der Armutsbilder. Dynamisiert, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Januar, S. N 5.

Lingenthal, Rainer (1995): Neue Armut, Wochenpost, 14. Dezember, S. 14-15.

Dribbusch, Barbara (1995): Einmal unten sein, das prägt, taz, 8. August, S. 13.

Dribbusch, Barbara (1994): Auf der Achterbahn (Neue Studien widerlegen die These von der Zweidrittelgesellschaft), taz, 22. Oktober, S. 3.

Focus (1996): Phantom "Neue Armut", Focus Nr. 11, 11. März 1996, S. 11.

Geyer, Christian (1994): Die ausgesparte Rentnerin. Verdrängung durch Dramatisierung: Wie Armut übersehen wird, wenn sie zum Thema wird, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Januar.

Kowalski, M.; Müller, E. und S. Schwartz (1995): Das süße Leben der Sozial-Schmarotzer, Focus Nr. 43, 23. Oktober 1995, S. 278-286.

Schmitt, Verena (1995): Die Sozialhilfe dient dem Arbeitsamt als Warteschleife.

Bremer Langzeitstudie brachte überraschende Ergebnisse/"Teufelskreis der Armut" ist selten/Bedarfsgerechtes Kindergeld angemahnt, Berliner Zeitung, 5. Juli.

Sieloff, Detlef (1995): Untersuchung der Armut: Das Leben als Achterbahn, Eisenacher Presse, 20. Juni.

Zahlreiche Beiträge im Weserkurier (Bremen) und im Lokalteil Bremen der taz sowie Agenturmeldungen in Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau und Die Welt nach Pressekonferenzen in Bremen, 30.November 1994 und in Frankfurt, 23. Juni 1995.

5.4 Politikberatung

Teilnahme als Experten bei Anhörungen des Deutschen Bundestags zur BSHG-Reform: Leibfried (26.1.1995), Leibfried, Buhr, Leisering (22.11.1995), Leisering (19.6.1996). Dazu wurden jeweils schriftliche Stellungnahmen vorgelegt.

Teilnahme an einer internen Veranstaltung der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung mit Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer (zuständig für die Sozialhilfereform) (Leibfried [Podiumsdiskutant], Leisering).

Teilnahme an einem beratenden Arbeitskreis zum Umbau des Sozialstaats bei der Bundestagsfraktion der Bündnisgrünen (Leitung: Andrea Fischer, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion der Bündnisgrünen) (Leisering).

Vorstellung der Ergebnisse vor der Sozialdeputation der Bremer Bürgerschaft, mit schriftlichen Vorlagen (1994, 1995, 1996; Buhr, Leibfried, Leisering).

Vorträge im kommunalpolitischen Kontext und vor Verbänden (siehe oben, Ziffer 5.1).

6. Schriften

6.1 Veröffentlichungen

Behrens, Johann und Wolfgang Voges (1996): Kritische Übergänge: Statuspassagen und sozialstaatliche Institutionalisierung, in: dies. (Hrsg.), S. 16-42.

Behrens, Johann und Wolfgang Voges (Hrsg.) (1996): Fließende Übergänge. Statuspassagen und sozialstaatliche Institutionalisierung, Frankfurt/New York: Campus.

Buhr, Petra (1994): Wie wirksam ist die Sozialhilfe? Dauer und biographische Bedeutung von Sozialhilfebezug, in: Thomas Olk und Barbara Riedmüller (Hrsg.): Grenzen des Sozialversicherungsstaates, Opladen: Westdeutscher Verlag (Leviathan Sonderheft 14), S. 219-247.

Buhr, Petra; Leibfried, Stephan und Lutz Leisering (1994): "Die vielen Gesichter der Armut", Frankfurter Rundschau, Nr. 291, 15. Dezember 1994.

Buhr, Petra; Leisering, Lutz; Ludwig, Monika und Michael Zwick (1994): "Armutspolitik und Sozialhilfe in vier Jahrzehnten" (japanisch), Shyakaimondaikenkyu 44 (1), S. 51-111.

Buhr, Petra und Monika Ludwig (1994): Deklassierung oder biographischer Übergang? 'Moderne' Armutskarrieren in den achtziger Jahren, in: Michael Zwick (Hrsg.): Einmal arm, immer arm? Neue Befunde zur Armut in Deutschland, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 106-133.

Buhr, Petra (1995): Dynamik von Armut. Dauer und biographische Bedeutung von Sozialhilfebezug, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Buhr, Petra (1995): Notlösung, Übergangshilfe, bequeme Lösung: Einstellungen und Zeitperspektiven von Sozialhilfeempfängern, in: Deutscher Caritasverband (Hrsg.), caritas '96, Jahrbuch des Deutschen Caritasverbandes, Freiburg: Deutscher Caritasverband, S. 49-56.

Buhr, Petra (1995): Sozialhilfe - Alte Vorurteile, neue Erkenntnisse, in: Sozialstaat am Ende? Weichenstellung für die Zukunft. Eine Dokumentation der Bundes-SGK (Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik) in der

- Bundesrepublik Deutschland e.V., Sondernummer der "Demokratische Gemeinde", September 1995, Bonn, S. 40-48.
- Buhr, Petra, (1995): "Objektive Zeit: Wie lange dauert Sozialhilfe?", in: Stephan Leibfried, Lutz Leisering u.a., Zeit der Armut. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 75-106.
- Buhr, Petra, (1995): "Subjektive Zeit: Wahrnehmung und Bewertung von Sozialhilfe", in: Stephan Leibfried, Lutz Leisering u.a., Zeit der Armut. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 107-130.
- Buhr, Petra (1995): Sozialhilfe - Mythos und Realität. Klarstellungen zur aktuellen Reformdebatte, Blätter für deutsche und internationale Politik 40, S. 1060-1070.
- Buhr, Petra (1995): Sozialhilfe und Lebenslauf. Empirische Analysen kurzfristigen und langfristigen Sozialhilfebezugs auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Daten, in: Josef Popper-Nährpflicht-Stiftung. Forschungspreis 1995, Frankfurt a.M.: Universität, S. 50-68.
- Buhr, Petra und Stephan Leibfried (1995): 'What a difference a day makes': the significance for social policy of the duration of social assistance receipt, in: Room, Graham (Hrsg.), Beyond the Threshold. The measurement and analysis of social exclusion, Bristol: The Policy Press, S. 129-145.
- Buhr, Petra und Lutz Leisering (1995): Armut im Lebenslauf. Armut und Armutspolitik aus der Sicht der dynamischen Armutsforschung, Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 75, S. 73-77.
- Buhr, Petra (1996): Zur Dynamik von Armut - Dauer und biographische Bedeutung von Sozialhilfebezug, in: Heiner Brölle und Norbert Johrendt (Hrsg.), Kostenexplosion in der Hilfe zum Lebensunterhalt, Herten: Prosoz Institut/VSOP (im Erscheinen).
- Buhr, Petra; Leibfried, Stephan und Lutz Leisering (1996): Gibt es eine "neue Armut"? ,Frankfurter Rundschau Nr. 74, 27. März 1996, S. 7.
- Buhr, Petra und Wolfgang Voges (1996): Akten als Datenquelle: Die Bremer Sozialhilfedenaten, in: Wolfgang Voges (Hrsg.), Kommunale Sozialberichterstattung. Erfassung regionaler Disparitäten, Leverkusen: Leske + Budrich (im Erscheinen).
- Buhr, Petra und Andreas Weber (1996): Long-term Receipt of Social Assistance in Germany: the Eighties versus the Nineties, in: Hans-Jürgen Andreß (Hrsg.), Empirical Poverty Research in a Comparative Perspective, New York: Westview Press (in Vorbereitung).
- Buhr, Petra und Andreas Weber (1996): The Impact of Social Change on Social Assistance. Two Cohorts of German Welfare Recipients Compared. Sfb-Arbeitspapier Nr. 31.

- Buhr, Petra und Andreas Weber (1996): Unbelievable Change. German Social Assistance after the Fall of Communism, in: Lutz Leisering und Robert Walker (Hrsg.), *The Dynamics of Modern Society: Policy, Poverty, and Welfare* (im Erscheinen).
- Duncan, Greg J., Wolfgang Voges und Richard Hauser (1994): Armut- und Sozialhilfedynamiken in Europa und Nordamerika, *Zeitschrift für Sozialreform* 40, S. 281-313.
- Duncan, Greg, Richard Hauser, Wolfgang Voges u.a. (1995): Poverty and Social Assistance Dynamics in the United States, Canada and Europe, in: Katherine McFate, Roger Lawson und William J. Wilson (Hrsg.), *Poverty, Inequality and the Future of Social Policy: Western States in the New World Order*, New York: Russell Sage Foundation, S. 67-108.
- Gustafsson, Bjørn und Wolfgang Voges (1996): Pulling out of the Income Safety Net in Germany and Sweden, in: Lutz Leisering und Robert Walker (Hrsg.), *The Dynamics of Modern Society: Policy, Poverty, and Welfare* (im Erscheinen).
- Leibfried, Stephan (1994): "En Route to Positively Joint Sovereignty? The Social Dimension of the European Union", *Journal of European Social Policy* 4, S. 1-24.
- Leibfried, Stephan (1994): "Wohlfahrtsstaatliche Perspektiven der Europäischen Union. Auf dem Wege zu positiver Souveränitätsverflechtung", *Kritische Justiz* 27, S. 263-283.
- Leibfried, Stephan (1994): "Sozialstaat" oder "Wohlfahrtsgesellschaft"? Thesen zu einem japanisch-deutschen Sozialpolitikvergleich, *Soziale Welt*, 45, S. 389-410.
- Leibfried, Stephan und Lutz Leisering (1994): "Das neue Bild der Armut", *DIE ZEIT*, Nr. 27, 18.11.1994.
- Leibfried, Stephan (1995): "Grenzen deutscher Sozialstaatlichkeit: Vom gemeinsamen Arbeitsmarkt zu erzwungener europäischer Sozialreform?", in: Barbara Riedmüller; Thomas Olk (Hrsg.), *Grenzen des Sozialstaats. Leviathan Sonderheft* 14. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 313-323.
- Leibfried, Stephan (1995): "Die soziale Dimension der Europäischen Integration", in: Josef Popper-Nährpflicht-Stiftung, *Forschungspreis 1995*. Frankfurt a.M.: Universität Frankfurt, 95-112.
- Leibfried, Stephan (1995): "La dimension sociale de l'Union européenne est elle en route vers une souveraineté, conjointe à effets positifs?", *Revue Belge de Sécurité Sociale* XXXVI (4), S. 1279-1324.
- Leibfried, Stephan und Lutz Leisering (1995): Es geht um das Fundament, *DIE ZEIT* Nr. 23, 2. Juni 1995, S. 35.

- Leibfried, Stephan und Lutz Leisering (1995): Sozialhilfe als Politikum: Mythen, Befunde, Reformen, in: Werner Fricke (Hrsg.): Jahrbuch Arbeit und Technik 1995, Zukunft des Sozialstaats, Bonn, S. 79-95.
- Leibfried, Stephan, Lutz Leisering, Petra Buhr, Monika Ludwig, Eva Mädje, Thomas Olk, Wolfgang Voges und Michael Zwick (1995): Zeit der Armut, Lebensläufe im Sozialstaat, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Leibfried, Stephan und Paul Pierson (eds.) (1995): European Social Policy. Between Fragmentation and Integration. Washington/DC: Brookings Institution Press.
- Leibfried, Stephan und Martin Seeleib-Kaiser (1995): Japanische Sozialpolitik, Zeitschrift für Sozialreform (Schwerpunkttheft), 41, S. 129-239.
- Leibfried, Stephan und Elmar Rieger (1995): The Welfare State and Globalization. Conflicts over Germany's Competitiveness ('Standort Deutschland'): Exiting from the Global Economy?, Occasional Paper. Berkeley: University of California.
- Leibfried, Stephan und Martin Seeleib-Kaiser (Hrsg.) (1995): Sozialpolitik in Japan, Schwerpunkttheft der Zeitschrift für Sozialreform 41 (3/4).
- Leibfried, Stephan und Martin Seeleib-Kaiser (1995): "Japans Sozialpolitik im Spiegel der Modernisierung. Eine Einleitung", in: Stephan Leibfried und Martin Seeleib-Kaiser (Hrsg.), Sozialpolitik in Japan, Schwerpunkttheft der Zeitschrift für Sozialreform 41 (3/4), S. 129-137.
- Leibfried, Stephan und Michael Wiseman (1995): Sozialhilfereform in den USA: ein Überblick - zu Nutz und Frommen der Deutschen, Zeitschrift für Sozialreform 41, S. 389-441.
- Leibfried, Stephan (1996): "Reform der Sozialhilfe aus Sicht der Wissenschaft", in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Sozialreform und Zukunft der Sozialhilfe, Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 58, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 65-85.
- Leibfried, Stephan und Paul Pierson (1996): "The Social Dimension", in: Helen and William Wallace (eds.), Policy Making in the European Union, 3. Aufl. Oxford: Oxford University Press, S. 186-207.
- Leibfried, Stephan und Elmar Rieger (1996): "Wohlfahrtsstaat und Globalisierung. 'Standort Deutschland': Oder vom Einstieg in den Ausstieg aus der Weltwirtschaft?", Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 43 (3), S. 217-221.
- Leisering, Lutz (1994): Dynamische Armutsforschung - vom Wandel der Armut und des Umgangs mit ihr, Theorie und Praxis der sozialen Arbeit 45, S. 282-290.
- Leisering, Lutz (1995a): Armutspolitik und Lebenslauf. Zur politisch-administrativen Relevanz der lebenslauftheoretischen Armutsforschung, in:

- Walter Hanesch (Hrsg.): Sozialpolitische Strategien gegen Armut, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995, S. 65-111.
- Leisering, Lutz (1995b): Zweidrittelgesellschaft oder Risikogesellschaft? Zur gesellschaftlichen Verortung der "neuen Armut" in der Bundesrepublik Deutschland, in: Karl-Jürgen Bieback und Helga Milz (Hrsg.): Neue Armut, Frankfurt/New York: Campus, S. 58-92.
- Leisering, Lutz (1995c): Grenzen des Sozialversicherungsstaats? Sozialer Wandel als Herausforderung staatlicher Einkommenssicherung, Zeitschrift für Sozialreform 41, S. 860-880.
- Leisering, Lutz und Stephan Leibfried (1995): Die vielen Gesichter der Armut, Neue Praxis 25, S. 302-306.
- Leisering, Lutz und Stephan Leibfried (1995): "Keine Hängematte, sondern nur ein Spiegel der Probleme: Macht Sozialhilfe abhängig? - Ein klares Nein", Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Nr. 4, 29.1.1995.
- Leisering, Lutz und Stephan Leibfried (1995): Mindestsicherung im Sozialstaat. Jenseits der Sozialhilfereform, Zeitschrift für Sozialreform 41, S. 325-340.
- Leisering, Lutz und Wolfgang Voges (1995): Secondary Poverty in the Welfare State. Do Social Security Institutions Create Their Own Clients? An Application of Longitudinal Analysis, in: Nico Keilman, Jan Lyngstad, Ib Thomsen und Hilde Bojer (Hrsg.): Poverty and Economic Inequality in Industrialized Western Countries, Scandinavian University Press (im Erscheinen; Vorabdruck als Arbeitspapier 10/93, Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen).
- Leisering, Lutz (1996a): "Einkommensmix" als individuelle Wohlfahrtsstrategie, in: Adalbert Evers und Thomas Olk (Hrsg.): Wohlfahrtspluralismus, Opladen: Westdeutscher Verlag (im Erscheinen).
- Leisering, Lutz und Stephan Leibfried (1996): Nützliche Ungleichheiten - nützlicher Sozialstaat. Verteilungspolitik jenseits der Arbeitsgesellschaft, in: Dieter Schulte (Hrsg.), Erneuerung des Sozialstaates, S. 70-90.
- Leisering, Lutz und Eva Mädje (1996): Armut in Deutschland - Umbruch und Kontinuität, in: Lars Clausen (Hrsg.), Gesellschaften im Umbruch, Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Frankfurt/New York: Campus.
- Leisering, Lutz und Robert Walker (Hrsg.) (1996): The Dynamics of Modern Society. Policy, Poverty and Welfare. London: Macmillan (in Arbeit).
- Ludwig, Monika (1995): Den Teufelskreis der Armut durchbrechen, in: Forschung, Mitteilungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft 2-3, S. 36-38.
- Ludwig, Monika (1995a): Lebenslauf und Biographie als Gegenstand der Armutspolitik, in: Erika M. Hoerning und Michael Corsten (Hrsg.): Institution

- und Biographie. Die Ordnung des Lebens, Pfaffenweiler: Centaurus, S. 179-192.
- Ludwig, Monika (1995): "Lebenszeit: Armutskarrieren zwischen Marginalisierung und Normalisierung", in: Stephan Leibfried, Lutz Leisering u.a., Zeit der Armut. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 158-202.
- Ludwig, Monika und Stephan Leibfried (1995): "Veraltete Ansichten - entgleisende 'Reformen'? Über das einseitige Bild von Armen und Sozialhilfeempfängern. Eine Analyse", Frankfurter Rundschau Nr. 145, 26. Juni, S. 12.
- Ludwig, Monika, Lutz Leisering und Petra Buhr (1995): Armut verstehen. Betrachtungen vor dem Hintergrund der Bremer Langzeitstudie, Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift DAS PARLAMENT, B32/95, S. 24-34.
- Ludwig, Monika (1996): Armutskarrieren. Zwischen Abstieg und Aufstieg im Sozialstaat. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (1994): Über die Heterogenität auch der Verläufe von Armut und über die Schwierigkeiten ihrer Erfassung anhand prozeßproduzierter Daten, BIOS 7, S. 223-239.
- Mayerhofer, Sybille und Wolfgang Ludwig-Mayerhofer (1994): Sozialhilfe im Kontext. Ein Vergleich von Haushalts- und Individualdaten anhand der "Bremer Längsschnittsstichprobe von Sozialhilfeakten - LSA - (Antragskohorte 1983)", Sonderforschungsbereich 186, Universität Bremen, Arbeitspapier Nr. 26.
- Müller, Rainer; Behrens, Johann und Wolfgang Voges (1994): "Arbeitsmedizinische Aspekte und Bedingungen des Arbeitsschutzes bei der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer", in: Rainer Müller, Thomas Schulz (Hrsg.), Betriebsärztinnen im Handlungsfeld betrieblicher Politiken. Chancen und Dilemmata beim Gesundheitsschutz. Bremerhaven: Wirtschaftsverlag NW, S. 191-219.
- Ostner, Ilona und Wolfgang Voges (1995): Verschwindet der Ernährer-Ehemann?, in: Karl-Jürgen Bieback und Helga Milz (Hrsg.): Neue Armut, Frankfurt/New York: Campus, S. 93-106.
- Rieger, Elmar und Stephan Leibfried (1995): Globalization and the Western Welfare State. An Annotated Bibliography, ZeS-Arbeitspapier 1/1995. Universität Bremen: Zentrum für Sozialpolitik.
- Voges, Wolfgang (1994): Mißbrauch des Rentensystem? Invalidität als Mittel der Frühverrentung. Frankfurt/New York: Campus.
- Voges, Wolfgang (1994): Armut von Familien. Für eine neue Betrachtungsweise familialer Lebenslagen, Diskurs 4, Heft 2, S.14-21.

- Voges, Wolfgang (1994): Konzeptionelle Überlegungen zur Erklärung von Armutsdynamik, in: sfb186-report Nr. 3, S. 9-16.
- Voges, Wolfgang und Peter Klein (1994): "Creaming the Poor" in Beschäftigungsprogrammen als Ergebnis unsystematischer Ansprache von Adressaten, in: Matthias Schulze-Böing und Norbert Johrendt (Hrsg.): Wirkungen kommunaler Beschäftigungsprogramme - Methoden, Instrumente und Ergebnisse der Evaluation kommunaler Arbeitsmarktpolitik, Steuerungsinstrumente. Stuttgart: Birkhäuser, S. 135-153.
- Voges, Wolfgang (1995): Armut und Segregation in Deutschland (schwedisch), in: Ulf Himmelstrand, Stephan Carlén (Hrsg.): Växande fattigdom i västvärden. Å vilket håll går Sverige?, Stockholm (im Erscheinen).
- Voges, Wolfgang (1995): Lebensverläufe und Lebensalter, in: L. V. Vaskovics (Hrsg.): Soziologie familialer Lebenswelten, Sonderheft 3 der Soziologischen Revue, 1995, S. 84-87.
- Voges, Wolfgang (1995): Pluralisierung familialer Erscheinungsformen und Heterogenisierung der Armutslagen von Ein-Eltern-Familien, in: Heinz Sahner und Stefan Schwendtner (Hrsg.): Gesellschaften im Umbruch, Tagungsband II: Berichte aus den Sektionen, Arbeitsgruppen und Ad hoc-Gruppen, Frankfurt a.M.: Campus (im Erscheinen).
- Voges, Wolfgang (1995): Pluralisierung familialer Erscheinungsformen und soziale Sicherung von Familien, in: Werner Schoenig und Raphael L'Hoest (Hrsg.): Der geforderte Sozialstaat, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft (im Erscheinen).
- Voges, Wolfgang (1995): "Die Frühverrentung und der Arbeitsmarkt. Invalidisierung als Regulativ", Mitteilungen der DFG 2-3, S. 32-33.
- Voges, Wolfgang (1995): "Ungleiche Voraussetzungen für Langlebigkeit. Bestimmungsgründe für Mortalität im zeitlichen Verlauf", Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie.
- Voges, Wolfgang und Ralf Bohrhardt (1995): "Die Variable 'Beruf' in der empirischen Haushalts- und Familienforschung", ZA-Informationen Nr.36. S. 91-113.
- Voges, Wolfgang und Ilona Ostner (1995): Wie arm sind alleinerziehende Frauen?, in: Karl-Jürgen Bieback und Helga Milz (Hrsg.): Neue Armut, Frankfurt/New York: Campus, S. 122-147.
- Voges, Wolfgang und Christian Schmidt (1995): Lebenslagen, die Lebenszeit kosten. Zum Zusammenhang von sozialer Lage, chronischer Erkrankung und Mortalität im zeitlichen Verlauf, in: Wolfgang Zapf, Roland Habich, Jürgen Schupp (Hrsg.), Sozialberichterstattung im Längsschnitt, Frankfurt a.M.: Campus (im Erscheinen).

- Voges, Wolfgang (Hrsg.) (1996): Kommunale Sozialberichterstattung. Erfassung regionaler Disparitäten, Leverkusen: Leske + Budrich (im Erscheinen).
- Voges, Wolfgang (1996): Segregation and Welfare Dynamics. The relationship between disparate residential milieus and welfare use over time, in: Hans-Jürgen Andreß (Hrsg.), Empirical Poverty Research in a Comparative Perspective, New York: Westview Press (in Vorbereitung).
- Voges, Wolfgang (1996): Gebrauch und Mißbrauch des Armutsbegriffes und Auswirkungen auf gesellschaftliches Handeln, in: Collartz, J. (Hrsg.): Armut und Gesundheit, Hannover (im Erscheinen).
- Voges, Wolfgang (1996): "Armut in Familien und die Folgen für junge Menschen", in: Evan. Akademie Villigst (Hrsg.), Mehr soziale Gerechtigkeit wagen. Villigst (im Erscheinen).
- Voges, Wolfgang (1996): Pflege alter Menschen als Beruf. Eine Einführung in die Soziologie sozialer Berufe, Augsburg: Maro (im Erscheinen).
- Voges, Wolfgang (1996): Poverty in a Unified Welfare State: Germany's Experience, in: S. Galinowska (Hrsg.): Social Policy towards Poverty. Problems of Countries under Transition. Warschau (im Erscheinen).
- Voges, Wolfgang, Petra Buhr und Michael Zwick (1996): Einmal drin - immer drin? - Sozialhilfebezug von Familien. Haushaltskonstellationen und "Welfarization", in: Johann Behrens und Wolfgang Voges (Hrsg.): Fließende Übergänge. Statuspassagen und sozialstaatliche Institutionalisierung, Frankfurt/New York: Campus, S.285-322.
- Voges, Wolfgang und Greg Duncan (1996): Do Generous Social Assistance Programs Lead to Dependence? A Comparative Study of Lone-Parent Families in Germany and the United States, Review of Income and Wealth (im Erscheinen).
- Voges, Wolfgang und Gerald Prein (1996): Typification in Poverty Dynamics Research: Constructing Typologies of Welfare Recipients, in: Jörg Blasius und Michael Greenacre (Hrsg.): Visualisation of Categorical Data. New York: Academic Press (im Erscheinen).
- Voges, Wolfgang und Andreas Weber (1996): Entwicklung des Sozialhilfebezuges von Ausländern und Zuwanderern, in: Wolfgang Voges (Hrsg.), Kommunale Sozialberichterstattung. Erfassung regionaler Disparitäten, Leverkusen: Leske + Budrich (im Erscheinen).
- Voges, Wolfgang und Greg Duncan (Hrsg.) (1997): Dynamic Approaches to Comparative Social Research. Aldershot: Avebury.
- Weber, Andreas (1995): Armut in der heutigen Wohlstandsgesellschaft, Religionsunterricht an höheren Schulen (rhs) 38, S. 153-159.

- Weber, Andreas (1996): Zeitlichkeit von Armut - Sozialhilfeverläufe und sozialpolitische Implikationen - Das Bremer Beispiel, Rissener Rundbrief 2/3, S. 579-590.
- Weber, Andreas (1996): Dauer und Struktur der Sozialhilfe im Bremer Osten, Statistische Monatsberichte, Statistisches Landesamt Bremen (im Erscheinen).
- Zwick, Michael (1994): Einmal arm, immer arm? Einleitung, in: ders., (Hrsg.), S. 7-20.
- Zwick, Michael (1994): Verzeitlichte Armutslagen. Resümee und Ausblick, in: ders. (Hrsg.), S. 181-190.
- Zwick, Michael (Hrsg.) (1994): Einmal arm, immer arm? Neue Befunde zur Armut in Deutschland, Frankfurt a.M./New York: Campus.

6.2 Unveröffentlichte Manuskripte

- Leisering, Lutz (1996b): Individualisierung und Armut, Ms.
- Leisering, Lutz und Robert Walker (1996): Social Assistance Dynamics - Anglo-German Similarities and Disparities (Ms, zur Veröffentlichung im Journal of European Social Policy).
- Schwarze, Uwe (1994): Sozialhilfeverwaltung und Klientel - eine empirische Analyse anhand von Experteninterviews, Sonderforschungsbereich 186, Universität Bremen, Ms.
- Voges, Wolfgang und Günther Tempel (1995): Disparitäre Lebensbedingungen und Sozialhelfedynamik. Zum Zusammenhang von sozialräumlichen Strukturen und Verarmung im Zeitverlauf, Bremen: Zentrum für Sozialpolitik, Ms.
- Voges, Wolfgang, Kasepov, Yuri und Monika Giertz (1996): ZeS-Arbeitspapier, Universität Bremen: Zentrum für Sozialpolitik, Ms.
- Voges, Wolfgang und Andreas Farwick (1996): Segregated Poverty and the Constitution of an Urban Underclass, Zentrum für Sozialpolitik/KUA, Ms.

Projekte YE1,YE2, Z

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts YE 1

Thema: "Ländliche Familie und Jugend in den neuen Bundesländern - ihr sozialer Umbruch im historischen und interkulturellen Vergleich"

Beteiligte Wissenschaftler/innen:

Prof. Dr. A. Meier	(GA) Projektleiter
Dr. U. Nagel	(GA) bis 31.03.1995
Dr. sc. J. Müller	(EA)
Dipl. Soz. H. Stuhler	(EA)

Der Ausfall von Dipl. Soz. R. Preißer wurde wettgemacht durch den Einsatz folgender Wiss. Studentischer Hilfskräfte (wechselnd auf 1,5 Stellen): V. Boldorf, M. Franke, P. Harych, R. Nauenburg, S. Wassermann sowie durch die freiwillige Mitarbeit von Dr. A. Stompe (Institut für Erziehungswissenschaften).

(11 Studenten/innen arbeiten im Rahmen des Projekts an ihren Diplomarbeiten, die 1996 und 1997 abgeschlossen werden.)

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Ausgangsfragestellung und analytischer Bezugsrahmen
3. Methodische Vorgehensweise
4. Die Hauptergebnisse
 - 4.1. Makroökonomischer und sozialer Wandel
 - 4.2. Familienökonomie - objektive Lagen und subjektive Wahrnehmung
 - 4.3. Ressourcen, Anpassungsstrategien und Transformationsformeln von Landfamilien
 - 4.4. Innerfamiliale Beziehungen im Intergenerationsverhältnis
 - 4.5. Jugendliche Entwicklungschancen und -risiken auf dem Lande zu Beginn der Statuspassage nach der Schule
5. Außenaktivitäten/Vorträge
6. Publikationen/Arbeitspapiere

1. Zusammenfassung

In den Existenzbedingungen und Biographien gibt es in den Landfamilien der ostdeutschen Untersuchungsregionen sowohl im geschichtlichen Vergleich zu der Zeit vor 1989 als auch im interkulturellen Vergleich zum Dasein der Landbewohner im Agrarstaat Iowa, aufs Ganze gesehen, mehr Verschiedenheit als Gemeinsames. Im Unterschied zum letzteren erfolgt hier der Wandel nicht nur schneller und radikaler, sondern auch umfassender. In Iowa handelt es sich um eine *lang andauernde ökonomische Krise* eines schrumpfenden Wirtschaftssektors, der Landwirtschaft, mit *sozialen Konsequenzen* besonders für die seit Generationen vererbten kleineren Familienfarmen. In Ostdeutschland hingegen haben die Menschen einen jähnen, politisch induzierten *sozialen Systemumbruch mit bis dahin ungekannten ökonomischen Folgen* herbeigeführt, die zwar ebenfalls am härtesten die Landwirtschaft betrafen, aber generell einen tiefen Einbruch des gesamten Arbeits- und Erwerbssystems mit sich brachten. Trotzdem, so konnten wir ebenfalls feststellen, nehmen die Eltern und noch mehr die Jugendlichen mit Ausnahme einiger Risikogruppen den Systemwechsel mehrheitlich positiv wahr.

Unter den nach Raum und Zeit je verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen erweist sich die *Familie* als eine *eigenständige soziale Mikroeinheit* und als entscheidendes *Vermittlungsglied* zwischen den makrostrukturellen Veränderungen einerseits und den Lebensläufen ihrer Mitglieder, insbesondere auch den Lebensentwürfen der jungen Generation, andererseits. Im Unterschied zu Iowa jedoch, wo sich die Farmkrise vorwiegend negativ auf die *sozial - psychischen Beziehungen* der betroffenen Elternteile untereinander und zu ihren Kindern auswirkt, überwiegt in Ostdeutschland der schon in unserer früheren Untersuchung zu "DDR - Zeiten" angetroffene Zustand einer Solidar- und Wertegemeinschaft im Intergenerationsverhältnis. Trotz bewußt wahrgenommener biographischer Brüche (bes. in den Erwerbsbiographien der meisten Eltern) existiert - unseren Daten zufolge - eine erstaunliche Kontinuität des Familienalltags.

Den jeweiligen empirisch erfahrbaren Risikolagen entsprechend entwickeln die Landfamilien hier wie dort ein starkes *Anpassungspotential*. Die konkreten Handlungsstrategien unterscheiden sich, wobei es zwischen den Elterngenerationen in Iowa und auf dem ostdeutschen Lande teilweise zu gegensätzlichen Geschlechter - und Kohorteneffekten kommt. Dort aber wie hier variieren die *Adaptionsstrategien und Handlungsoptionen stark in Abhängigkeit von den verfügbaren Ressourcen*. In Iowa hängen sie stark davon ab, ob man Farmer geblieben ist oder nicht. In den ostdeutschen Untersuchungsregionen dagegen

zählen weniger *die von der Landwirtschaft bestimmten Haushaltstypen* als vielmehr *die Sozialstatuslagen*, die ihrerseits maßgeblich von den Bildungs- und Berufsbiographien der Eltern bestimmt sind und mit dem Erwerbs- und Einkommensstatus korrelieren und mit deren Risiken.

Der *elterliche Sozialstatus* stellt sich in den neuen Bundesländern - ebenso wie in den früheren Untersuchungen in der DDR - zwar nicht als die alleinige, wohl aber stärkste Einflußgröße bezüglich der Bildungsaspirationen, Bildungserfolge und beruflichen Zukunftspläne ihrer (älteren) Kinder und somit für *die Wahl der spezifischen Übergangspfade* nach der Schule heraus. Sowohl hinsichtlich der Bildungs- und Berufsentscheidungen als auch der weiteren Lebenspläne, soweit schon vorhanden, folgt die junge Landgeneration in Ostdeutschland auch eher generell den überkommenen *Übergangsmustern* und Vorstellungen über die gesamte Statuspassage als (post-) modernen Konzepten eines Bildungsmoratoriums mit individuell aufgefächerten Teilpassagen. Trotz der Strukturveränderungen im Schul- und Ausbildungssystem hält sich der *hohe Institutio-nalisierungsgrad der Laufbahnen*. Die gewachsene Optionsbreite bleibt ein Oberflächenphänomen. Die tiefere Tendenz besteht in der dominanten Selbstrekrutierung von Statusgruppen - mit einer Ausnahme: *Wie in Iowa geht auch in den neuen Bundesländern der Landwirtschaft der Nachwuchs aus.*

2. Ausgangsfragestellung und analytischer Bezugsrahmen

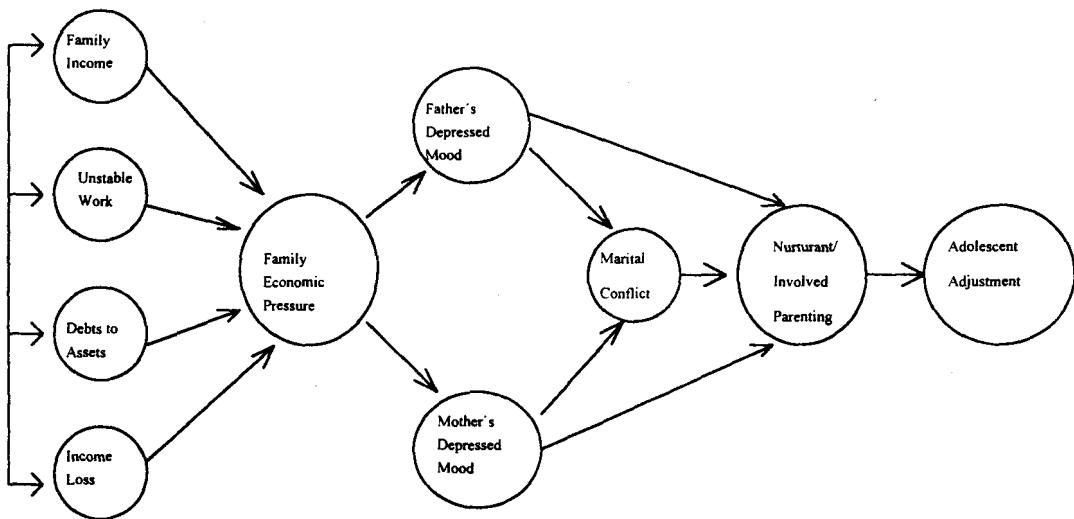
Die Untersuchungen in ostdeutschen ländlichen Regionen waren als eine Longitudinalstudie von voraussichtlich sechs Jahren parallel zu den von Elder, Conger u.a. in Iowa durchgeführten Forschungen konzipiert. Sie sollten zu vergleichbaren Einsichten in die Folgen des makrostrukturellen Wandels auf dem Lande für die dort lebenden Familien und die Entwicklung ihrer (älteren) Kinder, hier besonders für deren Statuspassagen nach der Schule, führen. Außer auf den interkulturellen Vergleich waren die Forschungsfragen auf eine historische Sichtweise bezüglich der Veränderungen von Lebensbedingungen, Biographien und Lebensplänen von Landfamilien und -jugendlichen vor und nach dem gesellschaftlichen Systemumbruch in Ostdeutschland angelegt, zumal es in den ausgesuchten Landkreisen 15 Jahre zuvor eine ähnliche empirische Untersuchung von Bildungs- und Jugendsoziologen aus der DDR gegeben hatte.

Der Stand unserer theoretischen und empirischen Kenntnisse zu Beginn der Untersuchung wurde ausführlich im seinerzeitigen Antrag (1993) dargestellt.

Durch die Kooperation mit den amerikanischen Forschern wurde er unter durchgehender Beibehaltung der zentralen Fragestellung nach dem Übersetzungsprozeß von risikoreichen Krisensituationen des ökonomischen und sozialen Wandels in die Lebenslagen und sozialen Beziehungen von Landfamilien und vermittels ihrer in die Lebenspläne und Übergangspfade der Jugendlichen erweitert. Insbesondere Elders Arbeiten zu den Kindern der Farmkrise (1992a) und zum intergenerativen Wandel im ländlichen Amerika (zus. mit Rudkin und Conger, 1992) sowie das namentlich von Conger und Elder entworfene konzeptionelle Modell über die familialen Konflikte und die Anpassung von Adoleszenten bei ökonomischen Risikolagen haben die Ausarbeitung unseres analytischen Bezugsrahmens beeinflußt. Zu Vergleichszwecken wurde unser theoretisches Modell in Abstimmung mit Elder sehr ähnlich gehalten, freilich unter Weglassung der ausgesprochen psychologischen Variablen bei den Vätern und Müttern.

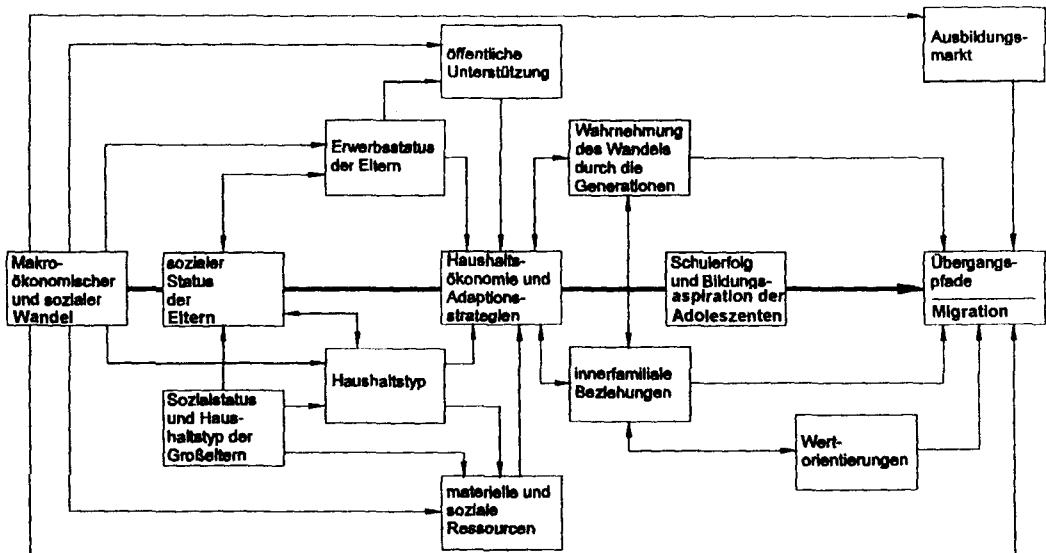
Bei Conger, Elder u.a. (1992) finden wir folgendes Grundmodell:

Abb. E1: The Conceptual Model



Unser eigenes analytisches Modell hat, hier vereinfacht dargestellt, dann folgende Form angenommen:

Abb. E2: Analytisches Modell im Projekt "Ländliche Familie und Jugend in Ostsdeutschland"



Von Elders Perspektive, Sozialisationskonzepte in solche des Lebenslaufs unter den Bedingungen von historischer Zeit und sozialem Wandel aufgehen zu lassen (1994), beeinflußt, haben wir die drei Dimensionen der Untersuchung zwar beibehalten, aber inhaltlich leicht modifiziert. So verfolgten wir nunmehr unsere Fragestellungen stärker auf den Dimensionen der Haushaltsökonomie, der innerfamilialen Beziehungen im Generationsverhältnis und der Chancen und Risiken der ersten Statuspassage im jugendlichen Lebenslauf. Über das "Iowa Youth and Family Projekt" (IYFP) hinausgehend, sahen wir uns veranlaßt, aus dem Bildungs- und Berufsstatus und den vorausgegangenen Laufbahnen der Eltern einen *familialen Sozialstatus* zu konstruieren. Analytisch und empirisch fällt er nämlich *weder mit dem Erwerbsstatus noch mit dem landwirtschaftlich oder nichtlandwirtschaftlich bestimmten Haushaltstyp zusammen*, wohl aber erweist er sich als *eigenständige soziale Einflußgröße*. Für die *Analyse der Makro-Mikro-Beziehungen des sozialen Wandels und seiner Vermittlungsglieder ist er theoretisch und empirisch unerlässlich*. Für die Analyse der qualitativen Familieninterviews richtete sich die Ausgangsfragestellung auf die sozialen Ressourcen, die die ostdeutschen Familien auf dem Lande für die Bewältigung der Transformation mitbringen. Ziel war es hier, familienbiographische Adoptionsstrategien zu ermitteln.

3. Methodische Vorgehensweise Probleme der internationalen und historischen Vergleichbarkeit

Bei komparativen soziologischen Forschungen stellen sich stets einige Schwierigkeiten ein, von denen verständlicherweise die unsrigen nicht verschont blieben. Der Kürze halber sollen hier nur die Differenzen in den Erhebungstechniken, der Indexbildung und der Zeitlichkeit erwähnt werden. Das unterschiedliche Sampling muß ebenfalls berührt werden.

Unter historisch und kulturell so verschiedenenartigen Bedingungen, wie sie sowohl in der Landwirtschaft der USA im Vergleich zu der in Ostdeutschland als auch im Erwerbs-, Wohlfahrts- und Bildungssystem sowie schließlich auch in den Familienstrukturen und -traditionen vorliegen, verdienten Probleme der Operationalisierung bishin zur Indexbildung einer ausführlichen methodischen Erörterung. Hier sei nur beispielhaft auf die Gliederung der Haushaltstypen nach

Farmern und ihrer Gleichsetzung mit "Landwirtschaftlich Beschäftigten" und die Entsprechungen von unterschiedlichen Gruppen aus der Landwirtschaft hier wie

dort Ausgeschiedenen oder einst oder niemals dort Tätigen angeführt. Ferner wurde schon erwähnt, daß unter den hiesigen Bedingungen außerdem eine Clusterung zu 4 Sozialstatusgruppen unter Verwendung der Variablen Bildungs- und Qualifikationsstand, berufliche Tätigkeit und Stellung von Vätern und Müttern notwendig wurde, weil nicht der dominanten amerikanischen Vorstellung von der mittelschichtartigen, weißen, männlich geleiteten Farmfamilie gefolgt werden konnte, sondern die sozial stark hierarchische Struktur der ostdeutschen Landbevölkerung beiderlei Geschlechts abgebildet werden mußte. Viele Variablen mußten unseren Bedingungen angepaßt werden, so z. B. die Definition von "unstable work", "family's economic hardship", "rural orientation" und dergleichen mehr. Hilfreich waren hier die direkten Erörterungen unserer Fragebögen mit Glen Elder Jr. selbst in einem Workshop zu Beginn unserer empirischen Untersuchung, so daß am Ende etwa 30 - 40 Prozent der Indikatoren einigermaßen vergleichbar gemacht wurden. Auf die psychologischen Inhalte, die bei der Untersuchung der innerfamilialen Dynamik der Gefühle und Mentalitäten der Landfamilienmitglieder in Iowa eine große Rolle spielten, haben wir bewußt verzichtet. Unsere Fragebögen und Interviewleitfäden wurden den amerikanischen Partnern zugestellt.

Das Problem der unterschiedlichen Vorgehensweise bei der Erhebung wurde dadurch abgeschwächt, daß wir unsere Zahl der Eltern- bzw. Familieninterviews unter Anspannung aller Kräfte von den geplanten 60 auf 200 und bei den narrativen Tiefeninterviews von den angezielten 9 auf 22 gesteigert haben und zugleich die Befragung der Adoleszenten, die bei Elder, Conger und ihren Mitarbeitern in den 452 Familien stattfindet, auf 855 Jugendliche in ihren schulischen Abgangsklassen ausdehnten, wovon 200 von ihnen wieder den häuslich interviewten Familien zugeordnet werden konnten. Was bleibt ist die Differenz in den Untersuchungsinstrumenten, die wir durch eine geschickte Verbindung von quantitativen (und wie bei den amerikanischen Forschern standardisierten) Erhebungstechniken und qualitativen Verfahren so gering wie möglich zu halten bestrebt waren.

Die Longitudinalstudie in Iowa begann 1989 und erreichte 1994/95 Adoleszenten aus den Abgangsklassen der high school. Wir setzten genau im gleichen Schuljahr auf den verschiedenen Abgangsstufen des differenzierten, aus der alten

Bundesrepublik importierten Schulsystem mit unserer Untersuchung ein, so daß ein Vergleich an der Schwelle zur Statuspassage nach Verlassen der Schule möglich werden sollte. Dennoch entstand ein doppeltes Problem. Erstens konnten wir retrospektiv - bis auf ganz wenige Fragen - nicht die Jugendlichen, sondern nur deren Eltern nach den Entwicklungen seit 1989 befragen. Zweitens standen uns nur die amerikanischen Fragebögen zur Verfügung, soweit sie vor unserer eigenen Untersuchung zum Einsatz gelangt waren. Trotzdem boten sie doch die Mitwirkung von Glen Elder an den Entwürfen für unsere eigenen Untersuchungsinstrumente genügend Anhaltspunkte.

Das Zeitproblem stellte sich, aufs Ganze gesehen, sogar schwächer hinsichtlich gewisser Ungleichzeitigkeiten mit der Parallelforschung als vielmehr im historischen Vergleich heraus. Etwa nur 20 - 30 Prozent der Indikatoren konnten aus der Untersuchung von 1979/80 übernommen werden. Die Folge ist deshalb ein hier nur partieller Vergleich, dessen Methodologie noch ausführlich in einer Habilitationsschrift (Stompe, in Vorbereitung) im Zusammenhang mit der Gesamtdarstellung der Ergebnisse zu den beiden Meßzeitpunkten in unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen darzustellen ist. Es muß sich dann zeigen, ob kontext - immanente ("systemspezifische") oder kontext - übergreifende ("universell - kulturspezifische") Konstrukte besser geeignet sind, den historischen Wandel auf dem Lande, bzw. bei den Landfamilien, von der DDR bis zu den neuen Bundesländern zu erfassen.

Auswahlverfahren und Datenerhebung

Während Elder und Conger mit einem großen Mitarbeiterstab Jahr für Jahr 452 Familien in 8 Counties besuchen und interviewen (jedes Familienmitglied einzeln) und außer Vater, Mutter und den Adoleszenten noch ein Geschwister teil einbeziehen, haben wir eine unterschiedliche Auswahl treffen müssen.

Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit unserer Untersuchung von 1979/1980 wählten wir die Landkreise Grevesmühlen in Mecklenburg - Vorpommern und Osterburg in Sachsen - Anhalt aus, die indes wie die Iowa - Counties eindeutig bis vor kurzem von der Landwirtschaft geprägte *Untersuchungsregionen* waren. Da wir erfreulicherweise in beiden Kreisen auf die nötige Zahl von Probanden kamen,

konnte auf einen dritten, ursprünglich zur Auffüllung und Ergänzung vorgesehenen Kreis verzichtet werden.

Wir unterscheiden zwischen einem *Kernsample von N = 200 interviewten Familien* mit je einem jugendlichen Schulabgänger und *einem "erweiterten" Sample von N = 855 Schulabsolventen* aus 9., 10. und 12. Klassen (in dem die 200 o. g. Jugendlichen mitenthalten sind). Die Sample - Zusammensetzung ist der von 1979 sehr ähnlich - mit dem Unterschied, daß damals nur 100 Eltern interviewt werden konnten.

Tabelle E1: Stichproben der Jugendlichen und ihrer Eltern 1979 und 1995 nach Geschlecht, abs. und in Prozent

	1979		1995	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Jugendliche insges.	827	100,0	855	100,0
dar. männlich	382	46,2	407	47,6
dar. weiblich	441	53,3	445	52,0
dar. ohne Angabe	4	0,5	3	0,4
Eltern insgesamt	100	100,0	200	100,0
dar. mit Jungen	46	46,0	108	43,0
dar. mit Mädchen	54	54,0	92	46,0

Die Jugendlichen wurden damals wie heute mit *einem standardisierten Fragebogen* - zumeist aus geschlossenen Fragen bestehend - *schriftlich befragt*, etwa 1 - 1 1/2 Stunden lang in ihren Schulklassen durch geschulte Interviewer und ohne Anwesenheit ihrer Lehrer. 86 Prozent gaben die Einwilligung und die Adressen ihrer Eltern, von denen dann trotz einiger Abweisungen am Ende 200 mittels eines *weitgehend standardisierten Interviewbogens*, durchschnittlich 1 Stunde lang, *mündlich befragt* wurden.

Die empirische Erhebung der Massendaten erfolgte in nur 3 Wochen Ende März/Anfang April 1995 sowohl in 49 Schulklassen als auch durch Hausbesuche bei den Eltern in relativ weit verstreut gelegenen Gemeinden unterschiedlicher Größe in beiden typischen Landkreisen. Sie war nur möglich durch den unermüdlichen Einsatz von 17 Studenten, die als Interviewer im Feld an die Seite der wissenschaftlichen Mitarbeiter traten.

Zur Beschreibung des makrostrukturellen Hintergrundes und zu Vergleichszwecken erfolgte die Erhebung von Sekundärdaten aus Statistiken und anderen Materialien des statistischen Bundesamtes, der statistischen Landesämter Mecklenburg-Vorpommerns und Sachsen-Anhalts, der Schul- und anderer Statistiken der Landratsämter der Untersuchungskreise, der Bundesanstalt für Arbeit, der Arbeitsämter Schwerin und Stendal sowie ihrer Dienststellen in Grevesmühlen und Osterburg u. a. m. Dies sind insbesondere Daten zur Bevölkerungsentwicklung, zur Schulstruktur, zur Erwerbstätigkeit, zur Lehrstellenentwicklung und Berufsberatung, zur Wirtschaftsstruktur und zu Veränderungen in der Landwirtschaft.

Hinzu kamen 22 *Familien - Tiefeninterviews* von jeweils 1 bis 2 Stunden mit Eltern und Jugendlichen gleichen Alters in denselben Untersuchungsgebieten, deren Gegenstand die Geschichte der Familien seit der Wende 1989 war. Sie wurden von zwei erfahrenen Wissenschaftlerinnen nach dem Verfahren des familiengeschichtlichen Gesprächs als offene Gespräche und mit einem Kurzfragebogen am Schluß, in dem die äußereren Daten festgehalten wurden, durchgeführt.

Datenauswertung

Bei der Auswertung der soeben genannten Familieninterviews, die zunächst vollständig zu transkribieren waren, wurde einzelfallanalytisch in Anlehnung an die objektive Hermeneutik vorgegangen. Daran anschließend erfolgte der Fallvergleich mit der Abtragung der Besonderheiten der Familien auf Dimensionen des Vergleichs.

Die Analyse der quantitativ erhobenen Daten sowohl aus den Elterninterviews als auch aus der Schülerbefragung erfolgte mit Hilfe der statistischen Auswertung auf der Basis von SPSS für Windows 6.0.1. und Microsoft Excel Version 5.0.

Dazu wurden zunächst die Dokumente der Befragung der Jugendlichen und der Interviews der Eltern verschlüsselt, danach die in den Fragebögen und den standardisierten Interviews der Eltern enthaltenen offenen Fragen codiert. Zum Einsatz kamen unterschiedliche statistische Verfahren: einfache deskriptive wie Häufigkeitsverteilungen ebenso wie analytische, wie z. B. multiple Varianzanalysen und Regressionsanalysen mit den entsprechenden Signifikanztests. Für Vergleiche der Aussagen zwischen Jugendlichen und ihren Eltern boten sich

Mittelwertvergleiche mit dem T - Test an. Die benutzten Item-Batterien wurden in der Regel zu Aggregatvariablen verdichtet. Es kamen im Ergebnis von Faktorenanalysen nur Faktoren mit Alpha - Werten über 0.5 in Anwendung. Für die Entwicklung einer Typologie der Familien nach dem Sozialstatus wurde die Clusteranalyse eingesetzt.

Methodischer Ausblick

Der Vergleich mit den amerikanischen Daten ist bei weitem noch nicht abgeschlossen. Er stützt sich bisher auf die Publikationen unserer Kooperationspartner bis 1994 und muß vor allem dem für den Herbst 1996 vorgesehenen Workshop überlassen bleiben. *Sinnvoll wird er allerdings erst dann endgültig, wenn beide Seiten die geplante Longitudinalstudie auch wirklich parallel zu Ende bringen können.*

Unsere derzeitigen umfanglichen Ergebnisse haben bislang eher den Charakter einer einmaligen Querschnittsanalyse mit historischem Rückblick. Außer dem Aufsatz von Nagel (1996) wird ein ausführlicher Gesamtreport (Meier; Müller; Stuhler 1996) von ca. 200 Seiten mit einem detaillierten Tabellenwerk - über den hier vorgelegten Bericht weit hinausgehend - hergestellt. Diese vorgesehene Publikation der Ergebnisse wird außerdem die Methodendarstellung und - kritik wesentlich erweitern.

4. Die Hauptergebnisse

4.1. Makroökonomischer und sozialer Wandel

In den untersuchten Regionen haben die ökonomische Krise und der soziale Wandel tiefe Spuren hinterlassen. Sowohl in den Landkreisen Grevesmühlen in Mecklenburg-Vorpommern und Osterburg in Sachsen-Anhalt als auch in den acht Counties der Paralleluntersuchung im Staaate Iowa zeigen die einschlägigen Indikatoren *ökonomische und soziale Veränderungen auf der Makroebene* an, die massenhaft zu Risikolagen führen und von denen Folgen für die dort beheimateten Familien und die Biographien ihrer Mitglieder zu erwarten sind.

Von der *Landflucht* waren beide Untersuchungsgebiete betroffen. In den betreffenden Counties in Iowa ging die Bevölkerung während des Krisenjahrzehnt

zwischen 1980-1989 zwischen 8,1% und 12,8% zurück¹. Vergleichsweise verloren Grevesmühlen und Osterburg schon in dem Jahrzehnt vor der seinerzeitigen ersten Untersuchung (1979/80) rund 10% und dann nochmals vor und nach dem Wegfall der innerdeutschen Grenze bis zum Jahre 1993 weitere rund 4% im ersten und rund 8% im zweiten Falle.

Hier wie dort wanderten vor allem die Jüngeren ab, wobei die Alterung der Landbevölkerung im Zuge des Umbruchs der Lebensverhältnisse in Ostdeutschland durch einen katastrophal anmutenden Geburtenrückgang beschleunigt worden ist.

Beim *Strukturwandel des Beschäftigungssystems* kann man in Iowa von einer sektoralen Verschiebung, in den hiesigen untersuchten Kreisen - wie in Ostdeutschland generell - von einem Einbruch der gesamten Erwerbstätigkeit sprechen. Nur in 4 der untersuchten Iowa-Counties gingen die Beschäftigungszahlen zurück, in einem blieben sie stabil, und in 3 stiegen sie - wie im Staat selbst - noch an. Dagegen reduzierte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Landkreis Grevesmühlen drastisch um knapp die Hälfte, im Landkreis Osterburg sogar um mehr als die Hälfte. Dieser einzigartige Beschäftigungsabbau innerhalb von 3-4 Jahren in den ostdeutschen Regionen übersteigt alle Erfahrungen der dort lebenden Generationen.

Am stärksten ist sowohl in den ostdeutschen Untersuchungskreisen als auch in den Iowa-Counties die *Landwirtschaft* von diesem Niedergang betroffen, wenn er auch aufgrund unterschiedlicher *historischer Voraussetzungen* der Form und dem Ausmaß nach vergleichsweise verschieden verlief.

Einsteils gab es in Iowa während des Krisenjahrzehnts bei den kleinen Familienwirtschaften ein Farmsterben von ca. 20 % der Höfe, und ihre Zahl soll nach der Voraussage der Forscher um weitere 9,5 % bis 1997 fallen. Auf der anderen Seite hat sich gemäß Internet-Daten in nur 5 Jahren (1987-1992) die Zahl der großen Farmen (über 1000 acres) um rund 1000, h. d. um 27% erhöht. In den besagten Counties verloren infolge der Farmkrise rund 15 % der in der Land-

¹ Die Daten über Iowa sowie die dort untersuchten Counties sind, soweit nicht mit "Internet" gekennzeichnet, entnommen aus: Conger; Elder (1994), Elder; Rudkin; Conger (1992); Ge u.a. (1992), Elder (1992 a, b).

wirtschaft Beschäftigten ihre Arbeit. Die *Arbeitslosenquote* aber blieb allen Quellen zufolge durchweg unter 5 % und lag bei den Frauen noch niedriger als bei den Männern.

Im Unterschied dazu führten die Liquidierung der sozialistischen Eigentumsverhältnisse und der dementsprechenden großen, kollektiven Betriebsformen und die politisch erwünschte Re-Privatisierung bis 1993 in Grevesmühlen zur Neugründung von weit über 100 und in Osterburg von über 200 einzelbäuerlichen Familienbetrieben - mit wenigen Ausnahmen Kleinbauern oder nur bäuerliche Nebenwirtschaften. Ungeachtet der staatlichen Förderung dieser Eigentums- und Betriebsformen haben sich dennoch wieder kollektive Großbetriebe - nunmehr auf der Grundlage bürgerlichen Rechts - neu gebildet. Im Kreis Grevesmühlen werden rund 70 % und im Kreis Osterburg mehr als 80 % der Flächen gemeinschaftlich bewirtschaftet. Die mit dem Einzug der westlichen Marktwirtschaft verbundene rigorose Rationalisierung ist jedoch gerade an ihnen nicht vorübergegangen. Im Gegenteil, innerhalb kürzester Frist haben 4 von 5 ehedem in der Landwirtschaft Beschäftigten ihren Arbeitsplatz verloren - in unseren Untersuchungskreisen genauso wie überall in den neuen Bundesländern.

In einem Gebiet, in dem einstmals - etwa zum Zeitpunkt der seinerzeitigen ersten Untersuchung - nachweisbar Vollbeschäftigung herrschte, gab es im April 1995, als unsere derzeitige Untersuchung lief, 20% registrierte Arbeitslose im Bereich der Dienststelle Osterburg und aufgrund gewisser Standortvorteile (Nähe zu westdeutschen Großstädten) in Grevesmühlen rund 14 %. Die Arbeitslosenquote der Frauen lag im ersten Fall um rund 10 % und im zweiten Fall um rund 7 % über der der Männer. Vor 1989 hielten sich in der DDR die Erwerbsquote beider Geschlechter die Waage. Der Tendenz nach ähnlich wie in Iowa, jedoch in viel höherem Maße sind der Landwirtschaft vor - und nachgelagerte industrielle und andere gewerbliche Unternehmen sowie Dienstleistungen (in Ostdeutschland auch Sozial- und Bildungseinrichtungen auf dem Lande) in den Bankrott getrieben worden. Der Rückgang der allein im produzierenden Gewerbe Beschäftigten um ein Drittel kann durch die gewachsene Zahl von neuen Selbständigen in den beiden Untersuchungskreisen - meistens Kleingewerbetreibenden auf unsicherer wirtschaftlicher Basis - nicht aufgefangen werden. Ebensowenig kann die Inbesitznahme fruchtbare landwirtschaftliche Nutzfläche (bes. in Grevesmühlen)

oder der Aufkauf von Dienstleistungsunternehmen durch westdeutsche Kapitaleigner die Zerstörung der einstmals von der DDR planmäßig betriebenen Ansiedlung von Industriebetrieben auf dem Lande wettmachen. Dagegen wird die hohe Erwerbslosigkeit in den untersuchten Kreisen durch wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen (staatlich gestützte Arbeitsplätze; Vorruststand; Fortbildungs- und Umschulungskurse etc.) noch gemildert. Die Quote läge ansonsten um etwa 10 % in den beiden Kreisen höher.

Es gibt bereits eine *Armutspopulation* und die *Notwendigkeit hoher öffentlicher Ausgaben* für die am schwersten betroffenen sozialen Gruppen. In unseren Untersuchungskreisen lagen beide Größen über den in Iowa festgestellten (s.w.u.). Am meisten bedürfen Dauerarbeitslose und Alleinstehende mit Kindern (meist Frauen) ohne oder nur mit einem geringen Erwerbseinkommen der finanziellen Unterstützung aus öffentlichen Mitteln.

Vergleicht man die makrostrukturellen Veränderungen in den Untersuchungsregionen in Ostdeutschland mit denen in den USA, dann treten neben bestimmten Gemeinsamkeiten, was den Niedergang der Landwirtschaft angeht, deutliche Unterschiede hervor.

Zusammengefaßt zeigen die Daten der Paralleluntersuchung, daß es sich in Iowa um eine *langanhaltende Agrarkrise ökonomischer Natur mit ernsten sozialen Konsequenzen*, vor allem für einen bestimmten Teil von Bauern handelt; währenddessen die Menschen in den ebenfalls einst landwirtschaftlich geprägten ostdeutschen Untersuchungskreisen selbst einen *jähnen sozialen und politischen Systemumbruch herbeigeführt haben, der ungeahnte ökonomische Folgen* hat. Der Strukturwandel im amerikanischen Fall besteht in einem gravierenden, stetigen Bedeutungsverlust der Landwirtschaft in einem Staat, in dem die Arbeit und Lebensweise von dessen Bewohnern seit Generationen weitgehend von ihr bestimmt waren. Im ostdeutschen Fall bricht nicht nur die Landwirtschaft nahezu gänzlich zusammen, sondern der viel tiefer und weiter gehende Strukturwandel politischen und sozialen Ursprungs führt zum Übergang zu einer kapitalistischen Ökonomie und gleichermaßen zu neuen bürgerlichen Rechts- und Gesellschaftsformen auf allen Gebieten.

Modernisierungsdruck herrscht dort wie hier, wenngleich auch wieder in verschiedenartiger Weise. In Iowa zeichnet sich das Absterben der kleineren, über Generationen vererbten Familienwirtschaften ab als Folge des neuen, globalen Konkurrenzkampfes. In den ostdeutschen ländlichen Regionen folgt auf eine "selektive Modernisierung" sozialistischen Gepräges (Gerschenkorn 1985) eine Art "sekundäre Modernisierung" auf privatwirtschaftlicher Basis mit der dominanten Tendenz einer Durchrationalisierung in Form eines rasanten Arbeitsplatzabbaus. *Der Wandel erfolgt hier nicht nur schneller und radikaler, sondern auch umfassender.* Ist der Strukturwandel dort der ökonomischen Krise eines schrumpfenden Wirtschaftssektors geschuldet, so hier einem allseitigen sozialen Systemumbruch.

Hier wie dort bürden die makrostrukturellen Veränderungen der Bevölkerung *soziale Kosten* auf, die sich auf der Mikroebene in der Familie und ihren Haushalten sowie in den Lebensläufen und -plänen ihrer Mitglieder aus den verschiedenen Generationen niederschlagen müssen.

4.2. Familienökonomie - objektive Lagen und subjektive Wahrnehmung

In Anlehnung an das IYFP haben wir auf der *Dimension der Familienökonomie* die Frage verfolgt, welche Folgen der makrostrukturelle Wandel für die auf dem Lande lebenden Familien in Abhängigkeit von deren Erwerbssituationen, den Haushaltstypen, gebildet nach ihrer Stellung zu oder in der Landwirtschaft, und ihren Einkommen hat und wie die transformationsbedingte Veränderung der wirtschaftlichen Lage der Familien wahrgenommen wird. Unsere Hypothese war, kurz gesagt, daß es auch unter den Landfamilien Gewinner und Verlierer des sozioökonomischen Umbruchs gibt, und zwar je verschieden nach ihren Statusmerkmalen. Den Familien und Individuen, so wurde erwartet, werden hohe Umstellungs- und Anpassungsleistungen abverlangt.

Unsere derzeitigen Ergebnisse bestätigen unsere wichtigsten Annahmen betreffs sozialstrukturell unterschiedlicher Auswirkungen auf die Landfamilien und hinsichtlich biographischer Brüche - besonders in den Erwerbsbiographien der Eltern - bei einem großen Teil der Population. Zugleich weisen sie auf Konvergenzen, aber auch auf Divergenzen zum IYFP hin.

Dies betrifft zunächst einmal schon den *Vergleich nach Haushaltstypen* in beiden Samples, wo infolge der viel größeren Einschnitte in das hiesige Erwerbssystem der Anteil von noch in der Landwirtschaft beschäftigten Elternteilen kleiner als der in Iowa ist, während der jüngst aus der Landwirtschaft in Ostdeutschland Ausgeschiedenen größer ausfällt.

Tabelle E2: Haushaltstypen, gebildet nach den Beziehungen der Familien zur Landwirtschaft, abs. und in Prozent, Grevesmühlen (G) und Osterburg (O) im Vergleich zu Iowa-Counties

Haushaltstyp	Iowa-Counties		Grevesmühlen und Osterburg	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Farmer	90	19,9	17	8,5
Part-time Farmer	40	8,8	1	0,5
Displaced Farmer	59	13,0	50	25,0
Nonfarmer, Farm origin	148	32,7	80	40,0
Nonfarmer	116	25,6	52	26,0
Insgesamt	453	100,0	200	100,0

Die Stichprobenanteile werden sich bei den Nonfarmern beider Kategorien sehr ähnlich, wenn man ihnen das "Part-time Farming" zuschlägt, bei dem auch in Iowa der größte Teil des Haushaltseinkommens aus nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten stammt und sich die Betreffenden nicht mehr als Farmer definieren.

Der höhere Anteil von nicht in der Landwirtschaft beschäftigten Eltern mit bäuerlicher Herkunft in den ostdeutschen Landkreisen weist auf einen wichtigen *generationsspezifischen Unterschied im historischen Kontext* hin; denn sie stammen aus Familien, deren Eltern wiederum (die G1 - Generation nach Elder) schon im Zuge der einstigen Kollektivierung in der DDR ihre einzeln bäuerlichen Unternehmen aufgegeben haben.

In beiden Samples zeigen sich *signifikante Zusammenhänge zwischen dem Haushaltstyp, dem Arbeitsplatzrisiko, der Erwerbstätigkeit und der Streuung der Haushaltseinkommen*.

Tabelle E3: Erwerbsstatus der Eltern, Anteil von berufstätigen Müttern auf dem ersten Arbeitsmarkt und Streuung im Haushaltsnettoeinkommen in Abhängigkeit vom Haushaltstyp, in Prozent, Grevesmühlen (G) und Osterburg (O) im Vergleich zu Iowa-Counties (Iowa-C)

Haushaltstyp	Von "instabiler" Arbeit betroffene Familien ¹		Berufstätige Ehefrauen		Streuung des Haushaltsnettoeinkommens	
	Iowa-C	G+O	Iowa-C	G+O	Iowa-C	G+O
Farmer	7	29	72	77	+18,9	-4,5
Part-time Farmer	12		68		+36,7	
Displaced Farmer	22	44	80	62	-5,0	-16,4
Nonfarmer, Farm origin	15	20	85	84	0,0	+6,0
Nonfarmer	24	29	75	79	13,8	+8,1

¹ Bei Conger und Elder (1994): Verlust oder vorübergehender Ausfall des Arbeitsplatzes oder Degradierung. Für uns bedeutet "instabile Arbeit": Verlust oder Beschäftigung auf einem öffentlich finanzierten Arbeitsplatz (ABM, FuU etc.)

Vom *Arbeitsplatzrisiko* sind in beiden Samples die "Displaced", die aus der Landwirtschaft Ausgeschiedenen, am stärksten betroffen: in den ostdeutschen Kreisen anteilmäßig sogar noch stärker, in den Iowa-Counties ähnlich den Nonfarmern. Diese beiden Gruppen haben dem IYFP zufolge auch dort die *stärksten Einkommensverluste*, während dies in unserer Untersuchung als Abweichung vom generellen Mittelwert nach unten nur auf die "Displaced", dagegen nicht auf die außerhalb der Landwirtschaft schon immer oder seit langem Tätigen einkommensmäßig zutrifft. Die Bauern in Iowa haben ebenso wie die dortigen "Part-time-Farmer" erhebliche Einkommensgewinne, die Bauern in den ostdeutschen Untersuchungskreisen leichte Verluste.

Die *Frauenerwerbsquote* ist in Iowa auf rund 70-85 % angestiegen (bei der G1-Generation waren nur ca. 20 % der Mütter erwerbstätig). In den ostdeutschen Untersuchungskreisen dagegen ist sie auf eine ähnliche Größe abgefallen. Dies stellt hier einen erzwungenen Rückzug aus der Erwerbstätigkeit dar.

Ein *Kohorteneffekt* zeigt sich in der Elterngeneration - besonders bei den Vätern - in Iowa und den in den ostdeutschen Landkreisen interviewten Familien. Während die mittlere Generation dort vom Farmsterben am stärksten heimgesucht ist, was nachweisbar besonders die Väter als schweren Schicksalsschlag empfinden, haben hier gerade die befragten 35-45 jährigen Väter, im Vergleich zu den anderen Alterskohorten, mit 90 % einen Arbeitsplatz auf dem sog. ersten Arbeitsmarkt behaupten können. Zwar hat auch hier diese heutige Elterngeneration (G2 nach Elder) Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und einen Wechsel des Wirtschaftszweiges (rund 56 % der Väter und Mütter) gemacht, aber sie legte eine hohe, zumeist horizontale berufliche Mobilität an den Tag. Gestützt auf einen hohen allgemeinen und beruflichen Bildungsstand aus der DDR, hat in rund 60 % der interviewten Familien mindestens ein Elternteil den Arbeitsplatz gewechselt, oder sogar beide Elternteile mußten mit dem Verlust und/oder mit dem Wechsel des Arbeitsplatzes fertig werden. 17 % der interviewten Eltern haben den risikoreichen Weg in die ökonomische Selbständigkeit angetreten. Besonders den Vätern gelingt es hier offenbar demnach, erwerbsbiographische Brüche in Risikolagen zu überwinden und sich auf die neuen Zwänge der Marktwirtschaft einzustellen.

Die aus der Landwirtschaft stammenden Väter landeten zu mehr als zwei Dritteln entweder in "blue-collar"- Berufen oder in der Selbständigkeit, sofern sie nicht wie der Rest inzwischen aus dem ersten Arbeitsmarkt oder gänzlich aus einer Erwerbstätigkeit ausgeschieden sind. Die Mütter wechseln - ähnlich wie dem IYFP zufolge - mehrzählig zu "white-collar"- Berufen. Der Arbeitsplatzwechsel wurde in Ostdeutschland dadurch erleichtert, daß in den früheren landwirtschaftlichen Großbetrieben auch viele andere als bürgerliche Berufstätigkeiten vertreten waren.

Einkommenssteigerungen werden trotz allem aus den letzten Jahren generell sowohl für Iowa als auch für die neuen deutschen Bundesländer vermeldet, doch sind die von uns festgestellten durchschnittlichen *Haushaltseinkommen* und *Pro-Kopf-Einkommen* in den untersuchten Familien sozial sehr differenziert. Erwartungsgemäß hängen sie weniger mit dem Haushaltstyp (Landwirtschaft oder nicht) als von dem Beschäftigungsstatus beider Eltern ab, der wiederum signifikant mit dem Sozialstatus der Familien zusammenhängt. Während es in Iowa den Bauernfamilien am besten geht, die die ökonomische Krise überstanden haben,

schnieden in unseren Untersuchungskreisen die Doppelverdiener-Haushalte mit höherem Sozialstatus am besten ab.

Es gilt demnach:

- je höher der Sozialstatus, desto höher tendenziell das Einkommen und desto geringer tendenziell das Beschäftigungsrisiko,
- Je niedriger der Sozialstatus, desto größer nicht nur das allgemeine Beschäftigungsrisiko, sondern desto seltener auch der Doppelverdienst von Vätern und Müttern,
- Je niedriger der Sozialstatus, desto wahrscheinlicher Einkommensarmut und wohlfahrtsstaatliche Unterstützung.

Rund 16 % der von uns interviewten Familien haben ein Einkommen unterhalb der definierten *Armutsgrenze* (weniger als 50% des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens). In Iowa liegen von den untersuchten vollständigen Familien 11 % unter der nationalen Armutsgrenze. Es sind dort die Ex-Farmer, die durch geringes Einkommen und durch Verschuldung die finanziellen Schwierigkeiten am stärksten erfahren. Auch in unserem Sample tragen der Tendenz nach Eltern, die aus der Landwirtschaft ausscheiden mußten, ein größeres Armutsriskio. Signifikante Zusammenhänge ergeben sich bei uns auch nach dem Erwerbsstatus: Je häufiger seit 1989 Zeiten von Arbeitslosigkeit, ABM oder Kurzarbeit, desto wahrscheinlicher ein Einkommen unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. Dies trifft überdurchschnittlich häufig auf Eltern des niedrigen Sozialstatus zu. Es ist auch diese Gruppe, die am stärksten auf wohlfahrtsstaatliche Unterstützung angewiesen ist. Der allgemeine Anteil derer, die staatlicher Transferleistungen bedürfen, beträgt in den von uns befragten Familien durchschnittlich 16%. In den untersuchten Iowa - Counties liegt der Anteil derer, die Lebensmittelmarken und gesundheitliche Beihilfen bekommen zwischen rund 4% und 8%, im Durchschnitt des Staates bei 6%. Dem Haushaltstyp nach sind es bei uns wiederum die aus der Landwirtschaft Ausgeschiedenen, die mehr als ein Viertel ihres monatlichen Haushaltseinkommens aus öffentlichen Geldern beziehen. Dem Erwerbsstatus nach sind es Familien, in denen beide Eltern keinen oder höchstens einen vorübergehend gestützten Arbeitsplatz haben. Sie müssen sogar zu 75 Prozent ihr Haushaltseinkommen aus öffentlichen Mitteln bestreiten.

Derartige Zwangslagen und Risiken waren bei den im Jahre 1979 interviewten Vätern und Müttern nachweisbar unbekannt. Sie hatten eine sichere Erwerbs situation. Trotzdem kann man für *damals ebenfalls schon eine soziale Differenzierung der Landbevölkerung*, in mindestens drei klar unterscheidbare, hierarchische Sozialstatusgruppen nachweisen (Stompe 1996).

Im Vergleich zu der Situation vor 1989 nehmen heute aber über die Hälfte der Familien auf dem Lande in den ostdeutschen Untersuchungskreisen *eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage wahr*; nur 13,5 % halten sie für schlechter als damals, der große Rest erstaunlicherweise für gleichartig. Auch bei den meisten Konsumbedürfnissen - außer beim Wohnen - erfahren die Familien eher eine Erleichterung. Allerdings wird hier der Wandel sozial differenziert wahrgenommen. Die Schlußfolgerung liegt nahe, daß jene Familien bzw. Haushalte, die ihre Lage als gegenüber der Situation von vor 1989 als verschlechtert beurteilen, sich aus den w.o. beschriebenen Risikogruppen rekrutieren und in ihren Handlungsoptionen bedeutend beschnitten sind.

Die Frage nach den *stärksten Einschnitten in ihr Familienleben* nach der Wende blieb von einem beträchtlichen Teil der Eltern in den Interviews unbeantwortet, was auf eine erstaunliche Kontinuitätserfahrung im Alltag hinweist. Sofern Urteile abgegeben wurden, enthalten sie überwiegend eine negative Tendenz. Am meisten werden die Einschränkungen auf dem Beschäftigungssektor und die Abnahme sozialer Kontakte beklagt.

Bei der Verallgemeinerung der festgestellten Befunde und ihrem Vergleich mit dem IYFP ergeben sich drei auffallende Tendenzen:

1. Zwischen den strukturellen Veränderungen auf der Makroebene und der Haushaltsökonomie gibt es enge Zusammenhänge, dennoch aber keine linear deterministischen, die es den Familien nicht gestatten würden, unterschiedlich auf die Risikolagen zu reagieren. Mit steigendem Sozialstatus nehmen die Handlungsoptionen zu.
2. Nur in einigen Punkten konvergieren die Auswirkungen des makrostrukturellen Wandels auf die familiale Haushaltsökonomie in Iowa und in den ostdeutschen Landkreisen. Sowohl im Generations- als auch im Geschlechtervergleich zeichnen sich Kohorteneffekte ab: In Iowa zu ungünsten der Männer,

in den ostdeutschen Kreisen zu ungunsten der Frauen in der G2-Generation der Eltern.

3. Die objektiv festgestellten Daten über wirtschaftliche und soziale Lagen in den Familien fallen nicht einfach mit den subjektiven Wahrnehmungsmustern zusammen. Geänderte Rahmenbedingungen verlangen zwar veränderte Handlungsstrategien, programmieren sie aber nicht, sondern implizieren zu einem beachtlichen Teil sogar Kontinuitätserfahrungen im Familienalltag.

Wir finden also auf der Dimension der Haushaltsökonomie unter den Bedingungen wirtschaftlichen und sozialen Umbruchs die Erkenntnis von Conger, Elder und anderen (1994) bestätigt, daß die Familie eine soziale Mikroeinheit ist, die zwar nicht unabhängig von den sozialen Makrobedingungen, wohl aber in spezifischen Handlungsspielräumen agieren und auf den Wandel reagieren kann. Dabei betonen wir stärker die sozialstrukturellen Schichtungen der Haushalte und kommen demzufolge auch zu weiterführenden Einsichten in die Makro-Mikro-Zusammenhänge.

4.3. Ressourcen, Anpassungsstrategien und Transformationsformeln von Landfamilien

In den ostdeutschen Untersuchungskreisen kann von einem *Ressourcenverlust* an Besitz und Eigentum nicht die Rede sein. Im Gegenteil, für die von uns untersuchten Landfamilien sind infolge gestiegener Boden- und Grundstückspreise bestimmte Vermögenswerte erheblich angewachsen, und außerdem haben sich die Wohnbedingungen und Haushaltsausstattungen vielfach bedeutend verbessert. Wenngleich auch wiederum sozial differenziert, erleichtert dies den Landfamilien nachweisbar *die materielle Anpassung an den Systemumbau*. Mehr als zwei Drittel der untersuchten ostdeutschen Landfamilien verfügen über eigenen Hausbesitz, drei Viertel über Grund und Boden, darunter auch ein großer Teil der inzwischen aus der Landwirtschaft Ausgeschiedenen. Von 1979, dem Zeitpunkt der ersten Untersuchung in den beiden Landkreisen, bis 1995 ist der Anteil von Familien mit modern ausgestatteten Wohnungen von rund 33% auf rund 85% gestiegen. Von den seinerzeit befragten Jugendlichen hatten fast 69 %, von den 1995 befragten fast 90 % ein eigenes Zimmer.

In Bezug auf den *Haus- und Grundbesitz* ergeben sich signifikante Unterschiede nach dem Haushaltstyp, also der Beziehung zur Landwirtschaft, sowie nach dem Erwerbsstatus, nicht aber nach dem Sozialstatus, wie die folgende Analyse zeigt.

Tabelle E4: Varianzanalyse mit der abhängigen Variable "Hausbesitz" und den unabhängigen Variablen Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Sozialstatus (N=200)

Quelle der Varianz	Quadratsumme	df	F-Wert	Signifikanz
Erwerbsstatus	1.57	2	4.11	.022
Haushaltstyp	2.47	3	3.90	.008
Sozialstatus	1.55	3	2.57	.056

Bei *langlebigen Konsumgütern* werden sowohl im historischen Vergleich zu 1979 als auch nach der derzeitigen sozialstrukturellen Hierarchie Unterschiede deutlich. Bei PKW und Stereoanlagen z.B. haben die ostdeutschen Landfamilien, wie unsere Daten zeigen, so zugelegt, daß der westdeutsche Standard erreicht erscheint; der Besitz an Büchern hingegen ist zurückgegangen. Der kulturelle Besitz der Eltern ebenso wie ihrer Kinder differiert hingegen signifikant entsprechend dem Sozialstatus.

Generell zeigt sich in unseren Untersuchungen ein *Kumulationseffekt*: Je höher der Sozialstatus, desto wahrscheinlicher eine besonders große und starke Resourcenvielfalt. Umgekehrt gilt diese Tendenz dann auch: Nachweisbar geht der risikoreichere Sozial- und Erwerbsstatus in den unteren Gruppen mit der Knappheit an Ressourcen einher.

Im Fall der *Strategien bei wirtschaftlicher und/oder sozialer Deprivation* unterscheiden sich die Iowa-Familien in einigen Punkten deutlich von den in den ostdeutschen Landstrichen. Die "Farm-Families" antworteten auf Krisen zuerst mit "Income generating strategies", d.h. mit der Einbeziehung von Ehefrau und Kindern in das Erwerbsleben und erhöhter Arbeitsdauer, dann mußten sie zu 40 % ihre Ersparnisse angreifen oder zu 25 % Kredite bei Banken oder Verwandten aufnehmen. Angesichts des immer weiter schrumpfenden Erwerbssystems konnten die Ostdeutschen nicht mit derartigen Gegenstrategien auf dem Arbeitsmarkt reagieren. Im Notfall planen Landfamilien hier zuerst Einschränkungen des Konsums und die Zurückstellung von Neuanschaffungen. Sie erwarten kaum finanzielle und materielle Hilfe von ihren Kindern und wollen auch nicht deren

Bildungs- und Berufswege einschränken. Indessen wenden sie sich zuerst an die G1-Generation, ihre Eltern und Schwiegereltern, die unter der Armutsgrenze Lebenden setzen auch stark auf Freunde und gute Bekannte. Nur im alleräußersten Notfall würden sie wertvollen Besitzes veräußern, eher dann schon die Wohnung wechseln und auf Ersparnisse zurückgreifen. Mit den Iowa-Familien haben die hiesigen Landfamilien bei den Verzichtleistungen an erster Stelle Einschränkungen in kultureller Hinsicht gemeinsam.

Wie verschieden die Transformationssituation von Landfamilien in den ostdeutschen Untersuchungskreisen zu typischen Mustern strukturiert werden kann, zeigt die empirische Generalisierung aus 22 einzelfallanalytischen Familieninterviews. Fallvergleichend wurden im Rahmen unserer Untersuchung von Nagel und Stuhler (1996) *vier familiale Transformationsformeln* erschlossen, die sich im Überblick wie folgt stichwortartig lesen lassen (Näheres dann bei Nagel 1996):

Abb. E3: Familienbiographische Adoptionsstrategien im Überblick (N=22)

Familie	Schäfer	Hauser	Wagner	Schuster
Transformationsformel	Schadensbegrenzung	Identitätsmanagement	Innovationscourage	Revision der Spielräume der Daseinsbewältigung
Wanderung	Flüchtlinie/ansässig	benachbarte Industrieregion	ansässig	benachbarter Industriedistrikt
Soziale Herkunft	Arbeiter	Arbeiter/ kleine Angestellte	Bauernhöfe im Vollerwerb	Industriearbeiter/ Handwerk
Wohnverhältnisse	Miete	Miete, jetzt Hausbesitz	ererbtes Bauernhaus	ererbtes Wohnhaus
Arbeit und Beruf / DDR	beide Melker (LPG)	beide Lehrer	Meisterin der Viehwirtschaft/Busfahrer	Getreidelageristin/ Traktorist
Arbeit und Beruf / BRD	Melkerin/Dachdeckergehilfe	Lehrer Voll-/Teilzeit	Bauern/Wiedereinrichter	Getreidelageristin/ Traktorist
Haltung gegenüber dem kollektiven Schicksal	Individualisierung der Folgenbetroffenheit; Isolation	Desaster; Verlust der sozialen und beruflichen Identität	"Das Beste daraus machen"	"Zurechtkommen"; Hauptsache, dem Betrieb geht es gut
Einstellung zur politischen Klasse; zu den Autoritäten	Negierung der Autoritäten; Ausbeutung kleiner Leute; Verwandschaftssystem als Nische	Überzeugte Sozialisten; Frustration durch fehlende Identitätsgrundlage	Learning by Doing; Einfügen in das neue Rechts- und Wirtschaftssystem	Distanz zu beiden Regimen; Stillschweigende Integration
Sozialisationsprojekt	Solide Position/sicheres Beschäftigungsverhältnis (Bank, Lehrer)	Qualifizierung für eine Position im Herrschaftssystem/Jurastudium	Bildung und Beruf nach Wunsch und Neigung der Kinder, aber Hofnachfolge	Lehre u. Weiterbildung; Wohlstand durch Tüchtigkeit
Individualisierungsprogramm	Einkommen als Sinn und Zweck der Arbeit	"Rettung" der Identität durch Festhalten an "Gewissheiten"	Nutzung der Freiheiten, die das neue System enthält	Nutzung der Handlungsspielräume unter jedem Regime

Die Schlußfolgerung aus diesen Fallstudien jedoch kann jetzt anhand auch der zahlreichen quantitativen Erhebungsdaten auf die ganze Untersuchung in den beiden ostdeutschen Landkreisen ausgedehnt werden: Die von uns untersuchte *Elterngeneration* stellt sich mehrheitlich nicht als unzufrieden, lethargisch, ziellos oder verzweifelt dar. Zwar nach Sozialstatus, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und -einkommen verschieden, *sucht und findet sie geeignete Adoptionsstrategien* an den radikalen und rapiden Wandel unter Rückgriff auf Ressourcen, die teils schon vor 1989 angelegt wurden und nach dem Umbruch teils sogar an Wert gewannen.

Die subjektiven Bewältigungsstrategien scheinen sich im interkulturellen Vergleich in einigen wesentlichen Punkten infolge *unterschiedlicher Voraussetzungen in Raum und Zeit erheblich zu unterscheiden*.

4.4. Innerfamiliale Beziehungen im Intergenerationsverhältnis

Auf der *Dimension der sozialen Beziehungen* sind wir bei einer unserer zentralen Forschungshypothesen der Erkenntnis der amerikanischen Forscher (Conger; Elder u. a. 1992, Conger; Elder 1994) gefolgt, daß ökonomischer Druck und daran gebundene Härten verschiedenartigen Familienstreß erzeugen und dieser wiederum vermittels von Ehekonflikten und "bad parenting" sich negativ auf die Entwicklung der Kinder auswirkt. Elder hat dies für die Kindergeneration der großen Weltwirtschaftskrise und die der Farmkrise der 80er Jahre in Iowa überzeugend beweisen können (1984; 1992a). Unter Einschaltung eines von Conger und seinen Mitarbeitern entwickelten psychologischen Stressmodells konnte dieser Zusammenhang bis in alle Verästelung der gegenseitigen Beziehungen hinein erneut mit dem Fortgang des IYFP detailliert belegt werden (Conger; Elder 1994, S. 207-252). Daraus haben wir - allerdings unter Verzicht auf psychologische Untersuchungslinien - eine Annahme abgeleitet, daß sich die innerfamilialen Beziehungen in starken Risikosituationen in der Weise labilisieren, daß Desintegrationserscheinungen in der Familie auftreten und über Belastungen des Eltern-Kinder-Verhältnisses an die junge Generation weitergegeben werden. Wir haben dies Kausalmodell dann jedoch mit einer zweiten Annahme in der Weise eingeschränkt, daß es unter Rückgriff auf schon früher bewährte familiale Praktiken auch bei Konflikten und Spannungen zu gemeinsamen Bilanzierungen,

Handlungsorientierungen und Copingstrategien zwischen den Generationen in den Landfamilien in Ostdeutschland kommen kann.

Diese zweite wichtige Annahme hat sich in unserer derzeitigen Untersuchung bestätigt; die erste hingegen nicht. Damit ist ein starker *interkultureller Unterschied im Vergleich zu den amerikanischen Forschungen markiert*.

Die Landfamilien in den ostdeutschen Kreisen erweisen sich als *Solidargemeinschaften zwischen den Generationen*. Die innerfamilialen Beziehungen haben sich über den Systemumbruch hinweg - das zeigt ein Vergleich mit den Ergebnissen der Untersuchung von 1979 - nicht verschlechtert, sondern fallen zu fast 90 % zur gegenseitigen Zufriedenheit von Eltern und ihren Kindern aus, etwas unzufriedener sind durchschnittlich die 16-17jährigen Töchter mit dem Verhältnis zum Vater. Auch in relativ deprivierten Familien mit ökonomischen Schwierigkeiten konnten wir vergleichsweise keine wesentlichen Desintegrationsscheinungen oder Entsolidarisierungen feststellen, obwohl Geld mehr als anderswo Gesprächsstoff ist und die Handlungsoptionen beider Generationen als eingeengter erfahren werden.

Die innerfamilialen Beziehungen in den ostdeutschen Landfamilien sind mit einigen sozialen Abstufungen im allgemeinen außer durch Zufriedenheit auch durch ein hohes Maß an Selbstbestimmtheit der Jugendlichen - signifikant höher als seinerzeit in der DDR - weitverbreitete Mitsprache der Jungen und Mädchen in Familienangelegenheiten, klare Erwartungen auf Seiten der Eltern und beachtliches Verantwortungsbewußtsein auf Seiten der Jugendlichen sowie durch die Mitarbeit der Jungen bei Feld- und Gartenarbeiten und der Mädchen im Haushalt gekennzeichnet. Die Zukunftspläne der Kinder am Ende der Schulzeit sind ein Spitzenthema häuslicher Kommunikation.

In Familien, in denen von den Jugendlichen vergleichsweise starke Eigenständigkeit in der Haushaltsorganisation und bei familialen Angelegenheiten erwartet wird, sind auch die Entscheidungsspielräume der letzteren signifikant größer. Mit steigendem Sozialstatus nimmt die verantwortliche Mitwirkung der Jugendlichen zu, bei niedrigem Sozialstatus und Einkommensarmut steigt die Wahrscheinlichkeit einer stärkeren sozialen Kontrolle. Eltern mit niedrigem Sozialstatus tendieren für ihre Kinder zu kürzeren Wegen zu Bildungs- und Berufsab-

schlüssen. Dennoch haben sich auch bei ihnen der in der DDR übliche 10-Klassen-Abschluß ebenso wie die Orientierung auf eine gute Lehrausbildung als allgemeine Norm durchgesetzt.

Die neuen bundesrepublikanischen Institutionen werden in je spezifischer Weise von beiden Generationen in den Landfamilien angenommen, beispielsweise die Einrichtungen des Wohlfahrtsstaates durch die Eltern oder die neuen Formen der Berufsberatung durch die Jugendlichen. Für DDR-Bürger waren sozialstaatliche Leistungen eine Selbstverständlichkeit.

Der Systemumbruch bringt zwar neue Handlungskontexte mit sich, dennoch aber bestätigt sich unsere vorsichtige *Annahme einer Beständigkeit im Umgang der Familienmitglieder untereinander und einer gemeinsamen Verarbeitung von äußeren Anforderungen*.

Sowohl generationsübergreifende Gemeinsamkeiten als auch generationsbedingte Unterschiede treten bei den *Alltagsorientierungen und den mit der Arbeit verbundenen Erwartungen* auf, dies auch im Vergleich mit der noch in den DDR-Landkreisen seinerzeit erfolgten Untersuchungen in dieser Frage. Jetzt steht bei beiden Generationen die Sicherheit des Arbeitsplatzes an 1. Stelle, gefolgt vom Streben nach Verwirklichung der Berufspläne. Materielle Aspekte, vor allem später ein gutes Einkommen zu haben, spielen bei den Jugendlichen eine größere Rolle als bei ihren Eltern. Die letzteren heben dagegen traditionell Entfaltungsmöglichkeiten bei der Arbeit stärker hervor. Durch gute Arbeit, ein nützliches Mitglied der Gesellschaft zu sein, zählt ebenfalls stärker bei den Eltern, ist aber gegenüber 1979/80 auch bei ihnen zurückgetreten. Mit der Familie weiter gut auszukommen und eine gute Bildung zu genießen, sind wie einst bei beiden Generationen ein Spitzenvwert. Gleichermassen ist es für beide Generationen von Wichtigkeit, eine eigene Bleibe zu haben, aber für die Jüngeren zählt es stärker als für die Älteren, dort leben zu können, wo man es möchte.

Beide Generationen aber haben als wichtige Orientierung für das Alltagsleben die Erfahrung gemacht, daß es am meisten darauf ankommt, die sog. "guten Beziehungen" zu haben, wenn man etwas erreichen will. Diese Handlungsorientierung, schon in der DDR weitverbreitet (wie die Untersuchung von 1979 belegt), hat mit den wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen noch zuge-

nommen. Politische Prinzipien zu haben, hat dagegen stark abgenommen. An letzter Stelle in den Werteskalen beider Generationen liegt eine Arbeitstätigkeit auf dem Lande.

Konstanz und Wandel der Wertorientierungen müssen auch im Intergenerationenvergleich mit der *Beurteilung des Systemumbruchs durch die Eltern und durch die Jugendlichen* in Beziehung gesetzt werden. Hier gibt es die klarste Unterscheidungslinie zwischen den Generationen: Die junge Generation sieht die wirtschaftliche Lage im Mikro- wie im Makromaßstab als erheblich besser an als die ältere. Außerdem akzentuierte sie bei der Frage nach der Wahrnehmung des gesellschaftlichen Wandels - ganz im Unterschied zu den Eltern - fast durchweg die positiven Seiten: allen voran den gestiegenen Lebensstandard.

Aus all dem folgt:

1. In Ostdeutschland funktioniert wie zu "DDR-Zeiten" die Familie als Wertegemeinschaft trotz generativer Unterschiede bei einzelnen Handlungsorientierungen. Diese aber scheinen für eine schnellere "Verwestlichung" der Jugend zu sprechen, nicht aber im postmaterialistischen Sinne.
2. Im Unterschied zu Iowa haben makrostrukturelle Krisenerscheinungen nicht die sozialen Beziehungen in den Landfamilien unterminiert, sondern, im Gegenteil, diese wichtige Solidargemeinschaft auf der Mikroebene bewahrt. Hier liegt die wichtigste Differenz im interkulturellen Vergleich.
3. Die junge Generation beurteilt den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruch in Ostdeutschland wesentlich positiver als die ältere, ohne daß es dadurch zum Bruch zwischen den Generationen kommt. Im Vergleich zu früher besitzt sie sehr viel mehr auch teure Konsumgüter.

4.5. Jugendliche Entwicklungschancen und -risiken auf dem Lande zu Beginn der Statuspassage nach der Schule

Über die Landjugendlichen in Iowa hat Elder (1992a) mitgeteilt, daß Dreiviertel derselben nach der "high school" ihr Gebiet verlassen wollen, meistens sogar den Staat Iowa. Mit wenigen Ausnahmen möchten die Söhne von Bauern nicht mehr die väterliche Farm übernehmen (ebd.). Diese intergenerativen Brüche werden von ihm und seinen Mitstreitern (vgl. Elder; Rudkin; Conger 1992) sowohl auf die

ökonomische Krise als auch auf ein verändertes Berufswahl - und Heiratsverhalten zurückgeführt. Die Landjugend sucht nach Pfaden, um aus der Benachteiligung herauszukommen, vor allem weil sozioökonomische Erschwernisse sie in eine Risikolage gebracht haben (Elder 1992 b).

Auf der *Dimension jugendlicher Sozialisationserfahrung und Lebensläufe* haben wir ebenfalls nach den bildungs - und berufsbiographischen Aspirationen und den Lebensentwürfen der jugendlichen Schulabgänger aus Landfamilien gefragt und eine Abhängigkeit einsteils von der sozialen Herkunft, zum anderen von den krisenhaften Bedingungen in der Berufsausbildung im allgemeinen und von regionalen Restriktionen in Agrargebieten im besonderen angenommen. Im Vergleich zu dem hochgradig institutionalisierten jugendlichen Lebenslauf in der früheren DDR vermuteten wir im Zuge des gesellschaftlichen Umbruchs neuartige Diskontinuitäten: einsteils mit einem Chancengewinn und erweiterten Handlungsspielräumen bei den Jugendlichen aus den Landfamilien, die zu Gewinnern der Veränderungen zählen, und zum anderen verstärkte soziale Risiken bei denen aus den Verlierer-Familien. Der bereits zu "DDR-Zeiten" eingetretene Wertewandel unter der Jugend, so lautete unsere Hypothese weiter, erleichtere ihr zwar im ganzen die Übergänge in neue Lagen, setzte aber auch zugleich die Abwanderung vom Lande fort.

Die empirisch gesicherten Fakten geben uns größtenteils recht, stellen aber zugleich bestimmte zu weit reichende Vermutungen über die Situation infrage.

Trotz der *Umstrukturierung des Schulsystems* und der bekannten Beschränkungen des gerade einmal eingeführten Systems der Berufsausbildung gehen die Jugendlichen auch auf dem Lande *ihre Statuspassagen in fast altbewährter Weise* an: Etwa knapp zwei Drittel aller Schulabgänger wählen eine Lehrausbildung, darunter von den 10-Klassen-Abgängern sogar 78 %, etwa soviel wie früher. Neu ist die Öffnung und Verlängerung des Bildungsweges bis zum Abitur. Aber von den Abiturienten geht zunächst nur ein Viertel direkt zum Hochschulstudium, der größte Teil also ebenfalls in die Lehre. Letzteres trifft überwiegend auf Mädchen zu; während die Jungen, falls sie nicht unmittelbar zum Studium wechseln, etwa zu einer Hälfte ebenfalls einen Ausbildungsplatz suchen, zur anderen aber zuerst ihren Wehr- oder Zivildienst ableisten werden (Der Wehrpflicht nachzukommen,

lag bei Jungen auch früher vor dem Studium). Gleich einen Job ohne Ausbildung anzutreten, ist nach wie vor überhaupt nicht populär.

Analytisch lassen sich, sieht man von Umwegen über die Wehr- oder Zivil-dienstleistungen ab, *drei Übergangspfade* ausmachen, die geschlechtsspezifisch, aber auch sozialstrukturell signifikant variieren.

Tabelle E5: Verteilung der Schulabsolventen auf Übergangspfade in den ostdeutschen Landkreisen nach Geschlecht und sozialer Herkunft, in Prozent N=855)

Sozialstatus	Übergangspfad					
	Haupt-/Realschule		Abitur		Abitur	
	Lehre		Lehre		Studium	
	Mädchen	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen	Jungen
Niedriger	83,3	98,2	13,6		3,0	1,8
Mittlerer	71,9	88,1	22,5	4,8	5,6	7,1
Höherer	46,9	74,4	30,6	6,1	22,4	19,5
Hoher	35,8	54,0	30,2	6,3	34,0	39,7

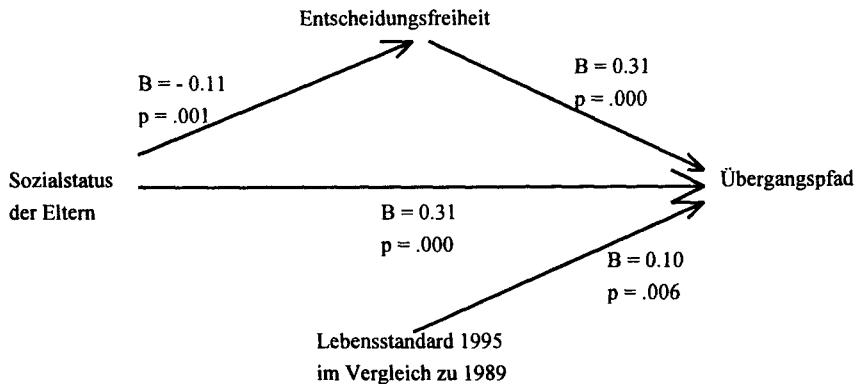
Der Sozialstatus der Eltern prägt das Abschneiden in der Schule, den Schulerfolg und vermittelt seiner die Wahl des Übergangspfades (Vgl. im einzelnen Böhm 1996). Mit höherem Status der Eltern, bes. im Zusammenhang mit den Bildungsabschlüssen der Väter, nehmen die Wahrscheinlichkeit von Abitur und Studium zu; umgekehrt werden schwächere Schulerfolge erzielt und kürzere Bildungswege gewählt, wenn ein niedriger Sozialstatus der Herkunfts-familie vorliegt. Bessere Bildungsabschlüsse ergeben tendenziell mehr Optionen und Chancen bei der Berufswahl, geringere wiederum eingeschränkte Wahlmöglichkeiten und nachweisbar auch mehr Ablehnungen hinsichtlich von Bewerbungen für Lehrstellen.

Mit der für individuelle Entscheidungen infolge der Implementation des westdeutschen Schulsystems scheinbar erweiterten Optionsbreite verlängern sich zwar für einen bestimmten Teil der Jugendlichen die Bildungswege, ohne daß sich - aufs Ganze gesehen - das von früher bekannte Modell der *Institutionalisierung von Schullaufbahnen* gravierend verändert hat. Die von einem bestimmten Teil gewählte längere Verweildauer auf dem Weg zum Abitur erklärt sich haupt-

sächlich aus den neuen Risiken und Anforderungen des Arbeits- und Ausbildungsmarktes.

Der Sozialstatus der Eltern hat aber nicht nur einen direkten, sondern auch einen indirekten Einfluß auf die Wahl des Übergangspfades. Eigene Einflußfaktoren innerhalb der Familie stellen auch die Entscheidungsspielräume der Jugendlichen und ihre Bewertung des Lebensstandards 1995 im Vergleich zu 1989 dar.

Abb. E4: Multiple Klassifikationsanalyse für Einflußgrößen auf die Wahl des Übergangspfades



Die konkreten Berufswünsche, das zeigt eine nähere Analyse, haben sich den sektoralen Verschiebungen im Erwerbssystem angepaßt. Trotzdem ergibt sich eine doppelte Diskrepanz auf dem Ausbildungsmarkt: erstens sind nicht genügend Lehrstellen vorhanden (Verhältnis von Angebot und Nachfrage in Grevesmühlen 1:1,3 und in Osterburg 1:5); zweitens weichen die individuellen Pläne inhaltlich ganz erheblich von den im einzelnen angebotenen Lehrstellen ab. Die Jugendlichen reagieren in ihrer Mehrzahl aber nicht mit dem Verzicht auf eine Berufsausbildung, sondern wählen als hauptsächliche Ausweichstrategie die erneute Bewerbung in einem anderen Berufsfeld. Nur ein ganz geringer Teil weicht auf die Schule als Wartestation aus, sofern nicht von vornherein mit dem Weg zum Abitur das Kalkül vergrößerter Chancen und ein Aufschub dieser Entscheidung verbunden sind. Geschlechtsspezifische Unterschiede scheinen im Vergleich zur Vergangenheit in einigen Branchen zurückgegangen zu sein - mit

Ausnahme der weiblichen Präferenzen für pädagogische, sozialpflegerische und ähnliche Dienstleistungsberufe.

Für die *Landwirtschaft* fehlt der Nachwuchs völlig. Während es in der früheren Untersuchung (1979/80) noch rund 10 % waren, die diesen Wirtschaftszweig wählten (Vgl. Stompe 1996), sind es unter den Schulabsolventen unseres heutigen Samples nur noch weniger als 1 %. Hier werden sogar mehr Lehrstellen angeboten als tatsächlich nachgefragt werden. Werden sie überhaupt besetzt, dann tendenziell mit Schulabsolventen, die entweder einen vergleichsweise geringeren Schulerfolg aufweisen oder woanders, z.B. in der Stadt, nicht angekommen sind. Den Erscheinungsformen nach verschieden, dem Ergebnis nach aber ähnlich ist die Situation der in Iowa vergleichbar: Dort geht eine lange Tradition der bäuerlichen Berufsvererbung zu Ende; hier findet sich ebenfalls kaum noch jemand aus der jungen Generation, der sie wieder aufnehmen möchte. Hier wie dort ist bei der Statuspassage in den Beruf bei Landjugendlichen erhebliche Migration eingeplant.

In den *allgemeinen Lebensplänen* der ostdeutschen Landjugendlichen liegt das Verlassen der Heimat bei den Mädchen durchweg früher als die Planung aller anderen Lebensereignisse, selbst noch vor dem Abschluß der Ausbildung, was ansonsten nur noch für die männlichen Abiturienten mit Studienabsichten gilt. Analysiert man ausführlich die Planungen des anderen Teils der Statuspassage, den vermuteten Eintritt des Heiratsalters, der Geburt des ersten Kindes, Haushaltsgründung etc., so sind die Vorstellungen der zum Zeitpunkt unserer Untersuchung im Durchschnitt 16-17 Jährigen zu einem größeren Teil noch gar nicht vorhanden oder nur sehr vage. Sofern allerdings Entwürfe dieser Art gemacht werden, liegen sie, was das voraussichtliche Heiratsalter angeht, überraschend näher an den objektiven Durchschnittsgrößen aus der früheren DDR als den tatsächlichen Daten heute in Ostdeutschland und im Vergleich zum westlichen Muster immer noch ganz entschieden früher. Beide Teilpassagen, die in den Beruf und die zum eigenen Haushalt, klaffen bei der hiesigen Untersuchungspopulation noch nicht weit auseinander. Im Gegenteil, auch Landjugendliche planen eine relativ dichte Aufeinanderfolge von Abschluß der Ausbildung bzw. des Studiums und frühstmöglicher eigener Wohnung, erster Daueranstellung, Heirat und bald darauf das erst Kind. Geschlechtsspezifisch und in Abhängigkeit von den

Übergangspfaden variierend, ist ihr Ende im allgemeinen spätestens bis zur Mitte des dritten Lebensjahrzehntes vorgesehen. Daraus folgt:

1. Ungeachtet des Systemumbruchs dominiert wie schon früher und in anderen Gesellschaften mittels der Herkunftsfamilie und der Bildungsweg - und Berufswahlen die soziale Status - Reproduktion. Die Fortsetzung der sozialen Ungleichheit mit anderen Mitteln ist die vorherrschende Tendenz, die individuelle Handlungsoptionen und -muster je nach sozialer Stellung der Eltern im wesentlichen erweitert oder begrenzt.
2. Wie in Iowa geht auch in den ostdeutschen Landkreisen der Landwirtschaft der Nachwuchs aus. Die Tendenz zur Abwanderung der jüngeren Generation - vornehmlich derjenigen mit höheren Bildungserfolgen und -aspirationen - hält an.
3. Von einer Deinstitutionalisierung der Lebensläufe bei der jüngeren Generation kann im allgemeinen trotz der Strukturveränderung in Schule und Ausbildung und scheinbar größeren individuellen Wahlmöglichkeiten (noch) nicht die Rede sein.
4. Die Planung der Statuspassage entspricht zur Zeit noch eher dem traditionellen Übergang als den westlichen Modernisierungstendenzen in dieser Hinsicht. Damit gilt bislang offenbar das seit langem vorherrschende Übergangsmuster und nicht das vielfach vorausgesagte "Bildungsmoratorium".

Wie die Statuspassage, an deren erster Schwelle die von uns untersuchten Landjugendlichen gerade erst angekommen sind, in der Realität tatsächlich verlaufen wird, und welchen weiteren Veränderungen die ländliche Herkunftsfamilie hinsichtlich ihrer Beziehungsstrukturen und Handlungsmuster in der Zeit unterliegen, ließe sich nur durch eine Längsschnittstudie klären.

5. Außenaktivitäten/Vorträge

Meier, A. (1994): Take-off or Take-over: The Westernization of East Germany's Educational System. XII. World Congress of Sociology. RC 04. Bielefeld

Meier, A. (1994): Comparative aspects and an analytic model of researching the rural family in East Germany. Contribution to the workshop with Glen Elder Jr. Humboldt - Universität zu Berlin

Müller, J. (1994): Die Beschäftigungslage in der Landwirtschaft - Gibt es Auswege? Vortrag im Kolloquium "Arbeit und Bildung". Humboldt-Universität zu Berlin

Müller, J. (1995): Erwerbsstatus, Haushaltstypen und Einkommen ländlicher Familien. Vortrag im Kolloquium "Arbeit und Bildung". Humboldt-Universität zu Berlin

Müller, J. (1996): Familiale Bedingungen Jugendlicher in ländlichen Regionen, deren Einfluß auf den Weg in den Beruf. Vortrag im Kolloquium "Arbeit und Bildung". Humboldt-Universität zu Berlin

Nagel, U. (1994): Typification - End or Means of Qualitative Research? Symposium des SFB 186: Empirically Based Theory Construction and Qualitative Life Course Research. Universität Bremen

Nagel, U. (1994): Rural Families between Courageous Innovation and Damage Limitation. Erste Ergebnisse der qualitativen Studie. Workshop mit Glen Elder, Humboldt-Universität zu Berlin

Nagel, U. (1995): Dimensionen der Rekonstruktion des Lebenslaufs. 27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Halle, Ad-hoc-Gruppe SFB 333 und 186

Nagel, U. (1995): Zwischen Innovationscourage und Schadensbegrenzung. Ländliche Familie und Jugend in den Neuen Bundesländern. Tagung der Theorie-AG Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Bielefeld

Nagel, U. (1995): Familientraditionen auf dem Prüfstand - Ländliche Familien im Transformationsprozeß. Symposium des SFB 186, Universität Bremen

Nagel, U. (1996): Identitätsbehauptung im gesellschaftlichen Transformationsprozess. Habilitationsvortrag, Universität Bremen

Gastvorträge an den Universitäten Jena und Magdeburg 1996

Nagel, U. (1996): "Structured Individualisation". International Workshop on British Youth Research: The New European Agenda, University of Glasgow

Nagel, U. (1996): Der Transformationsprozeß Ostdeutschlands und die Revision der Spielräume der Daseinsbewältigung. Workshop des Brandenburg-Berliner Instituts für Sozialwissenschaftliche Studien BISS e.V., Berlin

Stuhler, H. (1994): Zur Situation Jugendlicher in ländlichen Regionen in den neuen Bundesländer. Vortrag im Kolloquium "Arbeit und Bildung". Humboldt-Universität zu Berlin

Stuhler, H. (1995): Ländliche Orientierung und ihr Einfluß auf die Statuspassage von Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Beruf. Vortrag im Kolloquium "Arbeit und Bildung". Humboldt-Universität zu Berlin

Stuhler, H. (1996): Bildungslaufbahnen und Berufsplanungen ländlicher Jugendlicher. Vortrag im Kolloquium "Arbeit und Bildung". Humboldt-Universität zu Berlin

Workshop (1994) mit Elder, G. Jr., Heinz; W. R.; Meier, A.; Müller, J.; Nagel, U.; Stuhler, H.: Diskussion des konzeptionellen Modells und der Fragebögen. Humboldt-Universität zu Berlin

6. Publikationen / Arbeitspapiere

Meier, A. (1995): Inkorporation statt Innovation. in: Kemper, H.; Rau, E. (Hrsg.): Formation und Transformation. Frankfurt a. Main/ Berlin/ Bern/ New York/ Paris/ Wien

Meier, A. (1996): Statusveränderungen. in: Benner, D.; Merkens, H.; Schmidt, F. (Hrsg.): Bildung und Status im Transformationsprozeß von SBZ, DDR und neuen Ländern - Untersuchungen zu Kontinuität und Wandel. FU Berlin

Meier, A.; Müller, J.; Stuhler, H. (1996): Ländliche Familie und Statuspassagen Jugendlicher in vergleichender Perspektive. (erscheint 1996)

Müller, J. (1994): Die Schichtungsmodelle für die Beziehungen der Familien zur Landwirtschaft, berufliche Stellung der Eltern, die Klassifikation der Berufe, des Erwerbsstatus, der Einkommensquellen, des Berufswechsels und der Einkommensanteile aus öffentlichen Mitteln. Arbeitspapier. Humboldt-Universität zu Berlin.

Müller, J.; Stuhler, H. (1996): Lage und Statuspassagen in Landfamilien - erste Ergebnisse aus einem Forschungsprojekt in den neuen Bundesländern. In: Report, Sonderforschungsbereich 186 der Universität Bremen, Nr. 5, Februar 1996

Nagel, U. (unter Mitarbeit von Stuhler, H.) (1996): Familientradition auf dem Prüfstand - Ländliche Familien zwischen Innovationscourage und Schadensbegrenzung (voraussichtlich: Soziale Welt)

Stompe, A. (1996): Schuljugendliche in der Familie auf dem Lande - komparative Ergebnisse aus den Untersuchungen 1979 und 1995. Arbeitspapier. Humboldt-Universität zu Berlin

Studentische Arbeiten:

Ahrendt, G.; Kracht, A. (1995): Die ökonomische Situation von Familien in ländlichen Regionen. Belegarbeit im Seminar: "Statuspassagen Jugendlicher" (Ltg. Meier, A.). Humboldt-Universität zu Berlin

Arnold, S.; Teich, J. (1996): Berufsvererbung auf dem Lande im intergenerativen Verhalten. Belegarbeit im Seminar: "Landfamilien und Landjugend" (Ltg. Meier, A.). Humboldt-Universität zu Berlin

Böhm, U. (1996): Soziale Herkunft und Schulerfolg. Enwurf zur Dipl.arbeit. Humboldt-Universität zu Berlin

Harych, P. (1995): Bearbeitung der vier Gruppen der Clusteranalyse. Vorlage zum Seminar "Statuspassagen Jugendlicher" (Ltg. Meier, A.). Humboldt-Universität zu Berlin

Maschinsky, D.; Schmengler, K. (1995): Zur Untersuchung von Einkommensarmut in den beiden Untersuchungsgebieten auf der Grundlage der Elternbefragung in Verknüpfung mit verschiedenen Faktoren. Belegarbeit im Seminar: "Statuspassagen Jugendlicher" (Ltg. Meier, A.). Humboldt-Universität zu Berlin

Schubotz, D. (1995): Abhängigkeit der Erziehungsmethoden von ländlicher Orientierung (rural orientation) Jugendlicher. Belegarbeit im Seminar: "Statuspassagen Jugendlicher" (Ltg. Meier, A.). Humboldt-Universität zu Berlin

Standke, R. (1995): Ländliche Orientierung. Belegarbeit im Seminar: "Statuspassagen Jugendlicher" (Ltg. Meier, A.). Humboldt-Universität zu Berlin

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojektes YE2

Thema: "Sozialhilfedynamik in den neuen Bundesländern"

Beteiligte WissenschaftlerInnen:

Prof. Dr. Thomas Olk (GA) Projektleiter

Dr. Eva Mädje (EA) (von 1/1994 bis 2/1996)

Dr. Doris Rentzsch (EA)

Inhalt

1. Zusammenfassung
2. Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragstellung
3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen
4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit
 - Ergebnis 1
 - Ergebnis 2
 - Ergebnis 3
 - Ergebnis 4
5. Außenaktivitäten
- 5.1 Vorträge
- 5.2 Beiträge zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit
6. Publikationen
- 6.1 Veröffentlichungen
- 6.2 Arbeitspapiere

1. Zusammenfassung

Ausgangspunkt des Projektes ist die Hypothese, daß sozialer Wandel in den neuen Bundesländern nicht lediglich als "nachholende Modernisierung" zu erklären ist. Unter dem Aspekt sozialer Ungleichheit und Armut verfolgt das Projekt anhand zweier empirischer Untersuchungen, wie sozialer Wandel im Bereich der Sozialhilfe angemessen zu beschreiben ist. Zum einen geht es hierbei um die Fragestellung, ob die gravierende Umwandlung in strukturellen Rahmenbedingungen genauso zu einer raschen Veränderung der DDR-geprägten Verhaltensweisen und Handlungsstrategien führte und durch westdeutsche Muster ersetzt wird. Zum anderen steht in diesem Zusammenhang die Frage, wie sich die ostdeutsche Sozialhilfeklientel im Zeitverlauf aufschichtet und differenziert und inwieweit sich analoge Sozialhilfestrukturen wie in Westdeutschland herausbilden.

Die Analyse armutsspezifischer Prozesse sozialer Transformation stützt sich im Projekt auf das Forschungsdesign der "dynamischen Armutsforschung". Insbesondere das methodische Vorgehen wird im Projekt von Beginn an und kontinuierlich weiterführend mit dem Kooperationsprojekt D3 koordiniert.

Zu Projektbeginn gibt es kaum Vorarbeiten für eine systematische Beurteilung der Sozialhilfebetroffenheit und des Sozialhilfeverlaufs in Ostdeutschland. Mit dem Projekt erfolgt ein Erhebung und Auswertung von ereignisorientierten Längsschnittdaten in den neuen Bundesländer erstmals.

Die Ergebnisse der Projektarbeit lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Zum quantitativen Teil der Untersuchung (Aktenanalyse):

1. Eine Ausgangsdatenbasis für die Analyse von fünf Kohorten ostdeutscher Sozialhilfeempfänger wurde erstellt. Auf ihrer Grundlage wurden repräsentative Stichproben für die Jahrgänge 1990 bis 1994 bestimmt und damit systematische Voraussetzungen für fünf retrospektive Längsschnittuntersuchungen geschaffen.
2. Es wurde eine erste Längsschnittdatenbasis zur Analyse ostdeutscher Sozialhilfeverläufe erstellt (Kohorten 1990 und 1991). Infolge methodischer Abstimmungen zwischen den Teilprojekten D3 und YE2 können mit diesen Daten sowohl zeitdynamische Analysen eines (fast) fünfjährigen ostdeutschen Sozialhilfeverlaufs als auch ein Vergleich zu westdeutschen Sozialhilfekarrieren vorgenommen werden.
3. Die Auswertung der Längsschnittdaten liefert erste Informationen über die demographische, sozialstrukturelle und zeitdynamische (incl. der Ursachendynamik) Kohortenstruktur zweier ostdeutscher Sozialhilfejahrgänge (1990, 1991). Auch zu

strukturellen Besonderheiten und Übereinstimmungen im Ost-West-Vergleich gaben diese Daten ersten Aufschluß.

Zur qualitativen Befragung:

Erste Auswertungen der qualitativen Befragung deuten darauf hin, daß in Ostdeutschland verhältnismäßig wenig Befragte in der Sozialhilfe Lebensgestaltungswünsche realisieren und der Stellenwert der Berufsarbeit als vorrangiger Form der Existenzsicherung weiterhin ungebrochen ist. Die Auswertung unter dem Gesichtspunkt dreier zentraler Forschungsfragen erbrachte vier Typen von Orientierungsmustern.

2. Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragstellung

Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses stehen im Projekt Prozesse sozialer Transformation in den neuen Bundesländern, die unter dem Blickwinkel sozialer Ungleichheit und Armut untersucht werden. In der einschlägigen Diskussion und Forschung wird in Bezug auf soziale Ungleichheit und Armut eine Differenzierung von ostdeutschen Lebenslagen nach westdeutschem Muster prognostiziert. Dies gilt sowohl im Hinblick auf das Ausmaß als auch die Formen sozialer Ungleichheit und Armut sowie die Mechanismen, die Ausgrenzung erzeugen und zementieren.

Das Projekt geht von der Hypothese aus, daß sozialer Wandel in den neuen Bundesländern nicht lediglich als "nachholende Modernisierung" beschrieben werden kann, weil mit dem Wechsel der strukturellen und institutionellen Rahmenbedingungen nicht notwendig auch wesentliche individuelle Deutungen, Orientierungen und Handlungsstrategien gleichsinnig wechseln; vielmehr ist davon auszugehen, daß in der DDR "gelernte" Deutungen und Handlungsroutinen auch unter den veränderten Rahmenbedingungen fortbestehen.

Zum Zeitpunkt der Antragstellung liegen für Ostdeutschland erst wenige empirische Befunde zum Themenbereich Armut und Sozialhilfe vor (ausf. dazu Olk/Rentzsch 1994). Abgesehen von armutsspezifischen Auswertungen des Sozio-ökonomischen Panels Ost (SOEP), die einen dreijährigen Verlauf der Armutsbelasttheit in der ostdeutschen Bevölkerung zeitdynamisch analysieren, thematisieren die seinerzeit vorliegenden Studien zur Armut in Ostdeutschland kaum Fragen, die die Dauer und den zeitlichen Verlauf "in die", "durch die" und "aus der" Sozialhilfe "heraus" betreffen. Konzeptionell lassen sich diese frühen Armutssuchungen in Ostdeutschland durch drei gemeinsame Merkmale charakterisieren:

Erstens verfolgen sie einen Problemgruppen-Ansatz; es werden Armutslagen von Gruppen untersucht, die a priori als besonders armutsgefährdet gelten (Sozialhilfeempfänger als eine Problemgruppe; Alleinerziehende, Arbeitslose, Wohnunglose usw.). Diese Untersuchungen basieren, *zweitens*, sämtlichst auf Querschnittsanalysen, d.h. die Armutssituation wird jeweils zeitdiskret, auf einen bestimmten Beobachtungszeitpunkt bezogen, erfaßt und analysiert. In diesen Untersuchungen wird *drittens* von der Grundannahme ausgegangen, daß Armutsprozesse in Ostdeutschland im wesentlichen dem Muster entsprechender Prozesse in den alten Bundesländern folgen werden und sich nur übergangsweise Besonderheiten ergeben, die als durch den unmittelbaren Systemwechsel verursacht gelten. Sowohl der Prozeßcharakter von Armut selbst als auch die Erfassung von individuellen Armutsvorläufen nach ihrer Dauer (z.B. kurzzeitige oder langfristige) werden bei diesem Vorgehen vernachlässigt bzw. allenfalls als Nebenaspekt thematisiert. Auch ist die subjektive Verarbeitung und Bewältigung bzw. biografische Bedeutung einer Sozialhilfeepisode zum Zeitpunkt der Antragstellung in den neuen Bundesländern wenig erforscht (vgl. bei Olk/Rentzsch 1994). In Bezug auf die forschungsleitende Hypothese bedürfen insbesondere folgende drei Fragestellungen einer weiteren Klärung:

- (1) Welche Bedeutung hat die Sozialhilfe in der individuellen Biographie Ostdeutscher ?
- (2) Welche Formen des Umgangs mit der bislang unbekannten Institution Sozialamt lassen sich nachweisen?
- (3) Wie sehen die grundsätzlichen Erwartungen an die sozialstaatliche Hilfe und Lebenslaufbegleitung aus? Im Vergleich zu aktuellen Forschungsergebnissen aus den alten Bundesländern ist darüberhinaus die spezifische Frage offen, ob bzw. wie ostdeutsche Sozialhilfeempfänger die institutionelle Unterstützung seitens der Sozialhilfe als "biographische Ressource" einsetzen, d. h. für eine biografische Stabilisierung oder aber Neuorientierung nutzen (können).

Angesichts dieses Forschungsstandes wurde im Projekt *zum einen* eine quantitative Längsschnittstudie geplant, die zum ersten mal eine zeitkontinuierliche Beobachtung des Sozialhilfeverlaufs ermöglichen sollte. Zu diesem Zweck wurde ein Verfahren zur Analyse von Sozialhilfeakten gewählt, das eine retrospektive Erfassung von Ereignissen im Sozialhilfeverlauf erlaubt. Zur Beantwortung der Forschungs-

fragen hinsichtlich der biographischen Bedeutung und den bevorzugten Bewältigungsstrategien im Falle von Sozialhilfeabhängigkeit wurde im Projekt *zum anderen* auf Verfahren der qualitativen Sozialforschung zurückgegriffen. Der Einsatz der Paneltechnik sollte sicherstellen, daß spezifische subjektive Deutungen und Orientierungen der ostdeutschen Sozialhilfeklientel auch im Zeitverlauf beobachtbar und vorhandene bzw. sich herausbildende subjektive Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen Ost und West erkennbar werden.

Das Projekt verfolgte die folgenden drei Forschungsaufgaben: 1. Beurteilung der Formierung und Differenzierung der ostdeutschen Sozialhilfeklientel in einem längeren Beobachtungszeitraum 2. Rekonstruktion des biographischen Kontextes von Sozialhilfeverläufen bzw. -episoden und Erfassung der individuellen Bewertung der Sozialhilfe durch die Leistungsempfänger

3. Ost-West-Vergleich zentraler Befunde aus 1. und 2.

3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen

Die ostdeutsche Sozialhilfestudie wird in Halle/Saale durchgeführt. In der zentralen Chemieregion Sachsen-Anhalts gelegen hat diese kreisfreie mittlere Großstadt (300 000 Einw.) seit dem Systemumbruch tiefgreifende ökonomische und soziale Veränderungen erfahren und kann in Bezug auf Sozialhilfebedürftigkeit als eine "typische" städtische Region der neuen Bundesländer gelten (vgl. Olk/Rentzsch 1996). Zwei empirische Erhebungen wurden im Rahmen des Projektes durchgeführt: (1) Quantitative Erhebung von ereignisorientierten Mikrodaten zu Sozialhilfeverläufen anhand von Sozialamtsakten. (2) Qualitative Interviews mit Hallenser SozialhilfeempfängerInnen

Stand der Erhebung:

(1) Gegenstand der quantitativen Erhebung waren bislang die zwei ersten Zugangskohorten von Sozialhilfeempfängern in Halle nach Einführung der Sozialhilfe (1990 und 1991). Damit konnte die zu Projektbeginn geplante Erhebung (1990, 1991, 1992, 1993 und 1994) noch nicht vollständig ausgeführt werden. Der Grund hierfür liegt in unerwartet notwendig gewordenen Mehrarbeiten bei der Bestimmung der Grundgesamtheit. Im Sozialamt existierte weder eine Zentralkartei, noch eine EDV-gestützte Erfassung der Sozialhilfeakte. Die notwendige Totalzählung aller im Sozialamt auffindbaren Akten war mit einem außerordentlichen

Arbeitsaufwand verbunden. Dieser war unvermeidbar, da sonst grundsätzliche Anforderungen an eine Stichprobenkonstruktion verletzt worden wären (z.B. die Forderung, ein verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit hinsichtlich der Heterogenität der Elemente herzustellen, vgl. Friedrichs 1982). Diese zusätzlichen Projektaktivitäten in Vorbereitung der Sozialamtsaktenanalyse führten zu einem eigenständigen Projektergebnis (Ergebnis1). (Im Fortsetzungsantrag ist die Erhebung der ausstehenden drei Zugangskohorten vorgesehen.)

(2) Die qualitative Befragung umfaßt 76 Interviews mit SozialhilfeempfängerInnen, was der geplanten Anzahl von 80 Interviews sehr nahe kommt.

Forschungsziel und Methode:

(1) Analyse der Formierung und Differenzierung der Armutsbevölkerung

Die hier zugrunde gelegte Methode der Aktenanalyse stützte sich grundsätzlich auf das im Bremer Kooperationsprojekt D3 entwickelte Verfahren der Längsschnittanalyse von ereignisorientierten Mikrodaten aus Sozialhilfeakten (vgl. Buhr 1995). Abweichungen des in Halle eingesetzten methodischen Instrumentariums gab es lediglich hinsichtlich der zusätzlichen Erhebung von einigen wenigen "ostdeutsch-spezifischen" (bzw. als solche vermuteten) Charakteristika und bei der Zusammenfassung oder Aggregierung von einigen wenigen - und aller Voraussicht nach ausschließlich westdeutsch-typischen - Merkmalen der Erfassung des Sozialhilfeverlaufs in Bremen. Alle Erhebungsunterlagen wurden mit dem Projekt D 3 abgestimmt.

Der Gewinn einer Erfassung von Mikrodaten aus Amtsakten besteht darin, wesentliche Ereignisse während des Sozialhilfebezuges eines Antragstellers retrospektiv und zeidynamisch von Beginn bis zum Ende der Sozialhilfeabhängigkeit erfassen zu können. Beginn des Bezuges war in unserer Erhebung jeweils der entsprechende Zugangsmonat eines Antragstellers der Sozialhilfekohorte 1990 bzw. 1991. Für den weiteren Sozialhilfeverlauf bis hin zu seiner Beendigung - bzw. bis zum Erhebungsmonat (10/1995) im Falle der Nichtbeendigung - können auf diesem Wege wichtige Veränderungen im Leben der antragstellenden Person, ihrer Familie und ihres Haushaltes registriert, d.h. nach den im Erhebungsbogen vorgegebenen Merkmalen terminiert festgehalten werden. Auf diese Weise erhobene Längsschnittinformationen ermöglichen eine zeidynamische Charakteristik des Sozialhilfeverlaufs einer Kohorte von Antragstellern.

Zur angestrebten Grundgesamtheit gehörten alle Hallenser Sozialhilfeantragsteller, die jeweils in den Jahren 1990, 1991, 1992, 1993 und 1994 erstmals Leistungen (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt [HLU], einmalige Beihilfen [EB], Hilfe in besonderen Lebenslagen [HbL] bzw. auch HLU und HbL nebeneinander) beantragt und erhalten haben. Die Vorarbeiten im Sozialamt zur Bestimmung der Teilerhebung je Zugangskohorte umfaßten folgende vier Schritte:

- (I) Bestimmen der Grundgesamtheit durch eine Totalzählung aller Sozialamtsakten, hierzu Erfassen von wenigen persönlichen Merkmalen jedes Antragstellers (Name, Vorname, Geburtsdatum, Jahr der ersten Sozialhilfezahlung sowie Standort der Akte und Aktenzeichen) sowie Übertragung der Falldaten in eine EDV-Datei,
- (II) Selektieren von Doppelakten je Antragsteller (Dateierweiterung um die Variable "Zahl der Mehrfachakte einer Person") und Bestimmung der Auswahlgesamtheit (die um die Mehrfach- und Fehlakten verringerte Grundgesamtheit),
- (III) Aufgliederung der Auswahlgesamtheit nach den fünf Auswahlseinheiten (Zugangskohorten der Sozialhilfe 1990, 1991, 1992 1993, 1994),
- (IV) Konstruktion von zufallsgesteuerten 10%-Stichproben für die Auswahlseinheiten.

Die im Schritt (I) ermittelte Grundgesamtheit von 27 000 Sozialhilfeakten verringerte sich mit Schritt (II) auf 21 400 Sozialhilfeantragsteller. (Die Aufgliederung nach Schritt (III) vgl. Ergebnis 1).

In Abstimmung mit dem ZUMA wurde der Zugangsjahrgang 1991 in Halle als Vergleichsjahrgang der 1989-er Bremer Kohorte ausgewählt, da im Jahre 1991 gesetzliche Grundlagen zwischen Ost und West erstmals (weitgehend) gleich und die Zeitspanne für einen Vergleichszeitraum so groß wie seinerzeit möglich ist (d.h. vom Monat der Erhebung in Halle - 10/1995- sind das rückblickend 58 Monate; den Bremer Befunden liegt mit dem Stichmonat 9/1994 ein 69 Monate währendes Beobachtungsfenster zugrunde, das für Vergleichsanalysen auf das in Halle zur Verfügung stehende Beobachtungsfenster von 58 Monaten transformiert wird).

Insgesamt sind 820 Sozialhilfeakte erhoben worden. Sowohl die Teilerhebung der 1991er Zugangskohorte (652 Fälle) als auch die Teilerhebung der 1990er Zugangskohorte (168 Fälle) beruht auf einer 10%-Stichprobe.

Die Daten der beiden Teilerhebungen wurden einer ersten Auswertung unterzogen. Die Berechnungen beziehen sich ausschließlich auf die Gruppe der HLU-Empfänger außerhalb von Einrichtungen. Die Dauermessung basiert auf ereignisorientierten Datensätzen und ist mit den Ergebnissen der Bremer Stichprobe unmittelbar vergleichbar. (vgl. Ergebnis 3a bis 3d sowie Arbeitspapier 1 und 2).

(2) Rekonstruktion des biographischen Kontexts von Sozialhilfeepisoden und der individuellen Bewertung der Sozialhilfe

Die Grundgesamtheit, auf die sich die Aussagen dieses Untersuchungssteils beziehen, ist durch die Menge aller Sozialhilfeantragsteller bestimmt, die seit Einführung der Sozialhilfe in Halle jemals eine laufende Unterstützung zum Lebensunterhalt (außerhalb von Einrichtungen) erhalten hat. Somit ist die HLU-Klientel als Ganzes auch hier Gegenstand der Analyse. Einer Einengung auf spezifische Teilgruppen soll auf diese Weise vorgebeugt werden.

Die aus datenschutzrechtlichen Gründen vom Sozialamt versandten Gesprächseinladungen waren an über 500 HLU-Empfänger gerichtet worden. Knapp ein Viertel der Angeschriebenen reagierte auf dieses Angebot positiv und mit 14% wurde ein Interview durchgeführt. Insgesamt fanden mit 76 Personen narrative, problemzentrierte Interviews statt.

Die Datenerhebung selbst lehnte sich an erprobte Verfahren des Kooperationsprojektes D3 an, auch um eine Vergleichbarkeit der Befunde zu ermöglichen. Sie orientierte sich an der (sozio)biographischen Methode und nutzte problemzentrierte narrative Interviews. Bei der inhaltlichen Bestimmung der Erhebungsinstrumente wurde der stärker explorative Charakter der ostdeutschen Befragung berücksichtigt. Die größere "Offenheit" der Interviewführung erlaubte die Erfassung der subjektiven Deutung und Bewältigung der gesellschaftlichen Umbruchssituation und berücksichtigte auch den im Vergleich zur westlichen Armutsforschung deutlich weniger gesicherten Forschungsstand in den neuen Bundesländern. Hinsichtlich der Grundstruktur der Befragung gab es ein mit D3 abgestimmtes Vorgehen.

Die Auswertung der transkribierten Interviews umfaßte Fallanalysen und Fallvergleiche. Es wurde einerseits versucht, individuelle Deutungen, Orientierungen und Handlungsstrategien der einzelnen Befragten aufzudecken und zu ihren strukturellen Lebensbedingungen in Beziehung zu setzen. Andererseits wurde mittels des Fallvergleichs geprüft, ob sich differente Lebens- und Handlungsbedingungen zu

Handlungssituationen typisieren lassen, die als Rahmenbedingungen für typische Handlungs- und Orientierungsmuster ostdeutscher Sozialhilfeempfänger gelten können.

Die Auswertung des empirischen Materials setzte sich erstens damit auseinander, wie der Bezug von Sozialhilfe mit den individuellen Orientierungen und Handlungsstrategien der Empfänger in Verbindung steht.

Eine Hypothese gründet in der Auffassung, daß der Bezug von Sozialhilfe einen schwerwiegenden und ungewollten Bruch in der Lebensplanung der Ostdeutschen anzeigt; weil sie - entgegen ihren Ansprüchen und Gewohnheiten aus DDR-Zeiten - nicht mehr in der Lage sind, sich selbst zu ernähren und weil der Bezug von Sozialhilfe ihrer stark ausgeprägten Orientierung auf Erwerbsarbeit zuwiderläuft. Zeiten ohne Erwerbsarbeit werden vor einem solchen Hintergrund für Ostdeutsche zu Zeiten existenzieller Unsicherheit und negativer Selbstwahrnehmung.

Zweitens wurde danach gefragt, ob die Orientierung in einem neuen System der sozialen Grundsicherung individuelle Probleme verschärft, Unsicherheit erzeugt und zu Verwerfungen führt, insbesondere wenn die vorher nicht bekannte und stigmatisierende Sozialhilfe in Anspruch genommen werden muß.

Drittens war der institutionentheoretischen Frage nachzugehen, wie die sozial Unterstützten von "Versorgungsstaatsbürgern" der DDR zu "Sozialstaatsbürgern" der Bundesrepublik werden können. Mit dem Versorgungsstaatsbürger der DDR verbinden sich vor allem Vorstellungen von einer Person, die um ihre soziale Sicherheit wenig besorgt ist und nicht gelernt hat, Verantwortung für diese zu tragen. Es ließ sich vermuten, daß der Übergang in ein rechtlich kompliziertes, institutionell verzweigtes und auf ein hohes Maß an Eigeninitiative und Vorsorgedenken der Bürger aufbauendes System der sozialen Sicherung zu erheblichen Anpassungsschwierigkeiten führen könnte.

In Bezug auf diesen neuen Rechtsanspruch steht in Frage, ob es in Ostdeutschland eine Entsprechung im Rechtsempfinden der Sozialhilfeempfänger gibt bzw. ob sich eine solche entwickelt. (vgl. Ergebnis 4).

4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit

Ergebnis 1:

Ermittlung einer Ausgangsdatenbasis für Kohortenanalysen ostdeutscher Sozialhilfeempfänger

Im Ergebnis der Mehraufwendungen bei Vorbereitung der Aktenanalysen wurde eine zuverlässige Ausgangsdatenbasis für Längsschnittanalysen von fünf Kohorten ostdeutscher Sozialhilfeantragstellern (1990 bis 1994) geschaffen.

Inhaltlich ist diese Datenbasis durch die Gesamtheit der Sozialhilfeantragsteller der Stadt Halle im Zeitraum 7/1990 bis 12/1994 definiert. Auf ihrer Grundlage läßt sich die Auswahlgesamtheit nach Zugangskohorten der Sozialhilfe aufgliedern.

Tabelle 1: *Umfang der Sozialhilfezugangskohorten im Zeitraum 1990 bis 1994*

	1990	1991	1992	1993	1994
Zahl der Antragsteller	1 677	6 520	5 507	3 736	3 578

Die Zahl der jährlichen Antragsteller hat sich folglich nach einem "Boom" im Jahre 1991 in den darauffolgenden Jahren wieder verringert und unter 4 000 eingepiegelt. Diese Entwicklung ist überraschend, weil zunächst von dem dynamischen Anwachsen der ostdeutschen Sozialhilfeempfänger laut Statistik ausgegangen wurde. Das Ergebnis verdeutlicht indes, daß die Zuströme in Form von Ersteinstieg in den Sozialhilfebezug ab 1992 wieder abnehmen und das Jahr 1991 gewissemassen das größte "Auffangjahr" war. Auch das Jahr der gesetzlichen Umstellung von Sozialfürsorge auf Sozialhilfe hat, - wenn man eine zahlenmäßige Verdopplung vornimmt, da die Angaben infolge des Zeitpunktes der Gesetzes einführung nur für ein halbes Jahr vorliegen können - einen sehr gemäßigten Zustrom von Sozialhilfeempfängern. Eine Erklärung dafür könnte sein, daß im Jahre 1990 längst nicht alle Sozialhilfeberechtigten eine Sozialhilfeunterstützung in Anspruch nahmen, da diese soziale Leistung noch sehr wenig bekannt war. Im darauf folgenden Jahr hatte die Sozialhilfe bereits einen höheren Bekanntheitsgrad, hinzu kam noch, daß durch die Arbeitsmarktentwicklung die Zahl der Arbeitslosen sprunghaft angestiegen und insgesamt ein größeres Sozialhilfepotential (vermutlich darunter ein hoher Anteil von Kurzzeitbeziehern, auf Vorleistungen des Arbeitsamtes Wartende) als im Vorjahr entstanden war.

Erklärungen für diese Diskontinuitäten der Zugänge zur Sozialhilfe gibt es vermutlich auf mehreren Ebenen. Zum einen sind sie mit spezifischen sozialpolitischen Rahmenbedingungen in dieser Phase verbunden, die durch Einführung, Ablösung und Veränderung gesetzlicher Regelungen gekennzeichnet waren. Zum anderen spielen Bewegungen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt eine näher zu klärende Rolle. Nicht zuletzt sind sie auch auf der Ebene der individuellen Verhaltensweisen der Ostdeutschen zu vermuten. (Analysen zu diesem Thema sind noch zu erarbeiten.)

Mit der Ermittlung der Halleschen Zugangskohorten zur Sozialhilfe liegt eine zugriffsbereite Ausgangsbasis für die noch ausstehenden Teilerhebungen der Jahrgänge 1992, 1993 und 1994 vor, die in einer zweiten Projektphase vorgesehen sind.

Ergebnis 2:

Eine erste Längsschnittdatenbasis ostdeutscher Sozialhilfeverläufe (1990, 1991)

Für die Beurteilung von Dauer und Kontinuität ostdeutscher Sozialhilfeverläufe wurde erstmals für einen längeren Beobachtungszeitraum (für die Kohorte 1990 etwas mehr und für die Kohorte 1991 etwas weniger als 5 Jahre) eine umfassende Datenbasis erstellt.

Frühere Vermutungen und Annahmen zur Entwicklung ostdeutscher Langzeitarmut als ein häufig auftretender langandauernder Sozialhilfebezug (Hanesch u.a.) können auf dieser Grundlage überprüft und aktualisiert werden. Insbesondere sind mit diesen Längsschnittdaten auch die Verursachung des Sozialhilfebezuges, der weitere Ursachenverlauf sowie die Beendigungsursachen detailliert zu verfolgen. Hierbei kann u.a. auch Zusammenhängen zwischen Beginnursachen und der Verweildauer bzw. dem weiteren Verlauf des Sozialhilfebezuges differenziert nachgegangen werden. Außerdem bietet diese Datenbasis die Möglichkeit, ostdeutsche Befunde zur Sozialhilsedynamik mit den Ergebnissen der Bremer Längsschnittstudie zu vergleichen und Besonderheiten und Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West herauszustellen.

Ein wichtiger Befund zur Kennzeichnung der Besonderheiten der Zugangskohorten der Jahre 1990 und 1991 besteht darin, daß der Anteil der HLU-Empfänger jeweils sehr unterschiedlich ist. Entsprechendes gilt für die Leistungsart HbL. Der

Anteil der Empfänger von einmaligen BH ist in der Kohorte 1990 eindeutig höher als in der Kohorte 1991. Fälle mit einer Kopplung von HLU und HbL sind in beiden Kohorten verschwindend gering und es zeigt sich, daß die 1990 zutreffende Übergangsregelung zur Zahlung eines sozialpolitischen Ausgleichs für Kindergeld oder Wohngeld im Jahr darauf keine Bedeutung mehr hatte.

Die dem Projekt zugrundeliegende Vermutung, daß sich die Zugangskohorten voneinander unterscheiden, bestätigt sich in diesem Falle. Dieser Kohortenunterschied ist allerdings sozialpolitisch erzeugt, denn er geht auf die Entwicklung der sozialpolitischen Regelungen im System der Sozialhilfe selbst zurück.

Ergebnis 3:

Empirische Befunde zur Differenzierung und Formierung der ostdeutschen Armutsbewölkerung

Entsprechend dem Projektantrag befaßte sich die erste Auswertung der Längsschnittdaten sowohl mit einer kohortengetrennten als auch einer kohortenvergleichenden Analyse. Da nur zwei Kohorten analysiert werden konnten, war die Aufschichtung und Formierung der Klientel lediglich ansatzweise Analysegegenstand. Letztere Fragestellung soll in der nächsten Projektphase stärker im Mittelpunkt stehen.

Die Analyse der Struktur der Zugangskohorten sowie die Auswertung der Längsschnittdaten für jede Kohorte erbrachte Erkenntnisse zu vier Fragestellungen (3a, 3b, 3c, 3d):

(3a): Demographische und sozialstrukturelle Zusammensetzung

Quantitativ ist die Bedeutung der ehemaligen Sozialfürsorgeempfänger (mit 5,2% in 1990 und unter 1% in 1991) in beiden Zugangskohorten - wie zu erwarten - gering. Daraus folgt, daß der übergroße Teil beider Zugangskohorte zu DDR-Zeiten nicht von Sozialfürsorge lebte. Es ist auch zu vermuten, daß die spezifische Aufschichtung der Sozialhilfeklientel durch die Gruppe der Sozialfürsorgeempfänger in den Zugangskohorten 1990 und 1991 so gut wie abgeschlossen ist.

Was die Geschlechterverteilung in den ersten beiden Zugangskohorten anbetrifft, so sind die Antragsteller häufiger weiblich (1990 64,2%, 1991 51,1%).

Da der weibliche Bevölkerungsanteil bereits etwas höher liegt (52,9%) ist bei genauerem Hinsehen nur für die Kohorte 1990 auf einen höheren Anteil armer Frauen zu schließen.

Besonders für die Zugangskohorte 1990 ist charakteristisch, daß ein sehr hoher Anteil der Antragsteller mit Kindern unter 18 Jahren lebte, vor allem auch mit Kleinstkindern. Auffallend ist auch der hohe Prozentsatz von Antragstellern, die Kinder unter 18 Jahren haben, mit denen sie aber nicht zusammenleben.

Mit dem entsprechenden Bevölkerungsanteil verglichen (Familien mit Kindern < 18 Jahre an den Familien/Alleinstehenden ohne Kinder insgesamt) gibt es eine deutliche Überrepräsentanz der Antragsteller, die mit Kindern zusammenleben.

Unter dem Analyseaspekt Haushaltstyp gilt, daß in beiden Zugangskohorten sowohl die Alleinerziehenden als auch die Alleinstehenden überrepräsentiert sind.

(3b): Dauer des HLU-Bezuges

Für die Darstellung von Befunden zur Sozialhilfedauer werden an dieser Stelle sehr vereinfachte Zeitgrenzen für eine Definition von Kurzzeit-, Mittelfristig - oder Langzeitarmut gewählt: bis zu einem Jahr - kurz (K); länger als 1 Jahr und kürzer als 3 Jahre - mittelfristig (M); länger als 3 Jahre - langfristig (L).

Tabelle 2: Strukturierung der Dauer des Sozialhilfeverlaufs der Kohorten 1990, 1991 nach K(urz), M(ittel), L(ang)

DAUER DER 1. HLU-EPIPODE

	K	M	L
Kohorte 1990 (%)	66,4	16,4	17,2
Kohorte 1991 (%)	69,6	23,3	7,1

BRUTTODAUER

	K	M	L
Kohorte 1990 (%)	53,7	17,2	29,1
Kohorte 1991 (%)	49,5	27,5	23,0

NETTODAUER

	K	M	L
Kohorte 1990 (%)	58,2	18,7	23,1
Kohorte 1991 (%)	60,5	29,1	10,4

Die Messung aller drei Arten von Verweildauer zeigt, daß in den beiden analysierten Zugangskohorten der Sozialhilfeverlauf überwiegend von kurzer Dauer ist. Langzeitsozialhilfeempfänger sind in der Kohorte 1990 deutlich häufiger anzutreffen, was darauf verweisen kann, daß insbesondere 1990 ein großer Anteil des Zugangs über wenig Chancen verfügte, ein zur Sozialhilfe alternatives Leben zu führen bzw. nicht in der Lage war, vorhandene Chancen zu nutzen.

zu (3c): Ursachen

In einer ersten Übersicht zu den Hauptursachen des Beginns der ersten Episode (nur erste Ursache berücksichtigt) bestätigt sich die - auch aus der Sozialhilfestatistik - bekannte Tatsache, daß *Arbeitslosigkeit* als Grund dominiert (1990- 59,7%, 1991- 52,9%). Berücksichtigt man auch die erhobenen Zweit- und Drittursachen, die im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit stehen, so ergibt sich ein noch höherer Anteil (1990- 64,2%, 1991- 61,8%).

Der Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug wird offenkundiger, wenn man die weniger aggregierten Gründe mitheranzieht:

21,6% aller Antragsteller *warten* in der Kohorte 1990 auf einen Bescheid vom Arbeitsamt und erhalten Sozialhilfe zunächst als Überbrückung, in der Kohorte 1991 sind es sogar 26,9%.

17,9% haben in der Kohorte 1990 *keinen Anspruch* auf Arbeitslosengeld, in der Kohorte 1991 tritt dieses etwas seltener auf - in 10,9% aller Fälle.

Im Vergleich zu diesen beiden wichtigsten Gründen haben die Ursachen Sperrzeit oder unzureichendes Arbeitslosengeld bzw. -hilfe weniger Gewicht als Beginnursache.

Von relativ hohem Rang ist auch der Beginngrund *unzureichendes Erwerbseinkommen* (1990 13,4%, 1991 - 11,2%).

Die Beendigungsursachen aus dem Blickwinkel der 'letzten Episode' geben am ehesten Auskunft über die realen (und realisierten) Chancen, von Sozialhilfe wieder unabhängig zu werden.

Für 17,9% der Antragsteller der Kohorte 1990 und 12,9% der Kohorte 1991 gab es diese Chance nicht bzw. nicht mehr, sie befinden sich zum Erhebungszeitpunkt noch oder bereits wieder im Bezug.

Wichtigste Ursache der Beendigung ist das *Einsetzen vorrangiger staatlicher Leistungen*, was in der Kohorte 1990 mit einem Anteil von 21,6% - in der Kohorte 1991 sogar mit 31,4% - zu Buche schlug. Die *Arbeitsaufnahme des Antragstellers oder seines Partners* war lediglich bei 5,9% der Kohorte 1990 und 8,7% der Kohorte 1991 der Beendigungsgrund. Das unterstreicht die prekäre Arbeitsmarktsituation der neuen Bundesländer und die geringe Aussicht der meisten Arbeitslosen, durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit sozialhilfeunabhängig zu werden

Noch ungeklärt ist ein weiterer hochrangiger Grund der Beendigung des HLU-Bezuges - die sogenannte *keine weitere Vorsprache* des Antragstellers (1990 - 14,2 %, 1991 - 18,1%). Hier sind weitere Untersuchungen erforderlich (z.B. Expertengespräche).

(3d): strukturelle Besonderheiten Ost

In komprimierter Form lassen sich folgende Unterschiede der Ost- zur Westklientel der Sozialhilfeempfänger beschreiben, wenn man die Hallenser Kohorte 1991 mit der Bremer Kohorte 1989 in Beziehung setzt.

Sozial-demographischer Aspekt:

Im Osten ist der Anteil der nichtdeutschen Antragsteller deutlich geringer als im Westen (Ost: 7,7%; West: 25%).

Frauen treten im Osten (51,1%) entschieden häufiger als im Westen (36,7%) als AntragstellerInnen in Erscheinung.

Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren sind in der Ostklientel überrepräsentiert (Kohortenanteil 24,6%; Anteil an der Familienstruktur 21,5% der Bevölkerung der neuen Bundesländer) in der Westklientel leicht unterrepräsentiert (Kohortenanteil 12,4%; Anteil an der Familienstruktur der alten Bundesländer 13,3%¹).

Ostdeutsche Familien mit Kindern sind in der Sozialhilfeklientel überrepräsentiert (40,4% gegenüber 37,2%), westdeutsche Familien mit Kindern sind faktisch proportional ihrem Anteil in der Familienstruktur vertreten (29,4% gegenüber 29,6%).

Zeitdynamischer Aspekt:

Auf einer ersten Ebene deckt ein Vergleich zwischen *kurzer*, *mittlerer* und *langer Bezugsdauer* in der analysierten Ost- und Westkohorte große Ähnlichkeiten auf.

Tabelle 3: Vergleich der Strukturierung der Dauer des Sozialhilfeverlaufs der Bremer Kohorte 1989 und der Hallenser Kohorte 1991 nach K(urz), M(ittel), L(ang)

DAUER DER 1. HLU-EPIISODE

	K	M	L
Westklientel (%)	71,7	18,5	9,9
Ostklientel (%)	69,6	23,3	7,1

BRUTTODAUER

	K	M	L
Westklientel (%)	50,5	23,4	26,0
Ostklientel (%)	49,5	27,5	23,0

NETTODAUER

	K	M	L
Westklientel (%)	59,5	25,8	14,6
Ostklientel (%)	60,5	29,1	10,4

¹ Werte des Mikrozensus, hier Angabe für 1990)

Unabhängig von der Wahl des Indikators zur Dauermessung stimmt zwischen Ost und West sowohl ein hoher, in den Klientelen jeweils dominierender Anteil von Kurzzeitbeziehern überein, als auch das relativ limitierte Auftreten von Langzeitbezug.

Ursächlicher Aspekt:

Ein Ursachenvergleich verdeutlicht, daß in Ost und West auch gleichartige Mechanismen erforderlicher Inanspruchnahme von Sozialhilfe wirken, z.B. wenn der Sozialhilfe ausschließlich eine Überbrückungsfunktion zukommt, da vorgelagerte Leistungssysteme nicht fristgemäß wirksam werden. So ist die Ursache *Arbeitslos und Warten auf vorrangige Leistungen* sowohl in der Ostkohorte (37,9%), als auch in der Westkohorte (37,4%) auffallend häufig der Grund für eine Beantragung von Sozialhilfe. Analysiert man die Verursachung von Sozialhilfe durch *Arbeitslosigkeit insgesamt*, d.h. sowohl Warte- als auch Nichtwartefälle, so ist in der Ostkohorte (61,8%) ein höherer Anteil als in der Westkohorte (54,4%) festzustellen. Dieser Befund stimmt mit unserer Annahme überein, daß Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern ein noch gewichtigerer Grund für den Bezug von Sozialhilfe ist, als das bereits in den alten Bundesländern schon der Falle ist.

Ursachen der Beendigung des Sozialhilfebezuges im Ost-West-Vergleich verweisen auf einige Unterschiede. So ist der Beendigungsgrund *Arbeitsaufnahme* in der Ostklientel (9,4%) deutlich seltener anzutreffen, als in der Westklientel (15,7%). Dagegen ist das *Einsetzen vorrangiger Leistungen* in der Ostklientel (37,3%) ein deutlich häufiger auftretender Beendigungsgrund als in der Westklientel (30,7%). (ausf. Arbeitspapier 2.)

Ergebnis 4:

Erste Befunde aus der qualitativen Untersuchung zur Rekonstruktion des biographischen Kontextes von Sozialhilfeepisoden und der individuellen Bewältigung der Sozialhilfe durch die Betroffenen

Als ein Ergebnis läßt sich festhalten, daß im Osten relativ wenig Befragte in der Sozialhilfe Lebensgestaltungswünsche realisieren. Lediglich einige Alleinerziehende, die für eine begrenzte biographische Phase ihre Berufsarbeit unterbrechen, sind einem solchen Orientierungsmuster zuzurechnen. Vereinzelt wird auch die Zeit in der Sozialhilfe zu einer Reorientierung oder Stabilisierung biographischer

Planungen genutzt. Insgesamt scheint aber der Stellenwert, den Berufsarbeiten als vorrangige Form der Existenzsicherung einnimmt, in den neuen Bundesländern weitgehend ungebrochen.

Charakteristische Differenzen innerhalb der Untersuchungsgruppe wurden mittels eines typologisierenden Verfahrens zu vier Orientierungsmustern verallgemeinert. Sie veranschaulichen, daß die Sozialhilfeklientel in Ostdeutschland im Hinblick auf die o. g. drei Forschungsfragen heterogen zusammengesetzt ist. Im folgenden werden die gewonnenen Typen knapp charakterisiert:

Typ 1:

Die Befragten dieses Typus sehen ihr zentrales Problem darin, daß es ihnen kaum gelingt, sich dauerhaft und existenzsichernd auf dem Arbeitsmarkt zu verorten. Sich selbst sehen sie als Opfer der Verhältnisse und beklagen, daß sie viel zu wenig Unterstützung durch den neuen, bundesrepublikanischen Staat erfahren. Sie sind schon länger im Sozialhilfebezug und ein Ende ist nicht abzusehen. Zu ihrem Lebensentwurf gehört die Garantie eines Arbeitsplatzes für alle, die arbeiten wollen und unabhängig von den persönlichen Voraussetzungen. Sie scheiden genau zwischen Menschen, die - wie sie - unverschuldet in Not geraten sind und Menschen, die sich dieses Schicksal (angeblich) selbst zu zuschreiben haben. Das Anrecht auf staatliche Unterstützung knüpfen sie weniger an die Bedürftigkeit als vielmehr an die "gute Führung". In dieser Auffassung sehen sie sich von ihrem sozialen Umfeld bestätigt.

Typ 2:

VertreterInnen dieses Typus betrachten Berufsarbeiten als ihre Pflicht und lehnen es ab, alimentiert und bevormundet zu werden. Den Bezug von Sozialhilfe wollen sie so rasch wie möglich beenden. Mit dem Antrag auf Sozialhilfe realisieren sie keinen Rechtsanspruch; vielmehr soll ihnen das Gemeinwesen, wie eine Familie, in Zeiten der Not beistehen. Mit dem Geld kommen sie zurecht, wenngleich es ihnen auf Dauer zu knapp bemessen ist. Da sie ihre Lage nicht selbst verschuldet haben, sehen sie kein Problem darin, ihren Bezug zu offenbaren. Den Kontakt zu ihren SachbearbeiterInnen präsentieren sie wie eine persönliche Beziehung. Es ist ihnen wichtig, daß sie Vertrauen haben können und sie schätzen es, wenn sie wie ein Familienmitglied behandelt werden.

Typ 3:

Diese KlientInnen bewältigen ihren Alltag ohne Problem - auch unter Mangelbedingungen. Streng genommen haben sie kein biographisches Problem, das es zu lösen gilt, um den Bezug von Sozialhilfe zu beenden. Sie betrachten sich als ÜberbrückerInnen. Die längsten Sozialhilfezeiten planen Frauen ein, die sich im Erziehungsurlaub befinden. Im gegebenen Rahmen betrachten sie sich als MeisterInnen ihres Geschickes. Diese Position festigt sich durch die "Wende". Selbstreflexion und Planung sind ihnen nicht fremd. Sie erhalten häufig Leistungen im Übergang in eine neue Lebensphase (z.B. Ausbildung oder die erste Zeit nach der Geburt eines Kindes). Sie betrachten es als ihr Recht, Sozialhilfe zu beziehen. Diese Selbstwahrnehmung wird von ihrem sozialen Umfeld geteilt - zumindest von ihren Referenzgruppen. Den Kontakt zum Sozialamt erleben sie als schwierig. Nahezu immer fühlen sie sich von den MitarbeiterInnen schlecht beraten, nicht immer auch schlecht behandelt. Sie informieren sich über ihre Rechte und teilen die Meinung, daß Sozialämter den Menschen helfen sollten. Es stört sie daher, daß sie den Bezug jeder Leistung rechtfertigen müssen.

Typ 4:

Die Interviewten dieses Typus bewältigen ihren Alltag weitgehend ohne Probleme und sehen sich auch den bürokratischen Anforderungen auf dem Sozialamt gewachsen. Sie betrachten sich als ÜberbrückerInnen. Doch auch die wenigen Monate, die sie von Sozialhilfe gelebt haben, sind ein großes subjektives Problem für sie. Sozialhilfe entspricht nicht ihren Vorstellungen eines "richtigen" Lebens, daß sich durch Leistung und ökonomische Unabhängigkeit auszeichnet. Sozialstaatliche Hilfeangebote finden sie angemessen - doch wenn sie selbst davon betroffen sind, leiden sie darunter. Über ihren Hilfebezug informieren sie nur ihr engstes soziales Umfeld, daß diesen Schritt problematisch findet, aber toleriert. Auf dem Amt machen sie keine schlechten Erfahrungen. Die MitarbeiterInnen erleben sie als zuvorkommend und umgänglich. Dennoch suchen sie den Umgang mit dem Sozialamt auf das absolut Notwendige zu begrenzen.

5. Außenaktivitäten

5.1 Vorträge u.a.

Mädje, Eva (1996): Das Erbe von 89: Neue Bundesrepublikanische Langzeitarmut? Vortrag bei "Mitwelt - Alternatives Bildungswerk in Sachsen-Anhalt e.V.", 26. 4. Halle

Olk, Thomas (1994): Hilfe für Randgruppen und Außenseiter in den neuen Bundesländern. Ringvorlesung des DGB-Kreisverbandes Halle und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 12. 1. Halle

Rentzsch, Doris (1994): Frauenarmut in den neuen Bundesländern. Vortrag auf der Tagung "Armut in Europa", Internationaler Arbeitskreis Sonnenberg, 22.- 26. 10. St. Andreasberg

5.2 Beiträge zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit

Mädje, Eva; Olk, Thomas; Rentzsch, Doris (1994): Zur Transformation von Armut in den neuen Bundesländern. Vortrag auf der Jahrestagung der "Sektion Sozialpolitik" der Deutschen Gesellschaft für Soziologie am 6./7. Mai in Halle.

Mädje, Eva und Thomas Olk (1995): Armut Ost/West. Vortrag auf dem 4. Symposium des SFB 186 Lebenslaufpolitik - Institutionen und Statusmanagement, 21.-22. 9. Bremen

Leisering, Lutz; Mädje, Eva (1995): Armut im vereinigten Deutschland - Umruch und Kontinuität. Vortrag auf dem 27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle.

6. Publikationen

6.1 Veröffentlichungen

Mädje, Eva; Olk, Thomas; Leisering, Lutz (1995): Lebensläufe zwischen Umbruch und Kontinuität: Armut im vereinten Deutschland. In: Leibfried, Stephan; Leisering, Lutz u.a.. Zeit der Armut. Frankfurt am Main. 238-267

Leisering, Lutz; Mädje, Eva (1995): Armut im vereinigten Deutschland - Umruch und Kontinuität. In: Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995. Frankfurt/New York, 903-915

Olk, Thomas; Rentzsch, Doris (1994): Zur Transformation von Armut in den neuen Bundesländern. In: Riedmüller, Barbara; Thomas Olk (Hrsg.): Grenzen des Sozialversicherungsstaates. Leviathan Sonderheft 14/1994. Opladen, 248-274

- Olk, Thomas; Riedmüller, Barbara (1994): Grenzen des Sozialversicherungsstaates oder grenzenloser Sozialversicherungsstaat? Eine Einführung. In: Riedmüller, Barbara; Thomas Olk (Hrsg.): Grenzen des Sozialversicherungsstaates. Leviathan Sonderheft 14, 9-33
- Olk, Thomas; Rentzsch, Doris (1996): Kommunale Armuts politik in Ostdeutschland - Armutslagen und Strategien ihrer Bekämpfung in ausgewählten Kommunen im Land Sachsen-Anhalt. In: Häußermann, Hartmut; Neef, Rainer (Hrsg.): Stadtprobleme in Ostdeutschland. Opladen, 219-247
- Olk, Thomas; Evers, Adalbert (1996): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen (in Druck)

6.2 Arbeitspapiere

- Rentzsch, Doris (1996): Methodische Grundlagen von Längsschnittstudien zum Sozialhilfeverlauf in Ostdeutschland am Beispiel der Halleschen Sozialhilfestudie. (Arbeitspapier Nr. 1)
- Rentzsch, Doris; Buhr, Petra (unter Mitarbeit von Kerstin Bertram und Andreas Weber (1996): Befunde von Längsschnittstudien zur Armutsdynamik Ost und West im Vergleich. (Arbeitspapier Nr.2)

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts Z - Methodenbereich -

Thema: Forschungsbegleitende Methodenentwicklung in der Biographie- und Lebenslaufforschung

Beteiligte Wissenschaftler/innen

Prof. Dr. Karl Schumann	(GA) (Projektleiter)
Dr. Udo Kelle	(GA)
Dipl.-Soz. Susann Kluge	(EA)
Dr. Gerald Prein	(EA/GA)
Dipl.-Soz. Thorsten Sommer	(EA)

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Stand der forschungsbegleitenden Methodenentwicklung zu Beginn der laufenden Phase
3. Kooperationsbeziehungen zu Teilprojekten
4. Ergebnisse
 - 4.1. Qualitative Methodenentwicklung
 - 4.1.1. Verfahren zur EDV-gestützten Aufbereitung und Analyse unstrukturierter Textdaten
 - 4.1.2. Empirisch begründete Typenbildung in der qualitativen Sozialforschung
 - 4.1.3. Strategien zur Validierung von Interpretationsergebnissen und Deutungshypothesen
 - 4.2. Quantitative Methodenentwicklung
 - 4.2.1. Modellierung
 - 4.2.2. Explorative Verfahren der Längsschnittanalyse
 - 4.3. Integration qualitativer und quantitativer Methoden
5. Außenaktivitäten
 - 5.1. Vorträge u.a.
 - 5.2. Beitrag zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit (Tagungen und Workshops)
6. Publikationen in der laufenden Berichtsperiode
 - 6.1. Schriften
 - 6.2. Arbeitspapiere

1. Zusammenfassung

Der Methodenbereich im Teilprojekt Z des Sfb berät die empirisch arbeitenden Teilprojekte in methodischen und methodologischen Fragen. Die in der Forschungspraxis auftretenden Probleme bieten dabei die Grundlage für "forschungsbegleitende Methodenentwicklung". Die wesentlichen Problemkonstellationen hierfür ergeben sich aus dem Anspruch des Forschungsprogramms, quantitative Sozialstrukturanalysen mit der qualitativen Erforschung von Akteursorientierungen zur Analyse von Lebensverläufen zu integrieren. Demgemäß liegen die Arbeitsschwerpunkte der forschungsbegleitenden Methodenentwicklung in den Bereichen (1.) der Methodologie und Forschungspraxis interpretativer Verfahren, (2) statistischer Verfahren zur Exploration von und Modellierung mit quantitativen Längsschnittdaten und (3) methodologischer und theoretischer Aspekte der Verbindung qualitativer und quantitativer Methoden.

Im Bereich interpretativer Verfahren wurden die Arbeiten der zweiten Förderungsphase fortgeführt. Im Vordergrund standen dabei Strategien zur Sicherung der methodischen Kontrolle qualitativer Datenauswertung und der Validität qualitativer Ergebnisse. Techniken zur EDV-gestützten Aufbereitung, Kodierung und Analyse verbaler Daten wurden weiterentwickelt und eine Reihe von Beiträgen zu ihrer methodologischen Bedeutung im Forschungsprozeß vorgelegt. Auf der Grundlage bisheriger Arbeiten zur empirisch begründeten Theoriebildung wurden die methodologischen Grundlagen von Verfahren der Typenbildung erarbeitet und verschiedene Ansätze der Typenbildung umgesetzt, erprobt und teilweise weiterentwickelt. Weiterhin wurden Strategien zur Validierung von qualitativen Interpretationsergebnissen und Deutungshypothesen erprobt und kritisch evaluiert.

In bezug auf quantitative Methoden hat sich der Bereich Methoden und EDV in der dritten Forschungsphase schwerpunktmäßig auf Probleme der Längsschnittdatenanalyse konzentriert. Dabei wurden Fragen der *Kausalanalyse* mit Panelmodellen und ereignisanalytischen Methoden anhand konkreter Problemstellungen in verschiedenen Teilprojekten behandelt. In diesem Bereich bestand bei etlichen der Projekte, die mit der Schätzung anspruchsvoller Kausalmodelle begonnen haben, erheblicher Beratungsbedarf. Im Kontext dieser Arbeiten wurden einerseits konkrete Teilprobleme bei der Modellierung mit Längsschnittdaten bearbeitet (wie etwa das Problem der Teststärke oder Probleme der Modellspezifikation), andererseits wurden generelle Fragen sozialwissenschaftlicher Modell- und Theoriebildung behandelt (etwa die Frage der Angemessenheit und Brauchbarkeit bestimmter handlungstheoretischer Erklärungsansätze). Als methodische Alternative zu einem kausalanalytischen Vorgehen wurden darüber hinaus verschiedene *explorato-*

rische Methoden für die statistische Analyse von Längsschnittdaten erprobt. Hierbei zeigte sich, daß ein solches Instrumentarium im Bereich der sozialwissenschaftlichen Longitudinalforschung derzeit noch wenig entwickelt ist, so daß hier *sequenzanalytische Verfahren* aus der Sprachwissenschaft und Biologie auf den Bereich der Lebenslaufforschung übertragen werden mußten.

Zur Verbindung von Sozialstrukturanalyse und biographischer Analyse der Akteursperspektive wurden handlungstheoretisch begründete Konzepte zur Integriertion von qualitativen und quantitativen Methoden entwickelt. Schwerpunkte lagen dabei auf der methodischen Umsetzung des Konzepts der "Brückenannahmen" und auf der Diskussion der Frage, welchen Stellenwert Akteurstheorien bei der statistischen Modellierung von Kausalbeziehungen besitzen.

2. Stand der forschungsbegleitenden Methodenentwicklung zu Beginn der laufenden Phase

In der ersten Förderungsphase des Sfb 186 war der Methodenbereich vor allem mit methodischen Dienstleistungen befaßt, in der zweiten und dritten Förderungsphase wurde auf dieser Basis *forschungsbegleitende Methodenentwicklung* geleistet. Da Methodenentwicklung ohne eine enge Anbindung an die Forschungspraxis oft zu Recht als empiriefern kritisiert wird, wurde auf eine enge Kooperation mit den Teilprojekten Wert gelegt. Ausgangspunkt für die Methodenentwicklung bildeten die spezifischen methodischen und methodologischen Probleme, die sich aus dem Forschungsprogramm des Sfb ergeben. Dabei wurde auf drei Gebieten Methodenentwicklung geleistet: (1.) auf dem Gebiet *qualitativer Sozialforschung*, (2.) auf dem Gebiet *statistischer Verfahren* zur *Analyse von Längsschnittdaten* und (3.) bei der Entwicklung von handlungstheoretischen Konzepten zur *Verknüpfung qualitativer und quantitativer Methoden*.

- (1.) Die *qualitative Methodenentwicklung* am Sfb 186 nahm ihren Ausgang von dem Problem, daß die meisten in der Literatur vorgeschlagenen Verfahren aufgrund einer stark kasuistischen Orientierung für die Fragestellungen und Forschungsdesigns von Sfb-Projekten oft nur wenig geeignet waren. Die systematische Berücksichtigung sozialstruktureller Randbedingungen bei der qualitativen Stichprobenziehung führte am Sfb zur Erhebung umfangreicher Textdatenmengen, für deren Auswertung zu Beginn der Laufzeit kaum pragmatisch handhabbare Verfahren existierten. Ein wichtiger Arbeits-

schwerpunkt des Methodenbereichs wurden deswegen methodisch kontrollierte und intersubjektiv nachvollziehbare Strategien zur interpretativen Auswertung großer Mengen von Textdaten.

In der zweiten Förderungsphase wurden dabei einerseits *methodologische Grundlagenarbeiten* geleistet, um wissenschaftstheoretisch begründete Modelle *empirisch begründeter Theoriebildung* - jenseits naiv induktivistischer Konzepte - vorzulegen (Kelle 1994a). Hierbei wurden Vorschläge erarbeitet und erprobt, um die (oft intuitiv gehandhabte) Einbeziehung theoretischer Heuristiken im qualitativen Forschungsprozeß zu explizieren und zu systematisieren (Kelle/Kluge 1994).

Andererseits wurden typische *Validitätsprobleme qualitativer Forschung* bearbeitet. Strategien zur Bewältigung dieser Probleme bezogen sich erstens auf Verfahren *qualitativer Stichprobenziehung*. Der Methodenbereich hat hier in enger Abstimmung mit Teilprojekten die bislang in der qualitativen Forschung eingesetzten Methoden des "theoretischen Sampling" und des "selektiven Sampling" (Glaser/Strauss 1967; Schatzman/Strauss 1973) auf ihre Brauchbarkeit für die qualitative Lebenslaufforschung hin geprüft und weiterentwickelt (Prein/Kluge/Kelle 1994; Kelle/Prein 1993). Zweitens wurden Verfahren benötigt, die sicherstellen, daß bei der qualitativen Analyse der Zugang zu allen relevanten Informationen in umfangreichem Textdatenmaterial auf jeder Stufe des Auswertungsprozesses erhalten bleibt. Hierzu wurde in der zweiten Phase die Entwicklung von EDV-gestützten Techniken in Angriff genommen, die auf der Basis komplexer Kategoriensysteme einen Zugriff auf relevante Textpassagen ermöglichen, (Kelle 1990, 1993, 1994b).

- (2.) Hinsichtlich quantitativer Methoden wurden bereits in der zweiten Förderphase des Sonderforschungsbereichs Probleme der kausalen Modellierung unter verschiedenen Aspekten behandelt. Hier standen vor allem Fragen der Stichprobenziehung sowie - hieran anschließend - das Problem angemessener Inferenzstrategien bei kleinen Samples im Vordergrund der Arbeit. So hatte sich in vielen Bereichen der empirischen Forschung gezeigt, daß traditionell angewandte Strategien des Modellvergleichs und Hypothesentests im Falle komplexer Modelle zu übertrieben konservativen und daher nicht mehr rationalen Entscheidungen über die Annahme oder Ablehnung von Hypothesen

führen können, wenn die Stichproben nicht sehr groß bzw. die getesteten Effekte nicht sehr stark sind. Nachdem der Einsatz von exakten Prüfverteilungen oder Monte-Carlo-Simulationen im Rahmen von Querschnittsanalysen erprobt worden war, konzentrierte sich die Arbeit auf die Entwicklung von Verfahren zur Schätzung der Teststärke, wobei auch hier auf Monte-Carlo-Simulationen zurückgegriffen wurde. Deren Einsatzmöglichkeiten im Rahmen multivariater Querschnittsanalysen konnte anhand mehrerer Beispiele gezeigt werden. Offen blieb jedoch die Frage, inwieweit sich ein solches Instrumentarium auch im Rahmen von Längsschnittsanalysen - etwa bei ereignisanalytischen Verfahren - einsetzen lässt. Darüber hinaus stellte sich in vielen Teilprojekten das Problem, inwieweit die Voraussetzungen für die Anwendung anspruchsvoller Modellierungstechniken wie "*Event History Analysis*" auf das vorhandene Datenmaterial vorhanden sind und welche voraussetzungsärmeren und stärker explorativ orientierten Alternativmethoden ggfs. zur Verfügung stehen.

- (3.) Die mit dem Forschungsprogramm des Sfb angestrebte Verknüpfung quantitativ orientierter Sozialstrukturanalyse mit der qualitativen Untersuchung biographischer Orientierungen macht die Bearbeitung von Problemen der Methodenintegration notwendig. Durch die Organisation von Workshops und Arbeitsgruppen hat der Methodenbereich in der zweiten Förderungsphase die Sfb-interne Diskussion hierzu angeregt, begleitet und deren Ergebnisse dokumentiert (Prein/Kelle/Kluge 1993). Dabei zeigte sich, daß die Verknüpfung verschiedener Methodenstränge nicht primär auf der Basis methodologischer Überlegungen geleistet werden kann, sondern daß es dazu vor allem theoretischer Reflektionen über die Natur des untersuchten Gegenstandsbereichs bedarf. Allgemeine methodologische Konzepte zur Methodenintegration, wie sie in der Literatur oft vertreten werden, erwiesen sich als nur bedingt brauchbar. Stattdessen wurden verschiedene lokale methodische Konzepte zur Methodenintegration in der Zusammenarbeit mit verschiedenen Projekten erprobt.

3. Kooperationsbeziehungen zu Teilprojekten

Das Konzept der *forschungsbegleitenden Methodenentwicklung* (s.o.) verweist den Methodenbereich in besonderer Weise auf die Kooperation mit den empirisch arbeitenden Teilprojekten des Sfb. Diese Kooperation wird realisiert (1.) durch die methodische Beratung der Teilprojekte, die den Ausgangspunkt der Methodenentwicklung bildet, (2.) durch die Durchführung von internen Schulungen und Workshops und (3.) bei der Organisation übergreifender Symposien, die gemeinsam vom Methodenbereich und den Teilprojekten durchgeführt werden. Mit einer Reihe von Projekten wurden in der letzten Phase besonders intensive Kooperationsvorhaben realisiert, um Lösungen für methodische Probleme exemplarisch zu entwickeln und zu erproben, die dann im gesamten Sonderforschungsbereich umgesetzt werden können.

Im Bereich der *qualitativen Methodenentwicklung* wurde dabei besonders mit den Projekten A1, A3, B5 und D3 zusammengearbeitet. Hierbei ging es einerseits um die Entwicklung, Implementation und Erprobung von Textdatenbanksystemen für die Verwaltung von qualitativen Textdaten. Andererseits wurden in Zusammenarbeit mit den Projekten qualitative Auswertungstrategien entwickelt und evaluiert. Im Mittelpunkt standen dabei Verfahren zur empirisch begründeten Typenbildung und zur Überprüfung von Interpretationsergebnissen und Deutungshypothesen.

Bereits in der dritten Förderphase lagen in vielen Teilprojekten des Sonderforschungsbereichs, die ein panelorientiertes Erhebungsdesign benutzten, *quantitative Daten* über ein so breites Beobachtungsfenster vor, daß komplexe Längsschnittanalysen durchgeführt werden konnten. Darüber hinaus arbeitete ein beträchtlicher Teil der Projekte mit extern erhobenen Datensätzen wie dem "Sozioökonomischen Panel" (GSOEP). Im Rahmen der dabei durchgeführten Analysen entstand ein z.T. erheblicher methodischer und technischer Beratungsbedarf. Neben diesen beratungsorientierten Kooperationen mit den Projekten A4, C1, C4 und C5 fand im Bereich der quantitativen Methodenentwicklung vor allem mit den Projekten A1, A3, B1, B6 und D3 eine weitergehende Zusammenarbeit statt.

4. Ergebnisse

4.1. Qualitative Methodenentwicklung

4.1.1. Verfahren zur EDV-gestützten Aufbereitung und Analyse unstrukturierter Textdaten

Bei den qualitativen Untersuchungen der Teilprojekte wird in der Regel umfangreiches unstrukturiertes Textdatenmaterial erhoben, das nur mit Hilfe EDV-gestützter Verfahren angemessen strukturiert werden kann. In der zweiten Förderungsphase waren hierzu erste Konzepte entwickelt und in einigen der Teilprojekte an kleineren Datensätzen erprobt worden (Kelle 1990, 1993, 1994b). Nach durchweg positiven Erfahrungen bei der Erprobung konnten diese Konzepte in der laufenden Phase in weiteren Projekten implementiert und weiterentwickelt werden. EDV-gestützte Strategien qualitativer Datenverwaltung wurden in den Projekten A1, A3, A4, B1, B5, C1 und C4 eingesetzt. Dabei mußten verfügbare Softwaresysteme an die Bedürfnisse der Teilprojekte angepaßt und eigene Entwicklungsarbeiten geleistet werden (Prein 1996).

Das Schwergewicht lag allerdings nicht auf der Programmentwicklung, sondern auf der methodologischen Evaluation unterschiedlicher technischer Problemlösungen. Der Methodenbereich hat dabei die verschiedenen in der Literatur diskutierten und am Sfb eingesetzten Verfahren vergleichend evaluiert (Kelle/Prein/Bird 1995; Kelle/Bird 1996; Kelle 1996b; Kluge 1995). In der methodologischen Debatte werden hinsichtlich des Einsatzes EDV-gestützter Techniken in der qualitativen Forschung sowohl schwerwiegende Bedenken (vgl. Seidel 1991, Agar 1991) als auch großer Optimismus (Richards/Richards 1991) geäußert. Die Pessimisten äußern die Befürchtung, daß die Implementation neuer Techniken unkontrollierte methodologische "Seiteneffekte" haben könnte, die den Intentionen qualitativer Forschung zuwiderlaufen. Die Optimisten hingegen erwarten sich von solchen Verfahren eine größere Transparenz und Systematik qualitativer Analysen, sowie eine stärkere Absicherung qualitativer Ergebnisse.

Der Methodenbereich konnte auf der Grundlage der Erfahrungen mit verschiedenen EDV-gestützten Techniken im Kontext verschiedener Auswertungsverfahren zur methodologischen Diskussion in diesem Bereich beitragen. Diese Erfahrungen machen deutlich, daß eine EDV-gestützte Auswertung erheblich zur Validität der Ergebnisse qualitativer Analysen beitragen kann, indem sie eine systematischere

Analyse größerer Stichproben ermöglicht als manuelle Verfahren (Kelle 1996b; Kelle/Bird 1996; Prein 1996). Hierbei darf allerdings der hohe Aufwand für eine EDV-gestützte Datenaufbereitung (der den Nutzen größerer Systematik in einzelnen Fällen aufwiegen kann) nicht unberücksichtigt bleiben (Kelle/Laurie 1995). Andererseits erweisen sich Befürchtungen, EDV-gestützte Auswertungstechniken könnten methodologisch negative Effekte haben, nicht als völlig unbegründet. Dies kann vor allem dann der Fall sein, wenn grundlegende Unterschiede zwischen verschiedenen Kodierverfahren nicht beachtet werden (vgl. auch Pkt. 4.1.3). Der Methodenbereich hat sich in der laufenden Phase deshalb intensiv mit Problemen qualitativer Kodierung befaßt (Kelle 1996d; Kelle/Kluge 1994; Kluge 1995; Seidel/Kelle 1995). Die in der laufenden Phase in enger Kooperation mit Teilprojekten entwickelten Strategien axialer und selektiver Kodierung bildeten dabei auch wichtige Voraussetzungen für Strategien empirisch begründeter Typenbildung (siehe 4.1.2.)

4.1.2. Empirisch begründete Typenbildung in der qualitativen Sozialforschung

In der qualitativen Forschung haben Typisierungs- und Klassifizierungsverfahren einen zentralen Stellenwert. Allerdings finden sich in der neueren Literatur nur wenige allgemeine und systematische Abhandlungen zur Typenbildung (vor allem Gerhardt 1984, 1986a, 1986b, 1991a, 1991b). Die in den qualitativen Längsschnittstudien in vielen Teilprojekten des Sfb gesammelten umfangreichen Stichproben ließen die Einbeziehung quantitativer Methoden der explorativen Datenanalyse sinnvoll erscheinen, wie sie auch Krämer (Gerhardt/Krämer 1994) und Kuckartz (1988, 1995a, 1995b) bei der qualitativen Typenbildung empfehlen.

Der Methodenbereich übernahm die Aufgabe, die methodologischen und erkenntnistheoretischen Grundlagen qualitativer und quantitativer Verfahren der Typenbildung zu erarbeiten. Hierzu wurde auf ältere Konzepte aus dem Bereich analytischer Wissenschaftsphilosophie (Hempel/Oppenheim 1936; Hempel 1972) und quantitativ orientierter sozialwissenschaftlicher Methodologie (Lazarsfeld 1937; Lazarsfeld/Barton 1951; Barton 1955; Barton/Lazarsfeld 1984; Bailey 1982; Ziegler 1973; Sodeur 1974) zurückgegriffen. Anhand dieser Grundlagenarbeiten wurden die formalen Schritte des Prozesses der Typenbildung aus einheitswissen-

schaftlicher Perspektive herausgearbeitet (Kluge 1996). Diese formalen Konzepte können unter Rückgriff auf Webers Überlegungen zum Idealtyp konkretisiert und auf die sozialwissenschaftliche Untersuchung von Prozeßstrukturen des Lebenslaufs übertragen werden. Hier kann vor allem an grundlegende Arbeiten von Gerhardt (1986a, 1991a, 1991b) angeknüpft werden, die ein Modell empirisch begründeter Idealtypenbildung auf der Basis von Webers Konzepten entwickelt hat. Daneben wurden Konzepte der Typenbildung in anderen Ansätzen der qualitativen Sozialforschung (insbesondere dem Ansatz der "grounded theory") kritisch evaluiert (Kelle/Kluge 1994; Kelle 1994b; Kelle 1996a).

Ausgehend von der formalen Definition von Typen als Merkmalskombinationen (in der Terminologie Webers als *Zusammenschluß von Einzelerscheinungen bzw. Gesichtspunkten* (Weber 1904/1982, S. 191)) lassen sich folgende Grundstufen der Typenbildung kennzeichnen, die in den Teilprojekten in unterschiedlicher Gewichtung realisiert wurden: (1) Erarbeitung von *Vergleichsdimensionen*, (2) *Typenbildung* durch die *Analyse* und *Reduktion aller möglichen Merkmalskombinationen*, (3) *inhaltliche Zusammenhangsanalyse* und Theoriebildung sowie (4) *Charakterisierung* der gebildeten Typen (vgl. Kluge 1996):

- (1.) Für die *Erarbeitung von Vergleichsdimensionen*, anhand derer die Untersuchungselemente typologisiert werden sollen, ist die Suche nach Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten (interne Homogenität) sowie Unterschieden (externe Heterogenität) zwischen den Untersuchungselementen zentral. In einigen Projekten (B5, D3) wird diese Stufe realisiert, indem nach der *Fallrekonstruktion* jedes untersuchten Einzelfalls eine *Fallkontrastierung* durchgeführt wird, um auf diese Weise "Achsen" (Vergleichsdimensionen) für die Verallgemeinerungsfähigkeit der Fallbesonderheiten zu ermitteln (Gerhardt 1986a, S. 87ff; Gerhardt 1991a, S. 438; Ludwig 1994, S. 135ff). In anderen Projekten (A1, A3, A4, B1) wird eher themenvergleichend gearbeitet, indem das Datenmaterial nach einer kürzeren Einzelfallanalyse mittels thematischer Stichworte systematisch und computergestützt kodiert und anhand synoptischer Vergleiche ausgewertet wird.
- (2.) Liegen die Vergleichsdimensionen vor, müssen *alle Kombinationsmöglichkeiten der relevanten Merkmale* untersucht werden, um durch die *Reduktion* des ursprünglichen Merkmalsraums (vgl. Lazarsfeld 1937; Barton 1955;

Kluge 1996) empirisch vorfindbare und "typische" Gruppierungen zu ermitteln. Bei einer eher *fallanalytisch* orientierten Strategie werden hierbei auf der Basis realer und möglichst optimaler Fallverläufe Idealtypen gebildet, mit denen die weiteren Fälle konfrontiert werden (vgl. Gerhardt 1986a, S. 97ff; Ludwig 1994, S. 132f, 139ff). Bei einer eher *merkmalsorientierten* Strategie werden Kategorien gebildet, anhand derer die Fälle gruppiert werden. Dabei kann auf statistische Verfahren (etwa: Methoden explorativer Datenanalyse oder - beim Vorliegen konkreter Hypothesen - Methoden multivariater Modellierung) zurückgegriffen werden.

- (3.) Um *inhaltliche Zusammenhänge* zwischen den Typen und innerhalb einzelner Typen zu rekonstruieren und soweit wie möglich zu erklären, wird das Datenmaterial nach der Konstruktion der (evtl. vorläufigen) Typologie nochmals analysiert. Bei einem *fallanalytischen* Vorgehen wird hierbei jeder Fall mit seinem entsprechenden Idealtypus konfrontiert (vgl. Gerhardt 1986a, S. 97 ff; Ludwig 1994, S. 133, 139 f) und anschließend jene Strukturen herausgearbeitet, "aus denen der Einzelfall (bzw. die Breite der untersuchten Einzelfälle) sich erklären lässt" (Gerhardt 1991a, S. 438; siehe auch Ludwig 1994, S. 133 f, 141). - Auch bei einem *merkmalsorientierten* Vorgehen erfordert diese Stufe des Auswertungsprozesses eine weitere (ggfs. stärker fallorientierte) Interpretation der "Rohdaten" (d.h. der Interviewtexte). Anhand der Texte wird hierbei die Bedeutung der durch statistische Verfahren gefundenen Assoziationen herausgearbeitet.
- (4.) Der Prozeß der Typusbildung schließt ab mit einer *Charakterisierung der gebildeten Typen* anhand der relevanten Vergleichsdimensionen und Merkmalskombinationen sowie der inhaltlichen Sinnzusammenhänge, die rekonstruiert wurden. Hierbei können etwa "idealtypische Muster" (Gerhardt 1986a, S. 86 ff, 157 ff, 219 ff) konstruiert werden.

Hinsichtlich des Einsatzes statistischer Klassifikationsverfahren (vgl. Stufe 2) wurde im Rahmen der AusbilderInnen-Befragung des Teilprojektes A3 exemplarisch der Ertrag des Einsatzes clusteranalytischer Verfahren, wie Kuckartz (1988, 1995a, 1995b) sie vorschlägt, untersucht (Kluge 1995; Mariak/Kluge 1996).

Trotz einer Reihe von Vorteilen, die mit dem Einsatz clusteranalytischer Verfahren verbunden sind (Vielzahl von Proximitätsmaßen und Fusionierungsalgorithmen; Einbeziehung einer recht großen Anzahl von Merkmalen, deren Bezüge ansonsten nur schwer zu überblicken sind; Vermeidung einer vorzeitigen Reduzierung der Merkmale und damit u.U. relevanter Faktoren; Heuristik für die Analyse inhaltlicher Zusammenhänge), stellen sich letztlich erhebliche Probleme:

- Es kann nicht gewährleistet werden, daß nur *relevante* Merkmale ausgewählt werden, weil die Relevanz erst *nach* den Berechnungen beurteilt werden kann. Schließlich kann bereits die Einbeziehung eines einzigen, für die Clusterbildung irrelevanten Merkmals (etwa einer standardnormalverteilten Variable) dazu führen, daß eine Clusterstruktur verzerrt bzw. im Extremfall nicht erkannt wird (vgl. Bacher 1994, S. 163 ff.).
- Der Aufwand für die Operationalisierung der verwendeten Kategorien ist wesentlich höher, wenn Clusteranalysen eingesetzt werden, als bei der Verwendung von Kodekategorien für thematisch vergleichende Interpretationen. Angesichts des relativ niedrigen Skalenniveaus müssen i.d.R. verschiedene Proximitätsmaße und Fusionierungsalgorithmen eingesetzt werden, die zu unterschiedlichen Clusterlösungen führen (können). Unter inhaltlichen Gesichtspunkten muß dann eine Entscheidung über die plausibelste Clusterlösung getroffen werden. Dies bedeutet einen relativ hohen Arbeitsaufwand, der i.d.R. nur in besonderen Fällen durch den Ertrag gerechtfertig ist.

4.1.3. Strategien zur Validierung von Interpretationsergebnissen und Deutungshypothesen

Unsere methodologischen Arbeiten zur internen Validität von qualitativen Forschungsergebnissen (Prein/Kelle/Kluge 1993) wurden in der laufenden Phase weitergeführt. In Abgrenzung zu einem Methodendualismus oder zu induktivistischen Positionen betrachten wir dabei qualitative Verfahren aus einheitsschafflicher Perspektive als *Methodologien empirisch begründeter Theoriebildung* (Kelle 1994a, 1996c), für die sich methodologische Regeln formulieren lassen. Qualitative Interpretationen werden dabei als empirisch mehr oder weniger gut begründete, *ex post* formulierte *Deutungshypothesen* betrachtet, die bei einem weiteren Gang durch das empirische Material erhärtet werden müssen.

In der laufenden Phase wurden die wenigen in der Literatur vorgeschlagenen Strategien zur Überprüfung qualitativer Deutungshypothesen vergleichend erprobt und evaluiert.

- (1.) Die in der Literatur häufig empfohlenen Strategien der *diskursiven Validierung* von Interpretationen in der Forschergruppe (vgl. Oermann/Allert/Konau 1980; Soeffner 1980, auch Terhart 1995, Kvale 1989) erwiesen sich dabei als wichtige Grundlage. Allerdings zeigte sich in der Zusammenarbeit mit den Projekten A1, B1 und D3 auch, daß ein solches Vorgehen nur dann wirklich sinnvoll eingesetzt werden kann, wenn die Möglichkeit besteht, jederzeit auf alle relevanten Textpassagen zu einem bestimmten Thema (etwa durch ein EDV-gestütztes Indizierungssystem) zurückzugreifen. Andernfalls besteht leicht die Gefahr, daß Diskussionen über die Richtigkeit einer Interpretation *ad infinitum* fortgeführt werden.
- (2.) Weiterhin wurde an Konzepte qualitativer Hypothesenprüfung angeknüpft, die bereits vor längerer Zeit im Kontext naturalistischer Feldforschung entwickelt worden waren und in neuerer Zeit in der qualitativen Forschung wieder verstärkt diskutiert werden (Hicks 1994; Kelle 1994a, S. 245 ff.). Schwächen dieser Konzepte (denen ein problematisches Modell "kausaler" Prozesse zugrundeliegt und die die Gefahr von Immunisierungsstrategien nicht mit einbeziehen) wurden mit Teilprojekten diskutiert und Lösungsvorschläge entwickelt.
- (3.) Schließlich wurden einige in jüngerer Zeit vorgeschlagene Verfahren zur EDV-gestützten Überprüfung qualitativer Hypothesen (Shelly/Sibert 1995; Huber 1995; Hesse-Biber/Dupuis 1995) erprobt und evaluiert. Hierbei wurde deutlich, daß (1.) diese Strategien i.d.R. nicht über jene Forschungsprojekte hinaus, in denen sie ursprünglich entwickelt wurden, verallgemeinert werden können; und daß sie (2.) zum Teil auf unzutreffenden methodologischen Vorannahmen beruhen (vgl. Kelle 1996c; Seidel/Kelle 1995; Prein 1996). Als ein besonderes Problem solcher Konzepte erwies sich dabei der Umstand, daß nicht hinreichend differenziert wurde zwischen den verschiedenen Kodierverfahren, die im Kontext qualitativer Forschung zur Anwendung kommen (Seidel/Kelle 1995). Besonders dann, wenn eine *indizierende* oder *thematische Kodierung* des Datenmaterials vorgenommen wurde mit dem

Ziel, einen Zugriff auf relevante Textpassagen zu sichern, erweisen sich die vorgeschlagenen Strategien qualitativer Hypothesenprüfung als ungeeignet. Vielmehr sind sie nur dann anwendbar, wenn die Kodierung des Datenmaterials mit Verfahren durchgeführt wurde, wie sie bereits seit längerem im Kontext der quantitativen Inhaltsanalyse üblich sind. Aufgrund einer ungenügenden Berücksichtigung stochastischer Überlegungen erweisen sich die diskutierten Verfahren allerdings den bekannten inhaltsanalytischen Verfahren bislang als unterlegen (Kelle 1996b).

4.2. Quantitative Methodenentwicklung

4.2.1. Modellierung

Anknüpfend an Vorarbeiten der zweiten Förderphase stand im Bereich statistischer Modellbildung zunächst das Problem *angemessener Inferenzstrategien* verbunden mit dem Problem der *Teststärke* im Vordergrund: Zum einen konnte als Erweiterung der bisherigen Analysen die Notwendigkeit der Anwendung alternativer Teststrategien im Bereich der Querschnittsforschung (Kelle/Prein 1994), insbesondere auch bei vergleichenden Analysen (vgl. Kelle/Prein 1995) gezeigt werden; insbesondere in diesem Zusammenhang wurde deutlich, daß es selbst in relativ umfangreichen Datensätzen wie dem ISSP oder dem ALLBUS die Anwendung klassischer Signifikanztests problematisch wird, wenn speziellere Fragestellungen behandelt oder komplexere Modelle mit unterschiedlich stark ausgeprägten Effekten getestet werden sollen. Zur Lösung dieser Probleme wurden Methoden und Algorithmen der Teststärkeschätzung auf der Basis von Monte-Carlo-Simulationen entwickelt und erprobt, die für die Analyse von Längsschnittdaten tauglich sind. Anhand eines Ereignisdatensatzes aus dem Sonderforschungsbereich konnte die Notwendigkeit solcher erweiterter Analysen sowie die praktische Anwendbarkeit darauf basierender Inferenzstrategien für Längsschnittanalysen gezeigt werden (vgl. Prein/Kelle 1996). Darüber hinaus wurde in Kooperation mit dem Teilprojekt C4 die Anwendbarkeit exakter Testverfahren auf kleine Längsschnittdatensätze erprobt (vgl. p Behrens et al. 1995).

Weiterhin wurde in Kooperation mit dem Projekt D3 nach *explorativen Methoden* gesucht, die für die Analyse von Längsschnittdaten einsetzbar sind und es ermöglichen, Verlaufstypen zu identifizieren (s. 4.2.2.). Ursprünglich war geplant gewe-

sen, die Einsatzmöglichkeiten von Mikro-Simulationen zur Abschätzung der Validität der in der vergangenen Phase geschätzten Modelle zur Dauer von Sozialhilfekarrieren einzusetzen. Bereits kurz nach Beginn der Arbeit zeigte sich allerdings, daß die hierfür benötigten Modellparameter aus der amtlichen Statistik nur in ungenügender Form vorlagen. Zudem fehlte es an einem Verfahren zur empirisch begründeten Hypothesenentwicklung in bezug auf die Dynamik des Prozesses. Aus diesem Grunde wurde der Schwerpunkt der Zusammenarbeit mit dem Projekt D3 auf Explorationsverfahren verlagert.

Bei der Beratung von Teilprojekten (bspw. A3, A1, C4) stellte sich häufig die Frage nach der Anwendbarkeit von *Modellierungsverfahren* auf die vorliegenden Datensätze. Hierbei konnte im Bereich von Querschnittsanalysen häufig auf andere weniger gängige Modellierungsverfahren, bspw. Tobit- oder Logit-Modelle für Ordinalvariablen, zurückgegriffen werden, wenn etwa statistische Voraussetzungen für Standardverfahren wie OLS nicht gegeben waren.

In bezug auf Längsschnittmodelle erschien in einigen Fällen die Anwendbarkeit von Verfahren der "Event History Analysis" problematisch, bspw. wenn Ankunftszeiten nur jahresgenau vorlagen oder eine große Anzahl von Mehrfachepisoden existierte. In den meisten Fällen konnten diese Probleme durch den Einsatz seltener verwendeter Standardverfahren (wie sie bspw. logistische Regressionsmodelle für diskrete Ankunftszeiten darstellen (vgl. etwa Sommer 1996) gelöst werden. Da sich das Instrumentarium der Längsschnittanalyse in bezug auf Verfahren zur Modelltestung als relativ weit entwickelt erwies, ist nur in Einzelfällen (bspw. zur Modellierung metrischer abhängiger Variablen im Längsschnitt) die Entwicklung neuer Verfahren notwendig, die einen Arbeitsschwerpunkt der nächsten Förderphase bilden soll (s. Fortsetzungsantrag). In den meisten Fällen stellten sich Probleme nicht auf der Ebene *statistischer Verfahren*, sondern in bezug auf die *Formulierung* adäquater, d.h. mit den vorhandenen Methoden überprüfbarer, Modelle. Dabei ließen sich diese Schwierigkeiten überwiegend darauf zurückführen, daß zu den untersuchten Fragestellungen oder den untersuchten Forschungsfeldern keine oder nur wenig entwickelte Theorien vorlagen, auf deren Basis Längsschnittmodelle, d.h. Annahmen über dynamische Prozesse, formuliert werden konnten.

Daher war in solchen Fälle die zentrale Frage nicht - wie noch zu Beginn der letzten Phase angenommen - die nach der Entwicklung ausgefeilterer Testmethoden,

sondern von explorativen Verfahren im Bereich der Längsschnittanalyse, die es ermöglichen, Theorien zur Verlaufsdynamik sozialer Prozesse auf einer empirischen Basis zu entwickeln. Hinsichtlich der spezifischen methodologischen Probleme eines explorativen und theoriegenerierenden Vorgehens konnten wir dabei an unsere methodenkritischen Arbeiten über Verfahren empirisch begründeter Theoriengestaltung (Kelle 1994a; Kelle/Kluge 1994) und über deren Stellenwert im Rahmen eines kritisch-rationalen Wissenschaftsverständnisses (Kelle 1996c) anknüpfen.

4.2.2. Explorative Verfahren der Längsschnittanalyse

In der Lebenslaufforschung stehen durch die Entwicklungen im Bereich von Ereignisanalyse oder Panelmodellen eine Vielzahl kausalanalytischer Verfahren zur Verfügung. Deren Anwendung setzt jedoch voraus, daß plausible Hypothesen über die Dynamik der untersuchten Prozesse *ex ante* formulierbar sind. Ist dies nicht der Fall, d.h. wenn die vorrangige Forschungsaufgabe in der empirisch geleiteten Generierung solcher Hypothesen oder der Bildung von Verlaufstypen besteht, sind die Möglichkeiten für die statistische Analyse von Längsschnittdaten eher begrenzt. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn Lebensverlaufsdaten über einen längeren Zeitraum datumsgetreu vorliegen und diese Information auch genutzt werden soll. Der Einsatz dieser explorativen Verfahren *ersetzt* somit nicht statistische Modellierungs- und Teststrategien; ihr Einsatz ist aber dann sinnvoll, wenn es um die *Generierung* von *Verlaufshypothesen* geht, die ggf. in einem weiteren Schritt mit Hilfe der bekannten Test- und Modellierungstechniken *an anderen Daten* geprüft werden können.

Gemeinsam mit verschiedenen Teilprojekten, insbesondere den Projekten B1 und D3, wurde daher nach explorativen Verfahren gesucht, die im Bereich der Lebenslaufforschung einsetzbar sind. In einem ersten Schritt wurde in Kooperation mit dem Projekt D3 die Anwendbarkeit querschnittsorientierter Verfahren (Clusteranalyse, CHAID-Modelle) zur Klassifikation von Sozialhilfekarrieren und zur Generierung von Hypothesen in bezug auf erklärende Variablen getestet. Die Ergebnisse dieser Untersuchung wurden auf der Konferenz "Visualization of Categorical Data" des Zentralarchivs in Köln vorgetragen und diskutiert (vgl. Voges/Prein 1995). In diesem Kontext wurde einerseits deutlich, daß Resultate

explorativer Analysen häufig auch dann plausible Ergebnisse liefern, wenn der Informationsgehalt der zur Verfügung stehenden Variablen drastisch reduziert wird: im vorliegenden Fall konnte auf der Basis von Querschnittsindikatoren (für die Bezugsdauer, die Anzahl der Bezugsepisoden sowie die Abgeschlossenheit des Bezugs von Sozialhilfe) über eine Clusteranalyse eine stimmige Klassifikation der Daten durchgeführt und über ein CHAID-Modell, das ebenso nur Querschnittsinformationen enthielt, plausible Hypothesen zur Erklärung der gewonnenen Typen generiert werden. Andererseits zeigten sich hierbei allerdings auch die Probleme, die mit solch einem Vorgehen verbunden sind:

- So wurde in bezug auf die CHAID-Modelle deutlich, daß bei deren Anwendung die *Stichprobengröße* und die *Verteilung* der Untersuchungseinheiten auf die jeweiligen Ausprägungen von untersuchten Variablen zentrale Parameter für die Adäquanz des gewonnenen Modells sind (vgl. Voges/Prein 1995): Während große Stichproben auch bei extrem schwachen Effekten oft zu überparametrisierten Modellen führen, sind Schätzungen auf der Basis von kleinen Stichproben oder bei stark schießen Verteilungen oftmals zu konservativ bei der Bestimmung relevanter Modellparameter (vgl. auch Prein/Kelle 1994).
- In bezug auf die Anwendungsmöglichkeiten querschnittsorientierter Klassifikationsverfahren auf Längsschnittdaten zeigte sich, daß (1.) bereits sehr weitgehende Kenntnisse der zu untersuchenden Prozesse notwendig sind, um überhaupt geeignete Indikatoren bestimmen zu können und (2.) deren Anwendung nur dann unproblematisch ist, wenn von einer Betrachtung der Prozeßdynamik abstrahiert werden kann (etwa weil die Annahme eines relativ homogenen Verlaufsmusters plausibel erscheint). Wenn jedoch eine starke Differenziertheit von Verläufen vermutet wird, *Hypothesen* über deren Strukturiertheit aber erst auf einer empirischen Grundlage entwickelt werden sollen, stößt diese Herangehensweise schnell an Grenzen.

In zahlreichen Teilprojekten des Sonderforschungsbereich bestand deshalb ein Bedarf nach voraussetzungärmeren Explorationsverfahren für Lebensverlaufsdaten. Um die Längsschnittinformation solcher Daten angemessener nutzen zu können, wurde deshalb die Anwendbarkeit von Techniken der Sequenzmusteranalyse (vgl. Proctor/Abell 1985; Buchmann/Sacchi 1995) an verschiedenen Datensätzen er-

probt. Hierbei orientierten sich die Arbeiten zunächst an dem von Buchmann und Sacchi vorgeschlagenen Konzept auf der Basis eines direkten Vergleichs von Zuständen am gleichen Punkt einer Zeitachse. Es zeigte sich, daß diese Methode zur Klassifikation von Verlaufsdaten über Berufsbiographien zwar im dort vorgestellten Kontext eine pragmatische Lösung darstellt, diese jedoch im Falle einer starken Dynamik zu Artefakten führen kann, da auch kleine zeitliche Verschiebungen von gleichartigen Episoden (etwa: späteren Berufseintritt durch Wehrdienst) eine Überbewertung der Unterschiedlichkeit von Verläufen nach sich ziehen können. Die Berücksichtigung solcher Phasenverschiebungen ist allerdings z.T. durch die Anwendung sog. „optimal matching“-Techniken (vgl. Sankoff/Kruskal 1983; Abbott/Hrycak 1990) möglich, die bspw. in der Informatik, Genforschung oder Chromatographie zur Erkennung und Klassifikation von Mustern eingesetzt werden. Übertragungsversuche auf humanwissenschaftliche Felder haben in einzelnen Fällen stattgefunden (vgl. etwa Abbott/Hrycak 1990; Abbott/Forrest 1986), eine breitere Anwendung scheitert jedoch derzeit zunächst daran, daß *„es an einer auf sozialwissenschaftliche Anwendungen zugeschnittenen Standardsoftware fehlt“* (Buchmann/Sacchi 1995, S. 438). Außerdem ist bislang noch weitgehend ungeklärt, welche Modifikationen notwendig sind, um Methoden zur Analyse von DNA-Sequenzen auf Lebensverlaufsmuster zu übertragen.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Teilprojekten B1 und D3 wurde deshalb ein Algorithmus zur Distanzberechnung mit Sequenzdaten entwickelt und erprobt, der auf den Arbeiten von Abbott und Hrycak (1990) basiert und Techniken des "optimal matching" nutzt. Für diese Erprobungsphase wurde zunächst ein SAS-Makro genutzt, das aufgrund des langsamem Laufzeitverhaltens durch ein C-Programm ersetzt wurde. Dieses Programm mußte allerdings für jede spezielle Anwendung umgeschrieben und kompiliert werden, sodaß zumindestens minimale Programmierkenntnisse zum Einsatz dieses Verfahrens erforderlich war. Aus diesem Grunde war dieses Programm für einen breiteren Nutzerkreis kaum anwendbar. Auf der Basis der in Kooperation mit den Teilprojekten B1 und D3 durchgeführten Testläufe (vgl. Erzberger/Prein 1996) wurde hierbei zwar deutlich, daß es bereits mit relativ geringfügigen Anpassungen des Algorithmus (etwa zur Berücksichtigungen von Rechtszensierungen) möglich ist, zu theoretisch interessanten Ergebnissen zu kommen. Zugleich zeigten sich jedoch auch

wesentliche Probleme technischer Art (bei der Bearbeitung sozialwissenschaftlicher Massendatensätze) und methodischer Art (beim derzeitigen Stand des Verfahrens werden die diskret gemessenen Zeitintervalle einer Lebenslaufsequenz wie voneinander unabhängige Einheiten betrachtet (vgl. Erzberger/Prein 1996).

Diese Probleme sollen in der kommenden Förderphase weiter bearbeitet werden, da im Sonderforschungsbereich ein erheblicher Bedarf an Verfahren zur Klassifikation von Lebensverläufen besteht. In diesem Kontext wird ein wesentliches Bestandteil der methodologischen Arbeit in der Beschreibung oder Entwicklung von Vorgehensweisen bestehen, bei der Einsatz solcher theoriegenerierender Verfahren nicht zu einer Immunisierung von Theorien benutzt wird.

4.3. Integration qualitativer und quantitativer Verfahren

Die in der Literatur gegenwärtig diskutierten Modelle zur Methodenintegration (Phasen-, Konvergenz- und Komplementaritätsmodell) hatten sich in der zweiten Förderungsphase als forschungspraktisch nur wenig fruchtbare erwiesen. Der Grund hierfür lag darin, daß diese Konzepte allein auf der Basis methodologischer und erkenntnistheoretischer Erwägungen und fast ohne Bezugnahme auf theoretische Überlegungen über den untersuchten Gegenstandsbereich formuliert worden waren (Prein/Kelle/Kluge 1993). Die Frage nach dem Verhältnis qualitativer und quantitativer Methoden verweist aber auf Probleme soziologischer Handlungserklärung, ohne deren Bearbeitung auch in der Diskussion um Methodenintegration keine Fortschritte zu erwarten sind.

Die in quantitativen Untersuchungen gefundenen Zusammenhänge zwischen Merkmalen sozialer Struktur einerseits und solchen Variablen, die Handlungsresultate beschreiben, andererseits, lassen sich in der Regel nur dann angemessen interpretieren, wenn Annahmen über die Handlungsorientierungen der Akteure eingeführt werden. Solche Annahmen werden jedoch oft nur implizit und unter Verwendung von Alltagswissen des Forschers formuliert. Bei der Untersuchung von sozialkulturellen Milieus, in die der Untersucher *prima facie* keinen Einblick hat, kommt diese Gewohnheitsheuristik jedoch schnell an ihre Grenzen. Inbesondere unter gesellschaftlichen Bedingungen, die von Prozessen der Individualisierung und subkulturellen Fragmentierung gekennzeichnet sind, erhalten deshalb qualita-

tive Verfahren eine besondere Bedeutung. Mit ihrer Hilfe wird es möglich, jene Handlungsorientierungen der Akteure in den Blick zu bekommen, ohne die vollständige Erklärungen sozialstruktureller Zusammenhänge oft nicht möglich sind.

Qualitative und quantitative Untersuchungsschritte werden am Sfb deshalb in vielfältiger Weise (und nicht auf der Basis methodischer "Kochbuchregeln") aufeinander bezogen: Ergebnisse qualitativer Untersuchungen fließen als Hypothesen in die Erhebung standardisierter Daten ein; ebenso werden auf der Basis statistischer Auswertungen Annahmen über Handlungsorientierungen von Akteuren formuliert, denen im qualitativen Material nachgegangen wird. Auf diese Weise konnten in etlichen Fällen Faktoren identifiziert werden, die einen Teil unerklärter Varianz und unbeobachteter Heterogenität im quantitativen Material aufzuklären helfen. Dabei ergänzen sich in vielen Fällen qualitative und quantitative Ergebnisse, in anderen Fällen können sie zur gegenseitigen Validierung genutzt werden. Von besonderem Interesse für die methodologische Diskussion erwiesen sich dabei solche Fälle, in denen ein Widerspruch zwischen qualitativen und quantitativen Untersuchungsergebnissen zur Neuformulierung zentraler theoretischer Konzepte führt (Erzberger/Prein 1994). Hierbei konnte angeknüpft werden an (die ursprünglich im Bereich qualitativer Forschung begonnenen) Grundlagenarbeiten zu "empirisch begründeter Theoriebildung" (Kelle 1994a; Kelle 1995).

Ausgehend von Erfahrungen und methodologischen Diskussionen im Sfb hat der Methodenbereich in enger Kooperation mit Teilprojekten in der laufenden Phase Beiträge zu handlungstheoretischen Aspekten der Integration qualitativer und quantitativer Methoden vorgelegt: So wurden Vorschläge zur Lösung des Problems der Konstruktion von "Brückenannahmen" im Rational Choice Paradigma vorgestellt (Kelle/Lüdemann 1995, 1996). In Zusammenarbeit mit dem Projekt B6 wurde im März 1996 eine Konferenz zur theoretischen Einordnung der Ergebnisse kausaler Längsschnittdatenanalyse im Rahmen von nutzentheoretischen Ansichten organisiert. Auch hieran beteiligte sich der Methodenbereich mit Beiträgen zur handlungstheoretisch fundierten Integration qualitativer und quantitativer Verfahren.

5. Außenaktivitäten

5.1. Vorträge

- Gerald Prein: Modeling Choices in Empirical Research. A Longitudinal Perspective. Vortrag gehalten auf dem Workshop "*Causation, Actors and Empirical Analysis of Social Processes*" in Bremen, 22.-23. März 1996
- Udo Kelle & Christian Lüdemann: Do Bring us Bridge Assumptions in Rational Choice Theory closer to a Nomothetic Social Science? Vortrag gehalten auf der Konferenz "*Causation, Actors, and Empirical Analysis of Social Processes*" in Bremen, 22. - 23. März 1996
- Udo Kelle: Computer-aided Methods for Typification in Qualitative Social Research, Hauptreferat gehalten auf der Konferenz "*Classification, Data Analysis and Knowledge Organisation*" in Freiburg, 6.-8. März 1996
- Gerald Prein; Petra Buhr: Does Welfare Lead to Dependency? Effectiveness and Undesirable Side-Effects of Welfare Institutions. Vortrag gehalten auf dem 12. Internationalen Symposium des Sfb 227, 11.-13. Oktober 1995, Bielefeld
- Udo Kelle, Christian Erzberger: Verknüpfung quantitativer und qualitativer Forschungsergebnisse: Einige theoretische, methodologische und empirische Voraussetzungen, Vortrag gehalten auf dem Symposium "*Lebenslaufpolitik - Institutionen und Statusmanagement*" in Bremen, 21./22. September 1995
- Udo Kelle: Current trends in Computer-Aided Qualitative Data Analysis, Hauptreferat auf der Konferenz "*Text Analysis and Computers*", ZUMA Mannheim, September 1995
- Udo Kelle: Neuere Tendenzen und Entwicklungen in der Methodologie der Grounded Theory. Workshop "*Paraphrasieren, Kodieren, Interpretieren*" am Kriminologischen Forschungsinstitut in Hannover, 29.-30. Juni 1995
- Gerald Prein: Computergestützte Datenverwaltung und die Probleme interpretativer Methodologie, Workshop "*Paraphrasieren, Kodieren, Interpretieren*" am Kriminologischen Forschungsinstitut in Hannover, 29.-30. Juni 1995
- Udo Kelle, Gerald Prein: Techniken zur Verwaltung von Textdaten und ihre methodologische Bedeutung für die interpretative Sozialforschung. *Empirierung der Kommission Sozialpädagogik der DGfE* in Bielefeld, 10./11. Juni 1995
- Gerald Prein, Wolfgang Voges: Typification in Poverty Dynamics Research: Constructing Typologies of Welfare Recipients. Internationale Konferenz des Zentralarchivs "*Visualization of Categorical Data*" in Köln, 17.-19. Mai 1995
- Susann Kluge: "Klassische" und computergestützte Typenbildung im Vergleich: Ein Beispiel aus der Forschungspraxis. Workshop "*Computergestützte Aus-*

wertung qualitativer Daten - Praxis, Erfahrungen, Zukunft". MAX-Benutzerkonferenz an der Humboldt-Universität zu Berlin, 12.-13. Mai 1995

- Udo Kelle, Katherine Bird: An overview of current trends in Computer-aided Qualitative Data Analysis. "SOFTSTAT '95" in Mannheim, 26.-30. März 1995
- Udo Kelle & Gerald Prein: Seminar: *Strategien zur Integration quantitativer und qualitativer Methoden*. Institut zur Erforschung sozialer Chancen, Köln, 7. März 1995
- Udo Kelle: Konzepte der Theoriengenese und Theorientransition im kritischen Rationalismus. *Popper-Symposium an der Universität Erlangen-Nürnberg*, 23.-24. Februar 1995
- Christian Erzberger; Gerald Prein: Triangulation in Qualitative Life Course Research. Workshop "*Empirically Based Theory Construction and Qualitative Life Course Research*" in Bremen, 17.-19. November 1994
- Udo Kelle, Susann Kluge: Building Typologies and Empirically Grounded Theory Construction. Workshop "*Empirically based Theory Construction and Qualitative Life Course Research*" in Bremen, 17.-19. November 1994
- Udo Kelle: Ethnographic Research and Logic of Discovery. *XIII. World Congress of Sociology*, Research Committee 33 (Logic and Methodology); Session 14 (Phenomenological Methods in Social Research), Bielefeld, 18.-23. Juli 1994
- Udo Kelle, Christian Lüdemann: Bridge Assumptions in Rational Choice Theory. Some hidden Methodological Problems and Possible Solutions. *XIII. World Congress of Sociology*, Research Committee 45: Rational Choice, Session 15: New Developments in Rational Actor Theory I, Bielefeld, 18. - 23. Juli 1994
- Udo Kelle, Gerald Prein: Problems of Small Samples in Longitudinal Data Analysis. *XIII. World Congress of Sociology*, Research Committee 33: Logic and Methodology in Sociology, Bielefeld 18. - 23. Juli 1994
- Udo Kelle, Gerald Prein: Computer-aided methods for the Analysis of textual data in Ethnography and Interpretive Sociology. Konferenz "*Consensus ex machina*" an der Sorbonne, Paris, 19. - 23. April 1994
- Udo Kelle & Gerald Prein: Weiterbildungsveranstaltung der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie: Soziologie in der außeruniversitären Praxis: "*Modul I: Qualitative Erhebungs- und Auswertungsmethoden*". Universität Bern, 7.-9. April 1994
- Udo Kelle, Susann Kluge: Auswertung qualitativer Interviews. Vortrag gehalten am "*Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen*" in Hannover, 8. Februar 1994

5.2. Beitrag zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit

Organisation von Konferenzen und Tagungen

Im November 1994 hat der Methodenbereich den Workshop "*Empirically based Theory Construction and Qualitative Life Course Research*" organisiert, auf dem Mitarbeiter von Teilprojekten und namhafte externe Referenten Probleme qualitativer Lebenslaufforschung sowie der Integration qualitativer und quantitativer Verfahren diskutiert haben. Ein Tagungsband ist in Vorbereitung.

Der Methodenbereich hat sich an der Organisation der internationalen Konferenz "Softstat '95" in Heidelberg beteiligt und hier mehrere Arbeitssitzungen zum EDV-Einsatz in der qualitativen Sozialforschung organisiert.

Im März 1996 wurde in Zusammenarbeit mit dem Projekt B6 der internationale Workshop "*Causation, Actors, and Empirical Analysis of Social Processes*" organisiert, auf dem Probleme handlungstheoretischer Grundlagen kausaler Modellierung von Längsschnittdaten behandelt wurden. Ein Tagungsband ist in Vorbereitung.

Kontakte zu anderen Arbeitsgruppen

Es bestehen intensive Arbeitskontakte zum *CAQDAS- Project* an der Universität Surrey (Leitung: Prof. Nigel Fielding), das Methodenentwicklung im Bereich qualitativer Sozialforschung leistet. Im Rahmen dieser Arbeitskontakte wird sich Udo Kelle im Herbst dieses Jahres auf Einladung der Universität Surrey dort als Visiting Research Fellow aufhalten.

Weiterhin bestehen Arbeitskontakte zu ZUMA, Mannheim (Dr. J. Hoffmeyer-Zlotnik), zum Zentralarchiv für *Empirische Sozialforschung*, Köln (Matthias Herfurth), zum *Max-Planck-Institut für Bildungsforschung*, Berlin (Prof. Dr. Goetz Rohwer), zum *Sonderforschungsbereich 227*, Bielefeld (Prof. Dr. Dr. H.U. Otto), zum *Deutschen Jugendinstitut*, Leipzig (Dr. P. Jogschieß), zum *Deutschen Zentrum für Altersfragen*, Berlin (Dr. Margret Dieck), zum *Institut zur Erforschung sozialer Chancen*, Köln (Dr. Axel Bolder, Dr. Petra Frerichs), zum Methodendepartment der *London School of Economics* (Dr. Martin Baur), und zum *Centre for Research in Innovation, Culture and Technology*, Brunel University, London (Dr. Wilma Mangabeira).

6. Publikationen in der laufenden Berichtsperiode

6.1. Schriften

1996

- Kelle, Udo (1996a): Die Bedeutung theoretischen Vorwissens in der Methodologie der Grounded Theory. In: Böttger, A.; Strobl, R. (Hg.): *Wahre Geschichten? Zu Theorie und Praxis qualitativer Interviews*. Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 23-47
- Kelle, Udo (1996b): Computer-Aided qualitative Data Analysis: An overview. In: Harkness, J.; Hoffmeyer, J.H.P.; Zuell, C. (eds): *Text Analysis and Computers. ZUMA Nachrichten Spezial Mai 1996*, S. 33-63
- Kelle, Udo; Bird, Katherine (1996): An overview of current trends in computer-aided qualitative data analysis. In: Faulbaum, F.; Bandilla, W. (Hg.): *SOFT-STAT '95 - Advances in Statistical Software 5*. Stuttgart: Lucius & Lucius, S. 315-322
- Kelle, Udo; Lüdemann, Christian (1996): Theoriereiche Brückenannahmen? Eine Erwiderung auf Siegwart Lindenberg. Erscheint in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 48 (3)
- Prein, Gerald (1996): Interpretative Methodologie und Computer. Kann EDV-gestützte Datenverwaltung Validitätsprobleme qualitativer Forschung lösen?. In: Böttger, A.; Strobl, R. (Hg.): *Wahre Geschichten? Zu Theorie und Praxis qualitativer Interviews*. Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 93-110

1995

- Kelle, Udo (1995): Theories as Heuristic Tools in Qualitative Research. In: Maso, I.; Atkinson, P.A.; Delamont, S.; Verhoeven, J.C. (Hg.): *Openness in Research. The tension between Self and Other*. Assen: Van Gorcum, 1995. S. 33-50
- Kelle, Udo; Bird, Katherine (1995): Comparative Software Review: THE ETHNOGRAPH, AQUAD, HyperRESEARCH. In: *Management Learning*, 26 (4), 1995, S. 520-524
- Kelle, Udo; Laurie, Heather (1995): Computer use in qualitative research and issues of validity. In: Kelle, Udo; Prein, Gerald; Bird, Katherine (1995): *Computer-aided Qualitative Data Analysis. Theories, Methods and Practice*. London: Sage. P.19-28
- Kelle, Udo; Lüdemann, Christian (1995) "Grau, teurer Freund ist alle Theorie..." Rational Choice und das Problem der Brückenannahmen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 47 (2), S. 249-267
- Kelle, Udo; Prein, Gerald (1995): Threats for validity bei der vergleichenden Analyse von Datensätzen. Ein Vorschlag zur Lösung inferenzstatistischer Probleme. In: *Angewandte Sozialforschung*, 19 (3), S. 239-248
- Kelle, Udo; Prein, Gerald; Bird, Katherine (eds.) (1995): *Computer-aided Qualitative Data Analysis. Theories, Methods and Practice*. London: Sage

Teilprojekt Z

Methodenbereich

Prein, Gerald; Sommer, Thorsten (1995): *Dynamische Armutsforschung*. In: *Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau*, 18. Jg., Heft 30, 1995, S. 7-22

Seidel, John; Kelle, Udo (1995): Different Functions of Coding in the Analysis of Textual Data. In: Kelle, Udo; Prein, Gerald, Bird, Katherine (1995): *Computer-aided Qualitative Data Analysis. Theories, Methods and Practice*. London: Sage, 52-61.

1994

Kelle, Udo (1994a): *Empirisch begründete Theoriebildung. Zur Logik und Methodologie qualitativer Sozialforschung*. Weinheim: Deutscher Studienverlag, 1994

Kelle, Udo (1994b): Computer-assisted categorization as a heuristic tool in qualitative data analysis. In: Faulbaum, F. (Hg.): *SOFTSTAT '93 - Advances in Statistical Software 4*. Stuttgart: Gustav Fischer Verlag, 1994. S. 369-376

Kelle, Udo; Prein, Gerald (1994): Validitätsprobleme bei der statistischen Modellbildung mit kleinen Stichproben in der Lebenslaufforschung. In: Fischer, G. C. (Hg.): *Qualitätskriterien der ambulanten medizinischen und pflegerischen Versorgung im Alter*. Hamburg: G. Conrad, S. 34-38

Prein, Gerald; Kelle, Udo (1994): Estimation of Beta-error in Multivariate Modelling with Small Samples. In: Faulbaum, F. (Hg.): *SOFTSTAT '93 - Advances in Statistical Software 4*. Stuttgart: Gustav Fischer Verlag, S. 559-566

Prein, Gerald; Kluge, Susann; Kelle, Udo (1994): *Strategien zur Sicherung von Repräsentativität und Stichprobenvielfalt bei kleinen Samples*. Bremen: Arbeitspapiere des Sfb 186 Nr. 18, 2. Auf. (1. Aufl. 1993)

6.2. Arbeitspapiere und bislang unveröffentlichte Manuskripte

Behrens, Johann; Schulz, Detlef; Prein, Gerald; Dorenburg, Ulrich (1995): Akteursnetze im Reha-Verlauf. Statistische Verlaufsanalysen und verschriftlichte Interviews und Fallbesprechungen mit RehabilitandInnen und ihren rehaärztlichen und reha-beratenden Unterstützern. Manuskript. Universität Bremen

Erzberger, Christian; Prein, Gerald (1994): *Triangulation in Qualitative Life Course Research*. Workshop „Empirically Based Theory Construction and Qualitative Life Course Research“, 17.-19. November 1994, Bremen (eingereicht bei Quantity and Quality)

Erzberger, Christian; Prein, Gerald (1996): *Optimal-Matching-Technik: Ein Analyseverfahren zur Vergleichbarkeit und Ordnung individuell differenter Lebensverläufe*. Unveröff. Manuskript.

Kelle, Udo (1996c): Konzepte der Theoriengenese und der Theorientransition bei Karl Popper. Erscheint in: Melegny, T.; Heyt, F. (Hg.): *Der Einfluss der Wissenschaftstheorie von Sir Karl Popper auf die Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*. (Sonderheft der Zeitschrift "Angewandte Sozialforschung")

- Kelle, Udo (1996d): *Computer-aided Methods for Typification in Qualitative Social Research*. Unveröff. Manuskript.
- Kelle, Udo; Erzberger, Christian (1995): *Verknüpfung quantitativer und qualitativer Forschungsergebnisse*. Unveröffentlichtes Manuskript, zur Veröffentlichung eingereicht
- Kelle, Udo; Kluge, Susann (1994): *Building Typologies and Empirically Grounded Theory Construction*. Bremen: Unveröff. Manuskript
- Kluge, Susann (1995): "Klassische" und computergestützte Typenbildung im Vergleich: Ein Beispiel aus der Forschungspraxis. Vortrag gehalten auf dem Workshop "Computergestützte Auswertung qualitativer Daten - Praxis, Erfahrungen, Zukunft". MAX-Benutzerkonferenz am 12.-13. Mai 1995 an der Humboldt-Universität zu Berlin. Manuskript. (Wird erscheinen in: Kuckartz, Udo (1996) (Hg.): *Computergestützte Auswertung qualitativer Daten: Praxis, Erfahrungen, Zukunft*. 1. MAX-Benutzerkonferenz, Berlin)
- Kluge, Susann (1996): *Empirisch begründete Typenbildung in der qualitativen Sozialforschung*. Bremen: Unveröff. Manuskript.
- Mariak, Volker; Kluge, Susann (1996): *Arbeitsmoral und Normalität im Alltag beruflicher Ausbildung*. Standpunkte und Handlungsmuster von Berufserzieherinnen. Weinheim: Deutscher Studienverlag (in Vorbereitung)
- Prein, Gerald; Buhr, Petra (1995): *Does Welfare Lead to Dependency? Effectiveness and Undesirable Side-Effects of Welfare Institutions*. Erscheint im Tagungsband zum 12. Internationalen Symposium des Sfb 227.
- Prein, Gerald; Kelle, Udo (1996): How to cope with small samples in longitudinal data analysis? In: Voges, W.; Wagner, G.; Duncan, G.: *Looking for Changes in other Societies. Use of Longitudinal Data for Comparative Social Research*. New York: Campus/St. Martin's Press (in Vorbereitung)
- Voges, Wolfgang; Prein, Gerald (1995): *Typification in Poverty Dynamics Research: Constructing Typologies of Welfare Recipients*. Vortrag auf der internationalen Konferenz "Visualization of Categorical Data", 17.-19.5.95 in Köln (Ms.; erscheint in: Greenacre, Michael; Blasius, Jörg (Hg.): *Visualization of Categorical Data*)
- Sommer, Thorsten (1996): *Sozialhilfebezug und soziale Ungleichheit. Dimensionen "neuer Armut"?* Diplomarbeit am Studiengang Soziologie der Universität Bremen. Unveröff. Manuskript. Bremen.

**3. Abschluß- und
Zwischenberichte
Teilprojekte B3, B5, D2**

3. Anhang

Abschluß- und Zwischenberichte ausgelaufener Projekte

Die Teilprojekte B3, B4 und C2 wurden nach der ersten Förderungsphase des Sfb 186 vom 01.08.1988 bis 30.06.1991 beendet. Der Abschlußbericht des Teilprojekts B3 ist in diesem Band im Anhang enthalten. Die Berichte der Teilprojekte B4 und C2 sind als Monographien in der Sfb- Reihe "Status Passages in the Life Course" erschienen:

Warsewa, Günter; Osterland Martin; Wahsner, Roderich 1996: Zwischen Sparzwang und sozialer Verantwortung - Normalarbeit und abweichende Beschäftigung in der kommunalen Personalpolitik der 80er Jahre. Vol. VII. Deutscher Studien Verlag. Weinheim

Schumann, Karl F.; Dietz, Gerhard-Uhland; Gehrmann, Manfred; Kaspras, Heidi; Struck-Möbbeck, Olaf 1996: Private Wege der Wiedervereinigung. Die deutsche Ost-West-Migration vor der Wende. Vol. VIII. Deutscher Studien Verlag. Weinheim

Das Teilprojekt B2 wurde bis zum 30.06.1992 gefördert. Der Arbeits- und Ergebnisbericht des Projekts ist im Arbeits- und Ergebnisbericht des Sfb 186 1991 - 1993 erschienen. Eine ausführliche Projektmonographie wird 1996 in der Sfb-Reihe erscheinen:

Geissler, Birgit; Oechsle, Mechtilde 1996: Die Lebensplanung junger Frauen. Zur widersprüchlichen Modernisierung weiblicher Lebensläufe. Deutscher Studien Verlag. Weinheim (im Erscheinen)

Das Teilprojekt B5 wurde vom 01.01.1993 bis 30.06.1995 gefördert. Ein Kurzbericht ist im Anhang dieses Bandes enthalten.

Das Teilprojekt D2 wurde in der ersten und zweiten Finanzierungsphase des Sfb 186 gefördert. Ein Kurzbericht, der den Arbeits- und Ergebnisbericht 1993 für die halbjährige Auslaufphase bis zum 30.06.1994 ergänzt, ist im Anhang dieses Bandes enthalten.

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojektes B 3: Auslaufphase vom 1. August 1991 bis zum 31. Januar 1992

Thema: Unvollendete Statuspassagen im Übergang zwischen Studium und Beruf: Auf dem Weg zu neuartigen Arbeitsverhältnissen in sozialen Berufen?

Beteiligte Wissenschaftlerinnen:

Prof. Dr. Ursula Rabe-Kleberg (GA) (Projektleiterin)

Dipl.Soz. Erika Grabke (EA)

Dr. habil. Ulrike Nagel (EA)

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Kenntnisstand zu Beginn der Auslaufphase
3. Methoden
4. Ergebnisse
 - 4.1 Erhebung A und D: Auswertung der zweiten und Vergleich mit der ersten schriftlichen Befragung
 - 4.2 Erhebung B: ExpertInneninterviews - Die Personalrekrutierung der Arbeitgeber im Spannungsfeld von professioneller Hilfe und Wettbewerbsrationalität
 - 4.3 Erhebung C: Offene AbsolventInneninterviews - Über den Zusammenhang von sozialem Beruf und Biographie
 - 4.4 Diskussion der Ergebnisse
5. Fachkontakte und Publikationen

1. Zusammenfassung

Wie im Arbeits- und Ergebnisbericht angekündigt, wurde in der Auslaufphase die zweite schriftliche Erhebung durchgeführt, ausgewertet und die bereits vorgestellten Ergebnisse der qualitativen Erhebungen theoretisch rekonstruiert.

Die Auswertung der quantitativen Erhebungen erbrachte einige überraschende Ergebnisse: So war die untersuchte Statuspassage bei den meisten keineswegs so lang bzw. unvollendet, wie angenommen. Auch entstehen in der Phase durchaus keine neuartigen oder andersartigen Arbeitsverhältnisse, zumindest nicht nach der formalen Struktur. Wohl aber ist die Statuspassage eine Phase erhöhter - aber auch zum Teil - freiwilliger Mobilität, die den Charakter einer deutlich verlängerten (auch Selbster-)Probephase bekommt. Die noch in der ersten Erhebung deutlichen Differenzen der Passagenchancen für Männer und Frauen konnten in der zweiten Erhebung aus Gründen des Rücklaufs nicht als signifikant nachgewiesen werden.

Auch wenn die äußeren Bedingungen der Einmündungspassage nicht den erwarteten Charakter aufwiesen, so belegen die Ergebnisse der beiden anderen Erhebungen und ihre theoretische Rekonstruktion doch Veränderungen der Berufsvorstellungen und der entsprechenden Strategien der Trägerorganisationen und derjenigen, die in den Beruf einmünden wollen, die erheblich weitreichender sind, als die erwarteten äußeren Prekarisierungsphänomene.

Aufgrund der Konkurrenzsituation um die knapper geworden Gelder entwickeln sich die sozialen Trägerorganisationen zu sog. Sozialkonzernen, die weniger engagierte HelperInnen suchen als effektive RepräsentantInnen des jeweiligen Verbandes. Ihre Gatekeeperstrategien sind an dieser Vorstellung ausgerichtet. Mit dieser Art der Personalrekrutierung treffen sie zum einen Strukturentscheidungen von weitreichender gesellschaftlicher, sozialstaatlicher Relevanz, zum anderen über die risikanter werdenden Lebenslaufkonstruktionen einer großen Berufsgruppe.

Auch bei den AbsolventInnen ist eine wesentliche Veränderung ihrer Berufsvorstellungen zu verzeichnen, die im Grunde mit denjenigen der Träger korrespondiert und die bisher in der einschlägigen Literatur nicht vertreten ist: das Verständnis der sozialen Arbeit als Krisenmanagement. Mit diesen Vorstellungen geraten die Befragten in Konfliktkonstellationen, die sich auf eine mögliche Laufbahn, auf die Fragen der beruflichen Identität, auf Autoritätskonflikte und insgesamt auf die Aufgaben der Sozialarbeit in der Gesellschaft beziehen.

Diskutiert werden die Ergebnisse abschließend unter dem Aspekt der aktuellen Tendenz zur Entpolitisierung der Wohlfahrtsproduktion und im Rahmen neuerer Professionalisierungsdiskurse.

3. Methoden

In der Auslaufphase wurden gegenüber der Hauptphase keine neuen Methoden eingeführt:

Die Erhebung D wurde in der Nachfolge zur Erhebung A als schriftliche Fragebogenhebung durchgeführt, allerdings mit einem auf ein Minimum verkürzten Fragebogen (vgl. Kap. 4.1).

Die Erhebungen B und C waren zu Beginn der Auslaufphase abgeschlossen. Die Auswertung der aufbereiteten Interviewtexte der AbsolventInnen bzw. der Paraphrasen der Interviews mit den Experten wurde - wie im vorgelegten Arbeits- und Ergebnisbericht ausführlich dargelegt - nach dem sequenzanalytischen Verfahren im Sinne der Objektiven Hermeneutik weitergetrieben.

Das methodische Resümee aus den Experteninterviews lautet, daß dieses Instrument in der Lage ist, solchen Wissensbeständen auf die Spur zu kommen, die für die Erklärung sozialen Wandels von Bedeutung sind. Es eröffnet den Zugriff auf implizite Regeln, nach denen sozialer Wandel enaktiert, prozessiert und unter Umständen auch blockiert wird und schafft so Anschlußstellen für soziologische Generalisierungen, die zu verorten sind an der Schnittstelle von mikro- und makrosoziologischer Analyse. Auf das soziologische Wissen, das generiert wird, kann auch im Kontext gesellschaftskritischer Überlegungen zum sozialen Wandel rekurriert werden, ohne daß dabei auf normative Theorien der Modernisierung zurückgegriffen werden müßte.

In vielen Forschungskontexten wird Experteninterviews eine randständige Funktion zugewiesen.¹ Sie dienen dort der Gewinnung von Hintergrundinformationen und fungieren - im Rahmen der klassischen Unterteilung von Entdeckungs- und

¹ Eine Ausnahme ist die Industriesoziologie, in der dem Experteninterview zumindest hinsichtlich der Häufigkeit, in der es eingesetzt wird, eine Vorrangstellung zukommt.

Begründungszusammenhang - als Instrument der Exploration. Diese Verwendungsweisen erklären, weshalb in der Methodenliteratur das Experteninterview eine magere Existenz fristet. Die 'eigentliche' Forschung wird mit anderen Instrumenten gemacht, und im deduktiv-nomologischen Paradigma, in welchem mit dem Interview im allgemeinen der 'Königsweg' beschritten wird, wird die methodische Organisation des Entdeckungszusammenhangs noch oft vernachlässigt. Es ist bemerkenswert, daß die gesellschaftliche Entwicklung vielerorts als Expertokratisierung gesehen wird, daß aber wenig Mühe darauf verwendet worden ist, die empirische Verfahrensseite dieser gesellschaftlichen Tatsache zu erörtern. Dies scheint sich derzeit zu ändern und zeigt sich etwa darin, daß das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit eine Sammlung von Beiträgen über die Verwendung des qualitativen Experteninterviews in der Arbeitsmarktforschung publiziert hat (Brinkmann u.a.1995).

4.1 Erhebungen A und D: Auswertung der zweiten und Vergleich mit den Ergebnissen der ersten schriftlichen Befragung

Die zweite schriftliche Befragung des in seiner Zusammensetzung aufgrund der postalisch nicht erreichten AbsolventInnen korrigierten Samples wurde im Februar/März 1991 durchgeführt. Gegenüber dem sehr ausführlichen Fragebogen der ersten Erhebung war der nun verwendete Fragebogen mit drei Seiten und 12 Fragen äußerst kurz gehalten und im wesentlichen auf Aussagen über Fakten um die Einmündungsproblematik herum konzentriert.

Dem Fragebogen war nicht nur ein das Anliegen erläuterndes Anschreiben, sondern auch ein Angebot beigelegt, den Befragten die Ergebnisse der ersten Befragung, an der sie teilgenommen hatten, zuzusenden.

Trotzdem war der Rücklauf, wie die folgende Aufstellung belegt, deutlich geringer als in der ersten Erhebung:

		Freiburg	Bremen	Dortmund	insges.
Sample Erh. A	n=	425	260	424	1109
Rücklauf der post.					
Erreichten	in %	64,5%	33,7%	36,5%	48,4%
Sample Erh. D	n=	393	224	360	974
Rücklauf der post.					
Erreichten		39,8%	22,6%	28,1%	32,2%

Wie bereits in der ersten Erhebung ist weniger der Rücklauf insgesamt problematisch als vielmehr die regional höchst unterschiedliche Verteilung. Aber selbst wenn, wie bereits bei der Auswertung der ersten Befragung, auf einen regionalen Vergleich verzichtet wird, erweisen sich nach entsprechender Überprüfung für viele Bereiche ein Teil der Fallzahlen als sehr klein, so daß es hier zu keinen signifikanten Ergebnissen kommt. Im folgenden werden diese Daten deshalb nicht weiter berücksichtigt.

Aufgrund der auswertbaren Daten können folgende Ergebnisse festgehalten werden:

- Etappen des Einstiegs:

Fünf bzw. sechs Jahre nach ihrem Examen haben 85% der Befragten ihre Passage in den angestrebten Beruf beendet, sie haben ein unbefristetes Arbeitsverhältnis im Berufsfeld der Sozialpädagogik und Sozialarbeit angetreten. Allerdings gelang diese erfolgreiche Statuspassage nur der Hälfte (49,3%) gleich beim ersten Versuch, einem weiteren Drittel (33,3%) beim zweiten und 13 % beim dritten Versuch. Eine kleine Zahl der Befragten benötigten 4 und mehr Versuche.

Insgesamt 15% der Befragten hatten auch nach ca. 6 Jahren die Statuspassage in den Beruf nicht abgeschlossen: die eine Hälfte hatte noch

gar keine Stelle angetreten, die andere hatte bisher keinen unbefristeten Vertrag erhalten. Ein nicht unbedeutender Teil (7,4%) der Befragten hatte zum Untersuchungszeitpunkt noch gar keine Anstellung. Da diese aber an der Untersuchung teilgenommen haben, muß davon ausgegangen werden, daß sie sich nicht als "Aussteiger" betrachten.

Der übergroße Teil der Befragten (88,5%) hat gleich im ersten Jahr nach dem Abschluß der Ausbildung die erste Stelle angetreten. 42% aller Befragten hat den Übergang sogar "ohne Aufenthalt", d.h. ohne eine Arbeitslosigkeitsphase, geschafft. Die Hälfte der Befragten (50,9%) hat mit der ersten Stelle auch gleich einen unbefristeten Vertrag erhalten.

Zum Zeitpunkt der zweiten Befragung hatten 38,6% noch ihre erste Stelle, was darauf hinweist, daß zumindest einige der unbefristet Eingestellten (n=108) ihre erste Stelle freiwillig verlassen haben.

Für rund ein Viertel (25,5%) der AbsolventInnen beginnt der Einstieg in die Passage mit einer ABM- oder BSHG § 19-Basis. Die Berechtigung zu einer entsprechenden Förderung erwächst erst nach einem Jahr Arbeitslosigkeit, also für unser Sample spätestens im Jahr 1987.

Über die Hälfte der Befragten (53,8%) hatten im Untersuchungszeitraum mehrere Stellen: zwei Stellen (32,8%), drei Stellen (15,1%) oder mehr (6%). Mehr als die Hälfte (58,4%) von denjenigen, die eine zweite Stelle bekommen hatten, konnte damit ihre Statuspassage beenden, sie erhielten einen unbefristeten Vertrag. 89,6% der StelleninhaberInnen werden nun auch tariflich angemessen bezahlt.

Der größte Teil der bis dahin noch nicht integrierten StellensucherInnen wird über die dritte Stelle dann in den Beruf integriert. Damit sind nach der dritten Stelle 81% der Befragten in den Beruf eingemündet. Nunmehr sind auch 94,1% der Verträge tariflich korrekt.

Es bleibt ein Anteil von insgesamt 20 Befragten (immerhin 7%), die auch nach dem fünften Versuch noch kein befristetes Arbeitsverhältnis erlangen konnten.

16,9% waren wegen Haus- und Familientätigkeiten eine zeitlang nicht im Beruf tätig.

- Phasen der Erwerbslosigkeit

Mehr als die Hälfte (52,2%) aller AbsolventInnen beginnt die Einstiegsphase im Status der Erwerbslosigkeit. Den Anteil von 46,2% an dieser Gruppe, die kein Arbeitslosengeld erhalten, können wir in Freiburg verorten, wo die AbsolventInnen wegen des integrierten Praktikums keine Ansprüche auf Transferleistungen erwerben konnten.

Für die meisten (94,2%) ist die Arbeitslosigkeit bereits im Jahre 1987 beendet. Viele sind nach dieser "Warteschleife" vermutlich ABM-berechtigt und münden in eine solche Stelle ein.

Eine zweite Phase von Arbeitslosigkeit erlebt nur noch eine relativ kleine Gruppe von 9%. Nun beziehen fast alle von ihnen Transferleistungen vom Arbeitsamt. Eine dritte Arbeitslosigkeit erleben nur noch 2,3%.

- Ehrenamtliche Tätigkeiten/Mitarbeit in selbstorganisierten Projekten/ Honarartätigkeiten

Ein übergroßer Teil der befragten BerufsanhängerInnen (74,1%) hat weder während noch nach dem Studium (im Untersuchungszeitraum) ehrenamtlich oder in selbstorganisierten sozialen Projekten gearbeitet.

In der unerwartet kleinen Gruppe derjenigen, die selbstorganisiert gearbeitet haben, war über ein Fünftel bereits während des Studiums aktiv. Nach dem Studium nimmt aber der Anteil der entsprechend Engagierten kontinuierlich ab. Bis 1990 hat die Hälfte derjenigen, die sich engagiert hatten, die Gruppen wieder verlassen.

Ehrenamtliche Arbeit im traditionellen Sinne haben nur 18,9% der AbsolventInnen geleistet, wobei die meisten höchstens 5 Stunden wöchentlich aktiv waren. Über die Hälfte dieser relativ kleinen Gruppe hat diese Arbeit im Examensjahr aufgenommen: zwischen 1985 und 1988 wächst die Zahl rapide, bis 1990 haben sich aber 65% der Gruppe aus der freiwilligen Arbeit bereits wieder herausgezogen.

Auch die Gruppe derjenigen, die in ihrer Einstiegspassage gegen Honorar gearbeitet hat, ist überraschend klein: 23,8%. Die meisten (66,7%) beginnen mit der Honoratätigkeit zwischen 1985 und 1988, bis 1990 haben aber fast 80% damit wieder aufgehört.

- Berufsfeldwechsel

Die Rückkehr in den vor dem Studium ausgeübten Beruf ist die absolute Ausnahme (2,3%). Dagegen haben 10% nach dem Examen einen anderen Beruf auch hauptamtlich ausgeübt, bei einem Drittel dauerte diese Tätigkeit zum Befragungszeitpunkt noch an.

Weitere 10% des gesamten Samples haben ein weiteres Studium aufgenommen. Dabei bleiben die meisten allerdings im Bereich der Humandisziplinen: Soziologie, Psychologie, Gerontologie etc. Über die Hälfte von ihnen hat relativ bald nach dem Abschluß (1985-1987) das Studium aufgenommen.

- Fort- / Weiterbildungen

Nur ein geringer Teil der Berufsanhänger (7%) hat an Fortbildungen teilgenommen, aber über ein Viertel der Befragten hat Zusatzqualifizierungen mit spezialisierendem Charakter erworben. Die Teilnahme an solchen Weiterbildungen begründet in vielen Fällen (30%) die zeitweise Unterbrechung der Berufstätigkeit.

- Geschlechterverteilung

An der Befragung haben zu 60,9% Frauen und zu 39,1% Männer teilgenommen. Damit waren Männer gegenüber der durchschnittlichen Verteilung der Geschlechter in der Ausbildung zwei Dritteln zu einem Drittel leicht überrepräsentiert.

Auf dem Hintergrund der für die Geschlechter deutlich unterschiedlichen Ergebnisse der ersten Befragung wurden alle Einzelergebnisse noch einmal statistisch auf die Frage der Geschlechter hin überprüft. Leider hat sich hier die unzureichende Rücklauf so ausgewirkt, daß die Signifikanzprüfung in den meisten Fällen negativ abgeschlossen werden mußte. Über den Zusammenhang von Geschlecht und Einstiegsproblematik können demnach auf-

grund der Ergebnisse der zweiten Erhebung keine neuen signifikanten Erkenntnisse vorgelegt werden.

Betrachten wir die Ergebnisse beider Erhebungen und vergleichen diese mit den im Antrag erwarteten Ergebnisse, so kann zusammenfassend folgendes festgehalten werden:

1. **Die Statuspassage ist kürzer als erwartet.** Selbst wenn wir unterstellen, daß eher diejenigen geantwortet haben, die sich selbst als die im Zusammenhang der Untersuchungsproblematik "Erfolgreichen" verstehen, so überrascht doch, daß die übergroße Mehrheit der Befragten innerhalb einer relativ kurzen Statuspassagenzeit und nach ein bis zwei Versuchen in den Beruf einmünden, d.h. ihre Passage vollenden. Unvollendete Statuspassagen im Sinne der erwarteten Ergebnisse finden sich nur bei einer (allerdings nicht geringen) Minderheit.
2. **Es entstehen keine neuartigen Arbeitsverhältnisse in der Übergangsphase.** Entgegen der bereits im Titel des Projektes formulierten Erwartung, daß die AbsolventInnen genötigt sein würden, neuartige, d.h. vor allem prekäre Beschäftigungsverhältnisse einzugehen, belegen unsere Ergebnisse, daß nur ein verschwindend geringer Teil in selbstorganisierten oder deutlich untertariflich bezahlte Erwerbspositionen arbeiten. Wenn überhaupt vorhanden, handelt es sich um ein kurzfristiges Übergangssphänomen.
3. **Die Statuspassage ist eine Phase hoher (auch freiwilliger) beruflicher Mobilität.** Neben freiwilliger Stellenwechsel sind wir vor allem auf Stellenwechsel aufgrund befristeter Verträge gestoßen. Die Passagenzeit ist deshalb von einer gewissen Unruhe und Ungewißheit aufgrund von notwendigen Suchbewegungen gekennzeichnet. Die Integration in den Beruf oder gar die Etablierung in gesicherten und befriedigenden Positionen bedarf offensichtlich einer Zeitspanne von bis zu fünf Jahren.

Zu bedauern ist, daß die Frage der regionalen und Geschlechterdisparitäten aufgrund des unzulänglichen Rücklaufs nicht weiter verfolgt werden konnte.

4.1 Erhebung B: Experteninterviews - Die Personalrekrutierung der Arbeitgeber im Spannungsfeld von professioneller Hilfe und Webbewerbsrationalität

Die Ergebnisse der Erhebung B basieren im wesentlichen auf der Auswertung von insgesamt 45 Experteninterviews, speziell solcher, die mit potentiellen Arbeitgebern in öffentlichen und privaten Trägerorganisationen geführt wurden.

Bis zum Beginn der Auslaufphase waren die Interviews nach folgenden Kriterien ausgewertet worden:

- Die Arbeitgeber waren über ihre Sicht auf die Verlaufstypen der Einmündungspassage befragt worden. Dabei waren drei solcher Typen gefunden worden: Passagen ohne Aufenthalt, Passagen mit Verzögerungen und Passagen in Projekten. Die drei unterschiedlichen Passagentypen nötigen den AbsolventInnen unterschiedliche Handlungsstrategien ab, über deren Angemessenheit die Arbeitsgeber in ihrer Funktion als Gatekeeper letztendlich selbst entscheiden.
- Die Aussagen über die Verlaufstypen waren sodann mit Modellen institutionalisierter Regulierung der Statuspassagen konfrontiert worden, also mit den Strategien, wie die Arbeitsgeber selbst mit den Problemen der Statuspassage umgehen. Auf der Basis unserer Ergebnisse konnten wir drei Typen der Bezugnahme auf die Passagenproblematik im Beschäftigungssystem der sozialen Arbeit herausarbeiten: den Versuch, die Risiken durch aktive Arbeitsmarktpolitik zu kompensieren, die Haltung, die Risiken auch als Chancen zu akzeptieren aber auch eine Tendenz, die Probleme zu dethematisieren.
- Aus den Aussagen der Experten konnten wir zusammenfassend als Konsequenz die Generierung dilemmatischer Handlungsstrukturen darstellen, die sich vor allem auf Fragen der Kontinuität, der Qualifikation und der Geschlechterdifferenz beziehen.

Im Rahmen der Auslaufphase wurden die oben kurz wiederholten Ergebnisse der vorangegangenen Projektphase weiter ausgewertet. So zeigt die Generalisierung

der Einzelergebnisse aus der Befragung der Geschäftsführer der großen Wohlfahrtsverbände zur Personalrekrutierung folgendes Ergebnis:

Das zentrale Problem des Gatekeeping in Sozialkonzernen stellt sich dar als Konflikt zwischen den Imperativen von professioneller Hilfe und Wettbewerbsrationalität. Mit den Entscheidungen, die von der untersuchten Funktionselite in Personalangelegenheiten getroffen werden, kanalisiert sie Entwicklungen, die durch Sozial- und Beschäftigungspolitik vorstrukturiert und in der Einführung des Marktprinzips angelegt sind. In ihrem Gefolge fungieren die Wohlfahrtsverbände als "Sozialkonzerne", d.h. sie konkurrieren um öffentliche Gelder für Projekte und Maßnahmen und unterliegen damit der wechselhaften Thematisierung sozialer Probleme. Dem Trend, risikoreiche, kurzfristig finanzierte Aufgaben zu übernehmen, können sich aus ökonomischen Gründen nur wenige Verbände entziehen.

Wie schlagen sich diese Determinanten auf der Ebene der Personalentscheidungen nieder und mit welchen Strategien des gatekeeping konvergieren sie? Dieses Thema steht zwar nicht im Brennpunkt des öffentlichen und auch nicht des professionellen Diskurses, ist aber unter dem Aspekt bemerkenswert, daß der Personenkreis der Verbandsgeschäftsführer durch seine Entscheidungen die Erwerbsverläufe einer großen Berufsgruppe steuert, und zwar im Sinne einer sekundären Institutionalisierung von Verlaufsmustern der Erwerbsbiographie.

Mit den Standards, die bei den Personalentscheidungen angelegt werden, vollzieht sich eine Selektion spezifischer Kompetenz- und Leistungsprofile bzw. die Abwahl bestimmter anderer; insofern wird auch über die Rekrutierung des Personals sozialer Wandel und die Modernisierung der Sozialarbeit vorangetrieben. Die Profile, die hier abgefordert werden, reflektieren und kanalisieren ihrerseits die Veränderungen auf der Ebene von Sozial-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik.

Im Ergebnis hat sich gezeigt, daß die Konkurrenzsituation, in der die Sozialkonzerne untereinander stehen, einen hohen Druck zur Selbstinszenierung erzeugt, und daß sich diese Situation der Struktur nach dort wiederholt, wo die SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen um die Arbeitsplätze im sozialen Dienstleistungssektor konkurrieren. Aufgrund einer vergleichenden und abstrahierenden Betrachtung der Einzelergebnisse aus den Expertengesprächen zeigt sich als ungeschriebenes Gesetz für das Überleben der SozialarbeiterInnen und -pädagogInnen

im Beruf die Kunst der Selbstinszenierung der BewerberInnen nach dem Modell des/der effizienten RepräsentantIn des jeweiligen Verbandes: Um Projektmittel zugeschlagen zu bekommen, muß der Verband für die erfolgreiche Abwicklung von Maßnahmen bekannt sein, und dies setzt voraus: effiziente MitarbeiterInnen; um als Wohlfahrtsverband im Konkurrenzkampf überleben zu können, muß die Hilfetätigkeit unverwechselbar identifizierbar sein, was wiederum voraussetzt, daß sich die MitarbeiterInnen als Aushängeschild des Verbandes darstellen bzw. Repräsentationsfunktion übernehmen.

Mindestens aber, so ein Experte, dürfen sie keinen "Flurschaden" anrichten. Was für den Experten bei der Rekrutierung in erster Linie zählt, ist die Selbstinszenierung des/der BewerberIn als ExpertIn, sie erkennen nur diejenigen als ExpertInnen an, die diese Kunst der Selbstinszenierung ihrerseits beherrschen und praktizieren.

Wie erkennt man im Bewerbungsgespräch, ob jemand das Zeug zu einer effizienten RepräsentantIn hat? Die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse im sozialen Dienstleistungssektor und insbesondere die Stellenbefristung in der Mehrzahl der Fördermaßnahmen liefern den Arbeitgebern das Instrumentarium an die Hand, um die gewünschten Selektionen zu erzielen. Was für die BewerberInnen Risiken und Ungewißheit birgt, die Deregulierung und Prekarisierung im Beschäftigungssystem, nutzen die Arbeitgeber im Sinne einer langgestreckten Probezeit: über die Honorartätigkeit in eine Projektstelle und von dort auf eine Planstelle.

Daß unter solchen Beschäftigungsbedingungen Lücken in der Berufsbiographie entstehen, erscheint als unvermeidbar; dem steht aber auf Seiten der Arbeitgeber ein Selektionskriterium gegenüber, das einen möglichst lückenlosen Praxisnachweis beinhaltet. Diese Kontinuitätserwartung verhält sich kontrafaktisch zur Entwicklung der Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und zum Überangebot an Arbeitskräften. Ihre Bedeutung wird gewissermaßen angesichts der Arbeitsmarktlage noch gesteigert. Wer sie trotz der mißlichen Verhältnisse erfüllt, gilt als beruflich hochmotiviert und als nicht so leicht vom Ziel der Berufseinmündung abzubringen. Es zeigt sich, daß Deregulierung und befristete Fördermaßnahmen geradezu die strukturellen Voraussetzungen schaffen für die Auswahl des effizienten

Personals aus einer unübersichtlich gewordenen Hochschullandschaft und einem ebensolchen BewerberInnenpool.

Abgesehen davon sind die zentralen Dimensionen der Urteilsbildung auf der Grundlage des Bewerbungsgesprächs: das Verhältnis zur beruflichen Arbeit, die Rollenkompetenz und die Identität der BewerberInnen.

Das Verhältnis zur Berufsrolle, die Identifikation mit ihr zielt auf die Art der Bewältigung der prekären Spannung zwischen dem Hilfeideal und den realen Handlungsbedingungen im sozialen Dienstleistungssektor. Es wird abgelesen an der Bereitschaft zu räumlicher Mobilität und innerbetrieblicher Disponibilität, an innerem Engagement und Innovationsbereitschaft, am Problemzugang als Maßstab für Effizienz, Disziplin und Verantwortung, an der Kongenialität des Arbeitskonzepts mit der Verbandsphilosophie.

Die berufliche Rollenkompetenz betrifft die Verfügung über Schlüsselqualifikationen wie Kooperationsbereitschaft, geistige Wendigkeit, Zielgerichtetheit, Belastbarkeit, Kritikfähigkeit. Hier geht es um das Maß der Anerkennung der eigenen Grenzen und der Fähigkeit zum Denken in Kategorien des Kollektivs, um die Bereitschaft zum Lernen, um Realitätstüchtigkeit im Umgang mit Bürokratien und um die Einfühlung in wechselnde Problemlagen. Als kontraproduktiv gelten innere Starrheit, Unsicherheit der Arbeitsorientierung, Idealismus und überschießende Selbstsicherheit.

Die Identität betrifft die Gesamtpersönlichkeit in ihrer Wirkung auf andere. Negativ bewertet werden z.B. Verhaltensauffälligkeiten, der Verdacht einer durchschlagenden Eigenproblematik mit der Folge einer Sozialarbeit in selbsttherapeutischer Absicht. Positiv bewertet werden Seriosität, Behutsamkeit und Bedachtsamkeit im Auftreten.

Vor diesem Hintergrund sind die Typen der Selbstdarstellung zu verstehen, die in einem der Interviews skizziert und im Sinne von Typen abnehmenden Bewerbungserfolgs zu sehen sind:

Die "Differenzierter" erläutern sukzessiv, was sie wissen und können, signalisieren ihre Arbeitsschwerpunkte und -interessen und geben an, wie sie sich weitere, fehlende Erfahrungen und Kenntnisse aneignen wollen. Sie zeigen an, daß sie

zwar bereit sind, sich in neue und ihnen fremde Arbeitsgebiete einzuarbeiten, daß sie zugleich aber nicht für alles offen sind und sich auch nicht unter Wert verkaufen wollen. Sie eröffnen damit die Möglichkeit, als potentielle KandidatInnen auch für andere Positionen in Betracht gezogen zu werden. Sie treten selbstsicher auf, frei von Angst vor Arbeitslosigkeit und interessiert an überbrückenden Tätigkeiten, z.B. auf Honorarbasis oder auch unentgeltlich zur Vorbereitung einer Maßnahme.

Kontrastierend dazu behaupten die "Generalisten", alles zu können und bleiben dabei den Beweis schuldig. Häufig handelt es sich bei ihnen um die sog. "Verkopften", die den Berufseinstieg hinausgezögert haben durch Studienunterbrechung, Aufbaustudium, Fortbildung.

Die "Unsicheren", d.h. die "ungefestigten" Persönlichkeiten lassen wenig zielgerichtete Interessen erkennen und vermitteln den Eindruck, daß für sie die Arbeit im wesentlichen selbsttherapeutische Funktion erfüllt. Sie erscheinen als nicht belastungsfähig und v.a. wenig geeignet, den Verband nach außen zu repräsentieren.

Die Kehrseite der Figur des/der effizienten RepräsentantIn wird von einem der Experten selbst zum Ausdruck gebracht:

"Das ist völlig klar, in einem strukturierten Laden wie hier könnte eine ausgeflippte Figur, die eine hervorragende Jugendarbeit macht, nicht eingestellt werden, es würde einfach das Bild gestört, man muß auch das Umfeld sehen, wo jemand tätig ist ... aber man kann schon sagen, das Erscheinungsbild ist eigentlich fast zweitrangig für die Bewältigung der Aufgabe, aber dennoch gibt es Felder, Arbeitsgebiete, wo es halt nicht anders geht .. es gibt ein gewisses Umfeld, wo sie auch vom Äußeren her sagen müssen, also Leute, so geht es hier nicht, weil es ständig zu Konflikten und Umständen führt ..." (F/S)

Als Resümee läßt sich formulieren: Die Experten aus den Wohlfahrtsverbänden treffen durch die Art und Weise ihrer Personalrekrutierung Strukturentscheidungen von gesellschaftspolitischer Relevanz. Das Wissen, über das sie verfügen, reflektiert einerseits die Konstellationen im Dienstleistungssektor, andererseits steuert es die strukturrelevanten Entscheidungen dieser Akteure. Sie sitzen an Schaltstellen, an denen gewollt oder nicht Bedingungen gesetzt werden für die

Lebenslaufkonstruktion einer großen Berufsgruppe, Bedingungen in Gestalt einer sekundären Institutionalisierung von riskanten Erwerbsbiographien.

Im Ergebnis der Orientierung der Arbeitgeber am Modell des/der effizienten RepräsentantIn und seiner Instrumentalisierung durch die kontrafaktisch zur Geltung gebrachte Kontinuitätsnorm kommt es im sozialen Dienstleistungssektor zur Sanktionierung insbesondere derjenigen Arbeitssuchenden, deren berufliche Orientierung die Strukturerfordernisse eines Sozialkonzerns außer Acht läßt und ausschließlich auf die Materialisierung des professionellen Hilfetyps ausgerichtet ist. Benachteiligt sind aber auch diejenigen, die umgekehrt die materiale Rationalität professionellen Hilfehandelns der formalen Rationalität des Wirtschafts subsumieren (vgl. Weber 1964, 60f).

Die effizienten RepräsentantInnen zeichnen sich dagegen dadurch aus, daß sie das eine tun ohne das andere zu lassen, d.h., daß sie über eine Haltung verfügen, die sie die institutionellen und sozialpolitischen Bedingungen, wie immer sie ausfallen und sich verändern, als Ressource für professionelles Hilfehandeln nutzen läßt.

4.3 Erhebung C: Offene AbsolventInneninterviews - Über den Zusammenhang von sozialem Beruf und Biographie

Auf der Basis von 41 offenen Interviews mit AbsoventInnen sozialer und sozial-pädagogischer Studiengänge waren drei Strukturtypen der Statuspassage zwischen Studium und Beruf herausgearbeitet worden: den Strukturtyp der Statuspassage als ein ganz normales "Berufsrisiko", den der "Orientierungskrise" und den der Statuspassage als "beruflichen Gestaltungsspielraums".

Dabei sind wir davon ausgegangen, daß es sich bei diesen Typen um solche handelt, die in ähnlicher Weise auch in Berufen auftreten, die vergleichbare Arbeitsmarkt- und Arbeitsverhältnisse haben. Trotzdem erweisen sich die Strukturtypen als neue Antworten auf das alte Problem des Berufseinstiegs oder allgemeiner als Variante des Problems der sozialen Integration als Erwachsener dar.

In der anschließenden Auslaufphase wurden nur die beiden Typen "Berufsrisiko" und "Gestaltungsspielraum" weiter bearbeitet. Auch wenn man sagen könnte, daß gerade die Analse derjenigen, die keinen Zugang zum Beruf gefunden haben, be-

sonderen Aufschluß über die Funktionsregeln gäben, konnte der Typus "Oierntierunskrise" aus Zeitgründen nicht weiter bearbeitet werden. Auch war für die weitere Auswertung des Interviewmatrials die Annahme wesentlich, daß es sich bei den beiden anderen Typen um Anzeichen für die Gleichzeitigkeit und Konkurrenz traditioneller und alternativ-moderner Vorstellungen von Sozialarbeit und um einen Beitrag zum Problem der Professionalisierung der eigenen Berufsrolle handelt. Unter diesem Aspekt sind die Ergebnisse der Arbeit in der Auswertungsphase wie folgt zusammenzufassen:

Die Interviews vom Typ Berufsrisiko hatten die Vermutung aufkommen lassen, daß sich mit dieser Definition der Statuspassage eine Berufskonzeption verbindet, die in der Literatur so nicht repräsentiert ist und möglicherweise ein Schlaglicht auf die jüngeren Entwicklungen im Dienstleistungssektor wirft. In einer Art zeitdiagnostischer Betrachtung wurde die Berufskonzeption des "Krisenmanagement" rekonstruiert. Ihre Ausarbeitung erfolgte im Kontrast zu der mit der Statuspassage als Gestaltungsspielraum verknüpften Berufskonzeption der Sozialanwaltschaft.

Die Ergebnisse der Analyse der Berufskonzeptionen wurden in verschiedenen Veröffentlichungen diskutiert (Nagel 1992; 1993; 1995; 1996). Sie konvergieren mit zentralen Analyseergebnissen des Teilprojekts D3 (vgl. Leibfried u.a. 1995, 343f; Leisering 1993, 498ff; 1995, 71ff). Durch die jüngeren Entwicklungen im sozialen Dienstleistungssektor erhalten sie eine eigentümliche Aktualität. Auch bildet die Konzeption des Krisenmanagement ein funktionales Äquivalent zu dem die Personalrekrutierung im Bereich der Wohlfahrtsverbände leitenden MitarbeiterInnenmodell:

Sozialarbeit als Krisenmanagement

Als bemerkenswert erschien die Konzeption des Krisenmanagement insofern, als sie zum Beleg für diejenigen Theorien gerät, die davon ausgehen, daß der gesellschaftliche Modernisierungsprozeß nicht mehr angemessen mit klassen- und schichttheoretischen Kategorien zu begreifen sei, daß es vielmehr zu Verwerfungen der Sozialstruktur komme, die sich einer solchen Kategorisierung entzögen (vgl. Beck 1986; Kreckel 1987; Offe, Preuß 1990; Berger, Sopp 1995).

Die VertreterInnen der Krisenmanagement-Konzeption haben solche Verwerfungen von Sozialstruktur, die für sie typische Individualisierung von Risiken und

Chancen im Lebensverlauf (Beck 1986) stehen - sowie die damit verbundenen Veränderungen der Klientel der Sozialarbeit - bereits in ihrer sozialarbeiterischen Alltagstheorie eingeholt. Für sie hat Hilfbedürftigkeit nichts mehr zu tun mit Armut oder z.B. Deprivation, sondern ist allfällige Normalität der Gegenwartsgesellschaft.

Unterstützt - vielleicht auch: gespeist wird diese berufliche Alltagstheorie von der persönlichen Statuspassagen-Erfahrung, daß z.B. nicht einmal eine 'gute Berufsausbildung' ausreicht, um unabhängig von den Leistungen und Rechtsansprüchen des sozialen Sicherungssystems leben zu können bzw. in das Erwerbssystem integriert zu werden. Vor diesem Erfahrungshintergrund verschwimmt die Differenz zwischen den Problemlagen der Klientel und der eigenen Risikolage, und ein biographisch und sozialstrukturell entgrenzter Begriff sozialer Probleme kann Raum greifen. Sozialarbeit erfüllt dann eine 'normale' gesellschaftliche Funktion, und in der Praxis kommt es darauf an, ihre Instrumente 'effektiv' zu nutzen.

Die Krisenmanagement-Konzeption handelt von den Bedingungen und Möglichkeiten 'effektiveren Helfens', wie es in einem Interview heißt; sie ist zu markieren als Variante des Deutungsmusters Hilfe zur Selbsthilfe. Sie nimmt ihren Ausgang von der Feststellung eines Mißverhältnisses zwischen den institutio-nellen Strukturpotentialen der Sozialarbeit hier und deren faktischer - unökonomischer - Organisation und Nutzung dort.

Dieses Mißverhältnis führt zu typischen Schwierigkeiten im und mit dem Beruf, und diese lassen sich auf der Basis der Interviews zu vier Konfliktlinien aufordnen. Im Verhältnis zu ihnen sind die Berufskonzeptionen als Antwortlösungen zu verstehen, sie machen Fragen und Probleme geltend, die die Profession im Ganzen und die Berufsangehörigen und ihre Arbeit im Einzelnen betreffen. Sie enthalten einerseits Antworten auf das allgemeine Was und Wie der Sozialarbeit in der Gesellschaft und vereinen die widersprüchlichen Erwartungen und konkurrierenden Geltungsansprüche aus Profession und Organisation der Sozialarbeit programmatisch-idealtypisch miteinander. Zum anderen speichern sie musterfördernde Lösungen für die typischen, alltäglichen Praxisprobleme des Berufs.

1. Eine erste Konfliktlinie betrifft die **Laufbahnpotiale** der SozialarbeiterInnen, angefangen vom Risiko des Berufseinstiegs bis hin zu den

Problemen der Karriere- und Prestigearmut des Berufs. In der Sprache der Interviews wird z.B. die Einmündungssituation begriffen als "Odyssee", das Fehlen von Karrierewegen wird zum Problem des "Altwerdens in der Sozialarbeit". - Als Antwortlösung erschließt sich ein erwerbsbiographisches Projekt, durch das die Ungewissheiten, Gefahren und Mühen, die abgeforderten beruflichen Leistungen auf Dauer Sinn und Ziel finden. Es handelt sich um den Entwurf eines hier sogenannten praxisgesättigten Expertentums. Es zielt darauf, das Umschlagen der Strukturschwächen des Berufs in biographische Krisen zu verhindern. Grundmuster eines praxisgesättigten Expertentums ist der Wechsel von praktischer Berufstätigkeit und wissenschaftlicher Weiterbildung im Sinne der Effektivierung der beruflichen Leistung. Wie es in einem Interview an zentraler Stelle heißt: "...mehr lernen und mehr Wissen horten, daß ich irgendwann auch effektiver helfen kann oder so ...". Bei diesem Modell handelt es sich nicht etwa um die Erfüllungsbedingung eines Selbstverwirklichungsprogramms, sondern geradezu umgekehrt fällt Selbstverwirklichung auf dem Wege zum praxisgesättigten Expertentum gleichsam als Nebenprodukt ab.

2. Eine zweite Konfliktlinie beinhaltet das **Identitätsproblem** der SozialarbeiterInnen, die Schwierigkeit, auf dem schmalen Grat zwischen Enttäuschung über die institutionellen Bedingungen und Möglichkeiten hier und Selbstausbeutung dort zu wandern. In den Interviewtexten dokumentiert sich dies in Äußerungen über das Helfersyndrom und das burnout bzw. über das Problem des "Abstandhaltens". - Als Antwortlösung erschließt sich ein sachliches, nicht am Erfolg, sondern an Professionalität orientiertes Engagement für den Beruf, das die Balance von Nähe und Distanz gegenüber den KlientInnen und ihren Problemen dauerhaft sichert. Es ist zu kennzeichnen als professionelles Engagement. Als in hohem Maße dysfunktional für die Sozialarbeit wird das Leiden der RollenträgerInnen an ihrem Beruf gesehen, ein Beruf, an dem sie mit Engagement hängen und von dem sie auch unter widrigen Arbeits- und Arbeitsmarktbedingungen nicht leicht ablassen.

Die Berufskrankheiten, das Helfersyndrom und die Selbstausbeutung werden nicht nur als Folge allgemeiner Strukturbedingungen im Handlungsfeld sozialer Arbeit gesehen, sondern darüber hinaus auch als Folge von Unterlas-

sungssünden auf Seiten der Berufsangehörigen, die insgesamt als unterlassene Grenzziehungen zwischen sich als Person und als BerufsrollenträgerIn beschrieben werden können. Zu den notwendigen eigenen Maßnahmen zur Verminderung der Berufsrisiken gehören - neben dem Wechsel von Berufstätigkeit und Fortbildung im Sinne des praxisgesättigten Expertentums - zum einen 'äußere' Grenzziehungen wie z.B. klar abgegrenzte Arbeitszeiten bzw. eine penible Trennung von Arbeitszeit und Freizeit. Eine solche, vom Individuum selbst zu kontrollierende und gegen die 'Strukturen' durchzusetzende Arbeitszeitdisziplin reicht aber nicht aus, um eine Balance im Verhältnis von Nähe und Distanz zum Beruf herzustellen.

Es bedarf vielmehr eines rollenförmigen, funktional auf die Hilfeleistung und deren Professionalisierung gerichteten Engagements, eines Engagements für die Sache Hilfe. Der Orientierungsrahmen für ein solches rollenförmiges Engagement dokumentiert sich als eine leidenschaftslos-diagnostische, nichtnormative Definition der gesellschaftlichen Funktion von Sozialarbeit, sie bildet den Bezugspunkt für die Dosierung und Kanalisierung der krankmachenden Erwartungen sowohl von seiten der Außenwelt wie auch des eigenen Inneren.

Bei der Definition, auf die die Krisenmanagement-Konzeption verweist, handelt es sich um eine Definition des Hilfe-Berufs als öffentliche, mit einem gesamtgesellschaftlichen Mandat versehene und auf die Verwirklichung eines gesellschaftlich zentralen Werts gerichtet Dienstleistung. Sozialarbeit stellt sich dar als politisches Instrument der Regulierung von Folgeproblemen gesellschaftlicher Steuerungsprozesse, nicht etwa als Instrument der Gesellschaftsveränderung oder gar der Aufklärung. Die berufliche Hilfe wird so nicht deshalb geleistet, weil etwas in der Gesellschaft faul sei, sondern deshalb, weil es gewissermaßen ein "Naturrecht" auf Hilfe bei den Individuen und Pflichten zur Hilfe auf Seiten des gesellschaftlichen Systems gibt.

Nicht die Ressourcen, die für die Erfüllung der gesellschaftlichen Hilfe-Funktion zur Verfügung stehen, Geld, Recht und Qualifikation, nicht die Ausstattung des gesellschaftlichen Subsystems Sozialarbeit stellen in der Be-

trachtung von Sozialarbeit als Krisenmanagement die Crux dar, sondern die Art und Weise, in der der Beruf organisiert ist und - in Entsprechung dazu - in der sich das Personal zu diesen Ressourcen verhält.

3. Besonders nachdrücklich zeigen sich **Autoritätskonflikte**, Schwierigkeiten, die aus den institutionellen Entscheidungsstrukturen resultieren und zum Zwist zwischen Eigenverantwortlichkeit und Weisungsgebundenheit führen. Solche Probleme mit der 'Hierarchie' finden ihren Niederschlag etwa in Urteilen derart: "Nie wieder eine Stelle beim Träger X". - Als Antwortlösung erschließt sich ein Organisationsmodell im Sinne einer selbst autorisierten Arbeitsökonomie. Sie steht unter dem Motto der Abschaffung von 'Mißmanagement', 'Fehlpolitik' und 'Bürokratismus'. Als Minimalform einer optimalen Nutzung der personellen Ressourcen wird an mindestens ein Dreier-Team gedacht, zwei FachkollegInnen und eine Bürokrat. Als effizient gilt: nicht jede(r) macht alles, sondern jede(r) das, wofür sie/er qualifiziert und kompetent ist, wobei die Klientel mit einbezogen wird. Die Entscheidungen über die Arbeitsorganisation können sinnvollerweise nicht vom praxisfernen Schreibtisch des Arbeitgebers gefällt werden, sondern letztlich nur in Kenntnis der konkreten Arbeitsanforderungen, d.h. im Team und vor Ort der Einrichtung. Die selbst autorisierte Arbeitsökonomie hat ihren idealtypischen Ort im Sichselbständigmachen, sozusagen in einer Einrichtung für Krisenmanagement, vorstellbar etwa als Beratungsladen-Dienstleistungszentrum.

Dieser Organisationsentwurf hat nichts gemeinsam mit dem Modell von Initiativen im Bereich der Selbsthilfe-Bewegung. Mit ihrer Tendenz zu Selbstausbeutung und Deprofessionalisierung bilden diese geradezu die negative Kontrastfolie für das Modell einer selbst autorisierten Arbeitsökonomie.

4. Weiterhin entspannt sich die Problematik, in Ansehung der Konflikte und Widersprüche des Berufs sich einer versöhnenden Bestimmung der **Aufgabe der Sozialarbeit** im Gefüge der Gesellschaft zu versichern und sich darin zu verorten. Als Beispiel finden sich im Material etwa Äußerungen über die Sozialarbeit als "Feuerwehr", als "mein Ding". - Die Antwortlösung erschließt sich in Gestalt einer Alltagstheorie über die Sozialarbeit: Krisen-Manage-

ment im Sinne professioneller Beratung und Unterstützung der Klientel bei der Nutzung und Beschaffung von Ressourcen für die Bewältigung von Lebensproblemen - bzw. das 'Managen' der Krisenbewältigung.

Diese Alltagstheorie verknüpft die gesellschaftliche Hervorbringung sozialer Probleme und ihrer kollektiven Bearbeitung systematisch miteinander. Bezugspunkt ist eine Version der Hilfebedürftigkeit, die sich weder aus einem klassen- oder schichtenspezifischen Defizit oder einer devianten Sozialisation herleitet noch aus einer auf Betroffenheit, Benachteiligung und Chancengleichheit basierenden Kompensationsidee resultiert. Mit ihr wird Betroffenheit vielmehr zu einer sozialstrukturell entgrenzten Kategorie, und entsprechend gilt die Abhängigkeit und Inanspruchnahme von fremder Hilfe als selbstverständlich, gehört zu den normalen gesellschaftlichen Phänomenen. Die Betroffenheit von Einzelnen oder Gruppen erscheint als Ergebnis eines Gesellschaftsprozesses, der in sich selbst, in seiner Normalität durch Krisenhaftigkeit gezeichnet ist; er findet seinen Niederschlag auf der Ebene der Subjekte und führt dort zu den gleichsam normalen Krisen des Alltags und Lebenslaufs.

Dies ist die Situation, in der Sozialarbeit als Hilfe zum Krisenmanagement aktiv wird: sie kalkuliert den rationalen Einsatz aller zur Verfügung stehenden und zu akquirierenden Mittel, seien es die Kompetenzen der Subjekte selbst, seien es die Methoden der Sozialarbeit oder die sozialstaatlichen Maßnahmenangebote und Leistungsansprüche. Die Sozialarbeit erscheint somit als verlängerter Arm eines individuellen 'Apparats' der Risikokontrolle bzw. wenn diese versagt, des Krisenmanagements.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Krisenmanagement-Konzeption gerahmt ist sowohl durch eine 'deskriptiv'-nüchterne Sicht auf die Gesellschaft und die Krisen, die das moderne Leben zwangsläufig auf Seiten der Individuen mit sich bringt als auch auf die gesellschaftliche Organisation der Hilfe. Letztere hat zu systematischen Problemen auf Seiten der Angehörigen des Berufs geführt, und um sie zu lösen, bedarf es einerseits der Reorganisation auf institutioneller Ebene sowie andererseits persönlicher Maßnahmen auf Seiten der Berufsangehörigen. Das System Sozialarbeit erscheint als ein System von Ressourcen finanzieller, in-

stitutioneller und personeller Natur, das, wenn es optimal genutzt wird, für die KlientInnen im Ergebnis ein individuell zugeschnittenes Management der Bewältigung von Lebenskrisen hervorbringt.

Zu fragen wäre hier, ob nicht die als Krisenmanagement bezeichnete Konzeption von Sozialarbeit gleichsam als Vorbote desjenigen Typus von Hilfe gelten muß, dessen Funktion Luhmann (1973, 31ff.) als "Beseitigung von Problemfällen" bezeichnet hat. Luhmanns vorsichtiger Vermutung zufolge läuft Hilfe in der modernen Gesellschaft darauf hinaus, zu helfen, diejenige Instanz zu finden, die im Einzelfall für die Hilfeleistung zuständig ist; "Nächstenliebe nimmt dann die Form der Verweisung an."

Gerade dies scheint allerdings sowohl dem für die Krisenmanagement-Konzeption geltend gemachten praxisgesättigten Expertentum zu widersprechen wie auch der anderen im Material vorgefundenen Berufskonzeption der Sozialanwaltschaft. Es ist das Moment der "inneren", motivationalen Bindung der Person an die Sache der Sozialarbeit, das der Form der Verweisung entgegenläuft. Diese Bindung konstituiert sich im Rahmen des Krisenmanagement als Zusammenhang von Beruf und Biographie, im Rahmen der Sozialanwaltschaft als Zusammenhang von Beruf und Sozialutopie.

Für beide gilt, daß die Behandlung der Klientenproblematik, sei es die einer einzelnen Person oder die einer Gruppe, den Referenzrahmen des beruflichen Handelns bildet und nicht etwa das sozialstaatliche System von Verweisungsinstanzen. Dieses wird zwar insbesondere von den KrisenmanagerInnen als Ressource für die Klientenarbeit betrachtet, wobei dann aber die eigentliche "Kunst" darin besteht, den Zugang zur Klientel zu finden, um über die fallspezifisch richtige Nutzung der Ressourcen entscheiden zu können.

Dennoch muß in Rechnung gestellt werden, daß es sich bei den vorgefundenen Bindungen des Berufs an einen biographischen und sozialutopischen Entwurf auch um Traditionreste handeln könnte, die mit fortschreitender funktionaler Differenzierung im sozialen Dienstleistungssektor auf der Strecke bleiben werden, so daß das Luhmannsche Konstrukt recht behielte. Demgegenüber scheint es aufgrund der empirischen Analyse hier eher plausibel, anzunehmen, daß die Momente

von Biographie und Sozialutopie systematische Aspekte professionellen sozialarbeiterischen Handelns darstellen und nicht eine quantité négligeable.

Für die erwähnte strukturfunktionalistische Analyse aus den 70er Jahren ist in Anschlag zu bringen, daß sie die Rolle unterschätzt, die diese biographischen und sozialutopischen Horizonte auf seiten derjenigen spielen, die die sozialarbeiterische Hilfe realisieren und in Szene setzen. Die Ratio der beiden Konzeptionen ist, so weit man sehen kann, an die Form von Sozialarbeit als Verweisung nicht anschlußfähig. Insofern die Subjekte mit ihren Berufskonzeptionen und Horizonten selbst Teil der Hilfeform Sozialarbeit sind, macht die erwähnte strukturfunktionalistische Analyse ihre Rechnung gleichsam ohne den Wirt.²

Eine Bestimmung des Milieus, in dem die Krisenmanagement-Konzeption zu Hause wäre, läßt sich auf der gegebenen Materialbasis nicht vornehmen; im Interviewmaterial trifft sie für ein Drittel der AbsolventInnen zu. Es ist zu vermuten, daß sie eher am Anfang als am Ende ihrer Verbreitung steht. Mit ihrer Zurückhaltung gegenüber pädagogisch-normativen und moralischen Ansprüchen erscheint sie als kompatibel mit der Normalisierung bzw. Veralltäglichung von sozialen Problemen und den dadurch ausgelösten Entwicklungen im sozialen Dienstleistungssektor. Es wäre allerdings falsch, die Krisenmanagement-Konzeption im Rahmen eines sozialtechnologischen - in Absetzung von einem sozialpartnerschaftlichen - Sozialpolitikmodell zu verorten. Mit ihr ist z.B. eines der von Böhnisch (1987) aufgezeigten professionspolitischen Desiderate behoben, das Desiderat einer Legitimationsstrategie, die die 'Alltagsverfügbarkeit von sozialen Ressourcen' und die Nutzbarkeit von Sozialarbeit/Sozialpädagogik als 'Infra-

² Abgesehen davon kann andererseits der soziale Dienstleistungssektor geradezu als Beleg für das strukturfunktionalistische Prinzip gesellschaftlicher Modernisierung im Sinne funktionaler Differenzierung und Leistungsspezialisierung gelten. Im System der organisierten gesellschaftlichen Hilfe vollzieht sich dieser Prozeß, wie von Luhmann (aaO.:31ff.) dargestellt, als Aufgliederung in eine politisch-programmatische Entscheidungsebene und eine Ausführungsebene der Klientenarbeit. Dieses Muster findet seinen illustrativen Ausdruck im sogenannten Sozialmanagement auf der einen Seite und z.B. in Krisenmanagement und Sozialanwaltschaft auf der anderen Seite.

struktur' stark macht. In dieser Perspektive wird das sozialarbeiterische Krisenmanagement zu einem Verfahren, durch das z.B. die Ausschließungsprozesse von gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten im Zuge einer Zwei-Drittels-Gesellschaft verringert würden.

Ein Dilemma allerdings bleibt bestehen, das z.B. Mayer, Müller (1989) und Offe, Preuß (1990) in den Vordergrund stellen: daß es zwar rational ist, die Leistungen des Sozialstaats als Unterstützung bei der Lebensbewältigung in Anspruch zu nehmen, daß aber - Kehrseite der Medaille - mit der Orientierung daran die eigenen Relevanzen und Präferenzen des Individuums als Sinnressource fernrücken.

Sozialarbeit als Sozialanwaltschaft

Anders als die Krisenmanagement-Konzeption erscheint die Konzeption der Sozialanwaltschaft, die durch die Interviews transportiert wird, als eine Lesart des Deutungsmusters Hilfe mit deutlich sozialutopischem Charakter. Man findet hier zwar nicht mehr das Emanzipationspathos des Sozialstaats der frühen 70er Jahre mit der Idee der Aufhebung von Ungleichheit, sondern die etwas spätere kompensatorische Lesart des Gleichheitsprinzips. Zeitlich gesehen ist die Krisenmanagement-Konzeption im Verhältnis dazu wiederum etwas später, d.h. in den 80er Jahren zu verorten.

Die Komponenten der am Ausgang der 70er Jahre anzusiedelnden sozialadvokatorischen Konzeption von Sozialarbeit bleiben im empirischen Material vom Beginn der 90er Jahre eigentlich vage; eine klare Konturierung entsprechend der Krisenmanagement-Konzeption läßt sich auf der Basis des vorhandenen Interviewmaterials nicht vornehmen. Diese innere, die Berufspraxis betreffende Unbestimmtheit der Konzeption erklärt sich nach dem Muster einer Vereinbarkeitsproblematik: die VertreterInnen dieser Sozialarbeits-Konzeption können an ihr nur festhalten um den Preis eines differenzierten Rollenentwurfs, weil eine solche Konkretisierung zwangsläufig, aufgrund der gleichzeitigen Kritik an der gesellschaftlichen Organisation der Sozialarbeit, diejenigen Ambivalenzen beschwörte, die die Identifikation mit dem Beruf zum Problem werden ließen.

Dies, die Vereinbarkeit von Berufsidee und konkreten Rollenfunktionen, von advokatorischer Theorie und moderner Sozialarbeitsorganisation stellt sich als

zentrales Problem und Risiko der Sozialadvokatur-Konzeption dar. Es wird in deiner Wirkung beobachtbar als Ringen um Authentizität angesichts institutionell-organisatorischer Autoritäts- und Konkurrenzstrukturen. Die Konzeption handelt entsprechend von der Suche nach einer Nische im System Sozialarbeit, die Raum läßt für eine authentische Gestaltung der Arbeit, und diese bildet ihrerseits die Folie für die Identifikation mit dem Beruf - und in Abhängigkeit davon für die Wahrung des beruflichen Engagements, für das "Dahinterstehen", wie es in einem Interview heißt.

Die Crux dieser Konzeption der Sozialadvokatur ist darin zu sehen, daß zur Residualkategorie gerät, was etwa im Vergleich dazu bei den KrisenmanagerInnen als eigenständiger Gegenstand der Strukturierung auftritt: die Professionalisierung der Person in der Berufsrolle und im Verlauf der Erwerbsbiographie. Bei den SozialadvokatInnen gerät Professionalität in Abhängigkeit von der Identifikation der Person mit der jeweiligen konkreten Arbeitssituation, d.h. sie wird zu einer Frage der Nähe zwischen Person und beruflich konkreter Aufgabe. Ein Maximum an Nähe bedeutet aber zugleich das Verschwinden des Selbst hinter der Rollenfigur; berufliche Probleme führen dann tendenziell zu Identitätskrisen der gesamten Person.

Der die Berufsvorstellung der Sozialanwaltschaft durchziehende 'Zwang' zum Vagen äußert sich darin, daß ein Entwurf beruflicher Konfliktlinien und darauf bezogener Lösungsmuster ausbleibt. Als problematisch erscheint letztlich die Differenz zwischen den gesellschaftstheoretischen Zielen der Sozialarbeit und den institutionellen Bedingungen ihrer Verwirklichung. Anders die Krisenmanagement-Konzeption. Mit ihr wird die dilemmatische Konstellation von Profession und Organisation zum beruflichen Alltagsproblem, das individuell zu bewältigen ist durch die Professionalisierung der eigenen beruflichen Leistung.

4.4 Diskussion der Ergebnisse

In der abschließenden professionstheoretischen Betrachtung läßt sich als Konstituens der Krisenmanagement-Konzeption das professionelle Engagement in Gestalt der Fixierung auf die "Sache", die der Hilfe bzw. des Hilfehandelns formulieren. Diese Sache ist Zweck des sozialen Dienstleistungssektors im allgemeinen

und des beruflichen Handelns im besonderen. Die Institution und Organisation des sozialen Dienstleistungssektors bilden ein *fait social*, eine "kollektive Objektivität" (Adorno 1973:12); um ihren Zweck zu erfüllen, bedarf es der Professionalisierung der Sache an sich, d.h. in diesem Fall des professionsspezifischen Wissens und der Handlungstechniken sowie ihrer Realisierung in der je subjektiv-eigenen Praxis.

Anders die Konzeption der Sozialanwaltschaft. Sie ist fixiert an die "Institution "Profession"" (Schütze 1984) als "Wirkungszusammenhang", innerhalb dessen die Sache, der Hilfetyp nicht den Kern, sondern ein Element bildet. Die "Stellung zur Objektivität" ist hier nicht die Stellung zur Rationalität der Sache selbst, sondern zur Rationalität des institutionellen Wirkungszusammenhangs der Profession. Sie verlangt, so ist zu folgern, keine instrumentelle Orientierung auf den Handlungstyp, sondern eine Positionsbestimmung, eine Selbstverortung im 'Ganzen'. Das Ringen um Authentizität, das die Konzeption der Sozialanwaltschaft durchzieht, liest sich vor diesem Hintergrund als Ringen um gesellschaftliche Selbstverortung und Identität, nicht um Distanz und Autonomie gegenüber dem Kern der Profession. In ihrem Kern ist die Sozialanwaltschafts-Konzeption "Programm des Identitätsmanagements" (Roethe 1994:15) und nicht, wie das Krisenmanagement, Entwurf der Professionalisierung.

Paradox ist, daß gerade dort, wo Identität interessiert und um sie gerungen wird, ihre Realisierungsbedingungen fern des handelnden Subjekts, in Gestalt eines 'besseren' institutionsllen Wirkungszusammenhangs projiziert sind, während dort, wo Identität als solche nicht entworfen ist, ihre Möglichkeit empirisch naheliegt. In einer theoretisch-rekonstruktiven Betrachtung der Krisenmanagement-Konzeption erschließt sich der Identitätsentwurf als ein Professionalisierungsprojekt, durch das die "technische" Distanz zur Rollenausübung und das Engagement für die gesellschaftliche Rolle der Sozialarbeit miteinander verquickt und im Sinne eines professionellen Habitus dauerhaft zur Balance gebracht werden, eines "Habitus engagierter Rollendistanz" (vgl. Nagel 1995).

Es ist davon auszugehen, daß im Wirkungskreis von erweiterten Reproduktionsrisiken, der Mehrfachbetroffenheit des Individuums im Lebenslauf und der sozialräumlichen und lebenszeitlichen Entgrenzung der Sozialpolitik auf die Sozialarbeit als 'people processing profession' erhöhte Anforderungen zukommen.

Aufgrund der zunehmenden Zahl mehrfach riskanter Lebensläufe ist sie ihrerseits Mehrbelastungen ausgesetzt, zum einen Belastungen des Hilfeengagements, zum anderen zeitlichen Belastungen, die das Einschleifen von Entmündigungsstrategien begünstigen. Angesichts dessen stellt sich die Berufskonzeption des Krisenmanagement mit dem für sie typischen Habitus engagierter Rollendistanz als Adaption der gesellschaftlichen Situation dar, in der sich die heutigen SozialarbeiterInnen befinden.³

Die Bedeutung, die der Rekrutierungspolitik der freien Wohlfahrtsverbände zukommt, wird sichtbar, wenn man sich ihren Aktionsradius und ihr Geschäftsvolumen in Erinnerung ruft:

2,6 Millionen Menschen waren 1987 in ihnen tätig, was 900.000 Vollzeitstellen entspricht; sie erbrachten eine Jahresarbeitsleistung von 37,7 Milliarden DM. 1985 verfügten die Wohlfahrtsverbände über ca. 60.000 Einrichtungen mit rund 2,4 Mio Plätzen/Betten (vgl. Bauer 1995:125). Man kann von hierher sagen, daß den Personalentscheidungen der Wohlfahrtverbände eine wichtige Rolle im Modernisierungsprozess des sozialen Dienstleistungssektors zukommt. Die zentrale Veränderung besteht in der Erweiterung um den Faktor Markt bzw. in der Einführung von Marktstrukturen in die Aufgabengebiete der sozialen Einrichtungen. Bauer (1995, 134) spricht insofern von der Ablösung des doppelten Mandats der Sozialarbeit/Sozialpädagogik durch ein "dreifaches Mandat".

Die Ergebnisse der Erhebungen B und C dokumentieren die funktionalen Äquivalente dieser strukturellen Veränderung auf der Ebene der Organisation und Produktion der sozialen Dienstleistungen bzw. auf Seiten der Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen. Das MitarbeiterInnenmodell der "effizienten RepräsentantIn" ebenso wie die Berufskonzeption des Krisenmanagement lassen sich verstehen als die situationsspezifisch typischen Antworten auf das Ineinander staatlich-kom-

³ Es bietet sich an, die hier beschriebene Berufskonzeption einschließlich ihrer distanziert-engagierten Haltung zu Arbeit und Beruf als Ausdruck desjenigen Ver- gesellschaftungsmodus zu lesen, den Baethge (1990) als "normative Subjektivierung des unmittelbaren Arbeitsprozesses" bestimmt. Insbesondere die Bestimmung des entsprechenden Sozialcharakters als Typus des "self-developer" (Maccoby 1988:20; 267ff; Baethge 1990:262f) scheint ohne weiters zuzutreffen (vgl. die Erörterung bei Nagel 1995).

munaler, ökonomischer und professionsspezifischer Funktionsimperative im Sozialwesen, sie spiegeln die dreipoligen Widersprüche, die in der Praxis der sozialen Einrichtungen und Dienstleistungen zu vereinbaren sind.

Die Analysen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmerorientierungen eröffnen auch den Blick auf die Mechanismen und Strategien, mit denen - gewollt oder ungewollt - die auf der Ebene der Standards der Leistungserbringung eingetretene Veränderung auch institutionell-organisatorisch und biographisch, d.h. auf den Ebenen der Personalpolitik der Organisation und der individuellen Lebenspolitik, 'hergestellt' wird.

Auf der Ebene der Personalpolitik - und auf der Basis eines utilitaristischen Verhältnisses zur Deregulierung der Beschäftigungsverhältnisse, geschieht dies durch Differenzierung des Qualifikationsprofils, genauer durch Ausdifferenzierung des Kriteriums beruflicher Rollenkompetenz in eine Dimension der Effizienz der Hilfeleistung in der KlientInneninteraktion und eine Dimension der wettbewerbspolitischen Effizienz im Sinne einer sozialen und öffentlich kontrollierten Dienstleistung.

An diesem Sachverhalt entzündet sich die Frage, ob hiermit nicht zwangsläufig eine Herabstufung von für professionelles Hilfeshandeln konstitutiven Kriterien einhergeht (vgl. die seit 1994 in der Zeitschrift *Widersprüche* geführte Dienstleistungsdebatte sowie Rauschenbach u.a. 1995). Wie auch immer die Antwort auf diese Frage ausfallen mag, es ist interessant zu sehen, daß und wie der Nachwuchs - zumindest in Teilen - die vorgefundene Konstellation von Struktur- und Profilveränderung abarbeitet. Die Ergebnisse der Erhebung C zeigen, daß dies nicht zwangsläufig in Richtung einer - neben Bürokratismus und Burnout - weiteren falschen Handlungsalternative führt, sondern daß sich der für die Sozialarbeit als Beruf konstitutive Faktor des commitment als resistent gegenüber einem weiteren Strukturwiderspruch erweist.

Deutlich, daß dieser Teil des Nachwuchses über Mittel der Unterscheidung zwischen den verschiedenen Funktionsimperativen verfügt. Darüber hinaus scheint sich dieser Teil des Nachwuchses der aus der Strukturdifferenzierung resultierenden erwerbs-biographischen Risiken deutlich bewußt zu sein und bezieht sich explizit auf die Notwendigkeit einer systematischen Risikokontrolle. Der Mecha-

nismus, durch den sie geleistet wird, läßt sich typisieren als Mechanismus der Separation von organisatorischen und innerprofessionellen Hilfestandards; sie stehen hier nicht in einem Konkurrenzverhältnis zueinander, sondern den letzteren wird der Primat zuerkannt. Die Institution Sozialarbeit kann so als Ressource für die Erbringung professioneller Hilfe erscheinen. Man kann hierin sowohl einen Mechanismus der Depolitisierung der Veränderungen im sozialen Dienstleistungssektor sehen als auch eine Form der selbstbewußten Behauptung des professionellen Handlungstyps für die Sozialarbeit unter strukturell erschwerten Bedingungen.

Das gleiche läßt sich für das MitarbeiterInnenmodell der effizienten Repräsentantin in Anschlag bringen, es kann entweder als eines der Instrumente der Aushebelung des Sozialstaatsprinzips zugunsten des Marktprinzips oder als ein Instrument der Befreiung der Sozialen Arbeit aus der Marginalität, der Fortifikation der Sozialarbeit als moderner Dienstleistungssektor gesehen werden.

Betrachtet man die im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland beträchtlich weiterreichende Durchsetzung der Marktförmigkeit der Sozialarbeit in Großbritannien, dann liegt der Schluß nahe, den (Harris 1996, 39) zieht, daß die Einführung von Marktprinzipien - begleitet von Managementprinzipien und Konsumismus - als Strategien der Regierungspolitik zu verstehen sind, mit denen versucht wird, "die Widersprüche in der Wohlfahrtsproduktion zu entpolitisieren". Dieser Umstand käme einer Entdramatisierung sozialer Probleme gleich, die auch für das Krisenmanagement und die effiziente RepräsentantIn zutrifft. Wenn man die Dinge so sieht, dann stellt sich die Frage, ob die Sozialarbeit eine Vereinseitigung ihrer Maßstäbe auf lange Sicht verhindern kann.

"Die Grenzen der Sozialpädagogik/Sozialarbeit liegen dort, wo sie sich einem der Spannungspole unterwirft oder sich passiv und unentschieden zwischen den Spannungspolen hin und her bewegt bzw. bewegen läßt, indem sie entweder bürokratisch handelt oder primär in ökonomischen Maßstäben denkt oder sich nur an der informellen Sphäre der Lebenswelt ihrer Adressatinnen und Adressaten orientiert. Sozialpädagogik/Sozialarbeit muß scheitern, wenn sie sich als der verlängerte Arm des Staates versteht bzw. den Charakter eines Unternehmens, einer Wohlfahrtssfabrik, annimmt, aber auch dann, wenn sie nur die Klientinnen und

Klienten im Blick hat und nicht die Zusammenhänge, in die sie selbst eingebunden ist." (Bauer 1995, 134)

5. Veröffentlichungen

- Nagel, Ulrike (1991): ExpertInneninterviews - vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: D. Garz, K. Kraimer (Hrsg.), Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen. Opladen, S.441-471; auch erschienen als Arbeitspapier Nr. 6, SFB 186, Bremen 1989 (zus. m. Michale Meuser)
- Nagel, Ulrike (1991a): Das Experteninterview als Instrument zur Erforschung politischen Handelns. In: H. Berking, R. Hitzler, S. Neckel (Hrsg.), Politisches Handeln/Experteninterviews. Dokumentation Nr.1 des Arbeitskreises "Soziologie politischen Handelns". Bamberg (Universitätsdruck), S.133-140 (zus. m. Michael Meuser)
- Nagel, Ulrike (1994): Experteninterview. In: J.Kriz, D. Nohlen, R.-O. Schultze (Hrsg.), Lexikon der Politik, Band II: Politikwissenschaftliche Methoden. München (zus. m. Micheal Meuser)
- Nagel, Ulrike (1994a): Expertenwissen und Experteninterview. In: R.Hitzler, A. Honer, Ch. Maeder (Hrsg.), Expertenwissen. Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit. Opladen, S.180-192 (zus. m. Michael Meuser)
- Nagel, Ulrike (1996): Das Experteninterview - Wissenssoziologische Grundlagen und methodische Durchführung. In: B. Frieberthäuser, A. Prengel (Hrsg.), Handbuch qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Weinheim u. München (zus. m. Michael Meuser; im Erscheinen)
- Nagel, Ulrike (1996a): Vom Nutzen der Expertise. Expertenwissen in der Sozialberichterstattung. In: W. Voges (Hrsg.), Kommunale Sozialberichterstattung. Erfassung sozialräumlicher Disparitäten. Leske und Budrich 1996 (zus. m. Michael Meuser; im Erscheinen)
- Nagel, Ulrike (1992): Sozialarbeit als Krisenmanagement. In: M. Meuser, R. Sackmann (Hrsg.), Analyse sozialer Deutungsmuster. Beiträge zur empirischen Wissenssoziologie. Pfaffenweiler, S.71-87
- Nagel, Ulrike (1993): Hilfe als Profession. In: L. Leisering, B. Geissler, U. Rabe-Kleberg, U. Mergner (Hrsg.): Moderne Lebensläufe im Wandel. Beruf - Familie - Soziale Hilfen - Krankheit. Weinheim, S.149-162

- Nagel, Ulrike (1995): Engagierte Rollendistanz. Rekonstruktive Theoriebildung am Beispiel der Statuspassage in den sozialen Beruf. Habilitationsschrift (voraussichtlich Leske und Budrich 1996)
- Nagel, Ulrike (1996): Krisenmanagement. Über den Zusammenhang von sozialem Beruf und Biographie. Widersprüche, 2 (im Erscheinen)
- Nagel, Ulrike; Rabe-Kleberg, Ursula (1990): Einstieg in den Beruf - Handlungschancen von Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen in einer schwierigen Lebensphase. In: S. Habicht-Erenler (Hrsg.), Stellenlos, aber nicht arbeitslos. Existenzunsicherheit von Akademikerinnen und Akademikern auf dem "grauen" Arbeitsmarkt. Loccumer Protokolle, 4, S.25-35
- Ursula Rabe-Kleberg (1991)(Hrsg.): Schlüsselqualifikationen und "weibliches Arbeitsvermögen" - Frauen in Berufsausbildung und Erwerbsarbeit (Themenschwerpunkt). In: Frauenforschung H. 1+2, 1991 (zus. m. Hedwig Rudolph)
- Rabe-Kleberg, Ursula (1991): Männer in Frauenberufen - oder: Strukturveränderungen in Frauenberufen und das sogenannte "weibliche Arbeitsvermögen". In: Frauenforschung 1+2, S.33-40
- Rabe-Kleberg, Ursula (1992): Gatekeeping in Life Course: A Pragmatic Proposal for Interrelating Four Gatekeeper Types. In: Institutions and Gatekeeping in the Life Course. Hrsg. Walter R. Heinz. Deutscher Studien Verlag, Weinheim, S.237-260 (zus. mit Johann Behrens)
- Rabe-Kleberg, Ursula (1992): Unvollendete Statuspassagen. Eine Untersuchung zum Übergang vom Studium in den Beruf. In: Walter R. Heinz/Burkhardt Lutz (Hrsg.): Modernisierungsprozesse von Arbeit und Leben. Univ. München Sfb 333.
- Rabe-Kleberg, Ursula (1993): Strategien zur Bewältigung der Statuspassage von der Hochschule in den Beruf: Zwischen Baum und Borke? In: WSI-Mitteilungen H.4/93, S.214-220
- Rabe-Kleberg, Ursula (1993): Weiterbildung, Lebenslauf, sozialer Wandel. Bildungsbiographien - oder Kann Hans noch lernen, was Hänschen versäumt hat? Luchterhand Verlag. Neuwied. S.167-182 (zus. m. Artur Meier).
- Rabe-Kleberg, Ursula (1993): Normalisierung und Professionalisierung der Berufe im Sozial-, Erziehungs- und Pflegebereich. S.57-67. In: Soziale Frauenberufe in der Krise - Aufwertung und Berufsperspektiven. Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen Berlin.
- Rabe-Kleberg, Ursula (1993): Verantwortlichkeit und Macht - Ein Beitrag zum Verhältnis von Geschlecht und Beruf angesichts der Krise traditioneller Frauenberufe. Bielefeld (Habilschrift)

Teilprojekt B3
Rabe-Kleberg u.a.

- Rabe-Kleberg, Ursula (1994): Unter Wert - Über den gesellschaftlichen Umgang mit Bildung und Arbeit von Frauen. In: Regine Winter (Hrsg.): Frauen verdienen mehr. Zur Neubewertung von Frauenarbeit im Tarifsystem. Berlin.
- Rabe-Kleberg, Ursula (1994): Sonderwege und Sackgassen - Über die notwendige Normalisierung weiblicher Berufs- und Bildungsbiographien. S.533-545. In: Peter Ahlheit u.a. (Hrsg.): Von der Arbeits Gesellschaft zur Bildungs Gesellschaft?. Univ. Bremen Forschungsschwerpunkt Arbeit und Bildung, Bd. 25.
- Rabe-Kleberg, Ursula (1995): Auf dem Weg zur Bildungsbiographie? Oder warum Frauen immer länger auf bessere Schulen gehen und trotzdem als "ungelernt" gelten. S.26-38. In: Erika M. Hoerning; Michael Corsten (Hrsg.): Institution und Biographie. Die Ordnung des Lebens. Pfaffenweiler (Habilitationsvortrag)
- Rabe-Kleberg, Ursula; Nagel, Ulrike; Grabke, Erika; Scholz, Heike (1990): Unvollendete Statuspassagen? Über Prozesse der Berufseinmündung in soziale Berufe. In: W. Dressel, W.R. Heinz, G. Peters, K. Schober (Hrsg.), Lebenslauf, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik. BeitrAB 133, Nürnberg, S.101-119

Teilprojekt B5

Thema: "Späte Heirat" - Ergebnis biographisch unterschiedlicher Erfahrungen mit 'casch' und 'care'

Beteiligte Wissenschaftler(innen):

Prof. Dr. Ilona Ostner	(GA)
Dr. Peter Boy	(GA)
Dr. Marlene Ellerkamp	(GA)
Dr. Peter Kupka	(EA)
Dipl.-Soz. Cerstin Raabe	(EA)

Arbeitsbericht für den Projektzeitraum 1/94 bis 6/95.

In der neueren - bundesdeutschen - sozialwissenschaftlichen Diskussion zur individuellen wie gesellschaftlichen Bedeutung von Ehe und Familie tritt die Ehe als öffentlich sanktionierte, rechtlich gestützte Institution wechselseitiger Sorge und Versorgung zweier Erwachsener immer mehr in den Hintergrund. Sie gilt als "emotional aufgeladene" Paarbeziehung wie jede andere auch. Folglich wird die Ehe entweder unter dem Aspekt von Familienbildung, -leben und -dynamik erforscht oder aber als gesellschaftlich kaum mehr relevant ausgerenzt. Diese Vernachlässigung wird zum einen mit dem Verweis auf die schwinende und geschwächte Norm und Realität von Monogamie gerechtfertigt. Es ist nicht mehr der Tod, der die Ehe scheidet und die Wiederheirat begründet. Zum anderen, heißt es, seien heute Eheschließung und Ehe weniger denn je für die Sicherung des ökonomischen und sozialen Status vonnöten (dazu: Ostner 1995a und b). Wenn Monogamie und sozioökonomische Absicherung ihre kontitive Bedeutung für Paarbeziehung eingebüßt haben, dann kann zwischen Ehepaar und 'Paar ohne Trauschein' nicht mehr unterschieden werden.

Das Projekt ging der Frage nach, welche eigenständige gesellschaftliche und individuelle Bedeutung die Ehe als institutionalisierte Form der Paarbeziehung, die eben nicht in Familiengründung aufgeht, im Lebensverlauf noch haben kann. Wir ließen "Spätheiratende" sowie - als Kontrastgruppe - unverheiratet zusammen-

lebende Paare ihren bisherigen Lebensweg bilanzieren. Im Mittelpunkt unseres Interesses standen - salopp formuliert - "cash" und "care" Bilanzen: Erfahrungen von Sorge und Versorgtsein, daß man z.B. fühlt, im Leben von früh an und/oder allzu oft finanziell oder emotional zu kurz gekommen zu sein. Wir unterstellten, daß derartige biographische Bilanzierungen die Entscheidung, im mittleren Lebensalter zu heiraten, beeinflussen. Die empirische Zunahme von Alleinlebenden, von "Paaren ohne Trauschein", von Alleinerziehenden und geschiedenen Ehen deutet darauf hin, daß sich bestimmte Sozialformen in bestimmten Lebenssituationen als unangemessen, unerreichbar und unausfüllbar erweisen. Sie markieren jedoch nicht unbedingt das Ende der Institution Ehe; letztere könnte vielmehr auch wieder ein knappes Gut und - wie in früheren Zeiten - zum Privileg einzelner Gruppen werden.

Im Mittelpunkt der empirischen Untersuchung standen Paare im mittleren Lebensalter, die die Familienbildungsphase hinter sich hatten und erwerbstätig waren. Um die subjektiven Bilanzierungen bisheriger Erfahrungen ermitteln zu können, wurde die Methode des problemzentrierten Interviews gewählt. Aus pragmatischen Gründen konzentrierte sich die Studie auf eine größere Stadt. Es war möglich, alle 399 Paare in N. zu erfassen, die in den Jahren 1991 oder 1992 geheiratet hatten und bei denen einer der Partner zwischen 45 und 55 Jahre alt war, während der andere Partner bzw. die Partnerin maximal drei Jahre von dieser Marge abweichen konnte. Die Ehepartner wurden einzeln angeschrieben und darum gebeten, den beigefügten Kurzfragebogen auszufüllen und sich für ein Interview zur Verfügung zu stellen. Der Rücklauf der fast 800 verschickten Fragebögen lag bei ca. 25%; etwa die Hälfte der Rücksender war zu einem Interview bereit. Da sich viele Einzelpersonen ohne den jeweiligen Partner/die Partnerin zu einem Interview bereit erklärten, blieben schließlich 33 Paare für unsere Befragung.

Im Auswertungsprozeß wurden personenbezogene und paarbezogene Fallanalysen erstellt, was sowohl eine Typisierung der Einzelfälle wie auch eine Systematisierung von Paarkonstellationen ermöglichte. Die paarbezogene Typisierung erfolgte auf der Grundlage von Kategorien, die sich aus der Einzelfallinterpretation ergaben und die jeweils Zusammenfassungen mehrerer Codes darstellten: des Biographieverlaufes, der Lebensgestaltung sowie der konkreten Passage in die Ehe. Auf der Basis des analysierten empirischen Materials zeigten sich drei unterschiedliche Muster von Paaren, die sich als Typen gegeneinander kon-

trastieren ließen. Es handelte sich einerseits um Paare, die aufgrund ihrer Lebensgeschichte und ihrer bisherigen Erfahrungen deutlich zeigten, daß sie an der Institution Ehe festhielten und diese als Lebensziel formulierten ('Ehe als Lebensziel'); andere trafen die Entscheidung zur 'späten Heirat' unter dem Einfluß einer soeben bewältigten, schweren Lebenskrise ('Ehe als Krisenbewältigung'); einer dritte Gruppe schließlich diente die Ehe der gegenseitigen Ergänzung von unterschiedlichen Ressourcen unter dem Aspekt der Optimierung der Lebensgestaltung ('Ehe als Optimierung der Lebensgestaltung').

Im Berichtszeitraum wurden die Kodierungen und Fallanalysen der verheirateten Paare abgeschlossen. Erste Ergebnisse dieser Analysen finden sich in Ostner, Kupka und Raabe (1995). Ferner wurden 30 Interviews (32, davon zwei 'Verweigerer') mit unverheiratet zusammenlebenden Partnern geführt. Der Feldzugang für diese Untersuchungsphase gestaltete sich außerordentlich schwierig, da es für die erwähnte Gruppe keinen institutionellen Zugang wie bei den späten Heiratern gab. Daher wurden die in Frage kommenden Paare in einem aufwendigen 'Schneeballverfahren' rekrutiert, wobei sich eine gewisse Schiefe der Stichprobe im Sinne der Überrepräsentation bestimmter Berufsgruppen (Lehrer, sozialer Bereich) nicht vermeiden ließ. Zu prüfen ist noch, ob diese Auswahl nicht doch die Zusammensetzung der Gesamtpopulation spiegelt.

Ein erster Durchgang durch diese Interviews legt nahe, daß Heiratsentscheidungen leichter getroffen werden, wenn Informationen möglichst vollständig zugänglich sind. Für eine ältere Frau ist das zukünftige Verhalten ihres jüngeren Partners ungewiß: u.U. will er doch noch eine Familie gründen mit einer anderen, jüngeren Frau. Auch in der Gruppe der unverheirateten Paare finden sich Optionsoptimierer und Institutionalisten, die heiraten würden, wäre da nicht die Rente oder Pension der Partnerin aus vorhergehender Ehe. Aber nur wenige Paare - und dann eher Frauen als Männer - schließen eine künftige Heirat völlig aus. Dies sind nur sehr vorläufige Einsichten, da die Paaranalysen noch nicht abgeschlossen sind.

Veröffentlichungen

Ostner, Ilona, 1995 a: "Wandel der Familienformen und soziale Sicherung der Frau oder: Von der Status- zur Passagensicherung", in: Döring, Diether; Hauser, Richard, (Hg.): Soziale Sicherheit in Gefahr. Frankfurt: Suhrkamp, 80-117.

Ostner, Ilona, 1995b: "Arm ohne Ehemann? Sozialpolitische Regulierung von Lebenschancen für Frauen im internationalen Vergleich", in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B 36-37/95. 1. September 1995, 3-12.

Ostner, Ilona; Kupka, Peter; Raabe, Cerstin, 1995: "Wege in die Ehe - Bilanzierungen bei Spätheiratenden", in: Nauck, Bernhard; Onnen-Isemann, Corinna, (Hg.): Familie im Brennpunkt von Wissenschaft und Forschung. Neuwied: Luchterhand, 419-436.

Teilprojekt D2

Thema: Altersbilder und Sozialpolitik für das Alter

Beteiligte Wissenschaftler/innen:

Dr. Gerd Göckenjan	(Projektleiter)	(GA)
Prof. Dr. Heinz Gerhard Haupt	(Projektleiter)	(GA)
Dr. Karen Schniedewind	(1.7.91 - 30.6.94)	(EA)
Dr. Eckhard Hansen	(1.10.91 - 30.9.92)	(EA)
Dr. Angela Taeger	(1.7.88 - 30.6.91)	(EA)

Kurzbericht

Das Projekt ist von der Idee ausgegangen, daß Alter soziologisch vor allem als eine soziale Konstruktion anzusehen ist und nicht als ein biologischer Grundbestand oder als eine Art primärer Methode der Zeitmessung. Es war Ziel des Projektes, festzustellen ob es soziale Logiken der Alterszuschreibungen gibt und wie sich diese ggf. im historischen und im Deutschland-Frankreich-Vergleich beschreiben lassen. Dabei gingen die Eckpunkte der aktuellen Altersproblematik, also das steigende Anwachsen der Alterspopulationen und die Finanzierungs- und Sinnstiftungs-thematiken ein in den analytischen Bezugsrahmen der komparativen Studien.

Die Strategien der Alterszuschreibungen sind für den Zeitraum von etwa 1750 bis 1945 untersucht worden, im Deutschland-Frankreich-Vergleich für den Zeitraum des letzten Drittels des 19. Jh. bis in die 1930er Jahre. Die Analyse hat grundsätzlich zwei Ebenen unterschieden: die kulturelle oder indirekte Institutionalisierung von Alter als orientierende Markierung am Ende des Lebenslaufs und die direkte sozialpolitische Institutionalisierung im Sinne eines sozial entlasteten oder kollektiv finanzierten Alters. Beide Analyseebenen sind durch vorliegende Veröffentlichungen präsent.

Die Projektförderung wurde zum 31.12.93 eingestellt, eine Auslauffinanzierung wurde bis zum 30.6.94 gewährt. Die Projektergebnisse sind im Arbeits- und Ergebnisbericht Bremen, Juli 1993 dargestellt worden. Die dort nicht aufgeführten bzw. noch nicht gedruckten Veröffentlichungen folgen unten. Eine Monographie wird vor allem zum Problem der kulturellen, indirekten Institutionalisierung des Alters erscheinen (zugleich Habilitation).

Noch nicht dokumentierte Publikationen:

- Göckenjan, G. (1996): Alter als Diskurs. Altersbilder und Bedeutung des Alters im historischen Vergleich. Habilitationsschrift Uni Bremen, S.413
- Göckenjan, G., Hansen, E. (1993): Der lange Weg zum Ruhestand. Zur Sozialpolitik für das Alter zwischen 1889 und 1945. In: Zeitschrift für Sozialreform, Heft 12, S. 725-755.
- Schniedewind, K. (1994): Soziale Sicherung im Alter. Nationale Stereotypen und unterschiedliche Lösungen in Deutschland und Frankreich in der ersten Hälfte des 20. Jh. In: Francia. Forschungen zur West-europäischen Geschichte.

4. Literaturverzeichnis

4. Literatur

Die von den Mitgliedern des Sfb 186 im Berichtszeitraum veröffentlichte Literatur ist bei den Teilprojektbereichen aufgeführt. In diesem Verzeichnis werden Sfb-Veröffentlichungen nur dann aufgeführt, wenn projekttübergreifend zitiert wird.

- Abbott, A.; Forrest, J. (1986): Optimal Pattern Matching for Historical Sequences. In: *Journal of Interdisciplinary History XVI:3* (Winter 1986), 471-491
- Abbot, A.; Hrycak, A. (1990): Measuring Resemblance in Sequence Data: An Optimal Matching Analysis of Musicians' Careers. In: *American Journal of Sociology*, Vol. 96, No.1, 144-185
- Adorno, T.W. (1973): Zur Dialektik des Engagements, Aufsätze zur Literatur des 20. Jahrhunderts II. Frankfurt a.M.
- Agar, M. (1991): The Right Brain Strikes Back. In: Fielding, N.G.; Lee, R.M. (eds.): *Using Computers in Qualitative Research*. London, 181-194
- Albrecht, G.; Müller, H.-W. (1996): Die neue Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit. In: *Deutsche Rentenversicherung*, 121-144
- Allmendinger, J. (1994): Lebensverlauf und Sozialpolitik. Die Ungleichheit von Mann und Frau und ihr öffentlicher Ertrag. Frankfurt a.M.
- Atchley, R.C. (1975): The life-course, agegrading and agelinked demands for decision making. In: Datan, N.; Ginsberg, L.H. (eds.): *Life-span developmental psychology. Normative life crises*. New York, 261-278
- Bacher, J. (1994): Clusteranalyse. Anwendungsorientierte Einführung. München/Wien/Oldenbourg
- Bäcker, G.; Naegele, G. (1992): Heiß geliebt aber dennoch verschmäht? Der gleitende Ruhestand in Theorie und Praxis - Ergebnisse eines Forschungsprojekts. In: *Zeitschrift für Sozialreform*, Jg. 38, 504-519
- Badura, B.; Bauer, J.; Kaufhold, G.; Lehmann, H.; Pfaff, H.; Schott, T.; Waltz, M. (1987): Leben mit dem Herzinfarkt. Eine sozialepidemiologische Studie. Berlin/Heidelberg
- Badura, B.; Feuerstein, G. (1994): Systemgestaltung im Gesundheitswesen. Zur Versorgungskrise der hochtechnisierten Medizin und den Möglichkeiten ihrer Bewältigung. Weinheim

- Baethge, M. (1990): Arbeit, Vergesellschaftung, Identität - zur zunehmenden normativen Subjektivierung der Arbeit. In: Zapf, W. (Hrsg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990. Frankfurt a.M./New York, 260-278
- Bailey, K.D. (1982): Methods of Social Research, New York. 2. Aufl. (1. Aufl.: 1978)
- Baldwin, P. M. (1990): The Politics of Social Solidarity: Class Bases of European Welfare State. Cambridge
- Bandura, A. (1977): Self-efficacy: Toward a Unifying Theory of Behavioral Change. In: Psychological Review 84, 141-215
- Bandura, A. (1982): Self-efficacy: Mechanisms in Human Agency. In: American Psychologist 37, 122-147
- Bandura, A. (1986): Social foundations of thought and action. Englewood Cliffs. New York
- Barta, H. (1983): Kausalität im Sozialrecht. 2 Bde. Berlin
- Barton, A.H. (1955): The Concept of Property-Space in Social Research. In: Lazarsfeld, P.F.; Rosenberg, M. (eds): The Language of Social Research. New York/London, 40-53
- Barton, A.H.; Lazarsfeld, P.F. (1984): Einige Funktionen von qualitativer Analyse in der Sozialforschung. In: Hopf, Chr.; Weingarten, E. (Hrsg.): Qualitative Sozialforschung. Stuttgart, 2. Aufl., 41-89 (1. Aufl.: 1979)
- Bauer, R. (1995): Wohlfahrtsverbände und Soziale Arbeit: Das "dreifache Mandat". In: Sünker, H. (Hrsg.): Theorie, Politik und Praxis Sozialer Arbeit. Einführungen in Diskurse und Handlungsfelder der Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Bielefeld, 122-137
- Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a.M.
- Becker, G.S. (1981): A treatise on the family. Cambridge, MA.
- Becker, R. (1991): Staatsexpansion und Karrierechancen. Berlin (Dissertationsschrift)
- Behrend, C. (Hrsg.) (1994): Frühinvalidität - ein "Ventil" des Arbeitsmarkts? Berlin

- Behrens, J.; Arrow, J.O.; Dorenburg, U., Dreyer-Tümmel, A. (1992): Gesundheitsberichterstattung und Beschäftigtenmobilität: Welchen Beitrag kann die multivariate Analyse von GKV-Daten zur Identifizierung der Bedingungen beruflicher Labilisierung leisten. In: Laaser, U.; Schwartz, F.W. (Hrsg.): Gesundheitsberichterstattung und Public health in Deutschland. Berlin u.a.
- Berger, H.; Buhlmann, T.; Hinrichs, W. (1995): Erwerbsverläufe in Ostdeutschland. WZB. FS III 95-403. Berlin
- Berger, P.A.; Hradil, S. (1990): Die Modernisierung sozialer Ungleichheit - und die neuen Konturen ihrer Erforschung. In: dies. (Hrsg.): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Soziale Welt, Sonderband 7. Göttingen, 3-24
- Berger, P.A.; Sopp, P. (1992): Bewegtere Zeiten? Zur Differenzierung von Erwerbsverlaufsmustern in Westdeutschland. In: Zeitschrift für Soziologie, 21 (3), 166-185
- Berger, P.A.; Sopp, P. (1995): Dynamische Sozialstrukturanalysen und Struktur erfahrungen. In: Dies. (Hrsg.), Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen, 9-24
- Bertram, H.; Dannenbeck, C. (1990): Pluralisierung von Lebenslagen und Individualisierung von Lebensführungen. In: Berger, P.A.; Hradil, S. (Hrsg.): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Göttingen, 207-229
- Bertram, H.; Bayer, H.; Bauerreiß, R. (1993): Familienatlas: Lebenslage und Region in Deutschland. Opladen
- Blaschke, D. (1987): Soziale Qualifikationen im Erwerbsleben. Theoretisches Konzept und empirische Ergebnisse. Beiträge zur Arbeitsmarkt und Berufsforschung 116. Nürnberg
- Blossfeld, H.-P. (1985): Bildungsexpansion und Berufschancen. Frankfurt a.M./ New York
- Blossfeld, H.-P. (1987): Labor-Market Entry and the Sexual Segregation of Careers in the Federal Republic of Germany. In: American Journal of Sociology, 93, 1, 89-118.
- Blossfeld, H.-P. (1989): Kohortendifferenzierung und Karriereprozeß – Eine Längsschnittstudie über die Veränderung der Bildungs- und Berufschancen im Lebenslauf. Frankfurt a. M./New York

- Blossfeld, H.-P. (1990): Berufsverläufe und Arbeitsmarktprozesse. Ergebnisse struktureller Längsschnittuntersuchungen. In: Mayer, K.-U. (Hrsg.): Lebensläufe und sozialer Wandel (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie; Sonderheft 31). Opladen, 118-145
- Blossfeld, H.-P. (1993): Changes in Educational Opportunities in the Federal Republic of Germany. In: Shavit, Y.; Blossfeld, H.-P. (eds.) Persistent Inequality. Boulder, Col
- Blossfeld, H.-P. (ed.)(1995): The new role of women. Family formation in modern societies. Boulder, CO.
- Blossfeld, H.-P.; Jaenichen, U. (1991). Educational Expansion and Changes in Women's Entry into Marriage and Motherhood in the Federal Republic of Germany. Mimeo. European
- Blossfeld, H.-P.; Rohwer, G. (1995): Techniques of Event History Modeling. New Approaches to Causal Analysis. Hillsdale, New Jersey
- Blossfeld, H.-P.; Rohwer, G. (1995): Techniques of event history modeling. New approaches to causal analysis. Erlbaum, Hillsdale, N.J.
- Blossfeld, H.-P.; Drobnic, S.; Rohwer, G. (1996): Employment Patterns: A Crossroad Between Class and Gender. A Long-term Longitudinal Study of Spouses' Careers in West Germany. Arbeitspapier Nr. 33 des Sfb 186. Bremen.
- Blossfeld, H.-P.; Hakim, C. (eds.)(1996): Between equalization and marginalization. Part-time working women in Europe and the United States of America (*im Erscheinen*)
- Blossfeld, H.-P., Klijzing, E.; Pohl, K.; Rohwer, G. (1996): Die Modellierung interdependent Prozesse in der demographischen Forschung: Konzepte, Methoden und Anwendung auf nichteheliche Lebensgemeinschaften, Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 21. Jg., 29-56
- Blossfeld, H.-P.; Rohwer, G. (1996): Causal Inference, Time and Observation Plans in the Social Sciences. Arbeitspapier Nr. 36 des Sfb 186. Bremen
- Bogun, R. (1993) Berufsstrukturelle Kontextprofile: Handlungsbedingungen und Handlungswissen berufsbiographischer Akteure (am Beispiel junger Bankkaufleute in Bremen und München), Arbeitspapiere Nr. 23 des Sfb 186. Universität Bremen
- Böhnisch, L. (1987): Das professionspolitische Dilemma der Sozialarbeit. Brennpunkte Sozialer Arbeit, 46

- Bolder, A. (1986): Arbeitnehmerorientierte berufliche Weiterbildung im Zeichen neuer Technologien. Eine kritische Bestandsaufnahme der Ergebnisse der Weiterbildungsforschung (Berichte des Instituts zur Erforschung sozialer Chancen (ISO) Nr. 35). Köln
- Bolder, A. (1991): Der Übergang von der Berufsausbildung ins Erwerbsleben unter ungleichen regionalen Ausgangsbedingungen in Nordrhein-Westfalen. Institut zur Erforschung sozialer Chancen, Bericht Nr. 46. Köln
- Böltken, F. (1976): Auswahlverfahren. Stuttgart
- Bourdieu, P. (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, R. (Hrsg.): Soziale Ungleichheit (Sonderband 2; Soziale Welt), 183-198
- Brinkmann, C.; Deeke, A.; Völkel, B. (Hrsg.)(1995): Experteninterviews in der Arbeitsmarktforschung. Diskussionsbeiträge zu methodischen Fragen und praktischen Erfahrungen. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 191. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
- Brüderl, J.; Ludwig-Mayerhofer, W. (1994): Aufbereitung von Verlaufsdaten mit zeitveränderlichen Kovariaten mit SPSS. In: ZA-Informationen, 34, 79-105
- Brune, M.; Werle, M.; Hippler, H.-J. (1991): Probleme bei der Befragung älterer Menschen. Methodische Erfahrungen aus einer schriftlichen Befragung zu Tätigkeitsformen im Ruhestand. In: ZUMA-Nachrichten 28, 73-91
- Buchmann, M. (1993): Determinanten und Effekte beruflicher Weiterbildung. Forschungsgesuch NFP/SPP zum Forschungsprogramm NPP 33: Wirksamkeit unserer Bildungssysteme (Manuskript). Zürich
- Buchmann, M.; Sacchi, St. (1995): Mehrdimensionale Klassifikation beruflicher Verlaufsdaten. Eine Anwendung auf Berufslaufbahnen zweier Schweizer Geburtskohorten. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 47. Jg. Heft 3, 413-442
- Buhr, P. (1995): Dynamik von Armut. Dauer und biographische Bedeutung von Sozialhilfebezug. Opladen
- Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) (1987): Neue Technologien: Verbreitungsgrad, Qualifikation und Arbeitsbedingungen, Analysen aus der BIBB/IAB-Erhebung 1985/1986

- Coleman, J.S. (1994): Social Capital in the Creation of Human Capital. AJS 94 (Supplement)
- Conger, R.D.; Elder G.H. Jr. u.a. (1992): A Family Process Model of Economic Hardship and Adjustment of Early Adolescent Boys. In: Child Development, 63, 526 - 541
- Conger, R.D.; Elder, G.H. Jr. (1994): Families in Troubled Times. Adapting to Change in Rural America. New York
- Dex, S. (ed.)(1991): Life and work history analyses: qualitative and quantitative developments, Sociological Review Monograph, 37. Jg., London/New York
- Diewald, M.; Solga, H. (1996): "Nach dem Sturm folgte zwar Ruhe, jedoch nicht der Sonnenschein!" Mobilitätsprozesse und Allokationskriterien in Ostdeutschland nach 1989. Expertise für die Berichtsgruppe I "Arbeit und Beschäftigung" der KSPW (Manuskript). Berlin
- Dillman, D. (1983): Mail and Other Self-Administered Questionnaires. In: Rossi, P.H. u.a. (eds.): Handbook of survey research. New York, 359-377
- Dressel, W., Heinz, W.R.; Peters, G.; Schober, K. (Hrsg.)(1990): Lebenslauf, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik, BeitrAB 133, Nürnberg
- Drobnić, S. (1996): Part-Time Work in Central and East European Countries. In: Blossfeld, H.-P.; Hakim, C. (eds.): Between Equalization and Marginalization. Part-time Working Women in Europe and the United States of America. Oxford (im Erscheinen)
- Drobnić, S.; Wittig, I. (1995): Vollzeit- und Teilzeiterwerbstätigkeit im Familienzyklus US-amerikanischer Frauen – Eine Längsschnittanalyse. Zeitschrift für Soziologie, Jg. 25, Heft 5, 374-389.
- Drobnić, S., Blossfeld, H.-P.; Rohwer, G.; Wittig, I. (1996): Women's Part-Time Work: Reconciliation Between Family and Employment? Arbeitspapier Nr. 32 des Sfb 186. Universität Bremen
- Drobnić, S.; Wittig, I. (1996): Part-time Work in the United States of America. In: Blossfeld, H.-P.; Hakim, C. (eds.): Between Equalization and Marginalization. Part-time Working Women in Europe and the United States of America. Oxford (im Erscheinen)
- Elder, G.H. Jr. (1984): The Children of the Great Depression. Chicago (Reprint)
- Elder, G.H. Jr. (1992a): Children of the Farm Crises. Paper prepared for presentation at the Society for Research on Adolescence (März 1992)

- Elder, G.H. Jr. (1992b): *Rural Youth in the Farm Crises*. University of North Carolina at Chapel Hill (September 1992)
- Elder, G.H. Jr. (1994): Time, Human Agency, and Social Change: Perspectives on the Life Course. In: *Social Psychology Quarterly*, 1 (57), 4-15
- Elder, G.H. Jr.; Rudkin, L.; Conger, D.R. (1992): Intergenerational Continuity and Change in Rural America. Iowa State University
- Elder, G.H. Jr., O'Rand, A. (1995): Adult Lives in a Changing Society. In: Cook, F.; Fine, A.G.; House, J.S. (eds.): *Sociological Perspectives on Social Psychology*. Needham Heights, MA
- Elster, J. (1992): Local Justice. How Institutions Allocate Scarce Goods and Necessary Burdens. Cambridge
- Erzberger, C.; Prein, G. (1996): Optimal-Matching-Technik: Ein Analyseverfahren zur Vergleichbarkeit und Ordnung individuell differenter Lebensverläufe (vorgesehen in Zeitschrift für Soziologie)
- Esping-Andersen, G. (1990): The three worlds of welfare capitalism. Cambridge
- Esser, H. (1990): "Habits, "Frames" and "Rational Choice". Die Reichweite der Theorie der rationalen Wahl (am Beispiel der Erklärung des Befragtenverhaltens). *Zeitschrift für Soziologie* 19. Heft 4, 231-247
- Esser, H. (1991): Die Rationalität des Altagshandelns. Alfred Schütz und "Rational Choice". In: ders./Trotzsch (Hrsg.): *Modellierung sozialer Prozesse*. Bonn, 235-279
- Evers, A. (1993): Umgang mit Unsicherheit. Zur sozialwissenschaftlichen Problematisierung einer sozialen Herausforderung. In: Bechmann, G. (Hrsg.): *Risiko und Gesellschaft. Grundlagen und Ergebnisse interdisziplinärer Risikoforschung*. Opladen, S. 339-374
- Fischer, A.; Zinnecker, J. (1992): Jugendstudie '92. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick. In: *Jugendwerk der Deutschen Shell* (Hrsg.): *Jugend '92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland*. Opladen, 213-304
- Frerichs, F.; Nägele, G. (1996): Schlüssefolgerungen und Empfehlungen für die verbesserte Integration älterer Arbeitnehmer in den Betrieb. In: Frerichs, F. (Hrsg.): *Ältere Arbeitnehmer im demographischen Wandel*. Münster (im Erscheinen)
- Friebel, H. (1990): *Berufsstart und Familiengründung - Ende der Jugend?* Opladen

- Friedrichs, J. (1982): Methoden empirischer Sozialforschung. Opladen
- Fuchs, W. (1983): "Jugendliche Statuspassage oder individualisierte Jugendbiographie?". Soziale Welt, 34, 341-371
- Fuchs-Heinritz, W. (1990): Biographische Studien zur Jugendphase. In: Mayer, K.-U. (Hrsg.) Lebensverläufe und sozialer Wandel. Sonderband der KZfSS Nr. 31. Opladen, 58-88
- Fuchs-Heinritz, W.; Krüger, H.H. (Hrsg.)(1991): Feste Fahrpläne durch die Jugendphase? Opladen
- Ge, X. u.a. (1992): Linking Family Economic Hardship to Adolescent Distress. Journal of Research on Adolescence, 2 (4), 351-378
- Geissler, B.; Oechsle, M. (1994): Lebensplanung als Konstruktion: Biographische Dilemmata und Lebenslauf-Entwürfe junger Frauen. In: Beck, U.; Beck-Gernsheim, E. (Hrsg.): Riskante Freiheiten. Frankfurt a.M., 139-167
- Georg, A.; Stuppardt, R.; Zoike, E. (1981): Krankheit und arbeitsbedingte Belastungen. Essen
- Gerhardt, U. (1984): Typenkonstruktion bei Patientenkarrieren. In: Kohli, M.; Robert, G. (Hrsg.): Biographie und soziale Wirklichkeit. Stuttgart, 53-77
- Gerhardt, U. (1986a): Patientenkarrieren. Eine medizinsoziologische Studie. Frankfurt a.M.
- Gerhardt, U. (1986b): Verstehende Strukturanalyse. Die Konstruktion von Idealtypen bei der Auswertung qualitativer Forschungsmaterialien. In: Soeffner, H.-G. (Hrsg.): Sozialstruktur und soziale Typik. Frankfurt a.M./New York, 31-83
- Gerhardt, U. (1991a): Typenbildung. In: Flick, U.; u.a. (Hrsg.): Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. München, 435-439
- Gerhardt, U. (1991b): Gesellschaft und Gesundheit. Begründung der Medizinsoziologie. Frankfurt a.M.
- Gerhardt, U. (1992): Frühberentung und Handlungs rationalität. Zur Statusdynamik der Rehabilitation von Arbeitern nach koronarer Bypassoperation. In: Soziale Welt, 43. Jg., 422-448

- Gerhardt, U.; Krämer, R. (1994): Weberian Methodology and Ideal Type Analysis of Qualitative Data. Vortrag auf dem Workshop "Empirically based Theory Construction and Qualitative Life Course Research" des Sfb 186 in Bremen, 17.-19. November 1994
- Gerschenkorn, A. (1952 - 2. Auflage 1985): Wirtschaftliche Rückständigkeit in historischer Perspektive. In: Wehler, H.-U. (Hrsg.): Geschichte und Ökonomie. Königstein/T.
- Glaser, B.G.; Strauss, A.L. (1967): The Discovery of Grounded Theory: Strategies for Qualitative Research. Chicago
- Goffman, E. (1974): Frame Analysis. Cambridge
- Granovetter, M.S. (1973): The Strength of Weak Ties. In: American Journal of Sociology 78, 1360-1380
- Guillemard, A.-M. (1991): Die Destandardisierung des Lebenslaufs in den europäischen Wohlfahrtsstaaten. In: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 37, 620-639
- Guillemard, A.-M.; Gunsteren, H. van (1991): Pathways and their prospects: A comparative interpretation of the meaning of early exit. In: Kohli, M.; Rein, M.; Guillemard, A.-M.; van Gunsteren, H. (eds.): Time for retirement: Comparative studies of early exit from the labor force. Cambridge
- Hakim, C. (1993): The myth of rising female employment. In: Work, Employment & Society, 7, 97-120
- Hamilton, S.F. (1990): Apprenticeship for Adulthood - Preparing Youth for the Future. New York
- Handl, J. (1988): Berufschancen und Heiratsmuster von Frauen. Frankfurt a.M./New York
- Hanesch, W. u.a. (1994): Armut in Deutschland. Hamburg
- Harris, J. (1996): Soziale Arbeit als Business: Märkte, Manager und Konsumenten in der britischen Sozialarbeit. Widersprüche, 59, 31-43
- Heinz, W.R. (1988): Selbstsozialisation und Arbeitsmarkt. In: Das Argument Nr. 168, 198-207
- Heinz, W.R. (1990): Perspektiven einer künftigen Forschung zur doppelten Sozialisation Erwachsener. In: Hoff, E.-H. (Hrsg.): Die doppelte Sozialisation Erwachsener. Weinheim/München, 205-218

- Heinz, W.R. (ed.)(1991a): Theoretical advances in the life course research. Status passages and the life course, Bd. 1, Weinheim
- Heinz, W.R. (ed.)(1991b): The life course and social change: Comparative perspectives. Status passages and the life course, Bd. 2, Weinheim
- Heinz, W.R. (ed.)(1992): Institutions and Gatekeeping in the Life Course; Vol. III of "Status Passages and the Life Course". Weinheim
- Heinz, W.R. (1995): Arbeit, Beruf und Lebenslauf. Eine Einführung in die berufliche Sozialisation. Weinheim/München
- Heinz, W.R.; Krüger, H.; Rettke, U.; Wachtveitl, E.; Witzel, A. (1985): "Haupt-
sache eine Lehrstelle". Jugendliche vor den Hürden des Arbeitsmarktes.
Weinheim/Basel (2. Aufl. 1987)
- Heitmeyer, W. u.a. (1992): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Lang-
zeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Wein-
heim/München
- Hempel, C.G. (1972): Typologische Methoden in den Sozialwissenschaften. In:
Topitsch, E. (Hrsg.): Logik der Sozialwissenschaften, 8. Aufl., Köln, 85-103
(zuerst in Englisch erschienen 1952)
- Hempel, C.G.; Oppenheim, P. (1936): Der Typusbegriff im Lichte der neuen Lo-
gik. Wissenschaftstheoretische Untersuchungen zur Konstitutionsforschung
und Psychologie. Leiden
- Henninges, H. von (1994): Die berufliche, sektorale und statusmäßige Umvertei-
lung von Facharbeitern. BeitrAB 182, Nürnberg
- Hentschel, V. (1983): Geschichte der deutschen Sozialpolitik (1880-1980). Soziale
Sicherung und kollektives Arbeitsrecht. Frankfurt/M.
- Hermann, M. (1971): Analyse des akademischen Berufsspektrums. Eine Unter-
suchung zur Steuerungswirkung des Studiums auf Berufsfelder nach den
Unterlagen der Berufs- und Volkszählung 1961. Weinheim/Berlin/Basel
- Hesse-Biber, S.; Dupuis, P. (1995): Hypothesis Testing in Computer-Aided Quali-
tative Data Analysis. In: Kelle, U.; Prein, G., Bird, K. (eds.)(1995): Computer-
aided Qualitative Data Analysis. Theories, Methods and Practice. London,
129-135
- Hicks, A. (1994): Qualitative Comparative Analysis and Analytical Induction. In:
Sociological Methods & Research, 23 (1), 86-113

- Hippler, H.-J. (1988): Methodische Aspekte schriftlicher Befragungen: Probleme und Hoff, E.-H.; Lempert, W.; Lappe, L. (1991): Persönlichkeitsentwicklung in Facharbeiterbiographien. Eine Längsschnittstudie. Bern
- Hoff, E.-H. (1992): Arbeit, Freizeit und Persönlichkeit. Heidelberg
- Hoff, E.-H.; Lempert, W.; Lappe, L. (1991): Persönlichkeitsentwicklung in Facharbeiterbiographien. Eine Längsschnittstudie. Bern
- Hoffmann-Nowotny, H.-J. (1991): Lebensformen und Lebensstile unter den Bedingungen der (Post)Moderne. In: Familiendynamik, 299-321
- Hohner, H.-U. (1987): Kontrollbewußtsein und berufliches Handeln. Bern
- Hohner, H.-U.; Hoff, E.-H. (1992): Beurteilung als Persönlichkeitsförderung? - Aspekte einer entwicklungsorientierten Diagnostik - In: Selbach, R.; Pullig, K.-K. (Hrsg.): Handbuch Mitarbeiterbeurteilung. Wiesbaden, 39-66
- House, J.S.; Landis, K.R.; Umberson, D. (1998): Social Relationship and Health. In: Science, Vol. 241, 540-545
- Hradil, S. (1992): Die "objektive" und die "subjektive" Modernisierung. Der Wandel der westdeutschen Sozialstruktur und die Wiedervereinigung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B-29-30/92, 10. Juli 1992, 3-14
- Huber, G. (1995): Qualitative Hypothesis Examination and Theory Building. In: Kelle, U.; Prein, G., Bird, K. (eds.)(1995): Computer-aided Qualitative Data Analysis. Theories, Methods and Practice. London, 136-151
- Jacobs, K.; Schmähle, W. (1989): The Process of Retirement in the Federal Republic of Germany: Trends, Public Discussion and Options for its Redefinition. In: Schmähle, W. (ed.): Redefining the Process of Retirement. Berlin; Heidelberg, 13-38
- Jacobs, K.; Kohli, M.; Rein, M. (1991): Testing the industry-mix hypothesis of early exit. In: Kohli, M.; Rein, M.; Guillemard, A.-M.; Gunsteren, H. van (eds.): Time for retirement: Comparative studies of early exit from the labor force. Cambridge
- Jahn, E. (1992): Therapie und Rehabilitation bei chronischen Krankheiten. In: Müller, R.; Schuntermann, M.F. (Hrsg.): Sozialpolitik als Gestaltungsauftrag. Zum Gedenken an Alfred Schmidt. Köln

- Jerusalem, M.; Schwarzer, R. (1986): "Selbstwirksamkeit" WIRK. In: Skalen zur Befindlichkeit und Persönlichkeit. Forschungsbericht 5 der FU Berlin, Institut für Psychologie. Berlin
- Jugend 1981 (1981): Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder. Studie im Auftrag des Jugendwerks der deutschen Shell. Hamburg
- Jungkunz, D. (1995): Berufsausbildungserfolg in ausgewählten Ausbildungsberufen des Handwerks. Theoretische Klärung und empirische Analyse. Weinheim
- Kalmijn, M. (1991): Status Homogamy in the United States. In: American Journal of Sociology, 97, 2, 496-523
- Kappelhoff, P.; Schulz, S. (1991): Determinanten der Berufsverläufe von Frauen, Abschlußbericht vom DFG-Projekt "Ka 777/1-1", Institut für Soziologie der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (2. Bände)
- Kaufmann, F.-X. (1990): Zukunft der Familie. Stabilität und Wandel der familialen Lebensformen sowie ihre gesellschaftlichen und politischen Bedingungen. München
- Kelle, U. (1990): Computergestützte Auswertung qualitativer Daten. Ein Überblick über Konzepte und Verfahren. Arbeitspapier Nr. 11 des Sfb 186. Universität Bremen
- Kelle, U. (1993): The Qualitative Research Process and Computing. Bericht über die Konferenz an der Universität Bremen vom 7.-9. Oktober 1992. Arbeitspapier Nr. 17 des Sfb 186. Universität Bremen
- Kelle, U. (1994a): Empirisch begründete Theoriebildung. Weinheim
- Kelle, U. (1994b): Computer-assisted categorization as a heuristic tool in qualitative data analysis. In: Faulbaum, F. (ed.): SOFTSTAT '93 - Advances in Statistical Software 4. Stuttgart, 369-376
- Kelle, U. (1995): Theories as Heuristic Tools in Qualitative Research. In: Maso, I.; Atkinson, P.A.; Delamont, S.; Verhoeven, J.C. (eds.): Openness in Research. The tension between Self and Other. Assen, 33-50
- Kelle, U. (1996a): Die Bedeutung theoretischen Vorwissens in der Methodologie der Grounded Theory. In: Böttger, A.; Strobl, R. (Hrsg.): Wahre Geschichten? Zu Theorie und Praxis qualitativer Interviews. Baden-Baden, 23-47
- Kelle, U. (1996b): Computer-Aided qualitative Data Analysis: An overview. In: Harkness, J.; Hoffmeyer, J.H.P.; Zuell, C. (eds): Text Analysis and Computers. ZUMA Nachrichten Spezial Mai 1996, 33-63

- Kelle, U.; Prein, G.; Bird, K. (eds.) (1995): Computer-aided Qualitative Data Analysis. Theories, Methods and Practice. London
- Killingsworth, M.R. (1983): Labour Supply. Cambridge u.a.
- Kirschner, W., Radoschewski, M., Heydt, K., Kirschner, R., Kunert, M. (1994): Untersuchung zur Umsetzung des § 20 SGB V durch die Krankenkassen, Forschungsbericht für das BMG (Manuskript). Berlin
- Kohli, M. (1993): Altersgrenzen als Manövriermasse? Das Verhältnis von Erwerbsleben und Ruhestand in einer alternden Gesellschaft. In: Strümpel, B.; Dierkes, M. (Hrsg.): Innovation und Beharrung in der Arbeitspolitik. Stuttgart, 177-208
- Kohli, M.; Wolf, J. (1987): Altersgrenzen im Schnittpunkt von betrieblichen Interessen und individueller Lebensplanung. In: Soziale Welt, 38. Jg., 92-109
- Krampen, G. (1979): Differenzierungen des Konstruktes der Kontrollüberzeugung. Deutsche Bearbeitung und Anwendung der IPC-Skalen. In: Zeitschrift für experimentelle und angewandte Psychologie 26. Heft 4, 573-595
- Krampen, G. (1982): Differentialpsychologie der Kontrollüberzeugungen ("Locus of Control"). Göttingen
- Kreienbrock, L. (1989): Einführung in die Stichprobenverfahren. München
- Krüger, H. (1991): Doing Gender - Geschlecht als Statuszuweisung im Berufsbildungssystem. In: Brock, D.; Kühnlein, G; Meulemann, H.; Schober, K. (Hrsg.): Übergänge in den Beruf. Zwischenbilanz zum Forschungsstand. München, 139-169
- Krüger, H. (1995): Prozessuale Ungleichheit. Geschlecht und Institutionenverknüpfungen im Lebenslauf. In: Berger, P.A.; Sopp, P. (Hrsg.): Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen, 133-153
- Krüger, H.; Born, C. (1990): Probleme der Integration von beruflicher und familiärer Sozialisation in der Biographie von Frauen. In: Hoff, E.-H. (Hrsg.): Die doppelte Sozialisation Erwachsener. Weinheim/München, 53-73
- Kruskal, J.B. (1983): An Overview of Sequence Comparison. In: Sankoff, D.; Kruskal, J.B.: Time Warps, String Edits, and Macromolecules: Practice of Sequence Comparison. Reading Mass., 1-44
- Kuckartz, U. (1988): Computer und verbale Daten: Chancen zur Innovation sozialwissenschaftlicher Forschungstechniken. Frankfurt a.M./Bern/New York/Paris

- Kuckartz, U. (1995): Qualitative Datenanalyse mit WINMAX; Benutzerhandbuch zu MAX für WINDOWS Version 10+. Berlin
- Kuckartz, U. (1995a): Case-Oriented Quantification. In: Kelle, U.; Prein, G.; Bird, K. (eds.): Computer-Aided Qualitative Data Analysis. Theory, Methods and Practice. London, 158-166
- Kuckartz, U. (1995b): WinMAXprofessionell. Computerunterstützte Textanalyse. Handbuch zu MAX für WINDOWS professionelle Version 96. Berlin
- Kühn, H. (1994): Wettbewerb im Gesundheitswesen. Zur Rationalität der Reformdebatte. Jahrbuch für kritische Medizin Bd.22, 7-28
- Kvale, St. (1989): Issues of Validity in Qualitative Research. Lund
- Labisch, A. (1992): Homo Hygienikus. Gesundheit und Medizin in der Neuzeit. Frankfurt a.M.
- Lampert, H.; Bossert, A. (1992): Sozialstaat Deutschland. Entwicklung-Gestalt-Probleme. München
- Lauterbach, W. (1994): Berufsverläufe von Frauen. Erwerbstätigkeit, Unterbrechung und Wiedereintritt. Frankfurt a.M./New York
- Lazarsfeld, P.F. (1937): Some Remarks on the Typological Procedures in Social Research. In: Zeitschrift für Sozialforschung. VI. Jg., 119-139
- Lazarsfeld, P.F.; Barton, A.H. (1951): Qualitative Measurement in the Social Sciences. Classification, Typologies, and Indices. In: Lerner, D.; Lasswell, H.D. (eds.): The Policy Sciences. Stanford, 155-192
- Leibfried, S.; Leisering, L.; Buhr, P.; Ludwig, M.; Mädje, E.; Olk, T.; Voges, W.; Zwick, M. (1995): Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat. Frankfurt a.M.
- Leisering, L. (1993): Zwischen Verdrängung und Dramatisierung, Soziale Welt, 44, 486-511
- Leisering, L. (1995): Zweidrittelgesellschaft oder Risikogesellschaft? In: Bieback, K.-J.; Milz, H. (Hrsg.): Neue Armut, 58-92
- Lempert, W. (1993): Moralische Sozialisation im Beruf. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie 13, 2-35
- Lenhardt, U. (1994): Betriebliche Strategien zur Reduktion von Rückenschmerzen - Aspekte des Interventionswissens und der Interventionspraxis, WZB-Paper P94-206, Wissenschaftszentrum Berlin. Berlin

- Licht, G.; Steiner, V. (1994): Where have all the Workers Gone? In: Schwarze, J.; Buttler, F.; Wagner, G. (eds.): Labour Market Dynamics in Present Day Germany. Frankfurt a.M., 40-66
- Lindenberg, S. (1989): Choice and Culture: The Behavioral Basis of Cultural Impact on Transaction. In: Haferkamp, H. (ed.): Social Structure an Culture. Berlin, 175-200
- Lüdtke, A. (Hrsg.)(1991): Herrschaft als soziale Praxis. Göttingen
- Ludwig, M. (1994): Armutskarrieren zwischen sozialem Abstieg und Aufstieg. Eine soziologische Studie über Lebensverläufe und soziales Handeln von Sozialhilfeempfängern. Dissertationsschrift, Bremen
- Luhmann, N. (1973): Formen des Helfens im Wandel gesellschaftlicher Bedingungen. In: Otto, H.-U.; Schneider, S. (Hrsg.): Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit 2, 21-43
- Mare, R.D. (1991): "Five decades of educational assortative mating". In: American Sociological Review, 56. Jg., 15-32.
- Mayer, K.-U. (Hrsg.)(1990): Lebensverläufe und sozialer Wandel, 31. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen
- Mayer, K.-U. (1990): Soziale Ungleichheit und die Differenzierung von Lebensverläufen. In: Zapf, W. (Hrsg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main. Frankfurt a.M./New York, 667-687
- Mayer, K.-U. (1991): Lebensverlauf und Bildung. Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt "Lebensverläufe und gesellschaftlicher Wandel" des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung. In: Unterrichtswissenschaft Nr. 4, 313-332
- Mayer, K.-U. (1992): Gesellschaftlicher Wandel, Kohortenungleichheit und Lebensverläufe, Vortrag auf dem 38. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Psychologie, Trier, 28.9.-1.19.1992 (Manuskript)
- Mayer, K.-U. (1995): Gesellschaftlicher Wandel, Kohortenungleichheit und Lebensverläufe. In: Berger, P.A.; Sopp, P. (Hrsg): Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen, 27-47
- Mayer, K.-U.; Müller, W. (1989): Lebensverläufe im Wohlfahrtsstaat. In: Weymann, A. (Hrsg.): Handlungsspielräume, 41-60

- Mayer, K.-U.; Tuma, N.B. (Hrsg.)(1990): Event history analysis in life course research. Madison, WI.
- Mayer, K.-U.; Allmendinger, J.; Huinink, J. (Hrsg.)(1991): Vom Regen in die Traufe. Frankfurt a.M./New York
- Metz-Göckel, S.; Müller, U. (1987): Partner oder Gegner? Überlebensweisen der Ideologien vom männlichen Familienernährer. In: Soziale Welt, 38 (1), 4-28
- Mincer, J. (1974): Schooling, Experience, and Earnings. New York
- Minks, K.; Bathke, G.W. (1992): Berufliche Integration und Weiterbildung von jungen Akademikern aus den neuen Bundesländern. Hannover
- Minx, B.; Rabe-Kleberg, U.; Tschiersch, C.; Weymann, A.; Wingens, M. (1995): Berufsverläufe und berufsbiographische Coping-Strategien. Abschlußbericht des Projekts FS IV-92-18 im Auftrag der KSPW. Halle/Bremen
- Müller, R.; Schwarz, F.; Weisbrod, H.; König, P. (1982): Fehlzeiten und Diagnosen der Arbeitsunfähigkeitsfälle von neun Berufen. Auswertung von Arbeitsunfähigkeitsmeldungen einer Ortskrankenkasse. Universität Bremen
- Müller, R., Dehne, A. (1996): Stand der betrieblichen Gesundheitsförderungs in der Gesetzlichen Krankenversicherung Niedersachsens, Ergebnisbericht, Zentrum für Sozialpolitik. Bremen
- Müller, W. (1978): Klassenlage und Lebenslauf, Mannheim (Habilitationsschrift)
- Müller, W. (1983): Wandel der Berufsstruktur 1950-1980 – Wege und Grenzen der Tertiarisierung, in: Matthes, J. (Hrsg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982. Frankfurt a.M./New York
- Müller, W.; Wilms, A.; Handl, J. (1983): Strukturwandel der Frauenerwerbstätigkeit 1880-1980, Frankfurt a.M./New York
- Münch, J. (1989): Berufsbildung und Bildung in den USA. Berlin
- Mutz, G.; Ludwig-Mayerhofer, W.; Koenen, E.; Eder, K.; Bonß, W. (1995): Diskontinuierliche Erwerbsverläufe. Analysen zur postindustriellen Arbeitslosigkeit. Opladen
- Nave-Herz, R. (1987): Bedeutungswandel von Ehe und Familie?. In: Schulze H.J.; Mayer, T. (Hrsg.): Familie: Zerfall oder neues Selbstverständnis? Würzburg, 18-27

- Nickel, H.; Schenk, S. (1994): Prozesse geschlechtsspezifischer Differenzierung im Erwerbssystem. In: Nickel, H. u.a. (Hrsg.): Erwerbsarbeit und Beschäftigung im Umbruch. Berlin, 259-282
- Nolte, P. (1996): 1900. Das Ende des 19. und der Beginn des 20. Jahrhunderts in sozialgeschichtlicher Perspektive. In: GWU 47, 281-300
- Oevermann, U.; Allert, T.; Konau, E. (1980): Zur Logik der Interpretation von Interviewtexten. Fallanalyse anhand eines Interviews mit einer Fernstudentin. In: Heinze, Th.; Klusemann, H.W.; Soeffner, H.G. (Hrsg.): Interpretationen einer Bildungsgeschichte. Bensheim, 15-69
- Offe, C.; Hinrichs, K. (1977): Sozialökonomie des Arbeitsmarktes und die Lage "benachteiligter" Gruppen von Arbeitnehmern. In: Offe/Projektgruppe Arbeitsmarktpolitik (Hrsg.): Opfer des Arbeitsmarktes. Neuwied, 3-61
- Offe, C.; Preuß, U.K. (1990): Democratic Institutions and Moral Resources. Arbeitspapier Nr. 5/90 des Zentrums für Sozialpolitik. Universität Bremen
- Offe, C., Hinrichs, K., Ullrich, C., Walter, H., Wemken, I. (o.J.): Gesetzliche Krankenversicherung und sozialpolitische Kultur, DFG-Forschungsbericht, Zentrum für Sozialpolitik. Bremen
- Peuckert, R. (1991): Familienformen im sozialen Wandel. Opladen
- Prein, G.; Kelle, U.; Kluge, S. (1993): Strategien zur Integration quantitativer und qualitativaiver Auswertungsverfahren. Arbeitspapier Nr. 19 des Sfb 186. Universität Bremen
- Procter, M.; Abell, P. (eds.) (1985): Sequence Analysis. Aldershot
- Raab, E. (Hrsg.) (1996): Jugend sucht Arbeit. Eine Längsschnittuntersuchung zum Berufseinstieg Jugendlicher. München
- Rauschenbach, T.; Sachße, C.; Olk, T. (Hrsg.) (1995): Von der Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen. Jugend- und Wohlfahrtsverbände im Umbruch. Frankfurt a.M.
- Richards, L.; Richards, T.J. (1991): The Transformation of Qualitative Method. Computational Paradigms and Research Processes. In: Fielding, N.G.; Lee, R.M. (eds.): Using Computers in Qualitative Research. London, 38-53.
- Rieger, E. (1992): Die Institutionalisierung des Wohlfahrtsstaates. Opladen
- Ritter, G. A. (1986): Entstehung und Entwicklung des Sozialstaats in vergleichender Perspektive. In: Historische Zeitschrift Bd.243, S. 1-90

- Roethe, T.E. (1994): Strukturtheoretische Aspekte von ABM in der Bundesrepublik. In: Döde, A. u.a.: Neue Formen und Bedingungen der Erwerbsarbeit in Europa, 281-317
- Rohwer, G. (1994): Kontingente Lebensverläufe. Soziologische und statistische Aspekte ihrer Beschreibung und Erklärung. Universität Bremen (Habilitationsschrift)
- Rohwer, G. (1994): TDA Working Papers (Documentation TDA, a Computer Program for Event History Analysis). Bremen
- Rohwer, G. (1995): Using TDA with the Family and Working Lives Survey, Studie für das Employment Office. London
- Rosenow, J.; Naschold, F. (1994): Die Regulierung von Altersgrenzen. Strategien von Unternehmen und die Politik des Staates. Berlin
- Rosenthal, L. (1991): Unemployment incidence following redundancy: the value of longitudinal approaches, in: Dex, S. (ed.): Life and work history analyses: qualitative and quantitative developments, Sociological Review Monograph 37. London/New York
- Rossi, A.; Rossi, P. (1990): Of human bonding: Parent-child relations across the life course. New York
- Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen (1989): Qualität, Wirtschaftlichkeit und Perspektiven der Gesundheitsversorgung, Jahresgutachten 1989. Baden-Baden
- Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen (1995): Sondergutachten 1995 - Gesundheitsversorgung und Krankenversicherung 2000. Baden-Baden
- Sackmann, R.; Wingens, M. (1994): Berufsverläufe ostdeutscher Hochschulabsolventen. Arbeitspapiere 27 und 28 des Sfb 186. Universität Bremen
- Sackmann, R.; Wingens, M (1995): Individuelle und gesellschaftliche Strukturierung beruflicher Diskontinuität. In: Hoerning, E.M.; Corsten, M. (Hrsg.): Institution und Biographie. Die Ordnung des Lebens. Pfaffenweiler
- Sackmann, R.; Wingens, M. (1996): Berufsverläufe im Transformationsprozeß. In: Diewald, M.; Mayer, K.-U. (Hrsg.): Zwischenbilanz der Wiedervereinigung. Opladen, 11-32

- Sackmann, R. u.a. (1996): Die Dynamik von Erwerbslosigkeit und Geburtenrückgang bei jungen Erwachsenen im Transformationsprozeß. Arbeitspapier Nr. 34 des Sfb 186. Universität Bremen
- Sankoff, D.; Kruskal, J.B. (eds.)(1983): Time Warps, String Edits, and Macromolecules: The Theory and Practice of Sequence Comparison. Reading, Mass.
- Schatzman, L.; Strauss A.L. (1973): Field Research. Strategies for a Natural Sociology. Englewood Cliffe
- Schenk, S. (1995): Erwerbsverläufe im Transformationsprozeß. In: Bertram, H. (Hrsg.): Ostdeutschland im Wandel. Opladen, 69-97
- Schmidt, M. G. (1988): Sozialpolitik. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich. Opladen
- Schober, K., Tessaring, M. (1993): Eine unendliche Geschichte. In: IAB (Hrsg.): Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 3. Nürnberg,
- Schöngen, K. (1995): Übernahme, beruflicher Verbleib und berufliche Perspektiven. Westdeutsche Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen der Jahre 1990 bis 1993. In: Westhoff, G. (Hrsg.): Übergänge von der Ausbildung in den Beruf. Bielefeld, 147-166
- Schöngen, K.; Ulrich, J.; Westhoff, G. (1994): Von der Ausbildung zur Beschäftigung - Ergebnisse einer Befragung westdeutscher Fachkräfte. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 23 (4), 22-26
- Schulze Buschoff, K. (1995): Familie und Erwerbsarbeit in der Bundesrepublik. Rückblick, Stand der Forschung und Design einer Lebensformentypologie. Diskussionspapier des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialwissenschaft (WZB) (FS III 95-402)
- Schulze, H.-J.; Mayer, T. (Hrsg.)(1987): Familie. Zerfall oder neues Selbstverständnis? Würzburg
- Schupp, J. (1991): Teilzeitarbeit als Möglichkeit der beruflichen (Re-)Integration. In Mayer, K.-U.; Allmendiger, J.; Huinink, J. (Hrsg.): Vom Regen in die Traufe. Frankfurt a.M./New York, 207-233
- Schütze, F. (1984): Professionelles Handeln, wissenschaftliche Forschung und Supervision. Versuch einer systematischen Überlegung. In: Lippenmeier, N. (Hrsg.): Beiträge zur Supervision, 262-389

- Schütze, F. (1987): Situation. In: Ammon, U.; Dittmar, N.; Mattheier, K.J. (Hrsg.): *Sociolinguistics - Soziolinguistic*. Ein internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft. New York/Berlin, 520-553
- Seidel, J. (1991): Method and Madness in the Application of Computer Technology to Qualitative Data Analysis. In: Fielding, N.G.; Lee, R.M. (eds.): *Using Computers in Qualitative Research*. London, 107-116
- Seus, L. (1993): *Soziale Kontrolle von Arbeitertöchtern. Eine kriminologische Studie über jungen Frauen im Berufsbildungssystem*. Pfaffenweiler
- Shavit, Y.; Blossfeld, H.-P. (eds.) (1993): *Persistent Inequality. Changing Educational Attainment in Thirteen Countries*. Boulder, Co.
- Shelly, A.; Sibert, E. (1995): Using Logic Programming for Hypothesis Generation and Refinement. In: Kelle, U.; Prein, G., Bird, K. (eds.) (1995): *Computer-aided Qualitative Data Analysis. Theories, Methods and Practice*. London, 113-129
- Sodeur, W. (1974): *Empirische Verfahren zur Klassifikation*. Stuttgart
- Soeffner, H.G. (1980): Überlegungen zur sozialwissenschaftlichen Hermeneutik am Beispiel der Interpretation eines Textausschnittes aus einem freien Interview. In: Heinze, Th.; Klusemann, H.W.; Soeffner, H.G. (Hrsg.): *Interpretationen einer Bildungsgeschichte*. Bensheim, 70-96
- Statistisches Bundesamt (1994): Fachserie 13, Reihe 1, Versicherte in der Kranken- und Rentenversicherung, 1992. Ergebnisse des Mikrozensus, Wiesbaden
- Stegmann, H.; Kraft, H. (1987): Ausbildungs- und Berufswege von 23-24jährigen. Methode und ausgewählte Ergebnisse der Wiederholungserhebung Ende 1985. In: MittAB 20 (2), 142-163
- Stegmann, H.; Kraft, H. (1988): Erwerbslosigkeit in den ersten Berufsjahren, in: MittAB 21, (1), 1-15
- Stooß, F. (1990): Exkurs zur Prognosefähigkeit beruflicher Systematiken. In: MittAB 1, 52-62
- Strauss, A.L. (1991): *Grundlagen qualitativer Sozialforschung*. München
- Struck-Möbbeck, O. u.a. (1996): Gestaltung berufsbiographischer Diskontinuität. Arbeitspapier Nr. 38 des Sfb 186. Universität Bremen
- Teckenberg, W. (1991): *Sozialstruktur als differentielle Assoziation*. Heidelberg (Habilitationsschrift)

- Teichler, U.; Winkler, H. (1990): Der Berufsstart von Hochschulabsolventen. Studien zu Bildung und Wissenschaft 87. Bonn
- Terhart, E. (1995): Kontrolle von Interpretationen: Validierungsprobleme. In: König, E.; Zedler, P. (Hrsg.): Bilanz qualitativer Forschung. Bd I: Grundlagen qualitativer Forschung. Weinheim, 373-398
- Thornberry, T.P.; Huizinga, D.; Loeber, R. (1995): The prevention of serious delinquency and violence. In: Howell, J.C. et al. (eds): Serious, Violent and Chronic Juvenile Offenders. A Sourcebook. Thousand Oaks, CA.
- Treimann, D.J. (1979): Probleme der Begriffsbildung und Operationalisierung in der international vergleichenden Mobilitätsforschung. In: Pappi, F.U. (Hrsg.): Sozialstrukturanalysen mit Umfragedaten. Probleme der standardisierten Erfassung von Hintergrundmerkmalen in allgemeinen Bevölkerungsumfragen. Königstein/Ts., 124-167
- Ultee, W.C.; Luijkx, R. (1990): Educational heterogamy and father-to-son occupational mobility in 23 industrial nations: General societal openness or compensatory strategies of reproduction? In: European Sociological Review, 6. Bd., 125-149
- University Institute.Coleman, J.S. (1981): Longitudinal data analysis. New York
- Uunk, W.; Ganzeboom, H.; Róbert, P. (1993): Marriage Patterns in Hungary; A Loglinear Analysis by Education and Social Origin for Marriage Cohorts 1930-1980
- Wagner, G. (1996): Gemeinsamer Rentenzugang - Ein neues Phänomen in Lebensläufen? In: Behrens, J.; Voges, W. (Hrsg.): Kritische Übergänge - Statuspassagen und sozialpolitische Institutionalisierung. Frankfurt a.M./New York, 323-348.
- Warnken, J. (1993): Bislang unausgeschöpfte Potentiale. In: Bundesarbeitsblatt, 5-10
- Weber, M. (1980): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie (fünfte, revidierte Auflage, besorgt von Johannes Winckelmann, Studienausgabe) Tübingen
- Weber, M. (1982): Die "Objektivität" sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In: Winckelmann, J. (Hrsg.): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. 5. erneut durchgesehene Aufl., Tübingen, 146-214 (1. Aufl. 1922; der Aufsatz wurde zuerst 1904 veröffentlicht)

Wegener, B. (1985): Gibt es Sozialprestige?. In: Zeitschrift für Soziologie, 14. Jg.; Heft 3, 209-235

Wegener, B. (1988): Kritik des Prestiges. Opladen

Westhoff, G. (1991): Schwelle oder Labyrinth? Berufsanfang, Berufswege und Weiterbildungsbedarf von Absolventinnen und Absolventen einer Ausbildung. In: Westhoff, G.; Bolder, A. (Hrsg.): Entwarnung an der zweiten Schwelle? Übergänge von der Berufsausbildung ins Erwerbsleben. Berlin/Bonn, 53-65

Willms-Herget, A. (1985): Frauenarbeit – Zur Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt. Frankfurt a.M./New York

Winkel, R.; Engels, D.; Friedrich, W.; Machalowski, G. (1994): Betriebliche Umsetzung der gesetzlichen Möglichkeiten eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand. Eine Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung. Forschungsbericht Nr. 247, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Bonn

Witzel, A. (1982): Verfahren der qualitativen Sozialforschung. Überblick und Alternativen. Frankfurt a.M. (Campus Forschung Bd. 322)

Witzel, A. (1989): Das problemzentrierte Interview. In: Jüttemann, G. (Hrsg.): Qualitative Forschung in der Psychologie. Grundfragen, Verfahrensweisen, Anwendungsfelder. Heidelberg, 227-256

Witzel, A. (1993): Nach der Berufsausbildung - Arbeiten im erlernten Beruf? In: Leisering, L. u.a. (Hrsg.): Moderne Lebensläufe im Wandel, Sfb-Reihe "Statuspassagen und Lebenslauf", Band 4. Weinheim, 47-60

Wolf, J.; Kohli, M. (1988): Neue Altersgrenzen des Arbeitslebens - Betriebliche Interessen und biographische Perspektiven. In: Rosenmayr, L.; Kolland, F. (Hrsg.): Arbeit - Freizeit - Lebenszeit: Grundlagenforschungen zu Übergängen im Lebenszyklus. Opladen

Wolf, K.H. (1986): Jugendforschung als Prozeßanalyse - Erkenntnischancen von Längsschnittstudien. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Interdisziplinäre Jugendforschung. Fragestellungen, Problemlagen, Neuorientierungen. Weinheim/München

Ziegler, R. (1973): Typologien und Klassifikationen. In: Albrecht, G.; Daheim, J.; Sack, F. (Hrsg.): Soziologie. Sprache - Bezug zur Praxis - Verhältnis zu anderen Wissenschaften. Opladen, 11-47